VOL. # 35

R 11

8C

Krakau

Mittwoch, den 1.März 1944

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

9^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{50} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{10} Besprechung mit Oberdienstleiter Tiessler.

11^{30} Besprechung mit Generalintendant Stampe.

Der Herr Generalgouverneur teilt dem Generalintendanten Stampe mit, daß er gelegentlich seines Aufenthaltes in Berlin auch mit Reichsminister Dr.Goebbels über die Ernennung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten gesprochen habe. Reichsminister Dr.Goebbel habe sich bereit erklärt, die Urkunde über die Ernennung zum Generalintendanten mit zu unterzeichnen. Die Urkunde liege zwar noch beim Führer, werde aber binnen kurzem dem Generalintendanten Stampe zugestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur gibt im übrigen seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, den Schwierigkeiten, die von gewissen Seiten dieser Ernennung in den Weg gelegt worden seien, mit Erfolg entgegzutreten.

Wie der Herr Generalgouverneur weiter mitteilt, beabsichtige er, im Rahmen eines feierlichen Aktes die Ernennung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten den Mitgliedern des Staatstheaters bekannt zu geben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht den Generalintendanten Stampe, sich mit dem Ministeramt in Berlin in Verbindung zu setzen, damit ein weiteres Gastspiel

1.3.1944

der Berliner Opernsängerin Karina Kutz am Staatstheater des Generalgouvernements für Aufführungen der Oper "Fidelio" von Beethoven in die Wege geleitet werden kann.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß er sich bereits wegen der Gastspiele von Angehörigen des Staatstheaters München und der Münchner Kammerspiele mit den Regisseuren Golling und Professor Falckenberg in Verbindung gesetzt habe.

11[5o] Der Herr Generalgouverneur empfängt SA-Gruppenführer Petersen und SA-Brigadeführer Kühnemund in Gegenwart des SA-Oberführers Peltz.

SA-Gruppenführer Petersen stellt dem Herrn Generalgouverneur den SA-Brigadeführer Kühnemund, zuletzt Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg, als Nachfolger des zur Wehrmacht einberufenen SA-Oberführers Peltz vor.

Der Herr Generalgouverneur hebt bei dieser Gelegenheit die großen Verdienste des SA-Oberführers Peltz um den Aufbau und die Führung der SA Generalgouvernement hervor und spricht ihm seine Anerkennung für seine vorbildliche Leistungen aus. - Dem SA-Brigadeführer Kühnemund gibt er den Rat, sich über die Aufgaben der SA wie über die Verhältnisse im Generalgouvernement genauestens zu informieren. Er betont dabei insbesondere, daß die SA Generalgouvernement Aufgaben erfülle, die weit über den Rahmen derjenigen der SA im Reiche hinausgingen, habe doch unter der vortrefflichen Führung des SA-Oberführers Peltz die SA im Generalgouvernement auch Aufgaben übernommen, die im Reiche von der Partei erfüllt würden.

3

1.3.1944

12^{05} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe

Zu dieser Besprechung wird später Polizeihauptmann Zisenis hinzugezogen, der dem Herrn Generalgouverneur Kartenmaterial vorlegt, anhand dessen die gegenwärtige Situation der Bandenbekämpfung vor allem im Distrikt Lublin von Staatssekretär Koppe erläutert wird.

12^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppé, Präsident Gerteis und Präsident Senkowsky.- Später wird noch Präsident Ohlenbusch hinzugezogen.

Auf Grund der Besprechung trifft der Herr Generalgouverneur folgende Entscheidungen:

1. Mit Wirkung vom 1.4.1944 wird im Generalgouvernement die Beförderungssteuer eingeführt.

2. Spätestens ab 15.März 1944 wird die aus polizeilichen Gründen verhängte allgemeine Verkehrssperre aufgehoben.

3. Der Leiter der Hauptabteilung Finanzen stellt die Übernahme künftiger Kriegsschäden der Ostbahn auf den allgemeinen Haushalt des Generalgouvernements in Aussicht.

4. Jede in Auswirkung der Beförderungssteuer notwendig werdende Erhöhung der Tarife der Ostbahn soll wohlwollend geprüft werden.

13^{20} M i t t a g e s s e n

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Donnerstag, den 2.März 1944

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Besprechung mit Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur.

11^{45} Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Warenbewirtschaftung im Generalgouvernement
2. einer Verordnung uber die Erhöhung des Kriegszuschlags auf Branntweinerzeugnisse
3. einer dritten Verordnung über die Erhebung eines Kriegszuschlages zur Grundsteuer und
4. einer Verordnung über die Erhebung einer Beförderungssteuer

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Boepple legt dem Herrn Generalgouverneur den Vertragsentwurf für den zum Generalintendanten der Staatstheater des Generalgouvernements ernannten bisherigen Intendanten Stampe vor und erklärt, daß darin die besonderen Wünsche des Herrn Generalgouverneurs berücksichtigt worden seien. So werde z.B. Generalintendant Stampe nicht der Hauptabteilung Propaganda unterstellt, sondern unterstehe direkt dem Generalgouverneur. Die Jahresgage von 24 ooo Reichsmark entspreche dem Jahresgehalt der

2

2.3.1944

Generalintendanten gleichrangiger Bühnen des Reiches.

Der Herr Generalgouverneur billigt den Vertragsentwurf und ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, den Entwurf den Präsidenten Senkowsky und Ohlenbusch zur Äußerung vorzulegen, damit der Vertrag mit deren Einwilligung in Kraft gesetzt werden könne.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dann über seine Bemühungen zur Errichtung einer Staatsdruckerei des Generalgouvernements. Das hierfür in Aussicht genommene Gebäude komme leider nicht mehr in Frage, da ein Statiker bei der Untersuchung der Fundamente erklärt habe, daß eine Aufstellung der in einer Drukkerei benötigten schweren Maschinen unmöglich sei. Er werde daher von demnächst in Krakau aufzulassenden zwanzig Fabriken eine geeignete aussuchen und darin eine Staatsdruckerei einrichten lassen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Weiter berichtet Staatssekretär Dr. Boepple, daß der Angehörige des Ensembles des Staatstheaters Klippel ein Schauspiel "Goralen" verfaßt habe und das Werk dem Herrn Generalgouverneur widme.

Für die Einrichtung eines Kammerspielhauses des Staatstheaters seien die sämtlichen Kostenvoranschläge eingeholt, und er hoffe, daß die erste Aufführung im September dieses Jahres stattfinden könne.

Die Vorarbeiten für eine Besichtigung sämtlicher Druckerzeugnisse des Generalgouvernements durch den Herrn Generalgouverneur seien demnächst abgeschlossen. Die Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenproduktion könne jederzeit in der Staatsbibliothek besichtigt werden, die dort auf Grund der Verordnung über die Ablieferung

2.3.1944

eines Pflichtexemplars vollzählig vorhanden seien. Für die Ausstellung aller zur Zeit im Geschäftsbetrieb benötigten Drucksachen und Formulare habe er die Hauptabteilungen, Ämter und die Zentralkammer aufgefordert, bis zum 9.März bei ihm je ein Exemplar aller in ihrem Geschäftsbetrieb befindlichen Formulare abzuliefern. Ähnliche Ausstellungen würden auch in den Distriktshauptstädten veranstaltet und sämtliche Druckerzeugnisse würden vom Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Papier Stoffer und einem Vertreter der Hauptabteilung Propaganda nach Einsparungsmöglichkeiten hin überprüft.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, durch Herrn Stoffer auch eine Vorbesichtigung der Krakauer Ausstellungen zwecks Überprüfung der Vollzähligkeit der ausgelegten Exemplare vornehmen zu lassen. Er werde dann die Besichtigung nach dem 10.März vornehmen und dabei seine Anordnungen über Einsparungen treffen.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur von einem Schreiben des Präsidenten der Hauptabteilung Erziehung und Wissenschaft über die Errichtung höherer polnischer Schulen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, die Angelegenheit mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen und Präsident Eichholz vorzubesprechen, damit bei ihm demnächst eine eingehende Erörterung des Problems stattfinden könne.

Der Schluß der Besprechung ist Fragen des Instituts für Deutsche Ostarbeit gewidmet.

2.3.1944

12^2o Besprechung mit Präsident Eichholz.

Präsident Eichholz berichtet dem Herrn Generalgouverneur von kommenden Vorträgen bedeutender Wissenschaftler im Rahmen der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements und legt ihm das erste Heft der Schriftenreihe der Gesellschaften der Wissenschaften im Bürstenabzug vor.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Eichholz, daß sich die Hauptabteilung mit dem Problem der höheren fremdvölkischen Schulen bereits seit einigen Monaten beschäftige und der Referent für fremdvölkische Schulprobleme Schulrat Schmelzer konkrete Vorschläge unterbreiten könne.

Der Herr Generalgouverneur stellt eine eingehende Erörterung dieser Fragen in einer besonderen Sitzung in Aussicht.

Präsident Eichholz erklärt dann, daß das Verhältnis der Hauptabteilung zur Befehlsstelle der Hitlerjugend im Generalgouvernement als gut zu bezeichnen sei. Einige Schwierigkeiten hätte die Errichtung geeigneter Schülerheime für die Oberschule mit sich gebracht, doch könne jetzt durch die Zurverfügungstellung eines Klosters in der Warschauer Straße und eine damit verbundene Umbelegung eine Lösung gefunden werden. Die Versorgung der Volksschulen mit Lehrkräften sei durch die Heranbildung von 18o Schulhelfern im Generalgouvernement besser geworden. Auch die Versorgung der höheren Schulen genüge in diesem Jahr eher den Anforderungen, da Lehrkräfte aus den Kinderlandverschickungslagern als Aushilfskräfte zur Verfügung stünden.

2.3.1944

12^{30} Besprechung mit dem Sekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer.

15^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich, Oberregierungsrat Meyer, dem Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffwaren Dr. List und Dr. Krause.

Direktor Dr. List, der im Jahre 1940 von der Fachgruppe Großhandel dem Generalgouvernement als Fachmann zur Neuorganisation der Erzeugung der für die Textilproduktion benötigten Rohstoffe, der Textilproduktion und -verteilung zur Verfügung gestellt worden ist, gibt dem Herrn Generalgouverneur anhand von Tabellen und Statistiken einen eingehenden Bericht über die bisherige Aufbauarbeit und die jetzige Lage auf dem Gebiete der Textilwirtschaft des Generalgouvernements sowie von seinen Bestrebungen, das Generalgouvernement auf diesem Gebiet vom Reich möglichst unabhängig zu machen. Weiter macht er längere Ausführungen über die Verteilung der im Jahre 1944 dem Generalgouvernement zur Verfügung stehenden 360 Millionen Punkte. Eingehend werden dann vom Herrn Generalgouverneur die mitgebrachten Muster der Textilproduktion des Generalgouvernements, besonders die Prämienwaren für die Ernteerfassung besichtigt.

21^{15} E i n l a d u n g bei Staatssekretär Dr. Bühler aus Anlaß der Anwesenheit des Hauptschriftleiters des Völkischen Beobachters Majors Weiss.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/9

Freitag, den 3.März 1944

$1o^{3o}$ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Hauptschriftleiter des Völkischen Beobachters Major Weiß.

11^{oo} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Oberdienstleiter Tießler zur Schulungsburg der NSDAP.

11^{1o} Zum Abschluß des zwanzigsten Lehrganges auf der Schulungsburg, an dem 65 Zellen-, Block- und Amtsleiter aus den Distrikten des Generalgouvernements teilgenommen haben, hält der Herr Generalgouverneur folgende Rede:

Liebe Partei- und Volksgenossen.

Ich glaube, daß uns ein solches Zusammensein wie das heutige mit besonderer Herzlichkeit dauernd verbindet und zusammenfügt. Schaut Euch einmal diese Karte an, dann seht Ihr die Lage des Generalgouvernements, dieses Gebietes, in welchem Ihr berufen seid, das deutsche Volk im Nationalsozialismus zu stärken, den Nationalsozialismus in ihnen zu wecken, damit so Europa gegen den gigantisch aus dem Osten hereinbrechenden Gegner verteidigt werden kann.

Wenn wir, die wir in fünf Jahren das Generalgouvernement in diese seine Position emporgeführt haben, in der es sich heute befindet, heute die Parteiarbeit als eine der wichtigsten für diese Aufgabe und Leistung absolut nicht mehr wegdenkbaren Voraussetzungen anerkennen, so ist das einer der schönsten Beweise für die Richtigkeit der Idee, zu der Adolf Hitler vor 25 Jahren aufgerufen hat. Sie sehen dort hinten an der Wand ein Bild, das Sie sich vielleicht in den letzten Tagen einmal still angesehen haben.

3.3.1944

Ihr kennt es auch schon aus seinen verschiedenartigen Abdrücken in allen möglichen Zeitungen, Zeitschriften usw.. Es ist, wie ich sagen muß, eigentlich eine der besten Wiedergaben der Stimmung, die uns alle vor 25 Jahren beseelte, als Adolf Hitler begann, das deutsche Volk wiederaufzurichten.

Viele von Euch, die damals nicht in Deutschland lebten, haben vielleicht gar keine Vorstellung von dem, was damals Adolf Hitler vorgefunden hat. In den Jahren 1919, 192o, 1921, 1922 und 1923 entrollte sich über dem deutschen Volke eine Katastrophe und ein Zerstörungswahnsinn von einer so grauenhaften Größe, wie sie in der Weltgeschichte noch bei keinem anderen Volke erlebt worden ist. Das deutsche Volk war damals das elendeste Volk der ganzen Erde. Wir haben das größte, reichste und stärkste Reich der Welt gehabt. Von 1914 an haben wir 4 Jahre lang einer ganzen Welt mit unserer Wehrmacht Widerstand geleistet. Aber innenpolitisch war dieses Reich damals überhaupt nicht imstande, der gigantischen Fragestellung des Schicksals zu entsprechen, die da lautete: willst Du als Reich weiterbestehen oder nicht? Es genügt eben nicht, daß ein Volk nur Waffen und Soldaten hat, nur Krieg führt an der Front, um eine Auseinandersetzung ganz großenletztes Ausmaßes zu bestehen, wie sie uns,immer den Blick auf die Karte gerichtet, nun gegen eine Welt von gigantischen Mächten aufgegeben ist, - man braucht neben dem Soldaten der Waffe den Soldaten der heldischen Gesinnung, des heldischen Denkens und Handelns, den, der in der Heimat aufrichtet und aufrüttelt, alle Schwachen wieder stärkt, alle Faulen fleißig macht, alle ungläubig werdendenmit neuem Glauben erfüllt, der nicht nur redet und schöne große Worte prägt, sondern mit dem Einsatz seiner eigenen Person seinem Volke das Vorbild gibt.

3

3.3.1944

Wer die Zeit von 1914 bis 1918 erlebt hat oder damals Soldat gewesen ist wie unser Führer Adolf Hitler, hat genau erkennen können, worauf es dabei immer ankommt: bei jedem Krieg kommt es darauf an, daß ein ganzes Volk mit allem seinen Tun und Handeln restlos in diesen Krieg einbezogen ist. Da darf nicht einer sagen: was geht mich der Krieg an? - ich schaue, daß ich Geld verdiene, - oder ein anderer: was geht mich der Krieg an? - ich schaue, daß ich mein Gut größer mache, - oder ein dritter: ich schaue, daß ich gesund durch den Krieg komme und schöne Kriegsgewinne habe. Wenn das der Soldat an der Front hört und wenn ihm dann noch gesagt wird: Du bist so dumm, zu kämpfen und Dein Leben einzusetzen, die zu Hause aber führen ein prasserisches Leben, die Kriegsgewinnler ziehen ihre Dividenden ein, die Juden machen ihre Geschäfte, die Parteibonzen laufen in den Reichstag und halten Reden, und es gibt da den oder jenen Duckmäuser, der dort auftritt und sagt: kein Krieg! - Frieden wollen wir haben, - erinnern Sie sich nur, daß mitten im Kriege von diesen landesverräterischen Lumpen im Reichstag eine Friedensresolution beschlossen wurde, - wenn das alles ein Soldat hört, glaubt Ihr, daß er es erträgt oder nicht vielmehr sagt: ich soll meinen Schädel hinhalten, und was geschieht zu Hause?

An dieser Frage ist das Deutsche Reich 1918 zerbrochen, an nichts sonst. Wäre die damalige Staatsführung einigermaßen so gewesen, wie wir sie heute in ihrer großen und klaren Einsicht und Entschlossenheit haben, dann wäre der Weltkrieg nicht verloren gegangen. Das müßt Ihr Euch immer vor Augen halten, wenn Ihr Euch selber fragt: was soll die Partei? - kann man sie nicht irgendwie einschränken, sollte sie sich nicht

4

3.3.1944

zurückziehen auf ihre eigentlicher Aufgaben in der Sozial- oder Wirtschaftspolitik, da es jetzt doch nur um den Krieg geht? Gerade, weil wir den größten Krieg der Weltgeschichte zu bestehen haben, brauchen wir diese innere Aufgerichtetheit und Ausgerichtetheit unserer Nation.

Schaut Euch doch einmal an, wie es bei den anderen Völkern heute aussieht! Welche Staaten bestehen denn? - Nur die, die dieses starke, klare, führungsmäßige Regime besitzen, wie wir es Gott sein Dank in Adolf Hitler haben. Schaut Euch die inneren Zustände in England oder Amerika an und fragt Euch, wie es möglich ist, daß z.B. in Amerika ein Eisenbahnerstreik ausbricht, bei dem 4 1/2 Mill. Menschen die Arbeit niederlegen, oder daß in England die sozialen Probleme durcheinderwogen und dort das Elend der Massen zum Himmel schreit und soziale Forderungen des Volkes von den reichen Lords niemals befriedigt werden. Denkt weiter daran, wie es überall kriselt und brodelt, wie Churchill vor wenigen Tagen das kläglichste Bild abgegeben hat, das jemals ein britischer Staatsführer gezeigt hat. Churchill sagte u.a.: ich kann nicht so reden, wie ich will, meine Herren Abgeordneten des Unterhauses, Sie werden das verstehen, - aber jedes meiner Worte wird ja auch in Moskau und Washington gehört, und darauf muß ich heute Rücksicht nehmen; ich hätte an sich eine ganz andere Meinung zu den Dingen, aber ich kann nicht mehr so frei sprechen. Das heißt doch auf gut Deutsch: ich kann es nicht, weil ich nicht mehr selbständiger Herr bin, Deshalb müssen wir uns das Ergebnis der Jahre 1914 bis 1918 immer vor Augen halten, wir müssen immer an jene kleine Volkskundgebung denken, in der Adolf Hitler vor vielleicht 2o, 3o oder 4o Arbeitern gesprochen hat.

5

3.3.1944

Die Kriegführung hat also diese Parteiarbeit deshalb zur Voraussetzung, weil sie notwendigerweise in sich das Bedürfnis hat, das Volk in einer Linie zu halten. Diese Aufgabe kann nur die Partei erfüllen, die Bewegung des Nationalsozialismus, der als Idee die Idee des 2o.Jahrhunderts ist. Ich kann Euch daher nur danken, Kameraden, daß Ihr Euch dieser Aufgabe verschrieben habt, daß Ihr Euch neben Eurer Arbeit, die Euch dienstlich oder sonst in Anspruch nimmt, bereit erklärt, in der Partei zu wirken.

25 Jahre sind es nun her, daß sich die älteste Gruppe der Parteigenossen von München um Adolf Hitler sammelte. Im Juni 1919 begann er eigentlich sein Werk. Einige Jahre ging es sehr gut, bis dann im Jahre 1923 der erste Rückschlag kam. Aber 1925 wurde die Bewegung wieder aufgerichtet, und sie hat dann nach einem einzigartigen Siegeslauf im Jahre 1933 die Macht in Deutschland an sich genommen.

Von 1933 bis 1939 ist nun praktisch nichts anderes geschehen, ist nichts anderes zu tun gewesen, als das deutsche Volk auf die größte und letzte entscheidende Auseinandersetzung mit den Weltmächten vorzubereiten. Auch das konnte nur unter einem Regime wie dem Adolf Hitlers geschehen, das über sämtliche geistigen, seelischen und materiellen Reserven verfügte. Die Wehrmacht wurde in wenigen Jahren blitzartig wieder aufgerichtet, das soldatische Empfinden unseres Volkes wieder neuangefacht, der Staatsapparat durchleuchtet und geläutert, alle jene klassenkämpferischen zerreissenden konfessionellen, sozialen, wirtschaftlichen und Standesunterschiede wurden restlos beseitigt und damit der Ansatzpunkt geschaffen, um dem so oder so Deutschland drohenden Krieg mit Ruhe entgegen zu treten.

6

3.3.1944

Wenn man heute fragt: war dieser Krieg zu vermeiden? - eine Frage, die jetzt vielleicht da und dort oft an Euch gestellt wird, - so möchte ich Euch Folgendes mit auf den Weg geben: das Schicksal des deutschen Volkes in der Lage, in der wir uns inmitten Europas befinden, zwingt die deutsche Reichsführung seit Jahrhunderten, sich immer wieder darüber klar zu werden, ob sie einer Geballten Koalition des übrigen Europa unterliegen oder durch ein Präventivunternehmen dieser geballten Zusammenfügung aller anderen gegen Deutschland letztlich zuvorkommen will.

Das Deutsche Reich war durch viele Jahrhunderte hindurch die absolut führende einzige europäische Machtkonstruktion gewesen. Das Deutsche Reich gab es als Begriff, als Staat und als Machtpunkt auf der Welt schon lange Jahrhunderte, bevor England und, fast kaum mehr in die mittelalterliche Entwicklungsgeschichte reichend, Amerika in das Erscheinungsbild der Welt überhaupt traten.

Blicken wir auf die Jahrhunderte deutscher Geschichte zurück, so finden wir immer das gleiche Problem, vor dem wir 1914, 1939, 1740, 1618 und allüberall sonst standen. Karl der Große, der Schöpfer der ersten großen staatlichen Zusammenfassung, hatte im wesentlichen abgesehen von den östlichen Teilen dasselbe Reich in der Hand, das heute Adolf Hitler in Händen hat. Dazu gehörten Frankreich, Deutschland, Italien bis nach Rom im Süden. Dieses Reich wurde damals von Aachen aus regiert und umfaßte genau die gleiche Ländermasse. Hätte ein würdiger Nachfolger das Werk Karls des Großen fortgesetzt, wäre es nur 200 bis 300 Jahre hindurch fortgesetzt worden, dann hätte sich niemals dieser gewaltige Block zwischen Atlantik und Weichsel, zwischen Dänemark und Rom der einheitlichen Führung der Deutschen entwinden können. Das geschah nicht. Ihr wißt es ja

3.3.1944

selber: die starken Männer sind offenbar in der Weltgeschichte so selten, daß sie nur einmal als Meteore aufleuchten, und dann kommt sofort wieder der Dunstkreis des Durchschnitts, der alles, was ein Mann geschaffen hat, wieder zerredet und zermalmt. Und so kam es denn, daß 800 Jahre später das Reich nach seinen letzten Höhenpunkten in 368 Einzelstaaten und Länder zerrissen wurde. Aus dem einheitlichen Machtblock Karls des Großen, der Frankreich, Deutschland und Italien umfaßte, war 1648 ein Durcheinander geworden von Kleinstaaten, von Ländergrüppchen, von Städtchen, von Bischöflein usw.,und alles wollte seine Souveränität beanspruchen. Die einzelnen Kleinstaaten schlossen Bündnisse untereinander, auch Bündnisse mit dem Ausland; es wurde für die Kirche und gegen die Kirche gekämpft, für die Reichsfürsten und gegen die Kurfürsten, für die Protestanten und gegen die Protestanten. Das deutsche Volk war aufs äußerste zersplittert. Es kam so weit, daß man sich mitten im Frieden aus Deutschland einfach herausräuberte, was man nur räubern konnte. So holte sich Ludwig XIV. eines schönen Tages, weil es ihm so paßte, mitten im Frieden eine Reichsstadt wie Straßburg aus dem deutschen Reichsverband. Widerstand konnte dagegen kaum geleistet werden.

Dieser größte Tiefstand wurde nun allmählich wieder überwunden. Denn so kläglich manchmal die Führung des deutschen Volkes war, das deutsche Volk selbst war immer stark und klar und gläubig, war immer willens, anständig zu leben, sauber zu leben und anständig zu arbeiten. Der deutsche Bauer, der deutsche Arbeiter, die deutsche Frau und der deutsche Mann waren das Vorbild leuchtender Tugend für die ganze Weltkultur, - ein braves, ein einzigartiges tüchtiges Volk der Deutschen. Und so erstand in einem Teil dieses zerrissenen

8

3.3.1944

Reiches, in der kurbrandenburgischen Ebene, das preussische Reich. Wenn man die deutsche Geschichte verfolgt, so beginnt einem bei der Betrachtung dieses Abschnittes das Herz höher zu schlagen. Man muß sich einmal vergegenwärtigen: das deutsche Volk war damals völlig erledigt, es befand sich in einem grauenhaften Zustand, es war der Weltkn Knecht geworden; da regierten die Engländer, die Franzosen, die Spanier, und im Osten baute sich das russische Reich auf, es war kurz nach dem Zaren Peter dem Großen. Überall prägten sich die neuen Formen. Indien, das reichste Land der Welt, war von den Banditen der Insel England besetzt worden. Allüberall sammelte sich Reichtum und zeigte sich große Weltform. Aber das deutsche Volk war in seiner Kleinstaaterei zusammengepfercht und einer lächerlichen fürstlich-absolutistischen Willkür preisgegeben; es war überdies nach außen und innen dem pfäffischen Dünkel ausgeliefert.

In diesem Zeitpunkt kam nun, wie vom Herrgott selbs gesandt, wieder einmal ein Mann: Friedrich der Große, der zarte Sohn eines gewaltigen Königs - denn Friedrich Wilhelm I., der Vater des Alten Fritz, ist eine der gewaltigsten Erscheinungen der deutschen Geschichte, hat er doch mühsam ein Heer aus dem nichts aufgebaut. In Friedrich dem Großen, dem Alten Fritz, der jedem von uns ins Herz geschrieben ist, erstand dem deutschen Volke wieder einmal ein Mann, an dem es sich aufrichten konnte. Goethe, der damals als junger Mann, fast noch ein Knabe, in Frankfurt lebte, sagt in seinen Lebenserinnerungen: wir waren alle fritzisch gesinnt, - eines der großartigsten Worte; denn aus ihnen erkennt man den Einfluß eines Mannes auf eine ganze Generation. Lessing, einer unserer größten Dichter, hat in seinem Lustspiel "Minna von Barnhelm" die Zeit des Alten Fritz in großartiger Weise festgehalten.

3.3.1944

Wer das Ringen dieses einsamen Mannes um Schlesien betrachtet, der wird erkennen, wie noterfüllt, wie grauenhaft der Weg eines gestürzten Volkes zur Höhe ist. Der Alte Fritz ging in die Geschichte ein. Man nannte ihn so, und doch war er gar nicht alt: der siebenjährige Krieg von 1756 bis 1763 traf eigentlich einen Mann, der knapp 5o Jahre alt war. Aber als er nach Berlin zurückkam, war er mit seinen knapp 5o Jahren wirklich ein alter Mann geworden; denn diese sieben Jahre hatten den Alten Fritz zu einem alten Mann gemacht. Er trug seinen Krückstock, er war einsam, aber er war dem Schicksal gegenüber bis zur letzten Kraft durchgeläutert gewesen. Er führte damals diesen Krieg gegen eine Koalition, der Frankreich, Rußland und das damals sehr mächtige Österreich-Ungarn angehörten, die zusammen im Laufe dieser Jahre das vierundvierzigfache der Bevölkerung an Zahl hätten erreichen können von dem, was der Alte Fritz zur Verfügung hatte. Er zog nun hin und her: von Roßbach nach Leuthen, von Kolin zurück nach Schweidnitz, dann wieder hin und her im Winter wie im Sommer. Er kämpfte und rang und gab nicht nach, er gewann Breslau und verlor es wieder, er gewann Schlesien und verlor es wieder, er konnte Prag nicht halten, er wurde bei Kolin besiegt, und nach der Schlacht von Kunersdorf hatte er nur 4 ooo Mann, ein Regiment, und gegen ihn standen Rußland, Österreich und Frankreich. Und der Alte Fritz saß in seinem Strohhäuschen und sagte: ich darf nicht sterben, denn in mir stirbt Preußen. 4 ooo Mann hatte er noch, und die marschierten heran und sammelten sich. Er aber schaute in den Himmel und fragte: soll nun wirklich alles verloren sein?

lo

3.3.1944

So ist das Werden eines Volkes, daß sich die Sorgen einer ganzen Zeit in einem Menschen sammeln, der das Glück zwar hat, der Führer einer Zeit zu sein, dem aber auch der Herrgott eine Last aufbürdet, unter der Millionen anderer zusammenbrechen würden. Und so kam es, daß dieser Mann im Jahre 1763 das Wunder vollführte: er richtete die Großmacht Preußen auf. Aus dieser Großmacht Preußen entstand nun im Laufe von ungeheuren Schwierigkeiten die Entwicklung des Deutschen Reiches, das 1914 wiederum in den Krieg trat. Es war wiederum beinahe dieselbe Koalition; denn ob einmal Österreich-Ungarn dabei gewesen ist, spielt ja keine Rolle, damals waren jedenfalls Frankreich, England, Rußland und Amerika unsere Gegner. Dieses Deutsche Reich war aber nunmehr in die Hände von Epigonen geraten: 1914 war das Reich schwächlichst geführt. Ein Kaiser war da, der grundsätzlich gutmütig war, Wilhelm II., ein Mann, der das Opfer auch seiner Zeit war. Er hat die Würdelosigkeit begangen, den Schöpfer des Deutschen Reiches Bismark, der auf den Spuren Friedrich des Großen aus Preußen Deutschland geschaffen hatte, unter unwürdigsten Bedingungen zu entlassen. Dieser Kaiser Wilhelm II. war keine irgendwie geartete große schöpferische Figur; er war völlig ungeeignet, dem deutschen Volke Führer zu sein. Er hatte als Kanzler den schwächlichen Bethmann-Holweg, der schon in den ersten Tagen des Krieges vor der ganzen Welt das gegen Belgien begangene Unrecht bestätigen zu müssen glaubte, ein Kerl, der schon wegen dieses Wortes sofort hätte öffentlich aufgehängt werden müssen. Solche Kräfte waren die Repräsentanten des Volkes, das in den schwersten Krieg aller Zeiten schritt.

3.3.1944

Und wiederum war es Adolf Hitler, der damals, als kleiner Soldat, als einfacher Infanterist den Krieg mitmachend, fern aller Politik sein großes Studium durchführte. Der eine erlebt sein Studium an der Universität, der andere schult sich auf andere Weise, der dritte studiert im Leben. Dieses letzte Studium ist das schwerste, aber auch das gesegnetste und wertvollste. Was man an der Universität lernt, das vergißt man zum großen Teil, was man in der Schule lernt, braucht man nur zum Teil fürs Leben, was einen aber das Leben selbst lehrt, behält man. So ist denn auch die Schule, die Adolf Hitler durchmachen mußte, die schwere Schule des deutschen Mannes, der mit Gut und Blut sein Leben für das Vaterland einsetzt.

Die jetzige Zeit wird sooft mit den damaligen Verhältnissen in Vergleich gezogen. Unsere Gegener bemühen sich, die heutige Situation des Deutschen Reiches mit den damaligen Verhältnissen zu vergleichen. Damals aber war Deutschland schwach, die Gegner aber wurden geführt von entschlossenen Männern, die Deutschen von irgend welchen Waschlappen. Da gab es diesen alten Hertling, es gab jenen Schwätzer Fehrenbach, und sie nannten Sich "Reichskanzler". Also ein Titel, den Bismerk für sich geschaffen hatte, wurde von einem solchen Burschen getragen, der nur gerade eben mit dem Stock herumwanken konnte und eine Salmiakflasche brauchte, um sich bei Kräften zu halten. Diese Gestalten waren damals die Repräsentanten Deutschlands. Und der unglückselige General Ludendorff, der es auf sich nahm, dafür zu kämpfen, daß dem Halt geboten wurde, wurde von diesem Schwächling Wilhelm II. entlassen, der die Zeit nicht erfüllen konnte, sie nicht besiegte und daher von der Zeit besiegt wurde. Auf der Gegenseite aber standen Männer wie Lloyd George und andere, eiskalte Gestalten. Und so kam es denn, daß überall in

12
13

3.3.1944

Deutschland das Gefüge auseinanderbrach: keine Regierung, keine Führung mehr, keine Klaheit, keine Kriegsziele, keine Volksgerechtigkeit mehr. Das Schiebertum praßt in der Heimat, aber an der Front herrscht Elend und Hunger. Das war das Deutschland von 1918, das dann auch mit dem Dolchstoß dieser Lumpen in der Heimat def Front den letzten Rest gab.

Dieses Deutschland war ein völlig anderes als das heutige Deutschland. Heute gibt es in ganz Deutschland niemanden, der stärker wäre als der Mann, der an der Spitze des Reiches steht. Damals waren alle anderen stärker als diejenigen, die an der Spitze des Reiches standen. Und doch gab es auch damals wie heute in Deutschland harte Männer, brave, verantwortungsbewußte deutsche Männer und Frauen, die verzweifelt waren über das Versagen der Reichsführung.

Heute kann sich jeder, auch der stärkste, der entschlossenste im Lande, ganz gleich, wo er steht, an dem Vorbild der Spitze des Reiches aufrichten; er kann sagen: Du magst noch so entschieden, noch so energisch und hart sein, Du bist nichts im Vergleich zu der Entschlossenheit, Klarheit und Härte Deines Führers. Und so ist es richtig. Damals war die Koalition gegen uns in sich mehr oder weniger geschlossen, auch nach dem Ausschalten Rußlands durch die Bolschewiken. Heute aber ist diese Koalition England, Amerika und Sowjetunion das zerrissenste, was es überhaupt gibt. Zu sehen, wie der Herr Stalin von Moskau aus den Herren Churchill und Roosevelt Befehle erteilt, könnte für uns eigentlich eine grobe Freude und Genugtuung sein; zu sehen, wie Churchill in der Mitte steht und nach links und rechts schauen muß, wie er ein Lakai geworden ist, der auf seinen Herrn hört. Und wenn man auf der anderen Seite beobachtet, mit welcher Gewinngier materieller Art die Amerikaner diesen Krieg führen, so

3.3.1944

kann man sagen: die beerben England noch, solange es lebt. Sie sehen also eine Koalition, die schon ihrer ganzen Entwicklung und Geschichte nach dazu bestimmt ist, nicht durchzuhalten.

Und dann kommen unsere Gegner mit ihren Waffen und sagen: ja damals gab es keine Luftflotte, diese Luftflotte haben wir jetzt. Und wenn man glaubt, daß die Lage Deutschlands heute derjenigen von 1918 deshalb ähnlich wäre, weil Städte zerstört werden, so muß ich Ihnen sagen: zum Kriegführen braucht man Kanonen, Menschen, Flugzeuge, Waffen, arbeitende Fabriken, Ernten, Nahrung, Getreide usw., man braucht aber keine Städte dazu; Städte verschießt man nicht, Häuser verschießt man nicht, verschossen wird Munition. Es kommt nicht darauf an, die Städte zu retten, sondern die Freiheit unseres Volkes, es kommt nicht darauf an, Wohnungen zu retten, sondern die Fabrikation dessen, was für die Kriegführung notwendig ist, herbeizuschaffen und aufrecht zu erhalten. Daher wird auch irgendeine Art von Luftterror in keiner Weise geeignet sein, irgendwie den Ausgang dieses Krieges zu entscheiden.

Wenn wir die damalige Lage Deutschlands mit der heutigen vergleichen, so können wir noch eine Fülle ganz anderer Momente feststellen. Damals war nach vier Jahren Krieg die Überlegenheit der Feinde in jeder Beziehung sonnenklar. Wir hatten keine Führung, wir hatten schwächliche Repräsentanten eines durcheinander geratenen Parteilebens. Wir hatten die Parteibonzen, die Defaitisten im Lande, die sich überall triumphierend breitmachen durften. Heute ist von Defaitismus, von Schwächlichkeit und Nachgiebigkeit nichts zu spüren. Wo sie sich zeigen würden, würden sie nur ihren eigenen Untergang augenblicklich erleben. Im deutschen Volk gibt es keine Hungersnot,. Die Regelung der Lebensmittelverteilung ist so großartig, daß man sagen muß,

sie ist ohne Beispiel in der Geschichte. Die feindliche Blockade hat vollkommen versagt. Was uns im Osten an Lebensraum allenfalls für einige Zeit verlorengeht, haben wir in Frankreich in übergroßem Maße. Lebensmittelschwierigkeiten sind in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu befürchten. Weder Streik noch Sabotage noch irgendetwas anderes können den Anstieg der Kohlenproduktion und der Rohstahlproduktion irgendwie hintanhalten. Die Panzerproduktion betrug im Dezember 1943 11 ooø % derjenigen des Januar 194o, die Flugzeugproduktion 1 8oo % derjenigen vom Januar 194o. Dieses Ansteigen der Produktion können Sie auf allen Gebieten feststellen. Es ist also gar nicht daran zu denken, daß Deutschland irgendwie schwächer geworden ist; es ist härter, zäher geworden, und das wird sich von Tag zu Tag fortsetzen. Daher ist das Deutsche Reich heute ein durchaus würdiges Gebilde. Noch niemals befand sich unser Volk in einer so herrlichen charakterlichen, seelisch-geistigen Verfassung wie heute, noch niemals zeigte sich so die Anständigkeit unseres Volkes. Wenn Sie eine Stadt wie Berlin oder Hamburg oder Frankfurt nach einem dieser Terrorangriffe besuchen und dort sehen, wie die Tausende und Abertausende am anderen Morgen über die zerstörten Straßen zur Arbeitsstätte pilgern, als ob nichts gewesen wäre, in dem Bewußtsein, daß sie es tun müssen, weil es für Deutschlands Kampf und Sieg notwendig ist, dann muß man sagen: Herrgott, dieses Volk kann auf dieser Erde von niemandem besiegt werden.

Und wenn man dieses Verhalten des Volkes, die Gesamtsituation dieser Nation mit alledem vergleicht, was 1918 war, so kann man sagen, der Kern unseres Volkes ist trotz der Ereignisse von 1914 bis 1918 gesund geblieben. Das Volk wurde von Adolf Hitler dann wieder

15

zur Höhe seiner Eigenbewußtheit emporgeführt und trat 1939 in den Krieg. War dieser Krieg nun notwendig? Meine Parteigenossen und Volksgenossen, dieser Krieg war deshalb notwendig, weil die gesamte Weltkoalition unserer alten ewigen Feinde noch durch den besonderen Haß der Juden verstärkt wurde, den wir uns zugezogen hatten; denn der Jude war in jedem Fall entschlossen, einen Wiederaufstieg Deutschlands auf die Dauer zu verhindern. Die Frage lautet also nicht, ob dieser Krieg notwendig war oder nicht, sondern die einzig mögliche Fragestellung ist die: sollte dieser Krieg Deutschland so treffen, daß es wiederum schwach einer übermächtigen Weltfront gegenüber stand, oder sollte nicht ein starkes Deutschland jedes Risiko sofort eingehen, solange die Gegner noch nicht zur letzten Höhe der Rüstung aufgestiegen waren? Das Verhalten der Polen gegenüber dem Deutschtum in diesem Lande wurde immer verbrecherischer. Der Führer hat auch zugegriffen; als dieser Höhepunkt der Verfolgung der Deutschen in Polen erreicht war, marschierten die deutschen Truppen in Polen ein. Der Krieg wurde dann von England mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf begonnen, daß die Integrität und die Grenzen Polens unverletzlich seien. Wenn Sie die jetzige Auffassung Churchills damit vergleichen, so werden Sie sehen, wie sich in fünf Jahren seine Haltung geändert hat. Heute sagt er, er habe niemals die Grenzen Polens, sondern nur die Integrität Polens garantiert. Aber das ist doch nur ein Spiel mit Worten; denn Integrität bedeutet doch praktisch die Aufrechterhaltung der bisherigen Grenzen. Heute ist es doch so, daß über dem polnischen Problem die Weltkoalition schon praktisch in die Brüche gegangen ist.

3.3.1944

Wir im Generalgouvernement haben daher allen Anlaß, dieser Frage des Kriegsausbruchs unsere besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn Sie bedenken, daß diese 14, 15 oder 16 Millionen polnischer Bevölkerung, die wir im Generalgouvernement haben, heute im Mittelpunkt des weltpolitischen Geschehens stehen, daß wir eine polnische Exilregierung in London, ein polnisches Nationalkomitee nach Art einer Regierung in Moskau, daß wir ferner eine kommunistische und eine nationale Widerstandsbewegung, darüber hinaus in Amerika den Bund der freien Polen haben, dann werden Sie mir Recht geben, wenn ich sage: wir haben hier im Lande nur die eine Aufgabe, nämlich dafür zu sorgen, daß weder der eine noch der andere, weder Moskau noch England noch Amerika, weder die Nationalen noch die Kommunisten irgendwie dieses Volk in Unruhe, Aufruhr oder Sabotagehandlungen emporsteigern können. Es muß uns unbedingt gelingen, diese Millionenmassen bei der Arbeit für Deutschland ohne Rücksicht auf die feindliche Propaganda zu halten. Das ist der Kern- und Schnittpunkt. Churchill hat wohlweislich in seiner Rede alle Länder Europas erwähnt, in denen es unruhig ist; er sprach von Jugoslawien, von Belgien, Griechenland, von Italien, er sprach von Quisling in Norwegen, er sprach von den Partisanen, aber vom Generalgouvernement hat er keinen Ton gesagt. Er weiß genau, daß sich die ganze Welt davon überzeugt hat, daß es wenigen deutschen Männern und Frauen in diesem Lande geglückt ist, diese Millionenmasse der Polen zu 9o % in den Arbeitsprozeß ruhig eingeschaltet zu halten. Daß wir uns indessen über die innere Stimmung der Bevölkerung nicht täuschen dürfen, brauche ich nicht besonders hervorzuheben. Wir glauben auch nicht, daß dieser Zustand ewig ist. Aber ich glaube, daß ich mit meiner Politik erreicht habe, daß der gegenwärtige Zustand so lange bestehen bleibt, wie wir die Polen in der heutigen Form brauchen.

17

3.3.1944

1939 brach der Krieg wegen Polen aus. Heute will kein Mensch von Polen etwas wissen, es sei denn, daß man sein Land habenwill. Die Polen werden schon von den Kommunisten als Sowjetpolen behandelt. Sie sollen auf die Hälfte ihres Landes verzichten, und man sagt ihnen, sie könnten sich ja an Ostpreußen, Schlesien und anderen Teilen Deutschlands schadlos halten. Und Churhill muß diese Dinge vor dem Unterhaus Großbritaniens verteidigen. Er sagt: selbstverständlich hat Sowjetrußland einen Anspruch auf eine gesicherte Westgrenze, wenn er auch bedauert, daß die so heroische polnische Bevölkerung den Eindruck haben könnte, daß Großbritanien kein ganz faires Spiel mit Polen getrieben hätte. Sie sehen auch daraus, daß diese polnische Frage, die ja der Kernpunkt des Krieges war, mittlerweile zur Zerstörung der Koalition geführt hat; denn das verbindet weder die englische noch die amerikanische Politik, und hier geht es jetzt bereits um Europa. Finnland soll genau so geopfert werden wie Polen. Und so seht Ihr, wie bereits Großbritanien aus Europa hinausgedrängt werden soll.

Nun fragen Sie sich einmal selber: war dieser Krieg notwendig? Glauben Sie, wenn diese Millionenmassen der Sowjetrussen über Deutschland im Jahre 1943 plötzlich hereingebrochen wären, vielleicht kombiniert mit den Polen, Franzosen und Engländern, - glauben Sie, daß das für uns günstiger gewesen wäre? Und nun noch etwas Schrecklicheres: Glauben Sie, wenn dieser Krieg, der doch wohl notwendige gewesen wäre, nun über Deutschland hereingebrochen wäre und Deutschland keinen Adolf Hitler an seiner Spitze gehabt hätte, sondern wieder so eine Schlafmütze wie 1914, glauben Sie, daß Deutschland heute noch bestehen würde, daß noch irgendwo ein freies deutsches Volk leben würde? Das alles müßt Ihr allen denen antworten, die Euch fragen, ob dieser Krieg notwendig war. Ihr müßt sagen: der Krieg wäre so oder so

3.3.1944

in dem Augenblick gekommen, in dem sich Deutschland irgendwie wieder aufgerichtet hätte. Er ist aber auch nur deshalb zu gewinnen, weil er in einem Zeitpunkt kam, da Adolf Hitler und sein nationalsozialistisches Reich bestanden. Das müßt Ihr Euch nun in allem voranleuchten lassen. Jeder einzelne von Euch muß in sich diesen Pulsschlag spüren, daß er in einer großen Zeit als Mitwirkender und Mittätiger berufen ist. Er muß in sich das Empfinden tragen, daß alles andere jetzt gar nichts gilt, weder Stellung noch Rang noch Eigentum noch irgendetwas anderes; denn aus diesem Krieg erretten wir alle miteinander nicht unser Privatleben, sondern Deutschland. Deutschland retten wir, diese Mutter, die dieses Volk durch die Jahrtausende mit allen Nöten und Sorgen trägt und die doch immer wieder im letzten Augenblick die Hand segnend über die hält, die sich für Deutschland einsetzen.

Ich bin kein Optimist, ich bin ein Wissender; ich glaube nicht nur, sondern ich weiß. Wir werden in diesem Ringen das Feld behaupten. Deutschland wird stärker, entschlossener und klarer denn je als Weltbereich aufsteigen, und das vor allem deshalb, weil England diesen Krieg nicht überleben wird. Denn die paar Angriffe, die jetzt gegen London gemacht worden sind sind gar nichts im Vergleich zu dem, was schon in absehbarer Zeit als Vergeltung über London hinwegbrausen wird. London wird in kurzen Zeitabständen nicht mehr sein. Und wenn Sie daran denken, daß sich in aller Stille und Beharrlichkeit die deutsche Front im Osten auch wieder in Bewegung setzen und zu Schlägen ausholen wird, deren gigantische Wucht noch gar nicht vorstellbar ist, dann können Sie der Zukunft in Ruhe entgegensehen; denn daß dieser Rückzug im Osten im großen und ganzen nur ein strategischer ist, ist ganz selbstverständlich. Er hängt vor allem mit der schmählichen verräterischen Haltung Italiens zusammen, die den

3.3.1944

Führer zwang, seine Divisionen überschnell nach Italien zu schicken. Aber bei Nettuno und Anzio sehen wir es ja, dort hat man die Invasion erprobt. Heute sitzen sie da und wären vielleicht froh, wenn sie dieses verfluchte Land nie betreten hätten. Wenn nun die große Invasion im Westen kommt - irgendwann muß sie ja einmal kommen, denn wenn sie nicht kommen würde, würden England und Amerika schon vorher in den Abgrund sinken, - wenn sie aber kommt, dann bedeutet sie die Entscheidung des Krieges. Eine zurückgeschlagene Invasion entscheidet den Krieg, und eine zweite Invasion wird dann nicht mehr gemacht werden.

So können Sie, meine Parteigenossen, mit innerster Erhobenheit und klarer Überzeugung dem Schicksal entgegentreten. Sie können in die Lande unseres Generalgouvernements hinausziehen, das nunmehr die wichtige Bastion des Großdeutschen Reiches geworden ist und eine ungeheure Wirkungsstätte mit deutscher Kraft und Energie darstellt. Im Generalgouvernement wird heute ein Drittel der gesamten Munition der deutschen Wehrmacht hergestellt. Auch vieles andere wird in diesem Lande produziert ,und so ist es denn auch von einer einzigartigen Bedeutung für den großdeutschen Freiheitskampf.

Wenn Ihr nun in diesem Lande, dem der Führer den Ehrentitel „Bastion des Ostens" verliehen hat, nunmehr als Parteikämpfer der heiligsten Bewegung, die unser Volk je hatte, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auftreten dürft, dann richtet Euren Kopf hoch und seid vor Euch selber Vorbild. Von Euch muß immer wieder der Glanz dieser klaren Entschlossenheit, dieser unbeirrbaren Gläubigkeit ausstrahlen. Jeder, der es wagen sollte, in Eurer Anwesenheit auch nur einen Zweifel auszusprechen, wird von Euch herabgeschmettert werden. Von Euch muß ein Leuchten ausgehen und ein Glaube, eine Energie, daß jeder sagt: die sind nicht umzubringen. Ich habe gestern die Meldung

20

3.3.1944

bekommen, daß der Führer einer unserer stolzesten Infanteriedivisionen den Ehrentitel "Infanteriedivision Generalgouvernement" verliehen hat. Daraus können Sie entnehmen, was er von uns hält, von uns erwartet und wie er uns dankt. Zeigt Euch dieser einzigartigen Anerkennung würdig, Parteigenossen und Volksgenossen, seid immer stark, gläubig, sauber und klar!

Mit dem von Oberdienstleiter Tießler ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Veranstaltung ihren Abschluß.

12^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13^{00} Besprechung mit Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke, General der Flieger Sommé, Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Generalmajor Haseloff, Oberst Fischer und Oberstleutnant Meißner.

Gegenstand der Besprechung ist der gegenwärtige Stand der Bandenbekämpfung im Distrikt Lublin.

Freitag, den 3.März 1944

15[20] A r b e i t s s i t z u n g im Grünen Zimmer der Burg.

Thema: Polnisches Theater.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Staatssekretär Dr. Boepple
SS-Oberführer Bierkamp
Präsident Ohlenbusch
Pressechef Gassner
Generalintendant Stampe
Direktor Schmidt
Bürgermeister Weber
Kulturreferent Jaenicke
Intendant Haslinde
Kulturreferent Rodler
Staatskapellmeister Antolitsch

Präsident Ohlenbusch berichtet zunächst über die Entstehungsgeschichte des Polnischen Theaters. Kulturreferent Jaenicke habe mit dem polnischen Unternehmer S. Fühlung genommen und festgestellt, daß dieser Unternehmer, der das Theater finanziert und aufgebaut habe, nach Rücksprache mit der polnischen Intelligenz in Krakau auf dem Standpunkt stehe, es sei unerwünscht und unzweckmäßig, daß der Herr Generalgouverneur z.B. ein Vorwort für das Programmheft schreibe, daß weiter die Regierung des Generalgouvernements offiziell an der Eröffnung des Theaters teilnehme: Die Widerstandsbewegung würde das dem polnischen Unternehmer sehr verübeln. Auch glaube der polnische Unternehmer, daß für

3.3.1944

diesen Fall die polnische Intelligenz nicht mitmachen würde. Weiter glaube der Unternehmer, es ablehnen zu müssen, daß der werktätigen Bevölkerung Freikarten gegeben würden und sie dadurch in gewisser Weise beeinflußt werde.

Der Herr Generalgouverneur hält es für gänzlich ausgeschlossen, daß sich die Repräsentanten des Deutschen Reiches von einem Polen vorschreiben ließen, was sie zu tun oder zu lassen hätten. Wenn er seinerzeit die Genehmigung zu der Errichtung des Polnischen Theaters gegeben habe, so deshalb, weil er der Meinung gewesen sei, daß es eine städtische Angelegenheit sei. Er sei auch überrascht, zu hören, daß die Mittel für den Ausbau dieses Theaters von einem Polen gegeben worden seien.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kulturreferent Jaenicke, daß der Unternehmer keine Bedingungen gestellt habe, sondern man habe bei ihm lediglich in privater Form angefragt. Der Unternehmer habe sich dann bereit erklärt, für die Kosten des Umbaues 1,2 Millionen Zloty beizusteuern. Die Stadt habe ihm ein Darlehn von 3 oo ooo Zloty gegeben. Der Vertrag sei so gefaßt, daß der Unternehmer das Darlehn in lo Jahren tilgen könne und außerdem noch verdiene. Im Übrigen sei das Theater nicht rein privat aufgezogen, sondern die Führung sei staatlich.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß es für ihn nur die Möglichkeit gebe, daß dieses Theater ein Volkstheater sei, das von der Stadt Krakau verwaltet, geführt und finanziert werde.

3

3.3.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dafür Sorge zu tragen, daß derVertrag widerrufen und die Finanzierung auf die Kasse der Stadt Krakau übernommen oder gegebenenfalls ein Zuschuß von der Regierung des Generalgouvernements gegeben werde. Alles, was im Generalgouvernement aufgebaut werde, könne sich nur in den klaren Rechtsfunktionen bewegen, die die Führung des Generalgouvernements geschaffen habe. Die Sachlage müsse restlos geklärt werden. Es könne in Krakau nur das Staatstheater und das Volkstheater der Stadt Krakau geben. Mit dem Begriff des Volkstheaters solle zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich um eine Angelegenheit der Masse, aber nicht der sogenannten polnischen Intelligenz handle.

Bürgermeister Weber gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die Stadt Krakau nicht als Eigentumsträger dieses Theaters auftrete. Im übrigen sei er über die Sachlage nicht orientiert. Er werde mit dem polnischen Unternehmer in Verhandlungen über diese Frage eintreten.

Der Herr Generalgouverneur verfügt darauf, daß der Vertrag restlos beseitigt wird. Die Schaffung dieses Theaters sei eine reine Gnade, die das Deutsche Reich dem loyalen Teil der polnischen Bevölkerung aus eigener Entschließung gewähre. Er behalte sich vor, das Theater jederzeit zu schließen, wenn sich die Situation ändern sollte. Das Theater müsse von der Stadt Krakau in eigene Regie genommen werden, eine polnische Selbständigkeit könne es auf diesem Gebiete nicht geben. Sollten die Polen das Theater nicht besuchen, dann werde aus ihm ein zweites deutsches Theater machen.

Kulturreferent Rodler bemerkt, daß seinerzeit die Weisung ergangen sei, der polnischen Bevölkerung ein Theater mit gutem Niveau und in gutem Rahmen zu bieten. Die Stadt habe sich entschlossen, das Alte Theater zu

verpachten, und habe einen Pachtvertrag für lo Jahre mit der Möglichkeit abgeschlossen, diesen Vertrag jederzeit rückgängig zu machen, wenn dem Pächter die von ihm aufgewendeten Beträge bis zu einem gewissen Grade zurückgezahlt seien. Es handle sich jetzt vor allem um die Frage, wie weit man damit rechnen könne, die vom Pächter engagierten Kräfte, Schauspieler und sonstiges Personal ohne weiteres zu übernehmen. Ob und inwieweit Abmachungen in dieser Richtung getroffen seien, sei ihm unbekannt.

Der Herr Generalgouverneur stellt als Ergebnis der bisherigen Aussprache fest, daß aus Gründen der Sicherheit bezw. mit Rücksicht auf eine etwaige Betätigung der Widerstandsbewegung eine Verpachtung des Theaters an einen Polen nicht durchgeführt werden kann, sondern die Stadt Krakau dieses Theater übernehmen muß. Sollten sich dem Schwierigkeiten entgegenstellen, so werde aus diesem Theater ein deutsches Kammerspielhaus gemacht werden. Der polnische Unternehmer, der für den Umbau des Theaters Mittel aufgewendet habe, werde schadlos gehalten werden. Das Theater werde also demnächst unter diesen Bedingungen als Volkstheater der Stadt Krakau eröffnet werden können. Die dafür zu erlassende Verfügung unterzeichne der Stadthauptmann für die Stadt Krakau, Präsident Ohlenbusch zeichne für das Theaterwesen. Dabei müße ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Regelung auf einem Befehl des Generalgouverneurs beruhe und daß das Theater angesichts der lovalen Hilfe der polnischen Bevölkerung ihr zur Verfügung gestellt werde. Außerdem entspreche die Errichtung dieses Theaters der vom Führer gegebenen Weisung, der kommenden europäischen Neuordnung Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Die Eröffnung des Theaters werde so vorsichgehen, daß der Stadthauptmann für die Stadt Krakau die erwähnten Feststellungen treffe, allen Beteiligten danke und dem Theater eine gute Entwicklung wünsche. Im Anschluß daran könne dann die

5

3.3.1944

Eröffnungsvorstellung stattfinden. Es werde zweckmäßig und notwendig sein, die erste Vorstellung im Hinblick auf etwaige politische Demonstrationen streng zu überwachen. Es könne sich nur um ausschließlich geschlossene Veranstaltungen handeln, deren Besucher genau überprüft werden müßten, und darauf müße auch in der Presse hingewiesen werden.

Während Präsident Ohlenbusch den Besuch des Theaters durch Deutsche grundsätzlich ablehnt, will der Herr Generalgouverneur die Möglichkeit gegeben sehen, daß auch hin und wieder Deutsche das Theater besuchten. Es wäre daher zweckmäßig, wenn für diese Deutschen einige Logen zur Verfügung ständen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kulturreferent Jaenecke, daß in einem Rang 15o Plätze für den Besuch Deutscher zur Verfügung stehen könnten.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß diese Plätze gegebenenfalls Deutschen reserviert werden sollten vor allem Besuchern aus dem Reich, die sich besonders für das Europaprogramm interessierten. Im übrigen spreche er sich dagegen aus, daß für dieses Theater etwa ein eigener großer Apparat aufgebaut werde. Auf diesem Gebiete könne sich jetzt die Theaterabteilung der Hauptabteilung Propaganda betätigen. Selbstverständlich werde dieses polnische Theater von deutscher Seite geleitet, dirigiert und überwacht.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie für das polnische Theater ein Orchester zusammengestellt werden soll, wird von Generalintendant Stampe darauf hin-gewiesen, daß zu Opernaufführungen des Staatstheaters häufig Orchestermitglieder der Philharmonie des Generalgouvernements hinzugezogen werden müßten.

6

3.3.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht tragbar sei. Wenn Mitglieder des Orchesters des Staatstheaters zur Wehrmacht eingezogen würden, dann müsse eben versucht werden, z.B. von Warschau Künstler heranzuziehen.

Weiter wendet sich der Herr Generalgouverneur entschieden gegen Gastspielreisen von im Generalgouvernement beschäftigten Künstlem ins Reich. Wenn z.B. der Konzertmeister der Philharmonie Sonnleitner u.k. gestellt sei, dann habe er im Generalgouvernement tätig zu sein, nicht aber im Reich. Andernfalls müßte er sich gezwungen sehen, die u.k.-Stellung aufzuheben. Und wenn deutsche Künstler des Generalgouvernements in Lazaretten konzertieren wollten, dann dürfe es auch nur im Generalgouvernement der Fall sein. Für völlig unmöglich halte er es, daß die Philharmonie des Generalgouvernements in Leipzig ein Konzert für die polnichen Arbeiter der Hasag-Werke gebe. Denn es sei selbstverständlich, daß die Mitglieder der Philharmonie später von ihren Eindrücken, die sie in dem zum großen Teil zerstörten Leipzig gehabt hätten, berichteten.

Intendant Haslinde weist darauf hin, daß diese Konzertreise auf Anregung des Generalleutnants Schindler und des Generaldirektors Budin habe stattfinden sollen. Auch Reichsstatthalter Mutschmann habe einen solchen Wunsch ausgesprochen. Er, Intendant Haslinde, habe diese Wünsche abgelehnt. - Konzertreisen ins Reich hätten Kapellmeister Hindemith und Konzertmeister Sonnleitner selbständig unternommen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nochmals mit aller Entschiedenheit gegen solche Konzertreisen von für den Dienst im Generalgouvernement u.k. gestellten Künstlern. Das Orchester der Philharmonie dürfe

3.3.1944

im übrigen nicht als Generalreservoir für alle neuauftretenden Konzertunternehmungen usw. angesehen werden. Er habe seinerzeit die Philharmonie als einzigartige Institution für einen ganz bestimmten Zweck geschaffen.

SS-Oberführer Bierkamp weist darauf hin, daß eine Konzertreise der Philharmonie des Generalgouvernements ins Reich auf Grund eines strikten Befehls des Reichssicherheitshauptamtes völlig ausgeschlossen sei.

Der Herr Generalgouverneur verfügt sodann, daß das Orchester des Polnischen Theaters nur aus polnischen Künstlern zusammengestellt werden darf. Sollte sich die Bildung eines Orchesters nicht ermöglichen lassen, dann müsse sich das Theater eben auf die Aufführung von Schauspielen, Lustspielen oder Possen beschränken. - Wenn es dem Orchester des Staatstheaters an Künstlern fehle, so müsse sich die Leitung des Orchesters eben den künstlerischen Nachwuchs selber erziehen. Vorläufig werde jedoch das Orchester durch polnische Kräfte verstärkt werden müssen, die man gegebenenfalls auf dem Weg über den Arbeitseinsatz heranziehen müsse. Andererseits stehe er auf folgendem Standpunkt: je großzügiger die allgemeine Politik gegenüber den Polen wäre, desto intensiver müsse die individuelle Überwachung werden. Wenn er eine polenfreundliche Politik treibe, dann bedeute das noch keine endgültige Bereinigung des Polenproblems, sondern diese seine Politik sei immer mit einer Verstärkung der wirklichen Machtposition kombiniert.

Der Herr Generalgouverneur faßt abschließend das Ergebnis der Beratungen zusammen und trifft dabei folgende Feststellung:

Das Polnische Theater wird als Volkstheater der Stadt Krakau eröffnet. Als Städtisches Theater soll es auch für Wehrmachtsveranstaltungen usw. zur

8

3.3.1944

Verfügung stehen. Das Volkstheater der Stadt Krakau wird mit einer in polnischer Sprache gegebenen Vorstellung für die Polen eröffnet. Auf den Ankündigungen wird unter die deutsche Bezeichnung dieses Theaters als Volkstheaters der Stadt Krakau die gleiche Bezeichnung in polnischer Sprache gesetzt.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Generalintendant Stampe, Kulturreferent Jaenicke, Intendant Haslinde und Kapellmeister Antolitsch.

In dieser Besprechung wird noch einmal zu der Frage Stellung genommen, in welcher Weise dem Mangel an Musikern beim Orchester des Staatstheaters abgeholfen werden soll.

Weiter wird im Anschluß an die soeben stattgehabte Sitzung die Frage der Eröffnung des Polnischen Theaters behandelt.

Der Herr Generalgouverneur behält sich vor, bei außerordentlichem Bedarf über dieses Theater im Interesse der deutschen Kultur auch anderweitig zu verfügen. Grundsätzlich müsse aber dieses Theater in den Dienst der polnischen Bevölkerung gestellt werden, da es auch international gesehen von größter Bedeutung sei. Auch Reichsminister Dr.Goebbels lege größtes Gewicht auf die Eröffnung dieses Theaters.

Generalintendant Stampe und Intendant Haslinde berichten dann kurz über die von ihnen im Interesse des Luftschutzes getroffenen Maßnahmen.

Ferner wird wie in der vorhergehenden Sitzung noch einmal zu der Frage der Gastspielreisen von für den Dienst im Generalgouvernement u.k. gestellten Künstlern Stellung genommen.

3.3.1944

Der Herr Generalgouverneur legt seinen grundsätzlichen Standpunkt dahin fest, daß solche Gastspielreisen unter keinen Umständen stattfinden dürften. Diese seine Entscheidung gelte ebenso für Konzertmeister Sonnleitner und Kapellmeister Hindemith wie für das Assmann-Quartett. Nach einer grundsätzlichen Verfügung des Führers hätten sich alle u.k. gestellten Personen lediglich in dem Bereich zu betätigen, für den sie u.k. gestellt seien.

Gegenstand der Besprechung sind dann weiter noch eine andere Ausgestaltung bzw. Erscheinungsform der"Blätter des Staatstheaters" und der Programmhefte der Philharmonie. Hier wünscht der Herr Generalgouverneur eine wesentliche Vereinfachung, etwa in der Art, daß die Programmhefte nur alle Vierteljahre einmal erscheinen.

Intendant Haslinde schneidet abschließend die Frage der Besoldung der polnischen Musiker der Philharmonie des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, sich über diese Frage von Intendant Haslinde Bericht erstatten zu lassen und ihm dann Vortrag zu halten.

16[2o] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch und Kulturreferent Jaenicke.

Präsident Ohlenbusch überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben, in welchem er dem Herrn Generalgouverneur Vorschläge für die Eröffnung der Ausstellung "Japans Kunst und Kunstgewerbe" und damit zusammenhängende Veranstaltungen unterbreitet. - Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesen Vorschlägen im allgemeinen einverstanden.

lo

3.3.1944

Weiter wird zu einigen die Kulturvereinigung des Generalgouvernements betrffenden Fragen Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch und Kulturreferent Jaenicke Anweisungen für die Herausgabe von Monographien bzw. Broschüren der Kulturvereinigung.

Der Anregung des Präsidenten Ohlenbusch, die Tätigkeit der Kulturvereinigung auf wirklich große kulturelle Veranstaltungen zu beschränken und im übrigen den Kulturbereichen der Distrikte die Hauptarbeit zu überlassen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu, und zwar mit dem Bemerken, daß auf diesem Gebiet kein Distrikt vor einem anderen hervortreten dürfe,. Alle fünf Distrikte müßten gleich und gleichzeitig mit Wirkung von einem bestimmten Termin an ihre kulturellen Veranstaltungen unter der Devise "Kulturvereinigung des Generalgouvernements, Bereich Warschau, Krakau usw.." anlaufen lassen. Deshalb sei es auch nicht zweckmäßig, daß der Generalsekretär in der Kulturvereinigung schon vorher mit irgendwelchen Verlautbarungen an die Öffentlichkeit trete. Der Kulturring Warschau werde aufgelöst und in den Bereich Warschau der Kulturvereinigung eingefügt. Die finanziellen Mittel, über die er bisher verfügt habe, könnten ihm belassen werden. Die Bildung eines besonderen Beirats für den Bereich Krakau würde sich vielleicht empfehlen, wenn der Gouverneur des Distrikts Krakau sich damit einverstanden erkläre. Andernfalls könnte der Bereich Krakau in eine Personalunion mit dem Beirat der Kulturvereinigung gebracht werden, sodaß der Gouverneur des Distrikts Krakau in diesem Beirat die Belange des Distriktes wie der Stadt Krakau verträte. Jedenfalls müsse der Bereich Krakau

11

möglichst bald ins Leben treten.

Das Muster einer Mitgliedskarte für die Kulturvereinigung wird von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt.

Kulturreferent Jaenicke wirft dann die Frage auf, ob und in welcher Weise ein Emblem für die Kulturvereinigung geschaffen werden kann. Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch anheim, für die Kulturvereinigung die Verleihung des Rechtes einer öffentlich rechtlichen Körperschaft zu beantragen, in welcher Eigenschaft sie dann den Reichsadler als Siegel führen dürfe.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß nach Ansicht des Oberdienstleiters Tießler die Kulturvereinigung irgendwie als Instrument der Partei in Erscheinung treten müsse, da auch die Organisation "Kraft durch Freude" eine reine Parteiangelegenheit und die kulturelle Führung im Generalgouvernement Sache der Partei sei.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Auffassung des Oberdienstleiters Tießler mit dem Hinweis darauf, daß die kulturelle Führung im Generalgouvernement beim Generalgouverneur liege, der sowohl Staat wie Partei verkörpere.

Abschließend wird noch kurz zur Organisation "Kraft durch Freude" Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur kann sich mit den Vorschlägen, die Oberdienstleiter Tießler in dieser Frage dem Präsidenten Ohlenbusch gemacht hat, nicht einverstanden erklären und ersucht Präsident Ohlenbusch, einen Gegenvorschlag einzureichen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Anwesenheitsliste

für die Arbeitssitzung (Thema: Polnisches Theater)

am 3. März 1944

im Grünen Zimmer der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Dr. Boepple		
Hasenöhrl		
Bertram		
Frauenfeld		
Gerteis		
Fuller		
Ullmann		
Antolitsch		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Hub		
Schmid	Direktor	Kgl. Hofth. z. Münch.
Hasselbeck	Intendant	Philharmonie
Berger		

Krakau

Sonnabend, den 4.März 1944

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, den Präsidenten Struve, Emmerich, Naumann, Oberstleutnant Dehnke und Brigadeführer Sendel.

Gegenstand der Besprechung ist die Arbeitseinsatzlage im Generalgouvernement und die Gestellung von Arbeitskräften für das Reich.

Präsident Struve führt dazu aus, daß momentan im Generalgouvernement 6o- bis 9o ooo Arbeitskräfte von den Arbeitseinsatzbehörden umgesetzt würden. In der Vermittlungstätigkeit könne man in den letzten Monaten einen leichten Rückgang verzeichnen, dessen Grund in einer stärkeren Unterbindung der Fluktuation liege. Damit sei der gesamte angemeldete Bedarf innerhalb des Generalgouvernements im großen und ganzen befriedigt worden.

Man müsse zwischen Bedarfsanforderungen und tatsächlichem Kräftebedarf unterscheiden, da viele Betriebe, die an sich mit Arbeitskräften schon übersetzt seien, Kräfte anfordern.

Das Generalgouvernement müsse im Jahre 1944 dem Reich loo ooo Kräfte stellen, die vorwiegend in der deutschen Landwirtschaft eingesetzt und daher zur Frühjahrsbestellung im Reich sein sollen. Bis jetzt habe der Distrikt Warschau mit 16 bis 17 % seines Aufbringungssolls das beste Ergebnis aufzuweisen, während Radom und Krakau 9 bis lo %, Lublin 3 % und Galizien 1,6 % aufgebracht hätten. Für das schlechte Ergebnis des Distrikts Galizien gebe es verschiedene Entschuldigungsgründe. Der Schrei nach Kräften aus dem Reich beschränke sich also nach seiner Kenntnis der Dinge im wesentlichen auf die Aufbringung dieser loo ooo Mann.

4.3.1944

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf ein Fernschreiben des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 18.Februar hin, in dem für die Monate Februar, März und April die Bereitstellung von je 3o ooo Kräften für das Reich vom Generalgouvernement verlangt werde. Man könne nicht plötzlich ein Programm, das sich vereinbarungsgemäß auf ein ganzes Jahr erstrecke, in drei Monaten bewältigen. Er müsse daher Präsident Struve bitten, für eine Abstellung einer solchen nervösen Fernschreiberei Sorge zu tragen. Abgesehen von der Unmöglichkeit, innerhalb von 2 ½ Monaten im Generalgouvernement 9o ooo Arbeitskräfte zu erfassen, bestehe auch keine Möglichkeit zum Abtransport nach dem Reich.

Präsident Emmerich bezeichnet die Versorgung der Textilwirtschaft mit Arbeitskräften als im großen und ganzen befriedigend.

Präsident Naumann legt dann die Situation auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft dar: die großen Betriebe hätten einigermaßen ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung. In den Saisonspitzen sei es jedoch außerordentlich schwierig, genügend Arbeitskräfte zu bekommen; es bedürfe dazu leider großer Lockmittel, die eigentlich dafür nicht eingesetzt werden dürften. Die Ukrainer wollten vielfach nicht zur Arbeit erscheinen, da aus Mangel an ukrainischen Inspektoren diese Stellen von Polen besetzt seien. In den Kleinstbetrieben des Generalgouvernements seien zweifellos noch überflüssige Arbeitskräfte vorhanden; sie müßten aber im Zusammenhang mit einer Umlegungsaktion, die man jetzt aus politischen Gründen nicht durchführen könne, erfaßt werden.

3

4.3.1944

Auf den Einwurf des Herrn Generalgouverneurs, daß man unter keinen Umständen bereits in Betrieben des Generalgouvernements eingesetzte Arbeiter für das Reich wegnehmen dürfe, erwidert Präsident Struve, daß es sich bei den durch die Arbeitsbehörden erfaßten Arbeitskräften um den Überschuß der Menschen auf dem Lande handle.

Wie Präsident Naumann weiter ausführt, reicht in den Be- und Verarbeitungsbetrieben das Stammpersonal aus. Aber in den Saisonspitzen seien ungeheuere Schwierigkeiten zu überwinden. So müsse man alles mögliche anstellen, um die in der Saison der Zuckerkampagne ~~benötigten~~ 1 2oo zusätzlich benötigten Arbeitskräfte zu bekommen, da im Lande alles ausgekämmt werde und die jedes Mal am Schluß der Saison frei werdenden Arbeitskräfte sofort erfaßt und ins Reich abtransportiert würden. Er bitte daher, gerade auf diesem Gebiete in Zukunft nicht mehr einzugreifen, da ja mit jeder Steigerung der Erfassung auch ein höherer Arbeitskräftebedarf eintrete. Leider sei das, wenn auch von Herrn Präsidenten Struve nicht gewünscht, durch die untergeordneten Stellen, die unter Anwendung aller Mittel das ihnen auferlegte Kontingent erfüllen wollten, getan worden. Solche Maßnahmen, die sich im Lande unter der Bevölkerung rasch verbreiteten, richteten unermeßlichen Schaden an.

Von der Hauptabteilung angestellte Untersuchungen hätten gezeigt, daß Leistungssteigerungen möglich seien, wenn der Betriebsführer seine Arbeiter richtig behandle und ansetze. Mit Arbeitskräften übersetzte Betriebe müßten von Fachleuten ausgekämmt werden; diese Arbeit dürfe man nicht einfach Polizeibeamten überlassen.

4.3.1944

In diesem Zusammenhang weist Präsident Dr.Emmerich auf Fluktuationen in den Betrieben hin, die die Arbeitseinsatzbehörden gar nicht übersehen könnten. Wenn z.B. in einem Betrieb ein plötzlicher Mangel an Zellwolle eintrete, dürfe man dadurch zur Unterbeschäftigung gezwungene Arbeitskräfte nicht als überflüssige Kräfte erfassen und abtansportieren, da ihre Vollbeschäftigung im Betrieb nur eine Frage von Tagen sei.

Der Herr Generalgouverneur führt dann aus, daß das Problem für das Generalgouvernement zwei Seiten habe: die eine sei die dringende Bitte des Reiches nach Arbeitskräften und die andere die Vollbeschäftigung der Wirtschaft, Landwirtschaft, Industrie, kurz der gesamten Leistungskraft des Generalgouvernments für das Reich. Das Generalgouvernement könne dem Reich nicht Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, die durch ihren Mangel die Produktion des Generalgouvernements im Interesse des Reiches beeinflußten, denn dadurch trete durch die Reduzierung der Leistungskraft des Generalgouvernements unmittelbarer Schaden für das Reich ein. Die Berliner Stellen könnten diese Tatsache nicht so klar überblicken wie die Regierung des Generalgouvernements; sie verkennten vielfach, daß auch im Generalgouvernement eine Rüstungs- und Ernährungswirtschaft des Reiches geführt werde.

Staatsminister Rieke habe erklärt, daß das Generalgouvernement dem Reich eine einzigartige Hilfe leiste; denn das Reich lebe ein oder eineinhalb Monate des Jahres vom Generalgouvernement. Der Hinweis auf die Zurverfügungstellung von 1,3 Millionen polnischen Arbeitskräften für das Reich wiege nichts gegenüber der wirklichen Frage, wo seien diese Arbeitskräfte im Gesamtinteresse des Reiches am zweckmäßigsten verwendet. Sei ihre Verwendung im Generalgouvernement zweckmäßiger, dann sei es Dummheit, sie ins Reich zu bringen. Man

müsse sich vom rein zahlenmäßigen Bild der Gestellung von Arbeitskräften für das Reich freimachen. Gauleiter Sauckel könne dem Führer zwar melden, daß er soundsoviele Arbeitskräfte ins Reich gebracht habe, er jedoch könne dem Führer melden, daß die Produktion des Generalgouvernements die und die günstige Entwicklung für das Reich genommen habe. Der Nutzen für das Reich könne nicht aus der Zahl der in das Reich abtransportierten Kräfte berechnet werden. Man könne auch die Überlegung anstellen, ob es nicht richtiger gewesen wäre von den 1,3 Millionen ins Reich gebrachten Arbeitskräften des Generalgouvernements vielleicht 4oo ooo hier zu behalten. Hätte man die gleiche Intensivierung wie mit der Ukraine mit dem Generalgouvernement durchgeführt, dann wären die Leistungen des Generalgouvernements heute noch größer.

Gerade weil sich das Reich in einem Notstand befinde, müsse das Generalgouvernement voll arbeiten. Der Führer selbst habe erklärt, daß das Generalgouvernement ein nicht mehr wegdenkbarer Faktor in den Anstrengungen des Reiches sei. Es gehe jetzt darum, auf jeden Fall zu verhüten, daß die Produktionskraft des Generalgouvernements geschmälert werde. Man müsse dafür sorgen, daß die Ernährungs-, Rüstungs-, und allgemeine Wirtschaft des Generalgouvernements voll in Gang bleibe, ja sogar entsprechend dem Maße der Zerstörung im Reich, weiter gesteigert werde. In Zukunft müsse daher vor jeder Versendung von Arbeitern ins Reich erst bewiesen werden, daß das Interesse des Reiches diese Versendung erfordere, obwohl diese Arbeitskräfte im Generalgouvernement selbst gebraucht werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur weist anschließend auf seinen Erlaß hin, auf Grund dessen die Voraussetzungen für die Erfüllung des dem Generalgouvernement für das Jahr 1944 auferlegten Kontingents von loo ooo

4.3.1944

Arbeitskräften geschaffen worden seien. Die Aufbringung von 9o ooo bis zum 1. Mai stelle ein Ding der Unmöglichkeit dar. Staatssekretär Dr. Bühler möge auf das Fernschreiben vom 18. Februar eine Antwort entwerfen, vorher erwähnten Erlaß als Anlage beifügen und die Bitte aussprechen, in Zukunft derartige nervöse Fernschreiben und Forderungen, die von vornherein praktisch unerfüllbar seien, zu unterlassen.

Der Herr Generalgouverneur verweist dann auf ein zweites Fernschreiben, in dem vom Generalgouvernement die Gestellung 94 deutscher Fachkräfte für die Sofortaktion "Steigerung der Herstellung von Infanteriemunition" gefordert werde. Die Dringlich→keit dieses Fernschreibens müsse er anerkennen, nur wundere ihn der Weg.

Präsident Struve berichtet, daß die Herstellung von Infanteriemunition von Berlin aus zentral gesteuert werde. Diese Kräfte seien in den einzelnen Fachbetrieben ermittelt, müßten aber zur restlosen Ausnützung richtig verteilt werden. Es handle sich um qualifizierte Facharbeiter, die es im Generalgouvernement gar nicht gebe. Das habe er bereits nach Berlin mitgeteilt. Man könne sie nur auf dem Wege des innerbetrieblichen Ausgleiches bekommen.

Der Herr Generalgouverneur spricht hierauf von der Wichtigkeit der Steigerung der Infanteriemunitionsherstellung und kommt dabei auf die Frage der Räumung von Lagern der E.u.L. in Warschau zu sprechen; in denen die Rüstungsinspektion eine große Munitionsfabrik unterbringen will. Es gehe nicht an, daß der unbedingt notwendige geringe Lagerraum der E.u.L. einer kapitalistischen Ausdehnung der Hasag-Werke zum Opfer falle und dadurch die mühsam aufgebaute Ernährungswirtschaft

7

4.3.1944

des Generalgouvernements in Unordnung gebracht werde. Er beauftrage Präsident Naumann, ihm sofort zu melden, wenn in dieser Beziehung der E.u.L. Schwierigkeiten gemacht würden.

Präsident Dr. Emmerich weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es sich nicht ganz vermeiden lasse, daß bestimmte Räume wegen einer zweckmäßigen Verwendung untersucht würden. Im vorliegenden Falle handle es sich um einen alten polnischen Rüstungsbetrieb, den Präsident Naumann für Lagerzwecke ausgebaut habe. Wegen seines betonierten Grundes sei er für die Einrichtung als Fabrik zur Munitionsherstellung besonders geeignet.

Präsident Naumann erklärt dazu, daß die Hauptabteilung bereits am 3.April 1943 um die Genehmigung zur Errichtung von Ausgleichbauten angesucht habe, jedoch erst im Januar 1944 eine solche erhalten habe. Vor der Bereitstellung von Ausweichlagern könne an eine Räumung dieser von der Rüstungsinspektion angeforderten Lager nicht gedacht werden, da die Versorgung der Stadt Warschau sonst in große Gefahr komme. Diese könnten nach den vorliegenden Plänen in 4 Monaten erstellt sein, wenn das nötige Material und die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet als Termin für die Räumung dieser Lager den 1.Juli unter der Voraussetzung, daß die neu zu bauenden Ausweichlager bis dahin fertig seien. Die Entscheidung über eine Teilräumung zu früherem Zeitpunkt bleibe Präsident Naumann überlassen. Es liege im Interesse der Rüstungsinspektion, Präsident Naumann beim Bau der Ausweichlager größtmögliche Hilfestellung zu leisten, da dann um so früher diese Lager für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten.

4.3.1944

Oberstleutnant Dehnke erklärt, daß auch die Rüstungsinspektion auf dem Standpunkt stehe, daß für diese Lager Ersatz geschaffen werden müsse. Zu diesem Zwecke habe in Berlin bereits eine Sitzung stattgefunden, in der die benötigten Eisenmengen angefordert seien. Bei der Infanteriemunitionsfabrik, die nach Warschau verlegt werden solle, handle es sich um eine italienische Fabrik mit einem Produktionsvolumen von 25 Millionen Schuß, die aus der Kriegszone in Italien abtransportiert werden müsse; sie sei bereits in Kisten eingepackt.

Auf die Frage nach dem Vorhandensein der nötigen Arbeitskräfte, die Präsident Struve stellt, erwidert Oberstleutnant Dehnke, daß die bisher in dieser Fabrik in Italien beschäftigten Arbeiter in Deutschland eingesetzt und von dort polnische Arbeiter in die Fabrik nach Warschau gebracht werden sollen. Im ganzen handle es sich um 6 ooo Mann. Präsident Struve will unter allen Umständen für die nötigen Facharbeiter gesorgt wissen, da solche im Generalgouvernement nicht vorhanden seien.

Der Herr Generalgouverneur trifft die Entscheidung, daß die Lager in Warschau erst freigegeben werden, wenn dafür Ersatz geschaffen sei. Sollte vorher schon eine teilweise Räumung möglich sein, habe er nichts dagegen einzuwenden; Präsident Naumann habe darüber zu entscheiden.

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, ob die fremdvölkische Bevölkerung im Raume von Tarnopol bei einem Vorschieben der Front in diesen Raum unter dem Druck des Bolschewismus noch bereit sei, sich in die Arbeitsproduktion des Reiches einreihen zu lassen.

9

4.3.1944

Präsident Struve berichtet dazu, daß diese Frage bereits in einer Sitzung erörtert worden sei. Man habe dort verschiedene Meinungen hören können, doch habe die Meinung weitgehend vorgeherrscht, daß die Leute nicht bereit seien, ins Reich zu gehen, sondern lieber an Ort und Stelle die Ereignisse abwarten würden. Das gelte nicht nur für die Ukrainer, sondern sicherlich auch für viele Volksdeutsche. In diesem Zusammenhang habe er die Zahl der in diesem Raum vorhandenen Männer im Alter von 17 bis 5o Jahren feststellen lassen. Die Zahl dieser wehrfähigen Männer betrage 36o ooo.

Präsident Naumann ist überzeugt, daß die kleine Landbevölkerung an Ort und Stelle bleibe. Mitgehen würden nur diejenigen, die Angehörige in der Schützendivision besäßen, und diejenigen, die sich für die deutschen Belange stark exponiert hätten. Die Sowjets hätten bei der dortigen Bevölkerung propagandistisch gut vorgearbeitet.

Der Herr Generalgouverneur fragt weiter, ob es Mittel und Wege gebe, diese 36o ooo Männer zwangsweise abzutransportieren.

Präsident Struve ist der Meinung, daß eine solche Aktion innerhalb von 14 Tagen mit Hilfe von zwei Regimentern durchgeführt werden könne. Er habe die Angelegenheit bereits mit SS-Obergruppenführer Koppe und dem Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung besprochen und dabei auf die Erfahrungen verwiesen, die die Sowjets den Deutschen in der Ukraine gelehrt hätten. Dort habe die deutsche Verwaltung bis zum letzten Moment gewartet mit dem Ergebnis, daß dann aus Transport- und anderen Gründen eine Rückführung der männlichen Bevölkerung unmöglich gewesen sei und Millionen arbeits- und

lo

4.3.1944

wehrfähiger Menschen den Sowjets in die Hände gefallen seien.

Man müsse daher energisch daran gehen, wenigstens die wehrfähigen jungen Menschen aus dem Gebiete herauszuholen, selbst auf die Gefahr hin, daß dort, sollte die Front nicht so weit nach Westen vorgeschoben werden, eine Produktionspanne der Landwirtschaft entstehen. Vielleicht könne man die Arbeiterwerbung für das Reich in diesen Gebieten mit etwas mehr Druck durchführen und auf diese Weise die jungen Leute herausholen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß diese Frage außerordentlich ernst zu nehmen sei. Dem Generalgouvernement dürfe es in dieer Beziehung nicht so ergehen wie der Ukraine. Wenn der Durchbruch der Sowjets diese Gebiete in Gefahr bringe, sei die Wegschaffung der arbeitsfähigen Menschen unerläßlich notwendig. Man müsse dafür sorgen, daß man die nötigen Kräfte dazu bekomme. Die Regierung des Generalgouvernements müsse sagen können, daß sie alles in ihren Kräfte stehende getan habe.

Staatssekretär Dr. Bühler ist der Meinung, daß mit den Mitteln des Generalgouvernements von den 36o ooo Menschen höchstens 2o ooo erfaßt und abtransportiert werden könnten; das bewirke aber sicherlich, daß die restlichen 34o ooo sich bereits als Partisanen betätigten, bevor die Russen in dieses Gebiet vorgedrungen seien. Mit 2 Regimentern sei da nichts zu machen. Die Aktion, durchgeführt mit unzulänglichen Mitteln, bringe Zamoscer Verhältnisse.

Präsident Naumann weist auf die Erfahrungen hin, die die seit Januar in Gang befindliche sachliche Räumung dieses Gebietes unter den Devisen "Verlagerung und Auflockerung" bisher mit sich gebracht habe. Größte

11

4.3.1944

Schwierigkeiten bereite der Transport, da überall Waggonmangel herrsche. Besonders auf der Südstrecke könnten Transporte der Zivilverwaltung nur im beschränkten Umfange laufen, da die Wehrmacht diese Strecke voll und ganz für sich in Anspruch nehme. Die Ukrainer seien zum Teil aufsäßig und weigerten sich, das Vieh an die Bahnhöfe zu treiben. Für eine Aktion, wie sie die Erfassung und der Abtransport von mehreren loo ooo Menschen darstelle, brauche man Divisionen. Der Herr Generalgouverneur verweist darauf, daß zur Durchführung einer solchen Aktion das Reich mit außerordentlichen Mitteln einspringen müßte. Das Generalgouvernement jedoch müsse die nötigen Pläne entwerfen und die Möglichkeiten der Durchführung aufzeigen. Es wäre von weittragender Bedeutung, wenn diese ganze männliche Bevölkerung den Sowjets in die Hände fiele; sie würden sicherlich 15 neue Divisionen aus ihr aufstellen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler den Auftrag, die Angelegenheit mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen eingehend zu erörtern. Dann müsse eine Sitzung einberufen werden, zu der alle beteiligten Stellen geladen werden müßten.

Im übrigen gelte für das Generalgouvernement die Devise, daß in dem Teil, den die deutsche Zivilverwaltung in der Hand behalte, keine Fabrik stillstehen dürfe.

12[15] Besprechung mit Präsident Naumann und Dr. Götze in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Präsident Naumann führt aus, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in den letzten vier Jahren eine Organisation geschaffen habe, die auf 15o Schlachthöfen und auf dem Lande alles erfasse, was für die Medizin und die pharmazeutische Produktion von Wichtigkeit sei. Sie habe dazu allein 45o geschulte und ausgebildete

12

4.3.1944

Fachkräfte herangezogen, habe sich Kühlschränke und Kühlkisten beschafft. Professor Morell könnte dem Generalgouvernement einen großen Dienst erweisen, wenn er ihm die in der Ukraine frei gewordenen Kühlschränke zukommen lassen würde.

Die gesammelten Drüsen würden zum größten Teil an pharmazeutische Fabriken innerhalb des Generalgouvernements verteilt und der Rest werde in das Reich abgeführt. Die Erfassung könnte noch stark gesteigert werden, wenn mehr technische Ausrüstungen hierzu vorhanden wären. Wenn Professor Morell dafür Sorge tragen könne, dann sei das Generalgouvernement auch in der Lage, große Lieferungen in die Fabrik des Professors Morell nach Olmütz zu bewerkstelligen. Der Aufbau einer neuen Erfassungsorganisation, wie sie Professor Morell plane, sei unnötig.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er bei seinem Besuch im Führerhauptquartier Professor Morell gebeten habe, ihm seine Wünsche aufdiesem Gebiet schriftlich zukommen zu lassen. Er ersuche Präsident Naumann um den Entwurf eines Antwortschreibens, in dem im ersten Teil auf die bisherigen Leistungen des Generalgouvernements auf diesem Gebiet eingegangen werden solle, im zweiten Teil Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit Prof. Morell und im dritten Teil Lieferungswünsche des Generalgouvernements für benötigtes technisches Rüstzeug gemacht werden sollten.

12^{40} Besprechung mit Oberstleutnant von Dazur.

16^{00} Rede des Herrn Generalgouverneurs auf der Arbeitstagung der Redner des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Hause der NSDAP..

Oberdienstleiter Tießler umreißt in einführenden Worten das Ziel der Tagung, das darin bestehe, aus dem gesamten Deutschtum des Generalgouvernements eine

4.3.1944

Fachkräfte herangezogen, habe sich Kühlschränke und Kühlkisten beschafft. Professor Morell könnte dem Generalgouvernement einen großen Dienst erweisen, wenn er ihm die in der Ukraine frei gewordenen Kühlschränke zukommen lassen würde.

Die gesammelten Drüsen würden zum größten Teil an pharmazeutische Fabriken innerhalb des Generalgouvernements verteilt und der Rest werde in das Reich abgeführt. Die Erfassung könnte noch stark gesteigert werden, wenn mehr technische Ausrüstungen hierzu vorhanden wären. Wenn Professor Morell dafür Sorge tragen könne, dann sei das Generalgouvernement auch in der Lage, große Lieferungen in die Fabrik des Professors Morell nach Olmütz zu bewerkstelligen. Der Aufbau einer neuen Erfassungsorganisation, wie sie Professor Morell plane, sei unnötig.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er bei seinem Besuch im Führerhauptquartier Professor Morell gebeten habe, ihm seine Wünsche aufdiesem Gebiet schriftlich zukommen zu lassen. Er ersuche Präsident Naumann um den Entwurf eines Antwortschreibens, in dem im ersten Teil auf die bisherigen Leistungen des Generalgouvernements auf diesem Gebiet eingegangen werden solle, im zweiten Teil Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit Prof. Morell und im dritten Teil Lieferungswünsche des Generalgouvernements für benötigtes technisches Rüstzeug gemacht werden sollten.

12^{40} Besprechung mit Oberstleutnant von Dazur.

[16^{00} Rede des Herrn Generalgouverneurs auf der Arbeitstagung der Redner des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Hause der NSDAP..]

Oberdienstleiter Tießler umreißt in einführenden Worten das Ziel der Tagung, das darin bestehe, aus dem gesamten Deutschtum des Generalgouvernements eine

geschlossene Bastion gegen den Bolschewismus zu errichten.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wir haben uns im Generalgouvernement von Anfang an angewöhnt, die Ereignisse dieses Raumes im Schnittpunkt zweiter grosser Bereiche zu sehen: Der eine Bereich ist die Heimat und der andere Bereich die Front. Die Interessen beider Bereiche brechen sich in diesem Raum. Wir arbeiten für beide, und die Existenz des Staates, der Wirtschaft, der Partei, der kulturellen Einrichtungen und der Menschenführungsorganisationen aller Art im Generalgouvernement sind auf diese beiden grossen Aufgaben ausgerichtet. Wenn ich heute zu Ihnen über die gegenwärtige Lage des Generalgouvernements spreche, dann dürfen Sie nicht vergessen, dass wir hier immer zwar in einer eigengesetzlichen Entwicklung, aber doch im Gesamtzusammenhang der Reichs-und Frontaufgaben gearbeitet haben.

An den Beginn meiner Ausführungen muss ich ein Wort mit allem Nachdruck rücken: Die Lage des Generalgouvernements ist, was die Frontsituation anbelangt, in den letzten 48 Stunden ungeheuer ernst geworden. Seien Sie sich aber dessen bewusst, dass wir es an der Front mit den letzten und grössten Anstrengungen der Roten Armee zu tun haben, die Bahnlinie Krakau-Lemberg-Kiew unter allen Umständen irgendwo im Bereich des Generalgouvernements abzuschneiden und damit zu erreichen, dass die gesamte Südfront, also die Front südlich des Dnjepr von ihren Verbindungen mit der

4.3.1944

mit der Heimat abgeschnitten ist. Sie wissen, dass Luzk und Rowno bereits seit einiger Zeit in den Händen des Feindes sind und dass bei Dubno die Front verläuft.

Wenn Sie sich diese Tatsache vor Augen halten, so werden die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen vielfacher Art sein. Sie sind zusammenfassbar enthalten im Befehl des Führers vom 24.2.1944, der in seinem wesentlichen Teil für das Generalgouvernement folgendes besagt: Die Verwaltung und Regierung des Generalgouvernements bleiben in dem bisherigen Umfang und in voller Auswirkung ihrer Organisation ohne Rücksicht auf die Kriegsereignisse so wie bisher voll und ganz unangetastet, d.h. dass alle Einrichtungen des Generalgouvernements als Staat und damit auch die Partei gleichsam bis in den Schützengraben, bis an die Frontlinie unter allen Umständen gewahrt werden. Demnach wird es weder eine Militärverwaltung oder etwas anderes geben, noch ein sonstiges Herausbrechen aus der Totalität unserer Führungsaufgaben stattfinden. Der Führer verlangt und erwartet von uns aber auch ohne Rücksicht auf den Ernst der Lage des Generalgouvernements die Erfüllung aller irgendwie denkbaren und an uns herankommenden Aufgaben.

Es ist klar, dass wir in diesem einzigartigen Augenblick nun sowohl aus den Erfahrungen des Gebietes weiter im Osten ebenso zu lernen haben wie aus den Erfahrungen der gesamten Kriegsgeschichte. Ich bin entschlossen, unter Anwendung selbst schärfster und drastischster Mittel dafür zu sorgen, dass dieses Gebiet, unmittelbar beginnend an der kämpfenden Front - ganz gleich, wo sie sich eines Tages in diesem Raum befindet - in

derselben Ruhe, Sachlichkeit und inneren politischen Grundhaltung in den Händen der deutschen Führung bleibt wie bisher. Es ist jetzt die Stunde gekommen, in der gerade auch die Bewegung sich in diesem Raum in einer ungeheuren geschichtlichen Mission gleichsam unter dem Donner der Kanonen der Front zu bewähren hat.

Ganz anders als irgend ein binnenpolitisches programmatisches Thema einer Versammlungswelle etwa in einem Wahlkampf muss sich demnach diese Aktion abspielen, deren Ankündigung mein Stellvertreter Tießler in so eindrucksvoller Weise eben vorgenommen hat. Wenn wir jetzt in den kommenden Tagen und Wochen die Deutschen dieses Raumes mit dem ganzen Gewicht der weltgeschichtlichen Bedeutung des Nationalsozialismus aufrütteln, ist dies ein Kriegsereignis.

Stellen wir uns das Schema der jetzigen Weltsituation vor: Weiter im Osten von uns befindet sich das parallel laufende Gewirr unserer Front und der sowjetrussischen Front. Hier besteht die Front des nationalsozialistischen Reiches im wesentlichen aus Heer, Waffen-SS und Luftwaffe - die Marine spielt lediglich im Schwarzen Meer und in der Ostsee eine gewisse Rolle - und drüben bei den Sowjets nicht etwa die Staatsarmee eines russischen Reiches, sondern die offiziell als Rote Armee bezeichnete Weltrevolutionsgarde. Wenn Sie sich nun die Situation diesseits unserer Front und jenseits der sowjetrussischen Front vorstellen, so ist sie folgende: Bei uns ein Führer und seine Bewegung und ein tapferes, bis in das letzte

4.3.1944

Glied hinein zum Tode eher entschlossenes als die Knechtschaft erleidendes Volk, bereit, das Letzte zu opfern, um sich die eigene germanisch-rassisch-gesetzlich bestimmte Zukunft in Ehre und Stärke zu erkämpfen; drüben in Moskau herrscht Stalin, der mit Hilfe seiner bolschewistischen Partei hinter unendlich vielen Zwecktarnungen und mit weltrevolutionärem Elan die Gründung stets neuer Sowjetrepubliken und damit die Einbeziehung eines immer grösseren Teiles der Welt inseine Beherrschung plant. Mit einem Fanatismus sondergleichen versteht es Moskau, diese Ironie durchzuhalten.

Bei uns besteht häufig der Irrtum - genau derselbe Irrtum, den unsere innerpolitischen Gegner zwischen 1919 und 1932 hatten -, dass man Weltanschauungen mit Waffen bekämpfen kann. Es wäre falsch, anzunehmen, dass man Sowjetrussland nur mit Waffen, mit technischer, militärisch-soldatischer, äusserer beruflicher Erfahrung sozusagen besiegen kann. Zu diesem Kampf gegen den Weltrevolutionsgangster Stalin bedarf es in diesem Teil, also hinter der deutschen Front, einer ungeheuren Inflammenhaltung der grössten Rettungsidee, die Europa jemals aus sich hat emporschlagen sehen. Diesen Krieg kann man nicht als normalen Krieg, geführt mit normalen Werkzeugen und Generälen ansehen, er ist nicht nur ein Rassenkrieg, er ist der grösste geistige Auseinandersetzungsfeldzug, der jemals über diese Erde hinweggebraust ist. Gegenüber dieser Front - hier Nationalsozialismus, dort Bolschewismus - versinkt dieser ganze bürgerliche Brei, diese alberne Demokratie Churchills und Roosevelts in ein Nichts. Sie werden lernen, einmal von uns oder von Moskau ihre künftigen Richtlinien zu empfangen.

4.3.1944

Dies ist die Situation, wie sie sich nach unserem Bilde ergibt. Hierbei spielt unsere Partei die entscheidendste Rolle, die man sich überhaupt denken kann. Es ist klar, dass wir in diesem Rahmen als Bewegung viel zu lernen haben. Wir waren immer noch vielleicht in vielen Dingen allzusehr auf das innerpolitische Schema, auf die Binnenbedingungen von früher eingestellt, in unseren Einrichtungen, Anschauungen, Äusserungen, in der alten Technik des Parteiapparates noch vielzusehr verstrickt mit inneren Auseinandersetzungen diesem Weltbild gegenüber. Gerade die Partei im Generalgouvernement ist dazu berufen, diesen Höchststil, diese Höchstform der Bewegung zu schaffen und durchzuhalten. Das bedeutet nun, dass der eben angekündigte grosse weltanschauliche Feldzug, den wir im Generalgouvernement durchführen wollen, selbstverständlich gerade diese Gedanken in den Vordergrund zu rücken hat, dies umsomehr, als die täglichen Sorgen, die technischen Nöte und die Notsituation - sagen wir, die Auswirkungen der reinen Frontereignisse allzusehr geeignet erscheinen, den Höhenflug unserer Ideen immer wieder in den Dunst des Alltags herabzuziehen. Es ist keine Kleinigkeit, diesen Höhenflug hier hochzuhalten; denn Sie alle wissen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, daß die Sorgen im fünften Kriegsjahr selbstverständlich größer sind als zu Beginn des Krieges. Trotz-dem möchte ich für die Deutschen des Generalgouvernements sagen, daß ihre Situation so ist, wie es bei Millionen Deutscher in der Heimat nicht der Fall ist, und daß ich daher als Gegenleistung der Deutschen des Generalgouvernements verlange, daß sie eine besondere Nervenkraft und Energie für diesen Weltkampf zur Verfügung stellen(Beifall)! Man muß den Damen und Herren in diesem Raum beibringen, daß sie hier nicht zum Vergnügen

4.3.1944

auf einer paradiesischen Insel zu leben haben(Beifall). Das Generalgouvernement darf nicht ein Fluchtpunkt vor den Pflichten der Heimat sein; jeder, der hier ist, hat zu gewärtigen, dass er in ausserordentlicher Steigerung nun zu den allgemeinen Pflichten und Leistungen der Gemeinschaft beizutragen hat. Dies ist die Voraussetzung. Im Zusammenhang mit dieser Aktion wird im Generalgouvernement all das mit Intensität beseitigt werden müssen, was als Kriegsgewinnlertum in jeder Form versuchen sollte, sich hier breitzumachen. Ich kann sagen, dass die Partei auf diesem Gebiet ihren Schild genauso sauber halten wird wie der Staat. Mir kommt es darauf an, dass die Deutschen im Generalgouvernement mit diesem Gedanken vertraut gemacht werden; es darf nicht die Ausrede geben, man wüsste das nicht. Dieser Nationalsozialismus im Alltag ist der Anfang dafür, dass der Nationalsozialismus in Weltformat gepredigt werden kann.

Es ist klar, dass nun auch im Generalgouvernement mit den Sorgen der Front, mit den Schwierigkeiten der sich durch die dauernden Anforderungen des Reiches entwickelnden Wirtschaftskrisen, mit der Übernahme von Industrien, dem Hereinströmen von Soldaten, Fronttruppenteilen, Bombenflüchtlingen, mit dem Hereinschleppen von evtl. Seuchen auf jeden Deutschen eine Fülle von Einzelverantwortungen kommen wird. Daher ist es notwendig, dass die Partei die Heimat immer wieder auf die Bedeutung des Generalgouvernements gerade für die unter schwersten Angriffen leidende Heimat hinweist. Ichbrauchte in diesem Gremium keine Zahlen zu nennen; Sie wissen, dass ein Drittel der gesamten Wehrmachtsmunition des Grossdeutschen Reiches im Generalgouvernement erzeugt wird; Sie können die Bedeutung des Generalgouvernements für das Grossdeutsche Reich ermessen, wenn Sie bedenken,

4.3.1944

dass das Grossdeutsche Reich einen ganzen Monat lang aus dem Generalgouvernement verpflegt wird, dass Hunderttausende von Soldaten und Verwundeten aus diesem Lande leben und dass darüber hinaus die Front im Osten und auch die Heimat mit Monopolerzeugnissen aller Art versorgt wird; so könnte man diese Zahlen noch erweitern. Es wäre endlos, die Leistungen des Generalgouvernements aufzuzählen. Die deutschen Männer und Frauen dieses Gebietes haben allen Anlass, auf die vielen Gemeinschaftsleistungen stolz zu sein.

In diesem Zusammenhang ist daher auch wichtig, dass jeder Deutsche, solange es nur irgend geht, auf seiner Position ausharrt. Kein Kreishauptmann, kein Gouverneur, kein Stadthauptmann, kein Chef eines wichtigen Betriebes wird im Generalgouvernement seinen Posten verlassen, es sei denn zusammen mit der Wehrmacht. Diese Verpflichtung ganz allgemein auf die Charakterhaltung aller Deutschen im Lande übertragen, ist eine Aufgabe, die sich diese Aktion gestellt hat. Im übrigen wird sich die Aktion in der üblichen Weise mit Versammlungen, Aufrufen, Mundpropaganda usw. abspielen; es wäre zweckmässig, wenn dazu das, was ich in meiner Rede über die Technik der politischen Arbeit gesagt habe, noch einmal verteilt würde.

Ich will noch einmal kurz auf die <u>jetzige Situation</u> zurückkommen. Sie werden draussen im Lande in Ihrer Tätigkeit als Parteiredner über dieses oder jenes gefragt werden; auf einige dieser Fragen gebe ich Ihnen Antworten mit auf den Weg, von denen Sie vorsichtig Gebrauch machen können, die Sie aber in jedem Falle autoritativ behandeln können.

4.3.1944

Die erste Frage wird dem Krieg im Osten gelten; werden wir uns weiter zurückziehen, werden die Russen hereinkommen usw? Dazu ist zu sagen: Wenn sich der Führer im Osten zur Strategie des Ausweichens ~~aus~~entschlossen hat, so waren dafür verschiedene Gesichtspunkte massgeblich. Ein entscheidendes Moment war der Verrat Italiens, der den Führer plötzlich zwang, eine völlig neue und starke Front ausschliesslich mit deutschen Kräften zu errichten, des weiteren aber die Berücksichtigung der kommenden Invasion im Westen, die gleichfalls eine starke deutsche Front mit besten deutschen Divisionen im Westen erforderlich macht. Demnach steht aber fest, dass, wenn die Wetterlage es in diesem Jahre irgendwie gestatten wird, es sicherlich in Russland zu einer ganz grossen deutschen Umkehr kommen wird. Sie können mit todsicherem Optimismus den Deutschen dieses Raumes sagen, dass die Stunde kommt, in der die grösste Offensive, die Grossdeutschland jemals durchgeführt hat, im Osten mit neuen Waffen, mit neuen Truppen beginnen wird, die dann einen ermatteten ohne Verkehrsverbindungen mit der Heimat vorwärtspreschenden Gegner in den Tod treiben wird. (Beifall).

Wenn man Sie fragt: Ja, habt Ihr denn die Waffen, die Soldaten, die Munition ? Hier will ich nur ein paar Zahlen nennen: Die Panzerproduktion des Deutschen Reiches hat sich, angenommen die Zahl 100 im Januar 1940, im Januar 1944 auf 870, also über das Achtfache, die Flugzeugproduktion auf 1 112, die Produktion an Munition für Artillerie, Pak und Infanterie, angenommen wieder die Zahl 100 im Januar 1940, auf 2400 erhöht. Die Produktion unserer wehrwichtigsten Waffen steigt also ohne Rücksicht auf die allenfallsige Zerstörung unserer Produktionsstätten ständig.

21

4.3.1944

Dass die Kohlen,- die Eisen-und Stahlproduktion sich voll und ganz gehalten hat und, nicht nur dies, in einigen wesentlichen Spezialfertigungen sogar teilweise verdoppelt hat, sei am Rande festgestellt. Wir haben also Waffen genug und Menschen haben wir auch. Jeder, der durch Deutschland reist, kann in der Heimat überall Soldaten sehen; Deutschland ist bis an den Dachrand aller Kasernen voll von Truppen.

Eine weitere Frage wird sein: Wird Deutschland diesen Bombenkrieg bestehen können? Darauf wird man sagen: Deutschland hat in diesem Kriege unter dem Bombenhagel schwerstens zu leiden, das sei zugegeben, aber die zerstörten Städte sind in der Kampffront des deutschen Volkes nicht ausgefallen. Die Menschen, soweit sie für die Arbeit notwendig sind, leben in den Städten weiter, die Produktion ist voll im Gange; nach wenigen Tagen und Wochen hat sich eine bombardierte Stadt wieder erholt und die Fabriken sind wieder im Gange. Wenn man heute durch Deutschland und gerade durch die bombenzerstörten Gebiete fährt, dann hört man eine Flamme des Widerstandes und des Siegeswillens entgegen brausen. Dieses Volk wird man zwar in die Keller treiben können, niemals aber seines Glaubens berauben können. (Beifall). Ausserdem wird nicht mit Häusern geschossen, sondern mit Munition. Es geht nur darum, dass man das hat, womit der Krieg geführt wird, also Waffen und Munition. Es ist klar, dass alle die Schrecknisse und Zerstörungen, die von einem solchen Bombenterror herrühren, schwerste Probleme darstellen, die heute in Deutschland im Vordergrund aller amtlichen Überlegungen stehen; dadurch wird aber auch erreicht, dass das deutsche Volk in eine Volksgemeinschaft hineinzuwachsen beginnt, von einer solchen Sauberkeit und leuchtenden Charakterkraft, wie wir das in unserer Geschichte noch

nicht

4.3.1944

nicht erlebt haben. Wenn man so durch Berlin fährt und sich von den Leuten ihre Erlebnisse erzählen lässt, so muss man sagen, dass unsere Bewegung nicht nur in den Höhen der Idee und Weltanschauung lebt, sondern dass sie auch die Menschen in ihrer eigenen Not und in ihren Sorgen betreut und damit zurückführt in die Gemeinschaft der hoffnungsfrohen deutschen Kämpfer. Es ist eines der grössten und schwersten Probleme - ich wiederhole es -. Wenn man an Sie diese Frage nach dem Bombenhagel stellt, sagen Sie ruhig, dass 300 oder 400 000 deutsche Häuser wohl zerstört sind, dass aber die Seelen der Deutschen damit nicht zerstört sind, dass unsere Herzen unsterblich sind.

Wenn man Sie weiter fragt: Wie geht es mit der Invasion? Kommt sie? werden wir sie bestehen? Hier muss ich Ihnen sagen: Lesen Sie die letzte Rede Churchills und unsere verschiedenen Verlautbarungen in letzter Zeit und beachten Sie das, was ich Ihnen vorhin gesagt habe. Sie wird wahrscheinlich kommen! Dazu ist nur zu sagen, dass Churchill über die Invasion einmal sagte, noch vor den Iden des März, also vor dem 15.März, würde sie stattfinden. Es fragt sich nun, ob er diesen Termin einhalten kann. Eines ist klar, der Führer hat generalstabsmässig, truppenmässig, versorgungsmässig, transportmässig alle Vorbereitungen bis ins kleinste getroffen, dass jede Invasion, ganz gleich welchen Umfanges, welchen Einsatzes und an welcher Stelle oder Stellen genau so stecken bleibt, wie die Probeinvasion von Nettuno und Anzio. Die Invasion wird die letzte, äusserste und totalste Anstrengung unserer Gegner sein. Sie können draussen ruhig sagen: Wenn diese Invasion stattfindet, trifft sie niemanden, der unvorbereitet ist, aber wenn sie zurückgeschlagen wird, dann ist es sicherlich fraglich, ob sie noch einmal wird wiederholt werden

4.3.1944

können. Dann haben wir den Krieg gewonnen. .Das ist der Brennpunkt, dem wir uns jetzt nähern. Für uns bedeutet die Invasion daher keine Gefahr, sondern sie bietet uns nur die Möglichkeit, den Krieg desto schneller siegreich zu beenden.

Wenn Sie dies alles bedenken, dann kommen Sie auch auf die Frage nach der Vergeltung. Dazu kann ich nur eines sagen: Wenn Sie in den letzten Tagen von den Grossangriffen unserer Luftwaffe gegen London gelesen haben, dürfen Sie diese nicht mit der Vergeltung verwechseln. Diese Grossangriffe waren nur eine kleine Probe gegenüber dem, was kommen wird. Die Vergeltung gegen England ist im vollsten Maße in Vorbereitung und wird in einem so grauenerregenden Umfange England treffen, dass wahrscheinlich eine Stadt wie London völlig vom Erdboden verschwinden wird (Beifall). Diese Energie wird aus unserem Volke allein aufgebracht. Es ist unsere Tatkraft, der Geist unserer Erfinder, der Mut und die Tapferkeit unserer Flieger und Soldaten, die unerschütterliche Arbeitsfreude unserer Arbeiter und unserer Techniker, die dies schaffen werden; es ist der Heldengeist unserer Flieger und Soldaten, die dies durchführen werden.

Mit diesen Darlegungen habe ich im wesentlichen die Punkte erörtert, die Sie bei Ihrer Tätigkeit sicherlich gefragt werden. Das Entscheidende dabei ist aber das allmähliche Zusammenbrechen der feindlichen Koalisation. Es ist offensichtlich, dass das Verhältnis zwischen Sowjetunion und England und Amerika und zwischen England und Amerika einer steten steigenden Belastung unterworfen ist, wie das zwischen uns und den Italienern der Fall war. Die letzte Rede des Premierministers

4.3.1944

Churchill war die kläglichste winselnde Jammerrede, die jemals ein britischer Premier seit Bestehen des englischen Weltreiches gehalten hat. Wenn ein Mann soweit gehen muss, dass er im britischen Unterhaus sagt, England habe die polnischen Grenzen nicht garantiert, sondern nur die Integrität des polnischen Staates, und fortfährt, "Ich muss die heldische Last der Polen anerkennen, aber wir müssen auch Verständnis dafür haben, dass auch die Sowjetunion eine sichere Westgrenze gegenüber Deutschland braucht"--- und dann fortfährt""deshalb muss Polen die ihm zugemuteten Opfer bringen", so ist das das Ende der britischen Stellung in der polnischen Frage; das ist eine Knockout-Niederlage. Damit scheidet England praktisch aus der Diskussion der polnischen Frage aus, die nun ausschliesslich zwischen uns und Moskau stattfinden wird.

Es kommt nun am Rande Finnland. Dieses Problem steigt für Churchill und Roosevelt auf: sollen sie Finnland der Sowjetunion ausliefern oder nicht. Finnland, dieses Lieblingskind der amerikanischen Bankiers, noch 1939/40 für die ganze Weltdemokratien Gegenstand des Bedauerns, ist heute halbwegs abgeschrieben und, wenn Churchill und Roosevelt nicht solche furchtbare innerpolitische Angst vor den eigenen im Lande befindlichen oppositionellen Kräften hätten, dann hätten sie es schon offen abgeschrieben. Es ist klar, dass die Bedingungen, die die Sowjetunion Finnland gestellt hat und in denen es auch heisst, dass die in Finnland vorhandenen deutschen Truppen evtl. mit Hilfe der Sowjetunion interniert werden müssten, nichts anderes als die Hinwegnahme der kommenden Sowjetbesetzung

4.3.1944

Finnlands bedeuten, und dass Finnland in einigen Monaten eine Sowjetrepublik ist. Dieses Vorgehen der Sowjetunion ist absolut logisch und bedarf vom Standpunkt Stalins keiner weiteren Erörterung. So hat er es auch bei den baltischen Staaten gemacht und so macht er es neuerdings im Ostland und in der Ukraine. Es ist immer derselbe Vorgang. Sowjetrussland schliesst mit einem Staat einen Vertrag, dieser wird durch die Besetzung wesentlicher Hauptstädte und Hauptorte garantiert und nach 4,5 oder 6 Monaten wird in diesem Lande unter dem Schutze der Sowjetarmee eine Volksabstimmung abgehalten, die mit 100 oder gar 150% die Zustimmung zum Anschluss dieses Staates an die Sowjetunion bringt.

Wo nimmt das aber einmal ein Ende? Churchill deutete es in seiner Rede vorsichtig an und sagte: Die Westgrenze der Sowjetunion gegenüber dem übrigen Europa würde selbstverständlich im Einvernehmen zwischen dem Rat der Vereinigten Nationen und der Sowjetunion hergestellt. Da muss ich sagen, es ist ein Tiefstand sondergleichen, in dem sich diese sogenannte bürgerliche Mentalität befindet. Seien wir froh, dass wir dieses Geschmeiß à la Churchill ausgerottet haben. Dieses Hin-und Hergefrage, dieses hilflose Sichanbiedern und Herumlungern, haben wir es nicht in Deutschland erlebt ? Denkt Ihr nicht mehr daran, dass in unserem deutschen Land diese Praktiken auch angewendet wurden mit der Wirkung, dass heute schon längst Sowjetdeutschland gekommen wäre, wenn nicht Adolf Hitler aufgestanden wäre. Auch in England kommt bei den dort noch vorhandenen germanisch-rassischen Restbeständen ein Dämmern vor dem Unglück,

4.3.1944

daß diese Sorte von Menschen für diejenigen bringen, die die europäische Kultur vor der Sowjetunion retten wollen. Und dahinter steht noch die Tätigkeit der Pfaffen. Hinter Herrn Churchill breiten sich ja die englischen und amerikanischen Bischöfe aus und geben noch den Segen für die Sowjetunion. Haben wir hier nicht dasselbe wie damals ? Erinnern Sie sich nicht, wie damals das Zentrum mit den Marxisten zusammenging gegen uns ?

Parteigenossen und Parteigenossinnen ! England befindet sich in demselben Maß wie Deutschland 1918 in einer inneren Führungslosigkeit. Da glaubt nun vielleicht jemand, dass sich ein Mann wie Stalin mit diesem Geschmeiß, diesem Börsianerklüngel ernsthaft abgibt? Wir können dazu nur sagen: An Polen ist England bereits gescheitert. Polen soll als Sowjetpolen an Moskau ausgeliefert werden, Finnland ist das nächste Land. Wenn wir Finnland nicht halten, England und Amerika werden es nicht halten. Auch Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland würden auf die Dauer nicht Widerstand leisten können. Und glauben Sie, daß ein Schweizer oder Schwede Widerstand leisten könnte? Warum muss der Nationalsozialismus heute Europa gegenüber Herrn Stalin vertreten? Wir allein sind eben auch bei uns innerpolitisch fertig geworden mit denen, die Politik als Geschäft aufgezogen hatten. Deshalb können auch nur wir diese stahlharte Front abgeben, die allein imstande ist, gegen Moskau anzutreten.

Darüber und dahinter sitzt natürlich der Jude. Es ist sein Spiel, seine Kraft, seine Energie. Stellen Sie sich die jetzige Situation des Generalgouvernements vor, wenn wir noch wie im Jahre 1939 eineinhalb

4.3.1944

bis zwei Millionen Juden im Lande hätten. Entsinnen Sie sich, welch' grauenhaft schweren Aufgabe man sich unterziehen musste, um das Judenproblem im Generalgouvernement zu lösen. Wenn heute da und dort ein Wehleidiger mit Tränen in den Augen den Juden nachtrauert und sagt, ist das nicht grauenhaft, was mit den Juden gemacht worden ist, dann muss man den Betreffenden fragen, ob er heute noch derselben Meinung ist. Wenn wir heute diese zwei Millionen Juden in voller Aktivität und auf der anderen Seite die wenigen deutschen Männer im Lande hätten, würden wir nicht mehr Herr der Lage sein. Wir hätten Sabotage im Lande, dass wir uns nicht mehr retten könnten. Das ist auch ein Erfolg des Nationalsozialismus, denn damit wäre niemand im Leben fertiggeworden. Nur weil wir im Jahre 1919 mit dem Antisemitismus gegonnen haben, haben wir die Kraft gefunden, ihn zwanzig Jahre später in die Tat umzusetzen. Dass dies den Juden in der Welt nicht passt, damit haben wir von vornherein gerechnet, das ist uns aber gleich. Die Juden sind eine Rasse, die ausgetilgt werden muss; wo immer wir nur einen erwischen, geht es mit ihm zu Ende.

In der Weltpolitik können wir eindeutig feststellen, dass der Antisemitismus in allen Völkern und in allen Ländern in einem ungeheuren Aufstieg begriffen ~~sind~~ ist. Es ist schon so weit, dass in New York die Synagogen polizeilich geschützt werden müssen, und Aufschriften wie,"Nieder mit den Juden", sind in New York keine Seltenheit. Eines ist aber dabei sehr wichtig: Wir können dies aber nicht in unserer Presse bringen, ach nicht in Deutschland, weil wir auf keinen Fall Bewegungen dieser Art in diesen Ländern irgendwie mit

4.3.1944

Schwierigkeiten versehen wollen. Für Sie jedoch ist die Möglichkeit gegeben, in den Versammlungen auf die wachsende antisemitische Stimmung in der Welt hinzuweisen und dabei zu betonen, dass dieser Kampf gegen Juda geführt werden muss, soll Europa seine Freiheit wiederbekommen.

Ich glaube, dass wir zu der Annahme berechtigt sind, dass wir das Grösste und Gröbste des Krieges zeitlich hinter uns haben; die Krisis dieses Krieges treibt ihrem Höhepunkt zu. Die Anstrengungen unserer Feinde, uns mit raschen Schlägen zu Boden zu schlagen, sind in Italien mit grossen Abfuhren begleitet gewesen. Sie hoffen nun, uns durch die massierten Luftangriffe zu Boden zu bringen. Diese Hoffnung ist ebenfalls vergeblich. In keinem Falle wird dies möglich sein, trotz aller Schwächungen. Und so bleibt eben nur noch die Invasion. Wenn sie nicht kommen sollte, dann ist sie politisch für uns auch gewonnen, denn dann kann sich Churchill vor dem Zusammenbruch vor Stalin überhaupt nicht mehr retten.

Eines ist noch wichtig und das bitte ich ebenfalls zu bedenken. Churchill sagte in seiner letzten Rede: General Eisenhower habe den Befehl über die Invasionsarmee deswegen bekommen, weil der grösste Teil der Invasionstruppen sich aus Amerikanern rekrutieren wird und weil auch in Zukunft der Anteil der amerikanischen Truppen immer mehr steigen wird und der Anteil des britischen Empires sich entsprechend der vielfachen Vorausleistungen Grossbritanniens reduzieren wird. Das heißt mit anderen Worten: "Hannemann geh Du voran", die Invasion können wir Engländer allein nicht mehr machen, sondern nur im Gefolge der amerikanischen Armee.

4.3.1944

Nun wissen Sie ja, wie die Engländeran der Front über ihre amerikanischen Verbündeten denken. Als da z.B. ein englischer Offizier von unseren Vernehmungsoffizieren gefragt wurde, was er denn von den Amerikanern halte, erwiderte er: " da brauche ich nichts zu sagen, denken Sie doch an Ihre Italiener"; als er weiter gefragt wurde, wie er denn das meine, er-widerte er: "Ich meine das genau so wie ich das gesagt habe; wir haben den Eindruck, dass die Herren Amerikaner nach Europa gekommen sind, nicht um hier zu sterben, sondern um gemütlich zu leben". Dies besagt uns, dass unsere Feinde praktisch kein Kriegsziel haben als das, den persönlichen Untermenschenhaß des Herrn Churchill und des Herrn Roosevelt in Deutschland zur Vollstreckung zu bringen. Dort liegt der Kriegsbeginn. Der Führer sagte es schon im Jahre 1937 in einer grossartigen Vorausahnung, er mache vor der ganzen Welt schon jetzt darauf aufmerksam, dass es Churchill zum Kriege treibe. Er wiederholte diese Worte im Januar 1939 in Saarbrücken und sagte damals:"Ja heute ist noch Herr Chamberlain am Ruder, aber wer weiss, ob nicht über Nacht Herr Churchill da ist und das bedeutet dann den Krieg". Churchill hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, dass er Deutschland in den Abgrund stossen will; er hat immer gegen Adolf Hitler gehetzt. Bei Roosevelt ist es dasselbe und dieser persönliche Klüngel führt die Völker in den Tod und nennt das dann Kampf für Freiheit und Demokratie.

Wir aber haben unser Kriegsziel. Wir wissen, was wir brauchen, was uns fehlt, wir wissen auch, worum es geht. Und wenn die Frage auftaucht:"War der Krieg mit Russland notwendig", dann sagen Sie: Ja, er war nicht nur

4.3.1944

notwendig, sondern er war die Voraussetzung für unser Weiterleben, sollten die Sowjets nicht eines Tages von der schutzlosen Flanke über uns herfallen können. Wer das heute noch anzweifelt, ist ein Feind unserer Gemeinschaft.

Es ist klar, dass gerade deshalb, weil das, was ich am Anfang sagte, diese Auseinandersetzung im Osten, den Krieg bedeutete und alles andere nur Nebenschauplatz ist, unsere Partei und ihre Einrichtungen, ihre geschichtlichen Männer und Leistungen oft in kritische Betrachtungen gezogen werden. Selbstverständlich lauern im Dunkeln diejenigen, die wir die Jahre hindurch in ihrer schamlosen Haltung entlarvt haben und die wir um ihre Korruptionsstühle gebracht haben, uns als Bewegung und Partei eins auszuwischen. Das geschieht in der raffiniertesten und vielfältigsten Form. Es ist klar, dass auch noch eine harmlose Gruppe vorhanden ist, das sind die, durch den Kriegsablauf geschwächten alten Männlein und Weiblein, die herumjammern. Ich will Ihnen dazu eines sagen: Die Partei hat der Führer nicht gegründet, weil er eine Partei gründen wollte, sondern weil er Deutschland retten musste. Wenn es irgend eine Bewegung in der politischen Geschichte Europas gab, die von sich sagen kann, dass sie für sich gar nichts, aber alles für ihre Nation will und tut, dann ist es die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Wohl haben wir das eine oder andere schwarze Schaf in unserer Mitte gehabt - wie sollte das bei einer Millionenmasse anders sein -, wohl haben wir diesen oder jenen Fehler gemacht - wie sollte das vermeidbar sein -, aber eines ist klar,

4.3.1944

dass, seit Adolf Hitler und seine Bewegung das deutsche Volk wieder aufzurichten begannen, auch der weltgeschichtlich einmalige Aufstieg unseres Volkes seinen Anfang genommen hat.

Es gibt keine Parallele zu Adolf Hitler in der ganzen weiten Weltgeschichte; er ist absolut einmalig. Sie können die Geschichtsfolianten aller Zonen, aller Erdteile, aller Völker und Rassen durchblättern, Sie werden kein Beispiel finden, dass ein einziger Mann aus dem Dunkel einer absoluten Namenlosigkeit heraus ein Volk in weniger als zwanzig Jahren aus dem tiefesten Zusammenbruch auf die Höhe des entscheidenden Weltreiches geführt hat(Beifall). Wenn man heute da und dort so züngelnd versucht, die Grösse dieses Mannes irgendwie in Zweifel zu ziehen, so können Sie ganz scharf entgegnen, dass Adolf Hitler vor allem jenen, die so gern bereit sind, ihn zu kritisieren, überhaupt erst das Leben ermöglicht hat. Wer heute in Deutschland wagt, ganz gleich aus welcher Form von Reaktion, von kirchlichen oder sonstigen Kräften heraus, eine solche Kritik zu üben, der soll wissen, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Verantwortung kennt, die sie vor Deutschland zu tragen hat, und dass jeder mit seinem Leben spielt, der es wagt, den Marsch der Bewegung irgendwie in Zweifel ziehen zu wollen(Beifall). Wir werden der Roten Armee die Hakenkreuzarmee der Bewegung entgegenstellen. Es ist die Stunde der Leidenschaft und daher klar, dass es jetzt nicht mehr mit normalen Mitteln abgeht, dass es nicht mehr möglich ist, im normalen politischen Geschichtsgang Dinge zu erledigen, die einmalig in der Weltgeschichte sind.

4.3.1944

Vermitteln Sie Ihren Zuhörern in dem ganzen Land Generalgouvernement diesen inbrünstigen Glauben, dieses Wissen um die letzten Halte des Daseins. Wenn wir schwach werden, ist die deutsche Geschichte in den Abgrund geschleudert. Nach uns kommt nichts mehr, was diese Energien noch aufbringt. Ein Volk ist wie ein grosser Körper, der zu ganz einmaligen Energieleistungen nur ganz selten imstande ist, und wenn diese Energieleistung den Höhepunkt erreicht und sich durchgesetzt hat, dann kommt jeweils der Augenblick der Ruhe und der Wiedergewinnung der Kräfte. Wir müssen jetzt dieses Ruhebedürfnis, dieses sehnsüchtige Verlangen nach Frieden, diese aufsteigende Nervenschwäche bezwingen und jedem Deutschen verdoppelte Energie und Leidenschaft für eine geschichtliche Bewusstheit dieser Zeit in das Herz hineinpumpen. Das ist die Aufgabe der Bewegung und das ist auch die Aufgabe der Bewegung der Front gegenüber. Die Front muss wissen, dass sie in der Leidenschaft des Sicheinsetzens für den Führer und sein Reich in der Bewegung einen ehrgeizigen Konkurrenten hat, dass es nicht um das Fachliche geht, sondern dass gerade diese nationalsozialistische Leidenschaft die Linie ist, auf der nun einmal alle Deutschen, ganz gleich in welcher Uniform sie sich befinden, zu marschieren haben.

Wir sind nicht dazu da, alles dies wegen des Ruhmes für die Bewegung zu beanspruchen. Der Führer hat einmal das menschlich so ergreifende Wort von der Wertlosigkeit allen Ruhmes gegenüber der Leistung für das Volk gesprochen. Dieses Leisten ist etwas ganz

4.3.1944

bescheidenes, die Hingabe der letzten Kräfte mit bestmöglicher Anstrengung an die Aufgaben, die eine Gemeinschaft gestellt hat.

Es its notwendig, dass wir beim Näherrücken der Sowjetarmee an das Generalgouvernement den glühenden Willen haben, dem Führer unter Einsatz aller Kräfte bei der Durchsetzung des deutschen Weltreiches zu helfen. Das Generalgouvernement soll in diesem Bekennen zum Führer ein einziger flammender Punkt sein. Nur eine geringe Zahl von Deutschen ist hier, nur ein Prozent der Bevölkerung; umso wichtiger ist es daher, daß wir uns immer bewusst sind, was von jedem von uns verlangt wird.

Wie ich schon sagte, ist es zweierlei, ob man in einem Wahlkampf oder unter dem Donnergrollen der Front redet. Es ist ein ganz eigenartiger Parteifeldzug, in den wir im Generalgouvernement gehen, aber die Partei wird auch in dieser Form bestehen.

Parteigenosse Tießler, mobilisieren Sie die Volksgenossen, aktivieren Sie alle Parteigenossen! Kühnheit, Mut, Siegglaube und flammende Leidenschaft für den Führer, das gebe ich Euch, Parteigenossinnen und Parteigenossen, mit auf den Weg. (Lang anhaltender stürmischer Beifall).

17^{40} Rückfahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/9 Krakau

Sonntag, den 5.März 1944

13^{00} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Montag, den 6.März 1944

15^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{30} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

Dienstleiter Schalk berichtet über seinen Aufenthalt in München und seine Besprechungen mit Oberbefehlsleiter Friedrichs in München.

Der Herr Generalgouverneur gibt Dienstleiter Schalk davon Kenntnis, daß er folgendes plane: Dienstleiter Schalk soll zwei Jahre von der Partei für Dienste im Generalgouvernement beurlaubt werden und in dieser Zeit im Generalgouvernement als Sonderbeauftragter des Generalgouverneurs und des Chefs der Regierung z.B. für Inspektionsfahrten ins Land Dienst tun.

17^{10} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe und des Generalmajors Haseloff dem Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. von Craushaar das ihm vom Führer verliehene Deutsche Kreuz in Silber.

In der anschließenden Besprechung berichtet Generalmajor Haseloff über die militärische Lage und den Einbruch von Sowjettruppen im Osten. Nach dem Bericht haben die Sowjettruppen zum ersten Mal die Grenze des Generalgouvernements nordöstlich von Tarnopol überschritten und sind mit einigen Panzern in den Bahnhof Zbaraż eingedrungen. Dieser Umstand hat den Führer sofort veranlaßt, einen Geheimbefehl des Inhalts zu erteilen, daß Tarnopol unter allen Umständen zu halten und das ganze Gebiet des Generalgouvernements restlos mit allen Kräften zu verteidigen ist. Diesem Befehl entsprechend marschieren nunmehr schon seit Stunden ununterbrochen in Richtung Tarnopol zwei Reservedivisionen, die SS-Leibstandarte Adolf Hitler sowie einige andere Korps.

2

6.3.1944

Staatssekretär Koppe berichtet über die Bandenlage. Sie entwickle sich, wie er ausführt, im wesentlich günstig; denn die Banden seien völlig ohne Nachschub und würden von allen dort um sie herum konzentrierten Polizei- und Sicherheitstruppen aufs schwerste verfolgt.

Eingehend werden dann die zu treffenden Räumungsmaßnahmen besprochen, die sowohl personell wie räumlich auf das engste Gebiet beschränkt werden soll.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die amtlichen Verwaltungsorgane des Generalgouvernements bis zum letzten Augenblick unter allen Umständen jede Stellung restlos zu halten haben. Im übrigen sollen aus den bedrohten Gebieten die Deutschen, die nicht unmittelbar kriegswichtige Aufgaben zu erfüllen haben, sowie Frauen und Kinder abtransportiert werden. Das zu räumende Gebiet schließt aber mit der Stadtgrenze von Tarnopol ab.

17^{30} Besprechung mit Landgerichtsdirektor Wilden in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur ersucht auf die Mitteilung des Landgerichtsdirektors Wilden davon, daß Fürstbischof Sapieha von dem Herrn Generalgouverneur in einer Audienz empfangen werden wolle, den Präsidenten Dr. von Craushaar, zunächst in seiner Eigenschaft als Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung den Fürstbischof zu empfangen. Präsident Dr. von Craushaar soll bei diesem Empfang dem Fürstbischof Sapieha mitteilen, daß er, der Generalgouverneur, stets bemüht gewesen sei, seine schützende Hand über die Einrichtungen der katholischen Kirche zu halten, daß er andererseits auch das loyale Verhalten der Kirche bei der Arbeiterwerbung, bei der Ernteerfassung usw. anerkenne. Weiter könne

6.3.1944

Präsident Dr. von Craushaar dem Fürstbischof mitteilen, daß der Generalgouverneur im Hinblick auf die katholische Empfindung der Bevölkerung bei Reichsführer SS Himmler die Freigabe des Kardinals Hlond aus der Haft erreicht habe, unter der Bedingung, daß sich Kardinal Hlond verpflichte, nicht ins Generalgouvernement zurückzukehren.

Der Herr Generalgouverneur bevollmächtigt den Präsidenten Dr. von Craushaar, mit Fürstbischof Sapieha über die an ihn zu stellenden Forderungen zum Beispiel hinsichtlich der Abgabe eines ~~loyalen~~ Loyalitäts-Bekenntnisses, einer öffentlichen Warnung vor Gewalttaten und Absage an die Banditen zu verhandeln, und überträgt dem Präsidenten Dr. von Craushaar die ausschließliche Zuständigkeit auf diesem Gebiet in Zusammenarbeit mit Landgerichtsdirektor Wilden.

Landgerichtsdirektor Wilden wirft die Frage auf, ob nunmehr die im deutschen Viertel gelegene bisher von Polen benutzte katholische Kirche den deutschen Katholiken zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unzweckmäßig, gerade im jetzigen Zeitpunkt den Polen eine Kirche wegzunehmen, um so mehr, da die deutschen Katholiken ja nur wenige Schritte bis zur nächsten Kirche zu machen brauchten. Im übrigen sei nicht einzusehen, weshalb die deutschen Katholiken Krakaus nicht weiterhin die Garnisonkirche benutzen sollten.

Landgerichtsdirektor Wilden gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß der Bischof Berning grundsätzlich bereit sei, demnächst einmal als Auslandsbischof nach Krakau zu kommen. Verhandlungen darüber seien bereits mit dem Reichskirchenministerium geführt worden.

6.3.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß für die Deutschen des Generalgouvernements viel zu wenig katholische und auch protestantische Pfarrer zur Verfügung ständen. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß Deutsche, die von Polen ermordet worden seien, von polnischen Pfarrern beerdigt werden müßten.

Landgerichtsdirektor Wilden teilt mit, daß vor kurzem acht evangelische Pfarrer aus Siebenbürgen eingetroffen seien, die ihren Dienst im Generalgouvernement aufgenommen hätten. Für sechs katholische Pfarrer, die zur Zeit noch als Sanitäter bei der Wehrmacht Dienst täten, laufe die u.k.Stellung, und es sei zu erwarten, daß sie freigestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur sieht unter diesen Umständen den Besuch des Bischofs Berning nicht als unbedingt notwendig an, erklärt sich aber bereit, ihn gegebenenfalls doch zu empfangen.

Weiter wird die Frage der Heranbildung eines Nachwuchses für die polnischen katholischen Priesterseminare besprochen.

Landgerichtsdirektor Wilden weist darauf hin, daß zur Zeit eine Verhandlung zwischen dem Generalgouverneur und Reichsführer SS Himmler über die Neuaufnahme von Nachwuchskräften laufe. Diese Neuaufnahme solle zugelassen werden, wenn sich herausstelle, daß sich die Priester nicht an illegalen Handlungen beteiligt hätten. Man habe der zuständigen Stelle eine Liste der neu aufgenommenen Pfarrer übersandt, SS-Oberführer Bierkamp habe aber bisher nicht mitgeteilt, ob bei den genannten Personen die Voraussetzungen vorlägen.

5

6.3.1944

Der Herr Generalgouverneur steht der Heranbildung eines Nachwuchses für die Priesterseminare grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber, und zwar mit der Begründung, daß man, wenn man Fachkurse für Ärzte usw. einrichte, auch auf religiösem Gebiete ähnliche Möglichkeiten schaffen müsse.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Dienstag, den 7.März 1944

11[05] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe.

11[35] Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet von Verhandlungen, die er mit Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium in Anwesenheit des Ministerialrats Burmeister gehabt hat, in denen die gesamte Lage auf dem Gebiet der Finanzverwaltung eingehend besprochen worden sei. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sei gewesen, daß Ministerialrat Burmeister sich auf den Standpunkt gestellt habe, das Generalgouvernement müsse einen noch größeren Wehrbeitrag als bisher zahlen. Er, Präsident Dr. Senkowsky, habe seinen bisherigen Standpunkt aufrecht erhalten und über diese Frage auch mit dem Reichsfinanzminister eingehend gesprochen. Dabei sei auch die Frage des jüdischen Vermögens behandelt worden. Für Sicherungszwecke könne nur das Saldo zur Verfügung gestellt werden. Wenn heute Forderungen, die gegen das jüdische Vermögen geltend gemacht würden, aus Staatsmitteln befriedigt werden müßten, dann sei das ein Minderungsposten-. Er habe bei den Verhandlungen auf die Tatsache hingewiesen, daß das Generalgouvernement Kriegsgebiet sei, habe auch die Schwierigkeiten der Personallage hervorgehoben, trotzdem sei von einer Seite behauptet worden, die Verhältnisse im Generalgouvernement seien so konsolidiert, daß erhöhte Steuern aus dem Generalgouvernement aufgebracht werden müßten.

7.3.1944

Gegenstand der Besprechung ist dann vor allem die Frage des Wehrbeitrages. Präsident Dr. Senkowsky teilt mit, daß bis jetzt vom Generalgouvernement ein Wehrbeitrag in Höhe von 1 o5o Millionen Zloty gezahlt worden sei, ferner Polizeikosten in Höhe von 3oo Mill. Zloty. Ein Wehrbeitrag von 3 Milliarden Zloty, wie er vom Reich gefordert werde, könne unter keinen Umständen gezahlt werden. Zu bedenken sei dabei, daß alles, was im Verrechnungsverkehr als Guthaben im Reich eingezahlt werde, im Generalgouvernement Verwendung finde. Für diesen Betrag sei die Emissionsbank genötigt, neue Noten auszugeben. Er habe über diese Frage auch mit Präsident Dr. Paersch verhandelt. Dabei seien auch die Anleiheaussichten besprochen worden, die Präsident Dr. Paersch als nicht besonders günstig ansehe. Gleichwohl wolle Präsident Dr. Paersch versuchen, eine Anleihe aufzunehmen. Wenn man im Laufe des Monats März nicht den vollen Wehrbeitrag bezahle, dann falle das nicht ins Gewicht. Er habe jedenfalls dem Reichsfinanzministerium gegenüber erklärt, daß er noch nicht wisse, wieviel Wehrbeitrag er zahlen könne, da ihm die aus einer Anleihe aufzubringenden Summen unbekannt seien. Er rate jedenfalls dazu, die 1,3 Milliarden zu bezahlen, die das Generalgouvernement angeboten habe. Im übrigen komme Ministerialrat Burmeister demnächst zu den abschließenden Haushaltsberatungen nach Krakau, und dann könne über alle diese Fragen gesprochen werden.

12[15] Besprechung mit Dienstleiter Schalk in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe und des Oberdienstleiter Tießler.

3

7.3.1944

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Vorbereitung der Besuche des Oberbefehlsleiters Friedrichs, des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley, des Reichsministers Rosenberg und Dr. Goebbels.

Weiter wird zu der Frage der Verwendung des Dienstleiters Schalk im Generalgouvernement Stellung genommen. Dazu trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1. Der Parteigenosse Schalk scheidet endgültig aus dem Dienst des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP. aus. Wegen der endgültigen Verabschiedung und einer besonderen Kundgebung aus diesem Anlaß ergeht noch besondere Regelung.
2. Im Einvernehmen mit der Parteikanzlei wird der Parteigenosse Schalk entsprechend seinem eigenen Antrag in den Staatsdienst übernommen.
3. Staatssekretär Dr. Bühler erhält den Auftrag, die Unterbringung des Parteigenossen Schalk in der Form eines Landesinspekteurs als Leiters eines selbständigen Amtes innerhalb des Staatssekretariats der Regierung in die Wege zu leiten. Die Einzelheiten werden nach dem Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler geregelt.
4. Der Dienstantritt des Parteigenossen Schalk soll für den 15.April 1944 vorbereitet werden.

Oberdienstleiter Tießler teilt dann noch mit, daß er mit der Parteikanzlei wegen der Angelegenheit des Hauptabschnittsleiters Stahl gesprochen habe. Die Parteikanzlei habe sich damit einverstanden erklärt, daß Parteigenosse Stahl vor seiner Einziehung zur Wehrmacht noch die Übergabe der von ihm bisher geleiteten Deutschen Apotheke vornehmen könne.

7.3.1944

12^{30} Besprechung mit Oberst Fischer.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek.

Im grossen Lesesaal der Staatsbibliothek findet eine Besichtigung sämtlicher im Generalgouvernement hergestellten Druckerzeugnisse statt. An dieser Besichtigung nehmen teil:

der Herr Generalgouverneur
Präsident Ohlenbusch
Pressechef Gassner
Dr. Hoffmann, stellvertretender Direktor der Staatsbibliothek
Verlagsleiter Strozyk
Landgerichtsrat Schüler
Referent Hänel
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Papier Stoffer.

Unter Führung des Staatssekretärs Dr. Boepple werden dem Herrn Generalgouverneur die einzelnen Druckerzeugnisse vorgelegt. Nach Durchsicht der einzelnen Druckerzeugnisse, des Verordnungsblattes, des Amtlichen Anzeigers, der Nachrichtenblätter einzelner Hauptabteilungen, der Zeitschriften "Wald und Forst", "Gesundheit und Leben", "Sonderdienst", der "Lagerzeitung" und anderer trifft der Herr Generalgouverneur die Feststellung, daß bei allen diesen Druckereierzeugnissen im einzelnen wohl noch etwas gespart werden könne, vor allem beim Verordnungsblatt, für das 3,2 to Papier gebraucht wird.

7.3.1944

Bei Vorlegung des "Fahndungsnachweises" und des "Fahndungsblattes" gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß für diese beiden Druckereierzeugnisse Papier zur Verfügung gestellt wird. Er ordnet deshalb eine Besprechung über diese Frage mit SS-Oberführer Bierkamp an.

Für die Zeitschrift "Der Rufer" will der Herr Generalgouverneur das Papier von der SS zur Verfügung gestellt wissen.

Ferner trifft der Herr Generalgouverneur folgende Anordnung:

1. Das Verordnungsblatt der NSDAP. unterliegt fortan der persönlichen Zensur des Generalgouverneurs. Druckaufträge für dieses Blatt können von Verlagsleiter Strozyk nicht mehr angenommen werden.

2. Der Umfang des "Vorfeldes" wird auf die Hälfte reduziert.

3. Das "Befehlsblatt der Hitlerjugend" wird nicht mehr gedruckt, sondern im Rotaprint-Verfahren hergestellt, weil eine Auflage von 25o Stück nicht gedruckt werden darf.

Für die endgültige Regelung dieser Frage ordnet der Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler an.

Der "Arbeitsplan für die Volksbildungsstätte" soll nach dem Willen des Herrn Generalgouverneurs, wenn überhaupt, in der bisherigen Form nicht mehr herausgegeben werden.

Weiter bemängelt der Herr Generalgouverneur die Verwendung von Karton für Druckschriften, Broschüren usw. und will seine Verwendung aufgehoben wissen.

6

7.3.1944

Die "Blätter des Staatstheaters des Generalgouvernements" mit einer Auflage von 9 ooo Stück und einem Papierverbrauch von 465 kg will der Herr Generalgouverneur auch in anderer Form herausgegeben sehen. Er habe nichts dagegen, wenn über das gesamte Theaterwesen des Generalgouvernements fortlaufend alle Vierteljahre ein Schriftchen herausgebracht werde und der Zeit entsprechend ein Theaterzettel mit kurzen Theaterhinweisen und Notizen gegeben werde. In der zur Zeit noch bestehenden Aufmachung dürften diese Blätter jedenfalls nicht mehr erscheinen.

Wegen der weiteren Herausgabe der "Ephemeriden", eines Sternwartenregisters, und einer botanischen Zeitschrift ersucht der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Boepple, sich mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in Verbindung zu setzen.

Den "Buchfahrplan" der Ostbahn will der Herr Generalgouverneur auch in einfacherer Form herausgegeben wissen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann mit Entschiedenheit dagegen, daß ein "Deutscher Kalender" ziemlich großen Umfanges von der volksdeutschen Mittelstelle herausgegeben wird und dafür 22 to Papier verbraucht werden. Künftig solle nur ein amtlicher Kalender von der Regierung des Generalgouvernements als Regierungskalender herausgegeben und so das Kalenderwesen zentralisiert werden. Daneben könnten noch Kalender für die Polen und Ukrainer gedruckt werden.

Die Zeitschrift "Das Generalgouvernement" soll unter weiterer Einschränkung des Inseratenteils erhalten bleiben. Es würde allerdings genügen, wenn je halbes Jahr eine Nummer erschiene.

7.3.1944

Die Zeitschrift "Die Burg" soll nach dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs vornehmlich als wissenschaftliches Organ in Erscheinung treten. Wenn sich die Schriftleitung dieser Zeitschrift bemühe, streng wissenschaftlich zu sein, dann wäre es zweckmäßig, so führt der Herr Generalgouverneur aus, daß gewisse Artikel allgemeineren Inhalts nicht in ihr veröffentlicht würden, sondern in der Zeitschrift "Das Generalgouvernement", die als repräsentatives Organ weiter bestehen bleiben könne. "Die Burg" solle einfach das wissenschaftliche Organ sein. Dann bestehe aber kein Anlaß, die Zeitschrift des Instituts für Deutsche Ostarbeit "Deutsche Forschung im Osten" noch erscheinen zu lassen. Der wissenschaftliche Inhalt dieser Zeitschrift des Instituts für Deutsche Ostarbeit könne dann in die Zeitschrift "Die Burg" übergeführt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob das von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft herausgegebene Material in vollem Umfange gedruckt werden müsse, erwidert Pressechef Gassner, daß die Hauptabteilung E.u.L. die Herausgabe dieses Materials in gedruckter Form für unumgänglich notwendig halte. So werde auch z.B. seit 1940 eine Zeitung für die Arbeiter im Reich gedruckt.

Verlagsleiter Strozyk bemerkt dazu, daß für diesen Zweck vom Reich ein Gesamtpapierkontingent zur Verfügung gestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Staatssekretär Dr. Boepple um Nachprüfung, warum und mit welchen Mitteln die "Verwaltungs- und Dienstordnung für die Landgemeinden im Distrikt Galizien" herausgegeben werden muß.

8

7.3.1944

Im Anschluß an die Besichtigung der ausgelegten Druckerzeugnisse findet eine kurze Besprechung statt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Direktor Stoffer, daß der Bewirtschaftungsstelle für Papier insgesamt 1 5oo to je Monat zur Verfügung ständen. Die weitere Entwicklung könne er aber nicht voraussehen. Die Erzeugung sei bisher aufwärts gegangen, und im Jahre 1943 sei man einmal auf 2 ooo to gekommen. Wenn kein Zellstoff in genügendem Umfange zur Verfügung stehe, müßten sich die Verhältnisse naturgemäß ändern. Es sei aber zu hoffen, daß das Reich dem Generalgouvernement zur Hilfe kommen werde.

Der Herr Generalgouverneur faßt sodann das Ergebnis der Besichtigung dahin zusammen, daß eine Ersparnis von vielleicht 3 bis 4 to Papier im Jahre nicht sehr zu Buche schlage. Wenn auch hinsichtlich der Ausstattung mancher Druckerzeugnisse gespart werden könne, so habe er doch nicht den Eindruck, daß im allgemeinen mit dem Papier irgendwie verschwenderisch umgegangen werde.

Referent Hänel weist darauf hin, daß der größte Papierverbrauch bei den Formularen verursacht werde.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine Besichtigung dieser amtlichen Formulare usw. für den lo. oder ll. März 1944 an. Bei dieser Besichtigung sollen zugegen sein: die Präsidenten Gerteis, Dr. Senkowsky, Dr. Lauxmann, Naumann und ein Vertreter der Preisüberwachungsstelle. Nach dieser Besichtigung soll dann eine abschließende Besprechung über das Ergebnis und die zu treffenden Maßnahmen stattfinden.

16^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung auf der Burg)

Mittwoch, den 8.März 1944

$1o^{4o}$ Besprechung mit Präsident Gerteis.

$1o^{5o}$ Besprechung mit Präsident Lauxmann.

11^{oo} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

11^{15} Besprechung mit Generalmajor Haseloff in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und ~~Dr~~. Koppe über die militärische Lage.

Zu einem Teil dieser Besprechung werden die Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur hinzugezogen.

11^{5o} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

12^{oo} Besprechung mit Präsident Teidtke.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich von Präsident Teidtke über die Ausbildungstätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes im Generalgouvernement und über den gegenwärtigen Seuchenstand berichten

Die Flüchtlingsbewegung in Galizien habe bisher noch keine Auswirkungen für eine Verschlechterung der Seuchenlage gezeitigt, da die Seuchenkolonnen ständig unterwegs seien und an allen Orten Entlausungen vorgenommen würden. Die Bekämpfung der Tuberkulose durch die Röntgenreihenuntersuchungen werde fortgeführt, und auch die Trachom-Bekämpfung sei in Angriff genommen.

12^{3o} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

8.3.1944

14^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dirigent Swarowski.

17^{00} T e e mit SS-Obergruppenführer Koppe und Generaldirektor Budin.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

IX/9 Krakau

Donnerstag, den 9.März 1944

12^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur eine Niederschrift über die in der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Boepple am Vortage stattgefundenen Sitzung erzielte Einigung in der Angelegenheit "Polnisches Theater" vor.

Der Herr Generalgouverneur regt noch einige Änderungen an und billigt im übrigen die gefaßten Entschließungen.

16^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{45} Besprechung mit Generalmajor Haseloff in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe. Gegenstand der Besprechung ist die militärische Lage.

18^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbefehlsleiter Friedrichs in Anwesenheit des Oberdienstleiters Tießler und des Dienstleiters Schalk.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

9.3.1944

18[40] Feierliche Verabschiedung des bisherigen stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. Dienstleiters Richard Schalk im Hause der NSDAP..

Anwesend sind hohe Vertreter aus Partei, Staat und Wehrmacht sowie Oberbefehlsleiter Friedrichs von der Parteikanzlei.

Nach Begrüßungsworten Oberdienstleiters Tießler ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Ich habe die große Freude, im Rahmen eines festlichen Parteiaktes vor einer aufmerksam versammelten Parteiführerschaft, bei der zu unserer großen Freude auch Vertreter von Staat und Wehrmacht anwesend sind, die Verabschiedung des Parteigenossen Schalk vorzunehmen, der zu unser aller Bedauern den Parteidienst verläßt.

Da Sie, Parteigenosse Schalk, nun den Parteidienst im Generalgouvernement mit dem Staatsdienst vertauschen, obliegt es mir, Ihnen für die großartige Aufbauarbeit zu danken, die Sie in der ersten Zeit des Erstehens der Parteiorganisation geleistet haben.

Als ich damals vor das Problem gestellt wurde, in diesem Nebenland des Großdeutschen Reiches eine Parteiorganisation aufzurichten, war die Konstruktion selbstverständlich nur in Angleichung bewährter Gauorganisationen möglich, die die Partei im Reich aufgebaut hatte; hier konnte aber die Gauorganisation der NSDAP. im Reich nicht aufgezogen werden, da für die Bewegung ganz andere Voraussetzungen gegeben waren. Infolge dessen machte ich damals den Vorschlag, einen Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. zu errichten, einen Vorschlag, den der Führer angenommen hat und der sich - das kann ich wohl sagen - in diesem Raum ausgezeichnet in die Tat umsetzen ließ. Was seither

3

9.3.1944

im Rahmen einmaligen weltgeschichtlichen Geschehens die Partei im Generalgouvernement nicht nur an Aufbauarbeit, sondern an sozialer Arbeit, nicht nur an sozialer Arbeit, sondern an Führungsleistungen ganz großen Stils geleistet hat, ist ein stolzes Kapitel in der Geschichte unserer unsterblichen NSDAP..

Sie, lieber Parteigenosse Schalk, waren mir beigegeben als der erste maßgebliche Repräsentant der Heimatorganisation unserer Bewegung und haben bis zu Ihrer Einberufung in hervorragender Weise den schwierigsten Teil der Aufgabe in diesem Raum, nämlich die Lösung der ersten organisatorischen, technischen und politischen Probleme verwirklicht. Sie war nicht einfach; wie sich jeder vorstellen kann, fehlte es unserem Arbeitsbereich an jeder irgendwie gearteten Erfahrung und man mußte in einem Neuland auch organisatorisch neu wirken. Es bedurfte einer starken Anstrengung, um trotz der unsagbaren Schwierigkeiten das Parteileben im Generalgouvernement überhaupt in Gang zu bringen, jedoch wurde es getragen von der begeisterten Treue, die die Deutschen des Generalgouvernements dem Führer entgegenflammen lassen, von dem weitreichendsten Verständnis des Staates und aller Behörden dieses Nebenlandes und von der hoch anzuerkennenden Unterstützung, die die Wehrmacht in allen ihren Teilen uns hier hat zuteil werden lassen.

Ich kann nun behaupten, daß die Partei ein nicht wegdenkbarer Bestandteil der deutschen Wiedergewinnung des Generalgouvernements, der deutschen Durchdringung des Weichselraums geworden ist. An dem geschichtlichen Verdienst des Generalgouvernements im Dienste der Kriegführung hat somit die NSDAP. hier eine eigene große Kriegsleistung vollbracht.

9.3.1944

Mit zu den ersten Namen dieses Dienstes gehören Sie, lieber Parteigenosse Schalk, der Sie nach den ersten zwei Jahren entsprechend Ihrem Jahrgang zur Wehrmacht eingezogen wurden und sich als tapferer Soldat des Führers auch in der Wehrmacht bewährten.

In Ablösung Ihrer Person haben wir den Parteigenossen Stahl einige Jahre lang als meinen Stellvertreter im Arbeitsbereich in Wirksamkeit gesehen. Er hat sich würdig und außerordentlich verdienstvoll in der Leitung des Arbeitsbereiches bewährt. Seine Verabschiedung, gleichfalls bedingt durch die kriegswichtige Notwendigkeit seiner demnächstigen Einziehung zur Wehrmacht haben wir bereits vorgenommen.

Ihnen, Parteigenosse Schalk, rufe ich nun ein herzliches Lebewohl zu; Sie haben sich im engsten Einvernehmen mit der Parteikanzlei bereit erklärt, unter gleichzeitiger Beurlaubung aus dem Parteidienst in den Staatsdienst des Generalgouvernements überzutreten. -

Der Herr Generalgouverneur überreicht dann Dienstleiter Schalk seine Ernennungsurkunde zum Landes-inspekteur im Staatssekretariat der Regierung mit Wirkung vom 9.März 1944 und übernimmt Dienstleiter Schalk in den Staatsdienst. Er begrüßt ihn als jungen Mitarbeiter und spricht die Überzeugung aus, daß sich Dienstleiter Schalk im Staatsdienst genau so bewähren werde wie im Parteidienst. Er fährt dann fort:

Eine besondere Freude ist es für uns, daß Sie, Parteigenosse Friedrichs, trotz großer Reiseschwierigkeiten zu uns gekommen sind. Ihre Anwesenheit ist für Euch, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, ein Beweis dafür, daß keine Schwierigkeit der Zeit einen Parteigenossen hindert, seine Pflicht für die Bewegung zu erfüllen. Daß die Männer der Parteiführung ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit ihren Dienst erfüllen, ist für Sie, Parteigenossen, ein Beweis, daß

9.3.1944

wir uns unausgesetzt und leidenschaftlich anstrengen werden, die Parteifahne, die Bewegung des Führers in diesem Raum hochzuhalten. Stunden düsterster Ereignisse können noch gerade für uns hier im Osten aus dem Osten erstehen. Ich verlange deshalb von Euch, wie ich das schon vor einigen Tagen ausführte, das restlose, entschlußfrohe und opfermutige Bekenntnis durch die Tat. Wir sind hier nicht mehr eine Insel, wir sind jetzt Frontpunkt geworden. Durch dieses Ereignis erstrahlt auch für die Parteigenossenschaft dieses Raumes die flammende Notwendigkeit, unter allen Umständen mit der Waffe in der Hand und Mann gegen Mann für die Fahne unserer nationalsozialistischen Revolution anzutreten.

Die Forderungen, die ich als der verantwortliche Chef dieses Nebenlandes an die Parteiorganisation stelle, gehen nunmehr über jedes Pflichtenmaß der bisherigen Zone hinaus. Ich kenne nun keine Rücksicht vor persönlichen Interessen und Belangen oder derartigem, kein Zurückweichen vor irgendeinem Sonderrecht mehr, sondern ich kenne nur noch die eiserne Pflicht, lieber zu sterben, als diesen Raum irgendwie kampflos in die Hände des Feindes fallen zu lassen. In dem Augenblick, in dem ein Teil dieses Gebietes in die Hände des Feindes fällt und es nicht möglich ist, mit den letzten Kolonnen auch die im Dienste der Partei stehenden Männer abzutransportieren, gibt es keinen Parteidienst mehr, sondern nur noch den Dienst mit der Waffe in der Hand als Soldat und den Dienst der blinden Unterstellung unter den örtlich kommandierenden Wehrmachtsbefehlshaber. Diese ernste Entwicklung kann über jeden von uns kommen.

9.3.1944

Ich weiß, daß dann die Partei genau so wie alle anderen ihre Pflicht erfüllen wird. Weisungen wie die im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen stehende teilweise Räumung äußerster Grenzbezirke in Galizien sollen aber nicht irgendwie die Bedeutung haben, eine Form auch der leisesten Unruhe ins Land zu tragen. Wo der Feind in den letzten Tagen die Grenze des Generalgouvernements überschritten hat, ist für ihn kein Weiterkommen. Jede überhaupt nur denkbare militärische Maßnahme ist ergriffen, Truppen strömen unausgesetzt an diese Frontstelle, und es ist mit äußerster Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß schon in wenigen Tagen durch einen großen Gegenstoß auch dieses Zipfelchen von wenigen Quadratkilometern, das der Russe besetzt hat, wieder frei wird. Verstehen Sie daher meine Ausführungen im Zusammenhang mit der Problematik dieser Zeit, die uns Parteigenossen die große Pflicht auferlegt, das Inflammenhaltenlassen der nationalsozialistischen Leidenschaft als geistig-seelischen Rückhalt in diesem Weltringen gegen den jüdischen Bolschewismus immer deutlicher in Erscheinung treten zu lassen.

Parteigenosse Friedrichs! Sie waren schon oft unser Gast, noch niemals aber in so ernsten Stunden. Nehmen Sie unsere Grüße an die Parteiführung, an Parteigenossen Bormann und alle anderen Männer der Heimat mit und seien Sie überzeugt, daß wir genau so wie die Bewegung in den von Bomben zerstörten Städten der Heimat hier die Partei durchhalten werden, getreu dem Eid, den wir dem Führer, dem deutschen Volk und der nationalsozialistischen Bewegung geleistet haben.

18^{20} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

19^{30} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements im Haus Urania.

(Übernachtung auf der Burg)

Freitag, den 10.März 1944

11^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

11^{25} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt Fregattenkapitän Maydorn.

Fregattenkapitän Maydorn gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über seine Tätigkeit und seine Aufgabengebiete als Wehrwirtschaftsoffizier und Leiter einer Dienststelle des OKW. Er habe in dieser seiner Eigenschaft eine selbständige Stellung, und es sei besonders wertvoll, dass er sich direkt beim OKW einschalten und dort vielleicht einige Forderungen durchdrücken könne. Seine Aufgabe sei es auch, einen Ausgleich zwischen den Forderungen der Wehrmacht und denjenigen der Wirtschaft herbeizuführen, einerseits berechtigte Forderungen der Wirtschaft gegenüber der Wehrmacht und andererseits wichtige Forderungen der Wehrmacht gegenüber der Wirtschaft zu vertreten.

12^{30} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler und Hauptbannführer Schimmelpfeng.

Zur Besprechung steht zunächst die Frage Kinderlandverschickung.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß diese Frage angesichts der gegenwärtigen Situation im Generalgouvernement zu einem ernsten Problem geworden sei. Solange diese Situation bestehe, müsse wohl die Verschickung von Kindern ins Generalgouvernement hintangehalten werden.

lo.3.1944

Hauptbannführer Schimmelpfeng bemerkt, daß bis auf weiteres die Transporte der Kinderlandverschickung abgestoppt würden. Er habe über diese Frage auch bereits mit Präsident Dr. von Craushaar gesprochen und sei mit ihm zu einem Einvernehmen gekommen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptbannführer Schimmelpfeng, sich hinsichtlich der Frage der Kinderlandverschickung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe ins Benehmen zu setzen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann dagegen, daß sich die Hitlerjugendführung im Generalgouvernement als Befehlsstelle der Reichsjugendführung bezeichne. Für die Hitlerjugend des Generalgouvernements als Parteigliederung sei der Arbeitsbereich die allein zuständige Organisation. Der Arbeitsbereich müsse sozusagen überall die Heimatmarke sein, und dann könnten die Organisationen und Gliederungen ihren Spezialstempel darunter drücken. Die Führung der Hitlerjugend im Generalgouvernement sei auch nur ein Bestandteil der Parteiarbeit. Wenn sich auch andere Organisationen oder Gliederungen wie z.B. die S.A. Befehlsstellen eingerichtet hätten, so müßten sie auch dort beseitigt werden. Über allen Organisationen, Gliederungen und angeschlossenen Verbänden stehe immer der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP.. Er sei damals von dem Gedanken ausgegangen, daß sich im Generalgouvernement die einheitliche Bewegung zunächst einmal durchsetzen müsse, nicht aber die Gliederungen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberdienstleiter Tießler, daß das Verordnungsblatt der Hitlerjugend im Generalgouvernement nicht mehr gedruckt werde. Wohl aber habe es sich als zweckmäßig herausgestellt, für den BdM. einen Führerinnendienst herauszugeben.

lo.3.1944

Hauptbannführer Schimmelpfeng bemerkt, daß bis auf weiteres die Transporte der Kinderlandverschickung abgestoppt würden. Er habe über diese Frage auch bereits mit Präsident Dr. von Craushaar gesprochen und sei mit ihm zu einem Einvernehmen gekommen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptbannführer Schimmelpfeng, sich hinsichtlich der Frage der Kinderlandverschickung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe ins Benehmen zu setzen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann dagegen, daß sich die Hitlerjugendführung im Generalgouvernement als Befehlsstelle der Reichsjugendführung bezeichne. Für die Hitlerjugend des Generalgouvernements als Parteigliederung sei der Arbeitsbereich die allein zuständige Organisation. Der Arbeitsbereich müsse sozusagen überall die Heimatmarke sein, und dann könnten die Organisationen und Gliederungen ihren Spezialstempel darunter drücken. Die Führung der Hitlerjugend im Generalgouvernement sei auch nur ein Bestandteil der Parteiarbeit. Wenn sich auch andere Organisationen oder Gliederungen wie z.B. die S.A. Befehlsstellen eingerichtet hätten, so müßten sie auch dort beseitigt werden. Über allen Organisationen, Gliederungen und angeschlossenen Verbänden stehe immer der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP.. Er sei damals von dem Gedanken ausgegangen, daß sich im Generalgouvernement die einheitliche Bewegung zunächst einmal durchsetzen müsse, nicht aber die Gliederungen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberdienstleiter Tießler, daß das Verordnungsblatt der Hitlerjugend im Generalgouvernement nicht mehr gedruckt werde. Wohl aber habe es sich als zweckmäßig herausgestellt, für den BdM. einen Führerinnendienst herauszugeben.

3

10.3.1944

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberdienstleiter Tießler, die Frage des Papierverbrauchs im Rahmen des Arbeitsbereiches nunmehr einer grundsätzlichen Regelung zuzuführen. Alle Druckaufträge sollen nunmehr von einer Genehmigung des Oberdienstleiters Tießler aohängig sein.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Hauptbannführer Schimmelpfeng Anweisungen für die Arbeit der Jugendführung im Generalgouvernement. Auch in der Jugend müsse die Leidenschaft des Widerstandes aufgerichtet werden. Er danke der Jugendführung des Generalgouvernements für ihre bisherige vortreffliche Arbeit und wolle ihr auch weiterhin jegliche Förderung zuteil werden lassen.

In diesem Zusammenhang kommt der Herr Generalgouverneur auf die Belastung der Jugend zu sprechen. Er ersucht Hauptbannführer Schimmelpfeng, festzustellen, zu welchen Diensten die Jugend im Generalgouvernement herangezogen werde, und ihm dann darüber einen eingehenden Bericht in tabellarischer Form zu erstatten. Aufgabe der Jugendführung des Generalgouvernements müsse es sein, die Jugend nach Möglichkeit von der auf ihr liegenden Wucht der Belastungen zu befreien. Er habe deshalb auch den Flakdienst der Jugendlichen im Generalgouvernement nicht eingeführt.

Hauptbannführer Schimmelpfeng weist darauf hin, daß er im Reiche bereits auf diese Belastung der Jugend Bezug genommen habe. Er habe auch von sich aus schon entsprechende Schritte unternommen und zum Beispiel die Wehrertüchtigung mit der Polizeidienstpflicht kombiniert.

lo.3.1944

Dem Vorschlage des Hauptbannführers Schimmelpfeng, für die Führerschaft der bestgeleiteten Banne einen Preis des Generalgouverneurs etwa in Gestalt der Nachbildung eines Schwertes zu schaffen und ihn alljährlich als Wanderpreis zu verleihen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Rittmeister Frhrn von der Goltz, der ihm Meldung von seiner Versetzung zur Feldkommandantur in Châlons sur Marne, der Dienststelle des Obersten von Tschammer und Osten, macht.

12^{45} Besprechung mit Oberingenieur Kobold, Wehrkreisbeauftragtem des Reichsministers für Bewaffnung und Munition.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberingenieur Kobold, ihm demnächst einen Bericht über die Rüstungsproduktion des Generalgouvernements zu erstatten.

15^{25} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Intendant Haslinde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht den Präsidenten Ohlenbusch, in Zusammenarbeit mit dem Beirat der Kulturvereinigung die Regelung wichtiger kultureller Fragen wie z.B. solcher, die das Staatstheater und die Philharmonie des Generalgouvernements beträfen, zu übernehmen und ihn, den Generalgouverneur, von diesen Arbeiten der Praxis nach Möglichkeit zu entlasten.

5

10.3.1944

Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur Intendant Haslinde, den mit dem Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements geschlossenen Vertrag zum nächstzulässigen Termin zu kündigen, ferner sich mit dem Kapellmeister Swarowsky in Verbindung zu setzen behufs eines evtl. Engagements als Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements. Es müsse jetzt endlich gelingen, für das einzigartige Orchester der Philharmonie eine wirklich hervorragende Kraft zu gewinnen. Kapellmeister Swarowsky habe sich als Dirigent sowohl von Konzerten wie Opernaufführungen und auch als Musikwissenschaftler weit über den Rahmen Deutschlands hinaus einen großen Ruf erworben. In diesem Zusammenhang bittet Intendant Haslinde den Herrn Generalgouverneur, für eine Klärung der Zuständigkeiten des Intendanten und des Chefdirigenten der Philharmonie Sorge zu tragen. Man müsse endlich zu dem klaren Ergebnis kommen, daß der Chefdirigent in allen künstlerischen, der Intendant in allen verwaltungs- technischen Angelegenheiten den Vorrang habe.

Der Herr Generalgouverneur sagt Prüfung dieser Frage zu.

Der Herr Generalgouverneur übergibt dann die Eingabe des Kapellmeisters Swarowsky mit seinem Lebenslauf dem Präsidenten Ohlenbusch und bittet ihn, diese Dokumente zu seinen Akten zu nehmen. Er setzt eine Besprechung dieser Angelegenheit für Donnerstag den 16. März 1944 an.

15^{40} Der Herr Generalgouverneur überreicht Staatssekretär Dr. Bühler in Anwesenheit des Regierungsrats Frhrn von Medem, des Leiters des Personalsamts, die Urkunde über seine Ernennung zum Ministerialdirektor.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 11.März 1944

12^{30} Gouverneur Dr. von Burgsdorff und Präsident Dr. von Craushaar stellen dem Herrn Generalgouverneur den neuen Amtschef des Distrikts Krakau Dr. Stumm vor.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den General der Flieger Fischer, Generalmajor von Weech in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, des Präsidenten Dr. Eißfeldt und des Verbindungsoffiziers der Luftwaffe Oberstleutnant von Dazur.

General der Flieger Fischer-Minsk gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die Sicherheitslage in seinem Gebiet.

General Fischer führt dann aus, daß er zum Bau eines Spezialflugplatzes für den "Gigant" ungefähr 6o ooo Festmeter Holz benötige. Präsident Dr. Eißfeldt habe als Aufbringungsplatz für dieses Holz den Raum von Zamosc vorgeschlagen, während er aus verschiedenen Gründen das Holz lieber im Gebiet von Podlaska zur Verfügung gestellt erhalten wolle. Dort wäre das Holz nicht zu weit von der Baustelle entfernt.

Präsident Dr. Eißfeldt begründet diesen Vorschlag der Hauptabteilung Forsten damit, daß an die Holzbestände im Gebiet von Biała Podlaska bereits zu große Anforderungen gestellt seien, während diese 6o ooo fm im Gebiet von Zamosc leicht zu beschaffen seien.

In der Besprechung wird dann die Tatsache erwähnt, daß die Delta-Werke für die Luftwaffe eine große Menge fertiger Hallen stapelten.

Der Herr Generalgouverneur wünscht darüber in den nächsten Tagen Vortrag durch Präsident Dr. Eißfeldt und will deswegen sich mit Generalfeldmarschall Milch in Verbindung setzen.

2

11.3.1944

Die Frage, aus welchem Gebiet die Regierung des Generalgouvernements die 60 000 fm Holz für den Bau der Flughallen und Werften für den "Gigant" bereit zu stellen beabsichtige, will der Herr Generalgouverneur in den nächsten Tagen in einer Besprechung mit dem Baudirektor des Generals Fischer und Oberlandforstmeister Mann von der Hauptabteilung Forsten anhand einer Karte entscheiden. Er erklärt sich dabei bereit, den Wünschen des Generals Fischer weitgehend entgegenzukommen.

13^{20} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

13^{30} M i t t a g e s s e n .

16^{30} T e e - Empfang.
Anschließend A b e n d e s s e n .

(Übernachtung auf der Burg)

IX/9 Krakau

Sonntag, den 12.März 1944

9^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Heldenfriedhof Rakowice.

9^{38} Der Herr Generalgouverneur und der Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke legen am Ehrenmal einen Kranz nieder.

9^{40} Kurzer Rundgang auf dem Heldenfriedhof unter Führung des Gräberoffiziers.

9^{50} Abfahrt zum Stephansplatz.

10^{15} Heldenehrung am Stephansplatz.

10^{40} Vorbeimarsch der Ehrenformationen.

10^{50} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16^{30} T e e - Empfang.
Anschließend Abendessen.

(Übernachtung auf der Burg)

IV/9 Krakau

Montag, den 13.März 1944

11[30] Besprechung mit Oberst Fischer.

11[35] Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberdienstleiter Tießler, zusammen mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger ein Fernschreiben an Reichsorganisationsleiter Dr. Ley zu richten, in welchem er gebeten wird, von dem in Aussicht genommenen Besuch in Krakau Abstand zu nehmen.

Auf Antrag des Oberdienstleiters Tießler genehmigt der Herr Generalgouverneur, daß Hauptabteilungspräsident Naumann in seiner Eigenschaft als Leiter des Amtes für Kommunalpolitik die seinem Rang entsprechende Parteiuniform tragen darf.

Der Herr Generalgouverneur empfängt dann in Gegenwart des Oberdienstleiters Tießler den bisherigen Reichshauptstellenleiter Jodoleit. Parteigenosse Jodoleit ist als Nachfolger des Pg. Seyfert mit der Leitung des Personalamtes des Arbeitsbereiches beauftragt worden.

Wie Oberdienstleiter Tießler mitteilt, hat der Leiter des Personalamtes die wichtigen Aufgaben der Beschaffung von Personal für die Partei und der politischen Beurteilung von Beamten usw..

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seiner Auffassung Ausdruck, daß er die parteiamtliche politische Beurteilung von Beamten für einen der größten Schäden der Gemeinschaftsordnung halte. Wie gewisse Beispiele zeigten, werde diese Position häufig mißbraucht, damit jemand seinem persönlichen Haß gegen eine höhergestellte Persönlichkeit Ausdruck verleihen könne. Die Partei habe gar keine Veranlassung, die Verantwortung für die Lebenshaltung eines

13.3.1944

Beamten zu übernehmen. Er empfehle daher dem Pg. Jodoleit bei der Ausübung seiner Tätigkeit äußerste Zurückhaltung vor allem bei negativen Beurteilungen. Er halte es für geboten, diese Frage einmal grundsätzlich zu besprechen und für ihre Regelung ein Regulativ aufzustellen.

Abschließend ersucht der Herr Generalgouverneur den Pg. Jodoleit, auf diesem Gebiete aufs engste mit Oberdienstleiter Tießler zusammenzuarbeiten.

12[lo] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Intendant Haslinde.

Auf Grund eines Berichtes des Präsidenten Ohlenbusch über die Beurteilung des Kapellmeisters Swarowsky im Beirat der Kulturvereinigung beauftragt der Herr Generalgouverneur den Intendanten Haslinde, dem Kapellmeister Swarowsky zu eröffnen, daß ein Dauerengagement bei der Philharmonie des Generalgouvernements für ihn nicht in Aussicht genommen sei.

Präsident Ohlenbusch überreicht dann dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die Errichtung eines Volkstheaters (Polnischen Theaters). Der Herr Generalgouverneur erklärt sich abgesehen von einigen kleineren Änderungen mit dem Inhalt dieser Denkschrift einverstanden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu einigen Fragen Stellung genommen, die die Philharmonie des Generalgouvernements betreffen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Chefdirigent Hindemith bis auf weiteres seine Tätigkeit ausüben soll. Er gibt dann seinem Wunsch Ausdruck, daß von der Philharmonie des Generalgouvernements mehr als bisher

3

13.3.1944

Konzerte mit Werken von Wagner und Richard Strauß veranstaltet werden sollten. Ferner hält der Herr Generalgouverneur eine Überwachung der inneren Struktur der Philharmonie durch Präsident Ohlenbusch und den Intendanten der Philharmonie für geboten, andererseits auch eine endgültige Klärung der Zuständigkeiten der Intendanz und der musikalischen Leitung.

12^{30} Besprechung mit Kapellmeister Swarowsky.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet Kapellmeister Swarowsky, daß nach Ansicht des Beirats der Kulturvereinigung eine dauernde Tätigkeit bei der Philharmonie des Generalgouvernements für ihn nicht habe in Aussicht genommen werden können.

Der Herr Generalgouverneur trifft dann folgende Verfügung:

1. Kapellmeister Swarowsky erhält den Sonderauftrag, im Einvernehmen mit dem Generalintendanten Stampe die Aufführung der Oper von Richard Strauß "Ariadne auf Naxos" im Staatstheater des Generalgouvernements mit dem Totalgastspiel einer fremden Opernbühne vorzubereiten und zu leiten.

2. Kapellmeister Swarowsky wird von dem Generalgouverneur aufgefordert, ein Sonderkonzert der Philharmonie des Generalgouvernements mit der Aufführung der Ostermusik aus "Parsifal" von Richard Wagner im April 1944 durchzuführen. Intendant Haslinde ist davon Kenntnis zu geben.

4

13.3.1944

3. Staatssekretär Dr. Boepple wird ersucht, mit Kapellmeister Swarowsky über die Verlegung des Musikverlages Breitkopf & Härtl von Leipzig nach Krakau zu verhandeln.

15[00] Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. von Craushaar.

Präsident Dr. von Craushaar erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Inspektionsreise, die er in den Distrikten und Kreishauptmannschaften durchgeführt hat. Er habe dabei, so führt er aus, die Erfahrung gemacht, daß sowohl bei den Distrikten wie auch in den Kreishauptmannschaften nur wenig fachlich vorgebildete Beamte der Inneren Verwaltung tätig seien, bei den Distrikten träten die Abteilungen der Inneren Verwaltung eigentlich hinter den anderen Abteilungen stark zurück, und es seien daher seine Bestrebungen, diese Abteilungen zu wirklichen Abteilungen der Inneren Verwaltung auszubauen. Die Abteilungsleiter, die die notwendigen Fähigkeiten besäßen, müßten noch gesucht werden, und er habe sich in dieser Beziehung mit Staatssekretär Dr. Stuckardt in Verbindung gesetzt. Diesen Beamten müßten naturgemäß gewisse Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden, und das müsse vor allem auch für die Amtschefs bei den Distrikten gelten.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich der Auffassung des Präsidenten Dr. von Craushaar an und bevollmächtigt ihn, sich diejenigen Männer zu suchen, die sein Vertrauen hätten. Der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung müsse einen Stab von Beamten zur Verfügung haben, mit denen er persönlich arbeiten könne. Durch die von Präsident Dr. v.Craushaar

5

zu ergreifenden Maßnahmen brauchten sich die Gouverneure in ihrem Einfluß nicht beschränkt zu fühlen, da ihnen genügend Möglichkeiten für eine wichtige politische Tätigkeit bleiben.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird die Möglichkeit gewisser Personalveränderungen in den höheren Stellungen der Distriktsverwaltung erörtert. So soll u.a. der derzeitige Leiter der Abteilung Innere Verwaltung des Distrikts Warschau durch eine verwaltungsmäßig vorgebildete Persönlichkeit ersetzt werden. Ferner wird in Erwägung gezogen, die Stelle eines Regierungsdirektors als Vertreters des Amtschefs des Distrikts Warschau zu schaffen.

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Inspektionsreise des Präsidenten Dr. von Craushaar offensichtlich gute Ergebnisse gezeitigt habe. Er dankt dem Präsidenten Dr. von Craushaar dafür, daß er sich der Lösung eines Problems gewidmet habe, das für die Verwaltungsorganisation des Generalgouvernements auch im Hinblick auf die Durchführung des Prinzips der Einheit der Verwaltung von großer Bedeutung sei.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. von Craushaar, die in der Besprechung erörterten Fragen der Personalpolitik mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen und ihm, dem Generalgouverneur, einen endgültigen Vorschlag zu machen.

15^{25} Besprechung mit Oberlandforstmeister Mann.

Im Anschluß an diese Besprechung verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung eines Fernschreibens folgenden Inhalts:

13.3.1944

An den Staatssekretär im Reichsministerium für Luftfahrt Generalfeldmarschall M i l c h :

Wie mir gemeldet wird, stehen 2 7oo Waggons für Baracken- und Flugzeughallenerrichtung bearbeitetes Holz zur Verladung in den galizischen Holzwerken des Generalgouvernements für Rechnung der Firma Delta bereit. Demgegenüber erreichen die Holzanforderungen der Feldluftgaue 25 und 27 ein Ausmaß von rd. loo ooo Festmetern besten Holzes zur Errichtung von Flugzeughallen und Fliegerunterkunftsstätten.

Da es auch angesichts des Umstandes, daß Galizien Kriegsgebiet geworden ist, unmöglich ist, diesen plötzlich hereinbrechenden Holzüberforderungen irgendwie zu entsprechen, ersuche ich um Weisung an die Delta, daß das in ihren Werken hier vorhandene und seit Wochen fertig lagernde Holz für diese Zwecke der Feldluftgaue 25 und 27 sofort freigegeben wird. Das Verhalten der Deltagesellschaft ist mir angesichts der ernsten Transport-, Arbeits- und Sicherheitslage völlig unverständlich. Ich ersuche Sie, sich persönlich dieser hoch wichtigen Angelegenheit anzunehmen, und sehe mit Interesse Ihrer Rückäußerung entgegen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k .

15[35] Besprechung mit Ministerialrat Sauer und Reichshauptamtsleiter Dr. Dreßler.

17[00] T e e - Empfang für die Sieger der Ski-Wettkämpfe in Zakopane, die unter Führung des Sportbeauftragten SS-Hauptsturmführers Oppitz erschienen sind.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IX/9 f. 1 Krakau

Dienstag, den 14.März 1944

11[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Im Zusammenhang mit der Besprechung diktiert der Herr Generalgouverneur ein Fernschreiben an den Gouverneur des Distrikts Lublin, daß er jede Form von Zwangsmaßnahmen gegen die Bevölkerung der Stadt oder des Distrikts mit sofortiger Wirkung verbiete. Jede Maßnahme, die zur zwangsweisen Wegführung von Menschen, zur Evakuierung von Dörfern oder zum zwangsweisen Abtransport zum Arbeitseinsatz im Reich führen solle, bedürfe seiner vorherigen schriftlichen Genehmigung. Dies gelte auch für polizeiliche Maßnahmen jeder Art auf diesem Gebiet.

11[15] Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

11[30] A r b e i t s b e s p r e c h u n g im Grünen Zimmer über die Bandenlage im Distrikt Lublin, den Stand der Räumungsarbeiten in Lublin und Galizien und die Evakuierung der nicht kriegsnotwendigen Deutschen aus Galizien.

Teilnehmer s. Anwesenheitsliste.

Staatssekretär Koppe macht zunächst Ausführungen über die Bandenbekämpfung im Distrikt Lublin durch die Polizei. Mit einer Bande stehe man seit Tagen im Kampfe und man hoffe, sie in den nächsten Tagen über den Bug und damit aus dem Generalgouvernement zu drängen. Eine neue Bande habe sich nördlich des Bilgorajer Waldes gezeigt; ihre Bekämpfung sei aufgenommen. Die polnischen Banden seien von den durchziehenden großen russischen Banden verscheucht worden, kämen jetzt aber aus den Wäldern wieder hervor.

14.3.1944

Präsident Naumann gibt anschließend einen Bericht über die Lage im Distrikt Lublin im Sektor der Ernährung und Landwirtschaft. Während bisher die Sicherheitslage im Distrikt Lublin noch einigermaßen in Ordnung gewesen sei und die größten Sorgen der Hauptabteilung in dieser Beziehung dem Distrikt Galizien gegolten hätten, habe sich im Laufe der letzten fünf Tage die Lage im Distrikt Lublin für die Ernährung u. Landwirtschaft ganz außerordentlich zum schlechten gewendet. Der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Distrikts Lublin Claus habe ihn am letzten Sonnabend angerufen und erklärt, die Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Lublin könne kaum Nennenswertes mehr schaffen, wenn die gegenwärtigen Zustände noch wenige Tage weiter bestünden. In einem Fernschreiben vom Sonntag habe Claus weiter ausgeführt, daß sich die Sicherheitslage nach Auflösung der Polizei- und Wehrmachtsstützpunkte und nach Abzug der Polizei zur Bandenbekämpfung zusehends verschlechtere; die Banditengefahr wachse stündlich. Die Banditen versorgten sich überll mit Waren, Pferden und Geschirren, die Bevölkerung raube ungeschützte Lager und Schober aus. Er bitte dringend um sofortige ausreichende militärische und polizeiliche Hilfe für den Distrikt, da sonst der Distrikt für die Ernährung und Landwirtsahaft ausfalle.

Ein Vertreter des Abteilungsleiters Claus habe ihm gestern anhand einer Karte die Situation genau geschildert: die polnische Verwaltung sei vollständig durcheinandergebracht und die Bevölkerung gehe nach Abzug der 9o Wehrmachtsstützpunkte und der etwa 24 Polizeistützpunkte immer mehr dazu über, die Lager auszuplündern und das Getreide abzufahren, die Liegenschafts- und größeren Privatbetriebe zu plündern und sich in den Besitz der vorhandenen Pferde zu setzen. Allgemein sei

3

14.3.1944

die Meinung vertreten, daß dies die Vorbereitungen für einen baldigen Aufstand darstellten. Auf allen möglichen Wegen versuche die Bevölkerung sich Waffen zu verschaffen.

Die polnische Emigrantin Wasilewska treibe von Luzk aus in diesen Raum hinein durch Kuriere und Rundfunk eine geschickte Propaganda, erkläre, daß sie in 14 Tagen in Lublin sei. Dadurch würden selbst auch die vernünftigen Polen verwirrt, so daß sie nicht mehr richtig mitarbeiteten. -

Seiner Meinung nach stelle den einzigen Ausweg, diese Entwicklung hintanzuhalten, die möglichst sofortige Hineinlegung einer Division in diesen Raum dar.

Während Staatssekretär Dr. Bühler darauf hinweist, daß diese deutsche Autoritätsminderung nicht nur die Ernährung und Landwirtschaft, sondern sämtliche Verwaltungszweige treffe, erklärt Präsident Naumann auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß, sollte die Entwicklung so weitergehen, der Distrikt Lublin, der mit dem Distrikt Galizien zu den beiden Überschußgebieten des Generalgouvernements zähle, einen Ausfall von 25 % der Gesamtleistungen des Generalgouvernements auf landwirtschaftlichem Gebiete bedeute, da Lublin in diesem Jahr 4oo ooo to aufgebracht habe.

Der Herr Generalgouverneur geht von der Tatsache aus, daß wider Erwarten nicht aus dem Distrikt Galizien, sondern aus dem Distrikt Lublin die Meldung käme, daß die Gefahr bestehe, daß ein ganzer Distrikt bei der wichtigsten Frage, bei den Ernährungsleistungen des Generalgouvernements ausfalle. Festzustellen sei, daß dieser Ausfall auf die infolge der Kriegsereignisse sich verschlechternde Sicherheitslage und nicht auf ein Versagen der deutschen Verwaltung zurückzuführen sei. Der Zusammenbruch der deutschen Führungsautorität legitimiere die dortige Bevölkerung fast zum Aufstande; denn von den Polen könne man gerade noch verlangen,

4

14.3.1944

daß sie arbeiteten, wenn eine starke deutsche Autorität hinter ihnen stehe, nicht aber, wenn keine deutschen Sicherheitskräfte in Erscheinung träten. Er müsse daher jetzt den Reichsinstanzen klarlegen, daß das Generalgouvernement am Beginn der Vorgänge in der Ukraine stehe; er werde sich an den Führer wenden und bitte die Herren, sich ebenfalls an ihre maßgeblichen Stellen im Reich zu wenden und auf die zu befürchtende Entwicklung der Lage im Generalgouvernement hinzuweisen.

Staatssekretär Koppe glaubt, daß die Berichte des Abteilungsleiters Claus etwas zu pessimistisch gehalten seien; der SS- und Polizeiführer von Lublin habe ihm über diesen Tatbestand noch nichts berichtet. Es sei klar, daß bei dem Mangel an Kräften zur Bekämpfung der Banden eine Konzentrierung der vorhandenen Polizeikräfte notwendig sei und daß dadurch das Land von Sicherheitsorganen entblößt werden müsse.

Die Banden seien militärisch bestens ausgerüstet; die deutschen Polizeikräfte müßten zum Teil mit Gewehren und leichten MGs gegen die schweren Waffen der Banden ankämpfen. Trotzdem habe man der einen großen Bande in Lublin bereits erhebliche Verluste zufügen können. Nach ihrer Verjagung über den Bug werde er den Bandenkampf wieder auflockern und vor allem Kräfte in den Distrikt Lublin legen. Angesichts des Mangels an Kräften sei nur eine Schwerpunktbildung möglich.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er in Anbetracht des Tatbestandes an Reichsführer SS Himmler die Bitte um Zurverfügungstellung ausreichender Polizeikräfte richten werde, um eine Wiedereinrichtung der Stützpunkte zu ermöglichen. Auch die Wehrmacht möge in gleichen Weise mitziehen.

5

14.3.1944

General Haenicke sagt zu, erneut einen Antrag auf Wiedererrichtung der früheren Wehrmachtsstützpunkte im Generalgouvernement zu stellen. Bisher sei ihm immer erwidert worden, daß dafür nur Landesschützenbataillone in Frage kämen, solche aber nicht freigemacht werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur weist nachdrücklich darauf hin, daß die im September kommenden Getreideanforderungen der Wehrmacht nur erfüllt werden könnten, wenn die Wehrmacht heute Sicherungskräfte zur Verfügung stelle, damit die Voraussetzungen für eine kommende Ernte gegeben seien. Fehle es heute an der notwendigen Sicherung der deutschen Autorität, könne die Verwaltung die Arbeit im Distrikt Lublin nicht aufrecht erhalten. Die Folgen seien nicht abzusehen, wenn in den Ernährungsleistungen des Generalgouvernements der Distrikt Lublin und evtl. auch noch der Distrikt Galizien ausfielen.

Die militärische Lage bei Tarnopol betrachte er optimistisch; er erwarte sich daher im Distrikt Galizien wieder eine Stärkung der deutschen Autorität und damit eine Aufrechterhaltung der Leistungen. Von den Befürchtungen, die Abteilungsleiter Claus für den Distrikt Lublin hege, könne man vielleicht auch 3o % auf übergroße Nervosität zurückführen. Aber Pflicht der deutschen Verwaltung sei es, darauf hinzuweisen, und er bitte Obergruppenführer Koppe und die Wehrmacht dringendst um Hilfe.

Wenn das deutsche Reich nicht imstande sei, diese Stützpunkte wegen Kräftemangels aufrecht zu erhalten, bedeute das eine psychologische Belastung für den Krieg im Osten, denn wie wolle man dann gegen die Millionenmassen im Osten antreten. Weder bei den Deutschen noch bei den Polen dürfe der Eindruck erweckt werden, daß

6

für die wenigen Stützpunkte keine Kräfte mehr zur Verfügung stünden.

Ein Zeichen für den zunehmenden Zusammenbruch der deutschen Autorität sei die Tatsache, daß z.B. von 3 7oo zur Arbeit beorderten Fremdvölkischen kein einziger die Aufforderung befolgt habe.

Jeder deutsche Soldat, der westlich der Grenze des Generalgouvernements im Reiche stationiert sei, sei fehl am Platze; im Generalgouvernement jedoch wäre seine bloße Anwesenheit von Nutzen. Es könne unmöglich verantwortet werden, daß für ein Gebiet, aus dem man 4oo ooo to Getreide für das Reich heraushole, keine zusätzlichen Kräfte zu bekommen seien.

Die Erfahrungen aus der Ukraine, aus denen man hätte lernen können, in welchen Etappen sich der Verlust eines solchen Gebietes vollziehe, seien scheinbar bei den Heimatzentralen ohne Wirkung geblieben. Diese Banden müßten als die Vortruppen der aktiven roten Armee angesehen werden. Churchill habe Ostpolen zum russischen Interessengebiet erklärt; daraus könne man den Schluß ziehen, daß die Sowjets auch in dieses Gebiet drängen würden. Wozu brauche man z.B. in München Ausbildungstruppen? In Cholm wäre ihre Anwesenheit von ungeheurer Wichtigkeit, da dadurch bei der Bevöl,-kerung die deutsche Macht demonstriert würde.

Ein Kreishauptmann sei in seiner Arbeit lahmgelegt, wenn sich seine Autorität nicht auf vorhandene Sicherheitskräfte stützen könne. Die wenigen vorhandenen Gendarmen nützten ihm nichts und die polnische Polizei verhalte sich neutral. An den gegenwärtigen Zuständen treffe die örtlichen Instanzen der Polizei und Wehrmacht keine Schuld, ihre Zusammenarbeit mit der Verwaltung sei hervorragend.

7

14.3.1944

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs stellt Präsident Naumann den Antrag, die im September vorigen Jahres bestehenden Stützpunkte der Polizei und Wehrmacht wiedereinzurichten, damit der Ernährung und Landwirtschaft eine Arbeit im bisherigen Umfange möglich sei.

Generalmajor Haseloff weist darauf hin, daß auf Grund eines Befehls des Führers die damals im Generalgouvernement anwesenden Ausbildungstruppen wegen Gefährdung durch den Feind aus den Distrikten Lublin und Galizien hätten abgezogen werden müssen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß ein Verbleib von Ausbildungstruppen in diesen Gebieten zu verantworten sei, solange sie nicht in einen aktiven Kampf mit den Sowjettruppen kämen; er werde sich persönlich an den Führer wenden, daß dieser Befehl aufgehoben werde.

Auf seine Frage, wieviel Truppen die Wehrmacht für die Stützpunktbildung benötige, erwidert Generalmajor Haseloff, daß zwei Regimenter genügten; Obergruppenführer Koppe bezeichnet die Zahl der dafür benötigten Polizeikräfte mit 7oo Mann.

Präsident Struve verweist auf den Nachteil, den die Bildung von Stützpunkten nach sich ziehe, wenn nicht auch die stationäre Polizei verstärkt werde. Wenn z. B. die zur Arbeit Beorderten nicht Folge leisteten, müßten sie durch die Polizei geholt werden; könne das aus Mangel an Kräften nicht geschehen, trete eine starke deutsche Autoritätsverminderung ein, da sich solche Vorfälle unter der Bevölkerung rasch herumsprächen. Das Heil dürfe also nicht allein in der Stützpunktbildung gesehen werden.

8

14.3.1944

Obergruppenführer Koppe gibt die schwache Besetzung der Gendarmerieposten in Galizien zu. Seit einem Vierteljahr versuche er vergeblich, vom Hauptamt der Ordnungspolizei 1 ooo Mann Verstärkung zu erhalten; auch Oberführer Bierkamp sei in der gleichen Richtung bemüht.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, auf Grund der Besprechung nochmals einen gemeinsamen Großangriff auf die Reichsinstanzen zur Klarlegung der Verantwortung zu starten, damit nicht später gesagt werden könne: warum habt Ihr kein Getreide, warum habt Ihr damals nichts unternommen, damit das Getreide erzeugt werden konnte.

Oberführer Bierkamp bezeichnet auch die Lage im Distrikt Galizien als nicht ungefährlich. So sei z.B. im gesamten Grenzgebiet der Baudienst weggelaufen. Wenn die Einhaltung der Verordnungen nicht durchgeführt werden könne, mache das Schule und alles laufe einfach weg. Die weggelaufenen Leute könnten nicht mehr zurückkehren und müßten zwangsläufig zu den Banditen stoßen.

Stand der Verlagerungs- und Auflockerungsarbeiten:

Präsident Naumann führt dazu aus, daß auf dem landwirtschaftlichen Sektor die Räumungsarbeiten im Distrikt Galizien bis vor einigen Tagen verhältnismäßig gut gelaufen ~~sollen~~ sind. Jetzt aber sei ein großer Teil der Arbeitskräfte verschwunden. Die Polizei habe sofort Kräfte zur Verfügung gestellt, auch der Baudienst sei herangezogen worden. Östlich Lemberg könnten nunmehr keine Waggons mehr gestellt werden, da die Strecke durch die Wehrmachtsbedürfnisse ausgelastet sei. Das Hauptgewicht der gegenwärtigen Auflockerungsmaßnehmen liege augenblicklich in den Teilen westlich Lembergs und in der Stadt selbst. Die Wehrmacht arbeite mit den zivilen Stellen in hervorragender Weise zusammen.

9

14.3.1944

Im Distrikt Lublin sei das Abtransportieren von Getreide und Zucker außerordentlich erschwert, da die Strecken oftmals unterbrochen seien, und die dortigen Arbeitskräfte sich ebenfalls gegen die Einladungen sperrten.

Für die Vorbereitung der Frühjahrsbestellung habe man die Lieferungen nach Galizien schon seit längerer Zeit gesperrt; ein großer Teil der bereits vorgenommenen Vorarbeiten sei dort in den frontnahen und bandenverseuchten Gebieten wieder vernichtet worden. Die ukrainische Landbevölkerung habe sich auch auf die Vorräte der großen Betriebe gestürzt und alles, was nicht niet- und nagelfest sei, werde weggestohlen. Jetzt müsse man auch die Sperrung für den Distrikt Lublin durchführen.

Präsident Gerteis bezeichnet die Ostbahnsituation als im allgemeinen flüssig; täglich passierten leider 5 bis 6 Überfälle auf Bahnstrecken oder Züge. Eine Verschärfung der Lage im Distrikt Lublin, in dem täglich etwa 2 bis 3 Überfälle auf Strecken oder Züge stattfänden, könne er nicht behaupten. Im Lemberger Bezirk gebe es an der Ostgrenze vielfach Störungen durch Sabotage, Anschläge auf Züge usw.

Der Abtransport wichtiger Wirtschaftsgüter im Distrikt Lublin sei ein Verladeproblem. Im Lemberger Bezirk sei die Lage dadurch besser geworden, daß die Strecken nach dem Osten mehr oder minder abgeschlossen seien und von dort die Räumungsgüter der Wehrmacht weniger reichlich einliefen. Dagegen beginne jetzt die Wehrmacht ihre im östlichen Teil vor wenigen Wochen eingerichteten Dienststellen wieder zu verladen, um sie weiter nach dem Westen zu verlegen. Immerhin könne man aber an die Räumung von Wirtschaftsgütern im Bezirk Lemberg herangehen. Wenn genug Arbeiter zur Verladung vorhanden seien, könne man namhafte Mengen wegschaffen;

14.3.1944

die Wagengestellung werde möglich sein.

Präsident Gerteis erklärt dann anhand einer Karte die Versorgungslinien der deutschen Südfront, deren wichtigste die Linie Lemberg-Sniatyn-Czernowitz sei.

Die Ostbahn habe die Strecke Lemberg-Odessa auf ihrem Gebiet bis Tarnopol geräumt. Dabei sei man bemüht gewesen, die Gefolgschaftsmitglieder mitsamt ihren Familien mitzunehmen. Auf freiwilliger Basis lasse sich hier aber nichts machen. So habe z.B. in Tarnopol kein einziger Nichtdeutscher mitgehen wollen; 3oo Mann habe man zwangsweise mitgenommen. Von der Lemberger Belegschaft von 4 ooo Mann hätten sich z.B. nur 21 Mann freiwillig gemeldet. Die Maschinen allein nützten aber nichts, wenn nicht die Arbeiter mitgenommen werden könnten.

Die neueste Bauanordnung sei die Errichtung einer Rochadelinie von Malkinia bis Stanislau. Die Arbeitergestellung sei papiermäßig gesichert; es sollten 18 ooo Baudienstmänner herangezogen werden, den Rest müßten die rechts und links der Strecke liegenden Dorfbewohner stellen. Zu ihrer Erfassung benötige man ein motorisiertes Bataillon Polizeikräfte. Obergruppenführer Koppe habe seine letzten Reserven herangeholt und könne 25o Polizeikräfte für diese Strecke von 6oo km Länge zur Verfügung stellen.

Die Baustellen dieser rein strategischen Bahn und die Strecke selbst müßten aber auch bewacht werden. Das sei Sache der Wehrmacht, die dafür wohl ein Bataillon benötigen werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß dies Angelegenheit der Reichsinstanzen sei, dafür könne er keine Verantwortung übernehmen; er bitte nur Präsident Struve und Obergruppenführer Koppe, alles in ihren Kräften stehende dafür zu tun.

14. 3.1944

Wegschaffung der nichtkriegswichtigen Deutschen aus dem Distrikt Galizien:

Der Herr Generalgouverneur verliest dazu ein Fernschreiben des Gouverneurs Dr. Wächter, der darin diese Räumung beantragt, da ein etwaiger Einbruch der Sowjetarmee von Luzk über Rawa Ruska die Wegschaffung der Frauen und Kinder wegen der militärischen Belastung der Bahnstrecke große Schwierigkeiten bereiten würde.

Präsident Dr. Struve führt aus, daß man bei den strategischen Maßnahmen der Sowjets in der Ukraine immer habe erkennen können, daß sie systematisch auf die Bahnlinien vorgingen, um die Verbindungen im Rücken abzuschneiden. Dabei bestehe die große Gefahr, daß die Deutschen in einem solchen Gebiet bis zur letzten Minute in ihrem Dienstzimmer säßen, plötzlich von den Sowjets überrascht würden und dann nur das nackte Leben retten könnten. Die Wehrmacht sei nicht in der Lage, alle Dienststellen von dem Einbruch russischer Kräfte rechtzeitig zu verständigen. Man sollte daher gewisse Gebiete selbst zu Lasten des deutschen Prestiges räumen.

Generalmajor Haseloff weist darauf hin, daß die Heeresgruppe Süd auf dem Standpunkt stehe, daß bisher es in keinem Fall gelungen sei, eine solche Räumung rechtzeitig durchzuführen. Sie stelle daher in diesem Falle die Forderung, die Räumung jetzt schon durchzuführen.

Auf die Erwiderung des Herrn Generalgouverneurs, daß ihm ein solcher Standpunkt der Heeresgruppe Süd noch nicht mitgeteilt worden sei, erklärt Generalmajor Haseloff, daß die Heeresgruppe Süd dies über das Oberkommando des Heeres machen müsse. Das OKH selbst habe sich noch nicht entschließen können, diese Forderung an den Herrn Generalgouverneur weiterzuleiten.

14.3.1944

Der Herr Generalgouverneur weist auf die ungeheure Wichtigkeit dieser Frage hin. Das deutsche Leben, das "hier zu retten gelte, wiege mehr als jedes politische Prestige. Die Sowjets könnten plötzlich irgendwo im Raum auftauchen, wo man es gar nicht vermute. Vorläufig gehe es noch nicht um die unmittelbare Bedrohung der Deutschen in diesem Raum, sondern um die Auswirkung einer plötzlich" eintretenden militärischen Situation auf die Transportlage.

Staatssekretär Dr. Bühler betont in diesem Zusammenhang, daß man bezüglich der Räumung durch Mundpropaganda schon stark gearbeitet habe; wenn nun aber behördlicherseits deswegen Anordnungen bekannt gegeben würden, bedeute das einen ungeheuren Prestigeverlust.

Der Herr Generalgouverneur will vorläufig abwarten, bis die Wehrmacht mit Forderungen dieser Art an die Regierung herantrete. Wenn die Wehrmacht in einem Kriegsgebiet wie hier mit Argumenten des Krieges komme, müsse man sich dem beugen. Er beauftrage aber jetzt schon für den Fall einer notwendig werdenden Räumung seine Staatssekretäre, Ermittlungen darüber anzustellen, um wieviel Deutsche es sich handle, aus welchen Bezirken sie weggebracht werden müßten, wohin sie transportiert werden könnten, welche Transportmittel dazu benötigt würden, mit welchem Gepäck sie abreisen könnten usw.. Die Durchführung einer solchen Aktion müsse schon jetzt geplant werden.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus ~~führt~~, daß die Räumung auf seinem Sektor schon sehr weit fortgeschritten sei. Bezüglich der Wegschaffung der Frauen und Kinder sei es zweckmäßig, schon jetzt zu sagen, daß es einem Beamten, der seine Familie jetzt schon wegschicke, nicht übel angekreidet werde.

13

14.3.1944

Staatssekretär Koppe bezeichnet es als notwendig, daß ein Teil der Deutschen, deren Aufenthalt hier nicht unbedingt notwendig sei, ins Reich zurückgeführt würde; zu radikal dürfe das aber nicht gemacht werden. Ein verkehrtes Wort in einer Anordnung könne große Folgen nach sich ziehen. Die Fremdvölkischen schauten jetzt auf jede deutsche Frau, die das Generalgouvernement verlasse.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unbedingt erforderlich, daß die Räumungsarbeiten weiter vorangetrieben werden.

Zum Schluß gibt er noch bekannt, daß von den Kampftruppen im Osten an Gouverneur Dr. Wächter die Bitte herangetragen worden sei, Verbindungsmänner der Verwaltung zu den einzelnen kämpfenden Divisionen zu ernennen. Eine solche Einrichtung werde von ihm begrüßt.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt General Mattenklott vom 42. AK., das bei Tscherkassy gekämpft hat, sowie Major Helbig.

13^{10} M i t t a g e s s e n .

19^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht die Aufführung der Oper "Fidelio" von Ludwig van Beethoven im Staatstheater.

(Übernachtung auf der Burg)

Anwesenheitsliste

für die Arbeitsbesprechung .

am ~~2XAugustX1943~~ 14.März 1944

im ~~KönigssaalXderXBurgXzuXKrakauX~~ im Grünen Zimmer der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Sammitzsch		
Hasselbacher	Oberstlt.	Flg. Kdo XXV Verkehrsoffz.
Wagner	"	V.O. d. Luftw.
Lemmacosky	Rittm.	Gend. Insp.
Gerteis	Postdirektor	Stabsf. Polizeiregiment
Hellmann	Kriminalrat	Gaupersonalamt, E. u. L.
Bichler		
Hermann	Oberst i. G.	F. Kdo XXV Chef d. Quartiermeister

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Kruse	Kptl.	4. Abt. Arbeit
Schmidt	Hauptm. d. Sch. Abt. Verkehrs.	Abt. Führer Verkehrsregelung
Fischer	Oberstlt.	4/OKW
Zimmermann	Hptm. d. Sch.	Bau O.
Bruchmann	Gefr. Oberschreiber	Bau 4

IV/9 Krakau

Mittwoch,
~~Dienstag~~, den 15.März 1944

11^{00} Besprechung mit Präsident Struve.

Präsident Struve berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die gegenwärtige Lage des Arbeitseinsatzes bzw. der Arbeiterwerbung für das Reich. Besonders in den östlichen Kreisen des Generalgouvernements, so vor allem im Bezirk Krasnystaw, werde den Arbeitseinsatzbehörden ihre Tätigkeit außerordentlich erschwert. Vielfach erschienen nur 2 % der Beorderten, um sich für den Arbeitseinsatz zur Verfügung zu stellen. Leider müsse er feststellen, daß sich allgemein die Tendenz bemerkbar mache, die Arbeitseinsatzbehörden zu Unrecht für Dinge zur Verantwortung zu ziehen, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Auch ließen es manche Dienststellen an der notwendigen Unterstützung der Arbeitseinsatzbehörden fehlen. Wenn man den Arbeitseinsatzbehörden die Zurverfügungstellung von Polizeiexekutivkräften vorenthalten zu müssen glaube, so weise er darauf hin, daß diese Exekutive bei anderen Maßnahmen wie z.B. der Ernteerfassung, der Milchablieferung, der Steuererhebung usw. zur Verfügung stehe.

Der Herr Generalgouverneur will zwar die schwierige Lage, in der sich zur Zeit die Arbeitseinsatzbehörden befinden, anerkennen, weist aber andererseits mit Nachdruck darauf hin, daß gegenwärtig Polizeikräfte für solche Aufgaben nur in ganz geringem Umfange herangezogen werden könnten, da andere wichtige Aufgaben wie z.B. der Bau einer Bahn von Malkinia nach Sniatyn in einer Länge von 7oo km zu erfüllen seien. Er halte es deshalb für geboten, sich bei der Arbeiterwerbung lediglich auf die westlichen Kreise zu beschränken und vorläufig die östlichen Kreise des Generalgouvernements davon frei zu lassen. Er schlage deshalb dem Präsidenten

15.3.1944

Struve vor, die Arbeitsämter anzuweisen, für 3 Monate von den Arbeitseinsatzmaßnahmen Abstand zu nehmen, daneben die Freiwilligenwerbung stetig weitarzutreiben, aber alle außerordentlichen mit einer Massenzutreiberei verbundenen Maßnahmen nu unterlassen.

Präsident Struve betont, daß er bisher den Berliner Stellen gegenüber alle unsinnigen Forderungen abgewiesen und den Standpunkt des Generalgouvernements mit Nachdruck vertreten habe. Er habe allerdings versucht, die Interessen des Reiches mit denjenigen des Generalgouvernements zu verbinden, und das sei ihm auch weitgehend gelungen. Er stimme im übrigen der Ansicht des Herrn Generalgouverneurs durchaus zu, müsse aber gleichwohl darauf hinweisen, daß die Arbeitseinsatzbehörden leider immer wieder zu Unrecht scheel angesehen würden. Bei den Maßnahmen der Arbeitseinsatzbehörden für die Verschickung fremdvölkischer Arbeiter ins Reich dürfe im übrigen nicht übersehen werden, daß von ihnen ja nur ein Siebentel der Bevölkerung erfaßt werde.

Der Herr Generalgouverneur glaubt, das Mißtrauen anderer Behörden gegenüber der Hauptabteilung Arbeit darauf zurückführen zu müssen, daß man nicht recht wisse, welche Stellung die Hauptabteilung Arbeit bzw. ihr Präsident im Generalgouvernement einnehme, diejenige des im Auftrage des Reiches Handelnden oder diejenige des Mitgliedes der Regierung des Generalgouvernements. Diese beiden Positionen ließen sich aber durchaus vereinigen, wenn z.B. der Präsident der Hauptabteilung Arbeit der Reichsstelle gegenüber mit Energie auftrete und etwa wie im vorliegenden Falle darauf hinweise, daß aus den östlichen Kreisen des Generalgouvernements zur Zeit keine Arbeitskräfte mehr herauszuholen seien. Wenn Gauleiter Sauckel feststelle, daß

in gewissen Gebieten intensiv für Deutschland gearbeitet werde, dann dürften eben diese Gebiete nicht gleichzeitig für die Arbeiterwerbung in Anspruch genommen werden.

Abschließend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß Präsident Struve nach wie vor sein volles Vertrauen besitze, und behält sich vor, in einer besonderen Sitzung die erörterten Fragen einer eingehenden Besprechung zu unterziehen.

11[10] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

Dortselbst besichtigt der Herr Generalgouverneur unter Führung des Staatssekretärs Dr. Boepple eine im großen Sitzungssaal ausgelegte Sammlung von Formularen und anderen Bürodruckerzeugnissen, die von den einzelnen Hauptabteilungen bzw. ihren Unterabteilungen benutzt werden.

Nach eingehender Prüfung des ausgelegten Materials und nach Anhörung der Hauptabteilungspräsidenten kommt der Herr Generalgouverneur zu dem Ergebnis, daß von dem verwendeten Papier etwa 2o % eingespart werden können. Er beauftragt die Hauptabteilungspräsidenten, selbständig zu prüfen, inwieweit eine Ersparung herbeigeführt werden kann. Nach Eingang der Berichte darüber soll dann eine abschließende Besprechung der Papierersparnisfrage stattfinden.

12[55] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Berliner Vertreter der Of[illegible] Schriftleiter Casadessus, Schriftleiter Granberg-Schweden, Schriftleiter Sanchez-Spanien, Schriftleiter Mixchek-Ungarn. Bei dem Empfang sind

4

15.3.1944

zugegen: Ministerialdirigent Brauweiler, Leiter der Abteilung Auslandspresse in der Presseabteilung der Reichsregierung, Pressechef Gassner, Botschaftsrat Schumburg, Abteilungsleiter Wilke, Hauptschriftleiter Fenske.

In der anschließenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur den ausländischen Pressevertretern einen kurzen Überblick über die Verhältnisse des Generalgouvernements . Er geht dabei insbesondere auf die Behandlung der polnischen Bevölkerung ein und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß am heutigen Tage in Krakau ein polnisches Theater eröffnet wird.

13^{20} M i t t a g e s s e n .

14^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. von Craushaar.

16^{00} Vorführung neuer Waffen auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe Krakaus.

17^{00} Rückkehr auf die Burg.

$2o^{00}$ Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Veil-Jena über das Thema: "Parazelsus und die naturwissenschaftliche Medizin" im Festsaal des Universitätsgebäudes.

(Übernachtung auf der Burg)

Donnerstag, den 16.März 1944

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch berichtet, daß der Bau eines Hauses für die Kulturvereinigung des Generalgouvernements momentan wegen Materialmangel nicht durchführbar sei. Man plane daher, das Gästehaus der Regierung am Außenring für die Unterbringung von Künstlern aus dem Reich, die im Generalgouvernement ein Gastspiel geben, herzurichten. Die Beschaffung der notwendigen Einrichtungsgegenstände und Möbel lasse sich ermöglichen. Die Verpflegung der Künstler werde im Staatskasino erfolgen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Der Herr Generalgouverneur diktiert anschließend nach Aussprache mit Präsident Ohlenbusch ein Fernschreiben an Gauleiter Forster, in dem er mitteilt, daß er infolge der Entwicklung der Kriegslage zu seinem großen Bedauern das Generalgouvernement zu einer Reise nach Danzig nicht verlassen könne; er werde die Reise antreten, sobald ihm dies möglich sei.

Präsident Ohlenbusch berichtet dann, daß in Krakau die den Deutschen zur Verfügung stehenden Kinotheater nicht mehr ausreichten. Er frage sich daher, ob man die Urania nicht als polnisches Kino zur Verfügung stellen solle und dafür zwei polnische Kinos Deutschen vorbehalte. Die unliebsamen Szenen, die sich an den Kassen der deutschen Kinotheater abspielten, wären auf die Dauer untragbar.

16.3.1944

Der Herr Generalgouverneur spricht sich gegen die Wegnahme gleich zweier polnischer Kinotheater aus. Um möglichst allen Deutschen den Besuch von Veranstaltungen zu ermöglichen, müsse ein gangbarer Weg für eine gerechte Kartenverteilung gefunden werden. Vielleicht könne man eine Methode finden, durch die jedem Deutschen der Besuch von monatlich einer Theateraufführung, einer Konzertveranstaltung und etwa 3 Kinovorstellungen ermöglicht werden könne. Präsident Ohlenbusch möge auch Generalintendant Stampe den Auftrag übermitteln, daß das Staatstheater des Generalgouvernements in Zukunft ein doppeltes Arbeitsprogramm durchführen müsse; Generalintendant Stampe solle polnische Kräfte engagieren, damit am Tage zwei Vorstellungen gegeben werden könnten.

Präsident Ohlenbusch berichtet zum Schluß von der stattgefundenen Eröffnung des Polnischen Volkstheaters Krakau. Aufführung und Ausstattung seien mittelmäßig, das Spiel sehr ursprünglich gewesen; die polnischen Besucher hätten große Begeisterung gezeigt.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Überwachung des Theaters möglichst diskret vor sich gehe. Vielleicht weise man den polnischen Theaterleiter auf seine volle Verantwortlichkeit für alle Vorkommnisse hin. Ein Szenenbild der Eröffnungsvorstellung solle in der Krakauer Zeitung veröffentlicht werden.

11^{45} Besprechung mit Oberst Fischer.

3

16.3.1944

11[55] Generalmajor Haseloff teilt dem Herrn Generalgouverneur telefonisch mit, daß Generaloberst Fromm dem Herrn Generalgouverneur gern einen Besuch in Krakau abstatten wolle und bitte, einen Zeitpunkt dafür zu bestimmen.

Der Herr Generalgouverneur teilt seine Bereitwilligkeit mit und schlägt vor, daß Generalmajor Haseloff sich mit Generaloberst Fromm wegen eines Termins zwischen dem 25. und 31. März in Verbindung setzen möge.

13[lo] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und den Präsidenten Senkowsky und Bauder.

Der Herr Generalgouverneur verfügt auf Grund der Besprechung Folgendes:

Der Hotelbau am Westring wird auf Grund der übereinstimmenden Meinung aller Beteiligten und Anwesenden, daß die Unterkunftssituation für im dringendsten Interesse des Reiches reisende Persönlichkeiten in Krakau nicht mehr erträglich ist und im Hinblick darauf, daß drei fertiggestellte Hotels Krakaus ausschließlich der Wehrmacht zur Verfügung gestellt sind, als Unterkunftshaus für durchreisende Deutsche sofort in Angriff genommen und möglichst bald fertiggestellt. Die Ausführung solle kriegsmäßig, solide und zweckmäßig sein.

Das Unterkunftshaus steht nach seiner Fertigstellung ausschließlich für die nichtmilitärischen Bedürfnisse des Reiseverkehrs in Krakau zur Verfügung. Es wird nach seiner Fertigstellung von der Hotel- und Kurhaus-A.G. betrieben, die auch Eigentümerin des Gebäudes ist. Bauherr ist die Hotel- und Kurhaus A.G., die Bauausführung liegt in den Händen der Bauabteilung der Generaldirektion der Monopole.

4

16.3.1944

In das Unterkunftshaus wird eine vordringlich den Zwecken des allgemeinen Reiseverkehrs dienende einfache und solide Gaststätte eingebaut.

Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Senkowsky und Präsident Bauder erklären sich bereit, die Angelegenheit ob ihrer Wichtigkeit persönlich und nicht durch Sachbearbeiter zu behandeln.

16^{00} Besprechung mit General der Flieger Riesch, Luftwaffenbaudirektor Rosskotten, Oberstleutnant von Dazur, Präsident Eißfeldt und Oberlandforstmeister Mann.

Gegenstand der Besprechung ist die Bereitstellung von 60 000 fm Holz aus dem Generalgouvernement für Bauzwecke der Luftwaffe.

Baudirektor Rosskotten führt aus, daß in Bia/a Podlaska ein großer Flugplatz für den "Gigant" mit dazu gehörigen Werften und Hallen errichtet werden müsse. Dazu seien 60 000 fm Holz (3 000 Waggons) nötig.

Der Herr Generalgouverneur zeigt nach einem Meinungsaustausch vier Wege auf, wie diese Holzmenge im Generalgouvernement beschafft werden könne:

1. die Delta-Werke geben auf Grund einer Anordnung des RLM von ihren Lagervorräten 800 Waggons ab,
2. alles in erreichbarer Nähe des zu bauenden Flugplatzes liegende Grubenholz wird zur Verfügung gestellt,
3. die Holzabbaukapazität der Delta-Werke wird zu Einschlag und Verarbeitung in den Wald der nördlichen Gruppe eingespannt,
4. im Distrikt Lublin werden ein Drittel aus dem nördlichen Waldgebiet und zwei Drittel aus dem Zamoscer Waldgebiet durch die Wehrmachtsbetriebe des Baudirektors Rosskotten eingeschlagen.

Alle näheren Einzelheiten sind in Besprechungen mit der Hauptabteilung Forsten zu klären.

5

16.3.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei zu bedenken, ob die Durchführung eines so gewaltigen Bauvorha-bens in Biała Podlaska angesichts der nahen Front zweckmäßig erscheine, oder ob es nicht besser sei, den Platz im Distrikt Radom zu errichten.

16^{30} T e e im Kleinen Kasino.

(Übernachtung auf der Burg.)

Freitag, den 17.März 1944

13[00] Mittagessen.

16[30] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe, dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger und Stadthauptmann Krämer.

16[40] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

17[00] A r b e i t s b e s p r e c h u n g im Grünen Zimmer über die Lage.

Anwesend sind die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, Generalmajor Haseloff und die Präsidenten Senkowsky, von Craushaar, Emmerich, Bauder, Gerteis, Naumann, Eißfeldt und Lauxmann.

Nach Berichten der einzelnen Herren über bereits durchgeführte oder laufende Räumungsmaßnahmen auf ihrem Arbeitsgebiet und eingehendem Meinungsaustausch über weiter zu ergreifende Maßnahmen faßt der Herr Generalgouverneur das Ergebnis der Besprechung in folgenden Feststellungen zusammen:

1. Das bisher in die Güter- und Angehörigenräumung einbezogene Gebiet wird erweitert auf die Kreise Zamosc, Krasnystaw, Radzyn und Biała Podlaska; in die Räumung einbegriffen sind die Städte Lemberg und Lublin. Die Frauen und Kinder der volksdeutschen Ansiedler in Zamosc werden mit Zügen weggebracht, während die Männer in Trecks nach dem Warthegau aufbrechen. Evakuiert wird nicht, wer kriegswichtige Arbeit leistet; Frauen mit Kindern jedoch, die in Arbeit stehen, werden abtransportiert. Familien, die bereits vor Einsetzen der Räumung Ausweichquartiere im übrigen Generalgouvernement bezogen haben, werden genau so behandelt wie

17.3.1944

diejenigen, die jetzt aus dem zu räumenden Gebiet weggebracht werden. Nichtdeutsche, die den Wunsch äußern, mit ihren Familien mitgenommen zu werden, werden ebenfalls abtransportiert.

Die Ausdehnung der Räumungszone auf die Kreise Kolomea und Stanislau wird vorerst zurückgestellt; gegebenenfalls kann der Räumungsbeauftragte von Craushaar die Räumung anordnen.

Der Antrag der Totalräumung einer 6-Kilometer-Zone an der Front wird als praktisch undurchführbar beiseite gestellt.

Es wird eine Verfügung erlassen, um den Abtransport der wertvollen Apparate der Post aus den zu räumenden Gebieten sicherzustellen.

Mit allem Nachdruck wird die Räumung im Distrikt Lublin betrieben, da die jetztge günstige Waggonlage in diesem Distrikt ausgenützt werden muß.

(Übernachtung auf der Burg)

Mielec

Samstag, den 18.März 1944

7^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von der Burg zu Krakau nach Mielec.

In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befinden sich:

Präsident Dr. Emmerich
Pressechef Gassner
Bereichsleiter Bodo Stahr
Oberstleutnant der Gendarmerie Dr. Kreml
Regierungsrat Gnauck
Adjutant SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth.

In Debica setzt sich Kreishauptmann Zinser mit seinem Wagen an die Spitze der Wagenkolonne.

11^{05} Ankunft in Mielec.

Vor dem Verwaltungsgebäude der Flugzeugwerke wird der Herr Generalgouverneur von dem Betriebsführer der Werke Direktor Kleinemeier begrüßt. Der Herr Generalgouverneur schreitet dann die Front einer Ehrenformation von Angehörigen der SA., des NSFK und der Hitlerjugend ab.

Im Verwaltungsgebäude werden dem Herrn Generalgouverneur von Direktor Kleinemeier die Angestellten des Werkes vorgestellt.

In einem Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes hält dann Direktor Kleinemeier einen Vortrag über den Werdegang, die Aufgaben und die Leistung des Werkes, das als Tochterwerk der Heinkel-Werke ausgebaut worden ist. Er schildert die produktionsmäßigen Grundlagen des Werkes, berichtet über seine sozialen und sanitären Einrichtungen wie über die Zusammensetzung der Belegschaft und gibt einen kurzen Überblick über das Bauprogramm, das vor allem die Herstellung von Flugzeugrümpfen und Heckleitwerken zum Gegenstand hat,

18.3.1944

desgleichen die Durchführung von Reparaturen. - Direktor Kleinemeier weist ferner darauf hin, daß es leider sehr schwierig sei, junge Polen, die ihr Baudienstpflichtjahr vollendet hätten, für die Arbeit im Werke zu verpflichten bzw. zur Arbeit heranzuziehen, nachdem sie eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hätten. Dieser Umstand sei auf den Mangel einer Exekutive zurückzuführen. Von besonderer Wichtigkeit sei die Frage der Beschulung der Kinder der reichsdeutschen Angestellten. Zwar gebe es für die 108 Kinder der deutschen Siedlung eine Volksschule, aber für die über 10 Jahre alten Kinder sei bisher keine Möglichkeit der Weiterbildung in einer Oberschule gegeben, es sei denn in Krakau oder Przemysl.

Kreishauptmann Zinser bemerkt, daß zunächst einmal der Mangel an Lehrkräften der Errichtung einer Oberschule entgegenstände. Andererseits würde sich der Bau einer Oberschule für den Kreis Debica angesichts der Bevölkerungszahl der Deutschen im Kreise wohl rechtfertigen lassen. Die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht habe jedoch bisher die Errichtung einer Oberschule in diesem Kreise unter Hinweis auf die in Przemysl bestehende Internatsschule abgelehnt.

Der Herr Generalgouverneur hält es für möglich, durch Gewährung eines Erziehungszuschusses seitens des Staates einen Ausgleich herbeizuführen. Da nur 10 oder 15 Kinder bisher für den Besuch einer Oberschule in Frage kämen, müsse sich jedenfalls eine Lösung des Problems ohne die Errichtung einer eigenen Oberschule für Mielec finden lassen.

Im Anschluß an diese Besprechung stellt Direktor Kleinemeier dem Herrn Generalgouverneur die Sprecher der polnischen Belegschaft des Werkes vor, in deren Namen ein polnischer Angestellter verschiedene Wünsche

18.3.1944

unterbreitet, die auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs auf ihre Berechtigung geprüft und, wenn möglich, erfüllt werden sollen.

Im Zusammenhang mit seinen vorher gemachten Darlegungen weist Direktor Kleinemeier noch darauf hin, daß die Holzversorgung der Bevölkerung auf große Schwierigkeiten stoße, weil die Wälder, aus denen Holz geholt werden könne, entweder im Bereich der Truppenübungsplätze lägen oder die Wehrmachtforstämter den größten Teil des anfallenden Holzes für Wehrmachtzwecke als Heizmaterial, zum Barackenbau usw. verwendeten.

Weiter teilt Direktor Kleinemeier mit, daß ein Hallenbau von der Wehrmacht in Debica beschlagnahmt worden sei, und wirft die Frage auf, ob die Wehrmacht nicht anderswo untergebracht werden könne. Die Zurverfügungstellung dieses Hallenbaues werde von einer Firma Erbslöh für die Inbetriebnahme eines Walzwerkes gewünscht.

Der Herr Generalgouverneur sagt Prüfung dieser Frage zu. - Er ordnet dann an, daß die Philharmonie des Generalgouvernements in der großen Halle des Flugzeugwerkes Mielec demnächst ein Konzert für die deutsche und polnische Belegschaft geben solle.

Anschließend Mittagessen im Kasino des Werkes.

Darauf unterzieht der Herr Generalgouverneur die gesamten Fabrikationsstätten des Werkes einer eingehenden Besichtigung.

Ein auf dem Flugfeld stehendes Großtransportflugzeug "Gigant" wird ebenfalls von dem Herrn Generalgouverneur besichtigt.

4

18.3.1944

14^{00} Unter Führung des Arztes Dr. Segieth besichtigt der Herr Generalgouverneur das Werkskrankenhaus.

Dabei weist Dr. Segieth darauf hin, daß Operationen im Krankenhaus nur ganz selten vorgenommen werden könnten, da es an einem Sterilisator fehle. Man habe deshalb zu operierende Kranke nach Krakau bringen müssen. Auch fehle es an einer Hebamme für die Deutschen des Werkes, die aber leicht zur Verfügung gestellt werden könnte, wenn das Lazarett in Heidelager auf eine als Hebamme ausgebildete Schwester verzeichten würde.

14^{30} Betriebsappell im Gefolgschaftskasino.

Nach Begrüßungsworten des Betriebsobmannes ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Männer und Frauen!

Ich freue mich ganz außerordentlich, daß ich heute einmal zu Ihnen nach Mielec kommen konnte, um Sie in Ihren Arbeitsstätten zu besuchen. Die Zeit, in der wir uns heute zusammenfinden, ist, weiß Gott, sehr ernst. Aber wenn man so durch ein in voller Wirksamkeit ungehemmt und widerstandslos mit allen Maschinen, Menschen und Geräten in Gang befindliches Werk schreitet, wie es das Werk ist, das ich heute besichtigt habe, so erfüllt einen das mit der ganz großen Gewißheit, daß dieser Symphonie der Arbeit gegenüber kein Feind der ganzen Erde etwas vermag.

Ich komme zu Euch, um Euch im Namen des Führers und des Deutschen Volkes für die hervorragende Aufbauarbeit zu danken, die Ihr hier geleistet habt. Dieser mein Dank gilt Eurem Betriebsführer nicht minder als

5

18.3.1944

dem Letzten von Euch, der in dieses Land kam. Ohne jede Ausnahme haben die deutschen Männer und Frauen dieses Raumes eine ungeheuer gesteigerte Verantwortung in einer Zeit übernommen, in der unsere deutsche Heimat in ihren Werken und Fabriken unausgesetzt die schwersten Schläge der terrorristischen Bombenangriffe der Feinde hinnehmen muß, die wir aber in den Gebieten auszugleichen vermögen, die sie gottlob heute noch nicht erreichen können. Daher muß gera-de in den Bereichen, in denen die Arbeit noch in vollem Einklang mit den Notwendigkeiten der Zeit restlos geleistet werden kann, mit gesteigerter und gehobener Energie die Nutzbringung der Räume sichergestellt werden.

Nicht darauf kommt es an, daß wir von den Schwierigkeiten sprechen, sondern darauf, daß wir trotz der Schwierigkeiten der Zeit, des Raumes, der Menschen, des Materialmangels usw. Leistungen vollbringen können. Es kommt nicht darauf an, daß wir die Einsicht in die Not des Krieges haben, sondern darauf, daß wir den bedingungslosen Glauben an den deutschen Endsieg in der Welt haben. Und hierzu besteht jede Aussicht. Wie Euer Werk aufgebaut ist, so wird in ganz Deutschland trotz aller Schwierigkeiten der Zeit, trotz der Terrorrangriffe, der Beschränkung der Transporte, der Arbeit mit fremden Arbeitern und unzähligen anderen Momenten der Betriebserschwerung unter einheitlicher Führung und Planung in ganz klarer siegsicherer Haltung technischer Bewährung gearbeitet. Es ist ein erschütterndes Bild, und Ihr kennt es aus Eurer eigenen Heimat: ob wir nun nach Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Stuttgart, Augsburg, Regensburg oder Wienerneustadt, ob wir nach Rostock oder Breslau fahren, wir finden überall den gleichen ehernen, unbeugsamen Willen, und

18.3.1944

niemals wird es der Feind fertigbringen, diesen Willen des deutschen Volkes zur Aufrechterhaltung seiner Freiheit zu brechen.

Wir haben nun hier im Generalgouvernement eine ganz besonders schwere Aufgabe. Sie wissen es: diese Handvoll deutscher Männer und Frauen ist gar nichts im Vergleich zu der Millionen-masse des Fremdvolkes, das wir zu beherrschen und zur Arbeit zu bringen haben. Das geht ~~gut~~ freilich gut und schön, solange der Siegesmarsch nach vorn weitergeht und die Fahnen siegreich im Winde flattern. Wenn aber so wie seit vorigem Sommer sich unsere Truppen im Osten angesichts der strategischen Lage unausgesetzt zurückziehen müssen, so fängt selbstverständlich diese fremdvölkische Masse an zu sagen: ja, mit welchem Recht herrschen denn die Deutschen hier im Lande? Und diese fremdvölkischen Menschen beginnen dann, sich zu überlegen, ob sie sich doch nicht anders einstellen müssen. Daher sind die Schwierigkeiten politischer Art in den letzten Jahren zunächst einmal aus diesem Grunde gestiegen. 1939, 194o und 1941 waren im totalen Schwung des Aufbaues und des sieghaften Vormarsches in allen Gebieten die Möglichkeiten gegeben, hier mit gewaltigem Elan jegliche Schwierigkeiten einfahc herabzuschmettern. Jetzt aber heißt es: mit der ganzen großen Ausdauer, mit einer Energie sondergleichen und einer leidenschaftlichen Hingabe an dieses Werk sich allen Stürmen entgegenstemmen.

Ihr seid hier ein Vorbild dieser Haltung. Und wenn ich mir vorstelle, was Ihr hier zu leisten habt, wie Ihr hier als deutsche Männer und Frauen einsam, ein Tropfen in einem Riesenbecken, Euch durchzusetzen habt, wie sich jeder von Euch als deutscher Mann und deutsche Frau, als deutscher Junge und als deutsches Mädchen bewährt, so können wir sagen: wer hat uns das in der Welt schon einmal vorgemacht? Das ist nur möglich, weil wir ein

7

18.3.1944

einmaliges Vorbild haben, weil wir diesmal entschlossen sind, auf keinen Trick der Feinde hereinzufallen. Diesmal werden sie uns nicht weich kriegen, diesmal weiß jeder, worum es geht. Er weiß, daß, wenn diese deutsche Flagge jemals wieder niedergeholt würde, dann nicht etwa die englischen Demokraten und die amerikanischen Geldsackherren ins Land kämen und uns den Segen einer kapitalistisch befriedeten Welt brächten, sondern daß die Sklavenpeitsche der Moskauer Juden für alle Zukunft Deutschland in den Abgrund reißen würde. Weil wir das wissen, sind wir diesmal auch unbesiegbar.

Es gibt heute in Deutschland niemanden mehr, der nicht wüßte, daß es notwendig ist, den Kampf im Westen und im Osten, im Süden und im Norden, zu Lande, in der Luft und auf den Meeren allüberall zu bestehen, daß wir bei Kriegsende entscheidend als Sieger darstehen. Die Aussicht dafür ist vorhanden. Halten Sie mich nicht für verblendet, glauben Sie nicht: der da oben spricht so, weil er so reden muß, er macht uns irgend etwas vor. Der Kampf im Osten, der so schwer ist, ist es nur deshalb, weil der Führer aus höherer strategischer Überlegung die wirkliche Kampfkraft der deutschen Wehrmacht an anderen Punkten konzentriert hält. Rußland ist nur deshalb ein Problem, weil wir material- und menschenmäßig durch die äußerste Anspannung im Westen gebunden sind. Auf die Dauer ist Rußland kein Problem. Wenn einmal die Invasion im Westen stattgefunden haben und zurückgeschlagen sein wird, dann wird im Osten derartig einmalig zurückgeschlagen werden, daß der Bolschewismus und sein Reich zerschmettert sein wird.

Wir sind darüber im Bilde, daß es so aussieht, als ob dieser Rückzug nunmehr vielleicht auch zum Verlust des Generalgouvernements führen könnte. Wir haben

8

18.3.1944

bis jetzt vom Generalgouvernement erst ein ganz kleines Stück eingebüßt. Die Russen stehen immer noch nördlich von Tarnopol im äußersten Winkel von Galizien und haben es gerade schwer genug, diesen Punkt zu halten.

X Das Generalgouvernement ist, wie Sie alle wissen, eines der wichtigsten Gebiete des großdeutschen Machtbereiches. Im Zusammenhange des ganzen Kriegsgeschehens hat heute das Generalgouvernement ~~all~~ eine einzigartige Funktion übernommen. Um nur eine Zahl zu nehnen: ein Drittel der gesamten Wehrmachtsmunition des Großdeutschen Reiches wird im Generalgouvernement produziert. Allein in einem Jahr hat das Generalgouvernement 76o ooo Tonnen Getreide in das Deutsche Reich ausgeführt, eine Menge, die ausreicht, das ganze deutsche Volk fast 6 Wochen lang zu ernähren: also 6 Wochen in einem Jahr lebt das ganze deutsche Volk von Nord bis Süd allein aus dem Generalgouvernement. Wenn wir uns diese beiden Zahlen vergegenwärtigen, ganz abgesehen von allem anderen was dieses Land bedeutet, so erhalten wir einen Begriff von der Bedeutung dieses Raumes. X Früher, in den Jahren 1939 und 194o hat man gesagt: ach, das Generalgouvernement liegt im Winkel, es ist so eine Ecke da draußen, wollen wir es schon in Gottes Namen mitnehmen. Heute heißt es: hohes, herrliches Generalgouvernement, seien wir froh, daß wir dich haben. Ich kann Euch nur sagen, Volksgenossen und Volksgenossinnen, daß dieses Generalgouvernement dank Eurer Arbeit stolz sein kann auf das, was es dem Heimatland bedeutet.

Der Krieg und seine Fortsetzung fordert nun dauernd erhöhrte Leistungen, dauernd intensivierte Arbeit, verstärkte Energie und leidenschaftliche Hingabe. Dem Druck der Feinde muß ein gesteigerter Druck von uns entgegengesetzt werden. Und deshalb können Sie sich darauf

9

18.3.1944

verlassen, daß der Führer alles tun wird, um das Generalgouvernement, um die Arbeit in diesem Raum, die Transportleistung, die Industrieleistung, die Ernährungsleistung, die Arbeitskraft dieses Raumes dem deutschen Volk in diesem Krieg und darüber hinaus sicherzustellen. Ich bin mir darüber klar, daß dies mit den wenigen deutschen Männern und Frauen eine undendliche schwere Aufgabe ist. Als ich vor wenigen Tagen mit dem Führer in seinem Hauptquartier über das Generalgouvernement sprechen durfte, konnte ich wiederum seine ergriffene Anteilnahme an der Leistung der deutschen Männer und Frauen dieses Raumes feststellen. Der Führer hat mich beauftragt, auch Euch, die Ihr hier in Mielec arbeitet, seinen persönlichen Gruß zu übermitteln. Der Führer nimmt Anteil an Euch, er weiß, was Ihr leistet und unter welchen Schwierigkeiten Ihr es tut. Er weiß aber auch, daß die Heimat mit Euch rechnet, auf Euch schaut und auch auf Euch angewiesen ist.

Der Ausbau der Werke hier, der Ausbau der Lebensformen des Deutschen, die Erziehung unserer deutschen Jugend in diesem Raum, die Befriedethaltung dieses Raumes, die möglichste Sicherung der Transportmittel, die Ermöglichung des Ausbaues aller notwendigen Einrichtungen stellen Zehntausende von Einzelfaktoren dar, die von uns bewältigt werden müssen. Dazu brauchen wir Euch alle, und jeder von Euch braucht den anderen.
Ein erstes Gebot für die Deutschen ist der bedingungslose Glaube an den Endsieg der deutschen Waffen. Dieser bedingungslose Glaube ist nicht Wahnwitz und keine Propagandaphrase, sondern das Wissen um die wirklichen Zusammenhänge in der Welt. Unsere Gegner haben kein Kriegsziel, und darum fangen sie von Tag zu Tag mehr an, sich gegeneinander auszuspielen. Der Krieg begann wegen Danzig, er begann wegen des Korridors, wegen dieses Polens begann der Krieg. Heute aber erklärt Herr Churchill: Polen ist des Interesses nicht mehr wert, Polen

lo

18.3.1944

ist Interessenzone der Sowjetunion. Nein, die haben kein Kriegsziel. Die haben ja auch keine Not und keine Zukunftsbedürftigkeit, (- die Engländer, Amerikaner und Russen haben ja Land, sie haben Raum, Rohstoffe, die ganze Welt gehört ihnen. Und die brauchen sich auch nicht um ihre Kinder und ihre Zukunft zu bangen, die brauchen sich nicht Sorgen zu machen um Eisen, Kupfer, um Nahrung. Sie haben ja nicht das, was wir in Deutschland hatten, die überfüllten Städte, die Lebensenge und Raumnot, die bedrückte Jugend, die kannten ja nicht dieses Zusammengepferchtsein, die hatten den Raum, den wir brauchen und ohne den wir untergehen. Deswegen haben wir ein Kriegsziel, für das sich jeder Einsatz lohnt Wir brauchen einen Lebensraum. Wie man den Atem braucht um zu leben, das Brot, um zu essen, so brauchen wir die Erweiterung dessen, was man uns einmal nach dem Verrat von 1918 als Lebensraum zugewiesen hat.) Ihr erinnert Euch der Zeit, als das deutsche Volk auf die Phrasen des Herrn Wilson hereinfiel. Jener Zeit, die uns die Inflation brachte und in der die Zahl der Arbeitslosen auf 7,5 Millionen in Deutschland anstieg, Ein Zeichen für die völlig verzweifelte Lage unseres Volkes. Wir brauchen also diesen Lebensraum, und deshalb haben wir ein Kriegsziel, und wir müssen den Krieg gewinnen. Für die anderen ist das ja alles nur so ein politisches Prestige oder eine Meinungsangelegenheit. Sie debattieren darüber, ob das Regime in Deutschland schließlich anerkannt werden kann, wenn es von so einigen alten miserablen Ludern geführt wird. Aber damit kann ich selbst einen Engländer und auch einen Amerikaner auf die Dauer nicht locken, der vielleicht noch nicht einmal weiß, wo Deutschland oder Breslau oder Krakau oder Wien liegt. Können wir den vielleicht veranlassen, er solle irgendwie in seine Überzeugung eingreifen und mit seinem Herzblut etwa daran hängen, daß

11

18.3.1944

das nationalsozialistische Regime in Deutschland beseitigt und ein anderes mit Gewalt eingeführt oder das deutsche Volk auf seinen früheren Zustand zurückgebracht werden soll? Nein, das Kriegsziel haben wir. Wer es hat, hat auch ein Recht auf den Sieg, hat aber auch in sich das Gefühl, daß ihm der Sieg nicht genommen werden kann, wenn er hart und willensentschlossen bleibt, nicht eine feige Memme wird, unter irgendwelchen äußeren Ereignissen, wie sie jeder Krieg mit sich bringt, nervenschwach wird, zu zittern anfängt, den Glauben verliert, heult und jammert. Was ist denn passiert? Gewiß, die Häuser, die zerstört worden sind, sind furchtbare Schäden. Aber sie sind nicht entscheidend; mit Häusern schießt man nicht, mit Häusern gewinnt man keinen Krieg, man gewinnt ihn mit Soldaten, mit Flugzeugen, mit Munition, mit Panzern, und an denen fehlt es nicht in Deutschland, jetzt nicht und in keiner Zukunft.

Also wir haben ein Kriegsziel, und wir wissen, worum es geht. Und kein Deutscher,der sein Leben in diesem Krieg opfert, sei es in der Heimat unter dem Bombenterror, sei es an der Front als Soldat, sei es in der Luft oder auf den Meeren, - keiner dieser Deutschen opfert sich umsonst. Es ist der letzte ganz große Entscheidungskrieg, den die Weltgeschichte kennt. Churchill mag uns erzählen, was er will; er wird uns nicht betören. Wenn sich wirklich da oder dort in Deutschland einer fände, der so närrisch wäre, auf den alten Burschen zu hören, dann würde er binnen kurzem merken, daß diese Möglichkeit nicht mehr besteht.

X Unser Kriegsziel ist also die Gewinnung des Lebensraums, die einfachste und natürlichste Sache der Welt. Wir brauchen ihn, wir müssen ihn haben. Heute sind in diesen Lebensraum einbezogen Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Dänemark, die Hälfte von Italien, Jugoslawien, das frühere Polen, die ganzen Ostgebiete. Und das, was wir brauchen, was wir haben und einmal haben werden, diese Gebiete vom Nordkap bis südlich Rom, von den Pyrenäen bis nach Estland , sind ein Raum, den

18.3.1944

wir so oder so behalten werden. ×

Daher ist es auch für die Engländer und Amerikaner von Tag zu Tag schwieriger, die Freude iher Soldaten an diesem Krieg aufrecht zu erhalten. Die in Italien gefangengenommenen englischen Offiziere sagen interessanterweise aus - ich habe es neulich in einem Protokoll gelesen, das von unserem Vernehmungsoffizier mit einem englischen Oberst aufgenommen worden ist -: wir sind mit den Amerikanern gar nicht zufrieden. Der deutsche Offizier fragte: "Was meinen Sie damit"? Der englische Offizier sagte: "Da brauchen Sie nicht zu fragen, denken Sie doch an die Italiener." "Warum?" Da sagte der Engländer: "Ja, die Amerikaner sagen: "Wozu sind wir nach Europa gekommen? - etwa, um hier zu sterben? - nein, wir wollen Europa kennenlernen, wir haben eine schöne Reise gemacht; es ist ja Euer Krieg, was geht das uns an?" - Wenn man so nach Nettuno und Anzio schaut wo sie eine Art Probeinvasion gemacht haben, - der Teufel noch mal, da tut man sich als Weltreich dick, nennt sich englisches Imperium, hat sich so einen Bauch von lauter Völkern und Kontinenten angemästet, - die anderen von drüben nennen sich amerikanisches Weltreich, und diese zwei Riesenweltreiche haben eine Front von ganzen 2oo Kilometern, und da müssen sie nun mit dem Zentimetermaß seit Monaten genau nachmessen, wie weit sie vorankommen. Aber das ist ja erklärlich: wie wird denn einer ins Feuer gehen, wenn er nicht weiß?warum?

Wenn wir alles haben, was wir brauchen, dann soll uns auch keiner mehr kommen, der von uns einen Krieg haben will; dann wollen wir endlich einmal unsere Ruhe haben. Dann werden wir sagen: was gehen uns denn die anderen Völker an? Die Engländer haben doch jetzt schon alles, was sie brauchen, die Amerikaner haben es auch, wozu sollen die eigentlich einen Krieg führen?

13

18.3.1944

Wenn nun Herr Churchill angekündigt hat, daß die Invasion an den Iden des März stattfinden wird, so scheint er nicht zu wissen, daß dies der Termin des 15. März ist. Der März ist gekommen, was aber nicht kam, war die Invasion. Das hängt offenbar damit zusammen, daß Churchill im Unterhaus erklärt hat: die Invasion ist selbstverständlich davon abhängig, welche Divisionen die Amerikaner für die Invasion einzusetzen bereit sind; denn die Engländer müßten angesichts des jahrelangen Kampfes darauf bestehen, daß die Amerikaner in zunehmendem Maße den größeren Anteil an den Opfern übernähmen. Dem Herrn Roosevelt hat es die Stimme verschlagen, aber Churchill hat den Eisenhower, den amerikanischen General zum Oberkommandierenden der Invasionsarmee in Frankreich machen lassen. Jetzt sagt er wieder: Ja, das habe ich deshalb getan, weil die Amerikaner natürlich den größeren Anteil an den Invasionsanstrengungen haben werden; deshalb sollen sie auch den Oberkommandierenden haben.

Ich glaube, es wird noch einige Zeit ins Land gehen, bis sich diese Invasionsarmeen überhaupt in Bewegung setzen. Wenn sie aber kommen, dann allerdings, muß ich schon sagen, möchte ich eigentlich nicht bei der Invasionsarmee sein. Es ist eine ziemlich üble Angelegenheit, und die Vorbereitungen, die dort drüben getroffen werden, können einem für alle Zeiten die Freude an jedem Krieg nehmen.

Alles das hängt wohl auch damit zusammen, daß man nicht recht weiß, warum man eigentlich noch gegen Deutschland Krieg führen soll. Das sage ich Euch nur deshalb, um ganz offen mit einem Wort von vorhin zu erklären, daß unsere allgemeine Lage trotz dieser östlichen Ereignisse ausgezeichnet ist, und im übrigen kann ich den Beweis auch damit erbringen, daß ich sage: ein Volk

18.3.1944

wie das deutsche in dieser Position und bei dieser Uneinigkeit der Alliierten ist nicht zu besiegen, wenn wir selber es nicht haben wollen.

Wichtig ist also, daß wir ein Kriegsziel haben, das lebendig ist, das zum Leben selbst gehört, während die anderen kein Kriegsziel haben.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß wir in diesem Krieg nun aber auch ein anderes Volk darstellen als das Volk, das im letzten Krieg vorhanden war. Tapfer waren die Deutschen immer, ein großes tapferes Volk waren sie, es gab keinen Abschnitt in der deutschen Geschichte, in dem ~~das~~ nicht das deutsche Volk tapfer, ehrlich, brav und bieder gewesen wäre. Denken wir nur an den Fleiß unserer Arbeiter, unserer Bauern, denken wir an den herrlichen Stolz, den unsere Menschen haben. Allüberall, wohin sie auch in der Welt kommen mögen, hat man es immer gemerkt: da ist ein Deutscher, da ist es sauber, da gibt es eine Heimat, eine nette Wohnung, ein glückliches Familienleben, da herrscht ein sauberer Ton. Und sogar im Auslande, ganz gleich, wohin man kam, merkte man: das ist eine deutsche Familie, das ist ein deutscher Mensch. Und diese Leistung der deutschen Nation durch die Jahrhunderte hindurch war ja nun überall zu spüren. Überall haben die Deutschen im Laufe der Jahrhunderte an Kunst- und Kulturwerken, an Betrieben und Unternehmungen alles Mögliche aufgebaut; das ganze Amerika vom Norden bis zum Süden ist voll von deutschen Werken und deutschen Leistungen. Deutsche Landwirte, deutsche Fabrikanten, deutsche Arbeiter, Techniker und Ingenieure haben da drüben alles aufgebaut, von den Fabriken bis zu den großen Gütern, von den Brauereien bis zu den großen Unternehmungen. Und so war es auch in ganz Europa. Schaut Euch einmal in diesem Lande um: wo Ihr ein Bauwerk seht, das Euch wegen

15

seiner Schönheit, seiner Raumgröße oder seiner künstlerischen Bedeutung auffällt, da haben es Deutsche geschaffen, ob es nun die Burg in Krakau ist, die Marienkirche, ob es die Tuchhallen sind, die schönen Paläste der Fugger aus dem Mittelalter, die Altstadt in Lublin und Warschau, - allüberall sind die deutschen Menschen als Arbeiter, Künstler, Denker und Schaffende in die Lande gezogen, haben gebaut und gerichtet, haben den Dreck ausgemistet, haben Schule gemacht. Diese Deutschen sind gutmütig gewesen, und eines Tages hat man sie wieder verjagt. Plötzlich ist irgendein Ereignis gekommen, man wurde neidig auf sie und sagte: was, da haben die etwas gebaut? - das nehmen wir uns. Man hat sie verjagt, weil hinter diesen Deutschen kein Reich stand, das ihnen einen Schutz gab. Glauben Sie etwa, ich hätte 1939 mit fünf Mann das Generalgouvernement mit all' seinem Dreck und Speck und mit den Zerstörungen übernehmen können, wenn wir noch in Deutschland die 47 Parteien von 1932 gehabt hätten? Nein, es war nur möglich, weil der deutsche Mensch zu der Leistung zurückgekehrt ist, weil er erkannt hat, daß es ihm nichts hilft, wenn sich die Deutschen untereinander zerreißen und aufspalten, wenn der eine nach rechts und der andere nach links zieht. Wenn die Deutschen ihre Energien zusammenfassen, sind sie unbesiegbar.

Und dieser Gedanke muß auch für den Raum des Generalgouvernements Geltung haben. Wir sind hier in eine Aufgabe gestellt, die uns allen fremd war. Die Volksdeutschen in diesem Raum wissen aus ihrer eigenen Leidensgeschichte, was sie zu tun hatten, um ihren Platz gegenüber dem polnischen Volkstum zu bewahren.

Das deutsche Volk von heute ist ein anderes; es ist durch den Nationalsozialismus Adolf Hitlers zu einer Volksgemeinschaft geworden, aufs engste zusammengefügt

18.3.1944

und zusammengeschweißt. Bei aller Kritik, bei aller Not und allen Erschwernissen der Zeit - mag auch der eine oder andere dies oder jenes Bittere manchmal sagen -, bei allen Fehlern, die zweifellos gemacht worden sind und gemacht werden - denn alles, was menschlich ist ist fehlerhaft, - hat doch der Nationalsozialismus im großem und ganzen dem deutschen Volke einen Aufstieg, eine Energiesteigerung, eine Leistung vermittelt, wie sie in der ganzen Weltgeschichte noch nicht ein einziges Mal irgendwo der Fall waren.

Stellen Sie sich nun aber einmal das frühere vermorschte, feige, jüdisch-verkaufte und verratene deutsche Volk zwischen 1919 und 1932 vor. Wenn gegen den damaligen deutschen Staat sich ein solcher asiatischer Klotz wie die Sowjetunion in Bewegung gesetzt hätte, dann möchte ich wissen, wo das deutsche Volk geblieben wäre.

Nun fragt vielleicht der oder andere: warum überhaupt dieser Krieg? - Wäre es nicht ohne diesen Krieg auch ganz schön weitergegangen? Wir hatten uns doch schon wieder entwickelt, wir waren 1939 schon ganz gut daran, es gab zu essen und zu trinken, man konnte wieder leben, Häuser wurden gebaut, es war alles ganz schön und gut, - warum plötzlich dieser Krieg? Und wenn schon dieser Krieg, warum dann plötzlich in diesem Kriege der Krieg gegen Rußland - war denn das notwendig? Meine lieben Volksgenossen, denken Sie immer daran: an diesem Krieg ist eine ganz bestimmte Klique schuld, die nur ein Ziel hatte, gerade das, was wir im Frühjahr 1939 erreicht hatten, nämlich einen allmählichen Aufstieg unseres nationalen Lebens mit allen Mitteln hintanzuhalten. Lesen Sie die Bedingungen nach, die der Führer der damaligen Republick Polen gestellt hat! Konnte ein Mann bescheidener sein, als er sagte: die einwandfreie deutsche Stadt Danzig muß wieder zum Reich zurück, und zwischen dem sinnlos durch

17

18.3.1944

den polnischen Korridor vom Reich losgetrennten Ostpreußen und dem übrigen deutschen Reich sollen drei Straßen gebaut werden, die deutsches Territorium sind, in absehbarer Zeit soll eine Volksabstimmung in diesem Korridor stattfinden. Es ging nur um den Korridor, nicht um Städte wie Posen, Bromberg, Thorn u.andere. Und diese Bedingungen wurden unterdem hetzerischen Druck der Engländer von der polnischen Regierung abgelehnt, die erklärt ha~~ben~~t: nein, wir verhandeln nicht, wir unterdrücken die Deutschen. Und dann begann der Kampf gegen das volksdeutsche Element. Man schleppte sie zu Tausenden in die Lager, man schlug sie nieder, man ermordete sie. Der ganze Janhagel des polnischen Volkes begann gegen die Deutschen lebendig zu werden. So kam es dann zu diesem Krieg. Und das ging schließlich England gar nichts an. Es ist doch altes deutsches Kulturland. Hier haben die deutschen Menschen zu allen Zeiten gegründet und gewirkt. Daß eine Stadt wie Danzig einmal zu Deutschland zurückkehren mußte, war doch klar. Also der Krieg ist gekommen, weil ihn die Vernichter Deutschlands wollten. Und der Krieg gegen Rußland mußte auch kommen. Wie wäre es denn geworden, wenn wir noch lange gewartet hätten? Wenn der Angriff der sowjetischenrussischen Armeen vom Führer nicht vorher in Rußland selbst ~~nicht~~ aufgefangen worden wäre, dann wären diese russischen Armeen, die wir ja nun auch kennengelernt haben, sofort bis Berlin durchgestoßen.

Diese Frage des Kriegsbeginns und der Kriegsnotwendigkeit können wir untereinander mit offenem Auge besprechen. Das sind die notwendigsten Dinge der Welt. Gewiß ist das keine Freude, aber es ist auch nicht so, daß es uns mit großer Trauer erfüllen sollte; denn einmal mußte dieses Problem doch ausgetragen werden.

18

18.3.1944

Eins ist jedenfalls sicher: wenn wir diesen Krieg trotz Stalingrad, Tunis und der furchtbaren Schläge, die uns getroffen haben, bis jetzt bestanden haben, so nur deshalb, weil das deutsche Volk in allen seinen Schichten wieder ein anderes geworden ist, weil es sich wieder zu seiner eigenen Leistung zurückgefunden hat, ~~daß~~ weil es sich auf seinen eigenen großen Geist und die Tapferkeit seines Verhaltens besonnen hat. Allüberall, im Schützengraben und auch sonst herrscht der gleiche große mächtige Geist, das Bewußtsein, daß der Einzelne nichts, aber ein Volk,und seine Freiheit alles ist.

Wir hier im Generalgouvernement, in dem früheren Polen, wissen, daß auf uns heute das deutsche Volk schaut. Ihr habt alle miteinander ein Wunderwerk vollbracht; seid dafür bedankt. Es ist etwas Großartiges, was Ihr aus Dreck und Speck und Mist und polnischem Durcheinander hier aufgebaut, wie schön Ihr auch die deutsche Führung über die Tausende eines Fremdvolkes aufgerichtet habt. Die Leistungen Euerer Werke sind so gewaltig, daß ich sagen muß, sie sind aus der deutschen Kriegsproduktion gar nicht mehr wegzudenken. Ihr steht mit in der vordersten Front der deutschen Kriegsrüstung.

Wir brauchen uns daher in diesem Lande nicht zu scheuen und nicht zu fürchten; dazu ist kein Anlaß vorhanden. Der Feind wird weitab von diesem Werke bleiben. Euch allen, vom Betriebsführer angefangen bis zum letzten Kameraden der Arbeit, entbiete ich mit meinem Dank und meiner Anerkennung auch meine besten Wünsche für eine Fortsetzung dieser Arbeit.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Bereichsleiter Bodo Stahr dankt dem Herrn Generalgouverneur dafür, daß er im Rahmen des Leistungswettkampfes der deutschen Betriebe Gelegenheit genommen habe, eines der wichtigsten Werke zu besuchen. Er gebe

18.3.1944

der Versicherung Ausdruck, daß sich der Herr Generalgouverneur auf die deutschen Menschen, die als Betriebsführer, Unterführer und als Kameraden der Arbeit in diesem Werke allein auf sich gestellt seien, in allen Situationen verlassen könne und in ihnen seinen getreuesten Gefolgsmänner sehen möge. Von den Angehörigen des Werkes erwarte er, daß sie sich nach wie vor in erster Linie als Pioniere des Deutschtums fühlten und in treuer, schwerer Arbeit mit ihrem Betriebsführer durch dick und dünn gingen.

Mit dem von Bereichsleiter Bodo Stahr ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Veranstaltung ihren Abschluß.

15^{30} Besuch des Herrn Generalgouverneurs beim Betriebsführer Kleinemeier in dessen Hause.

Der Herr Generalgouverneur gibt bei dieser Gelegenheit noch einmal seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß er bei seiner Besichtigung den besten Eindruck von der Arbeit in den Flugzeugwerken habe gewinnen können. In Anerkennung der Leistung auch der polnischen Gefolgschaft stiftet er ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements für die Belegschaft des Werkes.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Begleitung nach Reichshof.

17^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Reichshof. Anschließend Fahrt zu den Flugzeugmotorenwerken.

Vor dem Verwaltungsgebäude der Werke wird der Herr Generalgouverneur von dem Betriebsführer Direktor Romstett begrüßt. Darauf schreitet der Herr Generalgouverneur die Front von Formationen der SS. und SA. sowie der Belegschaft des Werkes ab.

20

18.3.1944

In einem Sitzungszimmer des Verwaltungsgebäudes gibt dann Betriebsführer Romstett dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den Aufbau, den Werdegang und die Leistungen des Werkes. Er weist dabei insbesondere darauf hin, daß bisher keine Sabotage von seiten der fremdvölkischen Belegschaft im Werk verübt worden sei. Die Disziplin der fremdvölkischen Belegschaft sei durchaus zufriedenstellend, und die Tatsache, daß ihr von seiten der Betriebsführung eine Fürsorge auch in sozialer Beziehung zuteil werde, werde von der Belegschaft freudig anerkannt. Er könne auch mit Genugtuung feststellen, daß die Zusammenarbeit mit Kreishauptmann Dr. Ehaus vortrefflich sei.

Abschließend betont Direktor Romstett, daß die gesamte Arbeit im Werke nach den Grundsätzen des Leistungskampfes der deutschen Betriebe ausgerichtet sei. Bei den Bestrebungen auf diesem Gebiete sei die Betriebsführung verständnisvoll und tatkräftig von Bereichsleiter Stahr unterstützt worden.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt dann unter Führung des Direktors Romstett die einzelnen Abteilungen des Werkes. Ein deutscher und ein polnischer Lehrling überreichen dem Herrn Generalgouverneur je einen von deutschen bzw. polnischen Lehrlingen gearbeiteten schmiedeeisernen Leuchter.

In einer Halle werden dem Herrn Generalgouverneur die Sprecher der polnischen Belegschaft vorgestellt.

Namens der polnischen Belegschaft richtet ein polnischer Arbeiter folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Wenn dem Flugmotorenwerk Reichshof heute die große Ehre Ihres Besuches zuteil wird, dann ist dies auch für die polnische Belegschaft ein Ereignis von

21

18.3.1944

besonderer Bedeutung.

Unser Herr Direktor wird Ihnen bereits mitgeteilt haben, daß wir polnischeh Belegschaftsmitglieder dieses Werkes uns angestrengt haben, den uns gestellten Anforderungen bestens zu entsprechen. Wir haben es gerne getan, weil wir zum ersten Mal erlebten, daß man von uns nicht nur Arbeit verlangte, sondern sich auch unserer eigenen Sorgen und Nöte annahm,daß man uns die Arbeit erleichterte und zur Freude werden ließ.

Unser Herr Direktor hat uns immer wieder auf die Unterstützung hingewiesen, die die Regierung der polnischen arbeitenden Bevölkerung durch Verbesserung ihrer Lebenshaltung zuteil werden ließ.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit herzlichst dafür danken und damit gleichzeitig das Versprechen verbinden, durch ehrliche Pflichterfüllung beizutragen, die Aufgaben, die dem Werk hier gestellt sind, zu erfüllen, auf daß die drohende Gefahr des Bolschewismus für immer überwunden wird.

Wir bitten, der loyal arbeitenden polnischen Belegschaft des Flugmotorenwerkes Reichshof auch künftighin Förderung und Unterstützung angedeihen zu laesen. Wir danken für die große Ehre, daß wir empfangen wurden und das eben Gesagte vortragen dürften.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Sprecher für diese Worte und erklärt, daß er der Belegschaft ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements stifte.

18.3.1944

18[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gästehaus der Flugzeugmotorenwerke in Reichshof.

19[45] B e t r i e b s a p p e l l der deutschen Belegschaft der Flugzeugmotorenwerke.

Nach Eröffnung des Betriebsappells durch den Betriebsobmann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Männer und Frauen!

Ich bin der Einladung des Betriebsführers gern gefolgt, um einmal in Eurem Kreise zu weilen, um Euch vielleicht das eine oder andere von den Überlegungen mitzuteilen, die nun die Führung des Nebenlandes Generalgouvernement bewegen.

Ich habe heute nach der Besichtigung eines anderen großen Werkes hier im Raum Euer Werk angesehen und muß der Betriebsführung wie jedem Einzelnen von Euch und der gesamten Gefolgschaft meinen Dank und meine Anerkennung für die hervorragende Gemeinschaftsleistung zum Ausdruck bringen, die Ihr hier vollführt habt. Der Führer ist über die Bedeutung genau im Bilde, die das Generalgouvernement in diesem Augenblick leistungsmäßig für das Geschehen weltgeschichtlicher einmaliger Größe hat, dessen Zeugen wir sind. Der Führer weiß auch Bescheid über die Leistung Eures Werkes. Er hat mich, als ich vor kurzem in seinem Hauptquartier mit ihm zusammen war, beauftragt, auch den Männern und Frauen der Arbeit in den großen Werken des Generalgouvernements seine Grüße zu überbringen.

Ihr kommt aus allen Gauen des großdeutschen Vaterlandes. Ihr habt Euch hier zusammengefunden, um in einem völlig fremdvölkischen Gebiet nun deutsche Arbeit sicherzustellen. Wenn man vor wenigen Jahren, vor Beginn des Krieges 1939 einem von Euch gesagt hätte,

18.3.1944

daß er nicht etwa nur Arbeit, sondern auch freudig geleistete Arbeit und geradezu volksgenössisch überragend wichtige Arbeit in Polen leisten würde, und wenn ihm einer gesagt hätte, er würde diese Arbeit in der polnischen Stadt Rzeszów jetzt Reichshof leisten, so hätte er vielleicht lautschallend gelacht und gesagt: der Kerl ist total verrückt. So geht es immer in der Welt, daß sich die Dinge, die man heute, wenn sie einem gesagt werden, als völlig unglaubwürdig zurückweist, dann gerade als die größte Wahrheit der Geschichte herausstellen. Was die fein ausklügelnden Gescheiten und Obergescheiten der Welt glauben vorher berechnen zu können als wahrscheinlich, als höchst sicher, als unausbleiblich, das ist weder sicher noch unausbleiblich, sondern zumeist Unsinn. Die Weltgeschichte setzt sich aus dem völlig Unerwarteten und Unberechenbaren zusammen. Auch keiner von uns kann ja in sein Eigenleben hereinschauen. Jeder weiß, daß es, wie er sich auch einstellen und einrichten möge, immer wieder anders kommt. Er wird am Schluß seines Lebens sagen: alles hätte ich mir im Leben erwartet, aber so, wie es geworden ist, konnte ich es nicht voraussehen. So ist das Leben in dieser Welt, und so ist es auch mit den Völkern. Daß es heute möglich ist, in einem total polnischen Raum, in welchem die gesamte deutsche Bevölkerung noch nicht 1 % ausmacht, mit wenigen deutschen Männern und Frauen Tausende von Polen in kriegswirtschaftlicher wichtigster Arbeit diszipliniert, vorbildlich und leistungsfähig zusammen zu halten, das ist hier am Ort Euer Verdienst, das Verdienst Euerer Führung, das Verdienst jedes Einzelnen von Euch.

24

18.3.1944

Ich bin glücklich über den Eindruck, den mir Euer Werk in jeder Weise gemacht hat. Ich habe schon viel von Euch gehört, aber ich wollte mir das einmal selber anschauen. Ihr wißt es ja, wenn einer auf der Burg in Krakau sitzt und den Tag über arbeitet, dann wird viel auf ihn eingeredet. Ich habe mir daher angewöhnen müssen, manches von dem, was mir so erzählt wird, etwas genauer anzusehen und also erst einmal hinauszugehen. Ich habe aber im ganzen Generalgouvernement noch niemals ein so blitzsauberes, so fabelhaft gegliedertes, so ausgezeichnet funktionierendes gesamtorganisatorisch vorbildliches Werk gesehen, wie das,durch das ich heute geschritten bin. Wenn es nach mir ginge, würde ich Euch die Leistungsnadel in Gold verleihen. Es ist eine großartige Tat, die Ihr vollführt habt. Ich kenne das Werk schon von früher, ich war 1939 schon einmal hier. Wenn ich diese Leistungen sehe, dann kann ich wirklich sagen, es ist ein stolzes Gefühl, Deutscher zu sein. Und die Heimat hat solche Männer und Frauen in die neuen Gebiete geschickt, die das fertigbringen und die uns bei unserem Aufbauwerk helfen.

Euch ist das Wunder geglückt, mit den Polen fertig zu werden. Ich möchte nicht verfehlen, an dieser Stelle auch der gesamten fremdvölkischen Belegschaft meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe daher beschlossen, daß das erste Betriebskonzert, das die mittlerweile berühmt gewordene Philharmonie des Generalgouvernements außerhalb Krakaus geben wird, in Reichshof stattfinden soll.

(Lebhafter Beifall)

Das soll auch der polnischen Bevölkerung eine grosse Genugtuung sein, und es soll bedeuten, daß wir alles verstehen, was menschlich ist; denn wir Deutsche sind immer menschlich gewesen.

18.3.1944

Wenn ich, wie es wohl jeder von Euch auch unausgesetzt tut, von diesem Werk in die Heimat zurückschaue, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß jeder irgendeinen Lieben zu Hause hat, daß er seine Wohnung irgendwo zu Hause hat oder gehabt hat; denn die meisten dieser Wohnungen sind ja heute schon zerstört, sie liegen in Trümmern; manche sind noch vorhanden; der eine hat sein ganzes Eigentum verloren, der andere besitzt noch etwas. Jedenfalls ist der Blick in die Heimat heute durch das Aufeinanderprallen von ungeheueren Vorstellungen gezeichnet, die uns den ganzen grauenvollen Schrecken des Krieges in einzigartigen Dokumenten vor Augen führen. Denken wir an unsere zerstörten Städte, an die Straßen und Häuser, die heute in Schutt und Asche liegen, an die großartigen Bauwerke , die durch die Jahrhunderte hindurch der Stolz der deutschen Städte waren, die heute vielfach auch in Schutt und Asche gesunken sind. Dort waren einst Menschen glücklich gewesen, man ging durch die Straßen und lebte froh in den Tag hinein, man freute sich der schönen Parkanlagen und jeder hatte ja in seiner Heimat irgendwo ein Bauwerk, einen Winkel gehabt, ein Plätzchen, an dem er als Kind aufgewachsen war, er liebte irgendeine Kirche, einen Brunnen, eine Brücke, oder irgendein anderes ganz besonders anziehendes Bild. Das ist nun dahin, durch irgendeinen Luftgangster zerstört, der aus der Wildnis Amerikas kommt oder aus der furchtbaren Barbarei der englich-plutokratisch-jüdischen Welt. Was weiß so ein Mensch davon, was er zerstört, was weiß er von bester deutscher Arbeitskultur, was weiß er von dem Können unserer größten Baumeister, unserer Dachdecker, unserer Uhrmacher, unserer Steinmetzmeister, unserer einzigartigen Kupfer- und Goldschmiede, die durch die Jahrhunderte hindurch

eine leuchtende Welt der Schönheit aufgerichtet und Deutschland zu einem wahren Schmuckkasten der Welt gemacht haben, - was weiß so ein dahergelaufener Spitzbube davon? Aber das ist dem Herrn Churchill gerade recht, es paßt in seinen Kram; denn justament darin zeigt sich ja der Vorrang des deutschen Menschen vor allen anderen in der Welt: es ist die einzigartige - Leistung, eine Leistung, die allerdings immer im Dienst des Guten stand und die die Menschheit höherführte, - eine einzigartige Kraftquelle ist diese Leistung. Wenn Sie heute feststellen können, wie wir hier, dieses eine Prozent der Gesamtbevölkerung, doch 15 Millionen einer Fremdbevölkerung in Ordnung gehalten haben, und daß Sie diese Leistung mit in unserem Dienst vollbracht haben, so ist das auch ein Ausdruck der deutschen organisatorischen Führungsfähigkeit.

Wenn wir an die Heimat und an die dort zerstörten Meisterwerke denken, so möchte uns der Schmerz überkommen, und man möchte fragen: ist dieser Krieg nicht wirklich furchtbar? Und könnten wir nicht vielleicht aus diesem schmerzerfüllten Herzen sagen: wäre es nicht doch besser gewesen, den Krieg irgendwie zu vermeiden? War dieser Krieg notwendig, mußten wir diese Opfer bringen, mußten unsere Städte in Schutt und Asche sinken, mußten Hunderttausende von Menschen allein in der Heimat oft unter grauenvollen Umständen ihren Tod finden? Wir sehen, wie sich dort in der Heimat die Menschen abringen und abmühen, wie sie sich aber doch am anderen Tage wieder aufrichten und am nächsten Tage wieder zu ihrer Arbeitsstätte gehen. Das setzt sich nun fort mit einer geradezu einzigartigen gewaltigen Leidenschaft, angesichts deren man stumm und ergriffen sagen muß: wer will diesem Volk die Fahne des trutzigen Siegglaubens aus der Hand schlagen?

27 bis 3o

18.3.1944

Wenn sie uns die Häuser und die Städte zerstören, wenn sie uns das eine oder andere nehmen, die deutsche Leistung, die beste in der Weltgeschichte, nimmt uns niemand weg. Diesen Willen zum Einsatz für die Gemeinschaft unter Hintanstellung der eigenen Person kann man mit Bomben nicht zerstören. Das ist die göttliche Mitgift, die aus dem Ewigen kommt, aus dem unser Volksgeist aufstieg, und ihn können uns die Menschen nicht rauben.

Wenn ich in die Heimat schaue und das Wunder sehe, wie in den zerstörten Werken und Städten die Menschen weiterarbeiten, dann muß ich sagen: ich möchte nicht der Herr Churchill sein, denn ich möchte nicht dafür einmal zur Verantwortung gezogen werden, daß ich lediglich aus Neid auf die Kraft der Weltbedeutung des deutschen Arbeiters einen solchen Krieg vom Zaune gebrochen habe.

Und wenn wir weiter in die Heimat schauen und sehen, wie sich die Menschen dort mühen, wie sie in ihren armen Kleidern, in ihren einfachen Gewandungen herumwanken, wie sich die Mütter um Kleidung und Nahrung sorgen, wie sie sich alle zusammenstellen und sich gegenseitig helfen, wie die Kinder verschickt werden, wie sich die NSV der Bombengeschädigten annimmt, kurz, wie einfach eine ganze Nation zusammensteht und erkennen läßt, daß der Einzelne noch nie so das Kind der Mutter Deutschland war, wie er das heute geworden ist, - dann müssen wir schon sagen, ist eigentlich die Zeit nicht zu beklagen: es ist nicht eine Zeit des kleinen Mutes, eine Zeit der Trauer, nein, eine Zeit der höchsten Erfüllung einer gigantische einmaligen kameradschaftlichen Aufgabe. Dieses Volk ist daher unbesiegbar.

18.3.1944

Die Feinde mögen mit ihren Terrorangriffen kommen, wie sie wollen, sie werden diese ehern geschlossene kameradschaftlich durch Gemeinschaftshilfe echtester sozialistischer Art restlos gesicherte Volksgemeinschaft niemals zertrümmern, wie wir es einmal erlebt haben, aber nie mehr erleben werden.

Wenn wir nun in die Fronten schauen, - wie sieht es da aus? Die Fronten haben heute im wesentlichen ein fünffaches Bild: es sind die Fronten im Osten, im Westen, in Italien, es sind die Fronten in der Luft und auf den Meeren. Die Front im Osten gibt den meisten Anlaß, über die Ereignisse dort nachzudenken. Es ist durchaus nicht das Kennzeichen eines verderblichen Defätismus, wenn der Verlauf der Front von manchen mit Ernst verfolgt wird, der in die strategischen Zusammenhänge nicht ohne weiteres eingeweiht ist. Er sagt sich: was ist das? - wir haben ganz Russland beinahe erobert gehabt, und heute stehen die Russen bei Tarnopol, - das ist ja ein ungeheurer Rückzug, er kostet viel Verluste und fordert grosse Opfer an Material und Menschen; dieser Frontteil des Ostens ist doch für uns etwas sehr schweres, und gerade für uns im Generalgouvernement, das doch jetzt die Bastion des Ostens sein soll, nachdem die Ukraine fast völlig wieder in die Hände der Feinde gekommen ist. Dazu ist zu sagen: man muss bei der Betrachtung dieser Ostfront von der Position ausgehen, in der sich Deutschland im Jahre 1941 befand, man muss davon ausgehen, daß die Sowjetunion seit 1919 unausgesetzt nichts anderes vorbereitet hat als diesen Krieg. Man muss weiter immer und immer wieder daran denken, daß diese gigantische Militärmaschinerie, dieses ungeheure Material, über das die Sowjetunion verfügt hat, bestimmt waren, sich nicht zwischen Stalingrad und Tarnopol abzumühen, sondern bestimmt waren, sich zwischen Warschau und Köln zu entwickeln.

18.3.1944

Jeder sieht die Lage des Ostens falsch, der dies vergisst, der nicht bedenkt, daß die Ostflanke geschlossen werden muss, sollte dem doch zu erwartenden gemeinsamen Grossangriff im Westen entgegen getreten werden können. Wie wäre es denn gekommen, wenn die Invasion der Engländer und Amerikaner im Westen gedroht hätte, und wir wären gleichzeitig im Osten an der damaligen Grenze des Generalgouvernements Bug-San, also östlich von Lublin und bei Przemysl, von dieser ungeheuren Macht des Ostens aus dem Rücken heraus überfallen worden? Nur wenn man es so ansieht, sieht man die russische Frontentwicklung richtig. Es geht also nicht darum, was wir jetzt zur Zeit in Russland an Territorium besitzen, sondern entscheidend ist die Feststellung, daß die russische Wehrmacht einen ungeheuren Todesmarsch, einen totalen Materialvernichtungsmarsch bis zum Ende wird schreiten müssen, lange bevor sie überhaupt auf deutsches Gebiet kommen könnte.

Wenn dann allerdings die Entwicklung so weit gegangen ist, daß im Westen die Verhältnisse klar sind, dann, seien Sie überzeugt, kommt die Gegenrechnung Russland gegenüber. Nicht, weil ich es glaube, sondern weil ich es weiss und weil ich in der glücklichen Lage bin, in die Zusammenhänge Einblick zu haben, sage ich Ihnen, daß der Führer voll von grenzenlosem Optimismus, von einem Siegglauben ist, der nicht etwa nur aus seiner Einstellung zur Sache und dadurch bedingt ist, daß er ein gläubiger Mensch ist, sondern aus der Erkenntnis der gesamten Zusammenhänge.

Die Hauptgefahr, daß die Sowjettyrannei von heute auf morgen uns in Deutschland in den Rücken geschlagen werden kann, wie es der Gedanke Stalins war, ist in jedem

18.3.1944

Fall gebannt, und damit ist jetzt psychologisch der Augenblick gekommen, der allerdings weltpolitisch einmalig ist. Die deutsche Armee hat ungeheure Opfer gebracht, aber sie hat es erreicht, daß die Ostsituation bereinigt werden kann, so-bald im Westen Luft ist.

Lassen Sie mich kurz auf den Westen kommen. Wenn es wahr ist, daß die Invasion kommt, mit der ja unsere Gegner immer wieder spielen, dann ist diese Invasion selbstverständlich der Ausdruck einer geballten Energie, über die die beiden Weltmächte verfügen. Sie wollen dann unter allen Umständen den Krieg im Westen entscheiden. Sie haben sich bisher um diese Entscheidung gedrückt, sie haben mit allen Finten versucht, um diese Frage im Westen herumzukommen. Aber Stalin hat unausgesetzt auf das Ausbleiben der sogenannten zweiten Front hingewiesen. Wo immer und wie immer jedoch sie im Westen landen, es ist klar, daß diese Invasion zusammen geschlagen wird, wie noch nie in der Weltgeschichte eine Landung beseitigt wurde. Die Vorbereitungen von unserer Seite sind grenzenlos. Und gerade, weil diese Vorbereitungen so getroffen worden sind, deshalb auch die Notwendigkeit, die Strategie des Ostens danach einzurichten. Wenn die Invasion misslungen ist, dann bedeutet das die Einleitung des Endes des Krieges. Sie wird nämlich nicht wiederholt werden. Herr Churchill ist heute schon in böser Verlegenheit; für den 15.März hat er die Invasion offiziell angekündigt; der 15.März ist gekommen, was nicht kam, war die Invasion. Nun kann man sagen: es gibt viele Gründe, - vielleicht wollten sie uns mit dem Datum täuschen. Aber der wirkliche Grund ist sehr viel einfacher. Hier lohnt sich ein Blick nach Italien. Die Haltung unserer Soldaten an der italienischen Front ist eines der stolzesten Ruhmesblätter dieser Kriegsgeschichte. Daß auf einer Front von knapp 250 km die zwei Weltreiche England und Amerika nun seit Monaten anrennen, daß sie vorrücken und wieder zurückgeschlagen werden, daß sie bei Anzio und Nettuno - zwei Namen,

18.3.1944

die man im Wehrmachtsbericht schon kaum mehr hören kann, - sitzen und nicht weiterkommen, sondern Angst haben müssen, ob sie auch noch ihre Schiffe behalten, daraus können Sie ersehen, was aus dem Muster einer Invasion geworden ist, das sie in Italien aufgelegt hatten. Es ist kein Zweifel, daß sich dieser Zustand bei der Bestimmung des Termines für die Invasion im Westen auswirkt. Daher darf man wohl sagen: wenn schon der Weg von Nettuno nach Rom jahrelang dauert, wie lange mag erst der Weg von einer Atlantikküste nach Berlin dauern.

Es ist sonnenklar, wir sind ein starkes grosses Volk, wir sind ein Volk geworden, das an diesen Fronten nun alles zeigt, was es an Mannesmut, an Leistung seiner Werke, seiner Arbeiter und Arbeiterinnen aufbringen kann. Wir sind wirklich zum ersten Mal in der Geschichte nicht durcheinander und gegeneinander, wir zerspalten nicht unsere nationalen Energien im Kampf des einen gegen den anderen, sondern wir haben uns endlich einmal entschlossen, eines Schrittes zu marschieren. Und das ist ein Erfolg, aufgrund dessen wir auch diesen Krieg bestehen werden. Anzio und Nettuno sind der Ausdruck dafür, wie man eine solche Invasion energisch bekämpft. Die anderen hatten gesagt , es werde ihnen gelingen, in wenigen Wochen in Rom einzumarschieren. Es gehen schon tolle Scherzworte darüber umher. Die Engländer selber machen ihre Witze darüber. In einer englischen Zeitung sieht man, wie ein Buchhändler einem neugierigen Mann ein Buch verkauft, der Titel dieses Buches lautet: "Ein Kampf um Rom"! - Es ist ein Buch von dem alten Felix Dahn. Der Käufer sagt: komisch, was hat denn dieses Buch "ein Kampf um Rom" für ein merkwürdiges Aussehen? Darauf sagt der Buchhändler: wissen Sie, dieser "Kampf um Rom" ist aus Gummi, damit man ihn in die Länge ziehen kann. Solche Witze machen sie zu Hunderten. Es ist selbstverständlich, daß das auch die Autorität derjenigen, die von der Invasion sprechen, auf ein Minimum herabgesetzt hat.

18.3.1944

Wenn wir also die Geschehnisse an der Ostfront und an der Südfront in Italien zusammenfassen, dann können wir wohl sagen, daß wir keinen Anlaß haben, im geringsten an den Siegaussichten unseres Volkes hinsichtlich dieser Front irgendwie zu zweifeln. Was hier im Osten vor sich geht, werden schwerste Kämpfe sein, die vor allem jetzt das Problem der Verteidigung des Generalgouvernements aufwerfen lassen. Es ist klar, daß das, was wir hier aufgebaut haben, in die eigentliche Substanz unserer nationalen Kraft hinein gehört. Und wir haben es gemeinsam in fast fünf Jahren geschaffen. Der Führer hat mir vor kurzem gesagt: was wir übernommen haben, war Dreck, und was Ihr daraus gemacht habt, ist die Bastion des Ostens. Diese Bastion des Ostens, das Generalgouvernement mit seinen ungeheuren Werten und Arbeitserträgnissen, muss unter allen Umständen gehalten werden. Soweit ich die Vorbereitungen dafür beurteilen kann, wird es auch gehalten werden. Der Kampf wird schwer. Ich kann Ihnen aber auch versichern, daß alle Vorbereitungen getroffen sind. Unermüdlich sind Divisionen im Anrollen, die vor allem dafür sorgen werden, daß jeder weitere Einbrcuh des Gegners in das Generalgouvernement mit allen Mitteln verhindert werden wird. Tarnopol ist fest in unserer Hand; die deutschen Truppen haben es in tapferstem Einsatz einem Panzerregiment wieder entrissen. Zur Zeit ist von dem ganzen Generalgouvernement noch nicht einmal ein Promille seines Bodens besetzt. Das bedeutet gar nichts; denn es kann schon morgen anders sein. Aber das soll für uns das Gefühl stärken, daß für diesen Raum natürlich keinerlei irgendwie geartete Besorgnis besteht.

Wie sich die deutschen Männer und Frauen in dem kleinen Zipfel nördlich von Tarnopol, im äussersten Winkel Galiziens geschlagen haben, verdient alle Anerkennung.

18.3.1944

Es ist direkt erhebend, zu lesen, wie der Kreishauptmann des dortigen Kreises in unmittelbare Berührung mit einem sowjetrussischen Offizier kommt. Der Sowjetoffizier geht auf ihn zu und fragt ihn nach dem Weg nach Tarnopol. Der Kreishauptmann tut so, als ob er ihn nicht verstehe; der polnische Fahrer antwortet etwas unsicher: in der und der Richtung. Darauf bietet der russische Offizier dem Kreishauptmann eine Zigarette an, die der auch dankbar annimmt. So wird der Krieg drüben eingeleitet. Da waren zum Beispiel noch Leute in dem Ort Zbaraz, im letzten Winkel des Generalgouvernements. Hier waren die Russen eingedrungen, während unsere Beamten wie z.B. ein Landkommissar noch in voller Tätigkeit waren. Einer schaute zum Fenster hinaus: nanu, was rumpelt denn da? - darauf sagt ein anderer: Du, das sind ja russische Panzer. Unsere Beamten und auch die Beamtinnen sind nun hinten aus dem Amt hinausgegangen und haben 3 km Marsch gemacht, sind dann in einen Panzerwagen der deutschen Wehrmacht eingestiegen, der auf sie gewartet hatte. Das ist das Beispiel, wie es aufrechte deutsche Männer und Frauen bieten, es ist auch ein Zeichen für die Leistung, die Entschlossenheit, den Kampfeswillen und die Verteidigungsbereitschaft der deutschen Menschen.

Wenn wir auf dieses Bild der Ostfront nun mit dieser Klarheit schauen, dann müssen wir immer bedenken, daß es ein Glück ist, ganz gleich, was wir drüben zunächst geräumt haben, daß es nicht deutsches Gebiet ist, über das die russischen Panzer hinwegbrausen, daß es uns nicht aus der Flanke getroffen hat, sondern in voller Front. Seit Monaten und Monaten müssen die Bolschewiken jeden Schritt mit Hunderttausenden von Toten bezahlen. Und wenn einmal der deutsche Gegenstoss gegen Osten geführt werden wird, dann wird niemand imstande sein, die Sowjetunion vor dem rächenden deutschen Schwert zu retten.

18.3.1944

Das gleiche gilt für den Luftkrieg, mit dem die Feinde uns psychisch und materiell vernichten zu können glauben. Sie wissen es ja selber in dem Werk, das sie aufgebaut haben: was an Leistung in der Heimat schwächer wird, dafür wird sich irgendwo ein Ausgleich finden. Wenn z.B. die Kugellagerwerke in Schweinfurth zerstört werden, dann nimmt man eben ein anderes Werk dafür in Deutschland, oder die Fabrikation wird hier in Reichshof gemacht. Wenn etwas anderes nicht in Ordnung geht, finden wir es in Paris, Lyon, Brüssel, Kopenhagen, Warschau oder sonstwo. Dieses Europa von Pyrenäen bis südlich Rom, vom Nordkap bis herüber zu uns ist in jedem Fall so gross und so voller Reserven, daß kein auch noch so massierter Bombenangriff dieses Reservoir zerstören könnte. Daher glaube ich, daß auch dieser Luftkrieg und seine merkwürdige Verfolgung nichts anderes sind als der Ausdruck der Verlegenheit: weil man nicht anders kann, greift man zu diesem verbrecherischen Mittel des Krieges gegen Frauen und gegen Kinder. Aber eines steht auch fest: die Vergeltung gegen England ist in vollem Gange; es kommt die Stunde, in der das, was wir als Vergeltung ansehen und auch Vergeltung sein wird, genau so in Kraft treten wird, wie das Wort des Führers in Kraft getreten ist, daß das deutsche Volk jedem Angriff der Welt gegenüber standhalten wird. Wir werden London vom Erdboden wegwischen, mit England wird Schluss gemacht werden. Und das ist wiederum ein Ausdruck der Leistung des deutschen Volkes.

Um den letzten Frontteil zu erwähnen: die Unterseeboote werden sich auch wieder einfinden. Auch hier ist dafür Vorsorge getroffen, daß das, was irgendwie fremd oder neu zu sein schien, und was uns zu Überlegungen mancher Art zwang, wieder ausgeglichen wird. Der deutsche Erfindergeist hat die Gegenmittel gebracht. Auch auf diesem Gebiete wird die Schädigung des Gegners in vollem Umfange in Kraft treten.

1.70

18.3.1944

So kann ich denn sagen, daß wir als deutsche Männer und Frauen in diesem Winkel Europas, den uns der Führer zu gemeinsamer Arbeit anvertraut hat, absolut voller Glauben und sieghafter Erwartungen Zeugen dieser Zeit sein dürfen.

Wir haben es hier mit den Polen zu tun, einem Volke, dem wir mit grosser Reserviertheit gegenüber stehen, das sich aber jetzt im Kriege dank vernünftiger deutscher Führungsprinzipien zu einem sehr wichtigen Faktor des deutschen Widerstandes empor entwickelt hat. Hunderttausende von Polen und Polinnen sind Tag und Nacht im Generalgouvernement unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte im Zusammenhang mit der Erfüllung der deutschen Kriegsaufgaben aktiv tätig. Es ist nur klug gewesen, daß wir es so gemacht haben. Ich habe einmal gesagt: es kommt nicht darauf an, daß die Köpfe der Polen rollen, sondern es kommt lediglich darauf an, daß die Räder in diesem Lande rollen, daß sie sich bewegen; denn das allein kann Deutschland brauchen. Wenn ich zum Führer gekommen und ihm gesagt hätte: Mein Führer, ich melde, daß ich wieder Hundertfünfzigtausend Polen vernichtet habe, - dann hätte er gesagt: schön, wenn es notwendig war, - aber leider stehen die Bahnen still, das ganze Land ist voll von Sabotage, jeden Tag wird ein anderes Attentat verübt, - das geht doch nicht an. So ist es mir aber lieb, daß wir sagen können: die Fabriken sind im Gange, die Bauern kommen mit ihrer Ernte, die Ernährungsleistungen steigen, weil wir eine vernünftige menschlische europäische Volkstumspolitik in diesem Lande getrieben haben. Ich weiss, man hat uns und besonders mich als Polenfreund verdächtigt. Ich bin und bleibe das, was ich immer war: ein alter nationalsozialistischer Mitkämpfer des Führers.

18.3.1944

Mir kam es von Anfang an darauf an, dieses Land für die Dauer des Krieges, den ich von vornherein länger schätzte als nur ein oder zwei Jahre, sicherzustellen. Dazu gehört, daß man ein Land pfleglich behandelt. Man kann von einer Kuh entweder die Milch oder das Fleisch erlangen; wenn ich Milch haben will, muss ich die Kuh am Leben erhalten. So ist es auch mit einem eroberten Land. Wenn ich einem ~~deutschen~~ solchen Lande alles wegnehme, dann kann ich von ihm keine Leistung mehr verlangen; will ich aber eine Leistung verlangen, dann muss ich es pfleglich behandeln, ich muss ihm Schulen, Kirchen, Konzerte geben, ich muss ihm eine Versorgung sicherstellen und ihm im Laufe der Zeit das Gefühl verleihen, daß, wenn die Bevölkerung loyal im europäischen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mitgekämpft hat, einmal das deutsche Volk sagen wird: nun wollen wir den Kampf mit den Polen beenden, Ihr sollt unter deutscher Führung brav Eurer Arbeit in Zukunft nachgehen, in Eure kulturellen Belange reden wir Euch nicht hinein. Das ist das Ziel meiner Volkstumspolitik.

Wir können uns eine Mitarbeit der fremden Völker in Europa nicht mehr wegdenken. Millionen und Abermillionen dieser Fremdvölker werden zur Arbeit nach Deutschland geschickt. Hier marschiert das Generalgouvernement wie immer an der Spitze; denn es hat fast 2 Millionen Arbeitskräfte ins Reich abgegeben.

Für uns in diesem Raum ist es wichtig, daß Ihr selber das spürt. Der deutsche Mann, die deutsche Frau sind hier ohne weiteres eine als Führer-oder Respektsperson anerkannte Persönlichkeit. Im Grunde genommen sind die Polen, wenn man sie brav und nett behandelt, die zuverlässigsten Arbeitskräfte in ganz Europa, und zwar gerade für dauernde einfache Arbeit. Man muss allerdings hinter ihnen her sein, muss manchmal hart sein, man darf ihnen nichts durchgehen

18.3.1944

lassen. Aber wenn es so vorbildlich getan wird, wie in Eurem Werke, dann kommt man auch zu einem guten Ergebnis.

Daher ist es auch gut, daß dieses Land in deutscher Hand ist, heute mehr denn je. Churchill hat ja Polen aufgegeben, - es ist fürwahr eine lustige Geschichte. Wenn spätere Geschlechter einmal die Geschichte dieses Krieges lesen werden, dann werden sie erstaunt sein, festzustellen, wie dieser Krieg im Laufe der Zeit gerade hinsichtlich der polnischen Frage eine ganz andere Entwicklung genommen hat. Dann wird der Grossvater auf die Frage seines Enkelkindes, warum Deutschland den Krieg gegen Polen geführt habe, antworten: ja, wir wollten die deutsche Stadt Danzig wiederhaben. Und dann wird das Enkelkind fragen: hat man die Euch denn nicht gegeben? Der Grossvater wird diese Frage verneinen, und er wird dann weiter erzählen, daß Churchill erklärt habe, er müsse den Krieg führen, um Polens Integrität zu garantieren. Und dann wird der Grossvater auf weitere Fragen des Enkelkindes sagen: später hat dann Churchill erklärt: Polen gehe ihn ein Dreck an, Polen sei eine Sache der Sowjetunion.

Und wie ist es denn gewesen? Vor wenigen Tagen hat Churchill im Unterhaus ganz offen gesagt: ja, die Polen sind eine tapfere herrliche Rasse, aber leider - die guten Beziehungen zur Sowjetunion zwingen mich, anzuerkennen, daß Polen seinen östlichen Teil völlig opfern muss; denn die Sowjetunion braucht eine solide Westgrenze. Das heisst also: der Krieg wurde von Churchill wegen Danzig begonnen und wird nun mit der Forderung an Polen fortgeführt, mindestens die Hälfte seines jetzigen Gebietes der Sowjetunion abzutreten.

18.3.1944

Man kann sich vorstellen, daß das für mich in diesem Lande eine wunderbare Propagandawaffe ist. Jetzt können wir sagen: da seht Ihr Polen, wie zuverlässige Freunde die Engländer sind: nun will man Euch den Bolschewiken ausliefern. Ich muss schon sagen: Churchill hat uns damit einen grossen Dienst erwiesen. Schon in den nächsten Tagen wird eine grosse antibolschewistische Organisation der Polen in Krakau ins Leben gerufen, in der prominente Polen der ganzen Welt verkünden werden, daß die antibolschewistische Stimmung des polnischen Volkes weit über jeder englischen Hoffnung steht. Das wissen wir auch, das wissen die Polen selber. Manche Polen - ihre Zahl wird immer geringer - sagen: ich mag die Deutschen nicht, ich hasse sie, ich mag ihre Führung nicht. Wenn man dann aber auf den Russen zu sprechen kommt und sie fragt: was ist Euch lieber - die deutsche Führung oder die Sowjetunion? - dann antworten sie: uns ist der Deutsche immer noch lieber als der Russe. Und das ist auch ein Gewinn.

Was Ihr mir geholfen habt, indem Ihr ein gutes Verhältnis der Führung zur polnischen Bevölkerung geschaffen habt, strahlt ins Land hinaus. Selbstverständlich muss diese Art vom Deutschen Reich aus eingefangen werden. Wir wollen nunmehr sagen: wenn Ihr Polen loyal weiter arbeitet, dann könnt Ihr auch in alle Zukunft auf eine loyale Behandlung durch die Deutschen rechnen. Davon lassen wir uns durch keine Bedenken und durch keine versteckten oder offenen Gegner abbringen. Es kommt mir nicht darauf an, unter Anwendung von Gewaltmassnahmen mit den Feinden des Deutschen Reiches fertigzuwerden, sondern darauf, daß die Millionenmassen der polnischen Bauern und Arbeiter in unserem Dienst Tag und Nacht ihre Pflicht erfüllen. Das Experiment haben wir hier gemacht, und Ihr könnt sagen, daß es Euch auch gelungen ist.

18.3.1944

Wenn ich damit zum Ende meiner Ausführungen komme, so möchte ich betonen, daß ich diese meine Worte heute an Sie richte in dem Gefühl unserer kameradschaftlich unabdingbaren Zusammengehörigkeit. Sie wollen aus meinen Ausführungen entnommen haben, daß ich das sehr wichtig nehme, daß es mir nicht darauf ankam, Ihnen in einigen grossen tönenden Worten Stimmungswerte zu vermitteln oder zu Ihnen zu reden, wie wenn wir zu einer feierlichen Kundgebung zusammen gekommen wären, sondern ich wollte zu Ihnen so sprechen, wie ein Arbeitskamerad zum anderen, der mit ihm einen Arbeitsvorgang bespricht. Mir ist die Aufgabe anvertraut worden, dieses Gebiet in fortschreitender Entwicklung zu halten. Und Ihnen habe ich die Aufgabe anvertraut, eines der wichtigsten Werke des Generalgouvernements in Gang zu halten. Heute gibt es keine Unterschiede zwischen uns mehr; der Krieg macht alle gleich, und keiner kann mehr nach Titel, Rang, Würde, Eigentum usw. beurteilt werden; denn das sind alles keine Werte; denn eine einzige Bombe kann alles vernichten, und dann liegen sie alle da, ob sie reich oder arm waren, plötzlich sind sie alle gleich. Und auch an der Front sind sie alle gleich, da trifft es den General genau so wie den Musketier oder Grenadier.

In diesem Krieg wollen wir nicht unser eigenes Ich, unsere eigenen Werte, unsere Habe, unsere Stellung retten, wir wollen für 2000 Jahre unserem Volke die Freiheit und die Leistung, den Glauben und die Ehre retten.

(anhaltender lebhafter Beifall)

Bereichsleiter Bodo Stahr dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte. Was der Herr Generalgouverneur heute geseheh habe, sei nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Schaffen der deutschen Führungskräfte dieses Werkes und darüberhinaus wichtigsten Betriebes des Generalgouvernements. Es sei gelungen, einen Typ von

18.3.44

Betriebsführern und Unterführern zu schaffen, der es vermocht habe, mit wenigen deutschen Kräften für den Sieg das denkbar mögliche herauszuholen. Weiter sei es in diesem Werk auch möglich gewesen, für das fremdvölkische Problem klare Führungsgrundsätze aufzustellen.

Mit dem von Bereichsleiter Stahr ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluss.

20^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gästehaus der Flugzeug-Motorenwerke in Reichshof.

Dort hat der Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit Kreishauptmann Dr. Ehaus - Reichshof.

Im Verlaufe dieser Besprechung stellt der Herr Generalgouverneur an Kreishauptmann Dr.Ehaus die Frage, welche Schwierigeiten hinsichtlich der Raumunterbringung der Wehrmacht bestänaen. Kreishauptmann Dr.Ehaus erklärt, daß diese Schwierigkeiten dann überwunden werden könnten, wenn die Kreishauptmänner in Verwirklichung der einschlägigen Bestimmungen tatsächlich volle Befugnisse in ihrer Kreishauptmannschaft hätten. Diese Bestimmungen ständen leider teilweise auf dem Papier.

Auf Befragen des Herrn Generalgouverneurs, was Kreishauptmann Dr. Ehaus als Beispiel anführen könne, gibt dieser dem Herrn Generalgouverneur von folgendem Tatbestand Kenntnis:

Durch Erlaß des Generalgouverneurs waren die Kreishauptmänner ermächtigt worden, in ihren Bezirken über Raum für die Wehrmacht pflichtgemäss nach freiem Ermessen zu verfügen. Im Rahmen dieser Vollmacht habe er, Kreishauptmann Dr. Ehaus, auch Raum des Technischen Hauptamtes der Ortskommandantur Reichshof zur Verfügung

18.3.1944

gestellt. Hiergegen sei sofort telegrafisch von Präsident Bauder Einspruch erhoben worden. Im Ergebnis habe zwar Präsident Bauder hinsichtlich des Raumes seiner Aussenstelle nachgegeben, nachdem der Gouverneur vermittelnd eingegriffen habe. Weiterer Raum hätte aber für die Wehrmacht freigemacht werden können, wenn die fremdvölkischen Bediensteten der Aussenstelle in den Räumen des Hauptamtes untergebracht worden wären. Statt dessen habe Präsident Bauder die Belegschaft seiner Aussenstelle in freie Räume des Bauhofes verlegt, um so zu verhindern, daß diese, die von der Wehrmacht dringend beansprucht wurden, auch noch seiner Verfügung entrissen würden. Nicht nur er, Kreishauptmann Dr. Ehaus, sondern auch die Ortskommandantur und andere Stellen in Reichshof hätten dieses Verhalten als unerhört empfunden. Es sei klar, daß heute, wo die Wehrmacht wirklich jeden Raum benötige, Raum nicht nur deswegen belegt werden dürfe, damit er der Wehrmacht vorenthalten werde. Wäre, wie dies mit dem Leiter des technischen Hauptamtes vereinbart worden war, die Aussenstelle noch in das Hauptamt mit hineingelegt worden, was räumlich durchaus möglich gewesen sei, dann hätte nämlich die Wehrmacht für rückverlegte Dienststellen im Bauhof weiteren Raum finden können. Präsident Bauder habe ihm erklären lassen, daß er als technische Reichsverwaltung durch den obenerwähnten Erlass des Generalgouverneurs nicht berührt werde, da er lediglich dem Reichsminister Speer in Berlin unterstehe.

18.3.1944

Die Schwierigkeiten der Raumnotfrage der Wehrmacht seien für die Kreishauptmänner dann zu lösen, wenn sie, wie oben erwähnt, als Kenner der Örtlichkeiten wirkliche Vollmacht gegenüber allen Verwaltungen hätten.

45

21[45] Kameradschaftsabend der deutschen Belegschaft der Flugzeug-Motorenwerke Reichshof.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Gästehaus).

IV/9

Reichshof

Sonntag, den 19. März 1944

9^{30} Besichtigung des Krankenhauses der Flugzeugmotorenwerke durch den Herrn Generalgouverneur.

9^{45} Besuch der Hitlerjugend im Haus der NSDAP zu Reichshof.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die Jungen eine kurze Ansprache, in der er den Werdegang des Führers Adolf Hitler als Knabe, Soldat und Staatsmann schildert. Er erwähnt dabei besonders, auf Grund welcher soldatischen Tat der Führer im Weltkrieg das Eiserne Kreuz I. Klasse erworben hat, und geht dann auf die Ereignisse des Novembers 1918 ein, in deren Folge Adolf Hitler beschlossen hatte, Politiker zu werden.

Der Herr Generalgouverneur schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: Nun erlebt Ihr selber Geschichte, Ihr seid mitten hineingestellt in das, was einmal nach uns spätere Gererationen lesen werden. Die werden lesen: Im Jahre 1914 gab es ein mächtiges Deutsches Reich, es war stark und gesund und wirtschaftlich gefestigt, an seiner Spitze stand der Kaiser. Aber in diesem Reich war die Spaltung zu groß, weil sich die Menschen in Parteien, in Klassen, in Konfessionen und Stämme und Kleinstaaten zersplittert hatten. Das ganze Reich gab nur noch nach außenhin eine Fassade, im Inneren aber stand einer gegen den Anderen. Dann mußte dieses Reich in den Krieg ziehen. Der Jude kam und brachte das Reich zum Einsturz. Aber es war nicht verloren; denn in der gleichen Stunde stand ein Soldat auf: „Wenn alle zusammenbrechen, ich will nicht zusammenbrechen." Und dieser eine Mann war Adolf Hitler. Er war kein General, kein großer Mann mit irgendwelchen Titeln und Rängen, kein Minister, kein gelehrter Mann, kein Pfofessor oder Doktor, kein reicher Mann. Er war auch nicht der Sohn eines bedeutenden Mannes, er trug nur einen einfachen deutschen Namen, wie ihn ähnlich Millionen andere anständige Volksgenossen tragen.

19.3.1944

Und dieser einfache unbekannte Mann hatte den göttlichen Funken der geschichtlichen Berufung für sein Volk in sich. Der Herrgott hat gesagt: Ich will es mit den Deutschen nochmals versuchen; wenn sie diesem Adolf Hitler folgen, dann gebe ich ihnen nochmals den Segen.

Dann begann der Führer seine Werbearbeit. Er hielt Versammlungen ab, die nicht größer waren als Eure Schar hier. In dem Nebenzimmer eines Gasthauses hatte er zunächst 1o, dann 2o, dann 3o Männer um sich gesammelt. Und im Laufe der Zeit wurden es immer mehr. Nach vielen Schwierigkeiten, nach Zusammenbrüchen und Rückschlägen kam es dann dazu, daß er im Januar 1933 Reichskanzler wurde, im Sommer 1934 oberster Führer der Nation. 1938 schloß er Österreich dem Deutschen Reich an und vollendete dieses sein Werk durch die Gründung des Protektorats Böhmen und Mähren.

Dann begann dieser Krieg, den wir genau so durchgehalten haben, wie wir die Kampfzeit der Bewegung durchhielten. So ist es dann dahin gekommen, daß dieser unbekannte Frontsoldat Adolf Hitler der größte Mann der deutschen Geschichte geworden ist. Jetzt wird Euch auch klar werden, warum gerade um Adolf Hitler dieses Geschrei und Gelärme in der Welt ist, daß ganze Weltreiche wie England, Amerika und Rußland anrücken, um diesen einen Mann zu bekämpfen. Adolf Hitler muß weg - so schreien die Juden der ganzen Welt. Die Juden schreien, weil sie natürlich wissen, daß Adolf Hitler ihnen ihre Domäne Europa genommen hat. Dieser Judenhaß der ganzen Welt hat uns den Krieg gebracht, aber diesen Krieg werden wir eiskalt und klar und sachlich führen, und wir werden ihn gewinnen. Nichts gibt

3

19.3.1944

es in der Welt, was dieser Geschlossenheit unseres Volkes Widerstand leisten kann. Wir haben den größten Mann der Weltgeschichte an unserer Spitze, Adolf Hitler, der diesen wundersamen Gang aus dem Nichts in das Licht gemacht und uns emporgeführt hat.

So danke ich Euch, daß Ihr mitarbeitet, daß Ihr Euch zum Gehorsam gegen Adolf Hitler bekannt und Euren Dienst so schön macht. Ihr werdet ganz andere Kerle sein, wenn Ihr nicht so herumlatscht, sondern wenn Ihr dahinschreitet, und den Blick fürs Leben habt. Eure Führer kümmern sich um Euch, sind Eure besten Kameraden und Freunde, und durch ihre Schulung werdet Ihr deutsche Männer werden, die das fortsetzen, was Adolf Hitler begonnen und aufgebaut hat: das herrliche große unsterbliche Reich unseres Volkes.

10^{15} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Reichshof nach Krakau.

12^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Montag, den 20.März 1944

11^{45} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{00} Überreichung der Ernennungsurkunde des Führers an Generalintendant Friedrichfranz Stampe im Königssaal in Gegenwart des Chefs der Regierung, des stellvertretenden Leiters der NSDAP, der Staatssekretäre, hoher Vertreter aus Regierung und Wehrmacht sowie der Gefolgschaft des Staatstheaters des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Ansprache:

Ich habe im Namen des Führers und des Reiches Ihnen, Herr Generalintendant Stampe, die Urkunde zu überreichen, die der Führer am 30.Januar ds.J. für Sie zu unterzeichnen die Güte hatte. Den Anlaß der Überreichung der Urkunde will ich benutzen, um die besten Wünsche des Führers und des Grossdeutschen Reiches für Sie selbst und für das Staatstheater des Generalgouvernements zum Ausdruck zu bringen.

Die Leistung, die Sie, Herr Generalintendant, im Rahmen des einzigartigen Aufbauwerkes, das hier im Osten geschah, im Dienste der deutschen Theaterkultur vollführten, ist eine der stolzesten Seiten der deutschen Theatergeschichte. Sie war möglich dank einer ungewöhnlichen Begabung und dank eines persönlich sauberen charakterfesten und opferbereiten Einsatzes im Dienste eines grossen und hohen Ideals. Das Staatstheater des Generalgouvernements hat sich unter Ihrer Führung zu einem der massgeblichen Kunstinstitute des Grossdeutschen Machtbereiches entwickelt.

20.3.1944

Meine Anerkennung und meinen Dank für diese Leistung erstrecke ich zuvörderst auf Ihre Person, Herr Stampe, da ich weiss, daß eine Persönlichkeit immer entscheidend ist, wenn es sich darum handelt, etwas Neues aufzubauen. Mit glücklichem Geschick gelang es Ihnen aber, eine Reihe von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu gewinnen, die mit Treue und unermüdlichem Einsatz mitgeholfen haben, die grossen Ideen zu verwirklichen, die ich mir bei der Gründung des Staatstheaters in den kühnsten Träumen vorgestellt habe. Mein Dank und meine Anerkennung gelten daher über Sie und Ihre Person hinaus ohne jede Ausnahme dem grossen Kreis Ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in Schauspiel, Oper, Operette, im Orchester und im Ballett sowie in allen technischen und Verwaltungsbelangen als Gesamtensemble Ihres Theaters eine Spitzenleistung darstellen.

Das Theater ist in diesem Raum eine Bekenntnisstätte zu einem höchsten Ideal. Daß es möglich ist, in den ungeheuren Spannungen dieser Zeit dem seelisch-geistigen Streben einen solchen Wirklichkeitsausdruck zu verleihen, wie ihn das deutsche Theater darstellt, ist für uns alle eine Beglückung. Für die Männer und Frauen, die hier leben und in Staat,Wehrmacht, in den allgemeinen Funktionen aller Art arbeiten, für die durchkommenden Soldaten, für die Verwundeten, für alle Deutschen aus dem Reich, die uns besuchen, ist das Staatstheater des Generalgouvernements ein schöner und stolzer Begriff des Lebens geworden. Aber Sie haben auch mir persönlich in dem Aufbauwerk eine geistig-seelische Bastion deutscher Bewusstheit im Ostkampf gegeben. Von diesem Theater strahlt das Erkennen aus, daß dieser Raum, in dem durch die Jahrhunderte hindurch hervorragendste Vertreter unseres Volkes künstlerische Leistungen ohnegleichen vollführt haben, und für den bestes deutsches Soldatenblut geflossen ist, in alle Zukunft deutsch bleiben wird. Dafür danke ich den Mitgliedern des Staatstheaters ganz besonders. Mit Energie seien Sie daher auch weiterhin mit diesem stolzen Werk betraut.

3

20.3.1944

Der Führer, der an dem Geschehen im Generalgouvernement persönlich reges Interesse nimmt, hat auf das Theater in Krakau sein besonderes Augenmerk gerichtet, und die Berichte und wiederholten Aussprachen, die ich mit ihm über dieses Theater und Euer Wirken hatte, zeigen, mit welchem persönlichen Interesse er an diesem Wirken Anteil nimmt. Indem er Sie in völlig ungewöhnlicher Weise auf meinen Antrag hin mit dem Titel des Generalintendanten auszeichnete, wollte der Führer zum Ausdruck bringen, daß Ihre persönliche Leistung und die Ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen das Staatstheater des Generalgouvernements mit haben aufsteigen lassen in die Reihe der ganz wenigen deutschen Bühnen, an deren Spitze sich ein vom Führer persönlich eingesetzter und bestätigter Generalintendant befindet. Diese Auszeichnung ist also ein Ausdruck für vergangene Leistungen, aber ebenso auch eine Zuversicht und Erwartung auf kommende Leistungen.

Im Namen des Grossdeutschen Reiches übergebe ich Ihnen die Urkunde, durch die Sie der Führer an dem stolzen Ehrentag seines eigenen Lebens, am 30.Januar im Führerhauptquartier durch eigenhändige Unterschrift mit dem Titel"Generalintendant" auszeichnete. Auf dieser Urkunde befinden sich noch zwei weitere Namen: der des Generalgouverneurs, der Ihnen dafür dankt, daß Sie im Rahmen dieses Nebenlandes des Grossdeutschen Reiches der deutschen Theaterkultur solche eine erfolgreiche Stätte bereitet haben, und der Name des Reichsministers Dr. Goebbels, der als oberster Theaterminister des Reiches an dem Gedeihen Ihres Theaters persönlichen Anteil nimmt. Er hat mich ersucht, auch in seinem Namen Ihnen, Herr Generalintendant, und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus Anlaß dieser heutigen Stunde seine besten Wünsche auszusprechen.

20.3.1944

Ich übergebe Ihnen hiermit die Urkunde, Herr Generalintendant!

Generalintendant Stampe erwidert: Herr Generalgouverneur! Es ist für mich sehr schwierig, in diesem Augenblick, der mich fast überwältigt, einige Worte zu finden, die das Ausmaß des Dankes richtig wiederzugeben in der Lage sind, den ich Ihnen vor allem schulde für die ausserordentliche Unterstützung und die vielen schöpferischen Impulse, die von Ihnen auf unsere Arbeit ausgegangen sind, darüber hinaus für die ausserordentliche Belebung und Begeisterung, die Ihre vielen Gespräche über Kunst, Theater und Musik in mich gelegt haben. Ich glaube, nichts Besseres sagen zu können, um auch zugleich im Namen meines ganzen Personals, aller meiner Kameraden zum Ausdruck bringen zu dürfen, daß ich in dieser Ehrung, die mir der Führer auf Ihren Antrag zuteil werden liess, vor allem den Dank sehe für die grosse Arbeit, die alle meine Mitarbeiter mit mir geleistet haben, und daß wir darüber hinaus versuchen werden, diese Leistung noch zu steigern. Es kann sich bei uns nicht darum handeln, bei dem stehen zu bleiben, was wir erreicht haben; denn wir wissen selbst, daß wir noch nicht erreicht haben, was wir uns als Ideal vorgestellt haben. Unser Mut und die Kraft unserer Herzen sind stark geworden durch das einmalige Erlebnis, das mir heute zuteil wurde. Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, noch einmal den Dank auch aller meiner Mitarbeiter entgegen zu nehmen und uns weiterhin wie bisher in unserer Aufbauarbeit zu unterstützen.

13^{00} Mittagessen.

16^{00} Besprechung mit Landgerichtsrat Taschner.

19^{30} Besuch des Konzertes der Philharmonie des Generalgouvernements im Haus "Urania".

(Übernachtung auf der Burg)

Dienstag, den 21.März 1944

11^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

11^{10} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{15} Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk und Hauptschriftleiter Stöppler in Anwesenheit des Präsidenten Ohlenbusch und des Pressechefs Gassner.

Hauptschriftlieter Stöppler und Verlagsleiter Strozyk übergeben dem Herrn Generalgouverneur je eine Liste derjenigen Schriftleiter bezw. Angestellten des technischen Betriebes der Krakauer Zeitung, die aus Arbeitsgründen vom Polizeihilfsdienst befreit werden sollen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Pressechef Gassner, bei SS-Obergruppenführer Koppe eine Befreiung der in den beiden Listen genannten Leute vom Polizeihilfsdienst zu erwirken.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Verlagsleiter Strozyk, daß alle Vorbereitungen für die Herausgabe einer Montagausgabe der Krakauer Zeitung getroffen sind und sie erstmals am kommenden Montag erscheinen wird.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Reckmann und Vertriebsleiter Hülsen vom Deutschen Verlag ~~von~~ Berlin sowie Direktor Den Haas in Gegenwart der Vorgenannten.

Direktor Reckmann unterrichtet den Herrn Generalgouverneur eingehend über die gegenwärtige Lage und Arbeit des Deutschen Verlages.

21.3.1944

Er berichtet von der im Auftrage des OKW bereits in 19 verschiedenen Sprachen beim Deutschen Verlag erscheinenden illustrierten Auslandszeitschrift "Das Signal", durch das die deutsche Macht im Ausland dokumentiert werden solle. Für die Herausgabe einer polnischen Ausgabe seien alle Vorbereitungen getroffen; Die Schriftleitung in Berlin müsse allerdings das notwendige Material aus dem Generalgouvernement gestellt erhalten. Der Verlag benötige auch einige polnische Maschinensetzer aus dem Generalgouvernement. Er hoffe, daß die erste Nummer Mitte April erscheinen könne.

Der Herr Generalgouverneur begrüsst diese Mitteilung ausserordentlich und sagt jede Unterstützung zu. Verlagsleiter Strozyk möge für die Zurverfügungstellung der benötigten Schriftsetzer Sorge tragen. Aus politischen Gründen würde er im gegenwärtigen Moment eine möglichst hohe Auflage (200 000) begrüssen. Die Zeitschrift bedeute eine ungeheure Unterstützung der deutschen Arbeit in diesem Raum.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Dr.Veil-Jena.

12^{15} Besprechung mit dem Direktor des Institutes für Deutsche Ostarbeit, Dr.Coblitz, über laufende Angelegenheiten des Institutes.

12^{30} Besprechung mit Hauptmann Klinder und Regierungsrat Schulz in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger.

Hauptmann Klinder und Regierungsrat Schulz unterrichten den Herrn Generalgouverneur über die polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen auf der Burg und in Kressendorf und die vorbereiteten Luftschutzmassnahmen.

21.3.1944

17[00] Arbeitsbesprechung im grünen Zimmer über die gegenwärtige militärische und sonstige Lage im Generalgouvernement.

Anwesend sind: die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, Generalmajor Haseloff, die Präsidenten von Craushaar, Gerteis, Bauder und Naumann, Botschaftsrat Schumburg sowie die Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur.

Der Herr Generalgouverneur gibt eingangs den Anwesenden folgendes Fernschreiben des OKW vom 21.3.1944 bekannt:

"Deutsche Truppen unter Leitung des Ob.Südost (Feldmarschall Freiherr von Weichs) besetzten seit dem 19.3.1944 auf Befehl des Führers das ungarische Staatsgebiet. Als Reichsbevollmächtigter ist Standartenführer Veesemeyer eingesetzt.

Bis zur Klärung der Lage und der zu treffenden weiteren Massnahmen sind alle Einreisen von Kommandos und Einzelbeauftragten militärischer und ziviler Dienststellen nach Ungarn, sei es auf selbstständigem Wege oder im Anschluss an nachrückende Truppenteile, verboten. Die Grenzen gegen Ungarn sind gesperrt. In dringenden Einzelfällen sind Anträge oberster Reichsbehörden, die die Unterschrift des Staatssekretärs tragen müssen, bei folgenden Durchlasscheinstellen des OKW zu beantragen: Berlin W 35, Wien, Lemberg, Belgrad, Agram, Bukarest, Budapest. Die Anträge können auch unmittelbar an den Reichsbevollmächtigten oder den Ob.Südost (Stab General v.Both) in Berlin gerichtet werden.

21.3.1944

Die ungestörte Weiterarbeit der ungarischen Verwaltung und Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung. Sie lässt vorerst keine Eingriffe von aussen zu. Der Ob.Südost ist daher beauftragt, die nächste Zeit wesentliche deutsche Belange gegenüber der ungarischen Verwaltung und Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsbevollmächtigten wahrzunehmen und etwaige weitere Massnahmen vorzubereiten. Bis zur Entscheidung des Führers über diese Massnahmen ist keine deutsche Dienststelle befugt, ohne Kenntnis des Reichsbevollmächtigten oder des Ob.Südost irgendwelche Eingriffe in die ungarische Wirtschaft und Verwaltung vorzunehmen.

Der Reichsminister des Innern - II. R.V. 6120-44g.-
I.A.
gez. Ehrensberger

Der Herr Generalgouverneur gibt der Meinung Ausdruck, daß durch diese Ereignisse die Lage in Galizien weitgehend entspannt werde. Auf der anderen Seite aber sei die Verwaltung aus Brody zurückgezogen worden, da die Sowjets östlich und nördlich der Stadt ständen.

Generalmajor Haseloff erklärt, daß die Lage bei Tarnopol ziemlich stabilisiert sei und nach Kowel Verstärkungen in Marsch gesetzt seien.

Im Anschluß daran wird die Räumungssituation bespreochen.

Der Herr Generalgouverneur kann auf Grund der einzelnen Berichte die Feststellung treffen, daß die Räumungsarbeiten im allgemeinen in großer Ruhe und angesichts der vielen Schwierigkeiten sehr gut vonstatten gehen. Besonderes Augenmerk müsse der Schaffung

21.3.1944

einer einheitlichen Rangfolgeliste für die zu räumenden Güter zwecks gerechter Verteilung der Waggons und der Verhinderung des Transports seuchenkranken Viehs von den Ostgebieten nach dem Westen gewidmet werden.

Präsident von Craushaar will mit dem kommissarischen Amtschef von Lemberg Dr. Brandl wegen einer verstärkten Räumung Lembergs eine Besprechung abhalten.

18^{20} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe und Generalmajor Haseloff.

18^{30} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

18^{40} Referent Jaenicke legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe der Dankschreiben des Generalintendanten Stampe an den Führer und Reichsminister Dr. Goebbels vor.

18^{45} Besprechung mit Präsident von Craushaar, Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth über Reisevorbereitungen.

(Übernachtung auf der Burg)

Mittwoch, den 22.März 1944

9^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kattowitz.

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs am Gauhaus in Kattowitz.

11^{30} Rede des Herrn Generalgouverneurs im Gauhaus über "Das Generalgouvernement".

13^{00} Mittagessen im Gaukasino.

16^{00} T e e bei Gauleiter Bracht.

18^{30} "Figaros Hochzeit" im Stadttheater, aufgeführt vom Staatstheater des Generalgouvernements.

23^{00} Abendessen im Gaukasino.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kattowitz)

Donnerstag, den 23.März 1944.

8^{45} Frühstück bei Gauleiter Bracht.

10^{30} Besichtigung der Betriebsgrube "Gräfin Johanna".

13^{00} Mittagessen bei Generaldirektor Dr.Berves.

14^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau

16^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

17^{30} Besprechung mit Oberst Fischer.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

IX/9 Krakau

Freitag, den 24. März 1944

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Dem Herrn Generalgouverneur wird die Uniform des zum 29. März in seiner Umgebung in Aktion tretenden Ordonanzdienstes, gebildet aus Angehörigen des Sonderdienstes, vorgeführt.

11^{00} Besprechung mit den Präsidenten Ohlenbusch und Lauxmann sowie Oberpostrat Kuhnt und Abteilungsleiter König.

Präsident Ohlenbusch führt aus, daß man für einen evtuellen Abbau des Lemberger Senders und seine Verbringung nach Krakau eine Entscheidung treffen müsse. Er plane, den fahrbaren Wehrmachtssender Emil, der früher in Kiew in Tätigkeit gewesen sei, in Reichshof aufstellen zu lassen; dieser Sender könne dann bei einem etwaigen Ausfall des Lemberger Senders dessen Programm auf der gleichen Welle übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß der Betrieb des Lemberger Senders bis zur Aufstellung des Wehrmachtssenders Emil in Reichshof aufrecht erhalten werden müsse. Im Sendebetrieb auf der Lemberger Welle dürfe unter keinen Umständen eine Pause eintreten.-

Geplant ist ferner, den starken Lemberger Sender in Krakau aufzubauen, den Krakauer Sender nach Radom zu verlegen und für Lublin einen neuen kleinen Sender zu ~~be~~schaffen. Nach Aufbau des Lemberger Senders in Krakau nach ungefähr 4 bis 5 Monaten soll Präsident Ohlenbusch einen Plan zur Übernahme der Rundfunksender des Generalgouvernements in eigene Regie vorlegen (Berufung eines eigenen Intendanten).

24.3.1944

12[20] Rechtsrat Dr. Hammerle übergibt dem Herrn Generalgouverneur in Gegenwart des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Koppe und des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. von Craushaar einen Tätigkeitsberichts des Sonderdienstes für das Jahr 1943.

Der Herr Generalgouverneur spricht Rechtsrat Dr. Hammerle Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus und betont dabei die ungeheuere Wichtigkeit des Sonderdienstes für die deutsche Verwaltung. Wenn der Sonderdienst zur Zeit auch im Bandenkampf eingesetzt werden müsse, dürfe er doch nicht als Polizei betrachtet werden. Er sei eine Regierungseinrichtung und unterstehe dem Generalgouverneur, sei nur aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Höheren SS- und Polizeiführer unterstellt worden. Es gehe daher nicht an, daß seine Angehörigen der SS- und Polizeigerichtsbarkeit unterstünden. Der Erlaß des führeren Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Krüger vom August 1942, durch den für den Sonderdienst die SS- und Polizeigerichtsbarkeit eingeführt worden sei, müsse daher aufgehoben werden und er ersuche Dr. Hammerle, über den Staatssekretär für das Sicherheitswesen ihm eine entsprechende Anordnung zur Unterschrift vorzulegen.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet dann noch, daß der Sonderdienst jetzt zum ersten Mal Deutschstämmige aus Galizien einziehe, da Volksdeutsche im wehrfänigen Alter nicht mehr vorhanden seien.

12[30] Besichtigung einer Einsatzkompanie des Sonderdienstes im Burghof im Beisein führender Männer aus Staat, Partei und Wehrmacht.

3

24.3.1944

Nach Meldung durch den Bataillonskommandeur Oberst Forster und Abschreiten der Front richtet der Herr Generalgouverneur an die angetretenen Sonderdienstmänner folgende Worte:

Kameraden des Sonderdienstes! Ihr seid auf die Burg gekommen, um mir zu melden, daß Ihr wiederum Euch in tapferem, soldatisch klaren und mutigen Einsatz in engster Kameradschaft mit Euren Kameraden der Polizei, der SS und der Wehrmacht im Kampf um die Durchsetzung der deutschen Führung und Ordnung in diesem Raum bewährt habt. Im Namen der Deutschen dieses Raumes, der Regierung des Generalgouvernements danke ich Euch dafür. Ihr habt Euch, ausgezeichnet ausgebildet, im Rahmen der Aufgaben, die Euch seit je gestellt sind und die Euch dazu bestimmen, die deutsche staatliche Führung dieses Gebietes mit an entsprechender Stelle zu vertreten, wiederum bewährt.

Es ist klar, daß der Feind im Osten entschlossen ist, das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement mit allen seinen Werten, dieses für das kämpfende deutsche Reich darstellt, seine Felder, Bauerngehöfte, Fabriken und Leistungsanlagen, seine fleißige Bevölkerung und damit das gesamte kraftvolle Bemühen, in diesem Nebenland des Großdeutschen Reiches unserem Führer bei seinem Sieg für Europa zu helfen, mit allen Mitteln zu zerstören. Umso stärker aber wird von Tag zu Tag unsere Energie und von Stunde zu Stunde unser Wille, dieses Gebiet mit allen Mitteln zu verteidigen und zum großen Vorbereitungsfeld für den baldigen deutschen Gegenschlag im Osten werden zu lassen. Bei diesem gewaltigen Bemühen ist gerade der Kampf gegen die Banden im Hinterland der Front von ungeheuerer Wichtigkeit und hier habt Ihr Euch besonders bewährt.

24.3.1944

Alle Berichte des Höheren SS- und Polizeiführers und Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Koppe, dem die Sicherung dieses Gebietes besonders obliegt, lauten dahin, daß er mit dem Einsatz des Sonderdienstes beste Erfahrungen gemacht habe. Dafür danke ich Euch und erwarte, daß auch fernerhin von Euch alles getan wird, um die Flagge des Führers in diesem Raum mit allen Kräften zu verteidigen.

Tapfere Männer aus Euren Reihen sind gefallen, die ihr Leben in diesem Kampf hingaben; sie leben aber weiter in unserem Werk, im Werk derer, die nach uns kommen. Wir gedenken der Toten!

(Der Musikzug intoniert das Lied vom guten Kameraden).

Ihr aber seid zu neuen Aufgaben aufgerufen! Kameraden, unser aller besten Wünsche begleiten Euch.

Der Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle dankt dem Herrn Generalgouverneur namens der Führer, Unterführer und Männer des Sonderdienstes für seine anerkennenden Worte und gibt die Versicherung ab, daß der Sonderdienst auch im kommenden Jahr die ihm gestellten Aufgaben erfüllen werde.

Ein Vorbeimarsch der angetretenen Männer beendet den feierlichen Akt.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialdirektor von Helms vom Reichsinnenministerium in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Präsidenten Dr. von Craushaar

13^{10} M i t t a g e s s e n .

24.3.1944

15^{00} Besprechung mit Ministerialrat Burmeister vom Reichsfinanzministerium in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Präsidenten Dr. Senkowsky, der Ministerialräte von Streit und Dr. Weh über den Haushalt des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1944/45.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß in abschließenden Besprechungen der Haushalt des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1944/45 mit einer Gesamtsumme von 3,695 Milliarden gegenüber 3, 655 Milliarden Zloty im Jahre 1943/44 festgelegt worden sei. Dank einer vorbildlichen Zusammenarbeit sei es zum ersten Mal gelungen, den Haushalt vor Beginn des Rechnungsjahres fertigzustellen. Gegenüber 1,3 Milliarden Wehrbeitrag im Jahre 1943 sei dies Mal ein solcher von 1,2 Milliarden vorzuschlagen; gleichzeitig sei beabsichtigt, evtl. den ganzen Ertrag aus einem zum Zwecke einer gewissen Geldabschöpfung geplanten freien Verkauf von Wodka als zusätzlichen Wehrbeitrag dem Reich zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Haushaltszahlen als fiktiv und gibt dafür einen eingehenden Bericht über die Lage des Generalgouvernements unter besonderer Hervorhebung der unzureichenden Versorgung der fremdvölkischen Bevölkerung auf finanziellem, ernährungswirtschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet und der kritischen Währungssituation im Generalgouvernement.

Das Existenzminimum der polnischen und ukrainischen Beamten und Angestellten sei unverantwortlich schlecht, und sie seien nicht einmal in der Lage, die ihnen amtlich zugeteilten Lebensmittel einzukaufen. Der Einnahmeüberschuß des Staates beruhe zum größten Teil auf den geringen Ausgaben für die Ernährung und Versorgung der Fremdvölkischen. Der Etat würde anders aussehen, wenn man amtlich soviel ausgeben müßte, daß

24.3.1944

die fremdvölkische Bevölkerung einigermaßen anständig leben könnte. Entsprechend der neuen vom Führer gebilligten Polenpolitik könne dieser Zustand nicht mehr länger geduldet werden. Wenn bei den kommenden schweren Ereignissen im Generalgouvernement die Versorgung der Fremdvölkischen, die Bezahlung der Beamten und Angestellten so unzureichend seien, könne eines Tages die ganze Verwaltung zusammenbrechen. Die primäre Leistung des Generalgouvernements für das Reich dürfe nicht die finanzielle, sondern die arbeitsmäßige Leistung sein. Die Leistungen des Generalgouvernements stiegen sicherlich im gleichen Rahmen, wie man die Bevölkerung durch Entgegenkommen interessierter an den Leistungen mache. Wenn behauptet werde, dieses Problem sei von der Geldseite her nicht zu lösen, so müsse eben ein Weg gefunden werden, um der Bevölkerung wenigstens den guten Willen zu zeigen. Dem Haushalt könne er also nur mit Vorbehalt zustimmen, da sich leicht die Notwendigkeit einer zusätzlichen Ausgabe für die Besserstellung der Fremdvölkischen ergeben könnte.

Die Währungssituation im Generalgouvernement sei katastrophal. Das Verhalten des Reiches dieser Sachlage gegenüber könne nicht mehr verantwortet werden. Der einzige aktive Wirtschaftsfaktor, den das Reich im Osten noch besitze, werde in kurzer Zeit zusammenbrechen, wenn man aus dem Lande weiterhin die produzierten Gegenstände mit fiktiver Bezahlung herausnehme und dafür keine Ware hineinpumpe. Die Währung sei in einer autoritären Staatsführung eine Machtfrage und diese wiederum eine Ansehensfrage des Staates. Wenn der Staat nicht imstande sei, die Sicherheit seiner Grenzen zu gewährleisten, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, werde es zu einem Zusammenbruch der bis jetzt aufrecht erhaltenen Vertrauenssituation kommen

7

24.3.1944

In einer vor kurzem stattgefundenen Währungssitzung habe sich die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement davon überzeugen müssen, daß an dem Währungsproblem nichts zu ändern sei, weil die von der Wehrmacht benötigten und geforderten Produkte mit Geld bezahlt würden und eine Gegenleistung in Gestalt von Waren nicht stattfinde. Auch rein numerisch werde sich ein wesentlicher Rückgang der Einnahmen einstellen: einem Staat, zu dem die Bevölkerung kein Vertrauen habe, bezahle sie auch keine Steuern.

Ministerialrat Burmeister äußert dazu, daß auch er überzeugt sei, daß über all' diesen Zahlen ein grosses Fragezeichen stehe. Er werde also seinem Minister berichten, daß der Etat des Generalgouvernements nach Reichsgrundsätzen aufgestellt sei, daß er aber noch Abweichungen besonders im Hinblick auf die Prüfung der Beamtengehälter der Fremdvölkischen haben könne. Der Reichsfinanzminister werde bei Änderung der Situation auf einer jetzt vereinbarten Formalie nicht bestehen.

Staatssekretär Dr. Bühler macht Bedenken geltend gegen einen gesetzmäßig verankerten Wehrbeitrag von 1,2 Milliarden, da sich die Situation des Generalgouvernements infolge der Ereignisse der letzten Zeit wesentlich geändert habe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Ministerialrat Burmeister, den Reichsfinanzminister über die wirkliche Lage des Generalgouvernements zu unterrichten. Er selber werde im Begleitschreiben zum Haushalt dem Reichsfinanzminister nur unter Vorbehalt seine Zustimmung erklären können.

8

24.3.1944

Ministerialrat Burmeister weist dann auf die Tatsache hin, daß der Etat des technischen Zentralamtes um 23o Millionen niedriger festgesetzt sei, als Präsident Bauder beantragt habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt dieser Regelung seine Zustimmung; er bezeichnet es als nicht richtig, daß das Generalgouvernement die Kosten für einen Verwaltungszweig übernehmen solle, auf den es keinen Einfluß nehmen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt noch, daß die fremdvölkischen Polizeibeamten vorerst für ein halbes Jahr monatlich eine Gefahrenzulage von loo Zloty bekommen sollten.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden, weist im übrigen aber darauf hin, daß die Gesamtsituation der fremdvölkischen Beamten, Angestellten und Arbeiter in Richtung einer Aufbesserung ihrer Lebensverhältnisse eingehend erörtert werden müsse.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Graf Esterhazy in Anwesenheit des Botschaftsrat Schumburg.

16^{45} Besprechung mit Präsident Lauxmann.

16^{50} Besprechung mit dem Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke und Generalmajor Haseloff in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

9

24.3.1944

17[00] L a g e b e s p r e c h u n g im Grünen Zimmer der Burg.

Anwesend sind:

General Haenicke, Generalmajor Haseloff, die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, Oberdienstleiter Tießler, Gouverneur Kundt, die Präsidenten Bauder, Emmerich, von Craushaar, Naumann, Gerteis, Lauxmann, Senkowsky, Ohlenbusch, Pressechef Gassner, Oberst Fischer.

Nach Vortrag des Wehrkreisbefehlshabers General Haenicke über die gegenwärtige militärische Lage berichten die einzelnen Präsidenten über den Stand der Räumungsarbeiten auf ihrem Arbeitsgebiet, wobei von allen der gute Verlauf der Räumungsarbeiten festgestellt werden kann.

Der Herr Generalgouverneur kann feststellen, daß die Angehörigen-Räumung der Stadt Lemberg im vollen Gange ist, daß jedoch das äußere Gerippe der deutschen Verwaltung weiterhin bestehen bleibt. Die waffenfähigen Männer der zu evakuierenden Dienststellen bleiben an Ort und Stelle zur Verfügung des Gouverneurs, der Polizei und der Zentralen in Krakau. Eine Erweiterung der Räumungszone findet vorerst nicht statt. Zum Abtransport des Senders und der wertvollen Apparate der Bahn und der Post sind die notwendigen Maßnahmen getroffen. Die "Ukraine Zeitung" erscheint am gleichen Tag zum letzten Mal, während die Lemberger polnischen und ukrainischen Zeitungen des Generalgouvernements bis zum letzten erscheinen werden.

Sollte bei Brest-Litowsk die Gefahr einer Frontannäherung an das Generalgouvernement eintreten, hat der Räumungsbeauftragte Dr. von Craushaar das Recht, die Räumung für die Kreise Sokolow und Siedlce anzuordnen.

lo

24.3.1944

Anschließend hat der Herr Generalgouverneur noch eine Besprechung mit seinen Staatssekretären, als deren Ergebnis er ein Fernschreiben an Reichsführer SS Himmler diktiert und in dem er um eine gemeinsame Besprechung zwischen dem 7. und 12. April ersucht.

20^{00} Besprechung mit Professor Dr. Heilmeyer.

(Übernachtung auf der Burg)

IV/9 Krakau

Sonnabend, den 25. März 1944

$1o^{5o}$ Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur teilt Oberdienstleiter Tießler mit, daß im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Inneren Reichsführer SS Himmler die Kinderlandverschickung ins Generalgouvernement sofort eingestellt werden soll.

Mit dem Vorschlag des Oberdienstleiters Tießler, das Gemeinschaftshaus der NSDAP in Zakopane gegebenenfalls für die Unterbringung von Volksdeutschen zur Verfügung zu stellen, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Auf die Frage des Oberdienstleiters Tießler, ob die für die Zeit vom 7.bis 27.Mai 1944 geplante Spinnstoffsammlung zugunsten der Bombengeschädigten im Reich auch auf das Generalgouvernement ausgedehnt werden solle, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er sich damit einverstanden erklären könne unter der Voraussetzung, daß diese Sammlung unter den Deutschen des Generalgouvernements durchgeführt und davon kein grosses Aufheben gemacht werden solle.

Oberdienstleiter Tießler geht dann auf die Frage ein, ob und in welcher Weise die Zeitschrift "Das Vorfeld" umgestaltet werden könne. Man benötige mehr denn je für die Politischen Leiter wie für die Führer der Gliederung und Organisationen ein Organ, in welchem ihnen klar gelegt werde, wie sie sich politisch zu gewissen Fragen einstellen müßten. Diese Aufklärung sei deshalb notwendig, weil man teilweise auf Standortführer angewiesen sei, die noch nicht über das Format verfügten, wie sie es für so wichtige Fragen wie diejenigen der Menschenführung haben müßten.

2

25.3.1944

Dem Vorschlage des Oberdienstleiters Tießler, das bisherige "Vorfeld" in zwei Ausgaben A und B zu teilen, kann der Herr Generalgouverneur nicht zustimmen, er stellt vielmehr Oberdienstleiter Tießler anheim, ein neues Organ neben dem "Vorfeld" zu schaffen und das "Vorfeld" nach Möglichkeit im Interesse der Parteiaufgaben auszubauen. Das neue Organ könnte dann die Bezeichnung erhalten: "Der Ostruf, Führungsblatt des Arbeitsbereichs Generalgouvernement".

Der Hinweis des Oberdienstleiters Tießler darauf, daß an den Plakatsäulen die Ankündigung der Großkundgebung am 25. März neben der Bekanntmachung des Vollzuges von Todesurteilen an lo Pden auf gleichfarbigem Papier bekanntgegeben worden ist, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der Anordnung, daß künftig keine derartigen Plakate mehr ohne vorherige Unterrichtung des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda angeschlagen werden dürfen.

11[05] Besprechung mit Präsident Naumann und Ministerialrat Dr. Behr in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe. +)

Präsident Naumann gibt in längeren Ausführungen einen Überblick über die Ernährungssituation des Generalgouvernements, wie sie sich nach dem Einbruch der Russen in die Distrikte Galizien und Lublin gestaltet hat. Seit Anfang März 1944, so führt er aus, sei in den beiden wichtigen Überschußdistrikten Lublin und Lemberg praktisch von einer Erfassungstätigkeit nichts mehr zu merken, da in diesen Gebieten überall die Räumungsmaßnahmen im Vordergrund ständen. Man müsse daher eine neue Ernährungsbilanz aufstellen und überlegen, was man an Vorräten noch aus diesen Distrikten herausholen könne. Man habe eine Gesamtmenge von 1,6 Millionen Tonnen Getreide gehabt, an der Galizien

---

+) s. S.

3

mit 585 ooo to, Lublin mit 4o5 ooo to, insgesamt also 99o ooo to oder 62 % des gesamten Solls des Generalgouvernements beteiligt gewesen seien. Die Erfassung habe 1 5o5 ooo to gelautet. Erfreulicherweise seien in den letzten Tagen immerhin noch 5 ooo to Getreide erfaßt worden, darüber hinaus noch ganz vor kurzem 8oo to im Distrikt Lublin und 3oo to im Distrikt Galizien. Die Kreislandwirte versuchten, das irgendwie Mögliche herauszuholen. Von den 4o5 ooo to des Distrikts Lublin fehlten 99 ooo to, von den 585 ooo des Distrikts Galizien fehlten 34 ooo to, insgesamt also133 ooo to. Andererseits sei in den drei Distrikten Warschau, Krakau und Radom etwas mehr erfaßt worden. Die 133 ooo to müsse man aber jedenfalls abschreiben. In den beiden Distrikten Lublin und Galizien seien 887 ooo to erfaßt worden, der Eigenbedarf habe 22o ooo to betragen, was also einer überdistriktlichen Verbringung von 637 ooo Tonnen entspreche. Von diesen 637 ooo to habe man bis 15. März aus den beiden Distrikten 416 ooo to erfaßt, so daß noch insgesamt 221 ooo to in den beiden Distrikten lägen. Daß man diese Menge von 221 ooo to aus den beiden Distrikten nicht habe herausbringen können, sei zunächst auf die auch in den Distrikten westlich von Weichsel und San bestehende Wagenraumnot zurückzuführen. Andererseits sei auch schon seit Dezember vorigen Jahres die Waggongestellung ein großer Engpaß gewesen, wenn auch die Herausbringung von 416 ooo to vom November 1943 bis März 1944 eine unerhörte Leistung der Eisenbahn gewesen sei. Weiter habe man mit großen Schwierigkeiten bei der Beladung der Waggons gekämpft. Man sei angesichts der obwaltenden Verhältnisse dazu gezwungen gewesen, Erfassungsstellen einzurichten, die überall im Lande verstreut waren und zu denen keine Eisenbahnverbindung führte. Man habe das erfaßte Getreide mit Lastkraftwagen, Panjewagen usw. an die Eisenbahn bringen

müssen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge werde man 1o5 ooo to nicht herausbringen können. Dazu käme die Mindererfassung von 133 ooo to, so daß also für das gesamte Generalgouvernement eine Menge von 238 ooo to Getreide für die Zuschußdistrikte Warschau, Krakau und Radom fehle.

Wenn man mit diesem Verlust von 238 ooo to rechne, so könne man für die Ernährungsbilanz zu folgendem Ergebnis kommen: man könne die Brotration bis zum Beginn der neuen Ernte trotz dieses Verlustes weiter halten, unter der Voraussetzung, dass das Reich die 5o ooo to eingetauschten Getreides auch tatsächlich im Laufe der Monate Mai bis Juli zurückgebe. Hinsichtlich der Kartoffelbelieferung werde man der polnischen Bevölkerung gegenüber die Verpflichtungen nicht ganz einhalten können. Man werde deshalb versuchen, die fehlenden Kartoffeln durch höhere Mehlzuteilung auszugleichen.

Präsident Naumann gibt dann einen Überblick über gewisse sich aus dieser Lage für die polnische Bevölkerung ergebenden Einschränkungen in Bezug auf wichtige Lebensmittel wie Kartoffeln, Fleisch, Fett, Milch, Zucker, Eier und dafür als Ersatz auszugebende Nahrungsmittel wie Marmelade.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Naumann, nach dem von ihm erörterten Plan vorzugehen und bei demnächst in Berlin von ihm durchzuführenden Besprechungen mit den zuständigen Stellen die für das Generalgouvernement gegebene Lage genau zu schildern, dabei besonders darauf hinzuweisen, daß diese Lage durch die Kriegsereignisse bedingt worden sei.

Krakau, den 25.März 1944

A k t e n v e r m e r k .

Hauptabteilungspräsident Naumann trägt die Neuregelung der Versorgung (II) aufgrund der neuerlichen Situation dem Herrn Generalgouverneur vor. Unterlage für den Vortrag ist der Aktenvermerk von Abteilungsleiter III, Dr. Behr, vom 24.3.1944.

Anwesend: Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Bühler,
Staatssekretär Obergruppenführer Koppe,
Hauptabteilungspräsident Naumann,
Ministerialrat Dr. Behr.

-.-.-.-

Rationssatz für Brotgetreide.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zur Kenntnis, daß der Brotrationssatz trotz der vorgetragenen Verluste bis zum Schluß des Kriegswirtschaftsjahres unter folgenden Voraussetzungen durchgehalten werden kann:

1) Das Reich führt die Tauschaktion Futter-Getreide-Roggen in Höhe von 50.000 to ordnungsgemäss durch.

2) Weitere Verbringungsverluste würden selbstverständlich den Brotrationssatz in entsprechendem Umfang gefährden.

3) Die Kartoffellücke - wie vorgesehen - kann nicht durch Getreideerzeugnisse geschlossen werden.

4) Die so dringend notwendige Anlage einer Staatsreserve wird auch im 5.KWJ. durch die bekannten Verhältnisse nicht gebildet werden können.

5) Kartoffelwirtschaft.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zur Kenntnis, daß sich auf dem Kartoffelsektor ebenfalls Schwierigkeiten ergeben durch den Ausfall der Speisekartoffeldistrikte Galizien und Lublin. Ganz besonders wird sich der Ausfall der beiden Überschussdistrikte bei der Spritproduktion und damit insbesondere bei der Reichsleistung für Sprit bemerkbar machen. Der Herr Generalgouverneur entscheidet, daß Hauptabteilungspräsident Naumann in Berlin erklären soll, daß die abgestoppte Reichsleistung bei Sprit nicht wieder in Gang gesetzt werden kann aufgrund der Verhältnisse, für die das Generalgouvernement nicht verantwortlich zeichnet. Die beiden Überschussdistrikte fallen teils durch die Besetzung und teils durch die Erschütterung der Frontnähe mit 200.000 hl aus, d.h. 50% der gesamten Produktion.

Viehwirtschaft.

Der Herr Generalgouverneur entscheidet, daß Hauptabteilungspräsident Naumann in Berlin von der nicht wieder Ingangsetzung der Reichsleistungen in Höhe von 8.700 to Bericht erstatten soll aufgrund der Ausfälle der beiden Überschussdistrikte. Die Entnahmen durch die Heeresgruppe Süd sollen möglichst genau registriert werden, um als Reichsleistung Anerkennung zu finden.

Was von den Kreislandwirten nicht registriert werden kann, wird nachträglich durxh geeignet erscheinende Massnahmen erfasst und dem Reich als Reichsleistung zur Last gelegt.

Im Hinblick auf die Einsparung von 7.300 to durch den Wegfall der Distriktslieferungen der beiden Überschussdistrikte Galizien und Lublin ist der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, die bis

400 gr Fleischrationssätze für 3,7 Millionen nichtdeutsche Normalverbraucher der drei Unterschussdistrikte Warschau, Radom und Krakau ab 1.5. ohne grosse Propaganda je nach Möglichkeit entweder in etwa zu realisieren oder sie ganz wegfallen zu lassen.

Durch die geschickte Formulierung dieses Rationssatzes als Bis-Satz fällt diese Rationssenkung praktisch gar nicht auf.

Milch-und Fettwirtschaft.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den vorgesehenen Rationssenkungen einverstanden. Er wünsche jedoch bei entsprechend erfolgreicher Eiererfassung noch zu der Marmeladen-Zusatzration eine Sonderzuteilung von Eiern nach Massgabe der für diese Sonderzwecke zur Verfügung stehenden Eiermengen. Wegen einer Propagierung dieser ab 1.5. durchzuführenden Massnahme sei die Zusammenarbeit mit Pressechef Gassner und Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch gegeben.

Eierwirtschaft.

Der Herr Generalgouverneur bittet Hauptabteilungspräsident Naumann, in Berlin zu berichten, daß die Reichsleistung bei Eiern in Höhe von bis 50 Millionen aus den vorgetragenen Gründen zum Wegfall kommt. Auch der W.i.G. wird aufgrund der Gebietsverkleinerungen und damit zahlenmässigen Verkleinerung seines Bestandes in einen entsprechenden Nachlass einzuwilligen haben, was übrigens auch bei Fleisch und ggfs. anderen GG-Leistungen durch eine Besprechung mit dem W.i.G. (Generalintendant Scheer) erreicht werden muss.

Zuckerwirtschaft.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zur Kenntnis, daß bei grösseren Nichtverbringungen als erwartet auch auf diesem

Gebiet ggfs. Rationssenkungen bei Zucker, Marmelade und Kunsthonig zu erwarten sind, falls es nicht gelingt, die entsprechenden Mengen rechtzeitig aus den Distrikten Galizien und Lublin herauszubringen. Abschliessend weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß selbstverständlich alle Leistungen an die Heeresgruppe Süd genauestens festzulegen und auf den Wirtschaftsgebieten, wo die Reichsleistungen bereits 100%-ig erfüllt sind, wie z.B. Getreide, eine Rückführung der Überschussmengen vom Reich ins Generalgouvernement in Form von Brotgetreide zu erfolgen hat.

Zum Schluss sagt der Herr Generalgouverneur nochmals, daß Hauptabteilungspräsident Naumann bei Reichsminister Backe betonen möchte, daß das Generalgouvernement durch den von seiner Seite aus unverschuldeten praktischen Verlust der Distrikte Galizien und Lublin leider nicht mehr in der Lage sei, seine aussenstehenden Leistungen, wie sie normalerweise glatt hätten erfüllt werden können, nunmehr noch durchzuziehen. Der Herr Generalgouverneur bat, Reichsminister Backe zu grüssen und von dem Ausfall der Besprechung Bericht zu erstatten. Von der Mitnahme eines Schreibens von ihm durch Hauptabteilungspräsident Naumann an Reichsminister Backe sieht er vorläufig ab, um erst einmal eine Sondierung des Terrains vornehmen zu können.

gez. Naumann

5

25.3.1944

12[1o] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

12[2o] Der Herr Generalgouverneur empfängt General der Flieger Sommé und seinen Generalstabschef Oberstleutnant Meißner in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

General der Flieger Sommé macht dem Herrn Generalgouverneur Meldung von seiner Versetzung in eine andere Dienststellung. Er verabschiedet sich von dem Herrn Generalgouverneur mit Worten des Dankes für die gute Zusammenarbeit und die große Unterstützung, die er in seiner Stellung des Kommandierenden Generals des Luftgaues VIII stets bei dem Herrn Generalgouverneur gefunden habe.

12[4o] Besprechung mit Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements Hindemith.

Im Anschluß an die Besprechung richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an den Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch:

Ich habe heute mit dem Chefdirigenten Hindemith die Gesamtposition der Philharmonie des Generalgouvernements durchgesprochen. Ich habe außerdem in den letzten Tagen an einem konkreten Fall die völlige Vertrauensunwürdigkeit des Herrn Haslinde festgestellt: er hat ein ihm vertraulich zur rein persönlichen Information gegebenes Gutachten über die Leistung des Herrn Swarowsky diesem zur Einsichtnahme gezeigt bzw. nicht verhindert, daß dieser Einsichtnahme erlangen konnte. Ich bin überdies bestürzt über den Umstand, daß er seine eigene Frau als Angestellte in dem Philharmoniebetrieb stillschweigend untergebracht hat. Dies ist, zusammengenommen mit seinem gesamten persönlichen Bild, seiner eigenen Vorgeschichte usw., eine solche Fülle von Momenten, daß ich anordne:

25.3.1944

1. Sie werden zum nächstmöglichen Termin die Verträge mit Herrn Haslinde bzw. Frau Haslinde zur Kündigung bringen.
2. Sie werden den Chefdirigenten Hindemith beauftragen, Ihnen einen Vorschlag für die Besetzung der Stelle eines Geschäftsführers der Philharmonie - und nicht mehr wie bisher eines Intendanten - vorzulegen.
3. Sie werden mir baldmöglich über den Fortgang der Angelegenheit berichten.

12^{45} Besprechung mit SS-Panzergrenadier Tschamper.

Gegenstand der Besprechung ist die Freigabe des Tschamper von der Waffen-SS und seine Wiedereinstellung in den Dienst des Generalgouverneurs.

18^{00} G r o ß k u n d g e b u n g der Distriktsstandortführung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP. im Hause Urania.

Nach dem Fahneneinmarsch und einem gemeinsam gesungenen Lied, eröffnet Distriktsstandortführer Gouverneur Ritterkreuzträger Dr. von Burgsdorff die Kundgebung mit folgenden Worten:

7

25.3.1944

Ich eröffne die heutige Kundgebung der NSDAP und heiße Sie, Herr Generalgouverneur als Leiter des Arbeitsbereichs der NSDAP Generalgouvernement, aufs herzlichste willkommen. Ich begrüße unsere Ehrengäste, die Vertreter von Wehrmacht und Staat. Ich begrüße unsere alten Parteigenossen, die schon seit vielen Jahren an der Schaffung des neuen Deutschen Reiches mitgewirkt und mitgearbeitet haben. Herr Generalgouverneur, vor Ihnen sitzt eine vielhundertköpfige Menge deutscher Männer und Frauen, die in größter Erwartung und offenen Herzens, Ihre Worte in sich aufzunehmen wünschen.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur, von den Anwesenden stürmisch begrüßt, das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Männer, deutsche Frauen des
Generalgouvernements!

In einem Augenblick der Kriegsgeschichte, der uns im Generalgouvernement die Front nahegebracht hat, ist es unsere Aufgabe, uns die Hand zu reichen, uns ins Auge zu sehen, unseren Siegglauben, den Glauben an den Führer, den Glauben an den Sieg der großdeutschen Wehrmacht, den durch nichts zu erschütternden Glauben an die Unüberwindlichkeit des deutschen Volkes mit besonderem Nachdruck hier im Ostland, in der Bastion des Ostens des Großdeutschen Reiches, zum Ausdruck zu bringen.

Nunmehr im fünften Jahre, nachdem die frühere Republik Polen durch den einzigartig heroischen Waffengang unserer siegreichen Wehrmacht binnen 18 Tagen vernichtet wurde, im fünften Jahre des Neuaufbaues dieses Raumes, wo die Hunderttausende deutscher Männer und Frauen in allen Teilen des Generalgouvernements, in seinen Distrikten, seinen Kreisen, seinen Städten, auf dem Lande, in den Forsten, in den Fabriken, in den

8

großen weiten Ernteflächen den Aufbau vollzogen haben, nun, da dieses Generalgouvernement zu einem der wesentlichen Faktoren der deutschen Kriegsgeschichte wurde, sind wir Frontland geworden. Über dieser Stunde liegt der Ernst der Erkenntnis dieser Lage. Allerdings ist diese Front im Generalgouvernement nur imstande, heute etwa noch nicht ganz 1 % der Grundfläche des Generalgouvernements den Feinden ausgeliefert zu sehen. Es ist also nur ein ganz winziges kleines Stück, in das sich der Feind unter Ausnutzung der gegenwärtig vom Führer mit voller Absicht geduldeten strategischen Lage hat einschleichen können. Wir wissen aber, daß trotzdem weil wir Frontland geworden sind, nunmehr diese Aufbauarbeit, die Leistung unserer Werke, die unausgesetzte Energie der deutschen Männer und Frauen in allen Teilen dieses Landes mit noch verstärkter Tatkraft fortgesetzt werden wird.

Wir blicken in diesem Augenblick mit Stolz und Anerkennung auf die deutschen Männer und Frauen des Staates, der Partei, der Wirtschaft, die sich in diesem ganz kleinen, winzigen Bereich des äußersten Ostens des Generalgouvernements vor dem Feinde zurückziehen mußten. Sie haben sich treu Schulter an Schulter mit den Kameraden der Wehrmacht aus den Gebieten immer erst dann zurückgezogen, wenn am anderen Ortsende der russische Panzer als erster in Erscheinung trat. Bis unmittelbar an die Front erstreckte sich somit Tag und Nacht die Energie der deutschen Männer und Frauen dieses Raumes, die deutsche Führung dieses Gebietes sicherzustellen.

Der Feind im Lande bedeutet daher für uns nur die Übernahme des Frontgeistes in die Totalität des Lebens dieses Raumes.

9

25.3.1944

Das ganze deutsche Volk schaut nunmehr auf das Generalgouvernement. Wir mir der Führer vor wenigen Tagen sagte, ist das Generalgouvernement in seinen Augen nunmehr die Bastion des Ostens geworden. Ich frage Euch, deutsche Männer und Frauen dieses Gebietes: "Werdet Ihr diese Erwartung des Führers erfüllen?", dann ruft "Ja".
(Ein vielhundertstimmiges "Ja" antwortet dem Generalgouverneur.)

Es ist nicht anders möglich. Der Feind im Land wird hier auf einen Widerstand stoßen, der weit über das Militärische hinaus ihm keine Ernte, keine Früchte, keine Werte in die Hände gibt. Ich bin mir darüber klar, daß die Gesamtsituation des Krieges uns mit gesteigertem Glauben erfüllen wird. Es ist ja nicht die Schwäche des deutschen Heeres oder der deutschen Wehrmacht, die die Ereignisse im Osten herbeiführt, - wir wären schon heute imstande, in jeder Form Sowjetrußland entgegenzutreten, - es sind die höheren Notwendigkeiten der gesamteuropäischen Führung, die diese Ereignisse im Osten herbeigeführt haben. Der Führer als der oberste Feldherr dieses Krieges hat seine Pläne so aufgebaut, daß sich eines Tages der Rückschlag, von dem Sowjetrußland glaubte, daß er ihm irgendeinen Vorteil bringen könnte, zu einem Gegenschlag von monumentalster Größe auswirken wird. Die Sowjetunion wird es noch im Laufe dieses Jahres zurückgezahlt bekommen, und wir werden - das ist nicht nur mein Glaube, sondern mein Wissen, - in dem kleinen Stückchen des Generalgouvernements, das wir heute räumen mußten, die Ernte unter deutscher Führung wieder einbringen.

(Lebhafter Beifall)

lo

25.3.1944

Aber nicht nur diese Erkenntnis, die wir hier im Osten haben, veranlaßt uns dazu. Blicken wir ruhig in dieser kameradschaftlich schönen Stunde vereint einmal rund herum in Europa. Wie sieht es denn im Süden aus? Dort waren die Feinde mit den größten Hoffnungen gelandet. England und Amerika verkündeten der ganzen Welt, sie würden in kurzer Zeit Italien völlig erobern, die deutschen Truppen bis an den Brenner zurückjagen, sie würden über Rom hinweg nach dem Norden vorstoßen. Und wie hat sich nach diesem Geschwätz von hysterischen alten Weibern dieser Krieg zu einer Langsamkeit entwickelt! Denn zwei Weltreiche,England und Amerika, sind nicht imstande, auf einer Front von wenigen Kilometern den Widerstand unserer Grenadiere zu brechen. Wir haben mit einer herzbewegten Erregung, mit einer geradezu fieberdurchglühten Anteilnahme in den letzten Tagen den Kampf um Cassino erlebt: mit einem grauenhaft unvorstellbaren Bombardement, bei dem auf einer Flüche von zwei Quadratkilometern an Bomben in wenigen Stunden soviel hernieder gefetzt wurde, wie es sonst auf Hunderten von Quadratkilometern nicht geschieht, glaubten die Engländer und Amerikaner, sie könnten mit ihren Söldnern anrennen. Und was geschah nach diesem stundenlangen Bombardement, nach einem tagelangen Artilleriefeuer sondergleichen, das beispiellos in der Geschichte dieses Krieges ist? Der Angriff begann. Da traten unsere Grenadiere, unsere Männer der Luftwaffe, unsere Fallschirmspringer aus den zerstörten Tavernen, aus den Löchern der Berge, aus den Wurzelstöcken der umgestürzten Bäume heraus und schlugen tagelang diesen Angriff zurück. Das ist das kämpfende Deutschland der Front, und es wird mit diesem Centimetertempo dreihundert Jahre dauern, bis die Engländer und Amerikaner einmal bis an den Brenner gekommen sein werden.

11

25.3.1944

Von diesem Blick nach dem Süden nun ein Blick nach dem Westen! Herr Churchill hat bis zum 15.3.1944 die Invasion angekündigt, diese berühmte Invasion, die alles bisherige an Kriegsereignissen in den Schatten stellen sollte, die mit fantastischen Vorbereitungen ununterbrochen reklamehaft in die Welt hinaus posaunt worden ist, von der man sich die völlige Zerschmetterung Deutschlands versprach. Diese Invasion hat zu den billigsten Schlagworten in England und Amerika Anlaß gegeben. Wo sind sie denn geblieben, die Herren der Invasion? Es ist ein hartes Problem. Denn wenn es schon in Cassino, in dem kleinen Landestückchen von Anzio und Nettuno Monate dauert, um eine Handvoll deutscher Grenadiere mit Armeen zurückzudrängen, wie glaubt man dann eine Invasion durchsetzen zu können, wenn vom Nordkap bis zu den Pyrenäen eine Armee an die andere, ein weittragendes, großkalibriges Geschütz an das andere gereiht, ein Panzergraben hinter dem anderen, eine Fortifikation modernster Betonbauarbeit neben der anderen Hunderte von Kilometern weit die Invasion erwarten. Wir können mit voller Klarheit und Ruhe dieser Invasion entgegensehen. Wenn sie stattfindet, dann wird sie die Zerschmetterung der Invasionsarmeen bringen, mögen sie so groß wie immer sein.

Nun ein Blick in die anderen Fernen dieses Krieges! In diesen Tagen ist ein merkwürdiges Ereignis eingetreten. Man hat Finnland, diese Heldennation im Norden, mit den ganzen Tricks der jüdischen Propaganda dazu zu veranlassen versucht, einen Sonderfrieden zu schließen; man hat dieser Heldennation die schmählichsten Bedingungen gestellt, so u.a. die des Verrats am deutschen Kameraden im Norden. Es war eine Riesenohrfeige für die Weltjudenschaft, daß dieses Heldenvolk von kaum 3 Millionen Menschen, von denen 5o % an der Front stehen, in diesem schweren Augenblick, da Deutschland im

25.3.1944

Osten vor dem schwersten Angriff der Sowjetunion steht, "nein" sagte und erklärte, lieber an der Seite Deutschlands den schwersten Kampf um die Freiheit weiterkämpfen als irgendwie Verrat üben zu wollen. Das war eine der größten Niederlagen der Feindclique.

Und schauen wir weiter auf das kleine Irland, auf sein tapfer kämpfendes Volk, das um seine Freiheit ringt, das kaum 4 Millionen Menschen zählt, die auf einer Insel wohnen, - auf die Iren, ein altes keltisches Volk von großem kulturellen Range. - Auch dieses Irland sollte dem Druck der Hunderte von Millionen umfassenden Weltreiche England und Amerika unterliegen. Sie verlangten von ihm die Aufgabe der Neutralität und die Ausweisung der deutschen und der anderen Gesandten der mit uns verbündeten Mächte. Was tun dieses kleine Irland? - Es sagt "nein" und erklärt: wenn wir diese Gesandten ausweisen, dann würden auch die Amerikaner und Engländer als erste unsere Hauptstadt verlassen müssen. So ist es bereits mit dem Prestige der Herren Churchill und Roosevelt bestellt, daß Völker mit 2 Millionen, 3 Millionen oder 4 Millionen Einwohnern wie Finnland und Irland einfach "Nein" sagen, wenn unbillige Forderungen erhoben werden.

Ein weiteres Beispiel, das uhs nun sehr angeht, auch uns im Generalgouvernement! In den letzten Wochen und Monaten machte sich in Ungarn, das über 750 000 Juden zählt, das aber sonst ein tapferes Volk ist, welches seit über einem Jahrtausend in einem fest gefügten Staat lebt, das immer seine Treue zur gesamteuropäischen Idee zeigte, eine verräterische Clique breit, die da glaubte, die Stunde für die Ablösung dieses ungarischen Bundesgenossen von Deutschland gekommen zu sehen. Aber mit Hilfe der ungarischen Patrioten geschah es

nunmehr, daß der Reichsverweser selber aus eigenem Entschluß eine Regierung in Budapest zusammenrief, die entschlossen ist, Seite an Seite mit der deutschen Wehrmacht die ungarische Volkskraft bis zum äußersten in diesem Kampf um Europa einzusetzen. Auch dort also haben die Herren Churchill und Roosevelt und das ganze Weltjudentum ausgespielt.

Wir können daher bei diesem Rundblick über wenige Staaten, die in Europa liegen, schon sehen, wie es um das Prestige dieser vielgerühmten Weltreiche England und Amerika steht. Zu allem Überfluß kommt nun noch eine Meldung, die uns Deutsche auch bewegen muß, denn auch sie ist ein Zeichen für die völlige Umkehr der Dinge - die Meldung nämlich, daß japanische Truppen in gigantischer Anzahl die indische Grenze überschritten haben und damit das uralte Problem der endlichen Befreiung von 4oo Millionen Inder aus der englischen Knechtschaft in die unmittelbarste, vitalste Zone Englands getragen wurde. Dieser Einmarsch in Indien ist ein weltgeschichtliches Ereignis sondergleichen. Wenn Sie dazu noch die Niederlage der englischeamerikanischen Diplomatie in der Türkei und in Spanien nehmen, also in zwei Ländern, die voll souveränem Stolz es allen Drohungen dieser sogenannten Weltmächte entgegen sich an dem Krieg gegen Deutschland nicht beteiligen, sondern in voller Neutralität beharren, so ist es klar, daß sich angesichts dieses völligen Zusammenbruches der politischen Situation Englands und Amerikas in England und Amerika die Stimmen häufen, die da fragen: wozu eigentlich noch dieser Krieg?

Für uns ist dabei von überragendem Interesse, daß sich Herr Stalin in seinem Kreml zu Moskau diese politische Untergangsstimmung Englands und Amerikas zunutze macht. In allen Bereichen der internationalen Zonen

14

macht er seine völlig eigene Politik, die darauf hindeutet, daß die sogenannte Weltkoalition gegen Deutschland in Wirklichkeit nur ein ganz künstliches Gebilde ist, das heute oder morgen zusammenbrechen wird.

Wenn wir nun demgegenüber einen Blick auf unser deutsches Volk werfen, wenn wir hier auf diesem vorgeschobenen Platz sehen, wie unsere deutsche Heimat diesen Krieg besteht, dann braucht es uns nicht Wunder zu nehmen, daß vor wenigen Tagen der amerikanische Kriegsminister erklärte: die Stärke des deutschen Volkes ist völlig ungebrochen. Sie haben nun, da sie an den Fronten keinen Erfolg haben, zu den schmutzigsten Mitteln gegriffen und ihre Terrorrangriffe auf unsere Städte ihrer Meinung nach ins Maßlose gesteigert. Wenn wir in die Heimat blicken, so ist unsere erste bange Frage nach der Situation jener herrlichen alten deutschen Kulturstätten, die nunmehr seit Monaten Tag und Nacht den verbrecherischen Attacken der Terrorflieger ausgeliefert sind. Alles das, was jeder von uns aus seiner deutschen Heimat an Bewußtsein der Größe und Herrlichkeit deutschen Lebens in sich trägt, das ganze Bild der herrlichen Fachwerkbauten Niedersachsens, der grossen Dome am Rhein, der wundersamen Rathäuser, Bürgerhäuser, der alten Paläste, der Burgen, der weihevollen Räume in den herrlichen deutschen Städten von einzigartiger Großartigkeit, vom Norden bis zum Süden, vom Westen bis weit in den Osten hinein, - es wird von den Feinden in verbrecherischer Weise angegriffen und ist zum großen Teil in Schutt und Asche gesunken. Alles das versinkt, und damit werden die Menschen, die Frauen, Kinder und Greise getötet. Bilder des Schreckens und Grauens, bewegteste Szenen von unvorstellbarer Grausamkeit, die sich in diesen bombenzerstörten, phosphorüberflammten Kellern abspielen! Es ist das Grauen in

der unmittelbarsten Wirklichkeit, das diese Weltverbrecher in unsere Heimat gebracht haben. Damit ist die Erkenntnis verbunden, daß dieser Krieg um das letzte geht; denn er entscheidet nicht über Freiheit oder Unfreiheit, nicht über Reichtum oder Armut, nicht über Größe oder Kleinheit, er entscheidet über Sein oder Nichtsein. Deshalb sind wir auch legitimiert zu der entsprehhenden Antwort: London und England werden die Vergeltung schon in wenigen Wochen spüren.

(Stürmischer Beifall)

Aber abgesehen davon, welch' grauenhaftes Spiel mit Europens Kultur treiben diese Juden! Wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung bedurft hätte, dann schaut Euch die deutschen Städte in Trümmern an, und dann seht Ihr das Interesse, das der Jude an Europas Kultur hat. Wir haben uns daher vor diesen Trümmern aufzurichten.

Wenn man nun in die deutschen Städte schaut und etwa glauben wollte, man würde dort Leidenszüge oder schmerzerfüllt sich zurückhaltende müde Menschen sehen, so würde man bald eines besseren belehrt werden. In der Frühe marschieren die Hunderttausende der Menschen in Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt oder Stuttgart, München allüberall in die Fabriken und Werke, wie wenn nichts geschehen wäre. Das deutsche Volk richtet sich nach einem solchen Angriff immer wieder auf und sagt: man mag uns die Häuser zerstören, die Kirchen und Dome, wir bauen sie wieder auf; aber den deutschen Menschen, das deutsche Volk, den deutschen Lebenswillen, den deutschen Siegglauben kann man nicht mit Bomben zerstören.

(Lebhafter Beifall)

16

25.3.1944

Aus diesen terrorgeschädigten Städten flammt wieder ein ganz Großes auf, diese herrliche sozialistische Kameradschaft unseres Volkes. Heute geht es nicht mehr darum, ob einer mehr an Geld oder Gut hat, ob er mehr hat an Titel und Rang, an Können und Vermögen - da-s ist alles hinweggewischt. Heute ist nur entscheidend, ob es deutsche Frauen und Männer gibt, die die Zukunft ihres Volkes höher schätzen als ihr eigenes Dasein; und das ist ja millionenfach durch die Tat erwiesen. Wenn wir also in die Heimat schauen, so kann uns das Herz höher schlagen. Das kann uns mit einer trosterfüllten Glaubensstärke neu durchziehen: dieses Volk wird in der ganzen Welt niemand niederringen können.

So können wir denn im Generalgouvernement in dieser Bastion des Ostens nach einem solchen Rundblick in die Welt auch unsere Arbeit getrost fortsetzen. Ich freue mich über diesen flammend herrlichen Geist, der die deutschen Männer und Frauen in allen Teilen des Generalgouvernements erfüllt. Ich danke den deutschen Menschen dieses Raumes für dieses tatfrohe Sichbekennen. Aus einzelnen Beispielen tapfersten Einsatzes draußen im Lande weiß ich, wie sich dieser Geist auch in der Tat bewährt.

Wir leben jetzt hier in einem Brennpunkt der Weltpolitik. Ist es doch gerade Polen gewesen, um das der Krieg begann. Polen war der Ausgangspunkt dieses Weltkrieges, um Danzig und den Korridor wurde er entfacht. Polens Garantie war der Anlaß, den Churchill brauchte, um den Krieg gegen Deutschland zu führen. Heute hat Herr Churchill diese Garantie vergessen, heute hat er das polnische Volk der Sowjetunion zum Fressen vorgeworfen. Und ich frage: was würde nun aus dem polnischen Volk werden, wenn wir Deutschen dieses Landes nicht den Schutz dieses Raumes und damit auch dieser

polnischen und ukrainischen Bevölkerung übernommen hätten? Wir wissen es zu schätzen, daß Hunderttausende, ja Millionen der polnischen Bevölkerung aus dieser Entwicklung die Schlußfolgerung gezogen haben. Der Aufbau dieses Raumes, die Steigerung der Leistungen unserer Werke, die Erfüllung der gesamten auf diesem Gebiet lagernden Verpflichtungen im Dienste des Reiches, der Front und der Heimat wären nicht möglich gewesen ohne die loyale Mitarbeit von Hunderttausenden fremdvölkischer Bevölkerung,. Der polnische und ukrainische Bauer, der polnische und ukrainische Arbeiter, die polnischen und ukrainischen Bäuerinnen und Arbeiterinnen, alle die vielen Tausende von Beamten und Angestellten aller Kategorien, von Polizisten usw., sie alle haben mitgewirkt, dieses Nebenland des Großdeutschen Reiches aufzubauen. Aber mit diesem Schutz, den das Deutsche Reich nunmehr dem polnischen Volkstum gewährt, verbindet sich auch die Erwartung, daß in Zukunft diese loyale Haltung der Bevölkerung durchgehalten wird. Ein solches loyales Verhalten der Bevölkerung wird schrittweise zu einer Besserung der Lebenslage dieser einheimischen Bevölkerung führen, einer allmählichen Besserstellung, die sich ja schon evident in den letzten Jahren entwickelt hat. Dieses völlig von der ganzen Welt verlassene, also den Moskauer Juden preisgegebene polnische Volk hat nur noch eine Hoffnung, den Sieg der deutschen Waffen über den Bolschewismus; sonst wird es in der Mühle des Bolschewismus zermahlen, so wie es den Esten, Letten, Litauern, Georgiern und anderen Völkern einmal drohte und auch schon mit vielen Volkstümern der Sowjetunion geschehen ist. Daher kann ich von dieser Stelle nur die große Mahnung an die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes richten, sich im Glauben an den Sieg der deutschen Wehrmacht weiterhin in die treue Obhut des Reiches zu begeben.

18

25.3.1944

Ich verspreche dafür die loyale Behandlung dieses Fremdvolktums. Wir sind Europäer und werden ganz Europa unter Führung des Reiches gegen Asiens Bolschewismus verteidigen.

Der Krieg ist seinem Höhepunkt nahe. Wenn man so in die Krisis der Entwicklung hineinblickt, wenn man beobachtet, wie überall in der Welt die Frage nach dem letzten Sinn dieses Krieges aufgerollt wird, wennman sieht, wie der deutsche Widerstand jeden Versuch zum Scheitern verdammt, von innen heraus Deutschland zu sprengen, dann hängt das alles nur davon ab, daß wir Deutschen Mann für Mann, Frau um Frau, Knabe um Knabe, Mädchen um Mädchen, ganz gleich, welchen Dienst wir erfüllen, welchen Rang und welche Uniform wir haben, uns immer daran erinnern, daß von unserem Willen, von unserer Kraft allein das Schicksal der kommenden Zwei Jahrtausende unseres Volkes abhängt. Wenn wir schwach würden, würde nicht nur unsere Generation, sondern die Zukunft unseres Volkes versinken.

Und von hier aus ist nun der Blick auf den Führer gegeben. Was immer wir an Sorgen tragen und erfahren, was immer wir handeln oder tun, was immer wir glauben und wollen - es kann nur geschehen, wenn wir dem Manne, den uns das Schicksal in entscheidender Stunde geschickt hat, mit bedingungsloser Treue, mit Gehorsam und Glauben erfüllt folgen. Er ist es, in dem sich das Wollen dieser Zeit, die Entschlossenheit zum Durchstehen selbst des Schwersten sammelt. Es gibt einen Gott jenseits der Zone des Menschlichen. Die Erde, dieser Planet, kaum ein Staubkorn in der Unendlichkeit des Weltenraumes, ist nach göttlichem Gesetz zu ihrer ewigen Reise angetreten. Auf diesem Planeten bewegen sich nun seit Jahrtausenden die wieder nach göttlichem Ratschluß entstandenen Rassen, diese wiederum nach dem in der gesamten Natur geltenden Grundsatz der Bewährung des Tüchtigen der Durchsetzung der Leistung im gegenseitigen Kampf.

19

25.3.1944

Der ewige Herrgott hat uns diese Zeit zur Prüfung gegeben. Wir werden sie bestehen, denn nunmehr beginnt des germanischen Reiches Größe und Herrlichkeit aufzuerstehen. Wir schauen auf unser Reich, dieses Reich, nun seit einer Frist von über einem Jahrtausend unserem Volke anvertraut, in der monumentalen Herrlichkeit seiner Kaiser, seiner großen geschichtlichen Ereignisse, seiner Feldzüge und kulturellen Taten, das wahrhaft stattliche Schmuckstück der Erde. Lange bevor es Amerika, England oder Rußland gab, war die Herrlichkeit des Deutschen Reiches schon hoch aufgerichtet auf der Erde. Heute haben wir es zu tragen, dieses Reich, und wir werden es genau so sieghaft tragen und den nach uns kommenden Geschlechtern weitergeben, wie die Jahrtausende vor uns. Wir schauen auf unser Volk, dieses herrliche, brave, einzigartige Volk. Wir schauen auf diese Mütter, wie sie heute von Sorgen gebeugt, aber mit leuchtenden Augen den Tag des Krieges beherrschen müssen. Wir schauen auch diesem kämpfenden deutschen Soldaten ins Auge. Wir sehen, wie der deutsche Arbeiter bis zum letzten seiner Energien angelangt, seine Kraft im Werke hingibt. Wir schauen uns diesee deutschenStädte an. Wir wissen, daß dieses deutsche Volk in sich das geheime Zeichen des Sieges trägt. Und das alles ist nun Dir, Adolf Hitler, anvertraut. Im Namen des Schicksals, im Namen der hohen Aufgabe unseres deutschen Volkes, jener Aufgabe, die die Durchsetzung des Lichtes Germaniens gegen die Nacht Judas bedeutet, sind wir voll Gottvertrauen, voll Liebe zu unserem Volk, voll Willen zum Siege, Adolf Hitler, Dir verschworen, die Deutschen der Heimat wie die Deutschen des Generalgouvernements.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

20

25.3.1944

Oberdienstleiter Tießler:

Herr Generalgouverneur, lassen Sie mich in dieser bedeutsamen Stunde Dolmetsch der Gefühle sein, die uns alle, die wir Teilnehmer dieser Kundgebung waren, bewegen, die aber auch alle Deutschen des Generalgouvernements bewegen. In ruhigem Vertrauen, in fanatischer Entschlossenheit und in unbedingter Treue stehen wir hinter Ihnen und Ihrem Werk. Was auch kommen möge, Sie können sich auf uns verlassen. Wir folgen in Ihnen dem Manne, dessen Kämpfertum und dessen Genie diesen Raum gestaltet. Wir folgen in Ihnen einem der ältesten Mitkämpfer unseres Führers Adolf Hitler. Das Vertrauen, das Ihnen der Führer schenkt, ist uns höchster Ansporn zu jeder Stunde und in jeder Situation. Wir sind zu jedem Einsatz bereit. Wir geloben dies mit unserem alten Kampfruf: unser Führer Adolf Hitler Kampf-Heil, Kampf-Heil, Sieg-Heil.

Mit den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluß.

18[5o] Rückfahrt zur Burg.

(Übernachtung auf der Burg)

IV/9 Lemberg

Sonntag, den 26.März 1944

9^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von der Burg zu Krakau mit Kraftwagen nach Lemberg.

In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befinden sich:

Präsident Dr. von Craushaar
Verbindungsoffizier des OKW
Oberst Fischer
Ministerialrat Dr.Weh
Adjutant SS-Hauptsturmführer
Pfaffenroth.

16^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Begleitung in Lemberg.

Der Herr Generalgouverneur wird von Gouverneur Dr. Wächter und dem mit der Führung der Geschäfte des Amtschefs beauftragten Regierungsrat Dr.Brandl begrüsst.

Anschließend Besprechungen mit Gouverneur Dr.Wächter, Oberregierungsrat Dr.Brandl und dem SS- und Polizeiführer Diehm bis

17^{30}

17^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Opernhaus der Stadt Lemberg.

Aufführung der Oper "Margarethe" von Charles Gounod.

22^{00} Rückfahrt in die Wohnung des Gouverneurs Dr.Wächter. Dort werden die Besprechungen fortgesetzt.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus des Gouverneurs Dr.Wächter)

Montag, den 27.März 1944

8^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Befehlshaber des Luftgaues XXV General der Flieger Vierling.

8^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft der Distriktsverwaltung Galizien, Regierungsdirektor Gareis.

Regierungsdirektor Gareis berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft eingeleiteten Räumungsmaßnahmen und die dabei auftretenden Schwierigkeiten, die vor allem in dem Mangel an ausreichendem Erfassungspersonal begründet sind.

9^{20} Der Herr Generalgouverneur besichtigt das Kühlhaus in Lemberg.

10^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in das Hauptquartier des Generalfeldmarschalls von Manstein.

10^{30}
bis
11^{30} Der Herr Generalgouverneur stattet dem Generalfeldmarschall von Manstein seinen Besuch ab. Er hat dann eine eingehende Aussprache mit dem Generalfeldmarschall und dessen Generalstabschef Generalleutnant Busse.

Im Anschluß an diese persönliche Unterredung stellt der Herr Generalgouverneur seine Begleitung dem Generalfeldmarschall von Manstein und dessen Stabchef vor.

Präsident Dr. von Craushaar berichtet bei dieser Gelegenheit über die von der Verwaltung des Generalgouvernements beabsichtigten und angeordneten Räumungsmaßnahmen. Dabei werden einige schwebende Fragen wie zum Beispiel diejenige des Abtransports von Vieh

27.3.1944

aus der 3o-km-Zone ~~werden~~ besprochen und geklärt.

11^{45} Der Herr Generalgouverneur verabschiedet sich von Generalfeldmarschall von Manstein und dessen Stabchef und fährt nach Lemberg in die Wohnung des Gouverneurs Dr.Wächter zurück.

Im Hauptquartier ist dem Herrn Generalgouverneur der Kriegsberichter Oberleutnant von Imhoff, Mitarbeiter der Zeitschriften "Das Reich" und "Signal", vorgestellt worden. Oberleutnant von Imhoff wird vom Herrn Generalgouverneur zu einem Besuch nach Krakau eingeladen und am 28. oder 29.März in Krakau eintreffen.

13^{3o} Der Herr Generalgouverneur verabschiedet sich von Gouverneur Dr.Wächter und begibt sich auf die Rückfahrt nach Krakau.

19^{2o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IX/9

Krakau

Dienstag, den 28.März 1944

10^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{25} Besprechung mit Oberst Fischer.

11^{30} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Präsident Gerteis ihm davon Kenntnis gegeben habe, daß im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen an der Ostfront organisatorische Änderungen bei der Ostbahn geplant seien.

Der Herr Generalgouverneur ruft daraufhin Staatssekretär Ganzenmüller in Berlin an und erklärt ihm, daß aufgrund Führerbefehls vom 22.2.1944 die Verwaltung des Generalgouvernements bis unmittelbar an die Front in voller Kraft tätig bleibe und daß daher auch eine Änderung der Eisenbahnverwaltung im Generalgouvernement unmöglich sei, da sie dem Befehl des Führers widersprechen würde.

Staatssekretär Ganzenmüller erwidert, daß an eine Änderung nicht gedacht sei und daß auch an der Struktur der Ostbahn nichts geändert werde. Ebenso bliebe auch Präsident Gerteis in seiner Position völlig ungemindert. Es sei lediglich beabsichtigt gewesen, die durch die unmittelbare Frontnähe bedingten Wehrmachttransportbeziehungen in eine klare Front zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht um unverzügliche Zuleitung des Entwurfs einer entsprechenden Ergänzung der Ostbahnverordnung.

Staatssekretär Ganzenmüller sagt dies zu und bittet um eine möglichst baldige Entscheidung.

28.3.1944

12^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht im Königsaal dem zehntausendsten Volksdeutschen, Frau Emilie Martin, sowie zwei weiteren verdienten Volksdeutschen aus dem Generalgouvernement die Einbürgerungsurkunden.

Anwesend sind: die beiden Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, Gouverneur Dr.von Burgsdorff, Oberdienstleiter Tießler, Oberlandesverwaltungsrat Weirauch sowie Pressechef Gassner.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur verabschiedet in Anwesenheit des Oberdienstleiters Tießler und des Pressechefs Gassner den zur Wehrmacht einrückenden Sportbeauftragten des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. SS-Hauptsturmführer Oppitz und spricht ihm Dank und Anerkennung für die geleistete Aufbauarbeit im Sportwesen des Generalgouvernements aus.

Gleichzeitig stellt Oberdienstleiter Tießler dem Herrn Generalgouverneur den Vertreter des SS-Hauptsturmführers Oppitz Hauptmann der Polizei Schaumburg vor.

12^{30} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gauleiter von Oberschlesien Bracht.

13^{15} Mittagessen.

15^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Kulturreferent Jänicke über Angelegenheiten der Kulturvereinigung des Generalgouvernements.

28.3.1944

16[30] Bankdirigent Dr.Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur anhand von Tabellen und Statistiken über sein Arbeitsgebiet.

16[40] Besprechung mit Präsident Dr.Lauxmann und Oberpostrat Kuhnt.

Präsident Dr.Lauxmann dementiert dem Herrn Generalgouverneur gegenüber die Gerüchte, wonach die in Galizien zum Abbau gelangenden wertvollen Anlagen und Apparate der Deutschen Post Osten ins Reich verbracht würden.

16[45] T e e im kleinen Kasino für Lehrer und Abiturienten der Deutschen Oberschule Krakau.

20[00] Vortrag des Professors Dr.Walter Frank über "Deutsche Geschichte und deutsche Gegenwart" im Ostinstitut.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/9 Krakau

Mittwoch, den 29.März 1944

11[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fromm und Generalmajor Kühne in Gegenwart des Wehrkreisbefehlshabers General der Infanterie Haenicke, der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe und des Generalmajors Haseloff.

12[00] A r b e i t s s i t z u n g im Grünen Zimmer der Burg.

Teilnehmer:
Der Herr Generalgouverneur
Generaloberst Fromm
General d. Infanterie Haenicke
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Gerteis
Präsident Dr. Lauxmann
Präsident Dr. Eißfeldt
Präsident Bauder
Präsident Naumann
Generalmajor Kühne
Generalmajor Haseloff
Gouverneur Dr. Wendler
Bankdirigent Dr. Paersch
Oberst Fischer
Oberstleutnant Roedenbeck

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur, der Generaloberst Fromm für sein Erscheinen in Krakau seinen Dank ausspricht, erstattet zunächst Gouverneur Dr. Wendler einen Bericht über die Lage im Distrikt Lublin. Er führt aus: In der letzten Zeit habe sich im Distrikt Lublin eine Änderung der gesamten Lage ergeben. Die Sabotageakte an Bahnstrekken und Brücken hätten sich systematisch gesteigert.

29.3.1944

Während sich die Bandentätigkeit noch vor zehn oder zwölf Wochen im allgemeinen auf räuberische Überfälle beschränkt habe, häuften sich jetzt die Sabotageakte an der Hauptbahnstrecke Warschau-Lublin-Lemberg, insbesondere im Kreise Pulawy, dann auch an der Bahnstrecke Warschau-Brest Litowsk. Unbrauchbarmachung und Sprengung von Geleisen und Eisenbahnmaterial, Zerstörungen von Brücken und Straßen seien an der Tagesordnung. Zurückzuführen seien diese Sabotageakte in der Hauptsache wohl darauf, daß es an den notwendigen polizeilichen Kräften fehle. In der Bevölkerung sei ein absoluter Ungehorsam und Mangel an gutem Willen festzustellen, der bislang nicht beobachtet worden sei. Die Erfassung und Einbringung der Ernte, die Heranziehung der Bevölkerung zu Gespanndiensten usw. seien bisher, wenn auch bisweilen unter Anwendung von Machtmitteln, durchaus zufriedenstellend gewesen. Im vorigen Jahre seien die Einbringung und Sicherung der Ernte wohl einzig und allein dem Stützpunktsystem zu verdanken gewesen, an dem auch die Wehrmacht in ziemlich starkem Umfange beteiligt gewesen sei. Auf die Wiedererrichtung dieser Stützpunkte müsse daher das größte Gewicht gelegt werden, sonst sei es unter den obwaltenden Umständen praktisch nicht mehr möglich, den Wünschen des Reiches nach einer ausreichenden Bestellung der Felder und einer Sicherung der Ernte nachzukommen.

Auch Präsident Naumann glaubt feststellen zu können, daß das Stützpunktsystem nicht nur im Distrikt Lublin, sondern auch in den Distrikten Warschau und Radom sich bestens bewährt habe. Solange das Stützpunktsystem bestanden habe, sei die Bevölkerung überall mit den Maßnahmen der Regierung willig mitgegangen; mit der Abziehung der in den Stützpunkten eingesetzten Wehrmacht- und Polizeikräften und ihrer Verwendung für

3

die Bandenbekämpfung sei aber der Wille der Bevölkerung zur Ablieferung und überhaupt zur Arbeit im Dienste der deutschen Führung und Verwaltung automatisch gesunken. Deshalb bitte auch er, das Stützpunktsystem so weit wie möglich wieder herzustellen, schon im Interesse der Durchführung der an sich schon verspäteten Frühjahrsbestellung, der Erfassung von Vieh, Milch, Eiern, usw..

Präsident Naumann erläutert dann an Zahlen die Bedeutung, die die beiden Distrikte Lublin und Galizien als Überschußdistrikte des Generalgouvernements für die Gesamternährung des Gebietes wie auch für die Leistung an die Wehrmacht und das Reich haben. Die beiden Distrikte Lublin und Galizien brächten auch fast zwei Drittel des Spritkontingents des Generalgouvernements auf.

Präsident Dr. Senkowsky fügt ergänzend hinzu, daß das Generalgouvernement 16o ooo Hektoliter an das Reich für die Durchführung des zusätzlichen Munitionserzeugungsprogramm zu liefern habe. Zu dieser Lieferung sei man aber nicht mehr imstande, weil in Galizien ein erheblicher Teil der Produktionsstätten ausgefallen sei.

Generaloberst Fromm erklärt, daß er sich mit der Frage des Stützpunktsystems wiederholt zu befassen habe; denn er habe ja die Genehmigung für die Einführung des Stützpunktsystems zu geben. An sich leuchte ihm die wirtschaftliche Bedeutung dieses Systems ein, aber er könne sich im allgemeinen nur schwer für seine Einführung entschließen, weil die Ausbildung der Truppe darunter etwas leide. Gleichwohl wolle er, soweit möglich, die wirtschaftliche Bedeutung des Stützpunktsystems über die Beeinträchtigung der Ausbildungsbelange stellen, sehe sich auch unter den obwaltenden Umständen genötigt, zu diesem System zurückzukehren, sobald es ihm gelungen sein werde, die entsprechende Kräfte zu mobilisieren.

4

29.3.1944

Er habe allerdings nicht angenommen, daß es zeitlich schon so dringend wäre. Dem Herrn Generalgouverneur gegenüber habe er seine Hilfeleistung in dieser Beziehung in Aussicht gestellt, könne jedoch nicht sagen, ob das bisherige Stützpunktsystem im vollen Umfange wieder hergestellt werden könne. Darüber hinaus noch Kräfte dafür zur Verfügung zu stellen, halte er allerdings für ausgeschlossen.

Es wird dann in eine allgemeine Besprechung der Situation in Galizien eingetreten.

Generalmajor Haseloff gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß angesichts der gegenwärtigen militärischen Lage der Ostteil des Distrikts Galizien für eine Erfassung und Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten vorläufig völlig ausfallen werde.

Präsident Gerteis berichtet über die Eisenbahnlage im Distrikt Galizien. Es sei gelungen, einen ziemlich erheblichen Teil des Materials bis auf 5o vollbeladene Züge und 35 Lokomotiven zurückzunehmen. Jetzt bedürfe es vor allem eines Streckenschutzes, mit dem die Bandengefahr einigermaßen ausgeschaltet werden könne. Leider hätten die Überfälle auf Eisenbahntransporte in den Distrikten Lublin und Warschau, neuerdings auch im Distrikt Galizien stark zugenommen. Die Durchführung eines Auftrages des OKW für den Schnellbau einer Rochadelinie von Malkinia über Lublin usw. sei unmöglich, wenn es an einem größeren Streckenschutz fehle.

Staatssekretär Koppe nimmt zum gegenwärtigen Stand der Bandenbekämpfung Stellung. Er führt aus: Nachdem die Wehrmacht ihre Stützpunkte zurückgezogen habe, habe die Lage prekär werden müssen. Man habe zunächst versucht, mit Hilfe von Polizeikräften die Lage noch einigermaßen zu meistern, das sei jedoch nur zum Teil gelungen. Zudem zeitige die Frontlage sehr üble

5

29.3.1944

Rückwirkungen auf die Stimmung der fremdvölkischen Bevölkerung. Man stehe vor der bisher nicht gekannten Erscheinung, daß das fremde Volkstum im Distrikt Lublin und zum Teil auch im Distrikt Galizien das Vertrauen zur deutschen Führung verloren habe. - Die Sowjets würden jetzt auch in ihrer Propaganda etwas lebhafter: es würden Flugblätter abgeworfen, in denen u.a. gesagt sei, daß die Bevölkerung vor den Russen nicht zu fliehen brauchen, sie würde anständig behandelt werden; insbesondere sollten die polnischen und ukrainischen Bauern die Wegschaffung ihrer Getreidevorräte durch die Deutschen verhindern. - Gegen den passiven Widerstand der Bevölkerung sei schwer anzukämpfen. Es sei daher unbedingt notwendig, die militärischen Stützpunkte wieder neu einzurichten, da von ihnen eine gewisse Autorität ausstrahle.

Staatssekretär Koppe gibt dann eine Schilderung der Bandenbekämpfung im Gebiete der beiden Distrikte Lublin und Galizien, für die er alle irgendwie verfügbaren Polizeimannschaften eingesetzt habe. Nach Zerschlagung der größeren Banden hätten sich kleinere Bandengruppen in Stärke von 5 bis 3o Mann gebildet, die nach wie vor den passiven Widerstand in die Bevölkerung trügen und fortgesetzt Sabotagehandlungen vollführten. Man gehe auch gegen diese kleinen Banden mit Erfolg vor, aber die Zahl der Dörfer im Distrikt Lublin sei so groß, daß man unmöglich jedem einzelnen Dorf polizeilichen Schutz angedeihen lassen könne. - Von besonderer Bedeutung seien die Sprengattentate auf Eisenbahntransporte, für deren Bekämpfung der Bahnschutz allein nicht ausreiche.

6

29.3.1944

Präsident Dr. von Craushaar berichtet über den gegenwärtigen Stand der Räumung der östlichen Teile des Distrikts Galizien. Die Räumung sei im allgemeinen vorbereitet und, wo notwendig, von Anfang an planmäßig durchgeführt worden.

Präsident Dr. von Craushaar erläutert anhand einer Karte den Plan der Räumung und zeigt, wie die Räumung in den einzelnen dafür vorgesehenen Zonen vor sich gehen soll.

Bankdirigent Dr. Paersch legt dar, daß auch vom Standpunkt der Währung ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Gebiet des Generalgouvernements bestehe. Bisher hätten sich Schwierigkeiten insofern ergeben, als die Belastung der Währung, die das Gebiet zu tragen habe, vorzugsweise durch die Anforderungen der im Generalgouvernement tätigen Wehrmacht bestimmt werde. Die Lage des Generalgouvernements als des wichtigsten Aufmarschgebietes vor dem Ausbruch mit Rußland und seine weitere Tätigkeit als friedliches Hinterland nach Ausbruch dieses Krieges hätten dazu geführt, daß das Generalgouvernement im vermehrten Umfange für die Bedürfnisse der im Generalgouvernement wie auch außerhalb des Generalgouvernements liegenden Truppen herangezogen worden sei. Die geldmäßigen Anforderungen seien im Laufe der Zeit außerordentlich gestiegen. Im Jahre 1943 seien diese Anforderungen etwa zu einem Viertel Besoldungsbedarf gewesen, von den restlichen drei Vierteln sei etwa die Hälfte auf Sachleistungen entfallen. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sei die Voraussetzung dafür, daß die Verwaltung die Leistungen erfüllen könne, die die Wehrmacht im Interesse des Reiches und der Kriegführung erfordere. Ein Blick auf die hier verlangten Leistungsbestandteile zeige, daß als wichtigster Bestandteil für die Erfordernisse der Wehrmacht die

7

29.3.1944

Verpflegung der Truppe aus dem Lande in Betracht komme. Eine andere wichtige Position seien die Unterkünfte und die Transportmittel. An der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement bestehe auch insofern ein großes Interesse, als in Sowjetruß_land wohl bekannt sei, daß etwa zwei Drittel des gesamten Nachschubes für die Ostfront durch das Generalgouvernement gingen und das Generalgouvernement als Versorgungszentrum von größter Bedeutung sei. Deshalb versuche man auch von sowjetrussischer Seite, mit starken propagandistischen Mitteln das Vertrauen in die Regierung des Generalgouvernements und besonders in die Währung bei der Bevölkerung zu erschüttern. Gerade die Währung sei für die Versorgung der Wehrmacht, für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Ordnung des Gebietes und seine Nutzung für die Bedürfnisse von Reich und Kriegführung von entscheidender Wichtigkeit, da sie ja die Güterbeschaffung vermittle. Bisher sei es gelungen, den Versuchen der Sowjets durch geeignete Maßnahmen immer wieder zu begegnen. Sollten sie sich aber verstärken, so müsse auch vom Standpunkt der Währung dahin gestrebt werden, Ruhe und verwaltungsmäßige Ordnung im Generalgouvernement voll und ganz wieder herzustellen. Die Einrichtung des Stützpunktsystems sei in ihrer Wirkung auch vom Standpunkt der Währung sofort als günstiges Moment spürbar gewesen.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt führt aus, daß das in den Wäldern geschlagene Holz in der Hauptsache für Kriegszwecke Verwendung finde. Die Wehrmacht einschließlich der Rüstungsindustrie erhalte 34 %, die Eisenbahn für die Rochadelinie und ähnliche Bauvorhaben 19 %, die Kriegswirtschaft 16 %, der Bevollmächtigte für die Bauwirtschaft 9 %, und die Landwirtschaft 7 %, die Monopolverwaltung4%. - Die Lage der Forstverwaltung sei besonders infolge der Rückverlegung der Front sehr angespannt geworden. Man habe sich von vornherein auf den Standpunkt des Raubbaues gestellt und deshalb

verfüge man auch über verhältnismäßig große Vorräte. Der Engpaß liege nach wie vor bei der Holzabfuhr, während Einschnitt und Einschlag noch einigermaßen zufriedenstellend seien. Bis zum Frühjahr 1943 habe man noch mit Abfuhrprämien arbeiten können; dann sei aber die Sicherheitslage ungünstiger geworden, und die Bauern und Gespannhalter hätten sich nicht mehr in die Wälder zu fahren getraut. Während im März 1943 noch 61o ooo fm Holz hätten abgefahren können, seien es schon im nächsten Monat nur noch 26o ooo fm gewesen, und die Zahl sei bis zum September 1943 auf 185 ooo fm gesunken. Dann habe die Errichtung der Stützpunkte einen hervorragenden Erfolg gezeitigt: die abgefahrene Menge sei bis zum Februar 1944 wieder auf 575 ooo fm gestiegen. Nach Wegnahme der Stützpunkte sei neuerdings ein katastrophaler Sinken der abgefahrenen Menge festzustellen. Wenn die Front weiter mit Holz versorgt werden solle, dann müßten die Stützpunkte unter allen Umständen wieder eingerichtet werden. Außerdem werde die Aufrechterhaltung des Stützpunktsystems für die Sicherung der Sägewerke dringend benötigt.

Präsident Bauder hält ebenfalls die Wiedereinrichtung des Stützpunktsystems vom Standpunkt der Sicherung militärischer Straßen, Brücken usw. für äußerst wihhtig.

Präsident Dr. Senkowsky gibt einen Überblick über die von der Monopolverwaltung an die Wehrmacht getätigten Lieferungen von Monopolwaren wie Wodka, ~~Li~~öLikören, Zigaretten und Salz. Neben diese normalen Lieferungen trete noch die Lieferung von 16o ooo Hektolitern Sprit für Munitionszwecke. Zur Zeit habe man auch noch 12o ooo to Salz in die Ukraine geliefert, und 1oo ooo to Salz gingen in laufenden Lieferungen an die Rüstungsindustrie in Oberschlesien. Der Inlandsabsatz betrage etwa 16o ooo to. In den Betrieben arbeiteten 2o ooo

29.3.1944

nichtdeutsche Arbeiter neben 5oo deutschen Arbeitern. Die Monopoleinnahmen seien auch noch für die nächste Zeit ziemlich krisenfest. - Die Wehrmachtsausgaben betrügen für das Jahr zur Zeit etwa 3 Milliarden Zloty; davon seien Personalausgaben 75o Mill. Zloty, Sachausgaben etwa 2,2 Milliarden. Die Notenbank sei gezwungen, die notwendigen Zahlungsmittel aus dem Haushalt des Generalgouvernements zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechung zusammen und bemerkt, daß Generaloberst Fromm aus diesem kurzen Überblick über die Verhältnisse des Generalgouvernements erkennen könne, welche Bedeutung das Generalgouvernement habe und wie wichtig es sei, daß die Leistung des Generalgouvernements in allen Sparten im Interesse der Kriegführung aufrecht erhalten werde.

Generaloberst Fromm dankt dem Herrn Generalgouverneur und den Hauptabteilungspräsidenten für die ihm gewordene Unterrichtung über die Verhältnisse des Generalgouvernements und verspricht, im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS Himmler entsprechende Hilfsmaßnahmen zu ergreifen.

15[35] Besprechung mit Baudirektor Halbauer.

Baudirektor Halbauer legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwurfskizze für eine Kassette vor, die als Geschenk des Generalgouverneurs dem Führer zu seinem Geburtstag überreicht werden soll.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dem Entwurf einverstanden und gibt dann noch einige Hinweise dafür, wie der Inhalt der Kassette, eine Beschreibung des Großlagers Rabka der Kinderlandverschickung mit Photographien, gestaltet werden soll.

lo

29.3.1944

16^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Wehrkreiskommando.

Dortselbst findet ein Tee-Empfang des Wehrkreisbefehlshabers Generals der Infanterie Haenicke aus Anlaß der Anwesenheit des Generaloberſten Fromm statt.

(Übernachtung auf der Burg)

Donnerstag, den 30.März 1944.

10^{55} Besprechung mit dem Leiter des Personalamtes der Regierung, Regierungsrat Frh. von Medem in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei, Dr. Meidinger über Beförderungsangelegenheiten.

11^{05} Besprechung mit Major Dr. Beck in Gegenwart des Chef-s der Kanzlei Dr.Meidinger.

Major Dr.Beck, der bis zum 1.Februar 1944 im Generalgouvernement in der Spionageabwehr tätig war und dabei enge Verbindung mit der polnischen nationalen Widerstandsbewegung gefunden hat, zeigt dem Herrn Generalgouverneur auf, wie man auf deutscher Seite die nationale Widerstandsbewegung gegen die kommunistische Widerstandsbewegung einschalten könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht angesichts der Wichtigkeit dieses Planes Dr.Beck, am gleichen Tage nochmals zusammen mit dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Dr. von Craushaar, zu einer Besprechung zu ihm zu kommen.

11^{15} Direktor Dr.Müller vom Statistischen Amt überreicht dem Herrn Generalgouverneur das amtliche Gemeindeverzeichnis des Generalgouvernements in einer besonderen Ausgabe. Gleichzeitig stellt er weitere 20 Exemplare dem Herrn Generalgouverneur zur Versendung an führende Persönlichkeiten im Reich zur Verfügung.

30.3.1944

11[25] Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant Höring, den neuen Befehlshaber der Ordnungspolizei im Generalgouvernement, in Gegenwart des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Koppe.

In der Besprechung wird die Lage auf dem Polizeisektor im Generalgouvernement eingehend besprochen.

11[40] Besprechung mit dem Gouverneur des Distrikts Lublin, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Dr. Wendler, in Gegenwart des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführers Koppe, und des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Dr. von Craushaar.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet, daß sich die Lage im Distrikt wieder etwas konsolidiert habe. Frauen und Kinder seien weggebracht, die Männer in Polizeieinheiten zusammengefasst.

Der Herr Generalgouverneur instruiert Gouverneur Dr.Wendler dahingehend, im jetzigen Augenblick vollste Ruhe zu bewahren. Im Hinblick auf die Ereignisse notwendige Massnahmen müssten immer mit dem Räumungsbeauftragten, Präsident Dr. von Craushaar, abgesprochen werden.

Staatssekretär Koppe sichert Gouverneur Dr.Wendler zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Distrikt volle Unterstützung von polizeilicher Seite zu.

Während der Besprechung meldet sich beim Herrn Generalgouverneur SS-Obergruppenführer Hauser, der mit zwei Divisionen unterwegs an die Front im Generalgouvernement ist.

30.3.1944

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kriegsberichter und Mitarbeiter von "Das Reich" und "das Signal", Oberleutnant von Imhoff in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

Oberleutnant Imhoff berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß er für die demnächst erscheinende polnische Ausgabe des "Signal" einen grundsätzlichen Artikel über die heutige Lage der Polen zu schreiben habe. Die Grundlage dafür würden ihm die Gesichtspunkte abgeben, die er bei seinem heutigen Besuch beim Polnischen Hauptausschuss erfahren habe. Diesen Hauptausschuss dürfe er doch sicherlich als den ersten Schritt für eine polnische Selbstverwaltung bezeichnen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß in dieser Richtung schon weitere Fortschritte erzielt wären, wenn nicht die feindliche Propaganda die Polen dauernd aufhetzte. Bis jetzt habe man immer die Möglichkeit einer wirklichen Beeinflussung der Bevölkerung durch diese feindliche Propaganda im Auge behalten müssen; jetzt aber sei erwiesen, daß die Feindpropaganda in der polnischen Bevölkerung keinen Widerhall finde.

Auf einen Einwurf des Oberleutnants von Imhoff, angesichts der näherrückenden bolschewistischen Gefahr eine Gesamterfassung der polnischen Männer für einen bewaffneten Einsatz vorzunehmen, entgegnet der Herr Generalgouverneur, daß sich eine solche Aktion nicht durchführen lasse. Praktisch arbeiteten heute zwei Drittel der gesamten Bevölkerung des Generalgouvernements direkt oder indirekt für die Interessen des Reiches. Wenn man nun mit einer heroischen Geste Aushebungen mache, strömten die unbedingt benötigten Arbeiter sicherlich in grosser Anzahl zum Waffendienst. Die Polen müssten eben ihre Arbeitskraft opfern, wie Deutschland sein Blut opfere. Zu-dem seinen die Erfahrungen, die man bei der Aufstellung

30.3.1944

der SS-Schützendivision Galzien gemacht habe, nicht dazu angetan, ein solches Experiment bei den Polen zu wiederholen.

Auf eine weitere Frage von Imhoffs, ob in dem Artikel angedeutet werden könne, daß ein weiteres loyales Verhalten der Polen für die kommende Zeit nach dem Krieg grosse Folgen haben werde, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß dadurch das polnische Volk in steigendem Maße zur Selbstsicherung seines Lebens im kommenden Europa beitragen werde. Der Führer habe bestimmt, daß dieser Raum, der absolut freie kulturelle Lebensraum der Polen im Rahmen des künftigen Europa sei, zu dem die Polen kraft ihrer alten Kultur beitragen müssten.

12^{30} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Exzellenz Sakuma und Attaché Oga (Japan) in Anwesenheit des Botschaftsrats Dr. Schumburg.

15^{40} Besprechung mit Major Dr. Beck in Gegenwart des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. von Craushaar.

16^{10} Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

einer Verordnung über das Bergrecht im Generalgouvernement (Bergordnung),

einer Verordnung über die Bestellung eines Generaltreuhänders für die Erdölwirtschaft,

einer Verordnung über die deutsche Krankenpflege im Generalgouvernement,

einer Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 17.Dezember 1941 über das Meldewesen im Generalgouvernement,

30.3.1944

einer Verordnung über die Schulpflicht der deutschen Kinder und Jugendlichen im Generalgouvernement (Schulpflichtverordnung für Deutsche),

einer achten Verordnung über die Sozialversicherung im Generalgouvernement (Sozialversicherung der nichtdeutschen Luftschutzdienstpflichtigen),

einer Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Errichtung einer Bewirtschaftungsstelle für Baustoffe im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

20^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs am Vortrag des Professors Dr. Kümmel über "Japanische Kunst" im Ostinstitut.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Freitag, den 31.März 1944

11^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Eröffnung der Ausstellung "Japans Kunst und Kunstgewerbe" in den Tuchhallen.

Im Anschluss an die Eröffnung findet unter Führung des Professors Dr. Kümmel ein Rundgang durch die Ausstellung statt.

13^{00} Mittagessen.

16^{00} Überreichung der Berufungsurkunde zum Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs an Ersten Staatsanwalt Dr.Max Meidinger vor der im Königssaal versammelten Gefolgschaft der Kanzlei des Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Ansprache:

Kameradinnen und Kameraden! Vor einigen Wochen haben wir von unserem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, dem Parteigenossen Dr. Keith, Abschied genommen. Ihr wisst, daß dieser Mann, der mir persönlich besonders nahe stand, die Kanzlei des Generalgouverneurs mit allem, was nun zu ihr gehört und von ihr abhängt, mit allen Einrichtungen, Verwaltungen, Sonderverwaltungen, Unterglieder-ungen, Bauten usw. aus dem Nichts aufgebaut hat. Parteigenosse Keith ist der Mann gewesen, der diese ungeheure Pionierarbeit geleistet und diese zentrale Behörde des Generalgouvernements, die als Kanzlei des Generalgouverneurs eine besondere Beziehung zu mir und zu meinem Werk hat, aufgerichtet hat. In Parteigenossen Keith verlor ich nicht nur einen der hervorragendsten Männer, die ich im Generalgouvernement an sich habe, einen höchstbefähigten Verwaltungsbeamten und einen seelisch-charakter-,haltungs-und lebensführungsmässig vorbildlichen Mann, sondern ich verlor in ihm auch einen höchstbegabten originellen Denker und Gestalter.

31.3.1944

Heute ist diese zentrale Behörde zu dem entwickelt, was mir bei Beginn der Arbeit vorschwebte, um beim Generalgouverneur als der zentralen Spitze dieses Landes alle Funktionen behördenmässig einheitlich zusammenzufassen. Der Burgcharakter als etwas in sich Geschlossenes gab dazu von vornherein Anlass.

Jeder von Euch, ob Mann, ob Frau, steht hier auf einem besonders schwierigen und verantwortungsvollen Posten; das ganze Land sozusagen schaut auf die Kanzlei des Generalgouverneurs. Wer die Ehre hat, in der Kanzlei des Generalgouverneurs tätig zu sein, hat für diese Ehre wie immer im Leben besondere Pflichten auf sich zu nehmen. Es ist daher klar, daß mit der Erschwerung der Situation, die im Gefolge der Kriegsentwicklung für unser Nebenland des Grossdeutschen Reiches, das Generalgouvernement, ganz allgemein entstanden ist, in Zukunft die kriegsmässige Haltung der Angehörigen der Kanzlei des Generalgouverneurs mit besonderer Nachdrücklichkeit in Erscheinung zu treten hat. Mehr als bisher wird die dienstliche Leistung und das charakterliche Verhalten der Angehörigen der Kanzlei des Generalgouverneurs für das ganze Land Vorbild zu sein haben.

Für mich war die Frage, für den gefallenen Dr. Keith einen Nachfolger zu finden, nicht schwer, habe ich doch in dem Stellvertreter des unvergesslichen Kammergerichtsrats Keith, in dem Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger, einen stets treuen, pflichtbewussten, absolut sauberen, klaren und nüchternen Betreuer der Belange der Kanzlei des Generalgouverneurs nicht nur im amtlichen sondern auch im persönlich menschlichen gefunden. Ich habe daher beschlossen, mit Wirkung ab 1.April dieses Jahres den Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger zum Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs zu berufen.

Ich übergebe Ihnen, Herr Staatsanwalt Dr.Meidinger, die Urkunde, die ich kraft der mir vom Führer verliehenen Vollmachten mit Wirkung ab morgen ausgestellt habe, und

31.3.1944

durch die Sie nun hauptamtlich zum Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs befördert werden. Sie werden in dieser Stellung in kurzer Zeit zum Ministerialrat befördert werden. Ich übergebe Ihnen diese Urkunde im Namen des Führers und des Reiches, verpflichte Sie und erwarte, daß Sie wie bisher klar, in männlicher Ruhe und in sorgsamer Befolgung der für den Dienst geltenden Vorschriften Ihre Tätigkeit ausüben.

Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ehrenvolle Berufung und gibt das Versprechen ab, dem Herrn Generalgouverneur als Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs gerade jetzt in der Stunde der Bewährung treue Dienste zu leisten.

Der Herr Generalgouverneur fährt fort: ich vertraue Ihnen diese Gefolgschaft an. Es sind brave Männer und Frauen, die Ihre Fürsorge verdienen, denn ich wüsste kaum einen, ganz gleich in welcher Stellung, der nicht mein volles Vertrauen in Anspruch nehmen könnte. Es sind Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die teilweise schon seit vielen Jahren in dieser Kanzlei arbeiten; Sie arbeiten im Büro, in den Werkstätten, sie arbeiten in den Küchen, in den verschiedenen Bereichen, die uns die Repräsentation leider nach wie vor in übergrossem Maße auferlegt, sie arbeiten als Fahrer in den Fahrdiensten, sie arbeiten wie die Männer des Sonderdienstes, die nun zu uns getreten sind, in besonders wichtigen Funktionen. Ich vertraue Ihnen diese Gefolgschaft an als Nationalsozialist und erwarte, daß Sie nicht nur der Chef dieser Gefolgschaft sind, sondern auch der erste Kamerad, der vertrauenswürdige Kamerad, der auch für die schweren Nöte des Einzelnen ein offenes Wort hat.

31.3.1944

Ich vertraue auch dieser Gefolgschaft. Sollte sich aber da und dort einmal ein Unwürdiger in unseren Kreis einschleichen, der dienstliche Verstösse auf sich lädt, der Unterschlagungen begeht, der Untreue übt, ganz gleich, in welchem Umfange und in welcher Art, dann strafen Sie ihn rücksichtslos. Es kann sich mancher nicht nur hier bei uns - ich hoffe, daß das nicht der Fall ist -, sondern auch in den anderen Behörden einschleichen, der so einige Wochen oder Monate ein stilles Schattengeschäft nebenher treibt und glaubt, es kommt nicht auf. Gerade wir, die wir mit grossen Werten zu tun haben, mit Sach- und materiellen Werten aller Art,sind ein lockendes Ziel für manchen, der glaubt, krumme Geschäfte machen zu können. Sie wissen, daß in der Vergangenheit der Kanzlei einer oder zwei solche höchsttragischen Fälle vorgekommen sind. Wer hier Unterschlagungen macht, der wird absolut der schärfsten Strafe zugeführt. Mit der Entdeckung eines solchen Vorganges ist das Schsal ick des Betreffenden auch schon erfüllt. Nur so wird es möglich sein, daß dieses Korps in absolut disziplinierter Weise zusammengehalten wird. Die Burg ist hoch aufgerichtet. Da ich weiss, daß ich zu den Männern und Frauen dieser Kanzlei alles Vertrauen haben kann, wird hoffentlich auch kein Anlass mehr gegeben sein, zu derartigen Strafen greifen zu müssen.

Auf der anderen Seite weiss ich, wie schwer der Dienst ist. Es ist nicht leicht, in einem fremdvölkischen Raum seinen Dienst zu erfüllen; die Dienststunden sind sehr umfangreich,und die Arbeit gerade bei uns ist schwer.

Sie, Herr Staatsanwalt Dr. Meidinger, werden dies alles in treuem Gehorsam aufbauen und werden dafür den Dank ernten, daß Ihnen die Gefolgschaft gehorcht, in absoluter Disziplin zugehört und Ihnen kameradschaftlich verschworen ist.

31.3.1944

Die Zeiten mögen in den kommenden Wochen sehr ernst werden. Noch wissen wir nicht, wo der Russe im Osten Halt macht. Umso wichtiger ist daher, daß dieses Korps der Kanzlei des Generalgouverneurs mit absoluter Selbstsicherheit,klarstem Ernst und völliger Hingabe sich seiner Aufgabe verschrieben hält. Sorgen Sie mir dafür, daß diese Richtlinien restlos erfüllt werden.

15^{25} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr.Meidinger, Regierungsrat Dr. Jänsch, Regierungsrat Schulz, Regierungsamtmann Spiegel und Referent von Palézieux.

31.3.1944

17[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg der NSDAP auf der langen Wiese.

Schulungsleiter Bühler stellt im Gemeinschaftsraum der Schulungsburg dem Herrn Generalgouverneur die Teilnehmer des 26.Schulungslehrganges der Schulungsburg des Generalgouvernements vor. Er dankt dem Herrn Generalgouverneur, daß er trotz seiner Arbeitslast sich bereit erklärt habe, zu den versammelten 32 Standortführern und den 8 Richtern des Deutschen Obergerichts zu sprechen.

Anschliessend hält der Herr Generalgouverneur folgende Rede:

Meine Parteigenossen! In den letzten Tagen ist an mich öfter die Frage gerichtet worden, ob denn die Schulung für die NSDAP eigentlich eine kriegswichtige Angelegenheit wäre, ob es denn zu verantworten sei, daß in einem Augenblick, in dem - so meint man und behauptet man - nur die unmittelbare Tat, also das Stehen an der Maschine oder auf der Lokomotive, das Arbeiten im Büro, in der Verwaltung oder in irgendeiner sonstigen die Wirklichkeit bestehenden Position von Wichtigkeit sei, es angebracht erscheint, eine geistige Linie zu pflegen.
Es ist an mich die Frage gerichtet worden, ob denn der Zeitpunkt richtig gewählt wäre, einmal die Arbeit, die man so den ganzen Tag über hat und die man seit Jahren als eingelaufene objektive Lebensfüllung kennt, zu unterbrechen und sich einmal mit dem grossen Ganzen dieser Zeit ideell auseinanderzusetzen. Wäre es nicht viel besser, man würde diese allgemeinen Betrachtungen und dieses ewige Wiederholen unserer Grundsätze, ob man das nicht alles besser sollte hintanstellen vor den notwendigen Bedrängnissen, die der Tag und die Ereignisse mit sich bringen.

31.3.1944

Die Frage hat an sich etwas Bestechendes, und ich kann mir eine ganze Fülle von geistigen Beschäftigungen, von Abstraktionen aus der Wirklichkeit vorstellen, die heute völlig abwegig sind, wie etwa die von unseren Feinden gehandhabte Übung, sich jetzt mit Nachkriegsproblemen zu beschäftigen, überall grosse Kongresse mit Riesentamtam zusammen zu rufen, auf denen die Probleme erörtert werden, was man nach dem nach der Meinung unserer Feinde selbstverständlich von ihnen gewonnenen Krieg tun würde, um die Bevölkerung Europas neu einzuteilen, neue Staaten zu gründen, neue Grenzen aufzubauen. Eine solche Tätigkeit könnte ich mir in Deutschland nicht vorstellen. Es ist ja auch klar, daß eine solche Form von Ideologie und Planung für uns schon deshalb ausscheidet, weil wir durch das hämmernde Schicksal und die Klarjeit unserer Verantwortung, es nicht verantworten möchten, uns mitten im Kriegsgeschehen mit Dingen zu beschäftigen, die heute abstrakt sind. Da wir in diesem Krieg siegen werden, wissen wir, daß wir nach dem Sieg Zeit haben werden, diese unsere Gedanken in die Wirklichkeit zu übertragen.

Es gibt noch andere Schulungen dieser Art, z.B. Probleme gewisser philosophischer, historischer, geographischer Forschungen und Studien, deren unmittelbare Kriegswichtigkeit ohne weiteres abzulehnen ist. Man könnte sich auch vorstellen, daß heute Fragen, wie sie noch vor kurzer Zeit etwa in der Dogmatik der Theologie Gang und Gäbe waren, vollkommen unzeitgemäss sind; man kann sich auch vorstellen, daß eine ganze Reihe von anderen Fragen unzeitgemäss sind, wie z.B., ob man am System des Nationalsozialismus und seines Staates justament in diesem Augenblick dieses oder jenes verbessern könnte, ob man das oder jenes persönlich ändern könnte und allenfalls nicht jetzt während dieses Krieges in die Tat umsetzen könnte, als da sind Fragen der Staatsform, einer sozialen Gerechtigkeit und derartiges mehr. Es gibt also schon eine Fülle von Problemen, die uns nicht unbedingt kriegsnotwendig erscheinen,

31.3.1944

eine Form von theoretischen Überlegungen, die, wenn sie heute angestellt werden, notwendigerweise zwar nicht kriegsunwichtig, aber kriegsschädlich sind. Es hätte keinen Sinn, etwa das Exerzieren junger Rekruten, wenn sie in die Kasernen kommen, mit einer Betrachtung des Schmerzinhaltes eines Schwerverwundeten zu beginnen, diesen jungen Rekruten zu zeigen, wie ein Lazarett aussieht, oder ihnen zu erzählen, wie ein Bauchschuss schmeckt. Man wird damit nicht beginnen! Diese Art von Schulung würde von uns glatt abgelehnt. Es ist auch eine Form von theoretischer Überspitzung, ~~wenn~~ im Rahmen der militärischen Erziehung die Fragen von Rangunterschieden, Ehrenbezeigungsdivergenzen und derartiges in den Vordergrund zu rücken oder die theoretischen Untersuchungen früherer Zeiten generalstabsmässig auf den heutigen Krieg anzuwenden. Das ist alles Theorie und abwegig.

Die Schulung, die heute der nationalsozialistischen Partei obliegt, ist gänzlich anderer Art. Sie ist nicht zu vergleichen mit vielen Unternehmungen, die unter dem Vorwand einer Schulung unter der Hereinnahme des Begriffes der Bildung und - sagen wir einmal - unter glatter Verfälschung des Begriffes "Erziehung" nichts anderes beabsichtigen als einer notwendigen Zeitentwicklung unter steter Hervorkehrung des älterwerdenden Gesichtspunktes irgendwie einmal entgegen zu kommen. Diese Art Schulung ist obskur, lächerlich und töricht, und mit ihr haben wir also nichts zu tun. Bei der Schulung der Partei geht es um etwas kriegselementares, nämlich um die sehr einfache Erkenntnis, daß man Kriege, wie den, der jetzt auf uns liegt, nicht materialtechnisch rein nach dem äusseren Schema der Kriegserfahrungen an sich als einer massierten Handlung von bewaffneten Männern gegen eine andere massierte feindliche Menschenmasse führt. Darum geht es heute! Es ist kein technischer Krieg im letzten Sinn, sondern die Durchsetzung der modernsten sozialen, staatlichen und Gemeinschaftsidee gegenüber den Reaktionären.

31.3.1944

Die Schulung der NSDAP bedeutet also die geistige Aufrechterhaltung des wahrhaften Kriegszieles bei noch so grossen technischen oder Materialveränderungen, die die äussere Kriegserfahrung mit sich bringt, daß man sagt, ganz gleich, ob die Panzer heute in der oder in jener Form in Erscheinung treten, ob heute die Anlage einer Frontalstellung so oder so ausgebildet wird, ob heute das Unterseeboot wieder etwas zurückgezogen wird, bis es neue Waffen hat, das ist nicht entscheidend für die Entwicklung des Krieges. Wir dürfen darin keine Fortschritte sehen, die irgendwie über das rein kriegstechnische hinausgehen. Das entscheidende ist, daß die geistige Zone der Grundhaltung eines ganzen grossen Volkes, über das eine so schwere Prüfung wie eine Weltrevolutions-Kriegsführung gekommen ist, stets flammend, gleich glühend und leidenschaftlich zuckend bleibt ohne Zusammenhang mit dem jeweiligen taktischen oder strategischen Manövern, Vorstössen, Rückzügen, Rückschlägen usw.Wir müssen uns also darüber klar sein, daß die Schulung der NSDAP etwas ist, das vergleichbar wäre einer Urwahrheit, die gelehrt werden kann, auch wenn die Generationen der Menschen durch sie hindurchgehen, mit ihr gewandelt und mit ihr ins Grab gegangen sind.Diese Urwahrheiten, die gelten müssen im Krieg wie nach dem Krieg, diese gilt es dem deutschen Volk in der Schulung der NSDAP immer wieder nahezurücken.

Der Krieg darf nie als Selbstzweck betrachtet werden, der Krieg ist kein Beruf, der Krieg ist keine Aufgabe, der Krieg ist keine Sehnsucht, der Krieg ist nichts, was irgendwie an sich erheben kann, sondern nur, wenn der Krieg im Dienste einer Idee geführt wird, die wiederum aus sich die Höherführung der Bewusstheit bringt, dann wird der Krieg nicht aus sich heraus, sondern rückstrahlend aus der Idee, der er zu dienen berufen ist, geweiht. So müssen wir die Schulung der NSDAP sehen. Sie schaut gleichsam durch den Krieg und über den Krieg hinaus und sie sieht die Zusammenhänge der Zeit in dem grossen Raum-

31.3.1944

maß von Jahrtausenden, in dem grossen Zusammenhang von Rassenauseinandersetzungen, die durch die Weltmächte toben. Dieser Krieg ist nämlich dieser Art.

Der jetzige Krieg ist kein Kabinettskrieg, er wurde nicht begonnen, um dem Ehrgeiz irgendeines jungen Königs zu entsprechen, er ist, wie heute immer klarer wird, nicht das Ergebnis irgendwelcher diplomatischer Irrungen, irgendwelcher Missverständnisse des politischen Verkehrs; er ist auch nicht der Ausdruck irgendwelcher wirtschaftlicher Konstellationen, etwa derart, Neidempfindungen über den Aufstieg eines Konkurrenten zu hegen, er ist nicht einmal der Ausdruck von Grenzproblemen, er ist nicht einmal der Ausdruck eines Kampfes von Volkskraft gegen Volkskraft an sich; das alles ist er zwar auch, aber es genügt nicht, ihn damit zu erschöpfen. Er ist der Ausdruck dafür, dass sich die europäische Welt entschlossen hat, ein weiteres Blatt der Entwicklung aufzuschlagen. Die Zeit des demokratischen Parlamentarismus ist vorbei, die Zeit des Privatkapitalismus ist vorbei, die Zeit des Individualismus ist vorbei, die Zeit des Kultes und Egoismus ist vorbei! Für alle die Millionenmassen Europas, die nun herangewachsen sind, kommt die Notwendigkeit, eine neue Form der Gemeinschaft aufzubauen. Sie kann nicht identisch sein mit den Zeiten, in denen Deutschland auf demselben Raum, den es heute hat, knapp die Hälfte der jetzigen Bevölkerung hatte.

Dieses Aufeinanderfolgen der Blätter der Entwicklung Europas kennen wir ja, es geht nicht so geräuschlos vor sich, wie wenn man irgendeinen Roman liesst. Wenn die Geschichte ein Blatt umschlägt, geht das mit dem Donnerkrachen kontinentaler Auseinandersetzungen vor sich. Als das römische Weltreich geschaffen war, begann aus der Welt der Sklavenmassen heraus die Lehre einer totalen Gnade aufzusteigen. Die Seite, die dabei aufgeschlagen wurde und die das christliche Zeitalter auszulösen hatte, war getragen gottlob von dem Zeichen, dass Germanien berufen ist,

31.3.1944

in Europa das grosse ordnende Reich zu bilden. Als diese christliche Welt sich späterhin erstarkt zeigte im Vatikanismus, kam Luther und gab das Zeichen, daß das Blatt der Geschichte sich wieder geistig umdrehte. Wiederum waren Kriege notwendig, die Jahrhunderte ausfüllten, bis dieses Problem in Europa ausgestanden war. Und es kam die Zeit des Foederalismus; es bedurfte der Erbfolgekriege, die nichts anderes bedeuten, als zu entscheiden, welches Herrschergeschlecht in Europa regieren soll, und hier kam die Lösung, daß die Mark Brandenburg die Macht Deutschlands aufbauen konnte. Ein paar Jahrhunderte später wurde wieder die Seite umgeschlagen und das Bürgertum entstand. Diese Seite, in der die Foederalität des Adels durch die bürgerliche Kultur abgelöst wurde, war auch mit Kriegen verbunden. Nun kam wieder eine neue Seite, und diese heisst Sozialismus.

Das Kennzeichen dieser Epoche ist der sozialistische Gedanke, ist die Lehre, daß die Zeit des bürgerlichen Egoismus vorbei ist, daß die Massen Europas nach Erlösung rufen, daß der Raum zu eng geworden ist, als daß der Egoismus ihn allein zerschneiden könnte, daß ~~nun~~ mit der elementaren Wucht des Vorrückens des Zeigers der Weltuhr es nun unsere Aufgabe ist, diese Seite des Nationalismus in Europa aufzuschlagen.

Wenn wir die Schulung der NSDAP also unter den grossen Argumentationen weltgeschichtlicher Betrachtung sehen, dann, meine Parteigenossen, begreifen Sie, daß uns kein anderes, kein schwereres und auch kein irgendwie sorgenerregenderes Schicksal mit unserer Revolution aufgegeben wurde als was allen anderen entscheidenden epochalen Entwicklungen Europas auch aufgegeben war. Die Schulung der NSDAP ist daher die Klarlegung, daß dieser Krieg aufs engste zusammenhängt mit Ereignissen und Entwicklungen, die wir nur behandeln können, die wir nur zum Vorteil des deutschen Volkes ausbauen können.

31.3.1944

Dann versteht man auch, daß eine Figur wie Adolf Hitler einfach die einzige Hoffnung Europas ist; denn denken Sie sich den Nationalsozialismus Adolf Hitlers weg, wer hat dann eine Formel geistiger Art, die Herrn Stalin gewachsen wäre ? Hat sie Herr Churchill, hat sie Herr Roosevelt, Herr de Gaulle, Herr Badoglio, hat irgendeiner etwas, was an elementarer Grundgerichtetheit seiner asiatischen Energie entgegentreten könnte, die nun Millionenmassen auf dieses Europa hereinwogt? Verstehen wir nicht von diesem Punkt aus die ganze Tragödie Europas, die darin liegt, daß eine Gestalt wie Herr Churchill in diesem Augenblick einen überalterten völlig belanglos gewordenen binneneuropäischen Haß austoben lässt, der mit der Weltgeschichte in keinem Kontakt mehr steht? Herr Churchill ist das letzte Rudiment einer Zeit, deren typischer Vertreter Herr Clemenceau war, und in der es galt, mit Scheuklappen versehen nur nach Deutschland zu schauen und zu sagen: wenn wir Deutschland vernichtet haben, dann blüht uns das Leben.

Herr Churchill brachte seinen Krieg zum Abrollen. Er ist heute in toternster Verlassenheit und Vergessenheit, da noch so grosse Dialektik nicht vermag, die völlige Ausweglosigkeit einer solchen verlorenen rudimentären Position eines vergangenen Zeitalters durchzuhalten gegenüber den Lebenskräften, die aus Zeit und Raum sieghaft aufsteigen. Die eigentliche Tragik Herrn Churchills liegt darin, daß er einen Clemenceau macht, in einem Zeitpunkt, in dem es nicht nur gefährlich, sondern lächerlich ist, und womit er bewirkt, daß die Unwirklichkeit seiner Scheuklappeneinstellung gegen Deutschland in seinem eigenen Volk in zunehmendem Maße zu einer völligen Ideenlosigkeit führt.

Es ist klar, daß die Schulung der NSDAP nicht nur die Schulung von Parteigenossen, von Angehörigen eines organisierten Verbandes bedeutet; selbstverständlich

31.3.1944

ist sie das auch. Die Schuluhg der NSDAP bedeutet das Aufflammenlassen der diese Geschichtsepoche entscheidenden Ideen mit dem Ziel, daß sich daran das Verhalten unseres gesamten Volkes ausrichtet.Wir können mit Stolz sagen, daß wir im fünften Jahre dieses Krieges gerade deshalb, weil die NSDAP Adolf Hitlers diese Ideenwelt so monumental aufgebaut hat, daß sie sozusagen einhundertprozentig auf die Zeit passt, ~~jetzt~~ die Lokomotive der Weltentwicklung geworden sind. Wir können das mit Stolz sagen! Die Schulung der NSDAP ist eine Weltangelegenheit; sie hat längst das Format eines binnenvölkischen Vorganges verloren.

In zunehmendem Maße schälen sich nun die beiden wirklichen Gegner dieses Krieges heraus: der aiatische Sozialismus Stalins und der allein für Europa geeignete Sozialismus Adolf Hitlers. Wir sprechen bewusst für Europa, nicht etwa weil wir die Länder in Besitz haben, auf die es uns ankommt und die wir als Basis brauchen, sondern deshalb, weil wir in echtestem Sinne des Wortes für Europa verantwortlich sind, denn nur, wenn wir bestehen, besteht Europa. Selbst ob Herr Mussolini geblieben ist oder nicht, ist völlig belanglos. Entscheidend ist, daß ~~sich~~ das deutsche Volk wie das auserwählte Volk im wahren Sinne des Wortes fühlt, ein Volk zu sein, dem das größte anvertraut ist, was es in Europa gibt, die schöpferische Persönlichkeit, der Sozialismus der Tat, Ideen von so monumentaler Wucht und so grossartiger Zunkunftsfrische, daß demgegenüber so eine armselige Idee wie die Rettung einer Position bei Unterhausabstimmungen geradezu kläglich ist. Die Welt verfährt mit dieser Art von Politikern in einer Form, die uns zeigt, daß wir ihn richtig beurteilen; Herr Stalin behandelt Herrn Churchill noch wesentlich unhöflicher wie wir das tun.

31.3.1944

Die Schulung der NSDAP ist die Lehre von der Souveränität des Nationalsozialismus über Europa. Eine Form der Betrachtung völkischer Belange, sozialer Aufgaben, wirtschaftlicher Vorgänge, rassischer Ströme schickt sich an, Europa das entscheidende Gewand zu geben. Freilich mag sein, daß in absehbaren Jahrhunderten oder Jahrtausenden einmal auch unsere Lehre wird abtreten müssen, das mag im letzten Plan des Weltgeschehens sein, vielleicht kommt irgendwann wieder was anderes. Aber jetzt sind wir daran! Nur ein Genie von einzigartigem Ausmaß kann jeweils der Ausdruck einer Zeitentwicklung sein. Und sie waren immer greifbar klare Figuren, man weiß in der Geschichte genau, wen man zitieren muß, wenn man eine Epoche zitieren will. Und diese Zeit heißt "Adolf Hitler". Wir können, meine Parteigenossen, in unserem eigenen innersten Gemach, in unserer seelisch-geistigen Behausung, wo jeder mit sich allein ist, feststellen, daß diese Reduzierung der epochalen Erkenntnis dieser Zeit auf einen Mann heute in uns graniten ist. Es ist nicht nur eine Rede der bösen Nazi-Propaganda, eine Überheblichkeit, weil er unser Führer ist, weil er unsere Partei gegründet hat, - nein, wenn das alles nicht wäre, wüssten wir trotzdem, diese Zeit heißt Adolf Hitlers Epoche.

Für die Schulung der NSDAP ist nun klar, daß, wenn sie nicht stattfände, wenn wir als Partei nicht reden würden, ja dieser Krieg stumm wäre. Die Generale sagen es nicht, die Soldaten sagen es nicht, die Masse sagt es nicht, die Zeit spricht nicht, die Bücher reden nicht, aber die NSDAP spricht. Wir können daher schon sagen, die Schulung der NSDAP ist überhaupt das wichtigste heute am Geistigen, denn alles andere folgt daraus. Es folgen daraus die sozialen Werte praktischer Art, es folgen daraus die staatlichen Werte verwaltungsführender Art, es folgen daraus Erkenntniswerte für alle wissenschaftlichen Bereiche ohne jede Ausnahme, und es folgen daraus rein

31.3.1944

biologische Entwicklungsfaktoren. Wir können sie einmal im einzelnen betrachten.

Der Nationalsozialismus, zunächst einmal weggedacht von dem Geschehen des deutschen Volkes, würde bedeuten, daß wir auf der Ebene des Herrn Churchill geblieben wären, das heißt, was wir in einer solchen Auseinandersetzung höchstenfalls hätten, wäre, daß dem Herrn Churchill in England bei uns irgendeine Figur bürgerlicher Konvennienz in irgendeinem Reichstag mit irgendwelchen Parteien gegenüber stände, der nun als eine Art Anti-Churchill, aber völlig im Jargon dieser bürgerlichen Welt erfahren die Bälle hin und herwirft. Es ginge um Grenzen, um Schiffe, um materielle Dinge, kurz um das, was im Versailler Friedensvertrag als allein entscheidend anerkannt wurde, Abtretung von Provinzen, Bezahlung von Reparationen und derartigen völlig nebensächlichen und belanglosen Dingen. Lächerlich, einen Krieg zu führen wegen eines Flusses, wegen einer Kolonie, wegen eines Fetzens Erdoberfläche; deswegen stirbt man nicht, deswegen geht ein Volk nicht in den Krieg! Weder um Elsass-Lothringen noch um den Korridor wurde dieser Krieg begonnen und ist dieser Krieg gegangen. Denn wäre Deutschland morsch geblieben, und wären Elsass-Lothringen und der Korridor zu uns zurückgekehrt, das würde bedeuten, daß die Krankheitszone unseres Volkes sich erweitert hätte. Darum geht es in diesem Kriege nicht; es geht nicht darum, ob wir in Charkow stehen oder in Tarnopol, das ist belanglos. Entscheidend ist, daß dieses Volk weiß, daß dieser Krieg um die Erfüllung einer seit Jahrtausenden uns vorgeschriebenen Aufgabe geführt wird, nämlich der, die ein deutscher Dichter einmal wunderbar formulierte: " am deutschen Wesen wird einmal die Welt genesen".

Der Krieg geht um die Ermöglichung des Fortlebens Europas nach der besten europäischen Tradition, der Höherführung der Kultur, der Wiederaufrichtung des Glückes von

31.3.1944

Millionen und der Aufrechterhaltung freier Zonen geistig-seelischer Selbstbehauptung und unmittelbarster Verbindung mit den ewigen Werken des Daseins. Jenseits unserer Niederlage stünde nicht der Sieg Churchills, dieser bürgerlichen Welt, die völlig morsch und verloren. Es stünde, das ist jetzt ganz klar, die Übernahme Europas durch Asien. Unsere Lage ist ja nicht einfach. Von Asien aus gesehen, sind wir eine Halbinsel, ein kleiner Fortsatz Asiens in den Atlantik hinaus. Die Optik des Krieges von einem, der in Moskau sitzt und einen Staat hat, der neun, zehntausend Kilometer sich nach Osten fortsetzt, ist anders als die Optik eines Insulaners, der drüben jenseits des Kanals sitzt und ausser Deutschland nichts anderes sieht. Ersterer wird sich sagen, nehmen wir das einfach mit, dann ist im Westen Ruhe, denn einen Eigenwert wird der nicht anerkennen, der von einem Kontinent auf diese Halbinsel schaut. Je wuchtiger und gefahrdrohender diese Optik ist, umso ungeheurer muss unsere Energie sein, diese Flammen aufzurichten und zu sagen, diese Optik ist die des Dschingis-Khan. Sie ist falsch, denn dieses Europa ist der Inhalt und der Mittelpunkt der kulturellen Welt überhaupt. Wir sind keine Halbinsel, die sich nach dem Osten drängt, sondern wir sind eine Welt, die das Licht von oben auf die Erde herabgeholt hat.

Wir können ruhig sagen, als wir Nationalsozialisten diese Idee im Jahre 1919 vom Führer zum ersten Mal vernahmen, war sie noch binnendeutsch. Wir haben zunächst auch gedacht, das ist ein herrlicher Segen, mit dem Judenregiment in Deutschland wieder aufzuräumen, die Verbrecher zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß ein sauberer Staat entsteht.

31.3.1944

Der Nationalsozialismus ist das seelisch-geistige Rüstzeug unseres Volkes, freilich dieses Volkes, denn soviel auch Adolf Hitler seinem Volk gegeben hat, das meiste zu diesem Krieg hat doch wiederum das deutsche Volk aus eigenem beigetragen, aus seiner Tapferkeit, aus seiner Anständigkeit, aus seiner soldatischen Pflichttreue, aus der Jahrhundertealten Gewohnheit dieses Volkes, alles einzusetzen für das Vaterland. Aus all diesen Charaktermerkmalen baut sich ja der Nationalsozialismus als oberste Krönung auf. Wenn man zum Beispiel an den Widerstand unserer Grenadiere bei Cassino denkt, dann muss man sagen, dieses Volk ist auch berufen, Europa und damit die Welt entscheidend zu führen. Das kann uns niemand in der Welt nachmachen, das ist deutsch. Das ist diese herrliche Mischung unseres Volkes, die unseren Charakter geformt hat, und die als unersetzliche Substanz eben das bedeutet, auf dem auch der Nationalsozialismus aufbaut.

Der Nationalsozialismus würde, wenn er eine Weltidee ist und eine soziale Gemeinschaftsidee ist, vor allem aber bedeuten: er ist die Übertragung der wertvollsten Charaktereigenschaften unseres Volkes auf eine Gemeinschaftsformung unseres staatlichen und völkischen Daseins, er ist der Durchbruch unseres völkischen Wesens durch alle fremden Formen zu einer Eigenständigkeit unserer nationalen Führungsmethode. Seien wir uns darüber klar, dass das im einzelnen furchtbar schwer ist.

Bismarck hat einmal gesagt, Politik ist die Kunst des möglichen; dieses Wort ist viel zu eng; von uns allen muss man sagen, Politik ist die Kunst des unmöglichen, nämlich des nach einem gewissen Entwicklungsstadium völlig unmöglich erscheinenden. Ein Beispiel von vielen! Nehmen wir an, wir hätten im Generalgouvernement in diesem Augenblick, da die Russen im Osten

31.3.1944

eingebrochen sind, noch fast zwei Millionen Juden; nehmen Sie an, sie sässen wie im Jahre 1939 in Tarnopol, in Stanislau, in Warschau. Glauben Sie, meine Parteigenossen, daß wir paar Mäßeken in diesem Land die Ordnung wie bisher aufrecht erhalten könnten? Wer aber nun sagt, ja die Juden sind ja weg, dem kann ich sagen, sie sind weg, aber wie, auf welche Methode, wer opferte sich, wer gab sich dafür her! An sich hat die Welt geglaubt, das sei völlig unmöglich. Nationalsozialistische Politik ist also die Kunst des Unmöglichen. Sie ist weit darüber hinaus auch noch etwas anderes. Bedenken Sie einmal, wir hätten noch das alte Parteiensystem und dann ein Stalingrad oder ein Tunis erlebt, oder ein oder zwei Monate aus strategischen Gründen den Rückzug im Osten machen müssen! Glauben Sie nicht, daß von den 44 Parteien 39 seit Monaten nichts anderes täten, als von früh bis abends in öffentlichem Defaitismus zu machen und unser Volk in den Abgrund zu stossen? Nehmen Sie den Bombenterror auf unsere Städte! Glauben Sie, die Hunderttausende würden so aufrecht, so stolz, so frei unter Verzicht auf alles, was sie früher einmal als die grössten Werttümer angesehen haben, dieses Versinken in Schutt und Asche ertragen und selber nur noch Arbeitsmenschen für Deutschland bleiben? Glauben Sie, die Unterwelt würde nicht aus unseren Städten aufsteigen und würde dieses herzbewegende Bild der Disziplinniertheit unseres Volkes in den Abgrund stossen?Nehmen Sie dieses zusammen und kombinieren Sie es mit der leidenschaftlichen positiven Grundhaltung dieser Bewegung, die nun sich jedes einzelnen annimmt und sagt, Du bist nicht verlassen, es existiertnicht mehr das Deutschland der Kapitalisten, das sich um niemand kümmert! Ja, meine Parteigenossen, das sind nicht Theorien, das ist Wirklichkeit. Was die Partei hier leistet, istein einzigartiges sozialistisches

Programm

31.3.1944

in vollster Verwirklichung.

Wenn Sie anhand dieser Überlegungen nun zu der Schlussfolgerung kommen, ja wie soll es mit diesem Krieg weitergehen trotz allem, dann kann ich Ihnen nur sagen, ein Volk wie dieses, ein Volk nach solchen Proben, die es sieghaft bestanden hat, ein Volk mit dieser inneren Geschlossenheit, dieser gläubigen Treue, dieser Sauberkeit der Lebensführung, ein solches Volk ist absolut unbesiegbar. Der Gegner setzte immer an in der Hoffnung, es würde wieder so gehen, wie im Jahre 1918, und es würde ihm die Notwendigkeit seiner Invasion dadurch genommen, daß das deutsche Volk von innen heraus diese Ordnung abschüttelt und sagt, wir wollen nicht mehr. Das ist die Hoffnung der Feinde,nur nicht selber anrennen müssen, die sie haben und haben müssen, weil sie ja das gar nicht durchführen können, was sie sich vorgenommen haben. Sie haben nun geglaubt, Ungarn würde ihnen helfen. Ungarn ist in unserer Hand und bleibt in unserer Hand, und die 850 000 Juden werden es spüren! Und jeder, der sich irgendwo sonst noch rührt, wird es spüren. Die Methode ist klar: im gegenseitigen Einvernehmen wird die Regierung gebildet, die wir brauchen. Mit so einem Volk und einer solchen Führung kann Churchill nicht weitermachen. Sie sehen die Erfolge: die Feindkoalition ist in Auflösung und Stalin macht seine eigene Politik; dieser Narr aber, der glaubte, den deutschen Rückzug im Osten auf deutsche ~~Stärke~~ Schwäche zurückführen zu können, wird eines Tages ein böses Erwachen haben. Entscheidend aber ist, daß die Invasion im Westen, wenn sie kommt, einen solchen Empfang findet, daß sie nicht mehr wiederholt werden wird. Der Krieg ist daher für uns in der Form sieghaft zu führen, daß nichts unser Volk treffen kann, ganz gleich was es ist, wenn wir uns selber treu bleiben, wenn wir weiter das halten, was schlicht und wahr ist, was echt ist und was immer auch, glaube ich, ein göttliches Gesetz für diese Welt ist, dass der Herrgott dem

31.3.1944

hilft, der alle Prüfungen mutig und tapfer von innen heraus besteht. Es kommt nach dieser Nacht der Sieg, der Morgen des Glücks für unser Volk. Wir befinden uns mittenin der Krisis des Krieges.

In diesem Schlussrun, absolut vorne zu bleiben, steigert sich bei uns die bitterste Energie. Dieses Gefühl hat heute der Grenadier im Osten wie im Westen. Dieses Gefühl müssen vor allem wir im Generalgouvernement haben. Wir müssen dem deutschen Volk zeigen, daß uns nichts irgendwie erschüttern kann. Das gilt für alle Sparten, alle Berufe, für die Partei und den Staat, bei allen Leistungen in der Verwaltung, in den Fabriken und bei allen sonstigen Dienstleistungen.

Die Justiz hat bei uns eine besondere Aufgabe, das wissen Sie. Die Anschauung über die Justiz, die ich selber viele Jahre hindurch aufgestellt habe, ist allgemein bekannt. Sie steht jetzt nicht zur Diskussion. Nach dem Krieg wird die Justiz die Funktionen aufzunehmen haben, die einer Gemeinschaft cbliegen, und es wird dann nach dem alten germanischen Grundsatz das Rechtsleben sich wieder auf völlig gesunder Grundlage aufbauen. Heute geht es darum, den Feind der Gemeinschaft zu treffen. Entscheidend ist, daß wir über die Justiz hinweg davon überzeugt sind, daß die Gerechtigkeitsübung eine der höchsten Gemeinschaftsaufgaben ist. Die Noteinrichtungen, die wir heute haben müssen, um mit denen, die die Sicherheit der Gemeinschaft gefährden, fertigzuwerden, gehen weit über die Justiz hinaus. Aber es ist für uns klar, daß es jetzt nur auf den Erfolg ankommt, das ganze deutsche Volk treu und sachlich bei Ruhe, Ordnung, gläubiger Arbeitsfrische und Sieglauben zu halten.

Die Richterfigur ist eine der grossen Figuren der völkischen Gemeinschaft.Man darf sie niemals herabwürdigen. Der Richter ist eine der urgermanischen staats-

tragenden Typen, und es gibt keinen germanischen Staat, in dem der Richter nicht königliches Recht gehabt hätte. Unser Ziel muss sein, den grossen starken nationalsozialistischen Gemeinschaftsrichter mit grossen Funktionen und weitreichender sozialer Wirkung allen Gerechtigkeitsüberlegungen voranzustellen. Dabei werden die Erfahrungen, die wir im fremdvölkischen Raum machen, uns besonders nützlich sein. Daß wir die Justiz der von uns beherrschten fremden Völker gewahrt haben, hat mir geholfen, die allgemeine Befriedung dieses Raumes aufrecht zu erhalten.

Die Rechtsidee ist somit Ausgang und Inhalt unseres Kampfes. Wir treten an, da man unser Volk um sein Lebensrecht betrügen will. Und wenn man sagt, wie kommt ihr dazu, dann antworten wir, weil wir die Berufung haben; und wenn man sagt, warum grösserer Lebensraum, dann unsere Antwort, weil wir wachsen. Und erwidert man, das sagen andere Völker auch, - gut, mögen sie es sagen, aber die Berufung fehlt ihnen.

Immer, wenn eine historische Epoche die weltgeschichtliche Seite umblättert, blättert man mit um die soziale Ordnung, die Rechtsordnung, die Staatsordnung, die Verwaltungsprinzipien; sie müssen mit herum in eine neue Entwicklung hinein. Das dauert einmal länger, das andere Mal kürzer. Das ist gleichgültig. Über Probleme dieser Art brauchen wir uns heute nicht zu unterhalten. Sie sind evident. Vieles, was jetzt im Kriege notwendig ist, würde im Frieden geradezu schädlich sein. Man wird über diese Fragen nach dem Krieg Zeit haben zum Plaudern, heute gilt es, mit den Einrichtungen, die wir haben, unter Aufrechterhaltung aller Gesichtspunkte für die siegreiche Nachkriegszeit durchzukommen. An der Spitze dieser Einrichtungen steht die NSDAP. Wenn wir also nach einem Rückschauen fragen, was soll die Schulung der NSDAP in dieser Zeit, dann kann man sagen, lieber Freund, Du bist der Erste, der an der nächsten Schulung teilzunehmen hat.

(Langanhaltender Beifall)

18^{20} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.
(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Samstag, den 1.April 1944

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsminister für die Ostgebiete Reichsleiter Rosenberg in Gegenwart der Staatssekretär Dr. Bühler und Koppe.

12^{10} Im Königssaal der Burg stellt der Herr Generalgouverneur Reichsleiter Rosenberg die Hauptabteilungspräsidenten und Vertreter von Staat, Partei und Wehrmacht vor.

Staatssekretär Dr. Bühler richtet dann folgende Ansprache an Reichsleiter Rosenberg:

Es ist für mich als Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements ein besonderer Vorzug, Sie, Herr Reichsminister Rosenberg, mit den Herren Ihrer Begleitung an dieser altehrwürdigen Stätte der Königsburg der Polen, die heute dem Repräsentanten der Reichshoheit, dem Herrn Generalgouverneur als Dienstsitz zugehört, namens der Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements herzlich willkommen zu heissen. Wir sind voller Freude darüber, einen alten Kampfgefährten des Führers, dem es vergönnt war, das Lebenswerk des Führers durch seine eigene gestaltende Mitarbeit mitbegründen zu helfen, der auch weiterhin an diesem Werk teilnimmt, heute in unserer Mitte zu wissen.

Wir freuen uns über Ihren Besuch, Herr Reichsminister, aber auch wegen der besonderen gemeinsamen Beziehungen, die Ihre Arbeit als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und unsere Arbeit im Generalgouvernement verbinden. Weite Gebietsteile Ihres Bereiches haben die staatliche Entwicklung dieses Raumes beinahe während eines Menschenalters geteilt. Der Grossteil der Bevölkerung des Reichskommissariats Ukraine behauptet, seine Stammesbrüder bei uns zu haben, und versucht auf legale und illegale Weise, Beziehungen zu diesem Bevölkerungsteil des Generalgouvernements anzuknüpfen.

1.4.1944

Ihr Werk, Reichsleiter, steht ebenso wie unseres im Dienste des neuen Europa unter deutscher Führung; Ihre Bemühungen sind ebenso wie die unsrigen gleich gerichtet auf die Erreichung eines möglichst grossen Wirtschaftseffektes zu gunsten der Wirtschaftskraft und des Kriegspotentials des Reiches. Diese gemeinsamen Beziehungen und viele andere, die ich nicht erwähnen will, fordern geradezu zu einer vorbehaltlosen aufgeschlossenen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit heraus. Daß Sie, Herr Reichsminister, uns heute die Ehre Ihres Besuches schenken, lässt in uns die Hoffnung erstehen, daß durch Ihren Besuch diese Zusammenarbeit, die von uns stets genutzt und auch schon häufig erprobt wurde, heute wieder eine Vertiefung erfahren wird.

Herr Reichsminister, der Feind ist nunmehr auch in Landgebiete des Generalgouvernements eingefallen. Daß wir hier in Krakau, aber auch weit vorn bis an die Front den künftigen Ereignissen nüchtern und kaltblütig entgegensehen, daß die Haltung der Deutschen im Generalgouvernement unübertrefflich gut ist, daß die fremde Bevölkerung dieses Gebietes in ihrer Ablehnung gegen die Bolschewisten verharrt und sogar den Deutschen Vorschub leistet, wenn wir dem vordringenden Feind Schaden zuzufügen versuchen, kommt für viele vielleicht unerwartet und lässt Befürchtungen unbegründet erscheinen, die von aussen gekommen sind. Für den, der unsere viereinhalbjährige Aufbauarbeit und die örtlichen Verhältnisse des Generalgouvernements kennt, ist diese Haltung der Bevölkerung, diese Haltung der Deutschen des Raumes nicht verwunderlich.

Da die Exekutivkräfte der Polizei hier in weitem Umfange in das Geschehen an der Kriegsfront einbezogen worden sind, war es von vornherein klar, daß in kritischen Augenblicken das Mitgehen der Bevölkerung nicht

ausschliesslich durch Zwang erreicht werden konnte. Der Herr Generalgouverneur ist daher zu einer breiten politischen Arbeit übergegangen, welche den Mangel an Exekutivkräften ausgleichen soll. Er hat es erreicht, daß wesentliche Teile der polnischen und ukrainischen Bevölkerung, Bauern und Arbeiter, Vertrauen zur deutschen Führung fassen. Der Weg, der eingeschlagen wurde, war nicht leicht. Es gab da manche gefahrvollen und unerfreulichen Aspekte. Gerade viele Dienststellen des Reiches konnten in Ermangelung einer genaueren Kenntnis der örtlichen Verhältnisse diesem unseren Bemühen ein Verständnis nicht entgegen bringen. Man redete von Schwäche, von unangebrachter Philanthropie oder gar von einer Begünstigung des Polentums. Wenn es aber nunmehr trotzdem gelungen ist, im heutigen Kriegszustand die Dinge so fest in der Hand zu behalten, so ist das ausschliesslich auf die Überlegenheit und den Kämpfergeist des Generalgouverneurs, gleichfalls eines nationalsozialistischen Mitkämpfers des Führers, zurückzuführen.

Freilich mussten manche anderen Hochziele am Wege liegen gelassen werden. Nicht gelöst wurde das Problem der Zurückdrängung des slawischen Blutstroms, nicht befriedigend gelöst das Problem der Erschliessung dieses Raumes für die deutsche Siedlung; nicht gelöst ist die Kirchenfrage und das Problem des starken Einflusses der katholischen Kirche. Ich frage Sie aber, meine Herren: Ist es nicht wichtiger, unseren Soldaten Waffen in die Hand zu geben, dem Reiche Ernährungsüberschüsse zuzuführen, Angehörige der polnischen und ukrainischen Bevölkerung in grösstem Ausmass als Arbeitskräfte ins Reich zu schicken, als diese Probleme, die vielleicht wegen der Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel jetzt überhaupt nicht gelöst werden können, heute in Angriff zu nehmen? Gerade wir, die wir den Krieg aus der Nähe sehen, wissen, was der Karabiner oder die Faustgranate in der Hand des Soldaten gegenüber dem russischen

1.4.1944

Ansturm bedeutet.

So können wir denn mit Stolz auf unsere Leistung zurückblicken, auf das Kriegspotential, auf die Rüstungskapazität, die wir dem Reich in diesem Raum schaffen konnten, auf den Überschuss und die Lieferung von Versorgungsgütern an das Reich, darauf, daß wir Millionen Arbeitskräfte dem Reich zuführen konnten. Aber dieser unser Stolz wird nicht in Selbstzufriedenheit oder Selbstgefälligkeit ausarten. Das glühende Feuer der Vaterlandsliebe wird uns auch weiter befähigen, diese unsere Leistung im Dienste für Führer und Reich zu steigern.

Reichsminister Reichsleiter Rosenberg erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Herr Staatssekretär!
Ich danke Ihnen für den Bericht des Regierungschefs über die vielgestaltige Arbeit, die Sie in den vergangenen Jahren geleistet haben. Wir haben in der Kampfzeit sehr oft vcm Schicksal gesprochen, das über dem deutschen Volke im Osten liege. Wirwissen, daß dieses Problem ja nicht nur uns beschäftigt hat, sondern daß es schon zur Zeit Bismarcks ein sehr drohendes und schweres Problem geworden war, daß aber das zweite Reich, das sich nur gegen Frankreich verwirklichen lassen konnte, die Dinge des Ostens nicht zu meistern verstanden hatte. Diese Politik hat naturgemäss auch nach Bismarck weiter gewirkt, und es hat manchen gegeben, der diese Politik hat kritisieren wollen. Auf jeden Fall ist aber, ungehindert durch Deutschland und die europäischen Mächte, dort im Osten ein Riesenkoloss gross geworden, der nicht nur das Baltische und das Schwarze Meer zu seinen Grenzen rechnete, sondern auch das Japanische Meer zum Ziel seiner ganzen Politik machte, um sich nach drei Richtungen ausdehnen zu können. Dieses Problem ist auch in diesem Kriege gross in Erscheinung getreten. Alles, was sich heute an schweren Kämpfen im Osten abspielt, steht doch

1.4.1944

schon im Zeichen dieses Aufbruches des Ostens in Bezug auf jene Nationalitäten, die früher scheinbar nicht vorhanden waren, sich aber jetzt in der Sowjetunion überall bemerkbar machen. Wir haben daher das Interesse, jene Problematik des Ostens zu sehen, wie sie nicht nur vom Standpunkt Moskaus betrachtet wird, sondern auch vom germanisch-völkischen Standpunkt auszuwerten ist.In weiten Gebieten dieses Raumes ist das deutsche Reich Herr geworden, und im Generalgouvernement hat es den ersten Ansatz zu einer Osterweiterung geschaffen.

Ich weiss sehr wohl, welche Schwierigkeiten Sie hier haben und haben müssen. Es sind ähnliche Schwierigkeiten wie diejenigen, die ich als Reichsminister im Osten auch angesichts einer viel grösseren Zahl von Völkerschaften haben musste und wahrscheinlich noch haben werde. Ich bin überzeugt, daß die Lösung dieses Gesamtproblems eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Generalgouverneur und mir erfordert, daß hier Fragen lebendig sind, die oft einheitlich entschieden werden müssen, und daß sich bei aller Verschiedenheit der Völkerschaften doch immer eine einheitliche deutsche Haltung im Innern der Regierung wie nach aussenhin bemerkbar machen muss.

Ich danke Ihnen für diese Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs und wünsche Ihnen allen für die Zukunft viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, in der Hoffnung, daß die Bollwerke, die sich das Deutsche Reich im Osten geschaffen hat, ewig Bollwerke des Deutschen Reiches bleiben werden.

13^{05} Mittagessen zu Ehren des Reichsministers, Reichsleiters Rosenberg.

Während des Essens ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgendem Trinspruch:

1.4.1944

Ich habe die besonders grosse und uns Deutsche des Generalgouvernements mit Herzlichkeit erfüllende Freude, Sie, Parteigenosse Rosenberg, und Sie, Herr Generalfeldmarschall Model, in unserer Mitte begrüssen zu dürfen. Ich möchte Ihnen, Parteigenosse Rosenberg, unser aller herzliche Grüsse entbieten und Ihnen sagen, wie sehr Sie uns alle durch Ihre Reise hierher beglückt haben. In einem Augenblick, in dem das Generalgouvernement Frontland geworden ist, erfüllt uns das Gefühl, daß Sie heute unter uns weilen, mit besonderer Genugtung. Sie sind der grosse weltgeschichtliche Vorkämpfer der Ideologie des Nationalsozialismus, Ihr Name hat dadurch eine unsterbliche Grösse erlangt, und Sie sind einer der ältesten und unmittelbarsten Mitkämpfer des Führers, mehr noch, Mitgestalter der nationalsozialistischen Idee in ihrer Totalität. Ich selber habe ja die Ehre und Freude, Sie nun seit 25 Jahren in diesem Kampf zu kennen. Es überschlägt sich in uns direkt das Gefühl der Freude bei dem Gedanken, daß Sie gerade in einer historisch so ungeheuer schwierigen Zeit ins Generalgouvernement gekommen sind. Lassen Sie mich aus übervollem Herzen Sie willkommen heissen!

Herr Generalfeldmarschall Model, Sie sind vom Führer zu einem besonderen Auftrag nach Krakau gerufen worden. Ich möchte Sie im Namen aller Deutschen und der Regierung des Generalgouvernements aufs Herzlichste willkommen heissen.Unsere besten Wünsche geleiten Sie, den für uns mit schicksalhaften Aufgaben im Osten betrauten Vorkämpfer der Wehrmacht und des Grossdeutschen Reiches, auf Ihrem Wege. Seien Sie überzeugt, daß entsprechend dem Befehl des Führers vom 22.Februar dieses Jahres die Verwaltung des Generalgouvernements in vollem Umfang restlos bis an die Front aufrecht erhalten bleibt. Unsere deutsche Verwaltung des Generalgouvernements erfüllt gerade das Empfinden mit besonderer Stärke, daß

1.4.1944

Sie in allen Bereichen des Generalgouvernements, mit denen Sie militärisch zu tun haben, die vollkommenste Aufgeschlossenheit, die bis zum letzten gehende opferwillige Mitarbeit der gesamten Deutschen finden werden.

Reichsminister, Reichsleiter Rosenberg erwidert mit folgenden Worten:

Parteigenosse Frank! Ich danke Ihnen für die kameradschaftlichen Worte, mit denen Sie mich begrüsst haheb. Ich bin schon vor zwei Jahren einmal auf der Reise hierher gewesen, um Ihrer Einladung Folge zu leisten und Ihnen einen Besuch in Ihrem Wirkungskreis abzustatten. Dieser Besuch ist damals durch Krankheit verhindert worden. Ich freue mich, daß ich den Besuch wenigstens jetzt nachholen kann.

Ich weiss, welche Riesenaufgabe Ihnen hier im Generalgouvernement gestellt war und wie Sie diese Aufgabe mit Umsicht und Energie erfüllt haben. Ich freue mich, daß die alte Kameradschaft von über zwanzig Jahren nun wieder in einem anderen Wirkungskreis erneuert werden kann, und bin gewiss, daß die Aufgabe, die uns beide sachlich verbindet, auch ein kameradschaftliches Verstehen finden wird. Ich hoffe, daß dieses Verhältnis zwischen uns auch Geltung hat für alle unsere Mitarbeiter auf den Gebieten des Staates und der Partei. Ich wünsche Ihnen, Herr Generalgouverneur Dr. Frank, und allen Ihren Mitarbeitern die besten Erfolge für Ihre weitere Arbeit.

Generalfeldmarschall Model wendet sich mit folgenden Worten an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Meine Herren!
Ich bin gebeten worden, einige Worte zu Ihnen zu sprechen. Ich komme ja ganz überraschend von der Front im Norden. Ich darf sagen, daß wir an der Nordfront ziemlich

ähnliche Verhältnisse hatten, wie sie jetzt hier im östlichen Gebiet eingetreten sind. Dort oben hält sich trotz des Druckes der Lage alles, nicht nur die deutschen Teile, sondern auch in erfreulichem Maße die estnischen, lettischen und neuerdings die litauischen Teile. Wir können sagen, daß dort oben im grossen ganzen trotz des Druckes der Lage militärisch und auch politisch eine Besserung erreicht werden kann. Ich komme nach hier sozusagen von einem Brennpunkt zum anderen. Militärisch kann ich mich im grossen nicht weiterm äussern, wohl aber darüber, daß der Führer erwartet, daß auch hier die Ereignisse einen ähnlichen Verlauf nehmen, wie dort oben. Um das durchzuführen, bin ich hierher gekommen. Ich hoffe, daß ich hier die gleiche Unterstützung finde, wie dort oben. Ich habe das feste Vertrauen,Herr Generalgouverneur, daß wir gerade hier im Generalgouvernement, das ja in der Verwaltung der besetzten Gebiete als Vorbild eines Verwaltungsmeisters für uns alle dasteht, im Generalgouvernement, das auch ich damals miterobern durfte, leicht ähnliches erreichen können wie dort oben. Sehen wir uns die politische Lage an. Was ist denn bisher angesichts des Druckes der Lage geschehen? Wir haben es erlebt, daß Rumänien und Ungarn nun tatkräftig mitmachen müssen. Das ist eine Wandlung, die wir noch vor kurzer Zeit gar nicht geahnt, an die wir kaum geglaubt haben. Und so sehe ich die Machtfaktoren erstehen, die uns befähigen werden, diese russische Flut endgültig zum Stoppen zu bringen. Ich rufe Sie alle dazu auf, uns auf das tatkräftigste zu unterstützen; heute kommt es auf jeden einzelnen an. Ich trinke auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs.

1.4.1944

18[00] Grosskundgebung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement im Hause "Urania" aus Anlass der Anwesenheit des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Reichsleiter Rosenberg.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Kundgebung mit folgenden Worten:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Liebe Gäste! Für den Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP ist heute ein grosser Festtag, weil doch in unserer Mitte der Mann weilt, der vom Führer als der oberste Betreuer des geistigen Gutes bestimmt ist, das wir unsere Weltanschauung nennen; es ist für uns eine ganz besondere Herzensangelegenheit, Sie, den ältesten, treuesten, unermüdlichsten Vorkämpfer dieser revolutionären Weltanschauung des Nationalsozialismus an dieser alten Kampfstätte der NSDAP des Generalgouvernements auf das Herzlichste willkommen zu heissen. In Ihnen, in Ihrem Wirken symbolisiert und verkörpert sich für uns jener leuchtende Gedanke, den wir als nationalsozialistische Idee ebenso in den Herzen unserer Grenadiere an den Fronten wie in den Millionen Herzen der deutschen Menschen in der Heimat wissen, diese herrliche nationalsozialistische Idee, die vom Führer gegründet, von Ihnen, Parteigenosse Rosenberg, mitgestaltet, leidenschaftlich vorgekämpft, mit restloser wissenschaftlicher Klarheit ausgebaut und mit der Unsterblichkeit Ihres Wirkens in die Ewigkeit getragen werden wird. Wir bitten Sie, zu uns zu sprechen.

Reichsleiter Rosenberg ergreift dann das Wort zu seiner Rede, in der er anhand einer Betrachtung der deutschen Geschichte die Notwendigkeit des heutigen Kampfes des deutschen Volkes um seine Existenz beleuchtet.

1.4.1944

19[50] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus der NSDAP, woselbst aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsleiters Rosenberg ein Kameradschaftsabend stattfindet.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Sonntag, den 2.April 1944

16^{00} T e e - Empfang aus Anlass der Anwesenheit des Reichsleiters Rosenberg.

18^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsleiter Rosenberg zum Krakauer Hauptbahnhof.

19^{30} Aufführung der Opern "Cavalleria Rusticana" und " Bajazzo".

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Montag, den 3.April 1944

11[20] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, ihm im Anschluss an die beiden Ausstellungen von Druckereierzeugnissen, die in der Staatsbibliothek und im Regierungsgebäude stattgefunden haben, einen schriftlichen Bericht über die auf dem Gebiet der Papierersparnis eingeleiteten bezw. noch einzuleitenden Maßnahmen zu erstatten.

Präsident Dr. von Craushaar gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß die Luftwaffe ein bisher im Besitze des Arbeitsbereiches bezw. der NSDV befindliches Haus in Zakopane für die Unterbringung von Angehörigen der Luftwaffe zur Verfügung gestellt haben wolle.

Der Herr Generalgouverneur hat zwar grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, daß dieses Haus der Luftwaffe zur Verfügung gestellt wird, will aber ausdrücklich festgestellt wissen, daß diese Zurverfügungstellung nur vorübergehenden Charakter haben darf.

Präsident Dr. von Craushaar teilt dem Herrn Generalgouverneur weiter mit, daß er den Fürstbischof Sapieha empfangen und mit ihm über verschiedene kirchliche Fragen gesprochen habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, den Fürstbischof Sapieha am nächsten Tage zu empfangen.

Wie Staatssekretär Dr. Boepple mitteilt, beabsichtigt das Reichsverkehrsministerium die Herausgabe einer Dienststrafordnung für die Ostbahn.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß das Reichsverkehrsministerium mit der Herausgabe einer solchen Dienststrafordnung über seine

3.4.1944

Zuständigkeit hinauszugehen beabsichtige. Eine solche Verordnung könnte sich nur auf solche Angehörigen der Reichsbahnverwaltung erstrecken, die nicht Ostbahner seien, also etwa auf deutsche Reichsbahnbeamte, die aus der Ukraine und den sonstigen Ostgebieten gekommen seien und sich lediglich vorübergehend im Dienste der Ostbahn befänden. Für die drei Kategorien der deutschen, polnischen und ukrainischen Beamten und Angestellten der Ostbahn nehme er die beamtenrechtliche Hoheit in Anspruch. Im übrigen sei er bereit, eine entsprechende Regelung dieser Frage dem Präsidenten Gerteis zu überlassen.

Zu der Besprechung werden dann Oberdienstleiter Tießler und Bereichsleiter Ollesch hinzugezogen.

Bereichleiter Ollesch nimmt zu der Frage der Zurverfügungstellung eines Hauses in Zakopane, das bisher der NSV zur Unterbringung von Kindern gedient hat, für die Luftwaffe Stellung. Die NSV sei selbstverständlich grundsätzlich bereit, solchen Gesuchen nach Unterbringung von verwundeten Soldaten in geeigneten Häusern möglichst zu entsprechen, müsse aber andererseits die Gewähr erhalten, daß von ihr betreute Kinder in anderer Weise untergebracht, ordentlich verpflegt, unterrichtet und sonst betreut werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberdienstleiter Tießler an, dem Ersuchen der Luftwaffe zwar zu entsprechen, andererseits aber bei ihr darauf zu dringen, daß die Belange der NSV nach Möglichkeit geschützt würden und dabei auch die Luftwaffe entsprechende Hilfe leistet. Auch solle Oberdienstleiter Tießler darauf hinweisen, daß es sich bei der Maßnahme um eine vorübergehende Regelung handele.

3.4.1944

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem grossen Befremden darüber Ausdruck, daß aus einem Heim für Luftnachrichtenhelferinnen bei der Übersiedlung des Luftgaukommandos VIII ins Reich Möbelstücke, Betten, Teppiche usw. mitgenommen worden seien. Er ermächtige deshalb den Präsidenten Dr. von Craushaar, dem neuen General der Luftwaffe zu eröffnen, daß keine Aussicht dafür bestehe, daß diese Möbelstücke usw. von der Regierung des Generalgouvernements noch einmal zur Verfügung gestellt würden.

12^{05} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{15} Besprechung mit Präsident Naumann in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Naumann berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Besprechung, die er in Berlin mit Reichsminister Backe über die Ernährungssituation im Generalgouvernement gehabt hat. Er habe dem Reichsminister Backe die Schwierigkeiten geschildert, die sich für das Generalgouvernement infolge der Lage in den Distrikten Galizien und Lublin ergeben hätten. Reichsminister Backe habe allgemein Verständnis für diese Lage gezeigt, habe zum Beispiel auch zur Kenntnis genommen, daß Hunderttausend Hektoliter Sprit nicht an das Reich geliefert werden könnten. Weiter habe sich Reichsminister Backe damit einverstanden erklärt, daß die Zuckermengen, die sich im Generalgouvernement befänden, restlos für die Heeresgruppe Süd dort behalten werden könnten und alles, was von dem Generalgouvernement über die 20 000 t hinaus zur Verfügung gestellt werden muss, vom Reich nachgeschoben werden solle. Auch hinsichtlich der Viehwirtschaft habe Reichsminister Backe Entgegenkommen gezeigt. Was die Fettsituation angehe, so habe Reichsminister Backe seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die

3.4.1944

Fettration für die Polen gekürzt werden müsse. Weiter habe er Reichsminister Backe darauf hingewiesen, daß der Päckchenverkehr, der auf den sogenannten Schlepper-erlaß des Reichsmarschalls zurückzuführen sei, unbedingt eingestellt werden müsse. Im grossen und ganzen seien die Verhandlungen mit Reichsminister Backe vom Standpunkt des Generalgouvernements aus sehr zufriedenstellend gewesen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, Schreiben an Reichsminister Dr. Lammers und Reichsleiter Bormann zu entwerfen, in denen die Gesamtlage des Generalgouvernements besonders auf ernährungspolitischem Gebiet eingehend geschildert und auf die zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten hingewiesen wird, und ihm dann diese Schreiben zur Unterschrift vorzulegen.

Präsident Naumann teilt dem Herrn Generalgouverneur dann noch mit, daß gewissen Gerüchten zufolge die Waffen-SS beabsichtige, den Truppenübungsplatz Heidelager anzukaufen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen solche Pläne und betont, daß es im Generalgouvernement nur ein Staatseigentum, aber kein Eigentum der Wehrmacht oder einer anderen Stelle gebe. Die Waffen-SS sei für ihn lediglich ein Teil der Wehrmacht. Wenn von Seiten der Waffen-SS in dieser Beziehung irgendetwas unternommen werden sollte, so müsse Präsident Naumann auf diese seine Entscheidung verweisen. Er bitte auch, den Staatssekretär für das Sicherheitswesen entsprechend zu verständigen und ihn darauf hinzuweisen, daß es im Generalgouvernement kein Reichseigentum, sondern nur Staatseigentum des Generalgouvernements gebe. Die Frage, ob und in welchem Umfange einmal Reichseigentum entstehe, könne erst nach dem Kriege entschieden werden.

3.4.1944

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß es in Galizien 43 SS-Güter gebe. Die Hauptabteilung E. und L. habe sich zwar dagegen gewehrt, daß Güter in erhöhtem Umfange von der SS in Anspruch genommen würden, viele Güter seien aber auf Grund des § 12 der einschlägigen Verordnung seinerzeit von Staatssekretär Bühler beschlagnahmt worden.

Der Herr Generalgouverneur stellt demgegenüber fest, daß zur Zeit solche Beschlagnahmungen nicht mehr erfolgen dürfen. Im übrigen müsse einmal die Leistungsfähigkeit dieser SS-Güter geprüft werden, ob und in welchem Umfange sie abliefertem.

Präsident Naumann bemerkt, daß von diesen Gütern allerdings abgeliefert werde und daß sie auch bei der Hauptabteilung E. und L. vermögensrechtlich geführt würden. Im allgemeinen sei eigentlich kein Anlaß zu Beschwerden vorhanden gewesen, wenn auch SS- und Polizeiführer Globocznik manche Massnahmen getroffen habe, die überhaupt nicht mehr erträglich gewesen seien. Mit Staatssekretär Koppe seien bereits Verhandlungen im Gange, die wohl zu einer endgüktigen Regelung führen würden.

Zu der Besprechung wird dann Professor Maurer hinzugezogen.

Professor Maurer berichtet von den Arbeiten, die auf einem 50 km nördlich von Krakau liegenden Versuchsgut für Obstbau und Gemüsebau mit gutem Erfolge durchgeführt worden sind. Er züchte jetzt auf diesem Gut Pflaumenbäume auf Frostwiderstandsfähigkeit und könne ein vortreffliches Gedeihen dieser Baumpflanzungen feststellen. Neben der Baumpflanzung werde ein intensiver Gemüsebau betrieben. Der Betrieb verfüge über 400 Fenstermistbeete, in denen jetzt eine Millionen Pflanzen pikiert würden.

3.4.1944

Der Herr Generalgouverneur nimmt den Bericht des Prof. Maurer zur Kenntnis und stellt seinen Besuch des Versuchsgutes in Aussicht.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Friedrichs vom Graf-Reischach-Dienst in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

13^{30} Besprechung mit Oberlandesverwaltungsrat Weirauch, Reg. Rat Dr. Jänsch, Referent Gabriel, Referent Krippenstapel und Hotelbesitzer Reisch-Kitzbühl. Gegenstand der Besprechung ist die pachtweise Übernahme eines als Sporthotel auszubauenden Hauses in Zakopane.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß wegen der Abschliessung eines solchen Pachtvertrages mit Hotelbesitzer Reisch Verhandlungen mit der Kasinogesellschaft bezw. Vertretern der Monopolverwaltung geführt werden sollen.

16^{15} Besprechung mit Regierungsrat Dr. von Manzano.

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus "Urania".

19^{30} Aufführung der IX. Symphonie von Ludwig van Beethoven unter Leitung des Kapellmeisters Erb.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Dienstag, den 4. April 1944

11[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh.

Präsident Dr. von Craushaar teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er die Vorbereitungen für den Besuch des Fürstbischofs Sapieha am Mittwoch, den 5. April 1944 getroffen habe. Er gibt dem Herrn Generalgouverneur die Punkte bekannt, über die Fürstbischof Sapieha wahrscheinlich mit dem Herrn Generalgouverneur sprechen werde.

Ministerialrat Dr. Weh weist dann darauf hin, daß die Regelung, die der Reichsverkehrsminister mit der Herausgabe einer Dienststrafordnung für die Ostbahn vornehmen wolle, an sich in den Rahmen seiner Zuständigkeit gehöre. Der Reichsverkehrsminister erbitte jetzt von sich aus das Einvernehmen der Regierung des Generalgouvernements. Sachlich sei gegen den Inhalt dieser Dienststrafordnung überhaupt nichts zu sagen; sie solle lediglich eine grössere Möglichkeit geben, in geeigneten Fällen rasch durchzugreifen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich unter diesen Voraussetzungen mit der Herausgabe der Dienststrafordnung einverstanden.

11[25] Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

11[35] Besprechung mit SS-Brigadeführer Thier, SS-und Polizeiführer des Distrikts Krakau.

11[45] Besprechung mit Abteilungsleiter Henseling.

Abteilungsleiter Henseling berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß er wegen der von ihm unter anderem in der Deutschen Oberschule zu Krakau gehaltenen Vorträge, die eine Einführung in das astronomische Weltbild zum Gegenstand hätten, von Präsident Dr. Eichholz zur Verantwortung gezogen worden sei und ihm auch z.B.

4.4.1944

von Schulungsleiter Holweger der Vorwurf gemacht werde, daß er im Rahmen dieser Vorträge weltanschauliche Fragen behandele. In einer Unterredung, die er mit Präsident Dr. Eichholz in Gegenwart des Ministerialrats Licht, des Schulungsleiters Holweger und eines Angehörigen des SD Hansen gehabt habe, habe er ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er seinerzeit den Auftrag erhalten habe, in Bezug auf seinen Arbeitskreis und auch im Rahmen der Gesellschaft der Wissenschaften seine Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Das ihm gegenüber von diesen Stellen gezeigte Verhalten werde ihm unter Umständen eine weitere Fortsetzung seiner Vortragstätigkeit unmöglich machen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Abteilungsleiter Henseling, ihm einen seiner astronomischen Vorträge zur Verfügung zu stellen, damit er daraus ersehen könne, ob und inwieweit in diesen Vorträgen zu weltanschaulichen Fragen Stellung genommen werde. Im übrigen versichert der Herr Generalgouverneur Abteilungsleiter Henseling seines persönlichen Schutzes und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß Abteilungsleiter Henseling möglichst bald mit seinen astronomischen Vorträgen wieder in Erscheinung trete; denn ihm liege sehr daran, daß Abteilungsleiter Henseling seine wissenschaftliche Tätigkeit weiter fortführe.

12^{00} Präsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur die an Reichsminister Dr. Lammers und Reichsleiter Bormann gerichteten Briefe betreffend die Ernährungssituation des Generalgouvernements vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Briefe.

12^{10} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Schreiben an den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe:

4.4.1944

Ich habe Ihnen gegenüber mündlich schon den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß das Zwangslager Plaszow tunlichst bald von Krakau irgendwohin ins Land verlegt wird. Der Eindruck, den dieses Lager macht, ist geradezu verheerend und widerstreitet vollkommen meinen allgemeinen politischen Bemühungen in diesem Raum. Der jetzige Zustand, daß unmittelbar zu beiden Seiten der Hauptverkehrsstrasse dieses schmutzige, schlechtausgestattete Lager sich befindet, ist schlechterdings unerträglich. Ich ersuche Sie, zuständigkeitshalber für tunlichst sofortige Abhilfe Sorge zu tragen und mir über das Veranlaßte zu berichten.

gez. Dr. F r a n k

12^{20} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Auf die Frage des Präsidenten Ohlenbusch, ob der Herr Generalgouverneur beabsichtige, einen englischen Film "Miss Miniver", in dem Bombenangriffe auf englische Städte gezeigt werden, zu besichtigen, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er kein Interesse an solchen Filmen habe.

Mit dem Entwurf eines an das Reichspropagandaministerium gerichteten Schreibens, betreffend die Zurverfügungstellung von Propagandakräften für das Generalgouvernement, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

12^{30} Besprechung mit Regierungskommissar Dr. Heuber und Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer.

16^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

f. 1

Mittwoch, den 5.April 1944

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Fürsterzbischof Sapieha, der in Begleitung des Domprälaten Domasik erscheint.

Anwesend sind noch: Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Landgerichtsdirektor Wilden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Gelegenheit, zum ersten Mal mit dem Fürsterzbischof zu sprechen, als ausserordentlich erwünscht und geht in der Besprechung vom Inhalt der beiden letzten Briefe des Fürsterzbischofes wegen der Beschlagnahme von Klöstern und der Stefanskirche und wegen der Ermordung von polnischen Priestern in Galizien aus. Die Situation in Galizien sei durch den Einbruch der Sowjetrussen ausserordentlich ernst geworden, die Wogen der Leidenschaften zwischen den Polen und Ukrainern in Galizien gingen leider sehr hoch. Er hoffe jedoch, daß mit den in nächster Zeit dort einsetzenden deutschen militärischen Gegenmassnahmen das Gebiet wieder fest in deutsche Hand komme. Dann werde dieses Gebiet wieder zur Ruhe und Ordnung kommen. Er habe allerdings gegen eine Mentalität anzukämpfen, die ihm seine eigene Politik im Land schwer mache. Sein Bemühen sei es, die Situation der Bevölkerung zu heben und allmählich eine Besserstellung der Bevölkerung herbeizuführen.

Die Polen hofften natürlich auf ihre Freiheit wie alle Völker. Eine Freiheit der Polen im heutigen Sinne könnte aber nur derart sein, daß hinter einem etwaigen freien Königreich Polen irgendeine starke schützende europäische Macht stehe. Die gegenwärtige Situation sei am besten durch die Erklärung Churchills im Unter-

haus dargestellt, nach welcher England nur das eine Interesse habe, daß die Sowjetunion eine solide Westgrenze bekomme, das sei für England die Curzon-Linie. Eine reale Macht, diese Linie für Polen zu garantieren, besitze England aber nicht. Daher bleibe nur übrig, daß sich Deutschland und Polen irgendwie einmal verständigten.

Er habe festgestellt, daß man sich in diesem Land gern der österreichischen Verwaltung erinnere, die das Leben der polnischen Bevölkerung zufrieden gestellt habe; es gebe sogar Polen, die erklärten, das Leben im alten Österreich sei ihnen fast noch lieber gewesen als das in der polnischen Republik. Adolf Hitler sei mit ihm darin einig, daß man hier in dieser Form eine Verwaltung aufrichten müsse, wenn einmal der äusserste Druck weggefallen sei. Nach dem Muster des alten Österreich wolle man also von deutscher Seite eine ähnliche Verwaltung einführen. Freilich lägen momentan über diesen Absichten die Schwierigkeiten der Kriegslasten.

In Deutschland seien bis jetzt 3400 Kirchen völlig zerstört. Der Fürsterzbischof dürfe ihm nicht verübeln, wenn er nun in der äussersten Not die Erlaubnis gegeben habe, daß vorübergehend einmal eine polnische Kirche für Kriegszwecke zur Verfügung gestellt werde; er bitte vielmehr, die Dinge positiv anzusehen und zu erklären, der polnische Katholizismus sei bereit, auch hier seinen Kriegsbeitrag zu leisten.

Er habe keinen leichten Standpunkt mit seiner Politik; denn im Reich erkläre man, daß die Polen die Todfeinde der Deutschen seien und daß sie in der Stunde des Unglücks wieder über das deutsche Volk herfallen würden. Diesen Standpunkt vertrete er nicht; erst jüngst habe er in Berlin erklärt, daß die Polen nicht als Todfeinde der Deutschen bezeichnet werden könnten.

5.4.1944

Hunderttausende polnischer Bauern und Arbeiter arbeiteten unter der deutschen Verwaltung als absolut brave und loyale Menschen. Immer habe er sich auch gegen die zweitklassige Behandlung der Polen im Reich gewendet und erklärt, daß dies eine ungeheure Verletzung seiner Politik sei. Nun sei die Gleichstellung der Polen mit den Juden beseitigt worden. Für die Ausrottung dieses binneneuropäischen Hasses kämpfe ja auch die katholische Kirche seit Jahrhunderten.

Der Führer des Grossdeutschen Reiches habe nun seine, des Generalgouverneurs, Politik schwersten Widerständen zum Trotz gebilligt, und er habe als Generalgouverneur für eine erste Besprechung mit dem Fürsterzbischof diesen Zeitpunkt abwarten wollen. Er hoffe, daß diese Besprechung nicht die letzte sei, und er bitte den Fürsterzbischof, in Zukunft vertrauensvoll zu ihm zu kommen.

Jetzt gehe es um Polen. Die Sowjetrussen ständen nun auf einem Terrain, das polnisches Gebiet sei. Daher sei jetzt die Zeit gekommen, in der die katholische Kirche eine positive Position gegen den Bolschewismus einnehmen müsse. Sein Wunsch sei es, daß die katholische Kirche in diesem Raum ein Verdikt gegen Gewaltakte und Meuchelmorde an Deutschen ausspreche. In einem Monat des vorigen Jahres seien im Generalgouvernement 400 Deutsche ermordet worden. Vielleicht könne der Fürsterzbischof die Bevölkerung auch auf den Ernst der Lage, die durch das Näherrücken der Bolschewisten in dieses Gebiet entstanden sei, hinweisen.

Sein Amt sei es, den Fürsterzbischof in seinen dienstlichen Handlungen zu schützen, und er glaube, sich im allgemeinen darauf berufen zu können, daß er das getan habe. Die Erschwernisse des Amtes des Fürsterzbischofes lägen auch darin, daß er den Dom nicht zurückgeben könne. Er bedaure das sehr; leider könne man aber einen Massenzustrom zum Gottesdienst im Dom auf der

5.4.1944

Burg mit den deutschen dienstlichen Belangen nicht vereinbaren.

Im allgemeinen gesehen, sei aber ein wirklicher Frieden im Innern gewährleistet. Wo Schwierigkeiten aufträten, Priester verhaftet würden, Klöster beschlagnahmt werden müssten, bitte er zu bedenken, daß die deutsche Verwaltung während des Krieges mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Selbst der Partei müssten von der Wehrmacht Mütterheime und Kindergärten beschlagnahmt, auch deutsche Schülerheime müssten der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden. Es herrsche eben eine furchtbare Notzeit, und die Kirche Christi könne davon nicht ausgenommen werden. Er appelliere daher an sein Verständnis für derartige Maßnahmen. Im Falle der Stefanskirche sei leider kein anderer Weg möglich gewesen, die Züge bereits am Bahnhof gestanden hätten, und für die Luftwaffe effektiv kein anderer Raum auszumachen gewesen wäre. Die Zurverfügungstellung von Kirchen im jetzigen Augenblick verpflichte die deutsche Verwaltung gegenüber der polnischen katholischen Kirche. Er könne alle Kritiker seiner Politik darauf hinweisen, daß die Kirche in der Notzeit mitgeholfen, daß sie für den antibolschewistischen Kampf sogar Kirchen zur Verfügung gestellt habe.

Fürsterzbischof Sapieha verweist darauf, daß er kein Politiker sei. Er betrachte die Dinge nur als Mensch und als Bischof. Als solcher habe er Vorkommnisse, bei denen den Menschen Leid zugefügt werden müsste, aufgegriffen und sich erlaubt, deswegen an den Herrn Generalgouverneur verschiedene Schreiben zu richten.

Selbstverständlich wünsche die katholische Kirche nicht, daß die Bolschewisten in dieses Land kämen. Die Beschlagnahme von Kirchen mache auf die Bevölkerung einen schrecklichen Eindruck; auch bestehe für die Kirchen, die als Magazine benutzt würden, die Gefahr der

5.4.1944

Bombardierung. Er wisse nicht, ob nicht noch andere Objekte für die Wehrmacht zur Verfügung ständen. Eine Beschlagnahme von Kirchen lasse sich nur rechtfertigen, wenn es absolut notwendig sei. Vielleicht könne man aber in einem solchen Fall die Bevölkerung auf die unbedingte Notwendigkeit dieser Maßnahme hinweisen. Er sehe ein, daß man, wenn man sich in der äussersten Lage befinde, das Eigentum nicht mehr berücksichtigen könne. Im vorliegenden Falle handele es sich leider um eine Kirche, die für den Gottesdienst absolut notwendig sei.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß es sich bei der Beschlagnahme der Stefanskirche nur um eine vorübergehende Maßnahme handele. Eine Kirche sei ja an sich kein geeigneter Unterkunftsraum für eine Truppe, und die Luftwaffe habe das grösste Interesse, eine andere Unterkunft zu erhalten.

Der Fürsterzbischof kommt dann auf die Morde an Deutschen zu sprechen, gegen die er sich entschieden wendet. Mord sei Mord und eine grosse Sünde. Die Kirche tue alles, damit ihre Gläubigen nicht mordeten. Jetzt irgend etwas Zusätzliches zu unternehmen, sei aber schwer. Er hoffe, daß sich die Kirche ganz frei betätigen könne, damit sie dagegen auftreten könne.

Leider sei die Bevölkerung nach fünf Kriegsjahren in einer schlimmen Lage. Er glaube, daß der Herr Generalgouverneur und die Vertreter der Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung einen gemässigten Standpunkt vertreten; sie wüssten aber nicht, wie schlecht die Bevölkerung von den unteren Instanzen behandelt werde. Diese Behandlung bringe die Bevölkerung so ausser sich. Er glaube, daß viele dieser Morde von Juden begangen würden. Vielleicht seien auch verschiedene junge Leute unter die Banditen gegangen, weil sie auch vom polnischen

5.4.1944

Standpunkt aus gesehen töricht seien.

Vielleicht könne man die polnische Bevölkerung durch eine andere Presse zu der Überzeugung bringen, daß sie nicht schlechter als die Juden behandelt würden. Die Polen in Deutschland z.B. müssten nur arbeiten; ihre Behandlung lasse aber sehr zu wünschen übrig. Auch im Lande müsste das anders werden. Das Leben der ganzen Bevölkerung sei ziemlich schutzlos. Es sei vorgekommen, daß es unseren Verwaltungsstellen überlasseh gewesen sei, Polen zu erschiessen oder nicht. Das müsse anders geschehen. Die polnische Bevölkerung sei katholisch, wolle arbeiten und arbeite auch. Die Arbeiterverschickung nach dem Reich sei in schlimmer Weise durchgeführt worden. Eine geistliche Betreuung der Polen in Deutschland gebe es nicht. Man habe Polen im Reich aus den Kirchen gejagt, und das mache hier im Lande einen schlechten Eindruck.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß er für die Geschehnisse im Reich nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er habe öfter darüber verhandelt, und vor zwei Jahren sei ihm vom Reich zugesagt worden, daß eine geistliche Betreuung der polnischen Arbeiter möglich wäre. Er werde das Problem aber erneut aufgreifen. Einen Erlass, den Fürsterzbischof dafür als massgebend anführt, bezeichnet der Herr Generalgouverneur als bereits aufgehoben.

Fürsterzbischof Sapieha kommt dann auf die Verhaftung und Erschiessung von polnischen Pfarrern zu sprechen. Er bezeichnet viele von ihnen als ganz unschuldig. Zwanzig Priester seien in Auschwitz bereits zu Tode gekommen, während weitere zwanzig noch in Haft sässen.

Die Kirche bekomme auch keinen Priesternachwuchs mehr. Vor dem Krieg seien in jeder Diözese jährlich 20 Kandidaten geweiht worden. Eine wichtige Frage sei hier die Bildung höherer Schulen.

5.4.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt zur Kenntnis, daß die Vorbereitungen dafür im Gange seien. Man habe die Hochschulkurse in Lemberg bereits für Polen geöffnet. Im September dieses Jahres werde eine polnische Mittelschulbildung für den dringenden Nachwuchs möglich sein.

Fürsterzbischof Sapieha drückt dann den Wunsch aus, daß es den Geistlichen erlaubt werden möge, in die Gefängnisse hineinzugehen. Er kommt noch einmal auf das Schicksal der verhafteten polnischen Priester zurück.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß diese Opfer kaum ins Gewicht fielen gegenüber den Opfern, die die polnische Geistlichkeit bei einer etwaigen bolschewistischen Herrschaft zu bringen hätte. Die Leiden des deutschen Volkes im jetzigen Kriegsgeschehen seien unendlich grösser als die des polnischen Volkes. Auch in Deutschland gebe es bei der katholischen Kirche ein Nachwuchsproblem; auch dort mangele es an Priestern und jetzt vor allem auch noch an Kirchen. Die geringe Zahl von zwanzig toten und zwanzig verhafteten Priestern könne er als Beweis anführen, daß es trotz allem geglückt sei, den Polen ein kirchliches Leben zu ermöglichen. Bis jetzt sei den Polen nur der Dom auf der Burg weggenommen worden. Wie gern er auch wollte, könne dieser Dom eben aus Sicherungsgründen den Polen zur Zeit noch nicht zur Verfügung gestellt werden. Die jetzige Beschlagnahme der Stefanskirche sei nur eine vorübergehende Maßnahme. Die Stefanskirche sollte ja zu einer deutschen Kirche gemacht werden, und die Peter-und Paulskirche für polnischen Gottesdienst freigegeben werden.

5.4.1944

Fürsterzbischof Sapieha bezeichnet es als dem katholischen Prinzip widersprechend, daß nicht eine und dieselbe Kirche von polnischen und deutschen Katholiken besucht werden dürfe; wohl könnten aber für die Deutschen deutsche Messen und Predigten gehalten werden.

Der Herr Generalgouverneur fasst die Wünsche des Fürsterzbischofs in folgenden Punkten zusammen:
Priesternachwuchs, Gefängnisbetreuung, Lagerbetreuung, Betreuung der polnischen Arbeiter im Reich, Ermöglichung der Bereisung des Restteils der Diözese, Mittelschulbildung.

Die deutsche Verwaltung werde diese Punkte im positiven Sinne amtlich prüfen. Als Gegenleistung müsse die Kirche aber im antibolschewistischen Kampf mithelfen. Wenn die deutsche Wehrmacht zusammenbreche, sei auch die polnische Zukunft im europäischen Sinne zunichte. Er wünsche einen Hirtenbrief ähnlich denen der Bischöfe in den anderen von Deutschland besetzten Gebieten, die sich alle gegen den Bolschewismus ausgesprochen hätten. Der Generalgouverneur habe dem Fürsterzbischof auch einen persönlichen Gefallen getan, indem er erreicht habe, daß Kardinal Hlond, der in die Hände der deutschen Polizei gefallen sei, wieder freigelassen worden sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Insassen der beschlagnahmten Klöster in anderen Klöstern untergekommen seien, erwidert Staatssekretär Dr. Boepple, daß diese Unterbringung keine Schwierigkeiten bereitet habe, da viele Klöster nur wenig Insassen aufwiesen.

5.4.1944

Präsident Dr. von Craushaar weist darauf hin, daß er mit dem Fürsterzbischof bereits am Vortage Besprechungen gepflogen und dabei erklärt habe, daß der Herr Generalgouverneur aus seiner grundsätzlichen Einstellung heraus der katholischen Kirche im Generalgouvernement Leben in vollem Umfange ermöglichen wolle und auch bereit sei, wenn möglich, die Wünsche des Fürsterzbischofs zu erfüllen. Dafür müsse aber eine gewisse Atmosphäre der gegenseitigen Arbeit geschaffen werden, und es sei daher richtig,wenn der Fürsterzbischof auf irgendeinem Gebiet aktiv würde, wenn er Stellung nähme gegen den Bolschewismus, gegen die Engländer. Solange jedoch die oberste kirchliche Autorität in diesem Lande in dieser Beziehung nicht einmal ein Wort gesprochen habe, sehe die Bevölkerung nicht, daß ein gewisses vernünftiges Einvernehmen zwischen den beiden obersten Stellen bestehe. Ein solches sei im Interesse des polnischen Volkes notwendig, auch wenn man sachlich in wesentlichen Punkten verschiedener Meinung sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß ihm oft die katholische Kirche im Lande als der eigentliche Kern des geheimen polnischen Widerstandes dargestellt werde. Er glaube das nicht, da er überzeugt sei, daß sich ein pflichtbewusster Priester wie der Fürsterzbischof in die irdischen Dinge nicht so intensiv einmische. Das Argument, daß die Kirche die Seele des polnischen Widerstandes sei, würde jedoch in sich zusammensinken, wenn die oberste kirchliche Autorität positiv in Erscheinung trete. Zwar arbeiteten draussen im Lande die einzelnen Priester in jeder Form mit den deutschen Behörden loyal zusammen, aber von der hohen Geistlichkeit erhalte er nur Beschwerden, Klagen und Anklagen, in keiner Weise aber eine Aufmunterung zu einer etwas freundschaftlicheren Einstellung. Er sei weit davon entfernt, vom Fürsterzbischof ein Bekenntnis für Deutschland zu verlangen; das wäre in diesem Augenblick nicht geschmackvoll.

5.4.1944

Der Fürsterzbischof sei Pole und bekenne sich zum Polentum. Er habe vielleicht die Einstellung, daß die Deutschen die Todfeinde der Polen seien.

Es könnte aber bald eine andere Situation eintreten. Wenn der Krieg mit dem Siege Deutschlands zu Ende gegangen sei, würden die Argumente, daß die Deutschen nicht mehr lange im Lande weilten, wegfallen, und mit der formellen Bereinigung der Zugehörigkeit dieses Gebietes zu dem grossen von Deutschland geführten Europa würde auch die Kirche im Raum eine neue Position zu beziehen haben. Dann sei es für die Aufrechterhaltung der ewigen Position der Kirche im polnischen Volk ein Gewinn, wenn man in der Kirchengeschichte gewisse den antibolschewistischen Kampf in seiner Bedeutung beleuchtenden Momente aus der Kampfzeit vorweisen könne. Der Papst gebe ein Beispiel dafür: Er habe jede Verstrickung seiner Position mit den angelsächsich-amerikanisch-bolschewistischen Mächten abgelehnt trotz der starken Anbiederung; für ihn sei der Bolschewismus der Todfeind.

Keine andere Macht als die deutsche stehe gegen den Bolschewismus.

Er stelle dem Fürsterzbischof anheim, ob es nicht möglich sei,etwas wie eine antibolschewistische Festlegung in einem Hirtenbrief in den nächsten Monaten der katholischen polnischen Öffentlichkeit zu übergeben. Er wünsche vom Fürsterzbischof in diesem Augenblick keine Bekenntnisse; er wolle auch nichts erpressen, da er viel zu grosse Achtung vor seinem Gewande und seinem grauen Haar habe. Für das polnische Volk sei es von grosser Wichtigkeit, in diesem europäischen Ringen seine ganze Kraft einzusetzen. Nach dem Sieg könne er dann darauf verweisen, daß sich die Polen auf Grund ihres Beitrages zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus eine anständige Position im neuen Europa verdient hätten.

5.4.1944

Werde später gefragt, was die Kirche zu diesem Kampf beigetragen habe, könne er auf solche Hirtenbriefe verweisen. Auch die vorübergehende Beschlagnahme der Stefanskirche und die Billigung dieser Beschlagnahme durch die Kirche im Lande könne er dann als Opfer der Kirche im antibolschewistischen Kampf anführen.

Fürsterzbischof Sapieha bestreitet, an der Spitze irgendeiner Bewegung des Widerstandes zu stehen. Weiter erklärt er, daß die Deutschen während der vergangenen fünf Jahre nicht gezeigt hätten, daß sie ein Freund des polnischen Volkes seien.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß, wenn die Deutschen nicht ins Land gekommen wären, wenn sie nicht für Ruhe und Ordnung und Arbeit gesorgt hätten, das polnische Volkstum heute zusammengebrochen am Boden liegen würde. Die Deutschen hätten Ärzte eingesetzt, für die Ernährung gesorgt, Strassen und Wasserleitungen gebaut, kurz dem polnischen Volk ein Weiterleben ermöglicht. Fleckfieber und Hungertyphus habe die deutsche Verwaltung vom polnischen Volke ferngehalten. Wären die Deutschen nicht ins Land gekommen, wäre Polen heute eine sowjetrussische Kolonie. Man dürfe nicht vom September 1939 ausgehen.

Er könne beweisen, daß die deutsche Führung dieses Volk gerettet habe. Vergleiche man die Verhältnisse in Galizien während der 1+½ Jahre lang dauernden bolschewistischen Besetzung mit denen im Generalgouvernement, dann müsse man dies zugeben. Niemand in der polnischen Bevölkerung in Lemberg wünsche die Wiederkehr der Bolschewisten. Die Gesamtzahl der polnischen Opfer des nationalen Widerstandes sei ein Bruchteil der Millionen Opfer, die Deutschland an den Fronten und beim Luftkrieg, Opfer für Europa und für die katholische Kirche, bringe. Polen hätte diesen notwendigen Krieg im Osten nicht bebestehen können, dazu bedürfe es einer europäischen

5.4.1944

Konsolidiertheit. Der Fürsterzbischof dürfe auch nicht vergessen, daß im Generalgouvernement eine Hand-voll deutscher Männer einer deutschfeindlich eingestellten Millionenmasse gegenüberstehe. Das polnische Volk lebe heute besser als Millionen Deutsche; dem polnischen Bauern und Arbeiter gehe es heute wesentlich besser als den deutschen Menschen in der eigenen Heimat. Die Polen müssten Gott danken, daß Deutschland in dieser schrecklichen führungslosen Zeit das polnische Volkstum gerettet habe. Das habe die deutsche Führung während dieser fünf Jahre durch alle ihre Maßnahmen mit der Tat bewiesen.

Seine Aufgabe sei es, das Land in Ordnung zu halten, die Aufgabe des Erzbischofs, den kirchlichen Dienst im Lande sicherzustellen. Er glaube, daß diese beiden Aufgaben miteinander vereinbart werden könnten. Er jedenfalls sei dazu bereit.)

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Crausehaar und Landgerichtsdirektor Wilden.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, den Präsidenten Dr. von Craushaar und Ohlenbusch, Oberdienstleiter Tießler und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberdienstleiter Tießler, gemäss der Anordnung Nr. 12 der Papierbewirtschaftungsstelle (VOBLGG Nr. 17) entsprechende Einsparungen für die Partei auf dem Papiersektor anzuordnen und ihm darüber Vortrag zu halten.

300

5.4.1944

Anschliessend berichtet Pressechef Gassner, daß Gouverneur Dr. Wendler den Lubliner Vertreter des Pressedienstes des Generalgouvernements wegen eines Artikels, den dieser über den Fernschreiber des Gouverneurs an den Pressechef zur Entscheidung über eine evtl. Veröffentlichung habeaieiten wollen, aufgefordert habe, das Generalgouvernement zu verlassen.-Der Artikel, der den Unwillen des Gouverneurs erweckt hat, wird von Pressechef Gassner zur Verlesung gebracht.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Ansicht Ausdruck, daß ein Gouverneur eine Persönlichkeit, die eine zentrale Stelle der Regierung in eine Distriktshauptstadt beordert habe, nicht einfach des Generalgouvernements verweisen könne, und entscheidet, daß der Verfasser des Artikels wieder an seinen Platz zurückkehrt. Präsident Dr. von Craushaar möge diese Entscheidung Gouverneur Dr. Wendler mitteilen.

Die anwesenden Besprechungsteilnehmer erklärten auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur, daß sie der gleichen Ansicht seien.

Pressechef Gassner führt dann die Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs in folgender grundsätzlichen Frage herbei: ein polnischer Journalist, der gegenwärtig auf Ansuchen des Propagandaministeriums von Krakau zu einer SS-Formation nach Rom abgeordnet sei, habe den Antrag auf Aufnahme in die Union nationaler Journalisten gestellt.

Der Herr Generalgouverneur ist mit einer Aufnahme einverstanden, wenn Pressechef Gassner an die Union den offiziellen Antrag auf Aufnahme des Generalgouvernements als Mitglied richtet und jede Aufnahme von Mitgliedern aus dem Generalgouvernement durch ihn amtlich beantragt wird.

5.4.1944

12^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und den Präsidenten Gerteis, Dr. von Craushaar und Dr. Weh.

Die Besprechung gilt einem Fernschreiben des Reichsverkehrsministers, in dem die Reichsbahn wegen der Zurverfügungstellung reichsdeutscher Eisenbahner für den frontnahen Osten des Generalgouvernements nichtdeutsches Eisenbahnpersonal für einen Einsatz im Reich fordert.

Der Herr Generalgouverneur diktiert auf Grund der Aussprache folgendes Fernschreiben an den Reichsverkehrsminister:

Ich bestätige den Empfang Ihres Fernschreibens Nr. 14 vom 4.ds.Mts. Ich danke Ihnen für die Bereitstellung reichsdeutscher Eisenbahner für das Generalgouvernement. Nach den mir zugegangenen Meldungen sind etwa 5000 reichsdeutsche Eisenbahner im Osten des Generalgouvernements zusätzlich eingesetzt worden. Ich nehme angesichts der Entwicklung an der Front nicht an, daß diese Zahl wesentlich überschritten zu werden braucht. Wegen Ihres Antrages, als Ersatz für diese ausserordentliche Personalabgabe des Reiches nichtdeutsches Eisenbahnpersonal der Ostbahn ins Reich abzustellen, habe ich sofort die notwendigen Verhandlungen eingeleitet, um die Möglichkeit der Erfüllung dieses Ansuchens schnellstens zu überprüfen. Ich werde auf die Angelegenheit mit tunlichster Beschleunigung zurückkommen. -

Gleichzeitig erklärt der Herr Generalgouverneur es für politisch unmöglich, die Forderung des Reichsverkehrsministers nach Zurverfügungstellung von einheimischen Eisenbahnern für das Reich zu erfüllen, da freiwillig niemand einer solchen Beorderung Folge leisten und ein gewaltsamer Abtransport nur ein Weglaufen aller Bediensteten zur Folge haben würde. Das Ersuchen des Reichsverkehrsministers müsse aber amtlich unter Beiziehung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Koppe

5.4.1944

und des Präsidenten Struve geprüft werden. Das Ergebnis müsse in einem weiteren Fernschreiben nach Berlin mitgeteilt werden.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Kessler von der Akademie für Deutsches Recht im Beisein des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Donnerstag, den 6.4.1944

10^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

12^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

12^{20} Präsident Dr. von Craushaar stellt dem Herrn Generalgouverneur den Landrat von Derschau vor.

Der bisher im Kreise Pless tätig gewesene Landrat von Derschau ist dem Herrn Generalgouverneur für die Stellung des Amtschefs und Vizegouverneurs des Distrikts Galizien von Präsident Dr. Craushaar empfohlen worden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich grundsätzlich mit der Berufung des Landrats von Derschau in diese Stellung einverstanden, ersucht aber Präsident Dr. von Craushaar, vor einer endgültigen Regelung dieser Frage sich mit Gouverneur Dr. Wächter in Verbindung zu setzen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Landrat von Derschau einen Überblick über die ihm aus der Position des Amtschefs und Vizegouverneurs erwachsenden Pflichten. Er weist insbesondere darauf hin, daß der Amtschef in erster Linie Vertrauensmann seines Gouverneurs sein müsse und seine Hauptaufgabe darin zu erblicken habe, am Sitze der Distriktsverwaltung die innerdienstlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei müsse sich der Amtschef stets dessen bewusst sein, daß für das Generalgouvernement das Prinzip der Einheit von Führung und Verwaltung nach wie vor das Fundament darstelle. Der Amtschef müsse also als erster Beamter der Distriktsverwaltung befähigt sein, die Stabilität der Verwaltung zu gewährleisten. Dazu gehöre vor allem auch die Fähigkeit, mit den Kreishauptmännern in zweckmässiger und erspriesslicher Weise zusammenzuarbeiten.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/8

Krakau

Freitag, den 7. April 1944

bis

Montag, den 10. April 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Krynica.

Donnerstag, den 13. April 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Dienstag, den 11.April 1944

13^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt Kenntnis von einem Schreiben des Generalfeldmarschalls Milch in der Angelegenheit der Fa. Delta-Flugzeug-Barackenbau G.m.b.H. Generalfeldmarschall Milch antworte auf das von dem Herrn Generalgouverneur an ihn gerichtete Fernschreiben, daß er die seinerzeit beanspruchte Holzmenge sofort freigegeben habe, weise aber allerdings darauf hin, daß das Holz dringend für Flugzeug-Barackenbau gebraucht werde.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, den Entwurf eines Antwortschreibens im Einvernehmen mit Präsident Dr. Eisfeldt auszuarbeiten und ihm dann unverzüglich vorzulegen.

Weiter teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß er dem Generalfeldmarschall Keitel auf ein an ihn gerichtetes Schreiben geantwortet und seiner Antwort eine Abschrift des seinerzeit an Generaloberst Fromm gesendeten Schreibens beigefügt habe. - Der Herr Generalgouverneur übergibt die Schreiben des Generalfeldmarschalls Keitel und des Generalfeldmarschalls Milch Staatssekretär Dr. Boepple zur weiteren Bearbeitung und Stellungnahme.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Herren dann Kenntnis von einem Antwortschreiben des Chefs des allgemeinen Wehrmachtsamtes auf sein Schreiben vom 13.Jan. 1944, betreffend die Geldausgaben der Wehrmacht im Generalgouvernement. Dieses Antwortschreiben sei offenbar im Einvernehmen mit Präsident Dr. Paersch verfasst worden. Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Bankdiri-

11.4.1944

gent Paersch ihm in dieser Angelegenheit entsprechende Vorschläge machen solle.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann den Herren Kenntnis von einem Schreiben, das er am 6. April 1944 an den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement, General der Infanterie Haenicke, gerichtet hat. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr General!
Ich komme heute leider mit einer sehr peinlichen Angelegenheit zu Ihnen. Es wird mir von allen meinen Dienststellen berichtet, daß der Auszug des Luftgaues VIII aus Krakau zu einer wahrhaften Ausräumung sämtlicher von diesem Luftgau innegehabten Lokalitäten geführt hat. Es ist mir völlig unmöglich, auch nur in Aussicht zu stellen, daß den nachfolgenden neuen Luftgaubehörden irgendwie aus diesem Lande noch einmal die gesamte Einrichtung in diesem Augenblick erstellt werden kann.

Ich erhebe in aller Form bei Ihnen als dem obersten Leiter der territorialen militärischen Angelegenheiten des Generalgouvernements Protest gegen diese jedem zivilisatorischen Brauch zuwiderlaufende Methode der totalen Mitnahme aller irgendwie transportablen Gegenstände. In meinen Dienststellen herrscht eine wahrhafte Empörung über diese Art.

Wenn ich daran denke, daß die Frauenschaft der NSDAP die letzten Vorräte an Leinen, Wäsche, Decken, Bildern, Tischen, Stühlen usw. aus dem ganzen Land zusammenholte, um hier etwa die Heime der Luftwaffenhelferinnen auszustatten, und ich nunmehr von Frl.Aldinger, der Leiterin der Frauenschaft des mir unterstehenden Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP, hören muss, daß

11.4.1944

alle diese liebevoll von den Frauen des Generalgouvernements zur Verfügung gestellten heute unersetzlichen Gegenstände einfach mit weggeschleppt wurden, so werden Sie schon aus diesem einen Beispiel ersehen, daß die Empörung berechtigt ist.

Man hat aus dem früheren Woiwodschaftsgebäude sämtliche Bilder, Decken, Regale ohne Rücksicht auf den Eigentümer, nämlich den Staatsfiskus des Generalgouvernements, restlos weggeschleppt. Im übrigen können Sie die Bestätigung meines Vorbringens aus Äusserungen aller meiner beteiligten Dienststellen von Partei und Staat jederzeit unmittelbar einholen lassen.

Ich wäre Ihnen ausserordentlich dankbar, Herr General, wenn Sie die Güte hätten, sich mit Herrn General Sommé , mit dem ich aufgrund dieses Verhaltens den unmittelbaren dienstlichen Verkehr bis zur restlosen Bereinigung dieser Angelegenheit nicht aufrecht erhalten kann, in Verbindung zu setzen, um Auskunft über diese geradezu dem Ansehen des deutschen Soldatentums widerstreitenden Vorgänge zu erhalten.

Seit 1939, also seit den schlimmsten Zeiten des Beutemachens, ist mir Derartiges nicht mehr gemeldet worden.

Ich nehme an, daß Sie für die Empörung meiner Dienststellen ein gewisses Verständnis aufbringen. Mit welchen Argumenten sollen nun diese Dienststellen den Anforderungen der nunmehr neu nach Krakau kommenden Luftgaubehörden des Generalgouvernements Vierling entgegentreten? Besonders empörend an diesem Vorgehen des Luftgaues VIII ist selbstverständlich gerade der Umstand, daß von diesem ganzen Vorhaben der restlosen Mitnahme aller irgendwie transportablen Gegenstände aus dem Generalgouver-

nement vorher niemand verständigt worden ist.

Ich bitte, zu entschuldigen, daß ich Sie wegen dieser Angelegenheit behellige; aber sie scheint mir von prinzipiell dringlichstem Interesse.

gez.Dr. Frank

In seinem Antwortschreiben gibt General der Infanterie Haenicke seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß General Sommé von diesen Dingen keine Kenntnis gehabt habe. Er teile die Ansicht des Herrn Generalgouverneurs über diese Vorkommnisse und könne nur bedauern, daß er General Sommé nicht den Vorschlag gemacht habe, die Mitnahme jedes einzelnen Einrichtungsgegenstandes von der Genehmigung einer Kommission abhängig zu machen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, Oberdienstleiter Tießler dahin zu verständigen, daß er sich bei der Frauenschaftsleiterin, Frl. Aldinger, eine amtliche Notiz über das einholenmöge, was Frl. Aldinger ihm, dem Herrn Generalgouverneur, mitgeteilt habe. Ferner müssten die beiden Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur, die von den Vorgängen auch Kenntnis hätten, amtlich irgendeine Erklärung zu Protokoll abgeben. Weiter solle bei Stadthauptmann Dr. Krämer nachgeforscht werden, wie es mit den aus dem Woiwodschaftsgebäude fortgenommenen Gegenständen stehe. Darüber hinaus müsste noch Feststellung darüber getroffen werden, ob jemand Zweckdienliches in dieser Angelegenheit zu berichten wisse.

Präsident Dr. von Craushaar teilt mit, daß er sofort einen seiner Beamten zum Leiter des Wohnungsamtes geschickt habe. Aus einer Niederschrift des Wohnungsamtes gehe hervor, daß die dort angestellten Erhebungen den von anderen Seiten aufgestellten Behauptungen völlig entgegengesetzt seien: General Sommé bezw. das Luftgaukommando

11.4.1944

habe mit der einzigen Ausnahme des Heimes der Nachrichtenhelferinnen nur solche Möbel mitgenommen, die aus eigenen Fabriken stammten. Das Luftgaukommando XXV habe sofort Einspruch eingelegt, und die Gegenstände seien dann sämtlich zurückgebracht worden. Nach Angabe des Wohnungsamtes bleibe lediglich folgender Tatbestand zu klären: General Sommé habe behauptet, daß die in seiner bisherigen Wohnung befindlichen Möbel und Einrichtungsgegenstände ihm von der Stadt geschenkt worden seien. Darauf sei ein Oberintendanturrat zu ihm gekommen und habe ihm erklärt, daß diese Möbel und Einrichtungsgegenstände Eigentum der Stadt seien und deshalb nicht fortgenommen werden dürften. Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, sich zwecks Klärung des gesamten Sachverhaltes mit der Frauenschaftsleiterin Frl. Aldinger ins Einvernehmen zu setzen.

Der Herr Generalgouverneur macht den Herren dann noch Mitteilung davon, daß er am morgigen Mittwoch den Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn Gerteis mit einigen Reichsbahndirektionspräsidenten empfangen werde, er bitte Staatssekretär Boepple, Präsidenten Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh, bei diesem Empfang zugegen zu sein.

16^{25} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes, Rechtsrat Dr. Hammerle, in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh. Gegenstand der Besprechung ist die Einführung einer besonderen Gerichtsbarkeit für den Sonderdienst.

Ministerialrat Dr. Weh teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß man den Erlaß einer Verordnung vorschlagen wolle, nach welcher der Sonderdienst einer besonderen Gerichtsbarkeit unterliege, auf die die Grundsätze der Militärgerichtsbarkeit Anwendung fänden.

11.4.1944

Eine Besprechung mit Staatssekretär Koppe über diese Frage werde noch stattfinden.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet dem Herrn Generalgouverneur dann noch von der geplanten Aufstellung eines Sicherungsbataillones des Sonderdienstes.

16^{35} Besprechung mit Frau Keith.

16^{40} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, welcher dem Herrn Generalgouverneur mitteilt, daß er von Parteigenossen Friedrichs ersucht worden sei, zu einer Besprechung verschiedener Parteiangelegenheiten nach München zu kommen. Er würde dieser Einladung gern folgen, wenn der Herr Generalgouverneur die Genehmigung dazu erteile. Der Herr Generalgouverneur erteilt Oberdienstleiter Tießler die Genehmigung zu dieser Reise.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalleutnant der Flieger Unger in Gegenwart des Verbindungsoffiziers Oberstleutnants von Dazur.

Generalleutnant der Flieger Unger stellt sich dem Herrn Generalgouverneur als General der Luftwaffe vor, der zur besonderen Verfügung des Generalobersten Deßloch die Belange des neu in das Generalgouvernement gekommenen Luftgaues XXV in Vertretung des Generals Vierling wahrzunehmen hat.

Generalleutnant Unger wirft dann die Frage auf, welche Wohnung ihm in Krakau zur Verfügung gestellt werden kann. Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß Generalleutnant Unger die Dienstwohnung, die bisher General Sommé innegehabt hat, mit den gesamten von der Stadt dem jeweiligen Inhaber dieser Wohnung zur Verfügung gestellten Möbeln beziehen könne. Generalleutnant Unger möge sich deswegen mit General Sommé in Verbindung setzen.

11.4.1944

In der Angelegenheit der Wegnahme von Möbeln, Einrichtungsgegenständen usw. durch den abziehenden Luftgau VIII berichtet Oberstleutnant von Dazur, daß auch aus der Kartenstelle des Luftgaues alles restlos fortgenommen, sogar die Regale abgeschleppt worden seien und daß überall diese Art des Abzuges des Luftgaues VIII als ein für die Luftwaffe beschämender Vorgang empfunden werde.

Der Herr Generalgouverneur berichtet dazu, daß er sich bereits an den Wehrkreisbefehlshaber gewendet und dieser ihm auch geantwortet habe, er würde sich mit General Sommé deshalb in Verbindung setzen. Im übrigen teile der Wehrkreisbefehlshaber völlig den Standpunkt des Herrn Generalgouverneurs, daß dieses Vorgehen der völligen Ausräumung aller Dienstlokalitäten durch den abziehenden Luftgau sich mit der Würde der deutschen Wehrmacht nicht vereinbaren lasse.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalleutnant Unger, sich direkt mit dem Präsidenten Dr. von Craushaar in dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen, der darüber informiert sei.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

3130

Krakau

Mittwoch, den 12.April 1944

10^{30} Präsident Dr. Lauxmann übergibt dem Herrn Generalgouverneur ein als Geschenk für den Führer zu seinem Geburtstag gedachtes Album mit den bisher im Verkehr befindlichen Briefmarken der Deutschen Post Osten.

10^{35} Stadthauptmann Dr. Krämer stellt dem Herrn Generalgouverneur den Generalmajor Salitter vor.

Stadthauptmann Dr. Krämer schlägt dem Herrn Generalgouverneur vor, Generalmajor Salitter in das Amt des Leiters des Wohnungsamtes zu berufen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Berufung einverstanden und weist in diesem Zusammenhang auf die schwierigen Aufgaben hin, die dem Wohnungsamt der Stadt Krakau in der gegenwärtigen Zeit gestellt sind.

Anschliessend berichtet Stadthauptmann Dr.Krämer über die gegenwärtige Lage des Wohnungswesens in der Stadt Krakau.

10^{40} Besprechung mit Frau Keith, Stadthauptmann Dr. Krämer, Bürgermeister Weber und Referenten von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, ob und wann der Witwe des Kammergerichtsrats Dr. Keith eine Wohnung in Krakau zur Verfügung gestellt werden kann.

Stadthauptmann Dr. Krämer erklärt sich bereit, in baldigster Frist für Frau Keith eine Wohnung zur Verfügung zu stellen und auch für die Einrichtung dieser Wohnung Sorge zu tragen.

12.4.1944

11[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar, Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Boepple damit einverstanden, daß dem Präsidenten Dr. von Craushaar die Stellung des Beauftragten des Generalgouverneurs für den kriegsmässigen Verwaltungsausbau als Nachfolgers des Präsidenten Dr. Losacker übertragen wird.

Staatssekretär Dr. Boepple legt dann dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe von Schreiben an Generalfeldmarschall Milch und Gauleiter Sauckel vor. - Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diese Schreiben zu unterzeichnen, nachdem er das Schreiben an Generalfeldmarschall Milch, betreffend die Fa. Delta-Flugzeug-Barackenbau G.m.b.H., in einigen Punkten geändert hat.

Gegenstand der Besprechung ist dann die Frage der Übernahme der Stellung des Amtschefs beim Distrikt Lemberg durch den Landrat von Derschau.

Wie Präsident Dr. von Craushaar mitteilt, hat sich Landrat von Derschau dem Gouverneur Dr. Wächter vorgestellt. Gouverneur Dr. Wächter bitte jedoch, von einer Berufung des Landrats von Derschau angesichts der zur Zeit bestehenden Verhältnisse im Distrikt Lemberg und der Tatsache, daß die Stellung des Amtschefs zu seiner Zufriedenheit jetzt von Dr. Brandl wahrgenommen werde, vorläufig abzusehen.

Der Herr Generalgouverneur kann sich mit dieser Entscheidung des Gouverneurs Dr. Wächter nicht einverstanden erklären, hält es vielmehr für geboten, nunmehr einem versierten Verwaltungsbeamten diese Position zu übertragen. Er verfügt, daß Landrat von Derschau zum

12.4.1944

1.Juli die Stellung des Amtschefs im Distrikt übernimmt und bis zu diesem Zeitpunkt in der Hauptabteilung - Innere Verwaltung - zu seiner Information in einer entsprechenden Stellung beschäftigt wird.

Der Herr Generalgouverneur geht dann noch kurz auf die mit dem Auszug des Luftgaukommandos VIII verbundenen Begleitumstände - Mitnahme von Einrichtungsgegenständen, Möbeln usw. - ein und bezieht sich dabei auf einen Erlaß des Führers, nach welchem derartige Ausräumungen von Truppenquartieren unter allen Umständen zu vermeiden sind.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, sich mit Generalmajor Haseloff in dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen und ihm von dem Sachverhalt Kenntnis zu geben, ihm auch mitzuteilen, daß auf seine, des Generalgouverneurs, Weisung nunmehr ein Inventarverzeichnis aufgestellt werden solle.

12^{30} Arbeitsbesprechung im grünen Zimmer der Burg.

" Thema: Eisenbahnfragen "

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Gerteis,
Präsident Emrich, Generalbetriebsleitung Ost/Berlin,
Präsident Krafft, Ostbahndirektion Krakau,
Präsident Dr. Wiens, Ostbahndirektion Warschau,
Präsident Dr. Steinhagen, Ostbahndirektion Lemberg,
Präsident Dr. Baumann, Reichsbahndirektion Königsberg,
Ministerialrat Dr. Weh.

und gegebenenfalls Annahmesperren für Ladungen und Stückgüter in einem Bezirk angeordnet würden. Die Belastung der Berliner Zentrale sei zur Zeit ausserordentlich gross, weil die Anforderungen die Leistungsfähigkeit bei weitem überstiegen.

Der Hinweis des Präsidenten Gerteis darauf, daß zwischen der Reichsbahnverwaltung und der Generaldirektion der Ostbahn eine Güterwagengemeinschaft bestehe, gibt dem Herrn Generalgouverneur Veranlassung, darauf aufmerksam zu machen, daß die Generaldirektion der Monopole bei der Ostbahn Güterwagen laufen habe, die die Aufschrift: "Generaldirektion der Monopole" trügen. Wenn sich diese Bezeichnung auf einem Güterwagen befinde, dann müsse dieser Wagen auch als ein Wagen der Ostbahn bezw. des Generalgouvernements bezeichnet sein. Die Ostbahn sei nun einmal das wichtigste Staatseigentum des Generalgouvernements und unterstehe genau so dem Prinzip der Einheit der Verwaltung wie alle anderen Bereiche.

Präsident Gerteis macht demgegenüber geltend, daß es sich hier um eine internationale Vereinbarung handele. International solle aber das Generalgouvernement und damit auch die Ostbahn nicht in Erscheinung treten. Infolgedessen müsse man die Güterwagen bei einer inländischen Reichsbahndirektion einstellen. Man könnte allerdings die Bezeichnung wählen: "Generaldirektion der Monopole - Krakau".

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß für die Besetzung des Generalgouvernements mit deutschem Eisenbahnpersonal eine grössere Anzahl von Kräften bereitgestellt sei. Man verlange aber von seiten der Reichsbahnverwaltung für jeden deutschen Eisenbahner 1,5 Polen. Lege man die Zahl von 6000 Eisenbahnern zugrunde, so wäre also

12.4.1944

die Gestellung von 9000 Polen erforderlich. Maßgebend für die Beurteilung dieser Frage sei selbstverständlich die militärische Lage. Sollte sie sich einigermassen günstig gestalten, dann würde man mit dem zur Verfügung gestellten Personal auskommen, nicht aberdann, wenn noch weitere Strecken mit deutschem Personal besetzt werden müssten. Nach dem gegenwärtigen Stand würde die Zurverfügungstellung von 6000 deutschen Eisenbahnern genügen. Die dafür zu stellenden 9000 Polen würden aus der freien Wirtschaft genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur will der Reichsbahnverwaltung jegliche Unterstützung zuteil werden lassen. Gegenüber den Anforderungen von seiten des Gauleiters Saukel müsse darauf Bedacht genommen werden, daß die Eisenbahn mindestens so wichtig sei wie jeder Industriebetrieb. Ob man im gegenwärtigen Augenblick die 9000 Polen zur Verfügung habe, sei angesichts des Mangels an Exekutivkräften äusserst zweifelhaft. Aus der ganzen Ukraine habe man höchstens 80 - bis 90 000 Arbeiter nach Deutschland bringen können. Im Generalgouvernement sei es zur Zeit ausserordentlich schwierig, polnische Arbeitskräfte freizumachen. Weder Polizei noch Wehrmacht verfügten über ausreichende Kräfte für die Durchführung dieser Aufgabe.

Präsident Gerteis hält es für möglich, daß man etwa 1000 Polen auf dem Wege der Freiwilligkeit für die Arbeit im Reich gewinnen könne.

Der Herr Generalgouverneur hält es für besser, 1000 freiwillige Kräfte zu gewinnen, statt 4000 mit Zwang zur Arbeit in Deutschland zu bringen.

In diesem Zusammenhang kommt Präsident Gerteis auf die Behandlung der Polen im Reich zusprechen. Diese Behandlung, die immer noch schlechter sei als diejenige jedes anderen ausländischen Arbeiters, habe dazu geführt,

daß sich so gut wie kein Pole mehr freiwillig für die Arbeit in Deutschland melde. Es seien 21 Punkte, in denen die polnischen Arbeiter im Reich schlechter behandelt würden als andere ausländische Arbeiter.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Gerteis ihm diese 21 Punkte bekanntzugeben, für deren Aufhebung er sich unbedingt einsetzen werde.

Präsident Emrich erblickt eine Gefahr darin, das polnische Personal vorzeitig abzuziehen, da man nicht wisse, ob sich über kurz oder lang die Verhältnisse an der Front wieder änderten, und man dann dieses Personal wieder brauche.

Der Herr Generalgouverneur gibt im weiteren Verlauf der Besprechung seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in Warschau eine Aussenstelle der Generalbetriebsverwaltung Ost bestehe.

Präsident Emrich bemerkt dazu, daß diese Aussenstelle aus drei Beamten bestehe, von denen einer für den Betrieb, einer für den Verkehr und einer für den Betriebsmaschinendienst zuständig seien. Durch das Bestehen dieser Aussenstelle sei die Ostbahndirektion Warschau in ihren Befugnissen an sich nicht begrenzt. Die Einrichtung dieser Aussenstelle sei auf eine vorhergegangene transportmilitärische Massnahme zurückzuführen. Die Befugnisse des Transportchefs Süd seien zunächst auf die Ostbahndirektion Lemberg ausgedehnt worden, später, als die militärische Lage noch bedrohlicher geworden sei, bis zu den Westgrenzen des Generalgouvernements. Als Folge dieser Massnahme habe der Reichsverkehrsminister die Befugnisse der Generalverkehrsdirektion zwar nicht erweitert, aber diese Aussenstelle in Warschau eingerichtet.

12.4.1944

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, warum nicht die Generaldirektion der Ostbahn für solche Fragen zuständig sei. Hier werde künstlich eine zweite Behörde aufgebaut, während die andere schon bestehende gar nicht zum Einsatz komme.

Präsident Emrich nimmt an, daß eine Stelle vorhanden gewesen sei, die die Verbindung mit den militärischen Stellen des Transportwesens im besetzten Russland gehabt habe, und diese militärischen Transportstellen hätten wiederum die unmittelbare Verbindung mit der militärischen Führung gehabt; man müsse bedenken, daß immer noch eine Verbindung mit Russland bestehe, z.B. nach Kowel.

Der Herr Generalgouverneur geht davon aus, daß die Ostbahn im Eigentum des Generalgouvernements stehe. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auf diese Weise die Generaldirektion der Ostbahn künstlich ausgehölt werde, daß man ein Gebilde schaffe, welches man als sicherer ans-ehe als die Ostbahn.

Präsident Emrich betont, daß die Generaldirektion der Ostbahn die Befugnisse erhalte, die sie bisher gehabt habe. Sobald die Bewegung der Front wieder nach Osten rücke und der Transportchef Süd seine Zuständigkeit für den Bereich des Generalgouvernements verliere, würde die Funktion der Aussenstelle in Warschau wieder abgebaut. Es handele sich hier lediglich um eine vorübergehende Massnahme. Diese Aussenstelle sei an sich auch keine neue Behörde, sondern die in ihr arbeitenden Beamten Logemann, Eberbach und Friedrich seien bereits vorher in ihren Ämtern tätig gewesen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet als zweckmässig, wenn diese Aussenstelle bei längerem Andauern ihrer Tätigkeit mit der Ostbahndirektion Warschau kombiniert würde. Er müsse sich auch, wie dies einem Befehl

des Führers entspreche, entschieden dagegen wenden, daß mehr und mehr alle möglichen Dienststellen nach Warschau verlegt würden. Eine Verlegung der Aussenstelle nach Krakau wäre schon um dessentwillen notwendig, weil der ganze Bereich des Generalgouvernements einer einheitlichen Führung unterstehe.

Präsident Emrich verspricht, dem Staatssekretär Dr. Ganzenmüller Vortrag darüber zu halten.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschliessend fest, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge für die Ostbahn 7 verschiedene Instanzen infrage kämen.-

1.) die Generaldirektione der Ostbahn,
2.) die Generalbetriebsleitung Ost,
3.) die Ostbahndirektion,
4.) die Aussenstelle in Warschau,
5.)die Transportchefs,
6.) das Reichsverkehrsministerium,
7.) die Oberste Bauleitung im Bereich der Ostbahn -

und hält es für dringend geboten, daß eine Vereinfachung in dieser Beziehung eintrete. Er könne im Generalgouvernement nur regieren, wenn die Totalität der Führung in seinen Händen liege. Deshalb dürften solche Dinge nicht nach aussen treten. Die Ostbahn sei nun einmal die Staatsbahn des Generalgouvernements und müsse sich dessen bewusst bleiben. Deshalb habe ja auch der Führer die Einführung anderer Verwaltungen im Generalgouvernement nicht zugelassen. Wenn die Reichsbahnverwaltung massgebenden Einfluss im Generalgouvernement gewönne, dann würde dadurch sein ganzes politisches System zerstört werden. Dieser Kampf sei noch nicht ausgestanden. Nach aussen trete die Ostbahn in Erscheinung. Die Generaldirektion der Ostbahn sei ihm persönlich verantwortlich. Die Ostbahndirektionen sehe er an wie Unterbehörden der Generaldirektion. Was sich sonst noch an Verwaltungs-

12.4.1944

formanzeige, könne er nur als vorübergehend betrachten. Weil die Ostbahn Eigentum des Staates Generalgouvernement sei, bleibe ihm gegenüber die Generaldirektion der massgebliche Verhandlungsteil. Staatsrechtlich wichtig sei also, daß die Ostbahn die Repräsentantin des Staatseigentums des Generalgouvernements sei, und entscheidend sei für ihn, daß es im Generalgouvernement kein Reichsbahnvermögen, kein Reichsbahngut, sondern nur Gut des Generalgouvernements gebe.Das sei auch neuerdings wieder festgestellt worden. Die Organisation von ausserhalb stehenden verschiedenen Dienststellen werde sich nach den Bedürfnissen richten müssen.

Die Besprechung wird darauf geschlossen.

13^{35} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, den 14.April 1944

14^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{15} Besprechung mit den Staatssekretären Koppe und Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh.

Staatssekretär Koppe gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Bandenbekämpfung. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, daß er alles getan habe, um eine Verstärkung der Polizeikräfte bei massgebenden Instanzen zu erreichen. Leider seien seine Bemühungen bisher ohne Erfolg geblieben. Sämtliche Polizeikräfte des Generalgouvernements seien zur Zeit bis auf den letzten Mann eingesetzt. Man habe auch gewisse Erfolge erreicht, aber zu einer wirklichen Bekämpfung bezw. Ausrottung der Banden gehörten eben wesentlich grössere Kräfte.

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, den Ernst der Lage dem Generalfeldmarschall Keitel nochmals eindringlich vor Augen zu führen und ihm mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement unbedingt das militärische Stützpunktsystem wieder eingeführt werden müsse. Wenn dem Generalgouvernement diese Hilfe nicht gegeben werde, dann müsse eben festgestellt werden, daß die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendigen Sicherheitsorgane fehlen. Jedenfalls müsse baldigst etwas geschehen, da sonst die Autorität des Reiches auf dem Spiele stehe. Die Situation sei jetzt so, daß erstens gesagt werden müsse, wieviel Truppen- und Polizeikräfte gebraucht würden, daß zweitens die Sicherheitslagevon der Entwicklung der Kriegslage irgendwie abhänge, daß drittens das vernünftige Verhalten der Regierung des Generalgouvernements der fremdvölkischen Bevölkerung gegenüber von grösster Wichtigkeit sei und in diesen

14.4.1944

Zeiten jegliche Gewaltaktion gegen die Bevölkerung zu unterbleiben habe.

Staatssekretär Koppe weist darauf hin, daß der passive Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung gegen die Erfassung von landwirtschaftlichen Produkten in den letzten Tagen sehr zugenommen habe. Zur Zeit sei leider eine Erfassung nur mit Gewaltmassnahmen durchzuführen.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er gerade jetzt seine Aktion bei den massgebenden Reichsstellen eingeleitet habe, um im Herbst beweisen zu können, was alles von seiten der Regierung des Generalgouvernements geschehen sei, damit eine Besserung der gegenwärtigen Zustände herbeigeführt werden könne. Wenn also das Generalgouvernement im Herbst nur 200 000 t Getreide oder noch weniger an das Reich liefern könne, dann habe man aufgrund der an die zuständigen Reichsstellen gerichteten Fernschreiben und der mit ihnen geführten telefonischen Gespräche eine protokollarische Grundlage für die Behauptung, daß man seinerzeit auf diese Folgen aufmerksam gemacht habe.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann eingehend Stellung zu der gegenwärtigen Lage im Generalgouvernement und der Frage, in welcher Weise dem Land durch Wiedererrichtung von Stützpunkten und Einsatz von Polizeikräften ein grösserer Schutz gewährt werden kann. Jedenfalls müsste man versuchen, ausserordentliche Polizeikräfte im Lande selber auszuheben. Die Heimat werde jedenfalls kaum von stärkeren Polizeikräften entblöst werden können, schon angesichts der Tatsache, daß Millionen fremdvölkischer Arbeitskräfte dort tätig seien. Er sei auch bereit, sich nochmals mit Generaloberst Fromm wegen der Zurverfügungstellung von militärischen Kräften für Stützpunkte in Verbindung zu setzen. Jedenfalls lasse sich nicht verkennen, daß die Lage äusserst gespannt sei. Deshalb müsse, damit späteren Vorwürfen

von seiten des Reiches begegnet werden könne, zu Protokoll anhand von Notizen, Fernschreiben usw, festgestellt werden, daß sich die Regierung des Generalgouvernements rechtzeitig bemüht habe, auf die prekäre Lage hinzuweisen. Die Verantwortungszone des Generalgouvernements müsse unbedingt ein für alle Mal festgelegt werden. Auch der Führer habe ja die Notwendigkeit der Verteidigung des Landes eingesehen.

Staatssekretär Koppe gibt dann einen Überblick über die gegenwärtige Lage und über die Verteilung der Polizeikräfte im Lande. Wenn auch zur Zeit die Verhältnisse im Distrikt Lublin ausserordentlich bedrohlich seien, so müsse er sich doch unbedingt dagegen wenden, die anderen Distrikte von Polizeikräften völlig zu entblössen. Auch die Distrikte Radom, Warschau und Krakau bedürften eines polizeilichen Schutzes.

Anschliessend wird noch kurz anhand einer Karte die militärische Lage besprochen.

15^{50} Besprechung mit Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur gibt Pressechef Gassner Kenntnis davon, daß er vom Führer als Präsident der Internationalen Rechtskammer bestätigt worden sei. Er beauftragt Pressechef Gassner, dafür zu sorgen, daß in der Krakauer Zeitung aus Anlaß des Besuches französischer Juristen als Delegierte der neugegründeten Landesvertretung Frankreich der Internationalen Rechtskammer eine Notiz erscheint.

Pressechef Gassner teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er am Sonnabend zu einem Besuch des Reichspressechefs Dietrich nach Berlin fahre.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur dem Pressechef Gassner Kenntnis davon, daß vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vor

14.4.1944

einigen Wochen ein Vorschlag hinsichtlich der Frage der Unterstellung des Pressechefs Gassner unter den Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements Ohlenbusch gemacht worden sei. Er habe das betreffende Schreiben an Staatssekretär Dr. Bühler mit dem Ersuchen geleitet, die Frage mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner vorzubesprechen. Er, der Generalgouverneur, sei jedenfalls nicht bereit, an der Struktur der Stellung des Pressechefs Gassner irgendetwas zu ändern, etwa so, daß daraus ein Nachteil für ihn entstände. Er sehe überhaupt keinen Anlaß für eine Änderung, wenn man nicht vom Reich aus eine nähere Begründung für eine solche Änderung gäbe. Reichspressechef Dietrich sei zwar als Staatssekretär in das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda eingebaut, sei aber nach einer Anordnung des Führers in seiner Stellung als Reichspressechef von Weisungen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda nicht abhängig. Eine ähnliche Regelung werde er auch für die Stellung des Pressechefs Gassners in der Regierung des Generalgouvernements herbeiführen, mit der Folgerung, daß Präsident Ohlenbusch sich in keiner Weise in die Belange der Presse einzumischen habe. Die Position des Pressechefs Gassner würde also derjenigen des Reichspressechefs völlig gleichartig sein. Er ermächtige Pressechef Gassner, den Reichspressechef Dietrich in diesem Sinne zu verständigen. Wahrscheinlich werde er, der Generalgouverneur, auch dem Reichsminister Dr. Goebbels zurückschreiben, daß er es, so-lange das Generalgouvernement Kriegszone sei, ablehnen müsse, Strukturänderungen vorzunehmen.

Pressechef Gassner berichtet dann noch dem Generalgouverneur von dem Stand des Umbaues des Gästehauses der Presse in Zakopane.

14.4.1944

16^{00} Baudirektor Halbauer überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine als Geschenk für den Führer zu seinem Geburtstag gedachte Kassette mit Fotografien der Gebäude in Rabka, die für die Kinderlandverschickung zur Verfügung gestellt werden.

16^{15} Besprechung mit Regierungskommissar Dr. Heuber und Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer, Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer.

16^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Regierungskommissars Dr. Heuber, des Botschaftsrats Dr. Schumburg, des Pressechefs Gassner und des Generalsekretärs Rechtsanwalts Dr. Pfeiffer die Delegierten der neugegründeten Landesvertretung Frankreich der Internationalen Rechtskammer Professor La Louelle, Advokat Louis Beaux, Advokat Albert Pascalet und Advokat Dr. Dairaines.

In der in französischer Sprache geführten Unterhaltung gibt der Herr Generalgouverneur seiner Freude darüber Ausdruck, daß er Gelegenheit habe, die Delegierten der neugegründeten Landesvertretung Frankreich der Internationalen Rechtskammer begrüssen zu können. Er macht den Herren davon Mitteilung, daß er vom Führer in seiner Stellung als Präsident der Internationalen Rechtskammer bestätigt worden sei, und weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Rechts für die Kultur Europas hin.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalsekretär Dr. Pfeiffer, daß für den Monat Mai eine Arbeitsbesprechung und eine Sektionssitzung der Internationalen Rechtskammer geplant sei. Weiter teilt Generalsekretär Dr. Pfeiffer mit, daß der Aufbau der Sektion Frankreich nach Bezirksgruppen vorsich gehen werde. Dr. Dairaines sei Geschäftsführer der Landesvertretung Frankreich und ihr Leiter bis zur Bestellung eines Präsidenten.

14.4.1944

16[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten Wolff von der Abteilung "Branntwein" der Reichsmonopolverwaltung in Gegenwart des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Senkowsky und des Oberregierungsrats Schulz.

18[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19[00] Aufführung des Schauspiels "Pieter Breughel".

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Samstag, den 15. April 1944.

10^{35} Besprechung mit Hauptbannführer Schimmelpfeng.

Hauptbannführer Schimmelpfeng legt dem Herrn Generalgouverneur einige Aufstellungen vor, aus denen die Belastung der Angehörigen der Hitlerjugend, insbesondere der Pimpfe, zu ersehen ist.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptbannführer Schimmelpfeng, die gleiche Aufstellung auch für die Angehörigen des BDM zu machen, zu den Aufstellungen noch ins einzelne gehende Erläuterungen zu geben und ihm diese Arbeit bis zum 1.Mai 1944 vorzulegen. Dann werde er eine endgültige Besprechung über diese Frage anberaumen.

Hauptbannführer Schimmelpfeng gibt dann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von dem heldenmütigen Verhalten zweier Angehörigen der Hitlerjugend, eines Gefolgschaftsführers Ingenhaag und eines Scharführers Schneider aus Stanislau bezw. Kolomea, die aus eigener Initiative Eisenbahnzüge für den Abtransport von 750 bezw. 800 Volksdeutschen zusammengestellt haben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptbannführer Schimmelpfeng, ihm eine schriftliche Darstellung dieses Vorganges zu geben, und erklärt sich bereit, die beiden Hitlerjungen persönlich zu empfangen.

11^{10} Arbeitsbesprechung im grünen Zimmer der Burg zu Krakau.

Thema: Kammerspielhaus.

Teilnehmer: Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Dr. Senkowsky,
Präsident Bauder,
Präsident Struve,
Präsident Ohlenbusch,
Ministerialrat Freiherr von Streit,

15.4.1944

Generalintendant Stampe,
Notar Gutbrod,
Baudirektor Halbauer,
Technischer Leiter des Staatstheaters Matho.

Gegenstand der Besprechung ist die Umgestaltung eines im Amtsgebäude der Hauptabteilung Arbeit Zipsergasse 2 gelegenen Raumes für ein Kammerspielhaus.

Präsident Ohlenbusch legt einleitend dar, daß sich im Laufe der Zeit für das Staatstheater die Notwendigkeit der Schaffung einer Bühne für Kammerspiele ergeben habe. Für den Plan der Herstellung eines solchen Kammerspielhauses liege bereits eine Aufstellung über die Kosten des Ausbaues sowie genau festgelegte Vorschläge für die Herrichtungdes Saales zu dem gedachten Zweck vor.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs erwidert technischer Leiter Matho, daß die Frage der akustischen Zulänglichkeit des Raumes bereits mehrfach geprüft und entsprechende Vorbereitungen für die Schaffung einer guten Akustik getroffen worden seien. - Auch Baudirektor Halbauer gibt der Auffassung Ausdruck, daß es, soweit möglich, gelingen werde, das akustische Problem befriedigend zu lösen. -

Generalintendant Stampe hält ebenfalls die Frage der Akustik für lösbar.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß der Raum etwa 400 Personen fasse und etwa den Kammerspielen in Berlin vergleichbar wäre. Von sämtlichen Plätzen sei eine gute Sicht möglich.

Nachdem sich Präsident Ohlenbusch nochmals für die Durchführung des Ausbaues ausgesprochen hat, erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß dieser Plan durchgeführt wird.

15.4.1944

Notar Gutbrod hält es aus Gründen der Sicherheit für geboten, daß für das Kammerspielhaus ein eigener Eingang geschaffen wird.

Präsident Struve bemerkt dazu, er habe sein Einverständnis zur Durchführung des Ausbaues nur unter der Bedingung erklärt, daß alle Vorkehrungen getroffen würden, mit denen die Sicherheit und der Dienstbetrieb der Hauptabteilung Arbeit vollkommen gewahrt würden.

Staatssekretär Dr. Boepple hält es für durchaus möglich, die Arbeitsräume der Hauptabteilung durch eine Zwischenwand im ersten Stock abzusperren.

Der Herr Generalgouverneur legt entscheidendes Gewicht darauf, daß die Sicherheit in jeder Beziehung gewährleistet werde. Diese Frage müsse deshalb noch einer endgültigen Klärung zugeführt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert technischer Leiter Matho, daß seine Vorarbeiten vom Technischen Zentralamt überprüft worden seien. Vorläufig handele es sich noch um einen Rohentwurf, der noch weiterer Ausarbeitung hinsichtlich gewisser baulicher Änderungen bedürfe. Für den gesamten Umbau werde eine Summe von Zl. 577.280.-- gefordert.

Präsident Dr. Senkowsky bemerkt, daß von seiten der Hauptabteilung Finanzen Bedenken gegen die Durchführung des Umbaues nicht zu erheben seien. Bisher seien Zl. 240.000,-- zur Verfügung gestellt worden.

Weiter werden dann noch die Fragen der Materialbeschaffung, der Bestuhlung des Raumes, der Herstellung von Garderoben und von Aufenthaltsräumen für das Publikum während der Pausen besprochen.

Präsident Struve erklärt sich auf Befragen des Generalgouverneurs bereit, gegebenenfalls die Kasinoräume der Hauptabteilung zur Verfügung zu stellen.

15.4.1944

Generalintendant Stampe gibt dann einen Überblick über die in dem Kammerspielhaus aufzuführenden Werke. Zur Aufführung sollten neben ernsten Stücken, vor allem auch Lust- und Singspiele gelangen. Angesichts der immer grösser werdenden Belastung des Staatstheaters habe sich die Schaffung eines solchen Kammerspielhauses als dringend notwendig erwiesen.

Staatssekretär Dr. Boepple wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob und in welchem Umfange etwa der Kulturvereinigung das Kammerspielhaus für von ihr durchzuführende Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Generalintendant Stampe erklärt sich zwar grundsätzlich damit einverstanden, daß das Kammerspielhaus auch solchen Veranstaltungen dienstbar gemacht werde, gibt aber zu bedenken, daß der Raum auch für Proben zur Verfügung stehen müsse.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß das Kammerspielhaus zwar grundsätzlich zur Verfügung der Generalintendanz des Staatstheaters stehen, andererseits aber Gesuche etwa der Kulturvereinigung um Zurverfügungstellung dieses Raumes grundsätzlich nicht abgelehnt werden sollten. Weiter ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß die Weiterführung dieses Baues in steter Zusammenarbeit zwischen Baudirektor Halbauer und technischem Leiter Matho vor sich gehen solle. Die Kosten des Baues dürften die veranschlagte Summe nicht überschreiten.

Abschliessend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Feststellung:

> Der Umbau des Amtsgebäudes III der Regierung (Hauptabteilung Arbeit) wird nach den vorgesehenen Plänen genehmigt. Mit dem Bau soll sofort begonnen werden, unter der Vorassetzung, daß die einzelnen technischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Wenn der Umbau fertiggestellt ist, wird Präsident Ohlenbusch darüber

15.4.1944

so verfügen, daß der Raum als Kammerspielhaus zum Zwecke der Entlastung des Staatstheaters für Theateraufführungen zur Verfügung gestellt werden kann. Das Kammerspielhaus tritt unter die dienstliche Verwaltung des Generalintendanten Stampe.

11[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Bauder, Ministerialrat Freiherr von Streit, Notar Gutbrod und Baudirektor Halbauer.

Gegenstand der Besprechung ist die Fertigstellung des Hotelbaues am Westring.

Präsident Bauder bemerkt, daß gewisse Vorbereitungen für die Wiederinangriffnahme dieses Baues getroffen seien. Notwendige Materialien würden beschafft, Eisen und anderes Material sei auch schon bereitgestellt. Die Installationsmaterialien müssten allerdings auf dem freien Markt gekauft werden.

Präsident Dr. Senkowsky fügt ergänzend hinzu, daß bereits im vorigen Herbst ein Rohplan fertiggestellt gewesen sei. Leider sei gerade der Fachmann, der die statischen Berechnungen durchzuführen hatte, in Warschau bei einer Vergeltungsaktion hingerichtet worden.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs erwidert Präsident Bauder, daß die Aufstellung des Wohnungsbauprogrammes etwa in zwei Monaten abgeschlossen werde.

12[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh.

Der zu der Besprechung hinzugezogene Polizeihauptmann Zisenis gibt anhand der Karte einen Überblick über die gegenwärtige militärische Lage und den Stand der Bandenbekämpfung im Generalgouvernement.

15.4.1944

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß ihm der ukrainische Hauptausschuss verschiedene Vorschläge für die Beteiligung von Ukrainern an der Bandenbekämpfung, für den Ausbau des Selbstschutzes, ~~und~~ der ukrainischen Polizei für den Einsatz der SS-Schützendivision Galizien unterbreitet habe.

Staatssekretär Koppe spricht sich dagegen aus, die SS-Division Galizien in diesem Raum einzusetzen. Man habe bisher mit den Regimentern dieser Division keine guten Erfahrungen gemacht. Wenn sich ein Regiment auch in einigen Gefechten gut geschlagen habe, so bleibe doch die Unzuverlässigkeit bestehen.

Der Herr Generalgouverneur schliesst sich dieser Auffassung an.-Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf die Berufung des Landrats von Derschau in die Stellung des Amtschefs beim Distrikt Galizien zu sprechen. Der Reichsinnenminister habe entgegenkommenderweise dem Generalgouvernement auf Antrag einer Reihe von prominenten Beamten angeboten, die für höhere Dienststellungen im Generalgouvernement in Betracht kämen. Angesichts dieses Entgegenkommens des Reichsministeriums des Innern könne er sich von Wünschen oder Neigungen der einzelnen Gouverneure hinsichtlich der Besetzung des Postens des Amtschefs nicht abhängig machen, sondern müsse darauf bestehen, daß der jetzt vom Reich zur Verfügung gestellte Beamtenzuwachs gesichert bliebe. Er habe deshalb verfügt, daß Landrat von Derschau ab 1.Juli 1944 nach vorheriger Tätigkeit im Rahmen der Hauptabteilung - Innere Verwaltung - zum kommissarischen Amtschef des Distrikts Galizien benannt werde. Er werde in Zukunft kein Einspruchsrecht von Gouverneuren oder sonstigen Dienststellen anerkennen.

15.4.1944

Wie der Herr Generalgouverneur weiter mitteilt, hat sich der Führer damit einverstanden erklärt, daß die Tabakanbaufläche wieder auf den Stand von 1941 gebracht, also besser wird als im vergangenen Jahr. Mittlerweile hätten die Russen einen grossen Teil des Tabakanbaugebietes übernommen.

Die Bildung eines russischen Schützkorps im Generalgouvernement sei nach Meinung des Führers mit aller Vorsicht zu betreiben. Er gebe deshalb den beteiligten Herren dringend anheim, diese Frage im engsten Einvernehmen mit der Wehrmacht zu behandeln. Jedenfalls müsse man mit der Bewaffnung solcher Menschen äusserst vorsichtig sein.

Staatssekretär Koppe schliesst sich dieser Auffassung des Herrn Generalgouverneurs durchaus an und betont, daß man mit der Bewaffnung der polnischen und ukrainischen Polizisten auch ein grosses Risiko auf sich nehme.

Staatssekretär Koppe stellt dann mit Bedauern fest, daß sich der Wehrmachtsbefehlshaber gewisser Erfolge bei der Bekämpfung von Banden und der Erbeutung von Waffen, Sprengmunition usw. rühme, die lediglich dem vorbildlichen Einsatz der Polizeikräfte zu danken seien.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Koppe, über solche Erfolge der Polizei Monatsberichte vorzulegen.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf die Frage der Wiedererrichtung von militärischen Stützpunkten vor allem im Distrikt Lublin zu sprechen. Generalfeldmarschall Keitel habe einfach die Erledigung dieser Angelegenheit dem Reichsführer SS anheim gestellt und erklärt, daß Truppenteile dafür nicht zur Verfügung ständen. Er werde nunmehr Generaloberst Fromm nochmals fragen, wie es mit dieser Frage stehe. Voraussetzung wäre allerdings, daß sich die Staatssekretäre mit dem Wehrkreiskommando in Verbindung setzten und fragten, ob es eine amtlich festgestellte Nachricht darüber habe. Jedenfalls müsse baldigst

etwas geschehen, da die Situation im Distrikt Lublin von Tag zu Tag unerträglicher werde. Hier handele es sich nicht so sehr um eine Notlage des Generalgouvernements als vielmehr um eine Notlage des Deutschen Reiches.

Staatssekretär Koppe ist ebenfalls der Ansicht, daß sich jetzt in der Politischen und militärischen Entwicklung Höhepunkte zu zeigen begännen. Alles warte jetzt darauf, ob die polnische Widerstandsbewegung oder die Kommunisten oder die Ukrainer die Initiative ergriffen. Die Verhältnisse seien zur Zeit völlig undurchsichtig.

Der Herr Generalgouverneur wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob man den Kreishauptmännern nicht einen stärkeren Einfluss auf die Sicherheitskräfte geben könnte, etwa in dem Umfang, wie im Reich der Landrat diesen Einfluss habe. Vielleicht könnten die in einem Kreise vorhandenen Exekutivkräfte der Ordnungspolizei, der Sicherheitspolizei, des Sondienstes, der Feuerwehr usw. einem übergeordneten staatlichen Organ in ausserordentlichen Notzeiten zur Verfügung stehen. Als dieses Organ komme vor allem der Kreishauptmann in Betracht, der die Lage in seinem Kreis am besten zu beurteilen wisse. Im Interesse einer Steigerung der Autorität der Verwaltungsorgane gegenüber der Wehrmacht müsste dem Kreishauptmann eine gewisse stärkere Befugnis eingeräumt werden.

Staatssekretär Koppe weist darauf hin, daß dem Kreishauptmann der Postenführer der Gendarmerie, ferner der Gendarmeriekreisführer unterstellt sei. Auch die Kräfte der Ordnungspolizei ständen dem Kreishauptmann immer zur Verfügung. Der Hauptmannschaftsführer sorge für den gesunden Ausgleich der Kräfte zwischen mehreren Kreisen. Andererseits dürfe der Kreishauptmann nicht noch mehr in polizeilichen Aufgaben eingeschaltet werden, und der Kommandeur der Ordnungspolizei müsse unbedingt eine gewisse Bewegungsfreiheit haben.

15.4.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht die Staatssekretäre und Präsidenten Dr. von Craushaar, diese Frage einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und ihm dann über das Ergebnis Bericht zu erstatten.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unbedingt geboten, daß nunmehr baldigst eine Besprechung mit Bankdirigent Paersch über die Währungssituation und damit zusammenhängende Fragen stattfindet.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt dazu, daß der Vizepräsident der Reichsbank alles tun wolle, um Währungsstörungen im Generalgouvernement so lange wie möglich hintanzuhalten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann der Auffassung Ausdruck, daß für den Fall, daß Gebiete des Generalgouvernements wieder zurückerobert werden, eine Stelle eingerichtet werden müsse, die als oberste Instanz für alle Fragen des Wiederaufbaues tätig werde. Er schlage vor, daß dieses Gremium von ihm aufgrund von Vorschlägen der Staatssekretäre gebildet werde. Es müsste festgestellt werden, welche Schäden eingetreten seien; denn für diese Schäden hafte dem Generalgouvernement das kriegführende Deutsche Reich. Nach einem Bericht des Gouverneurs Dr. Wächter sei z.B. ein in einer Stadt Galiziens eingerichtetes vorbildliches Krankenhaus durch Artillerie zerstört worden. Welche Zerstörungen in Tarnopol angerichtet worden seien, könne man sich vorstellen. Deshalb müsse der Wiederaufbau von einer Hand zentral dirigiert werden. Die Zentralisierung brauchte nicht übersteigert zu werden, wohl aber müssten die allgemeinen Richtlinien für die finanzielle Gebarung und die Materialsicherstellung aufgestellt werden, es müsse festgestellt werden, wer für die Genehmigung der einzelnen Baupläne, der Wiederherstellung der Strassen, Eisenbahnen, Diensträume usw. verantwortlich sei. Im Rahmen einer Verordnung müsse vor allem festgelegt werden, wer letzten Endes bei Zweifelsfragen über die Priorität dieser

Wiederherstellungsarbeiten die Entscheidung habe. Für solche Dinge gebe es kein Regulativ. Im Reich bestehe nur der Erlaß, daß für den Wiederaufbau der zerstörten Städte Reichsminister Speer zuständig sei. Er, der Generalgouverneur, müsse als Gesetzgeber an solchen allgemeinen Schlüssen Kritik üben. Im Generalgouvernement müsse das Verfahren in der Art einer ausserordentlichen kriegsbedingten Genehmigung geregelt werden. Für die Durchführung dieses Verfahrens bedürfe es auch der Zuziehung von Exekutivkräften, damit Bauten nicht widerrechtlich in Angriff genommen würden und diejenigen in Strafe genommen werden können, die sich nicht an die gegebenen Richtlinien halten. Staatssekretär Koppe, der ja schon in Posen ähnliche Aufgaben erfüllt habe, könne seine Erfahrungen auf diesem Gebiet nutzbar machen. Selbstverständlich müssten alle diese Fragen mit den Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen und des Technischen Zentralamtes besprochen werden.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage der Frage der Sicherheitslage zu, die sich, wie der Herr Generalgouverneur meint, immer mehr versteife. Neuerdings arbeite die Widerstandsbewegung sogar mit Bakterien.

Staatssekretär Koppe bemerkt dazu, daß er mit Präsident Prof. Dr. Teitge über diese Dinge bereits gesprochen und ihn ersucht habe, dafür zu sorgen, daß sämtliche Ärzte genügend Gegengifte zur Verfügung hätten. Im übrigen könne er auch in diesem Zusammenhang immer nur wieder raten, den Polen gegenüber äusserst skeptisch zu sein.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, daß aus Sicherheitsgründen der Bau 9 der Burgstadt, in welchem Staatssekretär Koppe wohnt, gegebenenfalls durch Höherlegung der Mauer nach der Weichsel zu gegen Sicht geschützt werde.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann mit, daß der Führer ihn als Präsidenten der Internationalen Rechtskammer endgültig bestätigt und ihm die Weisung erteilt habe, das Gebiet der Internationalen Rechtskammer im Gesamtrahmen der weltpolitischen Situation des Reiches

zu entwickeln. Für ihn, den Generalgouverneur, sei es eine grosse Genugtuung, daß der Führer amtlich auch dem Reichsinnenminister anheim gestellt habe, dem Präsidenten der Internationalen Rechtskammer in dieser seiner Stellung in jeder Weise zu helfen. Er, der Generalgouverneur, habe auf dem Gebiet der Rechtsidee seine ganz bestimmte Auffassung. Er beabsichtige, auch eine Landesgruppe Generalgouvernement der Internationalen Rechtskammer zu gründen, in die er auch polnische und ukrainische Juristen aufzunehmen gedenke. Er werde damit die Möglichkeit haben, im Rahmen der Internationalen Rechtskammer im Generalgouvernement politisch sich so zu bewegen, wie er es vielleicht als Staatsmann nicht tun könne. Er werde sich also vom SD eine Liste einwandfreier polnischer Juristen geben lassen, die seit Jahren im Staatsdienst des Generalgouvernements ständen, und werde daraus eine polnische Gruppe der Landesvertretung Generalgouvernement aufbauen. Diese Frage sei auch vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus ausserordentlich beachtlich; denn die belgische Vertretung z.B. teile sich auch in eine wallonische und flämische Gruppe. Die allgemeinpolitische Situation des Reiches gebe im gegenwärtigen Zeitpunkt dazu Veranlassung, eine Neuformung der Reichsbeziehungen zu diesen europäischen Völkern zu schaffen. Er bitte um Vorschläge, wie diese Landesvertretung Generalgouvernement zusammengesetzt werden solle. Vielleicht könnte Reichskommissar Dr. Heuber für diese Aufgabe ausersehen werden. Da bereits zahlreiche europäische Länder, wie Spanien, Italien, Holland, Dänemark, Türkei, Ungarn, Schweiz und andere in der Internationalen Rechtskammer vertreten seien, werde er sich auch mit den Ostländern in Verbindung setzen behufs Gründung einer Litauischen, Estnischen und Lettischen Gruppe. Er werde selbstverständlich auch für die Arbeit im Generalgouvernement die internationalen Beziehungen der Rechtskammer zur Verfügung stellen.

15.4.1944

Präsident Dr. von Craushaar teilt mit, daß er mittlerweile die Frage einer allgemeinen finanziellen Besserstellung der fremdvölkischen Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiterschaft bearbeitet habe. Diese Frage müsse mit den Hauptabteilungen Arbeit und Wirtschaft sowie mit Bankdirigent Dr. Paersch noch besprochen werden. Die Hautabteilung - Innere Verwaltung - habe sich für diese Besserstellung ausgesprochen, könne aber allein für die Durchführung dieser Neuregelung eine Gewähr nicht übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß er in dieser Angelegenheit ein Schreiben an das Reich gerichtet habe. Er habe auch Ministerialrat Burmeister vom Reichsfinanzministerium erklärt, daß er seinen Standpunkt dem Reich gegenüber zur Geltung bringen werde. Die Frage müsse noch Gegenstand einer besonderen Besprechung sein. Es handele sich dabei nicht lediglich um eine Gehaltserhöhung, sondern die fremdvölkischen Beamten und Angestellten sollten aus dieser Neuregelung erkennen, daß man ihre Verdienste anerkenne, weil sie vier Jahre lang loyal im Dienste des Generalgouvernements gearbeitet hätten. Er schlage vor, eine Summe von Zl. 2.000.000.-- für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für Mittwoch, den 19. April vormittags 10.30 eine Regierungssitzung an, an der die Hauptabteilungspräsidenten, die Amtsleiter, alle Gouverneure und der Stadthauptmann von Krakau teilnehmen sollen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/8 Krakau

Sonntag, den 16.April 1944

11^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

13^{15} Mittagessen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

IV/8 Krakau

Montag, den 17.April 1944.

10^{50} Besprechung mit Oberst Fischer.

11^{05} Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz.

Der Herr Generalgouverneur nimmt in dieser Besprechung eingehen-d zu dem Fall Henseling Stellung. Er wolle, so führt er aus, dem Präsidenten Dr.Eichholz keinen Vorwurf daraus machen, daß er sich mit diesem Fall beschäftigt habe. Er müsse sich aber dagegen verwahren, daß, - wie das bei einer unter Leitung des Präsidenten Dr. Eichholz stattgefundenen Besprechung der Fall gewesen sei, - sich ein Angehöriger des SD in die wissenschaftliche Politik des Generalgouvernements einmische.Es gehe unter keinen Umständen an, daß ein Mann vom SD in Anwesenheit des Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht eine Meinung in solchen Dingen äussere, die etwa seiner oder der Meinung des Präsidenten dieser Hauptabteilung entgegengesetzt sei.

Präsident Dr. Eichholz geht auf die Vorgeschichte dieses Falles ein und weist darauf hin, daß Abteilungsleiter Henseling seit März vorigen Jahres Gelegenheit genommen habe, ausser astronomischen Vorträgen auch solche weltanschaulichen Inhaltes zu halten, z.B. mit folgenden Themen: "Goethe und das Christentum", "Trinitäts-Idee", "Weltbild und Weltanschauung". Die Einladungen zu diesen Vorträgen seien auch an den Litfasssäulen angeschlagen worden, ohne daß die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht davon Kenntnis erhalten habe. Dann habe Oberbereichsleiter Kobusch seinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß solche Vorträge unter der Bezeichnung "Direktion der Sternwarten im Generalgouvernement" überhaupt stattfinden konnten. Insofern sei dann die Partei in der Person des Schulungsleiters Holweger und des SS-Hauptsturm-

17.4.1944

führers Hansen vom SD beteiligt worden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als möglich, daß auch über solche Themen wie die eben bezeichneten seinem Wunsche gemäss amtlich gesprochen werde. In diesen Dingen lasse er sich weder von der Partei noch vom SD etwas sagen. Er sei im übrigen durchaus damit einverstanden, daß die wissenschaftliche Tätigkeit des Abteilungsleiters Henseling von seiten der zuständigen Hauptabteilung der Regierung beobachtet werde. Das habe aber lediglich im Rahmen dieser Hauptabteilung zu geschehen. Daß sich Präsident Dr. Eichholz mit Abteilungleiter Henseling über diese Dinge auseinandergesetzt habe, sei seine Pflicht. Daß aber eine Verhandlung über solche Fragen stattfinde, in der nicht der Präsident der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht führend und allein maßgebend sei, sondern an der auch irgendein Parteirepräsentant oder Vertreter des SD beteiligt sei, entspreche nicht der Würde und Stellung eines Regierungsmitgliedes. Was Abteilungsleiter Henseling ihm, dem Generalgouverneur, berichte, sei für ihn amtlich nicht wichtig. Er habe auch Abteilungsleiter Henseling sofort erklärt, daß er eine Beschwerde gegen Präsidenten Dr. Eichholz nicht entgegennehmen werde.

Der Herr Generalgouverneur trifft dann folgende Feststellung:

1) Die Autorität der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht als eines absolut eigenartig, eigenständig geführten Organs der Regierung des Generalgouvernements ist unabhängig von irgendwelchen Einflüssen anderer Stellen.

2) Der Präsident der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht darf niemals unter dem Druck von Partei oder Polizei handeln. Daß irgendwelche Dienststellen des Arbeits-

17.4.1944

bereichs den Anspruch stellen, in solchen Dingen mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht zu verhandeln, muss abgelehnt werden.

Zu der weiteren Besprechung wird Präsident Ohlenbusch mithinzugezogen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch Kenntnis von der ebenstattgefundenen Besprechung und von seiner zu der infrage stehenden Angelegenheit eingenommenen Stellung. Er ersucht die Präsidenten Eichholz und Ohlenbusch, den Abteilungsleiter Henseling gemeinsam zu empfangen und ihm Richtlinien für sein weiteres Verhalten zu geben.

11^{30} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{15} Der Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Oberregierungsrat Dr. Coblitz überreicht dem Herrn Generalgouverneur verschiedene als Geburtstagsgeschenk für den Führer gedachte Werke, u.a. gebundene Jahrgänge der Zeitschrift "Die Burg", ferner der wissenschaftlichen Hefte des Ostinstituts und eine Kassette mit Fotografien des Ostinstituts und seiner Abteilungen.

12^{20} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur teilt zunächst mit, daß von Generaloberst Fromm zur Wiedererrichtung des Stützpunktsystems 2 500 voll einsatzfähige Soldaten zur Verfügung gestellt würden.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß nach ihm gewordenen Berichten die deutschen Truppen in den Gebieten des Distrikts Galizien, die vorübergehend von den Russen besetzt gewesen seien, schwer gehaust und gerade die

17.4.44

Verwaltungseinrichtungen zerstört hätten. Vielleicht sei dieses Verhalten der Truppe auf eine falsche Befehlsgabe zurückzuführen. Vielleicht werde es notwendig sein, den Truppen entsprechende Weisungen zu erteilen.

Der Herr Generalgouverneur ist nicht gewillt, sich in Dinge einzumischen, die rein innerwehrmachtmässigen Charakter trügen, da er nicht wisse, ob der Zeitpunkt dafür günstig sei. Eher würde er vorschlagen, daß die Staatssekretäre Bühler und Koppe mit Präsident Dr. von Craushaar gelegentlich einen Besuch bei Generalfeldmarschall Modeł machten und unter Kennzeichnung der einzelnen Tatbestände persönlich mit ihm darüber sprächen. Es wäre falsch, wenn man der Wehrmacht nicht zunächst die Möglichkeit gäbe, die Dinge intern zu regeln. Daß die Bewohner jener Gegenden selber auch geplündert hätten, gehe aus einem Bericht des Gouverneurs Dr. Wächter hervor. Daß ein Befehl an die Truppe ergangen sei, den Russen nur verbrannte Erde zurückzulassen, sei wohl richtig. Wenn man schon gezwungen sei, Gebiete zu räumen, dann könne man keinen Unterschied zwischen dem Generalgouvernement und anderen Gebieten machen. An der strategischen Lage habe sich bislang nichts geändert, und infolgedessen könne er sich nicht vorstellen, daß ein grundsätzlich für die Ukrainer gegebenem Befehl nur geändert werden sollte, weil es sich um das Generalgouvernement handele. Von Wichtigkeit sei weiter die Frage, ob die deutschen Truppen in den wiedergewonnenen Gebieten nur vorübergehend oder endgültig blieben. Mit dem Wiederaufbau könne jedenfalls erst begonnen werden, wenn man endgültiges wisse. Deshalb warne er davor, sich von vornherein auf den Standpunkt der Berichte aus Galizien zu stellen. Mit nichtüberprüften Berichten von Kreishauptmännern, die sich vielfach wiedersprächen, sei nichts anzufangen, sondern der Tatbestand müsse restlos geklärt werden. Von besonderer Wichtigkeit sei, daß jetzt eine Art Schadenfeststellungszentrale am besten wohl in der Hauptabteilung - Innere Verwaltung - errichtet werde,

17.4.1944

in der alle Berichte über Schäden irgendwelcher Art gesammelt würden und in der ein dauernder Kontakt mit den örtlichen Dienststellen des Staates gehalten werde. Für die Durchführung dieser Aufgabe könnte Landesinspekteur Schalk dem Prüsidenten Dr. von Craushaar zur Verfügung gestellt werden. Unter keinen Umständen dürfe jetzt der Wehrmacht Anlaß zu der Behauptung gegeben werden, die Zivilverwaltung verstände nicht die Kriegsnotwendigkeiten. Man müsse eben manches in Kauf nehmen.Die Schäden des Generalgouvernements schätze er heute schon auf viele Hunderte von Millionen. Aufgabe des Landesinspekteurs Schalk wäre es also, sich mit diesem Sonderauftrag dem Präsidenten Dr. von Craushaar zur Verfügung zu stellen, sich bei Gouverneur Dr. Wächter zu melden und dann von Lemberg aus seine amtlichen Feststellungen zu treffen.

Staatssekretär Koppe teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß,wie aus einem Schreiben des SS-und Obergruppenführer Pohl hervorgehe, die SS die Absicht habe, den Truppenübungsplatz Heidelager zu erwerben. Bisher habe sich das Liegenschaftsamt und die Regierung des Generalgouvernements dagegen ausgesprochen. An sich wäre es wohl vom Standpunkt der SS erwünscht, wenn die Auflösung durch Zahlung von 100 Millionen Zl. möglich wäre. Die SS habe ja schon etwa 80 Millionen Reichsmark in dieses Lager hineingesteckt. Andererseits sei zu bedenken, daß damit ein Präzedenzfall geschaffen werde. Auch die Luftwaffe und das Heer verfügten im Generalgouvernement über eine Reihe von Truppenübungsplätzen. Er sei nicht davon überzeugt, daß alle diese Truppenübungsplätze nach einem Siege noch als notwendig anzusehen seien. Man werde sie jedenfalls in den weiteren Osten verlegen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zu dieser Frage folgenden grundsätzlichen Standpunkt ein: Nach einem Übereinkommen mit dem Reichsfinanzministerium sei das Generalgouvernement dem Reich gegenüber die Treuhänderin für das gesamte Land. Im Generalgouvernement gebe es kein

17.4.44

Reichseigentum, keinen Reichsfiskus, sondern nur Staatseigentum des Fiskus Generalgouvernement. Über diese Grundform sei schon längst mit der Wehrmacht verhandelt worden. Alle diese Fragen des Erwerbes von Grundeigentum durch Reichsdienststellen seien bis nach dem Kriege zurückgestellt. Das gelte auch für den vorliegenden Fall des Truppenübungsplatzes Heidelager. Sollte vom Führer entschieden werden, daß im Falle der Auseinandersetzung mit dem Reich der Truppenübungsplatz im Generalgouvernement bleibe, dann könne die Waffen-SS diesen Platz genauso zugesprochen erhalten wie die anderen Wehrmachtsteile. Ein Präzedenzfall könnte nicht eintreten, da praktisch das Generalgouvernement nicht imstande sei, Grundeigentum gegen die kommenden Interessen des Reiches abzustossen. Er werde diesen seinen Standpunkt mit aller Energie durchsetzen und keine einseitige Regelung des Reiches anerkennen, weil sie absolut nicht in das Rechtsgebilde passe und auch nicht vom Reichsfinanzministerium bestätigt sei. Im vorliegenden Fall werde die Waffen-SS nach Art eines Wehrmachtsteiles behandelt. Die ganze Frage des Eigentums müsse einmal grundsätzlich geklärt werden, und er beauftrage deshalb Ministerialrat Dr. Weh, darüber eine Ausarbeitung zu machen und sie ihm Anfang Mai vorzulegen.

Der Hinweis des Staatssekretärs Koppe auf die Tatsache, daß in der letzten Zeit einige Vorwarnungen für den Luftalarm offensichtlich etwas übereilt gegeben worden sind, veranlasst den Herrn Generalgouverneur, die Einschaltung einer Staatszentrale bei diesen Alarmen und Vorwarnungen als notwendig zu bezeichnen, und ersucht die Staatssekretäre, sich in dieser Frage mit Generalleutnant Unger ins Benehmen zu setzen.

17.4.1944

Staatssekretär Koppe berichtet dann von Erfolgen, die die Polizei bei der Sicherstellung von Waffen, Munition usw., die aus feindlichen Flugzeugen mit Fllschirmen abgeworfen worden sind, gehabt hat. - Weiter berichtet er von der Aufstellung eines Sicherungsbataillons des Sonderdienstes und schlägt vor, dieses Bataillon zunächst in Krakau zu stationieren. Es solle militärisch bestens ausgebildet werden und die denkbar beste Ausrüstung auch mit schweren Waffen und gegebenenfalls mit Panzerwagen erhalten.

Der Herr Generalgouverneur spricht Staatssekretär Koppe seinen Dank und seine Anerkennung für diesen Ausbau des Sonderdienstes aus. Es handele sich hier um eine Einrichtung, die dem Staat Generalgouvernement zugehöre und deshalb eine ganz interne Angelegenheit im Lande selbst sei. Er nehme als selbstverständlich an, daß der Sonderdienst im übrigen bei den Kreishauptmännern und Stadthauptmännern nach wie vor seine Pflicht erfülle. Die erste Pflicht des Sonderdienstes müsse nach wie vor darin bestehen, daß er der Verwaltung des Generalgouvernements zur Verfügung stehe. Wenn jetzt ein Spezialbataillon des Sonderdienstes aufgebaut werde, dann dürfe das nur zusätzlich ohne Belastung der Verwaltung und ohne Minderung ihrer Ansprüche geschehen. Der Sonderdienst müsse grundsätzlich nach wie vor eine verwaltungstechnische Einrichtung bleiben , und es dürfe nicht dahin kommen, daß Angehörige des Sonderdienstes von der Wehrmacht eingezogen würden.

Staatssekretär Koppe gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß der bekannte Röntgenologe Prof. Holfelder vom Führer den Auftrag erhalten habe, das grösste Röntgenforschungsinstitut in Posen zu errichten. Leider sei es Prof. Holfelder nicht möglich, in Posen eine befriedigende Unterkunft zu finden.

17.4.1944

Prof.Holfelder wäre bereit, sofort in das Generalgouvernement zu kommen und dieses Forschungsinstitut aufzubauen, wenn es möglich wäre, diesem Institut zumindest ein Krankenhaus mit 120 Betten und einige Gebäude für die Unterbringung des Institutes zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die Staatssekretäre Bühler und Koppe, sich unverzüglich mit Präsident Prof.Dr. Teitge in Verbindung zu setzen. Es wäre ausserordentlich zu begrüssen, wenn man eine so hervorragende Kapazität wie Prof. Holfelder für das Generalgouvernement gewinnen könnte.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dann, daß er leider eine Anzahl von Fällen habe feststellen müssen, in denen sich Beamte des Generalgouvernements beim Abzug hätten sichern wollen: Ein Kreishauptmann habe z.B. seine Möbeleinrichtung verfrachtet, ein anderer einen Sonderdienstmann mit seiner Frau ins Reich geschickt. Diese Dinge müssten untersucht und dafür gesorgt werden, daß die Beamten die richtige Haltung bewahrten.

Der Herr Generalgouverneur hält eine lange Untersuchung dieser Fälle nicht für notwendig, sondern fordert die sofortige Entlassung und schonungslose Absetzung solcher Beamten.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau,

Dienstag, den 18.April 1944

10^{00} Adjutant SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth hat über "Florian" ein Ferngespräch mit Oberst Reuter, dem Adjutanten des Generalfeldmarschalls Model. Wie Oberst Reuter mitteilt, bittet Generalfeldmarschall Model um den Besuch des Herrn Generalgouverneurs und des Wehrkreisbefehlshabers General der Infanterie Haenicke und schlägt diesen Besuch für die nächste oder übernächste Woche vor.

SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth hat Oberst Reuter mitgeteilt, daß der Besuch in der kommenden Woche nicht stattfinden könne, weil der Herr Generalgouverneur in dieser Zeit abwesend sei. Generalfeldmarschall Model läßt bitten, die Besprechung so einzurichten, daß sie ab 20 Uhr abends stattfinden kann, weil er sich tagsüber an der Front befinde.

Oberst Reuter bittet um telefonische Benachrichtigung, wann etwa dieses Zusammentreffen stattfinden kann und welche Herren sich ausser General Haenicke in der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befinden werden.

10^{20} Auf telefonische Anfrage teilt Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle mit, daß die Kapelle des Sonderdienstes aufgelöst sei, weil der Musikmeister zur Wehrmacht einberufen worden sei. Wiederholte Versuche des Oberst Fischer, den Musikmeister wieder freizubekommen, seien gescheitert. Oberst Fischer und Inspekteur Dr. Hammerle begäben sich morgen ins Hauptquartier, und es bestehe die begründete Aussicht, den Musikmeister in einigen Wochen wieder freizubekommen, da er sich zur Zeit bei einer Genesenenkompanie befinde. Die Instrumente seien vollzählig auf einer Kammer des Sonderdienstes aufgehoben, die Musiker seien fast sämtlich in Schreibstuben und ähnlichen Stellen beschäftigt. Nach Rückkehr des Musikmeisters könne der Musikzug sofort wieder zusammengestellt werden.

18.4.1944

11[05] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Hauptbannführers Schimmelpfeng den Gefolgschaftsführer Schneider, den Oberscharführer Ingenhaag und den Kameradschaftsführer Teger der Hitlerjugend des Generalgouvernements.

Die drei Hitlerjugendführer berichten dem Herrn Generalgouverneur von ihrem Einsatz im Distrikt Galizien, insbesondere den Taten, die sie in Kolomea und Stanislau bei dem Abtransport von zahlreichen Volksdeutschen aus diesen Bezirken vollführt haben.

Der Herr Generalgouverneur spricht den drei Hitlerjugendführern seine grosse Anerkennung für ihr heldenmütiges Verhalten aus.

In diesem Zusammenhang regt der Herr Generalgouverneur die Anlegung eines Ehrenbuches der Hitlerjugend des Generalgouvernements an, das der Erinnerung an vorbildliches und heldenhaftes Verhalten von Angehörigen der Hitlerjugend dienen soll, und beauftragt Hauptbannführer Schimmelpfeng, die Schaffung eines solchen Ehrenbuches in die Wege zu leiten.

11[20] Besprechung mit dem SS-und Polizeiführer, SS-Oberführer Thier.

11[30] Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

11[40] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Dr. Eißfeldt, Oberlandforstmeister Mann, Oberstleutnant von Dazur, NSFK-Gruppenführer Schröder, Direktor der Delta-Flugzeug-Barackenbau G.m.b.H., und NSFK-Hauptsturmführer zur Heide.

Direktor Schröder gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Entstehungsgeschichte, den Aufbau und die Produktion der Fa. Delta-Flugzeugbarackenbau G.m.b.H. und überreicht dem Herrn Generalgouverneur einige Tabellen, in denen die Gefolgschaftsentwicklung, das Fertigungsprogramm, die Produktion

18.4.1944

und anderes gekennzeichnet sind.

Der Hinweis des Direktors Schröder darauf, daß die mit einem Kapital von 3 Millionen gegründete Gesellschaft sich im Besitz des Reichsluftfahrtministeriums befinde und eine Kriegsgesellschaft des Reiches sei, veranlasst den Herrn Generalgouverneur zu der Feststellung, daß er der Auffassung entschieden entgegentreten müsse, daß eine Kriegsgesellschaft des Reiches etwa Eigentum im Generalgouvernement haben könne. Es gebe im Generalgouvernement nur Staatseigentum des Generalgouvernements, weder Wehrmachtseigentum noch gar Eigentum des Luftfahrtministeriums.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann gegen die Hortungspolitik der Delta-Werke, hinsichtlich deren er bereits an Feldmarschall Milch ein Fernschreiben gerichtet habe. Diese Hortung bringe auch dem Generalgouvernement Schaden, und er müsse deshalb darauf hinweisen, daß er als Reichsverteidigungskommissar gegebenenfalls jederzeit imstande sei, ein Werk, das im Generalgouvernement liege, zu beschlagnahmen und im vorliegenden Falle für andere Zwecke benötigtes Holz mit Hilfe der Truppe abfahren zu lassen. Ferner halte er es für dringend geboten, daß die Gesellschaft einen echten Geschäftssitz in Krakau habe und sich dort als Gesellschaft des Holzverkehrs im Generalgouvernement eintragen lasse, wobei sie dann für das Reich zumindest die gleichen Werte bewirtschaften könne, wie jetzt, wo sie von den maßgebenden Instanzen des Generalgouvernements gewissermassen als Ausbeutungsgesellschaft angesehen werde. Es gehe unter keinen Umständen an, daß eine solche Gesellschaft unter völliger Zerstörung jeder gesunden wirtschaftlichen Grundlage vorgehe. Selbstverständlich sei er andererseits bereit, der Gesellschaft das zu geben, was sie brauche. Er stelle deshalb der Leitung der Delta-Werke anheim, sich mit den maßgebenden Instanzen des

18.4.1944

Generalgouvernements, insbesondere der Forstverwaltung, über ihre zukünftige Geschäftsgebarung zu einigen. Am zweckmässigsten wäre es, wenn sich die Gesellschaft vertrauensvoll mit ihrer gesamten Apparatur in das Schema des Generalgouvernements einfügte, wobei ihre Sonderstellung vollkommen berücksichtigt werden könnte. Auf diese Weise würde sie schliesslich auch im Interesse der Luftwaffe handeln. Er bitte die Betriebsführung der Werke, volles Vertrauen zur Forstverwaltung des Generalgouvernements zu haben. Wenn im Generalgouvernement eine Zentrale für die Holzbewirtschaftung bestehe, so dürfe sich nicht eine Ausbeutungsgesellschaft so gerieren, als ob sie mit dem Generalgouvernement nichts zu tun habe. Eine solche Gesellschaft müsse, wie gesagt, ihren Sitz in Krakau haben, sie habe im Generalgouvernement ihre Steuern zu zahlen und müsse sich auch sonst an alle im Generalgouvernement geltenden anderen Regeln halten. Wenn z.B. Holzanforderungen von einem Feldluftgau an die Regierung des Generalgouvernements gestellt würden, so müssten die Betriebe des Ostens in erster Linie bevorzugt werden.

Direktor Schröder gibt zu bedenken, daß er ja nur der beauftragte Geschäftsführer der Gesellschaft sei und nach den strengen Anweisungen seiner vorgesetzten Stellen zu handeln habe.

Der Herr Generalgouverneur spricht die Erwartung aus, daß mit Hilfe der Leitung der Werke nunmehr Ordnung in diese Angelegenheit gebracht werde, was ja schliesslich auch nur im Interesse der Gesellschaft liege. Eine Verständigung sei durchaus möglich, wenn die Gesellschaft sich dessen bewusst sei, daß sie in ihrer gesamten Wirtschaft der Hauptabteilung Forsten in der Regierung des Generalgouvernements unterstehe. Sie habe vor allem die Aufgabe, den vom Reichsluftfahrtministerium gestellten Anforderungen unbedingt nachzukommen. Dieser Aufgabe könne sie auch dann genügen, wenn von ihr die Ordnung des Raumes gewahrt werde.

18.4.1944

Direktor Schröder hält eine Einigung auf dieser Grundlage durchaus für möglich und teilt in diesem Zusammenhang mit, daß demnächst eine Beiratssitzung stattfindet, an der auch Oberlandforstmeister Mann teilnehmen werde, der dann die Wünsche der Forstverwaltung dem Beirat übermitteln könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Eißfeldt, die ganze Frage noch einmal mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

12^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{30} Arbeitsbesprechung im Grünen Zimmer der Burg.
Thema: Theaterfragen.

An der Besprechung nehmen teil:
Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Ohlenbusch,
Generalintendant Stampe,
Abteilungsleiter Jänicke,
Sendeleiter Noglik,
Abteilungsleiter Kormann,
Chefdirigent Hindemith,
Kapellmeister Antolitsch,
Oberspielleiter Schröck.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage, ob die geschlossenen Veranstaltungen und Theateraufführungen für die Wehrmacht usw. weiterhin beibehalten werden sollen.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich grundsätzlich gegen die Beibehaltung dieser geschlossenen Veranstaltungen aus und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, diese Frage mit dem Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Er, der Generalgouverneur, halte

18.4.1944

trotz der von seiten des Generalintendanten Stampe gemachten Einwendungen, daß manchmal eine geschlossene Veranstaltung z.B. für die Ostbahn oder den Distrikt stattfinden müsse, diese geschlossenen Veranstaltungen für unnötig, wenn mehr Gelegenheit für den Kartenkauf im freien Handel geboten werde.

Weiter wird zur Frage der Abonnements Stellung genommen. Auch hier will der Herr Generalgouverneur eine Änderung insofern eintreten lassen, als die Zahl der Abonnements nach Möglichkeit beschränkt werde. Daß Erstaufführungen jetzt ausserhalb des Abonnements stattfinden, sei nur zu begrüssen. Jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß jeder Theaterliebhaber innerhalb einer gewissen Zeitspanne das Theater besuchen könne. Weiter müsse dafür gesorgt werden, daß der Jugend, der Kategorie der Bildungsfähigen, Lehrern und allen jenen, die angesichts ihrer Bescheidenheit wenig Gelegenheit fänden, ins Theater zu kommen, diese Gelegenheit in vermehrtem Umfange geboten werde.Er denke hier vor allem auch an die Schwesternschaften der Lazarette, denen er jeweils drei Plätze in seiner Loge zur Verfügung zu stellen bereit sei. Es würde sich vielleicht empfehlen, ein Abonnement "E" für die ebenerwähnte Kategorie zu schaffen, für das dann etwa die fünfte, sechste, siebente oder achte Vorstellung zur Verfügung gestellt werden könnte. Es wäre vielleicht zweckmässig, wenn sich auch die Kulturvereinigung in diese Dinge einschaltete.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß man zur Zeit noch überlege, ob man auch für das Kammerspielhaus Abonnements einführen solle.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob insbesondere die Einstudierungsfristen für Opern etwas abgekürzt werden können, kommt Generalintendant Stampe auf gewisse technische und Materialschwierigkeiten zu sprechen, die trotz des Entgegenkommens der Regierungsstellen manchen Plänen im Wege ständen. So herrsche z.B. ein grosser Mangel an

18.4.1944

Auf eine weitere Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß zur Zeit im Staatstheater 7 Opern, 7 Operetten und 11 Aufführungen der Sprechbühne auf dem Spielplan ständen. Zur Zeit sei man mit der Einstudierung der Verdi'schen Oper "Der Maskenball" beschäftigt.Leider stellten sich der Aufführung der Oper von Richard Strauß "Ariadne auf Naxos" gewisse Schwierigkeiten in den Weg: Ein letzthin von ihm an Kapellmeister Swarowsky gerichtetes Schreiben sei noch nicht beantwortet worden. Sollte diese Oper nicht zur Aufführung gelangen können, so stelle er zur Erwägung, eine Aufführung des Singspiels "Bürger als Edelmann" mit der Musik von Rich-Strauß vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang betont der Herr Generalgouverneur, daß er die Freigabe des Molière'schen Lustspiels "Tartuffe" für das Generalgouvernement verlange, und ersucht Generalintendant Stampe, sich deshalb mit Reichsdramaturg Ministerialrat Dr. Schlößer in Verbindung zu setzen. Ferner müsse eine Aufführung des"Michael Kramer" von Gerhard Hauptmann endlich in Angriff genommen werden. Dabei leite ihn auch der Gedanke, daß die Mitglieder des Staatstheaters genügend beschäftigt würden und nicht das Bestreben hätten, nebenberuflich tätig zu sein. Er habe nichts dagegen einzuwenden, wenn z.B. Künstler als Lehrkräfte an der Krakauer Musikschule tätig seien, es dürfe aber nicht dahin kommen, daß etwa Kapellmeister Erb gleichzeitig die Stellung eines stellvertretenden Direktors dieser Musikschule inne habe. Generalintendant Stampe sei dafür zuständig, daß der Betrieb des Staatstheaters nicht durch solche Nebenbeschäftigungen seiner Mitglieder Schaden leide. Das Prinzip der Einheit der Führung und Verwaltung müsse auch auf dem Gebiet des Staatstheaters völlig zur Geltung kommen.

18.4.1944

Es wird dann zur Frage der Beschaffung von Notenmaterial Stellung genommen. Hier teilt Referent Jänicke mit, daß es jetzt wieder möglich geworden sei, Notenmaterial für bestimmte Opern und Musikwerke herzustellen. Die Anmeldungen müssen allerdings rechtzeitig erfolgen, und die Leitung der Orchester des Staatstheaters wie der Philharmonie müssen sich daran gewöhnen, ihre Spielpläne bezw. Aufführungen den veränderten Bedingungen anzupassen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß das Material der Oper "Der Maskenball" von Verdi und auch für andere Opern wie z.B. "Don Juan" zur Verfügung stehe. Auch eine Aufführung der Oper "Die vier Grobiane" von Wolf-Ferrari könne sofort vorbereitet werden.

Besonderes Gewicht legt der Herr Generalgouverneur auf eine Vergrösserung des Chores des Staatstheaters und die Schaffung eines Nachwuchses für die Orchester. Gegebenenfalls müssten aus Warschau für die Vervollständigung des Orchesters tüchtige Kräfte gewonnen werden, und zwar entgegen allen Widerständen, die etwa von seiten des Gouverneurs oder der Stadtverwaltung Warschau aufträten. Auch nach dem Willen des Führers hätten die Interessen Warschaus hinter denjenigen der Stadt Krakau als der Regierungshauptstadt unbedingt zurückzutreten. Der Chor des Staatstheaters müsse mindestens um 30 Männer und 30 Frauen vergrössert werden. Er ersuche Präsident Ohlenbusch und Generalintendant Stampe, diese Chorfrage im Benehmen mit allen zuständigen Instanzen auf seine, des Generalgouverneurs, unmittelbare Weisung allen Widerständen zum Trotz zur Lösung zu bringen. Die Gehaltsfrage müsse großzügig ~~behandelt~~ und im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Finanzen behandelt werden. Das bisher bestehende allgemeine Regulativ könne hier keine Geltung haben.

18.4.1944

15[00] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe, Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke, Generalleutnant Unger, Präsident Dr. von Craushaar und Generalmajor Haseloff.

Der Herr Generalgouvermeur teilt zunächst mit, daß sich Generaloberst Fromm bereit erklärt habe, für die Wiedererichtung von Stützpunkten 2 500 Mann dem Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen. Er stelle fest, daß die Herren damit einverstanden seien und nunmehr keine weiteren Forderungen gestellt werden sollten.

Anschliessend wird zu der militärischen Lage im Generalgouvernement Stellung genommen, wobei der Herr Generalgouverneur feststellt, daß man es im Generalgouvernement neuerdings mit zwei Heeresgruppen zu tun habe.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann Bezug auf ein Fernschreiben des Inhaltes, daß zur Erweiterung des Flughafens Warschau einige Häuser in Warschau niedergelegt werden sollten. Er beauftragt Präsident Dr. von Craushaar, sich in dieser Frage mit Gouverneur Dr. Fischer ins Benehmen zu setzen.

Staatssekretär Koppe berichtet dnnn über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Bandenbekämpfung, vor allem im Distrikt Lublin, und über die Tätigkeit der Widerstandsbewegungen polnischer-nationaler, kommunistischer, ukrainischer-nationaler Färbung. Er bezeichnet es als dringend notwendig, daß angesichts der angespannten Lage jeder deutsche Mensch die grösste Wachsamkeit besonders hinsichtlich der Beobachtungen von feindlichen Flugzeugen an den Tag lege. Man müsse bedenken, daß jede Aufstandsbewegung meistens mit Luftangriffen beginne, denen dann Fallschirmspringer folgten. Auch den Männern der Gendarmerie und der Polizei habe er bei Einflügen feindlicher Flieger die grösste

18.4.1944

Aufmerksamkeit zur Pflicht gemacht. Die SS-und Polizeiführer hätten die Weisung erhalten, ihre Alarmpläne mit denen der Wehrmacht abzustimmen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Koppe, daß der Truppenübungsplatz Heidelager im Notfall dem Reichsführer SS als Reserve zur Verfügung stehe; auch könne er, Staatssekretär Koppe, über sämtliche Truppenteile der Waffen-SS verfügen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß im Falle eines Aufstandes der Führererlaß vom 12.Juni 1940 Geltung erhalte, nach welchem die vollziehende Gewalt auf den Wehrmachtsbefehlshaber übergehe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob für diesen Fall schon gewisse generalstabsmässige Vorbereitungen getroffen worden seien, erwidert Generalmajor Haseloff, daß der Zeitpunkt für eine einheitliche Regelung der Befehlsverhältnisse nicht im voraus bestimmt werden könne. Es würde der Initiative des Herrn Generalgouverneurs bedürfen, um festzulegen, wann der Zeitpunkt gegeben sei, in welchem die einheitliche Aktion einzutreten habe.

Staatssekretär Koppe gibt zu bedenken, daß ein solcher Aufstand nicht rein militärisch zu beurteilen sei. Bei allen zu ergreifenden Maßnahmen dürfe die Sicherheitspolizei unter keinen Umständen ausgeschaltet werden. Gerade bei der Bekämpfung des unsichtbaren Gegners könne sie die wertvollsten Dienste leisten.

Der Herr Generalgouverneur trifft auf Grund des genannten Führererlasses die Feststellung, daß er, wenn das Inerscheinungtreten der Widerstandsbewegung die Ruhe und Ordnung in so weitem Umfange störe, daß die Weiterführung der Staatsgeschäfte gefährdet sei, die vollziehende Gewalt dem Wehrmachtsbefehlshaber im Generalgouvernement übergebe.Solange das nicht in Er-

scheinung trete, bleibe es bei dem bisherigen Zustand. Die Einzelheiten müssten im gegebenen Fall mit den zuständigen Stellen gemeinsam besprochen werden. Er würde es ausserordentlich begrüssen, wenn General Haenicke bei sich eine alle diese Fragen vorbereitende Sitzung halten würde.

Präsident Dr. von Craushaar hält die Berufung von Verbindungsoffizieren zu den wichtigsten Hauptabteilungen für notwendig, und diese Offiziere müssten jetzt schon bestimmt werden, bezw. sich für ihre Aufgabe vorbereiten.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Landesinspekteur Schalk, Stadthauptmann Dr. Krämer und Kriminaldirektor SS-Sturmbannführer Zeinsche.

16^{15} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Stadthauptmann Dr. Krämer und Landesinspekteur Schalk.

Im Anschluss an diese Besprechung trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1.) Die Dienstwohnung des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Generalgouvernement wird mit dem gesamten Inventar, soweit es nicht Privateigentum des Parteigenossen Schalk ist, mit sofortiger Wirkung dem Parteigenossen Tießler als Dienstwohnung übergeben. Über die übergebenen Gegenstände wird anhand eines Inventars im beiderseitigen Einvernehmen Feststellung getroffen.

2.) Parteigenosse Schalk erhält in seiner Eigenschaft als Landesinspekteur der Regierung des Generalgouvernements eine Dienstwohnung, für die Stadthauptmann Dr. Krämer tunlichst baldige Fertigstellung in Aussicht stellt. Die notwendigen Arbeiten sollen schätzungsweise bis Ende Mai beendet sein.

18.4.1944

3.) Parteigenosse Schalk übernimmt bis dahin die von Regierungskommissar Dr. Heuber im Amtswohnheim innegehabten Wohnräume.

Oberdienstleiter Tießler stellt für das Dienstzimmer des Herrn Generalgouverneurs ein bisher im Eigentum der Partei befindliches Bild, darstellend einen Soldatenkopf mit Stahlhelm, zur Verfügung und erhält aus dem Bildervorrat der Burg ein entsprechendes Bild als Leihgabe für sein Dienstzimmer.

Referent von Palézieux ist von dieser Verfügung in Kenntnis zu setzen.

16[50] Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Luxenberg in Gegenwart des Präsidenten von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur überträgt Oberregierungsrat Dr. Luxenberg die Stellung eines Sachbearbeiters der Geschäfte des Generalgouverneurs in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar.

Oberregierungsrat Dr. Luxenberg erklärt sich bereit, diese Stellung zu übernehmen.

17[00] Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Generalfeldmarschall Model:

Sehr verehrter Herr Generalfeldmarschall!

Ihr Herr Oberst Reuter übermittelte mir Ihre Einladung zu einem Besuch bei Ihnen, der ich mit Freude Anfang Mai Folge leisten werde. Wegen des Termines werden wir uns rechtzeitig im vorhinein verständigen. Ich schlage vor, daß ich am 5.Mai bei Ihnen eintreffe. Sollte Ihnen der Termin nicht tauglich sein, dann darf ich bitten, mir bis etwa 3.Mai Mitteilung zu machen, daß er unmöglich ist.

18.4.1944

Ich würde bitten, daß Sie im Laufe der nächsten Woche zu einem von Ihnen zu bestimmenden Termin meine beiden Staatssekretäre Dr. Bühler und SS-Obergruppenführer Koppe bei sich empfangen möchten.

Ich wäre dankbar für eine Mitteilung, ob der Besuch der beiden Staatssekretäre am 26.April Ihnen genehm wäre. Sonst bitte ich um anderweitigen Vorschlag.

Mit grösstem Interesse verfolge ich Ihr Wirken und wünsche Ihnen alles nur erdenkliche Soldatenglück.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Mittwoch, den 19.4.1944

10^{40} Regierungssitzung im Königssaal der Burg.

(Protokoll siehe Beiakten).

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IX/8 Krakau

Donnerstag , den 2o. April 1944

11^{00} Feierstunde im Staatstheater aus Anlaß des Führer-Geburtstages .

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Rede :

Es war am 2o. April 1889 in Braunau, einem kleinen deutschen Ort an der Westgrenze des damaligen Österreich-Ungarn, da Adolf Hitler das Licht der Welt erblickte in einem Reich , das längst dahin war ; denn die österreichisch-ungarische Monarchie , 1918 zertrümmert , wankte damals bereits ihrer inneren Auflösung entgegen . Was war die Welt damals vor 55 Jahren?- Was ist sie heute ? Es ist ein Blick in die Entwicklung Europas und der Welt in einem der sensationellsten , ereignisreichsten und zukunftsbedeutsamsten Geschichtsabläufe , die die Weltgeschichte kennt . In diesen 55 Jahren sind Reiche untergegangen, die Jahrhunderte hindurch an der Spitze der weltgeschichtlichen Entwicklung gestanden . Seither waren neue Staaten und Staatsbildungen entstanden,die mittlerweile wieder untergegangen sind . Heere sind zertrümmert worden . Es ging in diesen 55 Jahren hart , heiss und entscheidungsvoll her in Europa und in der Welt .

Eigenartig ist das Schicksal auch des Volkes , dem Adolf Hitler vor 55 Jahren geboren wurde. Auch sein Reich war schwersten Opfern unterworfen , schien da und dort dem Ende nahe ; seine Armee war schwersten Kämpfen ausgesetzt , schien der Auflösung entgegenzugehen ; auch sein Volk , das deutsche,war der Auflösung nahe und schien dem Ende entgegenzugehen . Wie Adolf Hitler aus diesem kleinen Grenzstädtchen Österreichs kam , genau so gut hätte es nach der damaligen Beamtenversendung , wie sie dem Vater zuteil war, eine

20. 4. 1944

andere Grenzstadt Österreichs sein können wie etwa Krakau, denn Krakau und Braunau lagen ja in einem Reich , - genau so also,wie Adolf Hitler von Braunau aus seinen Lebensweg ging und seine Entwicklung nahm, so hat auch unser deutsches Volk, wachsend in diesem einen Mann, eine Entwicklung aus der Tiefe bis in die höchste Höhe erlebt , um ihn, mit ihm und durch ihn.

Heute feiert das ganze deutsche Volk diesen Tag . Wir feiern ihn in der Ergriffenheit , mit der man einer einzigartigen weltgeschichtlichen Wunder entgegentritt. Späteren Zeiten wird es schwer fallen, die Lebendigkeit der Empfindungen wieder spürbar zu machen, die das deutsche Volk in allen Schichten, Zonen und Ämtern, in allen Bereichen seiner Leistungen und seiner Energien an diesem Tag erfüllt .✗Adolf Hitler ist für uns schlechterdings die in Person getretene Höchstform unserer Nationalität geworden . In ihm symbolisiert sich all' das Hohe , Grosse und Lichte in Traum und Wirklichkeit , was je aus dem Genius unserer Nation aufsteigen sollte. In ihm treffen sich alle die Eigenschaften, die das Charakteristische unseres nationalen Bildes darstellen: Härte , absolute Entschlossenheit zum höchsten Einsatz für Höchstes und demütige vollseelige Hingabebereitschaft an die Wundersamkeit der Schönheit des Lebens auf dieser Erde .✗In diesem einen Mann sammelt sich somit das , woraus wir das Reich und unsere Gemeinschaft formen an Eigenschaften , die uns das Leben mitgegeben hat , uns Deutschen auf unserem Lebensmarsch und zugleich die einzigartige Verwirklichung , die immer nur in einer Person liegen kann.✗Daß er wurde, ist ein Geschenk des Himmels an unser Volk , - daß er das wurde , was er heute ist, ist der Dank des deutschen Volkes an dieses Schicksal .✗

Zwei Jahrtausende bereits hatte das deutsche Volk die Mühsal des Ringens um Freiheit, Ehre , Kraft , Größe, Staat und Gemeinschaft erlebt . All' die Jahrhunderte waren erfüllt von dem ungeheuren stets brüchigen Werke menschlicher Unvollkommenheiten . Was hatten wir nicht bis 1914 alles zu erleben an immer wieder ge -

glaubtem Aufstieg und dann immer wieder eingetretenem Niedergang , wir , das Reich der Mitte Europas , wir , die wir nur leben können , wenn wir wie ein granitener Gesinnungsblock uns zusammenschweissen und dadurch den Feinden rundum Widerstand zu leisten vermögen . Gerade wir haben uns in der Geschichte inmer wieder den Luxus erlaubt, uns gegenseitig zu schwächen ; aus Stammesgründen , aus lächerlichen konfessionellen Gründen , aus albernsten Standes- oder sonstigen Dünkelrücksichten haben wir diese Geschlossenheit immer wieder zertrümmert und damit den Feinden Einbruchszonen in unser heimatliches Glück gegeben . Gerade wir haben in unserer Geschichte gezeigt , dass ein Volk, so reich an Begabung wie das unserige , so überbegabt mit Möglichkeiten der Formung , leider auch überreich ist an inneren Gefahren, sich selbst zu verlieren .

Wie es der Reichsmarschall und der Reichspropagandaminister gestern in ihren Verlautbarungen für das ganze deutsche Volk zum Ausdruck gebracht haben , können auch wir in unserem Generalgouvernement nur mit ernster Ergriffenheit unseres Führers gedenken . Wir sind hier ja des Führers ureigenstes Land . Das , was jemals in unserer Geschichte an Zerstörung auftrat , - Adolf Hitler hat uns nach zweitausend Jahren der inneren Zerissenheit die Form gegeben ; was jemals in uns an innerer weltanschaulicher durcheinandergetobter Uneinigkeit war , - Adolf Hitler hat uns die Weltanschauung gegeben ; was jemals in unserer deutschen Geschichte an stammesmässiger staatlicher Auflösungstendenz vorhanden war , - Adolf Hitler gab uns wieder den Einheitsstaat der deutschen Nation ; was jemals in uns an sozialem klassen - kämpferischen , standesdünkelmässigen Zerreissen unserer Volksein - heit war , Adolf Hitler gab uns die deutsche Volksgemeinschaft .

20. 4. 1944

Wir im Generalgouvernement müssen dazu noch sagen: uns gab er überhaupt den Raum , wir sind hier in seinem Land , in dem Gebiet , das deutsch wurde durch ihn . Bayern , Preussen , Sachsen , Württemberg , Österreich, die Ostmark, die Hansestädte , Ostpreussen , das Elsass , das Rheinland , - sie alle waren deutsch . Dieses Gebiet ist deutsch allein durch den Willen und die Energie Adolf Hitlers . Wir sind hier sein Geschenk an das deutsche Volk . Wir sind das Ergebnis seiner staatsmännischen politischen Leistung . Wir stehen nicht hier kraft unserer Leistung , kraft unseres Gemeinschaftsinstinktes oder unserer Neigung, irgendein Werk gemeinsam zu vollführen , - keiner von uns wäre in diesem Augenblick in diesem Raum , wenn nicht Adolf Hitler diesen Raum als seine persönliche Leistung dem Deutschen Reich angefügt hätte . Deshalb haben wir im Generalgouvernement auch eine besondere Dankesschuld und eine besondere Treueverpflichtung gegenüber dem Führer .

Im Leben Adolf Hitlers ist das Grosse sehr wohl diese positive Leistung, diese einzigartige in der Weltgeschichte mit nichts vergleichbare Leistung des Positiven , daß er das , was in uns an Eigenschaften zum Licht drängt , sammelte und zu einer ganz gewaltigen einmaligen Energie emporsteigerte . Aber dies allein macht ihn nicht aus . Diese positive Leistung, so gigantisch sie ist, ist noch lange nicht das , was Adolf Hitler wirklich für sein Volk ist, denn im Ringen um die Durchsetzung dieser gewaltigen Energien, die wir mit dem grossen Wort des Nationalsozialistischen Grossdeutschen Reiches zusammenfassen, lag zunächst nur die Durchsetzung unseres eigenen von Adolf Hitler uns aufgegebenen Willens , Deutschland und das deutsche Volk so gross und so stark wie nur möglich zu machen . Die Bewährung dieses Planes in der Auseinandersetzung mit den Gegenern mußte kommen .

20. 4. 1944

Hier zeigte sich der zweite grosse Sammelpunkt Adolf Hitlerischer Grösse . Als dieser Krieg 1939 aus - bracht , hatten ihn die gleichen Feinde entfacht , die nie glauben wollen , dass Deutschland einmal aufhört, ihr Opfer zu sein , die nie glauben , daß Deutschland irgendwie wieder einmal etwas sein wird , wie es zu Zeiten Karls des Großen war , nämlich die absolut unabdingbar führende Weltmacht der Kultur . Dieser Krieg , der uns traf , kurze Jahre nachdem wir das uns zwangsweise auferlegte 100 000 tausend Mann Heer durch eine schnell konstruierte Volkswehrmacht ablösen konnten , dieser Krieg , der uns traf wenige Jahre erst , nachdem wir wieder mit der Waffenproduktion beginnen konnten , der uns traf in einem Augenblick , in dem die Kriegsgrenze wenige hundert Kilometer von Berlin im Osten lag , in dem unsere Luftwaffe gerade fertig war und in dem die ersten jungen Divisionen zwei Jahre Dienstpflicht hinter sich hatten , stand vom ersten Augenblick an nur im Zeichen : Wird es gelingen, uns so schnell wie möglich einen Aktionsraum für den Widerstand aufzubauen oder wird uns die Machtkombination der anderen erdrücken ? Das Entscheidendste und Größte an diesem Krieg war , dass dies Adolf Hitler geglückt ist . Jeder sieht den Krieg falsch,der ihn berechnet nach den Kolonnen der Quadratkilometer , die wir gewonnen oder wieder verloren haben . Ent - scheidend war , dass das deutsche Reich in den ersten zwei Kriegsjahren ein Verteidigungsfeld gewann , das in seinen entscheidenden Kriegsfrontzonen weit ausserhalb des Heimatgebietes liegt . Dies ist dem Führer in seiner einzigartigen soldatischen Qualität geglückt. Wir können sagen , dass aufgrund der Ergebnisse der ersten zwei , drei Jahre dieses Krieges der Krieg für Deutschland gewonnen war , und wir können weiter sagen, daß , ganz gleich , was kommen wird , ganz gleich , welche Versuche unsere Feinde machen werden, dieser Krieg allein dadurch gewonnen ist, daß es keiner Macht der Welt mehr gelingen wird , in dieses Verteidigungsfeld "Grossdeutsches Reich " irgendwie einzubrechen

oder es zu zerstören . Wir werden den Krieg allein dadurch gewinnen , daß niemand es vermag , den Gewinn, der in den ersten zwei Jahren durch die Besetzung Frankreichs , durch die Einbeziehung Italiens , durch die Einbeziehung der Ostgebiete , durch die Einbeziehung der nordischen Länder in unseren Verteidigungs - bereich erzielt wurde, uns abzunehmen . Die Invasion mag kommen oder nicht; sie wird immer eine kleine Invasion bleiben , niemals aber die Beseitigung dieses Verteidigungsbereiches unseres Volkes bringen .

In diesem Krieg kam nun die wahre Grösse Adolf Hitlers in einem gänzlich neuen Licht hervor . Während wir schon im Jahre 1939 diesen positiven Schöpfer unseres Reiches auf allen Gebieten bewundern konnten, war in diesem Krieg das menschliche Wachsen seiner Grösse spürbar , da er alle Sorgen einer Zeit , alle Not eines Volkes in einem lebenbedrohenden Krieg wie ein vom ewigen Herrgott gesandter auf sein Haupt und in seine Brust nahm, da er zum Werkzeug der Vorsehung werdend für uns seine Nächte gab , für uns die Kraft seiner Person hinflammen liess mit einem unzerstörbaren Glauben an die Gerechtigkeit seiner Sache . Grösser noch als der Schöpfer des Reiches , als der gewaltige Künder des Nationalsozialismus , grösser noch als der Neuerwecker unserer Wehrmacht ist der Adolf Hitler , der unser Volk nach Stalingrad und nach Tunis und nach dem Verrat Italiens im Lichte des Glaubens an den Sieg gehalten hat . (Beifall) Das ist der Adolf Hitler , der in die Geschichte der deutschen Seele eingehen wird , das ist der grosse einsame Mann , auf den Stunde um Stunde , Tag um Tag und Nacht um Nacht die grauenvollsten Meldungen eintrommeln , in dessen Bewusstsein sich Schicksale von ganzen Divisionen auslöschen , dieser Mann, der gegen sich die Potenzen von Weltreichen mit Millionen von Einwohnern hat, der gegen sich Territorien mit Millionen von Quadratkilometern , die Kraft von Bergwer -

20. 4. 1944

ken , Ölraffinerien , Weltmarinestationen gigantischer Grösse hat, der in sich aber auch das gehämmerte Stahlbewusstsein trägt , dass über alledem, was die Welt an Gefahren trägt , was Not und Sorge bringen , der demütige Glaube an den ewigen Herrgott steht , der einen Menschen nicht beruft , damit er in seinem Glauben vernichtet würde , sondern der einen Adolf Hitler in die Welt sendet , damit diese Welt von einem Übel erlöst werden soll.

Das ist der Adolf Hitler , dem auch wir im Generalgouvernement uns besonders verbunden wissen. Denn auch wir kennen diese Nöte , und auch wir spüren sie. Uns ist der Krieg nahe ! Der Heimat kommt der Krieg aus der Luft . Unser Generalgouvernement ist Kriegsland geworden ! Wir spüren es , und ich weiss es , daß Adolf Hitler gerade um unser Land, um sein ureigenstes Land besondere Sorge trägt . Wie Adolf Hitler die restlose Bestätigung dafür ist, daß uns Deutschen die Aufgabe zugefallen ist, daß Höchste an Europa zu retten, so scheuen wir im Generalgouvernement jene Front , hinter der die zum Staatssystem erhobene Verneinung Gottes im Bolschewismus lebendig ist. Europa ohne Adolf Hitler wäre längst das Opfer dieser Verneiner Gottes geworden . Wir glauben an Gott , und wir glauben an die höhere Sendung des Menschen auf dieser Welt . Wir glauben , daß diese höhere Sendung der Menschen insbesondere der germanischen Rasse anvertraut ist, und wir glauben und wissen, daß in dieser germanischen Rasse das deutsche Volk das berufene ist, und wir wissen, daß in diesem deutschen Volk Adolf Hitler der grosse monumentale Gestalter der Wiedererweckung Gottes auf der Erde ist. (Beifall) Wir wissen , daß es uns gelingen wird, und daß Stalin in Adolf Hitler seinen Meister gefunden hat (Beifall) , dass Stalin in Adolf Hitler den Mann schicksalhaft gefunden hat, der im Dienste Gottes auch seinem System ein Ende bereiten wird.

20. 4. 1944

Wir Nationalsozialisten wissen das seit 25 Jahren. Für uns bestand über diesen Kampf niemals irgendein Zweifel . Wir wussten von Anfang an , dass der Jude in seinem bolschewistischen Staatssystem diese Verneinung Gottes und die Verneinung der europäischen Kultur be - treibt , und wir haben uns von Anfang an Adolf Hitler zugesellt als seine fanatischen Mitkämpfer . Heute sehen wir dieses deutsche Volk in den grossen Gestal- ten seines Grenadiers , seines Arbeiters , seines B„uern , in diesen unerhört monumental leuchtenden Figuren verbissensten Trotzes an die grosse Gemein - schaft repräsentiert . Wie Adolf Hitler dieses Opfer - dasein uns vorlebt , soll es von uns nachstrebend miterlebt werden . Wir wollen nicht nur zu Feier - stunden zusammenkommen und uns unter dem Schwingen der Fahnen und beim Singen der Lieder unseres Volkes feuerflammend von Ideen zu Adolf Hitler bekennen , - das genügt nicht : wir wollen Adolf Hitler an seinem Geburtstag schwören , dass wir ihm nachleben wollen , und jeder soll von sich sagen können : ich habe Dich , Adolf Hitler , in mir als die Höchstform deutscher Entwicklung überhaupt. Jeder Mann und jede Frau müs - sen sagen : auch ich spüre , dass in mir das Gesetz lebendig ist , das Du , Adolf Hitler , uns vorlebst : nichts für uns , alles für unser Volk , alles für die grossen Aufgaben in Europa und in der Welt (Beifall).

Mit diesem Schwur wollen wir bis ins letzte Ernst machen . Jeder muss sich prüfen , ob er dem Grenadier ganz gleich , wo er steht und woher er kommt , - und wenn er unmittelbar an der Front ihm gegenüber stünde- in die Augen schauen , ob er diesem Grenadier in sei - ner Blässe und abgekämpften Todesbereitschaft sagen kann : Kamerad , Du darfst Dich auf mich verlassen, ich lebe Deiner würdig ! Wenn dies der Fall ist, ist es gut ; dann hat diese Zeit ihren ewig bildenden Sinn gefunden , und alle anderen Werte versinken in ein Nichts .

20. 4. 1944

Alles, was früheren Generationen irgendwie von Wert dünkte, ist gar nichts mehr. Was heisst es heute sich eine formelle Bildung aus Büchern und durch Studium aneignen ? Der Deutsche ist gebildet, der aus der Not dieser Zeit sein Wissen schöpft, nicht der, der es nur aus Büchern hat; der Deutsche hat hohen Rang, der in dieser Zeit sein Leben für die Gemeinschaft einsetzt , nicht der , der einen Titel oder eine Stellung oder eine Position hat . Danach zu streben dieses höher zu schätzen als das Opfer , ist unwürdig . Der Deutsche ist des Führers würdig, der sagen kann : Adolf Hitler , so , wie Du , habe auch ich auf der Welt nichts als den Glauben an Deutschland und die fanatische Entschlossenheit, alles bis zum letzten für dieses Deutschland hinzugeben . Ob man den Segen eines Priesters hat, ist belanglos , wenn man den Segen des Herrgotts hat , der durch die Stimme des Volkes zuerkannt wird .

Als Nationalsozialisten und als Deutsche könnn wir daher nur sagen : das Generalgouvernement wird sich auch in dem jetzt beginnenden Jahr erneut anstrengen und mühen , Adolf Hitler würdig zu sein , insgesamt und in jedem einzelnen . Gerade wir haben dazu besonderen Anlaß auch deshalb , weil wir als Deutsche auf die Polen schauen . Auch die Polen dieses Raumes haben allen Anlaß , Adolf Hitler dankbar zu sein : er hat dieser Millionenmasse von Polen eine Heimstätte des Werkes und der Arbeit gewährt, er hat ihnen die Rettung vor dem Bolschewismus bereitet, und er allein verfügt über die Wehrmacht , die imstande ist, den Polen des Generalgouvernements ihre eigene Kultur vor dem Bolschewismus zu retten. Wenn heute die deutsche Wehrmacht im Osten des Generalgouvernements besiegt werden würde , dann würde hier nicht Herr Churchill Polen herausholen , sondern Herr Stalin würde mit den Polen radikal Schluss machen . Das soll sich die Bevölkerung dieses Raumes

gesagt sein lassen. Die Ukrainer in Galizien erkennen dies bereits . Ich weiss, dass in der polnischen und ukrainischen Bevölkerung dieses Raumes dieses Wissen an Boden gewinnt.

Wir haben an des Führers Geburtstag seines Wortes zu gedenken, dass das Generalgouvernement eine Heimstätte der Polen sein soll, in der sie sich in friedlicher nützlicher Arbeit entsprechend ihren völkischen Qualitäten für Europas grossen Freiheitskampf bewähren können. Das gleiche gilt für die Ukrainer des Generalgouvernements. Wir Deutschen werden unsere Arbeit fortsetzen in dem Wissen, dass Adolf Hitler über uns, mit uns, und in uns leben soll. Der Führer des Grossdeutschen Reiches wird auch der Führer eines grossen deutschen Volkes sein. Adolf Hitler, die Deutschen des Generalgouvernements erheben sich zu Deinen Ehren. Von dieser Stätte deutscher Kultur im Generalgouvernement senden wir Dir unsere Wünsche: Möge Gott der Allmächtige, der Dich unserem Volke gab, auch den Sieg bald erringen lassen, der uns durch Dich gewiss ist! (Anhaltender stürmischer Beifall der Massen.)

Oberdienstleiter Tießler: Gegenwart und Zukunft, das kommende Zeitalter heißt Adolf Hitler. Wir stehen in diesem Raum als Künder seiner Idee und als Vorkämpfer des Reiches. Wir danken dem Schicksal, daß es uns geboren hat in die Geburtsstunde des Zeitalters Adolf Hitlers. Wir danken ihm, dass wir in diesem Raum das Fundament eines Europas der Ordnung und des Frie - dens mitgestalten dürfen. Gläubigen Herzens sind wir dem Führer gefolgt. Noch nie aber war unser Glaube so gross und so unerschütterlich an Adolf Hitler und an seine Sendung wie jetzt in der Zeit höchster Bewährung, in der wir die Vorwehen der grossen Ent - scheidung fühlen und erleben. Adolf Hitler, wir,

2o. 4. 1944

Deine Kämpfer im Generalgouvernement, grüssen Dich ,
Dein Werk ! Sieg-Heil, Sieg-Heil , Kampf-Heil !

- - -

12^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg .

13^{00} Mitagessen .

16^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Abfahrt des Herrn Generalgouverners von Trzebinia
ins Reich .

IX/8

Freitag, den 21. April 1944

bis

Mittwoch, den 3. Mai 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

IX/8 Krakau

Donnerstag, den 4. Mai 1944

8^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{15} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

13^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

15^{45} Adjutant Burghardt überbringt dem Herrn Generalgouverneur ein persönliches Geschenk des Gauleiters Bracht-Oberschlesien.

15^{50} Besprechung mit Präsident Gerteis.

Auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs wird Präsident Gerteis als Ersatz für den bei einem Bomben-angriff auf München ausgebrannten Salonwagen des Generalgouverneurs einen neuen beschaffen; die nötigen Schritte zur Ausstattung des neuen Salonwagens hat er bereits unternommen.

Vor Benutzung eines noch vorhandenen alten Salonwagens müsse er abraten, da dieser infolge seiner Holzkonstruktion den heutigen Belastungen kaum mehr entspreche.

Präsident Gerteis berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur über die Lage auf dem Eisenbahnsektor im Generalgouvernement. Die Anforderungen an die Ostbahn seien gegenwärtig gering; da aus den gefährdeten Gebieten alle kriegswichtigen Güter bereits abgefahren seien, könne man bereits an die Holzabfuhr aus den Karpaten nach dem Westen herangehen. Grosse Sorgen bereite die Bandenlage vor allem im Distrikt Lublin. Die Überfälle auf Bahnanlagen, Bahnhöfe und Züge nähmen ständig zu. Die Wehrmacht setze zwar verstärkte Streifen ein, die leider von den eben wieder gebildeten Stützpunkten im Lande abgezogen werden müßten, jedoch seien Schienenstränge sehr schwer zu überwachen. Sorgen bereite

4.5.1944

der Ostbahn die Tatsache, daß für die nichtdeutsche Gefolgschaft Fett kaum mehr zur Verfügung stünde, sodaß die Werkküchen bald ihren Betrieb einstellen müßten, wenn es nicht gelänge, diese Lage abzuändern.

Der Reichsverkehrsminister habe nach Durchführung geringfügiger Veränderungen die Eisenbahnverkehrsordnung des Generalgouvernements genehmigt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich endgültig bereit, die Hauptabteilung Verkehr in feierlicher Form einzurichten. Ihm gehe es darum, daß die Ostbahn eine Einrichtung des Generalgouvernements und der Präsident der Ostbahn die Spitze des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement blieben.

16^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

Im Laufe der Besprechung, in der Pressechef Gassner über die Lage berichtet, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er wie bei der Partei auch in der Frage der Stellung des Pressechefs im jetzigen Augenblick keine organisatorische Änderung eintreten lassen werde; der Pressechef bleibe also nach wie vor in seiner Stellung unabhängig.

16^{25} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur weißt darauf hin, daß er die Veröffentlichung der den Deutschen jeweils gewährten Sonderzuteilungen in der "Krakauer Zeitung" im jetzigen Augenblick, da die polnische Bevölkerung leider so wenig Zuteilungen erhalten könne, unterbunden sehen wolle. Der Stadthauptmann habe ihm die tragbare Regelung vorgeschlagen, daß in der Zeitung nunmehr auf das Fälligwerden bestimmter Abschnitte der Lebensmittelkarte hingewiesen werde und die näheren Einzelheiten durch Aushang in den deutschen Geschäften bekanntgegeben würden.

Der Inhalt des "Kulturspiegels" der Stadt entspreche

4.5.1944

nicht seinen Erwartungen und er wünsche, daß mit ihm die nächste Nummer vor Indrucklegung von den beiden Anwesenden und dem Kulturreferenten Rodler besprochen werde.

Einen ihm vorgelegten Aufruf für das am kommenden Sonntag beginnende Wehrschiessen könne er aus politischen Gründen nicht unterzeichnen, auch seine Teilnahme an der Eröffnung sei nicht ratsam. SA-Oberführer Pelz solle in seinem Auftrag die Eröffnung vornehmen und dabei darauf hinweisen, daß der Generalgouverneur regstes Interesse am Wehrschiessen nehme, Preise gestiftet habe und die Sieger bei sich empfangen werde.

Anschliessend werden einige Angelegenheiten des Staatstheaters und der Philharmonie besprochen.

Der Herr Generalgouverneur setzt eine Sitzung über "polnischer Sport" für nächste Woche fest.

17^{00} Besprechung mit dem Stadtkommissar von Zakopane SS-Sturmbannführer Klehnert in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch und des Pressechefs Gassner.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Stadtkommissar Klehnert nach Vortrag die Genehmigung zur Errichtung eines Sportdorfes in Zakopane. Klehnert möge sich zwecks Durchführung des Planes mit der Hauptabteilung Bauwesen in Verbindung setzen und einen Voranschlag aufstellen lassen.

Weiter erteilt der Herr Generalgouverneur seine Genehmigung zur Veranstaltung einer Austellung von weiken der in Zakopane ansässigen 12 - 15 polnischen Künstler. Klehnert möge sich wegen der Einzelheiten mit Präsident Ohlenbusch noch besprechen.

17^{05} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei, Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger, dem stellvertretenden Chef der Kanzlei, Regierungsrat Dr. Jänsch, und dem Leiter der Burgverwaltung, Architekten von Palézieux, über dienstliche Angelegenheiten der Kanzlei des Generalgouverneurs.

4.5.1944

17[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Nöll in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneur auf der Burg.)

IX/8 Lemberg

Freitag, den 5. Mai 1944

9^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneur zum Flugplatz Krakau.

9^{40} Abflug des Herrn Generalgouverneurs nach Lemberg.

In seiner Begleitung befinden sich Ministerialrat Dr. Weh, der Verbindungsoffizier des OKW Oberst Fischer, der Verbindungsoffizier des OBdL Oberstleutnant von Dazur und sein Adjutant SS-Sturmbannführer Pfaffenroth.

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Flughafen in Lemberg.

Der Herr Generalgouverneur wird von Gouverneur Dr. Wächter, Amtschef Dr. Brandl, SS- und Polizeiführer Diehm, Stadthauptmann Dr. Höller und Herren der Distriktsverwaltung empfangen.

Anschliessend wird der Herr Generalgouverneur durch die Stadt Lemberg geleitet und an diejenigen Punkte der Stadt geführt, an denen die durch die Luftangriffe eingetretenen Schäden besonders deutlich beobachtet und beurteilt werden können.

11^{30} Frühstück beim Gouverneur.

Anschliessend folgen Besprechungen in der Wohnung des Gouverneurs Dr. Wächter, bei denen Landwirtschaftsdirektor Dr. Gareis, Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, Kunz, stellvertretender Leiter der Abteilung Wirtschaft, und Stadthauptmann Dr. Höller vortragen.

Dr. Gareis verweist vor allem auf die grossen Schwierigkeiten, denen die Ernährung der bevorzugt Versorungsberechtigten in Lemberg gegenwärtig ausgesetzt ist. Der Bedarf für die Versorgungsbetriebe und für die Reichsdeutschen in Lemberg belaufe sich auf 40 to (400 Rinder) je Dekade. Der gegenwärtig noch in Aktion befindliche Erfassungsapparat könne höchstens ein Drittel dieser Menge erfassen. Es erweise sich daher als unumgänglich nö-

tig, das die Differenz entweder seitens des übrigen Generalgouvernements oder aber seitens der Wehrmacht ausgeglichen werde. Da Präsident Naumann einen Ausgleich seitens des übrigen Generalgouvernements, insbesondere im Hinblick auf den Rückgang der Erfassung im Distrikt Lublin, für völlig untragbar halte, komme nur eine Aushilfe seitens der Wehrmacht in Betracht, der ja auch die 30 km Zone zur völligen Erfassung zur Verfügung stehe. Der Herr Generalgouverneur möge in diesem Sinne mit Feldmarschall Model sprechen.

Nach den bisherigen Erfahrungen sei es für die Schlächterkompanien der Wehrmacht etwas mühselig, das Vieh aus den einzelnen Gehöften zu erfassen. Es werde sich aber auf die Dauer nicht vermeiden lassen, in der Vieherfassung auch auf diese kleinen Reserven zurückzugreifen.

Der Ausgleich könnte auch durch Abgabe von Konserven stattfinden.

Dr. Gareis gibt noch zu Erwägung, daß seiner Schätzung nach der Gesamtbestand an Rindern im Distrikt Galizien 500 000 Stück betrage. Bei einem Gesamtmonatsbedarf von 45 000 Rindern müsse der Viehbestand in 10 Monaten aufgebraucht sein, wenn nicht irgendeine andere Lösung gefunden werden könne.

Als 2. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung wenigstens der wichtigsten Betriebe in der Stadt Lemberg bezeichnet Dr. Gareis Sicherungsmassnahmen für die Arbeiterschaft. Z.Zt. erschienen die Arbeiter zum grossen Teil nicht mehr auf ihrer Arbeitsstelle. Nach den Luftangriffen seien beispielsweise auf dem Schlachthof in Lemberg von der Belegschaft von 200Mann nur 12 Mann erschienen. Es erwiesen sich Massnahmen ähnlich denen im Reich als erforderlich, wie Herstellung bombensicherer Unterstände, Ausbau der Werkküchenverpflegung, sichere Unterbringung der Familienangehörigen. Feldmarschall Model könnte gebeten werden, technisch geschultes Personal oder Pioniere zur Verfügung zu stellen, die bei der Anlegung der Bunkerbauten in der Stadt mit Rat und Tat helfen könnten.

Gouverneur Dr. Wächter meint, daß dieses 2. Programm

der Sicherung der Arbeiterschaft seitens des Distrikts gelöst werden könne, wenn nur die Kardinalfrage der ausreichenden Ernährung positiv gelöst sei. Wenn die Wehrmacht überdies durch die Abgabe von Fachkräften helfen könne, was er nicht für möglich halte, so sei dies zu begrüssen.

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Wirtschaft Kunz tritt dafür ein, daß in die gegenwärtig verbindliche Liste der Versorgungsbetriebe weitere Betriebe aufgenommen werden, die nicht minderwichtig für die Wehrmacht und für den Fortgang der Rüstung seien. Als Beispiel führt er das Sauerstoffwerk Lemberg an, das gerade eines Einspruches der Heeresgruppe Süd wegen nicht nach Warschau verlagert worden sei. Es gehe bei seinem Vorschlag um etwa 4- bis 5 000 Beschäftigte, also etwa einem Bedarf von 5 to Fleisch je Dekade.

Der Herr Generalgouverneur schneidet daraufhin die Grundsatzfrage an, ob Lemberg angesichts der zunehmenden Terrorangriffe evakuiert werden soll oder nicht.

Gouverneur Dr. Wächter meint, daß im Falle einer Verminderung der gegenwärtigen Wohnbevölkerung von 250- auf 50 000 Lemberg nur als Ruine übrig bleiben werde. Wenn die Häuser nicht mehr bewohnt seien, würden sie regelrecht ausgeschlachtet und aller irgendwie brauchbarer Bestandteile beraubt.

Der Herr Generalgouverneur hält dieses Bedenken zwar für beachtlich, ist aber der Meinung, daß es die Durchführung der Evakuierung nicht aufhalten kann. Er verweist auf die Erfahrungen der Reichshauptstadt und empfiehlt dem Gouverneur dringend, die Evakuierung durch geschickte Aufrufe und Massnahmen zunächst auf propagandistischer Grundlage einzuleiten.

Es wird beschlossen, daß Amtschef Dr. Brandl am Nachmittag mit nach Krakau fliegt, um mit Präsident Dr. von Craushaar die Aufnahmegebiete für die Stadtbevölkerung Lembergs festzulegen.

Der Herr Generalgouverneur erörtert noch die durch einen Brief des Reichsführers angeschnittene Frage der

5.5.1944

Ausbeutung der Manganerze bei Zabie. Das Kernproblem sei die militärische Sicherung und der Bau einer geeigneten Abfuhrstrasse. Er werde wegen des 1. Punktes mit Generalfeldmarschall Model sprechen.

12^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Begleitung und Gouverneur Dr. Wächter nach Dublany ins Hauptquartier des Generalfeldmarschalls Model.

Generalfeldmarschall Model dankt bei Tisch dem Herrn Generalgouverneur für seinen Besuch und für den Geist der guten Zusammenarbeit, den er bei der Verwaltung des Generalgouvernements, insbesondere bei Gouverneur Dr. Wächter und seinen Behörden stets aufs neue bestätigt finde. Die Wehrmacht werde alles tun, das Generalgouvernement , dessen entscheidende Bedeutung bekannt sei, weiterhin vor dem Zugriff der Sowjetrussen zu bewahren.

Der Herr Generalgouverneur dankt für die freundliche Einladung und Aufnahme und gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß Feldmarschall Model die Arbeit der Verwaltung so anerkennend erwähnt habe. Er werde alles tun, um die Entscheidung des Führers, wonach die Verwaltung des Generalgouvernements in ihren Zuständigkeiten trotz der Kriegsereignisse ausdrücklich bestätigt worden sei, zu rechtfertigen.

Anschliessend werden verschiedene Einzelfragen erörtert. Die Bitte, daß die Schlächterkompanien der Wehrmacht für die Verwaltung des Generalgouvernements Vieh mit erfasse , wird von Feldmarschall Model zustimmend aufgenommen. Der Vertreter der OQu, Major Thomas, erhält den Befehl, das Weitere zu veranlassen. Die Abgabe von Pionieren oder technisch ausgebildeten Soldaten zum Bunkerbau in Lemberg hält Feldmarschall Model für völlig unmöglich.

Bei der Erörterung der Frontlage an Hand verschiedener Karten durch Feldmarschall Model wird vor allem das Projekt Zabie militärisch beurteilt. Nach Erklärung des Feldmarschalls liegt Zabie 30 km hinter der Front. Es ist aber zu berücksichtigen, daß an diesem Frontabschnitt ungarische Truppen stehen. Feldmarschall Model

glaubt absolut, militärische Garantie für Zabie geben zu können, wenn ihm eine deutsche Jägerdivision, die er schon wiederholt beim Führer beantragt habe, zugestanden werde. Ferner sei noch dringend eine Infanteriedivision am Frontabschnitt Kowel erforderlich. Feldmarschall Model bittet den Herrn Generalgouverneur dringend, auch seinerseits wegen der Entsendung dieser 2 Divisionen beim Führer vorstellig zu werden. Er spricht noch die Bitte aus, es möchten ihm Arbeitsbataillone in der Gesamtstärke von etwa 20 000 Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden.

Gouverneur Dr. Wächter hält die Gestellung dieser Zahl für möglich; notfalls müsse polizeilicher Zwang zur Verfügung gestellt werden.

Feldmarschall Model verweist hier auf die Hilfe, die SS-Obergruppenführer Hauser mit seinem Korps geben könne. Er verabschiedet sich vom Herrn Generalgouverneur, da er zu einer Beerdigung nach Lemberg fahren muß.

Der Herr Generalgouverneur bespricht sich noch mit den beiden anwesenden Armeeführern, General der Panzertruppen Raus, und General der Panzertruppen de la Chevallerie.

14^{55} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner Begleitung nach Lemberg.

Im Foyer des Schauspielhauses ist die deutsche Gefolgschaft der Distriktsverwaltung zu einem Dienstappell zusammengetreten, auf dem der Herr Generalgouverneur das Wort ergreift und den Angehörigen der Distriktsverwaltung seinen besonderen Dank und seine besondere Anerkennung für das tapfere Ausharren in Lemberg ausspricht.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein von Gouverneur Dr. Wächter den Polnischen Hilfsausschuss und den Ukrainischen Hauptausschuss.

Der Herr Generalgouverneur erörtert mit beiden Abordnungen die Frage der freiwilligen Evakuierung Lembergs und verweist insbesondere auf die grossen Opfer,

die die Deutschen im Reich unter dem Luftterror zu bringen haben. Er erwarte, daß auch die einheimische Bevölkerung des Generalgouvernements im Kampf gegen den Bolschewismus aktiv mitwirke. Der polnischen Abordnung sichert der Herr Generalgouverneur die Wiedereröffnung der polnischen Gymnasien zum 15.9.1944 zu. Als besonderes Ziel verfolge er, den Polen eine ähnliche Stellung zu verschaffen, wie sie sie unter der österreichischen Verwaltung innegehabt hätten. Auch auf den Plan der Errichtung einer polnischen Landwacht kommt der Herr Generalgouverneur zu sprechen, einen Plan, den die polnische Abordnung dankbar aufnimmt.

16[10] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner Begleitung zum Flugplatz Lemberg.

16[30] Rückflug des Herrn Generalgouverneurs und seiner Begleitung nach Krakau.

18[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Flughafen in Krakau.

19[30] Symphoniekonzert des Orchesters des Staatstheaters mit Pfitzner-Ehrung im Staatstheater des Generalgouvernements.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Sonnabend, den 6. Mai 1944

10^{30} Präsident Dr. Teitge berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Krankheit und das Ergehen des Gauleiters Bracht-Oberschlesien.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt SA.-Brigadeführer Pelz.

SA.-Brigadeführer Pelz berichtet, daß seine Einberufung zum Wehrdienst unmittelbar bevorstehe. In der Frage der Übergabe seiner Dienstgeschäfte an einen Nachfolger oder Vertreter herrsche bisher noch keine Klarheit, da SA-Brigadeführer Kühnemund bisher lediglich nur zur Dienstleistung ins Generalgouvernement beordert worden sei. Er habe das Gefühl, daß er wieder zur Obersten SA-Führung versetzt werden solle, wolle aber lieber nach Ableistung seines Wehrdienstes in der SA des Generalgouvernements tätig sein. Die Oberste SA-Führung, an die er sich deswegen gewandt habe, habe sich bisher dazu noch nicht geäussert. Sollte Stabschef Schepmann seine Versetzung zur Obersten SA-Führung anordnen, könne der Herr Generalgouverneur auf Grund eines Führerbefehls als Hoheitsträger dieses Gebietes seine Zustimmung zu einer solchen Versetzung versagen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß auch er mit einer Weiterverwendung des SA-Brigadeführers Pelz im Generalgouvernement nach Ableistung seiner Wehrpflicht einverstanden sei und notwendigenfalls ein Fernschreiben an Stabschef Schepmann in dieser Angelegenheit richten werde.

In der Frage der Wohnungsbeibehaltung durch die Gattin des SA-Brigadeführers Pelz während dessen Dienstzeit bei der Wehrmacht verweist der Herr Generalgouverneur den SA-Brigadeführer an Stadthauptmann Krämer. Er möge in seinem, des Generalgouverneurs, Namen darauf hinwei-

6.5.1944

sen, daß seine Abberufung aus den Diensten der SA des Generalgouvernements nicht erfolge, und er darum seine Wohnung in Krakau behalten müsse. Empfehlenswert sei es, angesichts der prekären Wohnungslage in Krakau für die Dauer seines Wehrdienstes einen Mieter in seine Wohnung aufzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt SA-Brigadeführer Pelz, in seinem Namen die Eröffnung des Wehrschiessens vorzunehmen und in der Eröffnungsansprache darauf hinzuweisen, daß der Generalgouverneur Preise für die Sieger gestiftet habe und persönlich auf der Burg überreichen werde.

11[10] Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes, Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß vom OKW für den Sonderdienst 15 Offiziere und die entsprechenden Unterführer freigegeben worden seien. Er bittet den Herrn Generalgouverneur, wegen der endgültigen Abgabe dieser Offiziere einen Brief an General Schmundt zu unterzeichnen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit.

Rechtsrat Dr.Hammerle berichtet weiter, daß die Verstärkung des Sonderdienstes langsame Fortschritte mache; gewisse Schwierigkeiten bereite die Einziehung neuer Kräfte, da die Deutschstämmigen alle in kriegswichtigem Einsatz stünden. Nun sei der Gedanke aufgetaucht, Volksdeutsche aus Ungarn für den Sonderdienst zu werben, und Obergruppenführer Koppe würde es begrüssen, wenn er zu diesem Zweck an der vom Herrn Generalgouverneur beabsichtigten Reise nach Ungarn teilnehmen könne.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden. Er gibt zu überlegen, ob nicht auch Volksdeutsche aus Rumänien in den Sonderdienst des Generalgouvernements aufgenommen werden könnten. Vielleicht könne man dort Werbebüros aufmachen. Er beabsichtige, die Offiziere des Sonderdienstes demnächst auf der Burg wieder zu empfangen.

3

6.5.1944

11[20] Besprechung mit Präsident Senkowsky.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt die Beauftragten des Reichsleiters Rosenberg, Hagemeyer und Utikal, im Beisein des Oberdienstleiters Tießler, des Präsidenten Ohlenbusch und des Pressechefs Gassner.

Thema der Besprechung ist die Durchführung eines internationalen antijüdischen Kongresses in Krakau, zu dem der Führer bereits seine grundsätzliche Zustimmung gegeben hat. Aus 12 bis 15 Ländern werden für die Dauer von 4 bis 5 Tagen etwa 350 Personen in Krakau anwesend sein.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt es, daß Krakau zum Tagungsort gewählt worden ist und bestimmt das Staatskasino zum Tagungsraum. Er erklärt sich bereit, die ganzen für diese Tagung und bei dieser Tagung entstehenden Kosten aus Staatsmitteln des Generalgouvernements zu bezahlen. Auch für das nötige Papier für die zur Tagung notwendigen Veröffentlichungen wird das Generalgouvernement sorgen. Die jeweiligen Referate werden im Abzugverfahren den Kongressteilnehmern auf den Tisch gelegt, während ein Kongressbericht in geschmackvoller Form gedruckt wird. Die Durchführung des Kongresses liegt in den Händen des Arbeitsbereiches und wird in engstem Zusammenarbeiten mit den Staatsdienststellen vorbereitet.

In der weiteren Besprechung wird in groben Umrissen noch zu einzelnen technischen Fragen wie Programmgestaltung, Unterbringung der Gäste, Veranstaltung von Empfängen und Sicherheitsfragen Stellung genommen.

12[25] Besprechung mit Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Präsident Ohlenbusch und Oberdienstleiter Tießler.

Oberdienstleiter Tießler erklärt, daß Hauptbereichsleiter Dresler-Andres für die Parteipropaganda im Distrikt nicht länger tragbar sei, und daß er, Tießler, mit Staatssekretär Dr.Bühler in einer Besprechung übereingekommen sei, Dresler-Andres für den Dienst in einer Staatsstellung

6.5.1944

freizustellen.

Demgegenüber erklärt Dr.von Burgsdorff, daß er mit Hauptbereichsleiter Dresler-Andres zufrieden sei; er besitze grosse Fähigkeiten, sei allerdings für die Kleinarbeit nicht geeignet, da er nicht die nötige Kraft besitze, sich durchzusetzen. Er, der Gouverneur, schlage vor, die Angelegenheit nach Ablauf einer 6-wöchigen Frist zu entscheiden.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

12^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{55} Generalmajor Haseloff und Generalstabsarzt Dr.Passauer melden sich beim Herrn Generalgouverneur ab.

Der Herr Generalgouverneur spricht den beiden von ihrer Dienststellung beim Militärbefehlshaber im Generalgouvernement scheidenden Herren Dank und Anerkennung aus und überreicht ihnen je einen Farbdruck mit Motiven von der Burg zu Krakau.

13^{15} Mittagessen.

17^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf.)

IX/8 Kressendorf

Sonntag, den 7. Mai 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

- - -

IV/8 Krakau

Montag, den 8. Mai 1944

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. Emmerich, Professor Dr. Brinkmann, Oberbergrat Spannagel und SS-Hauptsturmführer Jordan.

Gegenstand der Besprechung ist die Ausnutzung eines Manganerz-Vorkommens bei Zabie am Berg Czywczyn in Galizien in Höhe von 1100 bis 1500 m beim Orte Burkut, das polnische Geologen um 1938 mit 10- bis 15000 to Erz geschätzt haben. Der Manganerzgehalt beträgt 30 bis 35 %, ist aber sehr kieselsäurenaltig. Nach den Erfahrungen des Amtes für Bodenforschung Krakau liegen die polnischen Schätzungen durchweg wesentlich zu hoch. Die Lagerstätten sind nicht zusammenhängend, sondern durch tektonische Störungen in einzelne Linsen zerissen, wodurch der Abbau sehr erschwert wird. Nach einem Gutachten der Abteilung Wirtschaft bei der Heeresgruppe Nordukraine bezw. des Bergamtes Lemberg müßte für die Gewinnung des Erzes eine Strasse oder eine Seilbahn von Burkut nach Zabie errichtet werden. Ausserdem wäre der Arbeitskräftebedarf zahlenmässig groß. Mit Rücksicht auf das verhältnismässig kleine Vorkommen und den für den Abbau erforderlichen erheblichen Aufwand ist die Ausbeute bisher unterblieben.

SS-Hauptsturmführer Jordan, der seit 1935 als Geologe beim Stabe des Reichsführers SS tätig ist, geht kurz auf die Vorgeschichte der Entdeckung dieses Manganerz-Vorkommens ein. Er habe erfahren, daß die Polen von 1931 bis 1934 ziemlich umfangreiche Forschungen unternommen hätten, die aber dann abgebrochen worden seien. Das Objekt sei so wichtig, daß nach dem Friedensvertrag von Versailles die Rumänen den Polen angeboten hätten, ein Eisenbahngebiet, das die Polen an die Rumänen hätten abtreten müssen, gegen dieses Berggebiet auszutauschen. Die Polen seien dann stutzig geworden und hätten einen Sachverständigen Professor Tucharsky in das Gebiet entsandt, dieser habe dann auf Grund seiner Untersuchungen

8.5.1944

bei der Regierung erreicht, daß das Gebiet nicht in die Hände der Rumänen gefallen ~~worden~~ sei. Im weiteren Verlauf der Entwicklung seien dann Berechnungen angestellt und auch Mengen dieses Materials abtransportiert worden, 5000 to seien in Oberschlesien verhüttet worden. Dann habe es aber an den notwendigen Geldmitteln gefehlt,auch habe die Konkurrenz von Nikopol den Plänen im Wege gestanden. Als einziges Ergebnis der damals vorgenommenen Untersuchungen und Forschungen sei eigentlich nur eine Schrift des Professors Tucharsky übrig geblieben.

SS-Hauptsturmführer Jordan erläutert dann die Möglichkeiten der Erschliessung des Gebietes für die Gewinnung von Manganerz. Er weist dabei auf die Notwendigkeit des Baues einer Seilbahn zu dem dort befindlichen Fluß hin, auf dem das Erz mit Flössen mit einer Tragfähigkeit von 2 to befördert werden könne. Er halte es für zweckmässig, daß eine Expedition für die Erforschung dieses Gebietes zusammengestellt werde, und würde vorschlagen, zu dieser Expedition 4 Fachleute des Ministeriums Speer zuzuziehen, und zwar einen Transportsachverständigen, einen Bergbausachverständigen, einen Fachmann für die wissenschaftliche Forschung und einen solchen für die Beurteilung der Arbeitsverhältnisse.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es angesichts der gegenwärtigen Lage als äusserst wichtig, daß trotz aller Schwierigkeiten dieses Projekt mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werde, und beauftragt Professor Dr. Brinkmann, ihm einen schriftlichen Bericht über die Möglichkeiten der Ausnützung dieses Manganerz-Vorkommens zu erstatten. Er sei dem Reichsführer SS für die Initiative, die er in dieser Frage ergriffen habe, sehr dankbar, da er selber das größte Interesse an der Durchführung eines solchen Projektes im Bereich des Generalgouvernements habe. Wenn dieses Gebiet erschlossen werde, dann werde es auch möglich sein, im Interesse der Holzwirtschaft die umliegenden Waldungen auszunutzen. Es hänge jetzt sehr viel davon ab, ob die Expedition zu dem Ergebnis komme, daß in diesem Gebiet dem dringenden Bedarf des Reiches an Manganerz entsprochen werden könne. Wie groß die dort zu gewinnenden Mengen seien, darauf komme

8.5.1944

es jetzt nicht an, wie auch Rentabilität und Kostenaufwand keine Rolle spielen dürften.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechung zusammen und trifft zu Protokoll folgende Feststellung:

1. SS-Hauptsturmführer Jordan hat einen Bericht über das Manganerz-Vorkommen in Czywczyn erstattet, gestützt auf die Forschungen des Professors Tucharsky. Er teilt mit, daß sich voraussichtlich in der nächsten Woche eine Expedition für etwa 3 Wochen in das Gebiet begeben wird, um die geologischen Verhältnisse dieses Raumes zu klären. Die Zusammenstellung der Expedition ist Aufgabe des SS-Hauptsturmführers Jordan.
2. Es hat sich herausgestellt, daß in der Nähe ein- Graphitvorkommen liegt, das aber von sekundärer Bedeutung ist.
3. Professor Dr. Brinkmann wird beauftragt, dem Generalgouverneur amtlich mitzuteilen, daß bei Jaslo ebenfalls Manganerze vorhanden seien, ferner festzustellen, ob das bei Drohobycz gefundene Erdwachs in genügendem Umfange ausgebeutet werde.
4. Der Besuch des SS-Obergruppenführers Pohl in Krakau soll erst stattfinden, wenn die Expedition von ihrer Besichtigungsreise zurückgekehrt ist.

Im Anschluß an die Besprechung richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Reichsführer SS, Reichsminister des Innern Himmler:

In der Angelegenheit Manganerz-Galizien habe ich soeben in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe und des SS-Hauptsturmführer Jordan eine eingehende Besprechung gehabt. Jordan wird sich, aufs bestmögliche unterstützt, in der nächsten Woche expeditionsweise für etwa 3 Wochen in das betreffende Gebiet begeben und dort endgültige Feststellungen sowohl über Art und Umfang des Vorkommens wie über die

8.5.1944

Möglichkeit eines raschesten Beginnes des Abbaues und Abtransports treffen.
Ich schlage daher vor, daß der von Ihnen in Aussicht gestellte Besuch des SS-Obergruppenführers Pohl in Krakau zweckmässigerweise erst stattfindet, wenn Jordan von seiner Expedition wieder hierher zurückgekehrt ist, da dann die klaren Ausgangspunkte für die zu gründende Gesellschaft bekannt sein werden. Seien Sie überzeugt, daß ich Ihnen in dieser Angelegenheit jede nur erdenkliche Hilfestellung leisten werde.

Dr. Frank.

13^{00} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

Dr. Hammerle legt dem Herrn Generalgouverneur ein an den Chef des Heerespersonalamts gerichtetes Schreiben vor, das der Herr Generalgouverneur unterzeichnet.

Gegenstand der Besprechung ist dann die Frage der Rekrutierung von Sonderdienstmännern.

15^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Oberst Fischer ein Schreiben betreffend das Manganerz-Vorkommen in Galizien und ersucht ihn, anlässlich seines Aufenthaltes im Führerhauptquartier dieses Schreiben der zuständigen Stelle zu übermitteln.

15^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptabschnittsleiter Stahl zur Verabschiedung und überreicht ihm ein Bild, darstellend den Gotischen Hof des Institute für Deutsche Ostarbeit, mit eigenhändiger Widmung.

16^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe.

Angesichts der von Staatssekretär Koppe erwähnten Tatsache, daß Waffen-SS und Luftwaffe zur Zeit im Generalgouvernement Rekrutierungen vornehmen, trifft der Herr

8.5.1944

Generalgouverneur die Feststellung, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit im Generalgouvernement in erster Linie von seiten des Generalgouvernements auf das Reservoir im eigenen Lande zurückgegriffen werden müsse.

Gegenstand der Besprechung ist dann die Frage, welche Stellung zu Problemen eingenommen werden soll, die in dieser Woche in Sitzungen behandelt werden: Neuorganisation der Partei, Änderung der Distriktstandortführung, Einsetzung von Kreisleitern, militärische und Sicherheitslage.

17^{00} Arbeitsbesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Thema: Militärische und Sicherheitslage.

Teilnehmer:
Der Herr Generalgouverneur
Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant der Flieger Unger
Generalleutnant der Polizei Hoering
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Gerteis
Präsident Dr. Lauxmann
Präsident Dr. Eißfeldt
Oberst Fischer
Oberdienstleiter Tießler
Ministerialrat Dr. Weh
Präsident Naumann
Generalmajor Bork
SS-Oberführer Bierkamp.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Besprechung mit folgenden Worten ein: Meine Herrn! In einer sich sicherheitsmässig leider stündlich erschwerenden Situation habe ich Sie zu mir gebeten, damit wir gemeinsam das, was sich aus der Lage ergibt, in bewährter Weise besprechen können. Ich heisse zunächst den neuen Chef des Generalstabs des Wehrkreisbefehlshabers Generalmajor Bork herzlich willkommen.

8.5.1944

Ich habe mit Herrn Generalfeldmarschall Medol und seinen Herren die Frontsituation besprochen. Der Eindruck, den ich von der Front mitbringe, ist der, daß sich die Verhältnisse in diesem Augenblick als einigermassen gefestigt darstellen, gleichwohl aber über der Frontsituation im Generalgouvernement die Bedrohung lastet, daß angesichts starker Massierung des Sowjetrussen eine grosse Offensivebewegung bevorsteht und die Frontsituation wohl erheblichen Belastungen unterstellt sein wird. Immerhin ist die Beurteilung der Frontsituation durch Herrn Generalfeldmarschall Model und seine Herren absolut positiv; insbesondere erfreulich ist der Geist der Truppe und die Besserung der Teilnahme der ungarischen Verbände. Aber ganz besonders erfreulich ist für mich die hohe Anerkennung, die Herr Generalfeldmarschall Model der Zusammenarbeit mit der Verwaltung des Generalgouvernements gezollt hat. Aus den Ausführungen des Herrn Generalfeldmarschall Model geht hervor, daß er die Zusammenarbeit mit den gesamten Staatsorganen als geradezu vorbildlich bezeichnet und mir persönlich erklärt hat, er betrachte es fast als ein Wunder, daß etwas derartiges im fünften Kriegsjahre noch möglich ist.

Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke gibt dazu dann zunächst einen kurzen Überblick über die militärische Lage im Generalgouvernement und weist darauf hin, daß sich die Bildung zweier Schwerpunkte in der Nähe von Tarnopol und bei Kowel zeige. Störend mache sich noch immer die Bandentätigkeit geltend, vor allem in Gestalt der häufigen Bahnüberfälle. Generaloberst Fromm habe 3 Bataillone geschickt, die nach Lublin kommen sollten und bereits im Anlaufen seien. Ausserdem seien noch 3 Regimenter zur Verfügung zu stellen, sodaß der Oberfeldkommandant von Lublin über eine ziemlich umfangreiche Reserve verfügen werde.

Staatssekretär Koppe führt aus, daß sich die Sicherheitslage besonders im Gebiet des Distrikts Lublin in den letzten 10 Tagen mehr und mehr versteift habe. Die Sicherheitspolizei habe in Warschau und Krakau in den letzten Wochen grosse Erfolge erzielt, sie habe allein in Warschau 25 unterirdische Herstellungswerkstätten aufgehoben,

8.5.1944

538 Flammenwerfer, grosse Sprengstoffmaterialien, 35000 kg Sprengstoffrohmaterialien, weiter Teller für Tretminen, 105 Zündmaschinen, 25000 Handbombendosen, 35000 Schuß Infanteriemunition, 40000 Sprengkapseln usw. erbeutet. Auch in Krakau seien recht beachtliche Erfolge erzielt worden. Daraus könne man entnehmen, daß der Gegner, der schon 4 Jahre Zeit gehabt habe, sich für den Aufstand vorzubereiten, nunmehr zum letzten Schlage ausholen wolle. Der Zeitpunkt erscheine ja auch tatsächlich für den Gegner günstig, wenn man die gegenwärtige militärische Lage, die bevorstehende Invasion und den Umstand in Rechnung ziehe, daß in allen besetzten Ländern zum Aufstand gerüstet werde. Aus allen Meldungen der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei gehe hervor, daß um den 15. Mai herum etwas geschehen werde.

Die polizeiliche Lage sei vor allem im Distrikt Lublin höchst angespannt. In den vier anderen Distrikten sei man immerhin noch in der Lage, eine gewisse Mehrbelastung zu ertragen, nicht aber im Distrikt Lublin. Die 3800 Kräfte der Ordnungspolizei und der fremdvölkischen Polizei seien nicht nur ausgelastet, sondern man müsse sich schon darauf beschränken, durch gewaltsame Aufklärung dem Gegner Schaden zuzufügen und Verluste beizubringen, ohne sich das Ziel setzen zu können, diesen Gegner zu vernichten. Zur Zeit werde hinhaltend gekämpft, weil sich die Zahl der Banden sehr vergrössert habe. In der Gegend von Lublin befänden sich etwa 15 Bandenherde. Einige dieser Banden wie auch die ukrainischen, polnischen und die nationalen seien ungefährlich, weil sie sich gegenseitig bekämpften. Gefährlicher sei die Bande im Bilgorajer Wald und einige russische Stammbanden, die in den letzten Tagen grösseren Zuzug von polnischen Kommunisten erhielten. Einige Banden versuchten, sich über das ganze Waldgebiet zu erstrecken, um auszubilden oder neue Waffen zu beschaffen und zu rekrutieren. Für die Bekämpfung seien 2½ Bataillone angesetzt, die aber angesichts des unwegsamen Geländes keine grundlegende Arbeit leisten könnten. Eine russische Bande stehe nord-

8.5.1944

westliche von Cholm.

Was die Frage angehe, welche Bedeutung der Bandenkampf seitens des russichen Gegners im Kriege überhaupt habe, sei von Wichtigkeit, daß die Banden nicht nur militärisch geführt würden, sondern heute auch eine strategische Bedeutung hätten: sie seien irgendeiner militärischen Formation angegliedert, trügen militärische Bezeichnungen, seien funktechnisch miteinander verbunden, und so stelle dieser Bandenkampf heute in engster Verzahnung mit der regulären russischen Truppe einen unerhörten Faktor dar. Dem Vorgehen der Banden lägen auch ganz bestimmte Pläne zu Grunde. So würden z.B. die Verkehrswege angegeben, die in erster Linie gesprengt werden sollten.

Seiner Überzeugung nach würde die Lage im Distrikt Lublin schon etwas aufgelockert werden, wenn die 2400 Mann Wehrmacht kämen und etwa 35 Stützpunkte zu je 60 Mann angelegt werden könnten. Man werde aber nicht allzuviel von der Truppe verlangen können, da sie nicht besonders gut bewaffnet sei und zum Teil aus älteren Leuten bestehe. Ob sie im Augenblick für die Bekämpfung eines militärisch bestens geführten Gegners ausreiche, bezweifle er; das sei wohl auch nicht vorgesehen. Immerhin verspreche er sich etwas davon, daß wieder mehr deutsche Menschen in diesem Raum zur Verfügung ständen. Von SS- und Polizeiführer Sporenberg habe er die Meldung erhalten, daß im Einvernehmen mit Generalleutnant Moser in den nächsten Tagen weitere kleinere Truppenteile für die Bandenbekämpfung bereitgestellt werden könnten. Jedenfalls müsse jetzt ausserordentlich tatkräftig an die Bandenbekämpfung herangegangen werden. Mit einer Aufstandsbewegung würde man wohl in den anderen 4 Distrikten fertig werden, im Distrikt Lublin sei es aber z.Zt. kaum möglich. Sollte es wirklich zu einem Aufstand kommen, dann müßte er innerhalb 36 bis 48 Stunden mit der brutalsten Gewalt niedergeschlagen werden. Wenn man in Warschau und Krakau nicht in 5 oder 6 Tagen Herr der Lage werde, dann würden auch diejenigen Polen, die erst abwarten wollten, wie die Entwicklung gehe, mitmarschieren.

8.5.1944

Trotzdem die Banden im Distrikt Lublin auch infolge von Luftangriffen erhebliche Verluste erlitten hätten, sei der Zulauf zu ihnen z.Zt. immer noch grösser als die Verluste, die man ihnen beibringen könne. Er glaube übrigens auch, daß die etwa 3800 Mann im Distrikt Lublin, auf die es z.Zt. so sehr ankomme, etwas verzettelt würden, weil alle Dienststellen die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen.

In Galizien sehe die Lage etwas besser aus, wenn es auch dort zahlreiche nationalukrainische Banden gebe, die allerdings im allgemeinen mit Gewehr bei Fuß daständen und sich eigentlich nur in der Gegend von Kamionka etwas rührten.

In Warschau, dieser gefährlichen Metropole der Verschwörung, habe man nur wenig Kräfte zur Verfügung. Man könnte vielleicht die Frage aufwerfen, ob man nicht die Deutschen aus dieser Pesthöhle herausholen sollte. Das Gros der Warschauer Bevölkerung neige absolut den Bestrebungen der Widerstandsbewegung zu und warte darauf, daß in ihrem Lager etwas geschehe.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß, während sich bisher im Generalgouvernement die Haltung der Bevölkerung und die Sicherheitslage im wesentlichen nach der Lage an der Front orientiert hätten, jetzt trotz der Konsolidierung der Hauptkampflinie an der Front im Generalgouvernement eine entgegengesetzte Richtung zu beobachten sei. Man stehe vor der Tatsache, daß zum ersten Mal ganze Kreise des Generalgouvernements von Banden beherrscht würden und daß das Wirken der Verwaltung in ganzen Gebieten unmöglich geworden sei. Zum ersten Mal sei auch im Distrikt Lublin eine deutsche Dienststelle, nämlich die eines Landkommissars, offiziell zurückgezogen worden, weil ein Verbleiben für die Deutschen nicht mehr möglich sei. Man stehe vor der Tatsache, daß seit Monaten und auf absehbare Zeit die gesamten wirtschaftlichen Lieferungen von 2 Distrikten ausfielen: Galizien sei Zuschußgebiet geworden, und aus Lublin komme nichts mehr heraus. In diesen Distrikten sei also kein Unterschied mehr zwischen den Räumen vorhanden, die von den Russen besetzt seien, und den Räumen, in denen

8.5.1944

die deutsche Wehrmacht, endlich ~~in~~ den Räumen, in denen die Banden herrschten. Diese Räume entfielen also für die Ausnutzung zu Gunsten des Reiches. Mit Sorge sehe er dem Zeitpunkt entgegen, in dem die wenigen in diesem Raum noch vorhandenen Wirtschaftsgüter auch durch die dortigen Wehrmachtsstellen erschöpft seien und die Wehrmacht auf den Nachschub aus den anderen Distrikten angewiesen wäre. Wenn die Dinge nicht zu einer Katastrophe führen sollten, müsse sofort etwas Entscheidendes geschehen.

Präsident Dr. von Craushaar führt aus, daß die allgemeine Lage es notwendig mache, die Vorbereitungen zu überprüfen, die auf polizeilichem und militärischem Gebiet zur Verteidigung der einzelnen Ortschaften zu treffen seien. Die Frage, wie weit die Behörden gegebenenfalls noch weiter funktionieren müssen, werde z.Zt. geprüft, und er habe darüber bereits mit Staatssekretär Dr. Bühler gesprochen.

Die Güterräumung sei im ganzen Distrikt durchgeführt, und sie laufe jetzt an in dem Gebiet zwischen der Westgrenze Galiziens und dem San, d.h. in dem Gebiet der Städte Jaroslau, Przemysl, Sanok, und zwar im Wege einer vorsichtigen Auflockerung. Die Räumung bedeute im wesentlichen eine Vorratsräumung. Sie ergebe sich aus der Notwendigkeit, das öffentliche und wirtschaftliche Leben in Gang zu halten. Ganze Industrieunternehmungen seien nur in einzelnen Fällen abgebaut worden. Die Personenräumung laufe in den 3 vordersten Kreisen des Distrikts Galizien an, und zwar zunächst in beschränkter Form. Die Angehörigenräumung sei im Gebiet zwischen San und der Westgrenze Galizien, also vor allem in den Städten Jaroslau und Przemysl, im Gange. Dort würden die Angehörigen freiwillig mit der Auflage zurückgeführt, jede politische Beunruhigung zu vermeiden. Im übrigen zeige sich auch eine Bevölkerungsbewegung seitens der Polen, die sich aus dem Kreise Rawaruska aus Angst vor dem Druck der Ukrainer nach dem Distrikt Krakau geflüchtet hätten. Dabei sei auch zum Teil polnische Bevölkerung in den Kreisen Jaroslau und Przemysl locker geworden.

8.5.1944

Im Distrikt Lublin sei die Güterräumung auf deutscher Seite weitgehend durchgeführt, wohl zu einem Viertel bis einem Drittel der Güter sei im Abrollen. Die Angehörigenräumung sei bis auf die 3 Westkreise des Distrikts Lublin auf deutscher Seite beendet, auf seiten der Polen und Ukrainer laufe sie noch zur Zeit. Eine Erweiterung der Räumung halte er nicht für Notwendig. Die Kreise Lemberg und Drohobycz seien politisch schwierige Punkte, hier lege man die Durchführung der Räumung am besten in die Hand der Gouverneure. Über die Grenze Galiziens bis zum San hinauszugehen, erscheine ihm nicht richtig. Die Kreise Pulawy und Bilgoraj des Distrikts Lublin könnte man vielleicht in die Angehörigenräumung einbeziehen. Die Gegenseite der Räumung sei die Zusammenführung von Menschenmaterial in den rückwärtigen Distrikten, vor allem im Distrikt Krakau und in der Stadt Krakau. Über diese Frage hätten in der letzten Woche eingehende Besprechungen stattgefunden. Es müsse rücksichtslos Luft geschaffen werden, sonst ertrinke man in der Flut von Menschen und Gütern. Er habe den Herren vom Reichskommissariat Ukraine und vom Wirtschaftsstab Ost erklärt, daß man die Gastfreundschaft, die ihnen auf landwirtschaftlichem Gebiet geboten worden sei, nicht mehr in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten könne. Die grossen Vorratsläger in der Gegend um Tarnow bedingten eine starke Bewachung. Er habe deshalb versucht, die Läger zu räumen, und die Räumung laufe z.Zt. Weiter werde man die verschiedenen Trecks im Lande schärfer angreifen müssen.

In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß sich im Generalgouvernement zahlreiche Deutsche aufhielten, ohne eine Genehmigung für diesen Aufenthalt zu haben. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Überprüfung des Aufenthalts von Deutschen auch auf Warschau erstreckt werde. Diese Elemente beanspruchten offenbar keine Lebensmittelkarten, und es erhebe sich die Frage, ob es nicht möglich wäre, eine Vorschrift des Inhalts zu erlassen, daß in den Lokalen und Bahnhofswirtschaften an niemand Essen ausgegeben werde, der nicht seine Aufenthaltsgenehmigung nachweise. Er schätze,

8.5.1944

daß in Warschau 20000 Deutsche unkontrolliert sich aufhielten und dort das deutsche Ansehen schädigten.

Weiter wirft der Herr Generalgouverneur die Frage auf, ob genügend Gewähr geboten sei, daß aus Galizien kommende Deutsche auch wirklich ins Reich gingen. Er habe kürzlich zu seinem Befremden feststellen müssen, daß sich z.B. in Krynica zahlreiche Deutsche aufhielten. Für diese Personen müßte auch eine Art Erlaubniskarte ausgegeben werden, da ja sonst die Polizei keine Unterlagen habe.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt, daß zwar ein Anmeldezwang bestehe, daß die Leute sich aber nicht meldeten. Neuerdings habe die Sicherheitspolizei den Auftrag erhalten, Kontrollen durchzuführen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, daß in solchen Fällen mit Strafen vorgegangen und gegebenenfalls Deutsche in Arbeitslager gebracht würden.

Präsident Gerteis berichtet, daß die Betriebslage der Ostbahn an sich recht befriedigend sei, nicht deshalb, weil man nicht mit Störungen zu tun habe, sondern weil leider die Anforderungen geringer geworden seien. Die Gesamtleistung stehe unter der Leistung des Jahres 1942, und zwar hauptsächlich angesichts des Ausfalls des Bezirks Lemberg und der geringen Inanspruchnahme durch die Wehrmacht. Andererseits könne man allerdings in grossem Umfange Wagen für die Räumungsbedürfnisse stellen.

Im Bezirk Galizien seien die Bandenstörungen bislang noch erträglich gewesen, dagegen die Einwirkung der russischen Luftangriffe recht fühlbar geworden. Besonders die Angriffe auf den Bahnhof Lemberg hätten dazu geführt, daß praktisch der ganze Bahnhof einmal 24 Stunden gestört gewesen und die Leistungsfähigkeit noch jetzt stark eingeschränkt sei. Auch die Bahnhöfe in Stanislau, Stryj und andere seien erheblich angegriffen worden. Sehr unangenehm seien auch die Angriffe der Jagdflieger auf einzelne Züge in der Frontnähe, die z.T. zu Störungen bei Ein- und Ausladungen geführt hätten.

8.5.1944

Die Lage im Distrikt Lublin sei durch die Störungen der Banden gekennzeichnet. Die Zahl der Sprengungen, der Überfälle auf Stationen und Eisenbahnanlagen sei vom Februar bis zum Mai d.J. im stetigen Ansteigen. Z.Zt. rechne man durchschnittlich mit 10 oder 11 Überfällen am Tage. Manche Strecken könnten nur noch mit Geleit am Tage befahren werden, wie z.B. die Strecke Lukow-Lublin. Eine andere Strecke Zawada-Rawaruska könne überhaupt nur noch tage- und stundenweise befahren werden und sei sonst ausser Betrieb. Auch im Bilgorajer Wald sei man den Überfällen nicht mehr gewachsen. Die Ostbahn selbst sei zu schwach, um sich gegen diese Übefälle schützen zu können. Überhaupt seien die zur Verfügung stehenden Krüfte im Distrikt Lublin viel zu gering, als daß man gegen die Banden wirkungsvoll vorgehen könnte. Wenn Hilfszüge an eine Überfallstelle gefahren würden, würden sie sofort beschossen. Auch am Tage würden Minen gelegt, sodaß Züge weder vor- noch rückwärts kommen könnten. Zwar ständen verhältnismässig viele Panzerzüge zur Verfügung, sie seien aber bisher nicht zu einem wirkungsvollen Eingreifen gekommen. Zu berücksichtigen sei ferner, daß die für den Bahnschutz eingesetzten Legionäre sich mehr und mehr als unzuverlässig erwiesen und eine Gefahr für die Deutschen bildeten; sie kämpften nicht mehr, sondern liefen vielfahh zum Gegner über.

Im allgemeinen sei die Lage im Distrikt Lublin so, daß grössere Transporte mit Sicherheit nicht mehr durchgeführt werden könnten. Der Bau der Rochade-Strecke wäre zwar vollkommen durchgeführt, z.Zt. hätten aber auf der Strecke von Lukow nach Lublin die Bautrupps zurückgezogen werden müssen, weil sie überfallen worden seien. Ein Bauzug sei vollkommen ausgeplündert, 6 Deutsche ermordet worden. Der Strecke müsse deshalb ein militärischer Schutz gegeben werden. Für den Bau sei sonst alles vorbereitet, Gleis- und Schwellenmaterial sei vorhanden, es brauche nur zusammenmontiert zu werden.

8.5.1944

Die Lage in Warschau sei abgesehen von einigen kleineren Überfällen in den lezten Monaten besser geworden, wenn sich auch im Norden des Bezirks eine grössere Tätigkeit der Widerstandsbewegung geltend gemacht habe. - Im Distrikt Radom seien Sprengungen eine Seltenheit geworden.

Das polnische Personal habe sich bisher recht gut verhalten. Das ukrainische Personal sei unzuverlässig, besonders dann, wenn die Front näher rücke. Die Ostbahn habe etwa 6000 Eisenbahner mit Kindern und Frauen selber abfahren und dafür einige nach dem Westen umsetzen können. Zunächst habe man keinen Zwang angewendet, sehe sich jetzt aber angesichts der Tatsache, daß auch eine Zwangsräumung stattfinde, genötigt, die Leute auf die neuen, im Ausbau befindlichen Werke in Tarnow und Radom umzusetzen. Z.Zt. ständen 15000 fremdvölkischen Angehörigen der Ostbahn 15000 Deutsche gegenüber.

Präsident Dr. Lauxmann berichtet, daß es bisher gelungen sei, den postalischen Verkehr im wesentlichen aufrecht zu erhalten. Dauernde Schädigungen seien noch nicht verursacht worden. Durch Umschaltung werde es immer wieder möglich gemacht, die Leitungen herzustellen. Allerdings seien die Baukräfte ausserordentlich angespannt. Gleichwohl würden grössere Neubauten durchgeführt. Leider sei es bisher nicht gelungen, das durch den Bilgorajer Wald führende Kabel von Reichshof nach Norden, an dem die Wehrmacht interessiert sei, wieder herzustellen, selbst nicht mit Unterstützung einer Wehrmachtsabteilung von 70 Mann. - In Lemberg sei ein wesentlicher Schaden am Ortskabel entstanden. Man habe aber alles daran gesetzt, um den Fernsprechverkehr innerhalb der Stadt aufrechtzuerhalten. - Die Lage in Warschau sei, was Sprengungen und Zerstörungen angehe, etwas besser geworden. In Krakau könne weiter gebaut werden. - Festzustellen sei leider, daß die Ungarn aus den von der Deutschen Post Osten eingerichteten Dienststellen 30 Fernsprechapparate mitgenommen hätten.

8.5.1944

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß der Heeresgruppe von diesem Tatbestand Mitteilung gemacht wird.

Generalleutnant der Polizei Hoering führt aus, daß die fremdvölkische Ordnungspolizei z.Zt. eine Stärke von 16- bis 17000 Mann habe. Die Mannschaften seien in den Städten in verhältnismässig grosser Zahl im Einsatz, würden aber auch auf dem flachen Lande verwendet. Neu sei, daß 17 Einsatzreserverkompanien teilweise aus der Stadt, teilweise aus den Polizeien des Landes herausgezogen und in Kompanien zusammengestellt worden seien, die nur zum kleinen Teil geschlossen seien, im übrigen auf Züge zur Verwendung in Stützpunkten unter Führung von deutschen Polizeioffizieren aufgeteilt wurden. Sie hätten sich bisher eigentlich gut bewährt. Schwierig wäre aber die Frage der Verwendung polnischer Polizei, wenn man an einen Aufstand von nationaler Seite denke. Man habe sich bereits überlegt, welche Massnahmen in diesem Fall zu ergreifen wären. Man sei zu der Überzeugung gekommen, daß es erforderlich sei, die Führer, Offiziere wie auch Unterführer, Meister und Obermeister, festzunehmen und die Polizei zu entwaffnen. Das werde in den Städten vielleicht besser möglich sein als auf dem Lande, da dort keine Zugriffsmöglichkeit bestehe. Die bisher vorgeschlagene Methode, daß man eine Offizierbesprechung einberufe und die Offiziere dann festnehme, erscheine zu unsicher, weil das den Polen auch bekannt werde und sie dann vorsichtig sein würden. Es sei vielleicht zweckmässig, unter Zurhilfenahme von Vor- oder Fliegeralarm die polnische Polizei in den Städten auf die Polizeikommissariate zu bringen, weil das noch am unauffälligsten geschehen könne. Auf dem Lande werde es bedeutend grössere Schwierigkeiten machen. Man werde dort aber vielleicht im gegebenen Falle eine grössere Bereitschaft finden, mit den Dienststellen der Gendarmerie zusammenzugehen. Jedoch werde es auf die einzelnen Führerpersönlichkeiten der deutschen Gendarmerie ankommen, ob sie eine enge Verbindung haben und inwieweit eine Einflußnahme der polnischen Umwelt auf die polnische Polizei bereits stattgefunden hat. Schwierig sei die Frage, wann diese Festnahme- und Entwaffnungaktion durchgeführt werden soll.

8.5.1944

Selbstverständlich müsse der Zeitpunkt dafür möglichst weit hinausgeschoben werden. Dann bestehe allerdings die Gefahr, dass der Aufstand bereits laufe und damit die Möglichkeit für die Entwaffnung genommen werde. Werde aber die Festnahme dieser Führerpersönlichkeiten und die Entwaffnung zu frühzeitig durchgeführt, dann führe das zu einem grossen Misstrauen und werde die polnische Polizei für weitere Verwendung als ungeeignet erscheinen lassen.

Der Herr Generalgouverneur kommt in diesem Zusammenhang auf das Manganerz-Vorkommen in Galizien zu sprechen. Er halte es für ausserordentlich wichtig, daß das Unternehmen, das nunmehr zur Nutzbarmachung dieses Vorkommens in die Wege geleitet werde, bei allen massgeblichen Stellen größte Unterstützung finde. Die Metallsituation des Deutschen Reiches und der Rüstungsindustrie habe sich in der letzten Zeit angesichts der Einstellung der Lieferung aus der Türkei und Spanien wie auch der Haltung Schwedens katastrophal entwickelt, sodaß man jetzt auf jedes kg Manganerz angewiesen sei. Diese Frage sei deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie ein Argument für die Notwendigkeit der Verteidigung dieses Raumes darstelle.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Tätigkeit der nationalpolnischen, nationalukrainischen und kommunistischen Widerstandsbewegung. Die größten Schwierigkeiten bereite z.Zt. die kommunistische Widerstandsbewegung im Distrikt Lublin, zu der ein Teil der Angehörigen der nationalen Widerstandsbewegung übergegangen sei. Gewiss habe Präsident Gerteis Recht mit seiner Behauptung, dass die polnischen Eisenbahner z.Zt. noch keine Schwierigkeiten machten. Aber diese Eisenbahner gehörten den sozialdemokratischen Gewerkschaften an, und diese Gewerkschaften warteten nur auf den Befehl zum Streik oder zur Sabotage, und man könne damit rechnen, daß die gesamten polnischen Eisenbahner gegebenenfalls umfallen würden. Die nationale Widerstandsbewegung

wisse augenblicklich noch nicht ganz genau, wie sie vorgehen solle. Von England sei der Befehl gekommen, mit den Bolschewisten gemeinsame Sache zu machen; auch seien verschiedene bolschewistische Funktionäre zu Verhandlungen nach England geschickt worden. Diese Verhandlungen hätten aber kein gutes Ergebnis gehabt, insbesondere hätten die führenden Kreise aus dem Gutsbesitzerstand und aus der Intelligenz Bedenken gegen eine Einigung mit den Bolschewisten. So habe sich eine gewisse Loslösung der Bevölkerung von der englischen Beeinflussung ergeben. Andererseits hofften sie aber sämtlich auf die Invasion, den Sieg Englands und den Einmarsch englischer Truppen in das Generalgouvernement. Man müsse damit rechnen, daß auf den Wink Churchills die organisierten nationalen Verbände sofort einen Aufstand machten. Der Aufstand sei bis ins kleinste vorbereitet, auch stehe die Organisation. Es frage sich nur, ob die polnische Wirtschaft nun auch wirklich richtig funktionieren werde. Interessant sei die Feststellung, daß zwischen den aufgefundenen Handgranaten sehr viele mit Sand gefüllte gewesen seien, woraus man erkennen könne, daß sich auch hier die polnische Wirtschaft etwas ausgewirkt habe. Man wisse auch, daß ungefähr 50% der gefertigten Materialien verdorben seien. Man habe also durchaus Grund zu der Hoffnung, daß die Aufstandvorbereitungen doch nicht so klappen würden, wie ihre Urheber selber es glaubten.

Auf Fragen des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, er habe konkrete Anhaltspunkte dafür, daß ein Plan für den Aufstand nach generalstabsmässigen Grundsätzen existiere. Weiter gingen die Meldungen darauf hinaus, daß dieser Aufstand auch mit der Invasion zusammnehänge. Darüber, ob dieser Aufstand auch mit einer sogenannten Sommeroffensive der Bolschewisten kombiniert sein solle, lägen verschiedene Meldungen vor: teils werde behauptet, daß im gleichen Moment losgeschlagen werde, in welchem die Invasion beginne, nach anderem Meldungen wollten die Kommunisten erst abwarten, ob die Invasion tatsächlich beginne. Eine dritte Meldung

gehe dahin, daß nicht nur der Aufstand hier im Lande vor sich gehe, sondern auch starke Fallschirmtruppen von England und Russland kommen sollten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, daß der Sicherheitspolizei nicht ganz 2000 Mann mit Volksdeutschen zur Verfügung ständen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß nach plötzlich aufgetauchten Meldungen die Führer der geheimen Aufstandsvorbereitungen der Polen aus Warschau in London zu abschliessenden Besprechungen eingetroffen seien. Über den Inhalt der Besprechungen habe nichts mitgeteilt werden können. Im übrigen gehe aus einem noch nicht abgeschlossenen Riesenprozeß gegen 40 Juden in London, die aus der sogenannten polnischen Armee innerhalb der englichen Armee mit der Begründung desertiert seien, daß die Behandlung seitens der Polen einfach grauenhaft wäre, hervor, daß innerhalb der Polen die Spannung für und gegen Bolschwismus und Judentum sehr stark sei.

Präsident Naumann führt aus, daß die Frühjahrsbestellung in den Distrikten Warschau, Krakau und Radom überall zufriedenstellend durchgeführt werde. Gewisse Spannungen seien in den Gebieten vorhanden, in denen die Wehrmacht grosse Mengen von Arbeitskräften und Pferden für den Ausbau der Sanstellung brauche. Aber in den grossen polnischen Betrieben wie auch in den Liegenschaftsbetrieben sei eine geregelte Frühjahrsbestellung grossenteils nicht mehr möglich, weil sämtliche Betriebe von der Bevölkerung und von den Banden ausgeplündert seien. Im Kreise Hrubieszow, aber auch in Teilen des Kreises Cholm werde die Bestellung z.T. ordnungsmässig durchgeführt. In dem von den Ungarn besetzten Gebieten des Distrikts Galizien herrsche die größte Verwirrung, weil die Ungarn die Landbevölkerung völlig ausplünderten: Saatgut werde fortgenommen,und damit sei eine ordnungsmässige Frühjahrsbestellung nicht möglich. Die Ukrainer seien dazu übergegangen, die grossen Betriebe in Brand zu stecken, und Hunderte dieser

8.5.1944

Betriebe seien restlos vernichtet worden. Die nationalen Ukrainer gingen dabei von dem Gedanken aus: wenn die grossen Betriebe restlos vernichtet würden, dann könne dort der kommende bolschewistische Staat keine Kolchose einrichten, sondern müsse die alte kleinbäuerliche Besitzstruktur aufrechterhalten.

Das erfreuliche Bild der Iererfassung habe sich auch in den letzten Wochen aufrecht erhalten. Sofern es gelänge, in einem Gebiet Zucker und Wodka bereitzustellen, sei dort auch die Iererfassung zufriedenstellend. Andernfalls komme die Erfassung völlig zum Stillstand. Die Banden seien sehr scharf darauf bedacht, Zucker und Schnaps für den Eigenverbrauch zu erhalten.

Schwierig sei die Lage auf dem Gebiet der Fett-, Fleisch- und Milcherfassung. Auch in den 3 Westdistrikten sei eine freiwillige Ablieferung von Vieh nur noch zu 10 bis 15% möglich; das andere müsse mit einem gewissen Druck geholt werden. In den Distrikten Lublin und Galizien werde freiwillig überhaupt nichts mehr geliefert, weder Vieh noch Milch; hier helfe nur die Gewalt. Es sei gelungen, Getreide und Zucker im größtmöglichen Umfange aus den beiden Distrikten zu holen. Man sei jetzt gezwungen, sowohl für die Versorgung der Zivilbevölkerung in diesen Distrikten wie auch für die Heeresgruppe Nordukraine Vorräte aus den Westdistrikten heranzuschaffen. Stroh und Heu müsse sich die Truppe aus dem Lande beschaffen. Die Kreis- und Bezirkslandwirte seien eingeschaltet, um zu registrieren, was geliefert werde, damit diese Leistungen ~~hierdem~~ Generalgouvernement gut geschrieben würden. Die Fleischversorgung erfolge aus dem Land, dafür seien 2 Erfassungsformationen zur Verfügung gestellt, die aber wohl auch nicht ausreichen würden. Von Cholm bis nach Stanislau würden sich Zonen bilden, die restlos von Vieh entblößt würden und völlig neu aufgebaut werden müßten, wenn man wieder Herr der Situation sein würde. Auch bei Milch ~~und Fett~~ sei nur eine Frischmilchversorgung für die Heeresgruppe Ukraine vorgesehen, während das Fett aus dem Reich nachgeschoben werde. Einige Molkereien in Galizien seien wieder unter dem Schutz der Wehrmacht in Gang gekommen;

es werde etwas Butter produziert, die aber sofort von der Truppe übernommen werde. Kartoffeln würden auch aus dem Lande entnommen. Es handle sich um Mengen, die man im Herbst für die Spritherstellung in den beiden Distrikten gesammelt habe. Die Kartoffelmengen würden bis zum 15. Juni ausreichen; dann werde auch hier eine Lücke kommen, da das Reich nicht nachschieben könne. Man werde versuchen, der Heeresgruppe Nordukraine über die kritischen Wochen durch Zurverfügungsteliung von Graupen, Grütze usw. hinwegzuhelfen.

Die Versorgung des Wehrkreiskommandos im Generalgouvernement sei auf die 3 Distrikte Krakau, Warschau und Radom abgestellt. Getreide und Zucker erhalte das Wehrkreiskommando aus den 3 Distrikten, Fett aus dem Reich. Hoffentlich gelinge es, noch etwa 40000 to Kartoffeln aus dem Distrikt Lublin herauszuholen, womit es dann möglich wäre, das Wehrkreiskommando mit Kartoffeln zu versorgen. Man müsse es durchsetzen, daß die Heeresgruppe Nordukraine diese Ausfuhr für das Wehrkreiskommando zulasse. Die Vieh- und Fleischversorgung des Wehrkreiskommandos werde sich angesichts der Schwierigkeiten des Nachschubes nicht reibungslos gestalten. Jedoch hätten sich Störungen der Fleischversorgung beim Wehrkreiskommando bisher vermeiden lassen. Die Versorgung mit Heu und Stroh werde auf grosse Schwierigkeiten stossen. Entscheidend werde sein, ob es doch noch gelänge, die Heu- und Strohproduktion im Distrikt Lublin wieder etwas in Gang zu bringen.

Den Distrikten seien die neuen Lieferungsverpflichtungen aufgegeben worden. Für Lublin und Galizien stellten sie nur leere Zahlen dar. Voraussetzung für die Durchführung der Lieferungen sei, daß unter allen Umständen schnellstens ein straffes Stützpunktsystem aufgebaut werde.

Die Versorgung der fremdvölkischen Bevölkerung sei bei Brot, Zucker und Marmelade gesichert. Schwierig sei sie hinsichtlich der Kartoffeln. In den letzten Wochen sei man bestrebt gewesen, möglichst in den 3 Westdistrik-

Präsident Naumann wendet sich entschieden gegen diese Behauptung und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft 35000 to Getreide gestohlen worden seien. In vorliegendem Falle handle es sich wohl um eine zugunsten der Volksdeutschen von dem Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums getroffene Maßnahme.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß ihm darüber Bericht erstattet und die Akten vorgelegt werden. Er könne nicht dulden, daß einer Behörde wie derjenigen eines Kreislandwirts offiziell amtliche Unterstützung des Schleichhandels bescheinigt werde.

Präsident Dr. Eißfeldt berichtet, daß sich die Holzversorgungslage ausserordentlich verschärft habe. Infolge der Zurückziehung der Stützpunkte sei die Abfuhrleistung von 600000 Festmetern im Februar auf 135 000 Festmeter im April zurückgegangen. Der Rückgang im Monat April sei allerdings teilweise durch die Frühjahrsbestellung bedingt. Aber im März, wo die Abfuhrleistung nur noch 350 000 Festmeter betragen habe, hätte keinesfalls ein Rückgang, sondern eigentlich eine Steigerung erfolgen müssen. Im Distrikt Lublin liege die Holzabfuhr praktisch vollkommen still. Im Distrikt Galizien sei die Lage vielleicht nicht so sehr durch die Bandentätigkeit wie durch die Passivität der Bevölkerung bedingt. Exekutivkräfte ständen leider nicht zur Verfügung. In den beiden Distrikten werde deshalb jetzt der sogenannte Selbsteinschlag der kämpfenden Truppe durchgeführt. Aber die kümpfende Truppe wolle jetzt auch in die übrigen Distrikte gehen, die noch bandenfrei seien. Leider kämen auch Eingriffe in die Sägewerkswirtschaft vor.

Im Distrikt Warschau laufe der Betrieb noch ganz gut, doch handle es sich hier nur um geringe Mengen. Aus dem Distrikt Radom habe man in der letzten Zeit zahlreiche beunruhigende Meldungen über die Zunahme des Bandenwesens erhalten: eine ganze Anzahl von Sägewerken seien in Brand gesteckt worden. Der östliche Teil des Distrikts Krakau werde durch die herrschende Unruhe, durch die Räumungsmassnahmen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen.

8.5.1944

Im grossen und ganzen habe der Ausfall der Distrikte Lublin und Galizien einen Minderertrag von 50% zur Folge. In anderen Distrikten sei der Betrieb so geschwächt, daß die gesamte Verwaltung vielleicht nur noch zu einem Drittel arbeite. Diese Tatsache habe ihn veranlaßt, im Einverständnis mit dem Staatssekretär das Reichsforstamt um Hilfe zu ersuchen und es zu bitten, vielleicht einen Teil der Versorgung der Truppe und auch der übrigen Bedarfsträger des Generalgouvernements zu übernehmen. Grosse Hoffnungen habe er angesichts der Transportschwierigkeiten nicht. Ausserdem sei die Holzlage im Reich ausserordentlich angespannt, weil jetzt ein grosser Teil der Rüstungsindustrie unter die Erde verlegt werde. Der Betrieb wenigstens in den 3 westlichen Distrikten könnte noch eine Zeitlang gehalten werden, wenn ein Stützpunktsystem wieder eingerichtet werden würde.

Von dem Forstschutzkommando sei nicht mehr viel übrig geblieben. Man habe es nicht erreichen können, daß die Männer vom Wehrdienst freigestellt würden, weil für die Angehörigen des Forstschutzkommandos genau die gleichen Einziehungsbestimmungen hinsichtlich der Jahrgänge 1905 bis 1913 bestänben. Z.Zt. seien im Forstschutzkommando nur noch Männer des Jahrganges 1900 und älter tätig. In einer Stärke von 1 zu 10 oder 1 zu 12 seien sie für den Schutz der Sägewerke eingesetzt. In den 3 letzten Wochen seien 25 Angehörige des Forstschutzkommandos getötet worden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratung zusammen und bezeichnet es als sehr ernst. Es bedeute in allen Sparten der allgemeinen Führung der Dienstgeschäfte des Generalgouvernements eine wesentliche Steigerung der Unsicherheit. Es hätten bereits geradezu Katastrophen ankündende Ereignisse stattgefunden, und es sei leider im wachsendem Umfange nicht mehr möglich, einen regulären Staatsbetrieb aufrecht zu erhalten. Er werde sich im Anschluß an die heutige Sitzung nach Benehmen mit den beiden Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe sofort an die massgebenden Stellen des Reiches wenden. Er könne nur die Erwartung aussprechen, daß die

8.5.1944

Herren der Wehrmacht, die sonstigen Waffenträger und Staatssekretär Koppe nicht müde würden in dem Hinweis auf die Lage, die einzig und allein durch den Ausfall bewaffneter Organe im Deutschen Reich bedingt, aber nicht auf ein Versagen der Verwaltung des Generalgouvernements zurückzuführen sei. Er stelle positiv fest, daß man, wenn man das Generalgouvernement hätte ruhig weiter arbeiten lassen, mit einem absolut weiteren Aufstieg der Leistungen des Generalgouvernements hätte rechnen können.

Die Rechnung, die man heute aufstelle, sei zunächst eine fiktive. Sie werde aber unmittelbar in Erscheinung treten, wenn in den kommenden Monaten seitens der Wehrmacht und der anderen Waffenträger wie des Reiches Forderungen in dem Umfange gestellt werden müssen, wie man das bis jetzt gewohnt sei. Er mache darauf aufmerksam, daß er als Generalgouverneur für sich und seine sämtlichen Organe die Verantwortung für diese Entwicklung restlos ablehnen müsse. Er könne selbstverständlich auch, wenn er das feststelle, die Verantwortung für die Entwicklung niemandem übertragen. Denn es liege weder in der Macht des Wehrmachts- noch des Sicherheitsrepräsentanten in diesem Gebiet, aus eigenem Abhilfe zu schaffen. Die Verantwortung liege bei der Führung der Reichsinstanzen. Selbstverständlich sei das Generalgouvernement mit dieser Situation in die allgemeinen strategischen und Führungsnotwendigkeiten einzubeziehen.

Trotz alledem wäre die Lage an sich noch nicht so ernst, wenn nicht in geradezu diametral unlogischer Ergänzung zu dieser steten Verschlechterung der Versorgungs- und Sicherheitssituation die Anforderungen des Reiches an das Generalgouvernement steigen würden. Sie stiegen nicht in der tonnenmässig sich erhöhenden Zahl von Lieferungsverpflichtungen, die man dem Generalgouvernement auferlege, wohl aber in der Notwendigkeit, in das Generalgouvernement Betriebe hereinzunehmen, die infolge Zerstörung im Reichsgebiet nicht mehr arbeiten könnten. Eine wesentliche Verschlechterung der Sicherheitslage folge auch gerade daraus, daß man in dieses politische und bevölkerungsmässig aussergewöhnlich ge-

fährliche Gebiet die empfindlichsten Rüstungsindustrien verlegt habe. Diese Umstände insgesamt zeigten, daß die Wirksamkeit des Generalgouvernements in jedem Hinblick absinke und damit die eigentliche Funktion, die im Dienste des Krieges zu erfüllen wäre, von Tag zu Tag schwieriger werde.

Von besonderem Interesse seien für ihn 2 Tatbestände gewesen: einmal die Unterbrechung des Fernsprechkabels durch den Bilgorajer Wald und zum anderen die Stillegung der Bahnlinie Zawada-Rawaruska. Es müßte doch möglich sein, gegebenenfalls unter Einsatz starker militärischer Kräfte dieses enorm wichtige Kabel wieder herzustellen. Was die genannte Bahnlinie angehe, so dürfe man niemals sagen, daß etwas, was örtlich genau umgrenzt einen Sondertatbestand darstelle, einfach hingenommen werde, wenn man noch die Möglichkeit hätte, durch eine konzentrierte Sonderaktion die Lage wiederherzustellen. Er bitte deshalb Staatssekretär Koppe, in diesem beiden Fällen, die besonders markanten Charakter trügen, eine Sonderaktion zu unternehmen.

Was die Ernährung der fremdvölkischen Bevölkerung angehe, so befürchte er, daß die Situatuion auch stimmungsmässig zu einem katastrophalen Verfall führen werde. Die ihm gewordenen Gerüchte lauteten noch ungünstiger als diejenigen des Präsidenten Naumann. Im polnischen Volk herrsche offensichtlich eine ganz beispiellose Nahrungsverelendung, und daraus würden sich unzweifelhaft ganz ernste Autoritätsverluste ergeben. Er wolle dem Präsidenten Naumann gewiss keinen Vorwurf daraus machen, aber es wäre vielleicht nützlich, wenn Präsident Naumann seinen Optimismus nicht so deutlich in einem Augenblick in Erscheinung treten liesse, in welchem die Wirklichkeit anfange, ihn völlig zu widerlegen. Die Versorgung der fremdvölkischen Bevölkerung des Generalgouvernements sei heute in grossen Gebieten in einer katastrophalen Verschlechterung begriffen. Die politische Schlußfolgerung daraus zu ziehen, sei Sache des Generalgouverneurs. Die Situation sei sehr ernst, und für Tau-

sende und Hunderttausende von polnischen Familien sei es kaum mehr möglich, einigermassen zureichende Nahrung herbeizuschaffen. Jedenfalls wäre es falsch, die Ernährungslage des Generalgouvernements nur aus den viel zu einseitigen Erfahrungen der Ernährungsbehörden zu beurteilen.

Er bedaure, daß von dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei gegen Kreislandwirte der Vorwurf einer Unterstützung des Schleichhandels auf dem Gebiet der Weizenversorgung erhoben worden sei. Er habe den Auftrag gegeben, ihm die Akten zur Verfügung zu stellen. Er wäre dankbar, wenn sich die Staatssekretär Dr. Bühler und Koppe dieser Sache annähmen. Er verlange restlose Aufklärung und werde nicht verfehlen, den Teilnehmern der Sitzung das Ergebnis dieser Untersuchung vorzulegen.

19^{10} Schluß der Arbeitsbesprechung.

19^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Craushaar und Generaldirektor Budin.

Generaldirektor Budin berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Fabrikation der ihm unterstehenden Rüstungswerke.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, dem Generaldirektor Budin im Bereiche des Generalgouvernements ein Gut und eine Fläche von etwa 1000 Morgen zur Verfügung zu stellen, und ersucht Generaldirektor Budin, sich in dieser Frage mit Präsident Naumann in Verbindung zu setzen.

19^{40} Besprechung mit Pressechef Gassner.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IX/8

Krakau

Dienstag, den 9. Mai 1944

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Hauptbannführer Schimmelpfeng und Hauptmann Schaumburg.

Hauptbannführer Schimmelpfeng führt aus, daß sich der Herr Generalgouverneur vor einiger Zeit nach Vortrag bereit erklärt habe, für den besten Bann der H.J. des Generalgouvernements einen Wanderpreis zu stiften, der jeweils für 1 Jahr für die besten sportlichen, weltanschaulichen, gesanglichen und sonstigen Leistungen verliehen werden solle. Er bitte den Generalgouverneur, über den vorliegenden Entwurf zu entscheiden. Der Wanderpreis werde zum ersten Male Pfingsten dieses Jahres verliehen werden.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche nach einigen Abänderungen Ausdruck und erklärt sich damit einverstanden, daß auf dem Wanderpreis sein Namenszug eingearbeitet werde.

Mit dem Wunsch, die Schirmherrschaft über eine Arbeitsgemeinschaft Schach der H.J. zu übernehmen, verweist der Herr Generalgouverneur Hauptbannführer Schimmelpfeng an Staatssekretär Dr. Boepple.

Oberdienstleiter Tießler meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß SA-Brigadeführer Pelz seine Dienstgeschäfte an SA-Brigadeführer Kühnemund übergeben habe und daß demnächst seine Verabschiedung vorzunehmen sei.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden, daß an der feierlichen Verabschiedung des SA-Brigadeführers Pelz auch die Standortführer der Partei teilnehmen und bei ihm ein Essen für 20 Personen stattfinden könne.

11^{30} Bankdirigent Dr. Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur an Hand von Tabellen und Statistiken über laufende Dienstgeschäfte in seinem Arbeitsbetriebe.

9.5.1944

11[50] Hauptmann der Schutzpolizei Zisenis meldet sich beim Herrn Generalgouverneur mit einer Karte, auf der das Gebiet des Manganerz-Vorkommens bei Zabie genau eingezeichnet ist.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptmann Zisenis, die Karte nach Rückkehr der Expedition Jordan bei einer darauf stattfindenden Besprechung erneut vorzulegen.

11[55] Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

einer Verordnung über die Einführung einer Verbrauchssteuer für Zigarettenpapier,

einer Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Verordnung über die Einhebung einer Stückgebühr für die amtliche Prüfung der Gold- und Silberwaren,

einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufhebung der Verordnung zur Festsetzung von Arzneipreisen

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Ministerialrat Dr. Weh, die Einzelheiten für einen Vortrag des Staatssekretärs Dr. Freisler in der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements zu regeln.

Auf eine Frage des Ministerialrats Dr. Weh, ob der Beauftragte für den kriegswichtigen Verwaltungsaufbau noch weiter fungieren soll, gibt der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr. Weh die Anweisung, diese Funktion amtlich aufzuheben.

12[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Staatssekretär Dr. Boepple übergibt einen Zwischenbericht über Aufträge, die er vom Herrn Generalgouverneur erhalten und bereits durchgeführt hat.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, in Vorbesprechungen folgende Punkte für eine kommende Rundfunksitzung zu klären:

9.5.1944

1. Die gesamten Rundfunkanlagen des Generalgouvernements gehören dem Staatsfiskus Generalgouvernement.
2. Die Sender des Generalgouvernements werden in einer Staatsgesellschaft des Generalgouvernements zusammengefaßt.
3. In welches Verhältnis tritt diese Staatsgesellschaft zur Reichsrundfunkgesellschaft.

12^{15} Sitzung des Beirates der Kulturvereinigung des Generalgouvernements im Grünen Zimmer der Burg.
(siehe Seite

13^{10} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz, Dr. Hans Paul Müller in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur beruft Dr. Müller zum stellvertretenden Vorsitzenden der Sektion Chemie im Institut für Deutsche Ostarbeit und übergibt ihm die Berufungsurkunde.

Dr. Coblitz berichtet, daß die Untersuchungen der Sektion Chemie erstmalig positive Ergebnisse erzielt hätten. Dr. Müller habe Untersuchungen darüber angestellt, wie die im Generalgouvernement vorhandenen elementaren Schwefelvorkommen ausgebeutet werden könnten, und habe zu diesem Zweck ein Verfahren ausgearbeitet, um auch die niederen Schwefelvorkommen auszuwerten. Diese Arbeiten seien von ungeheuerer Wichtigkeit, da im Reich elementare Schwefelvorkommen kaum vorhanden seien. Einen eingehenden Bericht über die auf diesem Gebiet bisher erzielten Ergebnisse habe er dem Herrn Generalgouverneur bereits eingereicht. Unter Leitung der Hauptabteilung Wirtschaft müsse nun eine staatliche Organisation zur Ausbeutung und Verwertung der Schwefelvorkommen des Generalgouvernements gegründet werden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Arbeiten auf diesem Gebiet als ungeheuer wichtig und wünscht Dr. Müller für seine weiteren Forschungen alles Gute. Die Errichtung einer staatlichen Organisation zur Ausbeutung und Verwertung der Schwefelvorkommen des Generalgouvernements sei vorzunehmen.

9.5.1944

Dir.Dr. Coblitz berichtet dann weiter über die laufenden Aufgaben seines Instituts. Die Warschauer Zweigbetriebe des Instituts seien weitgehend nach Krakau verlegt worden. Die kriegswichtigen Sektionen wie die Sektion Physik, Biologie, Geologie seien stark im Wachsen. Z.Zt. arbeite man im Institut an 2 wichtigen Arbeiten, nämlich der Feststellung des Rüstungs- und des Ernährungspotenzials der UdSSR. Diese Arbeiten, die bis Ende Juni fertiggestellt würden und im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht durchgeführt würden, könnten nur mit den dem Institut zur Verfügung stehenden russischen Kräften gemacht werden.

Gewisse Schwierigkeiten bereite die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten. So habe z.B. in seinem Auftrag Frl.Dr.von Puttkammer ein wissenschaftliches Werk über die polnische Nationaldemokratie unter Verwendung der Akten, die in Warschau und in Paris in deutsche Hände gefallen seien, geschrieben, Verfügungen des Auswärtigen Amtes, des Propagandaministeriums und der Krakauer Abwehrstelle, wonach gegen eine Veröffentlichung nichts einzuwenden sei, lägen vor. Nun stehe der Sachbearbeiter in der Hauptabteilung Propaganda, Hämel, der im Generalgouvernement die fachliche bezw. politische Druckerlaubnis zu geben habe, auf dem Standpunkt, daß das Werk politisch zur Veröffentlichung nicht geeignet sei. Herr Hämel besitze zur Beurteilung einer solchen Frage nicht die fachlichen Voraussetzungen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, die Angelegenheit in seinem Namen zu entscheiden. Er möge in einer Besprechung mit Herrn Hämel, Dr. Coblitz und vielleicht auch Dr. von Puttkammer ersteren seine fachlichen Bedenken äussern lassen. Es gehe nicht an, daß ein untergeordneter unbekannter Referent eine amtliche Verlautbarung eines so wichtigen Institutes ohne wirklich stichhaltige Gründe unterbinden könne.

16^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zu Beginn der Besprechung auf einen Brief des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDA-P, Ober-

dienstleiter Tießler an ihn Bezug und bezeichnet den darin gestellten Antrag als so wichtig, daß er eine Vorbesprechung im engsten Kreis halten wolle. Ihm komme es vorerst nur auf eine allgemeine Erläuterung des Antrages, nicht auf eine sachliche Debatte an. Er bitte Oberdienstleiter Tießler, den Antrag in seiner Eigenschaft als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches zu wiederholen.

Oberdienstleiter Tießler beantragt

1. Die organisatorische Sicherung der Parteiarbeit im Generalgouvernement durch die Schaffung von 12 Kreisleitungen mit hauptamtlichen Kreisleitern.
   (Von der Parteikanzlei war die Schaffung von 16 Kreisleitungen gefordert),
2. den Einbau aller bisherigen Standortführer (etwa 60) als Ortsgruppenleiter in den Organisationsrahmen der Partei,
3. den Einbau der bisherigen Distriktstandortführer als Inspekteure des Arbeitsbereiches für ihren Distrikt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß er als Leiter des Arbeitsbereiches zunächst der verantwortliche Mann für die Gesamtstruktur der Partei im Generalgouvernement sei und er den vorliegenden Antrag als internes Besprechungsthema zwischen Pg. Tießler und ihm annehme. Infolgedessen sei die Beiziehung der beiden Staatssekretäre nicht eine Hereinziehung von Repräsentanten des Staates in eine Parteiangelegenheit. Sie sei nur ein Ausdruck der Totalität der Führung dieses Raumes. Pg. Tießler werde ja auf der anderen Seite auch bei allen wichtigen Angelegenheiten des Staates zugezogen. Er betrachte die 3 Anwesenden als seine engsten Ratgeber ohne Berücksichtigung der Tatsache, ob sie dem Partei- oder dem staatlichen Sektor angehörten.

Die Frage, wie im Generalgouvernement organisiert werde, sei ein Problem, das er sich habe stellen müssen, als er im September 1939 als Generalgouverneur in dieses Land gekommen sei. Der Führer habe ihm damals nur erklärt, "machen Sie aus diesem Gebiet etwas". Pg. Tießler werde nirgends einen Hinweis finden können, dass ihm, dem Generalgouverneur, von irgendeiner Stelle des Reiches er-

klärt worden wäre, was zu tun sei. Ihm sei nicht gesagt worden, „bilden Sie eine Regierung, teilen Sie das Land in Distrikte ein". Der ganze Aufbau im Generalgouvernement sei bis auf wenige Dinge sein geistiges Eigentum; er habe im Generalgouvernement eine Art Staatsstruktur gefunden, er habe erreicht, daß im Lande die Interessen des Reiches vertreten würden und doch selbständig gearbeitet werde. Die Erfolge dieser Arbeit hätten ihm Recht gegeben.

Was für den Staat gelte, gelte auch für die Partei im Generalgouvernement. Auch für den Aufbau der Partei im Generalgouvernement habe er von niemandem im Reich den geringsten Hinweis bekommen; die Partei im Reich habe zu der jetzt im Generalgouvernement bestehenden Parteiorganisation nichts beigetragen. Für die Lösung, daß er hier einen Arbeitsbereich geschaffen habe, verlange er für sich persönlich das reine Erfinderpatent, und zwar angefangen vom Begriff bis zur Organisation. Niemand habe ihm bei der Struktur dieser Sache geholfen. Das hätte auch niemand gekonnt, denn niemand ausser dem Generalgouverneur sei auf Grund Führerverordnung in diesem Gebiet zuständig gewesen. Der Gedanke, in einem besetzten Gebiet eine Parteiorganisation zu errichten, sei damals von den Parteistellen im Reich sehr skeptisch aufgenommen worden, und er erinnere sich sehr genau seiner grossen Aussprache mit dem damaligen Stellvertreter des Führers Rudolf Hess.

Sein damals von ihm gemachter Vorschlag zur Errichtung eines Arbeitsbereiches Generalgouvernement sei nach langem Hin und Her angenommen worden. Angesichts der geringen Anzahl deutscher Menschen, die ihm im Generalgouvernement zur Verfügung ständen, habe er der Partei in diesem Gebiet eine eigene Struktur geben müssen, da sie auch eine eigene Aufgabe zu erfüllen hätte. Der wesentliche Unterschied der Parteiarbeit hier und im Reich liege darin, daß im Reich die Partei das Volk in allen seinen Beziehungen dem Staat gegenüber repräsentiere. Hier habe die Partei das Volk nicht zu betreuen, sondern der Staat. Die Partei könne sich nicht um das fremde Volkstum im Lande kümmern, sondern nur um die wenigen Deutschen, die nur 1% der Bevölkerung ausmachten. Die

Betreuung der kleinen Zahl der Deutschen im Lande sei aber dessen ungeachtet eine höchstrangige Aufgabe. Der Arbeitsbereich könne nicht geleitet werden von einem Mann, der mit den Allüren des Gauleiters hier in Erscheinung trete. Ein Konflikt zwischen Gauleiter und Staat wäre in diesem fremden Lande völlig untragbar. Von einem Gauleiter könne man auch nicht verlangen, daß er sich nur um die 180 000 Deutschen kümmere und die 15 000000 Fremdvölkischen unbeachtet lasse. Diese Frage sei auch das Hauptgegenargument des damaligen Stellvertreters des Führers gegen die Errichtung einer Parteiorganisation im Generalgouvernement gewesen. Er habe die Ansicht ausgesprochen, daß die Parteigenossen im Generalgouvernement ebenso gut von Nachbargauen betreut werden könnten, wie das im Protektorat der Fall sei.

Sein Standpunkt, daß die Partei die Deutschen hier im Lande in einer eigenen Organisation zusammenhalten müsse, habe gesiegt, und er könne heute sagen, daß die Leistungen der Partei gänzlich im Sinne seiner Absichten verlaufen seien und die Parteiorganisation im Generalgouvernement sich glänzend bewährt habe.

Die hier gestellten 3 Anträge stellten eine wesentliche Änderung seines sich vorgenommenen Grundsatzes dar, angesichts der kleinen Anzahl der dem Generalgouvernement zur Verfügung stehenden Führungskräfte möglichst von der Personalunion auszugehen und dafür zu sorgen, daß durch Parteidislozierungen nicht Überschneidungen amtlicher Bereiche einträten, die bekanntlich immer Reibungen verursachten. Im Reich herrsche ein derartiges Maß von Überschneidungen, daß an einem Punkt manchmal 15 Zuständigkeiten bestünden. Der neue Reichsinnenminister Himmler habe es in Angriff genommen, diese vielen territorialen Überschneidungen zu beseitigen. Einen solchen Zustand wollte er hier von Anfang an nicht einführen, und deswegen habe er bei allen Planungen die territoriale Einteilung in Distrikte, Kreise und Städte vorherrschen lassen. Diese Absicht sei im grossen und ganzen geglückt, und nur aus praktischen Gründen gäbe es da und dort wie z.B. bei der Ostbahn eine Ausnahme.

8

9.5.1944

Mit dem vorliegenden Antrag kämen nun in diese stabile Erstordnung zweifache Überschneidungen, und zwar solle bei den Gouverneuren die Personalunion und bei den Kreisen die Territorialunion gelöst werden. Es sei nichts dagegen einzuwenden, daß er bei Besprechung dieses Problems seine wesentlichen Mitarbeiter auf dem Gebiete des Staates zugezogen habe. Diese Organisationsfragen wären wesentlich, wenn man bereits jetzt schon die folgenden Momente bejahen könnte: 1. wenn man das Generalgouvernement in seiner heutigen Form als eine endgültige Organisation an sich ansehen könnte, dann könnte er sagen, da das Generalgouvernement heute die endgültige Form einer Organisierungsmöglichkeit dieses Raumes im Gesamtbereich Großdeutschland darstelle, müsse man auch die endgültige Form der Parteiorganisation in diesem Raum finden. Wenn er weiter wüßte, daß in die bereits vorhandenen oder neu zu schaffenden Parteibereiche des Generalgouvernements nur bestqualifizierte Männer zum Einsatz kämen, dann könne man die endgültige Form der Parteiorganisation im Generalgouvernement schaffen. Diese beiden Voraussetzungen seien aber erst vorhanden, wenn der Krieg mit dem Sieg Deutschlands geendet haben werde.

Im jetzigen Augenblick sei es so, daß in einem an sich nur provisorischen Gebilde eine Organisationsänderung vorgenommen werden solle, also auch nur etwas provisorisches bleiben könne. Mit diesem Argument habe er in all den Jahren alle organisatorischen Veränderungen, die von Reichsstellen vom grünen Tisch aus an das Generalgouvernement herangetragen worden seien, zurückgeschlagen. Dieser Kampf sei im wesentlichen geglückt. Die wenigen stattgefundenen Einbrüche zählten nichts, seien mittlerweile so geschwächt, daß sie garnicht lebensfähig seien, wenn er es nicht zugäbe.

Hier gehe es nun um die Frage: ist es erwünscht, notwendig und durchführbar, daß in einem an sich organisatorisch nicht endgültigen Gebilde wie dem des Generalgouvernements dauernd an der Organisation herumgearbeitet wird? Hat es einen Sinn, an der jetzigen Organisation

ohne brennende Notwendigkeit etwas zu ändern, da die grosse Hauptorganisation nicht endgültig ist?

Wenn er nun alle diese Gesichtspunkte zusammennehme und sich zu den vorliegenden Vorschlägen äussere, so müsse er einige andere Dinge noch vorausschicken. Pg. Tießler schreibe in seinem Brief, daß die Regelung der organisatorischen Frage für ihn die Voraussetzung für seine Arbeit in diesem Raum sei. Diese Äusserung Tießlers habe ihn sehr schmerzlich berührt, denn aus seinen Ausführungen könne man erkennen, daß für ihn die Organisationsfrage in diesem Raum garnichts primäres sei. Wenn er heute feststellen müßte, daß die Gouverneure mit ihrer Einrichtung nicht mehr tauglich seien, würde er sie sofort durch einen Erlaß abschaffen. Gegen die Behauptung Pg. Tießlers, daß die Regelung der Organisationsfrage Voraussetzung für seine Arbeit in diesem Raum sei, wehre er sich und erkläre demgegenüber, daß die Deutschen in diesem Raum nicht seien, um zu organisieren, sondern um zu arbeiten. Die Organisation sei überhaupt nur ein Mittel zum Zweck und daher jederzeit in Gefahr. Organisationsfanatiker, denen die Organisation wichtiger als das Ziel sei, seien fehl am Platze. Der Führer habe einmal gesagt, daß er der Erste wäre, der die NSDAP zerstören würde, wenn sie als Organisationsform nicht mehr im Stande wäre, die politische Führung des deutschen Volkes zu machen. Das Ziel sei nicht die Organisation des Reiches sondern die Erhaltung des Reiches. Voraussetzung für eine Arbeit könne niemals die Lösung von Organisationsfragen sein, sondern der gute Wille, mit allen Kräften das Beste auf einem Gebiete zu machen.

Pg.Tießler führe in seinem Schreiben weiter an, daß der Partei in diesem Raum der notwendige Apparat fehle. Hier müsse er erwidern, daß die Partei im Generalgouvernement nicht auf Pg.Tießler gewartet habe, damit er die Partei im Generalgouvernement in Tätigkeit bringe. Er als Leiter des Arbeitsbereiches müsse schärfstens dagegen Stellung nehmen, wenn Pg.Tießler glaube, daß er das Geringste versäumt habe. Was in diesen Jahren in einem so schweren Kampf, wie er ihn zu führen gehabt

habe, von einem Mann, der nunmehr 25 Jahre im Dienste des Führers stehe, habe überhaupt geschehen können, habe er unter Überwindung seiner letzten Selbstposition getan. Er habe hier eine Parteiorganisation aufgebaut unter Schwierigkeiten, wie man sie sich in der Parteikanzlei nicht vorstellen könne, weil man von diesen Schwierigkeiten keine Ahnung habe. Die Berichte des früher hier tätigen SS-Obergruppenführers Krüger, die die Grundlage für die Einstellung der Parteikanzlei ihm gegenüber bildeten, seien infame Verleumdungen. Er behaupte - und er könne das auch beweisen - , daß die Tätigkeit der Partei in diesem Raum in einer Weise vor sich gehe, daß sie sich mit jedem, der unter gleichen Bedingungen ein Gleiches sich zum Ziel gesetzt habe, sieghaft vergleichen könne. Die Organisation des Parteiapparates, Durchführung der Versammlungen, Kundgebungen, Parteitage, die Leistungen der NSV, der Schulungsbetrieben, Parteihäuser, Unterkünfte, die Verbindung von Partei, Staat, Wehrmacht und Heimat, die Aufrichtung der deutschen Menschen in Kundgebungen, die rednerischen Leistungen, die gesamte Stimmung in diesem Raum hätten nur er und seine Mitarbeiter aufgebaut. Deswegen könne er es nicht hinnehmen, daß man glaube, daß er Pg. Tießler nur deswegen berufen habe, um hier die Parteiarbeit in Gang zu bringen. Pg. Tießler setze sich auf einen fertigen Stuhl, das Parteihaus sei keine Ruine und der Parteigeist nicht zerstört. Die wenigen mulmigen Exemplare von Neidhammeln und ehrgeizigen Burschen würden ausgemerzt werden. Es sei eine völlig irrtümliche Meinung, wenn Pg. Tießler glaube, daß er, der Generalgouverneur, von ihm erwarte, daß er das Parteileben im Generalgouvernement aufbaue. Die Partei lebe in diesem Raum. Pg. Tießler habe die Partei nur als sein Stellvertreter zu führen.

Die Vorgänger Pg. Tießlers hätten allerhand geleistet. Es könne sein, daß sie in manchem gefehlt hätten; zu einer Kritik sei aber nur der legitimiert, der beweisen könne, daß unter den gleichen Voraussetzungen von ihm etwas Besseres geschaffen worden wäre. Ein Mann habe die Leistungen der Partei in diesem Raum bisher anerkannt, und das sei Adolf Hitler. Das genüge ihm.

9.5.1944

Diese Vorbereinigung habe stattfinden müssen. Er weiche vor keinem Kampf zurück, bei dem es um eine ihm heilige Idee gehe. Solche heiligen Ideen habe er; sie seien vielleicht vertagt, aber sie kämen wieder! Dafür nehme er mit jedem den Kampf auf. Daß Pg. Tießler schreibe, eine schwache Partei sei schlimmer als garkeine, und daß die Partei in diesem Raum erst stark würde nach der Durchführung der neuen organisatorischen Pläne, müsse er mit Entschiedenheit zurückweisen. Die Partei sei hier stark, weil er sie leite und weil er dieses Selbstbewußtsein besitze.

Diese Punkte des vorgenannten Schreibens Tießlers habe er beanstanden müssen. Seit 25 Jahren mache er nun den Marsch der Bewegung mit. Die Schwierigkeiten, in der sich die Partei befinde, seien von der Partei nicht verschuldet; sie hingen mit den ungeheueren Belastungen dieser Zeit zusammen. Das Generalgouvernement sei ein Kriegskind und habe die einzige Aufgabe, dem Reich nach Kräften beizustehen. Die Methode, wie dieser Beistand durchgeführt werde, sei dem Generalgouvernement allein aufgegeben.

Die Anträge Pg. Tießlers nehme er wohlwollend auf, sei absolut nicht dagegen. Er könne sich vorstellen, daß es möglich sei, daß die Dinge so gingen. Er werde am kommenden Freitag die Stellungnahme der Gouverneure in ihrer Eigenschaft als Distriktstandortführer in Anwesenheit Pg. Tießlers herbeiführen und, wenn nicht ganz ungeheure und gegensätzliche Probleme ihm dabei vorgetragen würden, dem Wunsche der Parteikanzlei und des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Rechnung tragen. Der Inhalt der Aufgaben der Inspekteure müsse genau umschrieben werden; bei der Einteilung der Kreise müsse genau klargelegt werden, welche Funktion der Kreisleiter und welche der Kreishauptmann habe. Auf diese Weise könne dieser Vorschlag in einer dem Generalgouvernement würdigen Weise entschieden werden. Er als Leiter des Arbeitsbereiches werde seine Personalunion niederlegen, da er jetzt keine Konflikte brauchen könne. Wenn man seinen Gouverneuren und

9.5.1944

seinen braven Kreishauptleuten die Personalunion wegnehme, könne er auch für sich keine Ausnahme beanspruchen.

Oberdienstleiter Tießler weist darauf hin, daß er in München eingehend über die bisherige Arbeit der Partei im Generalgouvernement gesprochen habe. Dabei habe er erklärt, daß es für ihn nur einen Leiter des Arbeitsbereiches gebe und das sei der Generalgouverneur. Solange er in diesem Raum tätig sei, wolle er der Stellvertreter des Leiters des Arbeitsbereiches bleiben. Er habe in München ferner erklärt, daß er auf jeden Fall die Einschaltung der Gouverneure in die Parteiarbeit wünsche, da er die Gouverneure als Parteigenossen schätze und auch ihren Einfluß in diesem Raum kenne. Die Parteikanzlei habe nämlich bei der Eröerterung der Organisationsfrage von ihm verlangt, die Personalunion für die Gouverneure vollkommen zu lösen. Es habe darüber eine lange Auseinandersetzung zwischen Pg. Friedrichs und ihm gegeben, wie er bereits dem Herrn Generalgouverneur berichtet habe. Die Parteikanzlei habe sich schließlich doch bereit erklärt, seinen Antrag zu dem ihrigen zu machen, und ihn beauftragt, den jetzt zur Debatte stehenden Vorschlag entsprechend zu vertreten. Er habe also den Beweis erbracht, daß er gegen eine Personalunion nichts einzuwenden habe, wenn es auch darum gehe, eine richtige Organisationsform zu finden.

Hinsichtlich der Organisationsform teile er restlos den Standpunkt des Herrn Generalgouverneurs. Er sei kein Mann, der die Organisationsform anbete; er brauche jedoch die Organisation als solche als Fundament seiner Arbeit. Das habe er in seinem Brief gemeint. Wenn er zu Tagungen in das Land hinauskomme, werde ihm immer die gleiche Frage gestellt, "bekommen wir nicht endlich unsere Eingruppierung in die Partei, warum müssen wir, die wir unsere Pflicht getan haben, ohne Rangabzeichen herumlaufen". Dieser Tatbestand sei für ihn der Anlaß gewesen. Die Parteigenossen im Lande müßten sich ja zurückgesetzt fühlen, wenn sie für ihre Arbeit keine Anerkennung fänden. Er brauche die Anerkennung der Arbeit der kleinen Parteigenossen durch die Uniformierung und er brauche

9.5.1944

draussen im Lande hauptamtliche Kräfte, die sich um die Kleinarbeit kümmerten. Bei Stichproben habe er feststellen müssen, daß die Kleinarbeit in der Partei nicht zuverlässig geleistet werde; das liege darin, dass die Menschen fehlten, die sich um diese Kleinarbeit kümmerten. Auf der anderen Seite habe er festgestellt, daß die Gouverneure sich bei allem Fleiss um die Partei doch nur mit einem kleinen Teil ihrer Arbeitskraft kümmern könnten. Dazu werde er in Anwesenheit der Gouverneure am kommenden Freitag nähere Ausführungen machen. Aus diesen Gründen habe er in seinem Brief die Erklärung abgegeben, daß er für die Parteiarbeit hauptamtliche Kräfte benötige.

In der von ihm geplanten Formgebung, um die Gouverneure zu befriedigen, und sie für die Parteiarbeit weiterhin zu gewinnen, habe er die Überlegung angestellt, wie er auf der einen Seite die Parteikanzlei gewinnen und auf der anderen Seite den Gouverneuren eine Arbeit geben könne, die sie arbeitsmässig leisten könnten und nach aussen ihr Ansehen in der Parteiarbeit bestehen lasse. Er habe die neuen Aufgaben, die die Gouverneure als Inspekteure der Partei zu leisten hätten, schriftlich niedergelegt, und auch der Herr Generalgouverneur werde nach Kenntnisnahme davon überzeugt sein, daß sie durchaus einen Rahmen darstellen, der für sie keine Herabsetzung bedeuten würde. Wenn er geschrieben habe, daß für ihn die Organisation die Voraussetzung der Arbeit sei, dann bedeute das für ihn nicht die Organisationsform als solche, sondern mit ihr müßten die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die Männer draussen Freude an ihrer Arbeit und das Bewußtsein hätten, daß sie Anerkennung finden .

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken daß die Parteikanzlei mit ihrer Weigerung, verdienten Parteigenossen im Generalgouvernement Uniform und Rang zu verweigern, engherzig handle. Für die Parteikanzlei könne doch die Grösse des Reiches von 1939 nicht massgeblich

sein. Sie erkenne gerade noch die Arbeitsbereiche an, wolle aber in einem fremdvölkischen Raum die innere Organisation der Partei in der-selben Form gestaltet wissen, wie im Reich.

Oberdienstleiter Tießler hält dem entgegen, daß die Parteikanzlei in-sofern auf seine Gedankengänge eingegangen sei, als sie für eine bestimmte Aufgabe Inspekteure einsetzen wolle, was in einem Gau des Reiches nicht üblich sei.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß die Parteikanzlei logischer Weise aus dem Generalgouvernement mit 180 000 Deutschen einen Kreis bilden müsse, da die Zahl der wenigen Deutschen, gemessen an den Verhältnissen im Reich, kein grösseres Parteigebilde erfordere. Sie weigere sich, den Organisationsrepräsentanten der Partei im Generalgouvernement irgendeine parteiliche Position zu geben, solange nicht die jetzige Parteiorganisation im Generalgouvernement in der nach ihrer Meinung allein massgeblichen Form umgebaut sei.

Oberdienstleiter Tießler macht hier die Einschränkung, daß dies nur für Parteigenossen zutreffe, die in hier geschaffenen Sondergebilden tätig seien, die es im Reich nicht gebe, also in den Distrikt- und Kreisstandorten.

Der Herr Generalgouverneur sieht in der Erfüllung der 3 vorliegenden Anträge der Parteikanzlei einen Ausweg aus dieser Haltung. Er nehme das zur Kenntnis und er werde sich des lieben Friedens wegen im ausschließlichen Interesse der braven Parteigenossen, die ihm in all diesen Jahren im Parteiaufbau geholfen hätten, diesem Zwange beugen.

SS-Obergruppenführer Koppe weist auf die schlimmen Folgen hin, die für die Partei entstehen könnten, wenn die Gouverneure nun erklärten, sie seien an der weiteren Parteiarbeit desinteressiert.

Auch Staatssekretär Dr. Bühler drückt Bedenken dagegen aus, daß plötzlich im Lande eine Mittelinstanz

ausgeschaltet werden solle. Es könne nicht gut gehen, wenn 12 neue Kreisleiter ihre Tätigkeit in einem Lande ausüben sollten, das sie nicht kennen würden.

Oberdienstleiter Tießler ersucht den Herrn Generalgouverneur, den Gouverneuren aus Anlaß ihrer Anwesenheit am kommenden Freitag ihre neue Funktion als Inspekteure klarlegen zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und unterbricht die Erörterungen über dieses Thema. Pg. Tießler wird mit den Distriktstandortführern Fühlung nehmen und auf Grund deren Stellungnahme den Antrag erneut vorbringen.

Zum Schluß weist der Herr Generalgouverneur noch darauf hin, daß die ganze Angelegenheit nichts in seinem Vertrauen zu Pg. Tießler ändere. Diese Klarlegung sei er aber seinen Mitarbeitern in der Partei schuldig gewesen.

17^{30} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dirigent Swarowsky, Generalintendant Stampe und Kapellmeister Erb zum Tee.

IV/8

1

9.5.1944

20[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatskasino.

Dort findet ein Kamerad-schaftsabend der Hauptabteilung Propaganda statt.

Nach-dem Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch den Herrn Generalgouverneur begrüßt und einen kurzen Überblick über die Arbeit der Hauptabteilung Propaganda gegeben hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Präsident! Meine Arbeitskameradinnen und Arbeitskameraden der Hauptabteilung Propaganda und aller mit ihr in Zusammenhang stehenden Dienststellen! Es ist mir wirklich eine herzlich gern geübte Pflicht, in diesem Augenblick Ihnen, Herr Präsident, und allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen meinen ganz besonderen Dank für die hervorragende Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die Sie in diesem so schweren, vielseitigen und und unentbehrlichen Bereich der allgemeinen Belange unserer Staatsführung im Nebenland Generalgouvernement geleistet haben.

Es ist sehr schwer gewesen, in diesem Raum, bei dem schlechterdings alles neu begonnen werden mußte, gleichzeitig, bevor die letzten Bewährungen des neu Aufgebauten erkannt werden konnten, schon mit der Propaganda zu beginnen. Denn es wäre eigentlich gut, wenn man mit der Propaganda für eine Sache erst beginnen könnte, wenn diese Sache einigermassen klar im Lichte der kritischen Beurteilung erscheinen kann. Wir mußten aber vom ersten Tage unseres Wirkens an die Bevölkerung dieses Raumes für die schweren Aufgaben zu gewinnen suchen,die das kriegführende Deutsche Reich hier auf uns gelegt hat. Dies war um so schwieriger, weil die Voraussetzungen psychologischer Art für eine propagandamässige Beherrschung dieses fremden Gebietes geradezu negativ waren. Seit Jahrzehnten war das Polentum gerade dieses Raumes von den gehässigsten Vorstellungen und Empfindungen gegenüber dem Deutschen Reich, insbesondere dem Reich Adolf Hitlers erfüllt worden. Die Propaganda gegen

9.5.1944

Deutschland war in diesem Raum geradezu zu einem Musterstück der totfeindseeligsten Empfindungen gegenüber dem deutschen Können und dem deutschen Volke emporentwickelt worden. In raffinierter und wohl-überlegter Erziehung zum Haß wurde das polnische Volkstum dem Deutschen Reich entfremdet, auch uns. Es wußte nun nicht etwa nur den Ausgleich herbeizuführen, also diese Hassesstimmen von früher zum Verstummen zu bringen, sondern darüber hinaus verstand man es, diese Bevölkerung in den Dienst des deutschen Ringens zu stellen. Das war die ungeheure, besonders schwierige Leistung, die die Propaganda hier zu vollbringen hatte. Man braucht sich nur vorzustellen, welche Aufgabe die Propaganda-stelle einer polnischen Besatzungsregierung in Deutschland hätte, um dem Deutschen Volke, wenn sein Land jemals von polnischen Truppen besetzt worden wäre, dieses polnische Regime schmackhaft zu machen, um zu erkennen, was es bedeutet, einem im Krieg erobertem feindseeligen Land im Wege der Propagandamittel Verständnis und die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit mit dem Eroberungsreiche zu vermitteln.

In diesem ganz eigenartigen Sinne hat nun die Propaganda des Generalgouvernements ihre Erfahrungen gesammelt, ihre Methoden ausgebaut und, wie ich sagen muß, auch ihre anerkennenswerten Erfolge gehabt. Das ist eines der stolzesten Kapitel in der Propagandageschichte des Deutschen Reiches überhaupt. Es ist mit Ihr Verdienst, Herr Präsident Ohlenbusch, und das Verdienst aller Ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, daß es geglückt ist, im Laufe der jahrelangen Entwicklung der Führung dieses Raumes diese Millionenzahl der fremdvölkischen Bevölkerung in einigermassen großzügiger Weise befriedet zu halten. Jedenfalls ist es Ihnen geglückt, die unerhört wirkungsvolle Gegenpropaganda gegen die deutsche Führung des Generalgouvernements, die unausgesetzt unter Aufwand gigantischer Mittel in jeder Form in diesen Raum hinein konzentriert wurde, in Schach zu halten.

9.5.1944

Ich möchte daher allen Ernstes sagen, daß ich mir den Aufbau des Generalgouvernements ohne die Arbeit Ihrer Hauptabteilung und aller Ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gar nicht denken könnte. Ich bin deshalb Ihrer Einladung für den heutigen Abend herzlich gern gefolgt. Ich darf dabei sagen, daß diese meine Anerkennung und diese meine jetzige Rede nicht Propaganda für Ihre Hauptabteilung sein soll, sondern wirklich restlos meiner innersten Überzeugung entspricht. Das heißt: ich will hier einmal anerkennen, daß der Dienst, den Sie für andere haben, nicht nur Mittel zum Zweck ist, sondern auch eine selbständige geistige Funktion erfüllt. Sie waren eben so bescheiden, dieses "Mittel zum Zweck sein" in den Vordergrund zu rücken. Aber ebenso, wie die Erziehung eines Volkes, die schulische Bildung, die geistige Fortführung der Bildungselemente längst schon auch einen eigenen Rang innerhalb der Geistigkeit einer Nation in Schule, Universität, im Bildungswerk aller Art im Laufe der Jahrhunderte erlangt hat, stehen wir nunmehr am Beginn einer Staatsbewußtheitserziehung, die in erster Linie von der aus dem Wirken der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aufgestiegenen Propagandaaktion kommt.

Heute ist kein moderner Staat mehr denkbar, der nicht auf dem Wege seiner Entwicklung diese gewaltige Erfahrung gesammelt hätte, daß ohne das unausgesetzte Betonen der monumentalen Notwendigkeiten geistiger Grundhaltung mit noch so gesteigerter Materie auch weltgeschichtliche Ereignisse nicht erzielt werden können. Die Mittel, die man dafür hat, sind heute die modernen wesentlich intensivierten Apparaturen der Meinungssteuerung und der Überzeugungsbildung, wie sie niemals früher vorhanden waren. Niemals früher hätte man gedacht, daß es möglich wäre, im Wege des Rundfunks, des Films und einer gesteigerten modernen Pressetechnik Hunderttausenden Meinungen einzuhämmern, zum Bewußtsein zu bringen und durch das stete Schlagen in diese Kerbe ein Millionen-Volk mit einer einheitlichen Haltung und einer einheitlichen Willensrichtung zu erfüllen.

4

9.5.1944

Man hat früher bei Beginn unseres Reiches den Begriff der Propaganda oft verspottet. Es waren nicht zuletzt unsere jetzigen Gegner in diesem Kriege, die sich mit allen möglichen Scherzworten und mit die Arbeit der Propaganda lächerlich machenden Bemerkungen über die Gründung des ersten Propagandaministeriums in der Weltgeschichte, des deutschen, äusserte. Das ist längst anders geworden. Wenn wir an die Geschichte des Aufbaues des Dritten Reiches des Großdeutschen Reiches denken, wenn wir vor allem die weite, ungeheuere Steigerung der nationalsozialistischen Idee aus der Domäne einer binnenstaatlichen Partei des Deutschen Reiches zu dem weltrevolutionären Format von heute sehen, dann, muß ich sagen, ist das zum grossen Teil der ungeheueren Werktreue Hunderttausender im Dienste der Reichspropaganda des Nationalsozialismus Adolf Hitler stehender Menschen zu verdanken. Dass mein alter Parteigenosse Dr. Goebbels, eine der grossen genialen Gestalten der deutschen Geschichte, an die Spitze dieser Propagandaapparatur trat, ist dabei das grosse Glück für diesen Bereich der Reichstätigkeit. Sein Geist ist in dieser Propagandaapparatur lebendig; seine Energie, seine unermüdliche Tatkraft, seine schöpferische Geistigkeit hat mir auch im Generalgouvernement die Mitarbeiter für die schweren Aufgaben zur Verfügung gestellt, die wir hier zu meistern haben.

Monate schwerster Entscheidungen liegen auch über dem Generalgouvernement. Die Front hat sich leider auch im Generalgouvernement gebildet. Wir müssen also auch unter den erschwerenden Kriegsbedingungen das Propagandawerk fortsetzen. Dazu wünsche ich Ihnen, lieber Herr Präsident Ohlenbusch, wie Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen alles das Beste mit auf den Weg. Den Krieg werden wir gewinnen, weil dieser Krieg die Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung mit der selben historischen Notwendigkeit darstellt, mit der sich, etwa vor 150 Jahren beginnend, die damalige bürgerliche Revolution in der demokratischen Ideologie, im Parlamentarismus gegen den Feudalismus durchsetzen mußte, der noch

5

aus dem Mittelalter aufragte. Der Nationalsozialismus ist die europäische, die geradezu klassisch ideale Form der Erfüllung von Lebensnotwendigkeiten,die nunmehr jetzt bis in weite, kaum absehbare Zukunft hinein zu völlig neuen Formen völkischer und staatlicher Wirkung führen, - Notwendigkeiten, die eben die bisher üblichen Formen staatlicher und völkischer Gemeinschaftsordnungen nicht erfüllen konnten.

Den Nationalsozialismus, diese Kombination der beiden größten und unsterblichsten Ideen, die ein Volk erfüllen können, - des Nationalismus der Tat, des heroischen Gemeinschaftsempfindens und geschichtlichen Denkens, des Sozialismus der Volksgemeinschaft, der kameradschaftlichen Verbundenheit aller Teile eines Volksganzen, - diese Kombination ununterbrochen nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und damit auch für die durch die deutsche Führung in diesem Raum Generalgouvernement lebenden Millionen Polen und Ukrainer immer lebendiger zu machen, ist Ihre Aufgabe. Nicht nur den Deutschen also, sondern auch den Polen und Ukrainern gegenüber haben Sie Ihre grosse Sendung zu erfüllen. Ich kann mich nur glücklich fühlen, daß ich die Propaganda d.h. für mich und von meinem Standpunkt aus die stete Lebendighaltung der Prinzipien, nach denen wir in diesem Raum angetreten sind, in so guten Händen weiß. (Anhaltender lebhafter Beifall)

23^{55} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneur zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneur auf der Burg)

Niederschrift
über die Sitzung des Beirats
der Kulturvereinigung

9.Mai 1944

im Grünen Zimmer der Burg zu Krakau.

An der Sitzung, die von Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank geleitet wird, nehmen teil:

Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Ohlenbusch
Pressechef Gassner
Generalintendant Stampe
Hauptschriftleiter Stöppler
Referent Noglik
Musikreferent Bader.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 15 Minuten von dem Herrn Generalgouverneur eröffnet.

In der Sitzung werden folgende Gegenstände behandelt:

Beschaffung von Tuchen und Wollstoffen für das Personal des Staatstheaters.

Generalintendant Stampe teilt mit, daß er sich in dieser Frage mit dem Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe Dr. Krause ins Benehmen gesetzt habe und nach den von ihm geführten Verhandlungen eine befriedigende Regelung zu erwarten sei.

Gehaltsaufbesserung und sonstige Betreuung des nichtdeutschen Personals des Staatstheaters und der Philharmonie des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet, daß über diesen Fragenkomplex bereits eingehende Verhandlungen mit der Hauptabteilung Finanzen stattgefunden hätten. Er, Staatssekretär Dr. Boepple, sei der Auffassung, daß die-

sem Personal weniger mit erhöhten Geldzahlungen als mit Sachleistungen gedient sei, etwa in Gestalt eines erhöhten Wohnungsgeldes unter gleichzeitiger Beschaffung von Wohnungen.

In diesem Zusammenhang wird zur Frage des Wohnraummangels in Krakau Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, sich vom Wehrkreiskommando, Oberst Weiß, eine Liste derjenigen Reichsdeutschen geben zu lassen, die in den letzten Jahren zur Wehrmacht eingezogen worden sind, und diese Liste dem Stadthauptmann Dr. Krämer zu überreichen.

Aufführung von Werken Molières.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß nach einer ihm vom Reichsdramaturgen Dr. Schlösser gewordenen Mitteilung diese Werke nicht zur Aufführung gelangen dürfen.

Einführung des Abonnements E für Vorstellungen des Staatstheaters.

Diese Regelung ist nach Auskunft des Generalintendanten Stampe bereits in die Wege geleitet.

Wehrmachtsveranstaltungen im Staatstheater.

Auf Grund einer mit Generalmajor Haseloff getroffenen Vereinbarung sollen nunmehr bei Wehrmachtsvorstellungen 200 Karten für den allgemeinen Verkauf zur Verfügung gestellt werden. Der Herr Generalgouverneur beauftragt Generalintendant Stampe, für diese 200 Karten gute Plätze in allen Rängen zur Verfügung zu stellen. Weiter soll sich der Beirat der Kulturvereinigung ebenfalls dieser Frage annehmen. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß diese Karten vor allem Schwestern, Lehrern, Lehrerinnen und jungen kulturell interessierten Menschen zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Abend- und Nachmittagsvorstellungen für die Wehrmacht bleibt es im übrigen bei dem bisherigen Zustand. - Die Verteilung der der Regierung des Generalgouvernements

zur Verfügung gestellten Theaterkarten soll auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Boepple in die Hände des Leiters der Sozialen Betreuung gelegt und dabei vor allem die unteren Gehaltsklassen berücksichtigt werden.

Kleines Haus.

Wie Generalintendant Stampe mitteilt, sind die Vorbereitungen für die Ausgestaltung des Hauses im Gange: die Materialien seien bestellt, die Beleuchtungsanlage soll aus Berlin beschafft werden. Die Arbeiten für den Ausbau des Hauses lägen in den Händen des Baudirektors Hallbauer.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, mit aller Energie für die möglichst baldige Beendigung der Arbeiten Sorge zu tragen, vor allem auch etwaigen von seiten der Hauptabteilung Finanzen geltend gemachten Bedenken mit Nachdruck entgegen zu treten.

Vereinbarung über die Programmgestaltung der einzelnen Kulturinstitute: Staatstheater, Philharmonie, Kulturvereinigung.

Präsident Ohlenbusch gibt der Erwartung Ausdruck, daß man auf diesem Gebiet demnächst zu einer Planung kommen werde. Jedenfalls dürfe es unter keinen Umständen mehr vorkommen, daß wie am vergangenen Sonntag gleichzeitig 5 Vormittagsveranstaltungen stattfinden. - Der Herr Generalgouverneur schließt sich dieser Auffassung an, will jedoch in dieser Beziehung nicht allzu kleinlich verfahren wissen.

Organisation "Kraft durch Freude".

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, ihm einen Bericht über die KdF-Veranstaltungen baldmöglichst zu erstatten. Dieser Bericht soll als Grundlage für eine demnächst stattfindende Sitzung dienen, in der die Frage der Organisation "Kraft durch Freude" einer eingehenden Besprechung unterzogen werden soll. - Präsident Ohlenbusch teilt dazu mit, daß Oberdienstleiter Tießler vorgeschlagen habe, KdF dem Hauptarbeitsgebiet Propaganda zu unterstellen.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Veranstaltungen von KdF vielfach jegliches künstlerische Niveau vermissen liessen, wie dies offenbar die letzte Veranstaltung im Soldatenkino bewiesen habe. Im übrigen wende er sich entschieden dagegen, daß irgendein Zwang zum Besuch von KdF-Veranstaltungen ausgeübt werde. Der Herr Generalgouverneur verfügt sodann, daß in der nächsten Woche die Frage der Organisation "Kraft durch Freude" in einer Sondersitzung besprochen wird, zu der Präsident Ohlenbusch, Oberdienstleiter Tießler und Pg. Riesebitter hinzugezogen werden sollen. Staatssekretär Dr. Boepple erhält den Auftrag, diese Sitzung vorzubereiten.

Schachgruppe der Hitlerjugend.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, den Ehrenvorsitz in dieser Schachgruppe zu übernehmen.

Kleinkunst.

Zu dieser Frage trifft der Herr Generalgouverneur die Feststellung, daß der Versuch mit dem "Kreisel" mißlungen sei.

Kulturbuchreihe.

Referent Noglik teilt mit, daß man über diese Frage mit dem "Buchverlag Deutscher Osten" verhandelt habe und dieser sich bereit erkläre, eine grössere Anzahl von Werken in Broschürenform zu drucken, und zwar unter Verwendung künstlerisch gestalteter Einbände. Weiter solle ein einheitlicher Preis gewährleistet werden. - Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm jede Ausgabe vor ihrer endgültigen Drucklegung vorgelegt wird.

Notenmaterial.

Zu dieser Frage teilt Referent Noglik mit, daß sich für die Herstellung von Notenmaterial der Verlag Schott zur Verfügung stellen wolle. Für Klavier- und Celloausgaben seien Professor Wührer und Professer Hölscher gewonnen worden.

Staatssekretär Dr. Boepple schlägt vor, statt des Notenstiches den Manurdruck zu wählen, da die photographische Widergabe den Bedürfnissen vollkommen genüge.

Pfitzner-Ehrung.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptschriftleiter Stöppler, Professor Hans Pfitzner ein Exemplar der Krakauer Zeitung zu übersenden, in welchem eine Würdigung des Werkes Pfitzners enthalten ist.

Richard Strauß-Ehrung.

Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Komponisten sollen am 1o. und 11. Juni Veranstaltungen in der Philharmonie und im Staatstheater stattfinden: ein Konzert mit Ausschnitten aus dem "Rosenkavakier", mit der "Symphonia domestica" und Arien aus Opern, ferner eine Feierstunde mit einer Rede des Professors Moser.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß er sich nach der endgültigen Besetzung der Oper "Ariadne" erkundigen werde. - Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, die Ausgestaltung dieser Ehrung vorzubereiten. Eine abschliessende Besprechung soll dann in Gegenwart des Herrn Generalgouverneurs und des Staatssekretärs Dr. Boepple mit Generalintendant Stampe, Kapellmeister Swarowsky und einem Vertreter der Philharmonie stattfinden.

Programm der Philharmonie des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, sich rechtzeitig das ab 1. September 1944 laufende Programm vorlegen zu lassen.

Programm des Staatstheaters.

Vorgesehen sind für die nächste Zeit Neuaufführunger von "Fuhrmann Henschel", der Opern "Der Maskenball" und "Ariadne".

Veranstaltungen im Rahmen des Parteitages und des Jahrestages des Generalgouvernements.

In Aussicht genommen werden für den Parteitag eine Aufführung des Kleist'schen Schauspiels "Prinz von Homburg" am 1o. oder 12. August, für den Jahrestag des Generalgouvernements ein Festkonzert in der Philharmonie am 25. Oktober, die Aufführung einer Oper im Staatstheater am 26. Oktober, ein Pfitznerkonzert mit Professor Wührer, gegebenenfalls die Eröffnung des Kammerspielhauses mit einer Aufführung von "Clavigo" oder "Stella".

Kulturspiegel der Stadt Krakau.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Gestaltung dieser Zeitschrift und beauftragt Präsident Ohlenbusch, sich als Generalsekretär der Kulturvereinigung in dieser Frage mit Stadthauptmann Dr. Krämer ins Benehmen zu setzen. Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß ihm die nächste Nummer dieser Zeitschrift vor ihrer Herausgabe vorgelegt wird.

Zeitschrift "Das Generalgouvernement".

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Ohlenbusch, daß die Neugestaltung dieser Zeitschrift durchgeführt sei.

Kulturhaus.

Präsident Ohlenbusch teilt mit, daß die Arbeiten zum Ausbau des Kulturhauses weiter voranschrifften.

(Schluß der Sitzung 13 Uhr 5 Minuten)

Mittwoch, den 1o. Mai 1944

[10[00] W i r t s c h a f t s s i t z u n g im Grünen Zimmer der Burg.]

Anwesend sind: die Staatssekretäre Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, Oberdienstleiter Tießler, General Schindler, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, die Präsidenten Dr. Emmerich, Dr. Senkowsky, Dr. von Craushaar, Naumann, Struve, SS-Oberführer Bierkamp, Bankdirigent Dr. Paersch, Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann und Oberregierungsrat Bette.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung und ersucht Präsident Emmerich, den Inhalt seines an den Generalgouverneur gerichteten Schreibens, der die Veranlassung zu der heutigen Sitzung gegeben habe, noch einmal kurz zu skizzieren.

Präsident Dr. Emmerich beginnt seine Ausführungen mit der Darlegung der Sorgen, die ihren Grund darin hätten, daß für die gewerbliche Wirtschaft die zugesagte Ernährungssicherung, die noch aufgestockt werden sollte, in dem zugesagten Umfang nicht durchgehalten werden könne. Der Zusammenhang der Kriegsleistungen des Generalgouvernements auf dem gewerblichen Sektor mit der Ernährungssicherung brauche nicht besonders betont werden. Man müsse befürchten, daß bereits stattgefundenen Einbrüchen noch weitere folgen würden, und eine Auflösung der Ordnung in der gewerblichen Produktion stattfinde. Bis jetzt habe die gewerbliche Wirtschaft ihre Leistung gehalten, auf manchen Gebieten sogar noch gesteigert.

Es erhebe sich nun die Frage: was kann für die Erhaltung der Ernährungssicherung der Kriegswirtschaft des Generalgouvernements getan werden, was vom Generalgouvernement und was gegebenenfalls vom Reich? Die Frage der Ernährungssicherung werfe für die Volkswirtschaft im Generalgouvernement das Problem der Verflechtung von

10.5.1944

Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft schlechthin auf, denn die Ernährungssicherung verwandle sich in die Produktion von Gebrauchsgütern. Diese Schicksalsgemeinschaft zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft habe im Generalgouvernement ihren sinnvollen Ausdruck in der Prämienaktion gefunden. Die Wirtschaft und die Generaldirektion der Monopole hätten in steigendem Masse dafür gewerbliche Erzeugnisse zur Verfügung gestellt. Für das laufende Jahr sei ein gemeinsamer Plan für die Durchführung der Prämienaktion noch nicht beraten worden, da die vielen Unsicherheitsfaktoren eine Festlegung für die kommende Erfassungsperiode nicht zuliessen.

In seinem Brief habe er die Anregung gegeben, die Möglichkeit einer Verlebendigung des bisherigen Ernteerfassungsverfahrens in Erwägung zu ziehen. Als zweites Thema stehe die Erhöhung der bäuerlichen Ab-lieferung unter Verstärkung des Zwanges zur Debatte, da eine Verstärkung der Prämien nicht mehr möglich sei. Hier könne man an die Einführung einer Kollektivhaftung der Gemeinden für die Ablieferung des auferlegten Kontingentes denken; dadurch werde ein gewisser Härteausgleich geschaffen.

Die Prüfung der Leistungsfähigkeit des einzelnen bäuerlichen Betriebes führe zu einer Betrachtung des bäuerlichen Absatzes auf dem Schwarzen Markt. Hier könne man daran denken, den Absatz amtlich zu tolerieren und von den sowieso unwirksamen amtlichen Einschränkungen zu befreien, die nur dazu führten, daß der Schwarzhandel mit einer Risikoprämie rechnen und Bestechungsgelder bezahlen müsse, wodurch die Preise verteuert würden.

Die Regierung müsse vorurteilsfrei prüfen, ob man nicht den Schleichhandels-Kleinabsatz gestatten und dafür die Schiebergeschäfte stärker bekämpfen könne.

Es handle sich hier um schwierige Kardinalprobleme. Die einzelnen Ressorts der Regierung dürften nicht in einer einmal aufgestellten These beharren, sondern müßten sich mit einem vom Realismus diktierten Kurswechsel ausein

ander-~~zu~~-setzen, der heute noch mit etwas Ruhe durchgeführt werden könnte. Dadurch werde die Autorität der Regierung im Lande gestärkt, während heute der Eindruck des Sichtreibenlassens und des Nichtsehenwollens herrsche.

Folgende 3 Fragen stelle er zur Erörterung: 1. Es muß einmal ein Plan darüber aufgestellt werden, was für die Aufrechterhaltung der Ernährungssicherung der Kriegswirtschaft des Generalgouvernements vom Generalgouvernement selbst geleistet werden kann und welche Forderungen an das Reich zu richten sind. 2. Es muß die Frage beantwortet werden, ob es zu Beginn des neuen Erntejahres nicht zweckmässig ist, das Ernteerfassungssystem einer Änderung dahingehend zu unterziehen, daß man den Zwang gegebenenfalls unter Einschaltung der Kollektivhaftung der Gemeinden verstärkt. 3. Es muß überlegt werden, ob die amtliche Tolerierung des Schwarzen Marktes unter entsprechend schärferem Zupacken gegen das Schiebertum und gegen die Quellen des Schleichhandels auf dem gewerblichen Sektor nicht durchgeführt werden kann. Dadurch werde die Konzentration der vorhandenen geringen Exekutivkräfte auf das Wesentliche ermöglicht, und damit eine Besserung der Verhältnisse gegenüber den jetzigen eintreten, nachdem doch erwiesen sei, daß im Generalgouvernement der Schleichhandel eine volkswirtschaftliche Funktion erfülle, da der Staat nicht in der Lage sei, der Bevölkerung eine Vollversorgung zu gewährleisten.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet diese Punkte als nicht besonders aktuell, da diese Probleme in jeder Sitzung auftauchten. Es mangle eben an 2 Dingen: Das Generalgouvernement könne auf eine Hilfe des Reiches nicht rechnen, da das Reich dazu garnicht in der Lage sei. Auf dem Gebiete der Exekutive sei bekannt, daß das Generalgouvernement polizeilich sowohl zahlen- wie ausrüstungsmässig schlecht daran sei. Es werde versucht, über den Weg des Sonderdienstes etwas Abhilfe zu schaffen. Die Wirtschaft des Reiches trage eine riesige Belastung

damit, daß sie überhaupt gezwungen gewesen sei, in die besetzten Gebiete hinauszugehen und dort zu produzieren. Das Vorhandensein deutscher Rüstungswerke in den besetzten Ländern sei ein grosser Fehler; die Partisanen produzierten in diesen Gebieten neben der legalen deutschen Produktion eifrig für eigene Zwecke. Dazu käme, dass die internationale Lage des Deutschen Reiches stärksten Belastungen ausgesetzt sei. Man könne heute im Reich keine Hilfs- und Machtquelle für die besetzten Länder mehr sehen. Auf Hilferufe aus den besetzten Ländern müsse das Reich mit noch stärkeren Hilferufen an die besetzten Länder antworten. Heute könne man nicht mehr etwas Gutes an die Stelle von etwas Schlechtem setzen, sondern nur etwas Schlechtes an die Stelle von noch Schlechterem.

Die hetzerischen Anklagen aus dem Reich gegen das Generalgouvernement wegen des hier vor sich gehenden Schleichhandels seien verstummt. Ohne Polizeikräfte könne man einen solchen Zustand nicht verhindern, da sich die menschliche Selbstversorgung auf irgendeine welche Art und Weise durchsetze, wenn sie nicht legal gewährleistet werden könne. Das Generalgouvernement sei nicht mehr im Stande, die lebensnotwendigsten Dinge für die Erhaltung des menschlichen Lebens sicherzustellen. Der Schleichhandel sei einmal mit allen Mitteln bekämpft worden, dann habe man in der Bekämpfung nachgelassen. Jedes Mittel sei durchexerziert worden. Hinweisen müsse er ständig auf die bei der Wehrmacht bestehende grosse Lücke. Man habe sich ständig bemüht, für die Wehrmachtsangehörigen die Grenzkontrollen einzuführen.

Alle diese Gesichtspunkte müßten bedacht werden, wenn man über solche Dinge im fünften Kriegsjahr Debatten anstelle. Die Probleme dieses Raumes könnten substanziell nicht durch am grünen Tisch erdachte Methoden gelöst werden. Angesichts der heutigen Lage könne man nur versuchen, das Bestmögliche herauszuholen. Gerade weil er ein unzerstörbarer Optimist sei, dürfe er den Optimismus nicht mit einer Art formalen Idealismus verwechseln lassen. Wenn der Bauer in Galizien sein Feld bestelle, dann sei für ihn das mehr wert, wie 10 Bände

10.5.1944

Verordnungen über Ernteablieferungsbestimmungen.

Das Thema der heutigen Sitzung sei, sich zunächst klar zu werden, wie man sich die Wirtschaftsentwicklung dieses Raumen von seiten der Reichsinstanzen vorstelle, ob man im Reich die eventuelle Verschlechterung der Frontsituation (russische Offensive gegen diesen Raum) bedenke. Wüßten die von Dr. Emmerich und General Schindler zu informierenden Reichsstellen, vor welchen Situationen das Generalgouvernement stehe, sei dafür Sorge getragen, daß hier unter allen Umständen eine Rückverlegung der Industrie vorbereitet wird, werde der dadurch entstehende Ausfall vorsorglich im Reich gedeckt usw. Pflichtgemäß müsse er darauf hinweisen, und sollten diese Befürchtungen nicht eintreten, dann werde es alle nur freuen. Vorläufig habe es keinen Sinn, von einer weiteren Intensivierung der Wirtschaft des Generalgouvernements zu sprechen. Wisse das Reich, daß das Generalgouvernement in absehbarer Zeit nicht mehr im Stande sei, die Ernährungssicherung durchzuhalten und solle trotzdem die Aufrechterhaltung der industriellen Produktion im Lande, die man hier sinnwidrig hereingepflanzt habe, noch gesteigert werden? Was habe das Reich dem Generalgouvernement ausser der Ablehung, zu helfen, noch zu bieten? Sei sich das Reich darüber klar, daß eines Tages, wenn die Ernährungssicherung nicht mehr funktioniere, Streiks eintreten, ein Auseinanderfluten der Arbeiter stattfinde, um für sich und ihre Familien den notwendigen Lebensbedarf zu suchen? Der fast völlige Wegfall der Fleisch- und Fettration für die fremdvölkische Bevölkerung habe bereits jetzt riesige Preissteigerungen im Schleichhandel zur Folge und wirke sich stimmungesmässig zu einer restlosen Offenmachung der enttäuschten Massen für die Feindpropaganda aus. Ein ganz schwieriger Punkt sei das Vorhandensein der Fronttruppen im Lande. Es könne ja niemandem zum Vorwurf gemacht werden, daß die Soldaten in Galizien oder in Lublin das nächstbeste Schwein wegnehmen, Kühe abschlachteten und sich nicht kümmerten, daß Kommandobefehle exe-

stierten, die das verbieten würden.

Wenn man die Dinge so ansehe, dann müsse man zugeben, daß sich das Generalgouvernement im ernstesten Notstand befinde, der nur dadurch verkleidet werde, daß man es in der Millionenmasse der Bevölkerung mit harmlosen Leuten zu tun habe und daß es geglückt sei, in gewissen Betriebsinseln, den grossen Werken, eine Art eigenständisch geregelte Versorgung durchzuhalten. Doch auch bei Letzteren höre bald jegliche Fettzufuhr auf.

Bei Betrachtung der Lage in diesem Sinne seien die Probleme formaler Art, die angeschnitten werden sollten, belanglos, denn er könne seinem Staatssekretär für das Sicherheitswesen nicht sagen, er solle die nötigen Exekutivkräfte bereitstellen . Die paar Tausend Mann Polizei reichten gerade aus, um das Notwendigste zu tun. Es sei schon nicht mehr möglich, gegen Banden anzugehen. Dem Reich, das derart strapaziert sei, könne von niemandem ein Vorwurf gemacht werden. Komme der Distrikt Lublin nicht in Ordnung, sei es genau so, als ob der Distrikt sich in Händen der sowjetischen Armee ~~sich~~ befinde. Für das Generalgouvernement bedeute der Verlauf der Front bei Kowel keinen Trost, wenn es gezwungen sei, im Distrikt Lublin Landkommissare zurückzuziehen, da sie wegen der Banditen nicht amtieren könnten. Alle diese negativen Betrachtungen dürften aber nicht zu negativen Schlüssen führen, jedoch seines notwendig, die Verantwortungszonen festzulegen. An der heute im Generalgouvernement eingetretenen Situation trage die Regierung des Generalgouvernements keine Schuld, man könne aber auch nicht sagen, daß diese Schuld beim Reich liege.

Er bitte Dr. Emmerich und General Schindler um Ausführungen darüber, welche Planungen betreffs des Wirtschaftspotentials des Generalgouvernements im Dienste des Reiches bestünden. Solle die bis heute erreichte Entwicklung, daß man hier eine Fülle von Rüstungswerken habe, weiter durchgehalten werden, solle sie abgebaut oder erhöht werden oder solle eine stärkere Intensivierung der hier vorhandenen Industrie durchgeführt werden.

7

10.5.1944

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß Reichsminister Speer zweifellos damit rechne, daß die kriegswirtschaftliche Leistung des Generalgouvernements gehalten und daß im Einzelfalle auch neue Industrien, die hier schon angelaufen seien, weiterhin gefestigt werden sollen. Was das Verhältnis zum Reich und die Hilfen des Reiches betreffe, so wolle er daran erinnern, daß vor der militärischen Entwicklung im Generalgouvernement von der Regierung ein Plan für die Sanierung der gewerblichen Produktionsverhältnisse aufgestellt worden sei. Dieser Plan sei dahin gegangen, zwar nicht die gesamte Bevölkerung einer Vollversorgung zuzuführen (das sei unmöglich), aber doch den Kreis der kriegswichtigen Betriebe, in denen die Arbeiterschaft eine ausreichende Ernährung erhalten solle, zu vergrössern. In diesem Sinne habe sich das Reich bereit erklärt, für die Normalisierung des wirtschaftlichen Blutkreislaufes eine Hilfe rohstoffmässiger Art zu geben. Präsident Kehrl habe damals von einer Initialzündung gesprochen, indem man die Ernährungssicherung durch Zurverfügungstellung von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft unterstütze. Das Plus, das durch diese Hilfe in der landwirtschaftlichen amtlichen Erfassung erzielt werden sollte, sollte zur Ausweitung der Ernährungssicherung im gewerblichen Sektor dienen, d.h. es sollte über die Rüstungsbetriebe auch die Zulieferindustrie in zunehmendem Masse in die Ernährungssicherung einbezogen werden, und dadurch die Voraussetzung erhalten, zu amtlichen Preisen zu produzieren. Gewisse Lieferungen seien in diesem Sinn vom Reich vorgenommen worden, aber nicht voll zur Auswirkung gekommen, da die Entwicklung gewissermassen dazwischen-geplatzt sei. Die Leistungen, die das Reich für das Generalgouvernement erstellen könne, bestünden in positiven Beiträgen durch Zurverfügungstellung von Eisen und Textilien, die "negativen Leistungen" in einem Verzicht auf Leistungen des Generalgouvernements, in dem das Reich sich bereit erkläre, auf bestimmte bisher gelieferte Kontingente

nicht in voller Höhe zu bestehen.

General Schindler beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der Herr Generalgouverneur den Ernst der Lage treffend geschildert habe, und er müsse sie noch ergänzen mit dem Hinweis auf die Luftschäden im Reich. Die Arbeit der feindlichen Bomber müsse als Maßarbeit bezeichnet werden. Zuerst sei ganz systematisch der Aufbau der deutschen Jäger zusammengeschlagen worden, nun folge das Zusammenschlagen der Motorenwerke. Die Industrie im Generalgouvernement exportiere in sehr hohem Masse die wertvollen Maschinen ins Reich, einer Verlagerung der Industrie im Generalgouvernement stehe aber der grosse Umfang gegenüber. Sie könne nicht ohne weiteres im Reich untergebracht werden. Ihre völlige Verlagerung würde auch einen Produktionsausfall von einem halben Jahr bedeuten. Dazu komme ferner, daß im Reich nicht die notwendigen Arbeiter vorhanden seien und daß die Fliegergefahr im Reich durch die dadurch eintretende Verdichtung ausserordentlich erhöht würde. Ein Transfer der wertvollen Facharbeiter aus dem Generalgouvernement falle weg. Aus all diesen Gründen sei entschieden worden, die Industrie im Generalgouvernement weiter arbeiten zu lassen und die eingesetzten Maschinen zu riskieren. Er habe die Ermächtigung bekommen, zu entscheiden, ob eine Maschine aus dem Generalgouvernement ins Reich gebracht werden solle oder nicht. Die industriellen Möglichkeiten im Generalgouvernement sollten weiter ausgeschöpft werden. Seiner Ansicht sei das Reich nicht in der Lage, eine Rückziehung der Industrie aus dem Generalgouvernement durchzuführen.

Er habe versucht, die Schwierigkeiten auf dem Preisgebiet in Besprechungen mit Präsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann und Regierungskommissar Dr. Heuber zu beseitigen. Vor einem Jahr habe der Herr Generalgouverneur durch entsprechende Maßnahmen die Verpflegung der Rüstungsarbeiter sichergestellt. Wenn die Masse der Rüstungsarbeiter heute ge-

nau so brav wie früher arbeitete, so sei das dieser Regelung zu danken. Er müsse seinen besonderen Dank dafür aussprechen, daß an dieser Verpflegung der Rüstungsarbeiter bisher noch nicht gerüttelt worden sei, bitte allerdings noch, daß die Zulieferungsbetriebe in ihrer Ernährung wenigstens so gestellt würden, daß die in ihr beschäftigten Arbeiter nicht allzuviel Zeit für den Erwerb ihrer übrigen Verpflegung aufwenden müßten. Es handle sich im ganzen um 40 000 Leute. Verhandlungen darüber mit Präsident Naumann seien aufgenommen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Entscheidende der Ausführungen der beiden Vorredner dahin zusammen, daß versucht werden müsse, die jetzige Kapazität des Generalgouvernements im Interesse des Reiches möglichst lange aufrecht zu erhalten. Dabei ergebe sich die Frage, ob man nicht an eine plötzliche Steigerung der Produktionsforderungen des Reiches an das Generalgouvernement denken müsse. Bleibe es beim jetzigen Zustand, könne dann die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft trotz der jetzigen Front- und Sicherheitslage die Rüstungswirtschaft nahrungsmässig weiter so versorgen wie bisher? Könne selbst unter erschwerenden Bedingungen damit gerechnet werden, daß das Reich die- dem Generalgouvernement gegenüber übernommenen Verpflichtungen auf den Rohstoffsektor erfülle? Für E. und L. bedeute es eine ungeheure Erleichterung, wenn hier mit einer festen Zusage gerechnet werden könne.

Präsident Dr. Emmerich erwidert, daß die vom Reich auf dem Gebiete der Textilwaren und der Schuhe gegebenen Zusagen durchweg gehalten worden seien, nicht erfüllt aber seien zu einem wesentlichen Teil die Wünsche auf dem Gebiete des Eisens. Das Generalgouvernement müßte hier noch etwa 6 000 to erhalten. Hier sage sich das Reich, daß bei der heutigen Situation mit dem Generalgouvernement als Produktionsfaktor nicht mehr gerechnet werden könne, das jetzt für die Landwirtschaft

des Generalgouvernements zugeteilte Eisen also nicht mehr produktiv eingesetzt werden könne.

Auch General Schindler erklärt, daß auf dem Gebiete des Eisens vom Reich sehr schwer etwas zu bekommen sei. Die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement könne auch von ihren in eigener Regie geführten Gruben und Werken nichts abgeben.

Der Herr Generalgouverneur will in dieser Angelegenheit eine besondere Aktion unternehmen.

Präsident Struve bejaht die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es bisher möglich gewesen sei, den Bedarf an Arbeitskräften für die sich hier betätigende deutsche Industrie zu decken. Von dem für das laufende Jahr 100 000 Mann betragenden Kontingent seien bisher 40 000 Kräfte ins Reich gebracht worden.

Präsident Naumann nimmt dann Stellung zu den Vorschlägen des Präsidenten Dr. Emmerich. U.a. sei darin eine Kontingentserhöhung gefordert. Eine solche Kontingentserhöhung sei bereits von Jahr zu Jahr vorgenommen worden. Auch bei der Kontingentaufstellung für das 6. Kriegswirtschaftsjahr sei eine Erhöhung insbesondere bei Getreide vorgesehen. Berücksichtigt sei jedoch nicht die Entwicklung an der Front und im Distrikt Lublin; auch in der Umlage der Kontingente könne das vorerst nicht berücksichtigt werden.

In den vergangenen Jahren zeige die Entwicklung bei Getreide folgendes Bild: im Jahre 1940 habe man 370 000 to, im Jahre 1941 700 000, im Jahre 1942 1,200 000 to und im Jahre 1943 1.500 000 to erfaßt . Die gleiche Aufwärtsentwicklung ergebe sich bei Fleisch, Fett und Kartoffeln. Entscheidend für jede Umlage an Kontingenten sei der Verlauf der Ernte und ihre Entwicklung.

Bei den Kontingenten unterscheide man tote und lebende Kontingente. Die toten Kontingente liessen sich verhältnismässig leicht erfassen, von den lebenden Kon-

tingenten trenne sich der Bauer sehr schwer, da sie für ihn Produktionsmittel schlechthin bedeuteten. Die polnische Ernährungsgrundlage der Landwirtschaft sei zudem auf Milch aufgebaut. Gerade sie müßten aber täglich erfaßt werden. Wenn man dabei die Fleischablieferung steigere, trete man notwendigerweise in die Konkurrenz mit der Milchablieferung.

Das zweite im Brief angeschnittene Problem sei das Problem der Kollektivhaftung für die Kontingentablieferung. Hier besitze die E. und L. bereits grosse Erfahrungen. Wenn man in einem Dorf ein Kontingent umlege, müsse man damit rechnen, daß man im Nichtablieferungsfalle gegen das ganze Dorf vorgehen müsse, lege man ein Kontingent nur auf den einzelnen Bauer um, müsse man nur gegen diesen Bauern vorgehen, brauche also weniger Exekutivkräfte. Lege man ein Dorfkontingent um, müsse man in diesem Dorf 3 oder 4 Männer suchen, die die Ablieferung des Kontingents durchsetzten. Diese Männer, die gerade für die deutsche Führung die besten darstellten, würden erfahrungsgemäß immer erschossen. Es sei daher ein sehr zweischneidiges Schwert, ein Kollektivkontingent auf ein Dorf umzulegen. Die E. und L. habe ihren Männern draussen überlassen, ob sie Einzel- oder Kollektivkontingente durchführten, und sei mit diesem System bisher gut gefahren. Sie werde es auch weiterhin so machen müssen.

Das Dritte sei ein gewisser Vorschlag, daß man ein Festkontingent einführen solle. Das habe die E. und L. schon vor 2 Jahren getan und im vorigen Jahr dieses System weiter ausgebaut. Dadurch habe man eine indirekte Produktionssteigerung erreicht auf dem Gebiete des Fleisches und bei Eiern und ausserdem die Initiative des einzelnen Panje angeregt.

Für die Ernährungssicherung sei jedes Jahr von der E. und L. ein Plan aufgestellt worden, der kurz vor Beginn der Ernteerfassung immer in einer Regierungssitzung verkündet worden sei. Dieser Plan sei von Jahr zu Jahr

verbessert worden. Ständig habe man versucht, die Versorgungssätze zu erhöhen. Im Jahre 1942 sei das infolge der Höhe der Reichsforderungen nicht möglich gewesen, während am 1. September vorigen Jahres eine starke Verbesserung der Rationssätze eingeführt worden sei. Um diesen Plan durchzuführen, habe man ein Erfassungssystem aufgebaut und von Jahr zu Jahr auf Grund der Erfahrungen verbessert und ausgebaut. Es sei zwar jetzt nicht 100%ig richtig, habe aber nach Lage der Dinge zu dem Erfolg geführt, daß man trotz Mangels an grösseren Exekutivkräften auf grosse Leistungen zurückblicken könne. Das Erfassungssystem gliedere sich in das Prämiensystem und in die Zwangserfassung mit Hilfe der Exekutive.

Beim Prämiensystem müsse festgestellt werden, daß der größte Teil der Prämienware aus dem Agrarsektor des Landes komme. Von den 700 Millionen Prämienware seien nur 110 Millionen Textilwaren, von denen wiederum der grössere Teil wie Wolle oder Leder aus der Produktion der eigenen Landwirtschaft stamme. Ungefähr 230 Millionen Zloty des Wertes der Prämienwaren stammten aus der gewerblichen Wirtschaft, während fast 600 Millionen Zloty entweder aus dem eigenen Sektor oder von den Monopolen zur Verfügung gestellt würden, sodaß das Reich nur mit einem unendlich kleinen Prozentsatz an der Prämienaktion des Generalgouvernements beteiligt sei. Das könne man dem Reich ruhig einmal sagen, wenn man nun 600 ~~000~~ to Eisen fordern müsse. Das Prämiensystem sei nicht stur durchgeführt worden; die E. und L. nehme es z.B. nicht übel, wenn eine Gemeinde die Prämienwaren erst nach 100%iger Ablieferung ausgehändigt erhalte.

Auf dem Gebiete des Schwarzen Marktes müsse man im Sektor der Nahrungsmittel eine andere Einstellung haben wie z.B. im Sektor der gewerblichen Erzeugnisse. Während in der gewerblichen Wirtschaft die Rohstoffe über wenige Schleusen aus dem Reich zur Bearbeitung ins Land kämen, gingen in der Landwirtschaft die Dinge einen wesentlich anderen Weg. E. und L. müsse das Urprodukt in 2,3 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben erfassen. Vom

10.5.1944

Standpunkt der Landwirtschaft sei es unerhört viel schwieriger, zum Problem des Schwarzen Marktes Stellung zu nehmen, wie vom Gesichtspunkt der gewerblichen Wirtschaft. Auf Grund der Erfahrungen während der letzten 4½ Jahre könne er folgendes sagen: wenn man den Schwarzen Markt amtlich toleriere oder sogar noch durch Einrichtung von Geschäften begünstige, dann sei die Voraussetzung dafür, daß die auferlegten Kontingente 100%ig abgeliefert seien. Das sei bei Getreide und Kartoffeln im grossen und ganzen zu erreichen. Bei Milch und Fleisch sei es aber so, daß erst am Ende des Jahres das Kontingent zu 100% in der Hand der deutschen Verwaltung sei. Bei einer amtlichen Genehmigung des Schwarzen Marktes laufe man bei diesen Produkten Gefahr, auch das noch zu verlieren, was man jetzt noch erfassen könne. Er unterbreite daher folgenden Vorschlag:

Man lasse es bei dem jetzigen Zustand, denn es gebe keinen anderen Weg. Eine grosse Schleichhandelsbekämpfung draussen im Lande erfolge heute sowieso nicht mehr. Falls man wieder mehr Exekutivkräfte zur Verfügung habe, könne eine scharfe Bekämpfung einsetzen. Man schaffe sich damit keine schlechte Optik gegenüber dem Reich. Das Märchen von der grossen Beiluft im Generalgouvernement sei im Reich verschwunden, die Reichsstellen seien davon überzeugt, daß das Menschenmögliche zur Beseitigung dieser Beiluft getan worden sei. Auch im Reich lasse sich soetwas nicht verhindern, um so weniger in einem besetzten Gebiet, in dem erst eine Marktordnung hätte aufgebaut werden müssen. Befolge man nun die Vorschläge des Präsidenten Emmerich, dann lebe dieses begrabene Märchen im Reich wieder auf. Am besten sei es, den jetzigen Zustand zu belassen, die Dinge abwartend zu beobachten und die größten Auswirkungen zu beseitigen.

Die Entwicklung der letzten Zeit habe die E.und L. gezwungen, den für 1943 aufgestellten Ernährungsplan, den man zweifellos hätte durchführen können, wenn die Front nicht ins Generalgouvernement gekommen wäre, zu redigieren. Er sei deshalb zu Reichsminister Backe gefahren und habe ihm erklärt, daß das Reich vom Generalgouvernement keine Fleischlieferungen mehr erhalten könne, ja sogar die Lieferungen für den WiG übernehmen

müsse. Bei den nun beginnenden Verhandlungen über die Lieferungen im sechsten Kriegswirtschaftsjahr werde man erklären müssen, daß das Generalgouvernement nichts liefern könne und das Reich froh sein müsse, wenn es ihm nicht zur Last falle.

In der Ernährungssicherung werde es möglich sein, die Rüstungsbetriebe im heutigen Umfang weiter zu versorgen. Als man zu einer Kürzung der Fettrationen gezwungen gewesen sei, habe man davon die fremdvölkische Polizei und ihre Familienangehörigen sowie die Rüstungsarbeiter mit ihren Familienangehörigen ausgenommen. Daß z.B. die Ostbahn davon betroffen sei, habe schon zu erheblichen Klagen von seiten der Ostbahn geführt. Die E.und L. hätte aber ausser der Versorgung der Zivildeutschen und der deutschen Polizei in diesem Raum nur die beiden erstgenannten Bedarfsträger 100%ig mit Fettversorgen können. Hätte sie die nichtdeutsche Gefolgschaft der Ostbahn und der öffnetlichen Verwaltung mit ihren Familienangehörigen auch mit einbezogen, wäre es ihr unmöglich gewesen, die Rüstung und die nichtdeutsche Polizei im bisherigen Umfang mit Fett zu versorgen.

Der jetzige Plan sei auf ein tadelloses Funktionieren der 3 Restdistrikte und darauf aufgebaut, daß es gelinge, die Verhältnisse im Distrikt Lublin in verhältnismässig kurzer Zeit wieder so zu gestalten, daß auch dort eine einigermassen normale Erfassung möglich sei. Der Distrikt Galizien werde für das kommende Jahr ausfallen, man werde sogar Zuschüsse hineinschleusen müssen.

Von dem Ernährungsplan für das Jahr 1943/44 sei man am 1. Mai bei Fett abgewichen. Er könne auch für eine Reihe von Bedarfsträgern bei Kartoffeln nicht restlos realisiert werden, da die Distrikte Galizien und Lublin ihre Lieferungen nicht voll gebracht hätten. Gelungen sei es, Brotgetreide bis zum Anschluß an die neue Ernte im geplanten Sinne zur Verfügung zu stellen, Voraussetzung sei allerdings, daß die vorhandenen Ge-

treidelager nicht durch Sabotage und Fliegerangriffe vernichtet würden und das für das Generalgouvernement im Reich lagernde Getreide für hiesige Zwecke zur Verfügung stehe.

Auf dem Gebiete des Fleisches sei es so, daß das benötigte Fleisch (110 000 to) im Lande vorhanden sei. Hier sei es lediglich eine Frage der Exekutive, ob es gelinge, soviel Polizei zu bekommen, um diese Fleischmengen zu erfassen. Die Erfolge im Distrikt Lublin durch den Einsatz von 200 Sonderdienstmännern in den letzten Wochen seien hervorragend, und man könne die Fleischversorgung der Bevölkerung sicherstellen, wenn es gelinge, noch einige solcher Kommandos dafür zu bekommen. In den letzten Tagen habe sich in diesem Gebiet die Fleischerfassung auf 115% des Solls gesteigert. Hinter der HKL werde die Heeresgruppe Nordukraine mit Fleisch versorgt, und die Parole lautet dort ungefähr "Räumung durch Verbrauch". Zucker und Marmelade könnten auch weiterhin in den heutigen Rationen zur Verfügung gestellt werden; gewisse Mengen von Marmelade könne man ausserdem für die Ausfälle an Fettverteilung bereitstellen. Die gute Eiererfassung ermögliche, Fett und Fleisch durch die Abgabe von Eiern an die Bevölkerung zu ersetzen.

Die Weiterentwicklung im sechsten Kriegswirtschaftsjahr könne nicht vorausgesehen werden. Vorerst müsse man das Heranwachsen der Ernte abwarten. Die E. und L. beabsichtige für das gesamte Generalgouvernement eine Mehrumlage von 200 000 to Getreide. Bei Kartoffeln solle die bisherige Menge erfaßt werden. Man rechne damit, die Ausfälle in Lublin und Galizien durch eine in Folge der Zurverfügungstellung von grösseren Düngermengen zu erwartende bessere Ernte in den 3 Restdistrikten auszugleichen.

10.5.1944

SS-Obergruppenführer Koppe weist eingangs darauf hin, daß die Polizei kräftemässig nicht in der Lage sei, den Schleichhandel einzudämmen; das würde aber auch nicht im Interesse der Regierung liegen, da eine Vollversorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet sei. Man beschränke sich darauf, durch Überholung der Züge, Razzien auf den Schwarzen Märkten usw. den gewerbsmässigen Schleichhandel anzupacken.

Bei der Eintreibung der Kontingente, insbesondere des Fleischkontingentes im Distrikt Lublin hätten sich die dort eingesetzten 220 Sonderdienstmänner ganz ausgezeichnet bewährt. Man könne aber augenblicklich nur Kommandos mit einer Stärke von mindestens einer Kompanie einsetzen, da kleinere Kommandos zu stark gefährdet seien. So seien am Vortage 32 Mann des Sonderdienstes aus dem Hinterhalt von 200 bis 300 Banditen angegriffen worden, und hätten dabei Verluste erlitten.

Man werde der E. und L. weiter helfen, denn die Polizei habe immer noch die Möglichkeit einer bestimmten Schwerpunktbildung.

Bezüglich der Prämien schlage er vor, daß man die Prämienscheine ausgebe, solange ein Dorf oder die Bauern als solche gut ablieferten, daß man aber die Prämienscheine nicht ausgeben solle, wenn zur Ablieferung Exekutive eingeschaltet werden müsse. Dieses Verfahren müßte publiziert und erklärt werden, wer nicht abliefere, werde abgemeiert und die Arbeitskräfte dieser abgemeierten Gehöfte würden ins Reich gebracht.

In illegalen Flugblättern werde die Bevölkerung aufgefordert, zum passiven Widerstand bei der Abgabe ihrer Kontingente. Es heisse darin, daß bald die russische Armee eintreffe, und daß dann jeder einzelne danach beurteilt werde, wieviel Vorräte er für diese Armee zurückgehalten habe. Man könne jetzt schon im Distrikt Lublin einen allgemeinen passiven Widerstand feststellen.

10.5.1944

Die Ergebnisse der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements stellten für das Reich einen unerhört einmaligen Faktor dar, und dieser Faktor wachse mit jedem Tag angesichts der Tatsache, daß im Altreich während der letzten Wochen vieles kaputtgegangen sei. Wenn das Generalgouvernement auf diesem Gebiet seine Pflicht nicht restlos erfülle, werde das einen negativen Niederschlag in Form von Holzkreuzen für gefallene deutsche Menschen geben. Devise müsse darum sein, die Produktion auf diesem Gebiet lieber steigern, als ein Nachlassen eintreten zu lassen. Dafür müsse man auch bestimmte Risiken in Kauf nehmen. Auch wenn dabei die polnischen Arbeiter einige Waffen schwarz herstellten, sei das noch das kleinere Übel. So habe man auf dem Gebietes des Sprengstoffes 28 Herstellungsbetriebe beschlagnahmen und sicherstellen können.

Der Herr Generalgouverneur spricht seine Genugtuung aus, daß auch SS-Obergruppenführer Koppe die Aufgaben der Rüstungsindustrie so in den Vordergrund rücke. Hier müsse selbstverständlich vom Polizeisektor aus alles geschehen, die Sicherheitskräfte im Lande zu erhöhen. Leider sei es trotz der Hinweise auf die Wichtigkeit der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements nicht gelungen, vom Reich Unterstützung durch Erhöhung der Polizeikräfte zu bekommen.

Den Überfall auf diese 32 Sonderdienstmänner bedaure er ganz ausserordentlich. Der Sonderdienst sei keine Polizei, sondern eine Einrichtung, dem Kreishauptmann verwaltungstechnisch Hilfe zu bringen. Die Tatsache, daß er zu polizeilichen Aufgaben herangezogen werden müsse, sei ein Beweis dafür, daß das Reich versage. Er bedaure den Polizeieinsatz des Sonderdienstes ganz ausserordentlich, weil er dadurch seiner eigentlichen Aufgabe entzogen werde. Es dürfe dem Reich gegenüber nicht in Erscheinung treten, daß der Sonderdienst polizeiliche Aufgaben übernehmen könnte, denn das sei nur eine äusserste Notmassnahme. Er fühle sich für den Sonderdienst und sei-

ne Männer persönlich verantwortlich und müsse verlangen, daß ein polizeilicher Einsatz des Sonderdienstes unter ausserordentlichen Vorsichtsmassnahmen vor sich gehe. Ein Vorfall wie der oben geschilderte habe auch negative Auswirkungen auf die Rekrutierung. Er bitte den Obergruppenführer um einen Bericht über diesen Vorfall.

SS-Obergruppenführer Koppe erwidert, daß der Sonderdienst in diesem Fall nicht von der Polizei, sondern von der Verwaltung eingesetzt worden sei, und daß darum der Gouverneur Bericht erstatten müsse. Zwangsläufig müßten sich in der augenblicklichen Notzeit die Aufgaben des Sonderdienstes etwas verwischen. Wenn aber etwas Ruhe im Lande eingetreten sei, sei es selbstverständlich, daß der Sonderdienst nur die Aufgaben übertragen bekomme, für die er geschaffen worden sei. Heute müsse man auf polizeilichem Gebiet wie die Feuerwehr arbeiten; später aber würden die Grenzen zwischen Sonderdienst und Polizei sehr scharf gezogen.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß das Reich die Verantwortung tragen müsse, da es zu der nötigen Polizeikräftegestellung nicht in der Lage sei. Der Einsatz des Sonderdienstes sei eine ausschließliche Angelegenheit der Landesregierung Generalgouvernement und dieser Einsatz sei durchzuführen nach genauer Überprüfung der möglichsten Ausschaltung der Gefährdung der Sonderdienstangehörigen. Er verlange von Gouverneur Wendler einen genauen Bericht. Die Sicherung dieses Landes bleibe Aufgabe der Polizei; nur wo die Polizei nicht könne, müßten Sonderdienst und Hilfspolizei unter möglichster Schonung dieser Menschenleben notwendigerweise zum Einsatz herangezogen werden.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet, daß die Monopolverwaltung beim Tabak- und Salzmonopol bisher das Erzeugungsprogramm habe halten können. Jetzt sei es auch wieder gelungen, mit der Kalisalzabfuhr aus Kalisch zu beginnen, während bei Branntwein ein Produktionsrückgang eingetreten sei, der zu verschiedenen Einschränkungen in der Zuteilung führen müsse. Sabotage in den Werken habe

man bis jetzt nicht festgestellt. In den Betrieben habe man durch Einführung des Prämiensystems eine Leistungssteigerung erzielen und dadurch überzählige Arbeitskräfte abgeben können.

Auf dem Gebiete der allgemeinen Finanzen sei bis jetzt noch keine Anspannung zu verzeichnen. Präsident Naumann habe in Berlin erklärt, daß es dem Generalgouvernement möglich sei, seine Spritablieferung an das Reich fortzusetzen. Eine Stellungnahme der Berliner Stellen sei noch nicht eingegangen.

Präsident Struve erklärt, daß der Kräftebedarf mit seinen starken Anforderungen in den letzten Monaten im grossen und ganzen gedeckt worden sei. Im Monat März habe man 101 Tausend Kräfte den Einzelbetrieben zugewiesen. Bevorzugt würden dabei die Bedürfnisse der Rüstungsindustrie und vor allem die Schwerpunktprogramme wie Jägerprogramm.

Der Herr Generalgouverneur bedauert, daß Präsident Struve den Einsatzbehörden im Reich noch nicht eingehend habe klar machen können, daß das Generalgouvernement kein Arbeiterreservoir für das Reich mehr darstellen könne, sondern daß hier eine gewaltige Rüstungsindustrie für das Reich arbeite und dafür alle hier vorhandenen Kräfte benötigt würden. die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements klage bereits über Arbeitermangel. Im Hinblick auf die täglich sich fortsetzende Zerstörung im Reich müsse man mit einer gewissen Erweiterung der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements rechnen und dafür kräftemässig Vorsorge treffen.

Präsident Struve erwidert, daß im Lande noch freie Kapazität vorhanden sei. Besonders bei vordringlichen Fertigungen habe man die Menschen zur Verfügung stellen können. Wenn es Schwierigkeiten im örtlichen Einsatz gäbe, dann liege das daran, daß die Betriebe in Gebieten lägen, die keine Zuzugsgebiete seien. Hilfsarbeiter gebe es im Lande genügend, doch Facharbeiter müßte bei einer

10.5.1944

Erweiterung der Industrie das Reich in das Land schicken. Einige Schwierigkeiten im örtlichen Einsatz enstünden auch durch das Nachlassen der Arbeitsdisziplin. Ein grosser Teil der Gefolgschaft sei nur deswegen betriebstreu, weil er nicht ins Reich verschickt werde.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Struve, den Reichsstellen seine schärfsten Bedenken gegen eine weitere Verschickung von polnischen Arbeitskräften ins Reich mitzuteilen. Den Hauptgrund seiner Bedenken bildet die Wahrscheinlichkeit, daß man im Generalgouvernement im Hinblick auf die zunehmenden Fliegerschäden im Reich bald mit einer Intensivierung auf den verschiedensten Gebieten rechnen müsse. Er müsse vor jeder Verschickung von Arbeitern ins Reich schon jetzt mit General Schindler und Präsident Dr. Emmerich darüber sprechen, ob diese Kräfte im Hinblick auf die kommende Intensivierung der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements hier blieben. Er trage sich mit dem Gedanken, Präsident Struve die freie Verfügung über die Verschickung von Arbeitskräften ins Reich zu entziehen und von einer Einwilligung des General Schindler und des Präsidenten Dr. Emmerich abhängig zu machen.

Erfreulich sei, daß SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner ihn um Zusendung seiner Grundsätze über die Behandlung der Polen gebeten habe. Es würde für das Generalgouvernement eine grosse Erleichterung bedeuten, wenn die schlechte Behandlung der Polen im Reich korrigiert würde.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann bezieht sich in seinen Ausführungen auf einen von ihm ausgearbeiteten Schriftsatz. Das Generalgouvernement bedürfe dringend einer Begrenzung seiner Leistungen auf fast allen bedeutenden Gebieten gegenüber dem Reich. Man solle daher einen Plan ausarbeiten, der in einer mehr oder weniger fertigen Form dem Reich vorgelegt werden solle, um zu zeigen, daß die Leistungsfähigkeit des Generalgouvernements absolut begrenzt sei. Weiter müßtendurch die Ein-

schaltung des nichtdeutschen Elementes sowohl auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft wie auf dem Gebiete der Landwirtschaft bessere Erfassungsergebnisse erzielt werden.

Der Vorschlag Präsident Dr. Emmerichs mit einer gewissen Art der Anerkennung des Schleichhandels lasse sich seiner Ansicht nach nicht durchführen; man solle also im jetzigen Augenblick so verfahren, wie Präsident Naumann vorgeschlagen habe. Möglichst schnell müsse man sich aber darüber klar werden, welchen planmässigen Beitrag das Generalgouvernement im Laufe des kommenden Wirtschaftsjahres leisten könne.

Bankdirigent Dr. Paersch führt aus, daß man aus Währungsgründen auf dem Gebiete der Ernährung wegen der immer schwieriger werdenden Verhältnisse Wert darauf legen müsse, daß die vorhandenen Vorräte möglichst weitgehend dem Generalgouvernement verblieben. Es sei daher zunächst notwendig, die unsichtbare Ausfuhr einzustellen. Der Herr Generalgouverneur habe bereits an das OKW ein Schreiben wegen der Neuregelung des Päckchen- und des Reiseverkehrs gerichtet. Daneben sei es notwendig, auch die sichtbare Ausfuhr, den direkten Export an das Reich auf dem Gebiete der Nahrungsmittel einzustellen.

Die Vorschläge des Präsidenten Dr. Emmerich billige er, ihrer Verwirklichung im jetzigen Augenblick fehlten aber die Voraussetzungen. Die Bedenken hiergegen ergäben sich zunächst aus der Beeinträchtigung der Produktionssteigerung und -lenkung. Die bisherige Regelung führe dazu, daß die Kontingentüberschüsse bei den Betrieben blieben und in den Betrieben zum überwiegenden Teil verfüttert würden. Die Gewährung der Freizügigkeit würde die vorstehende Lenkung dieser Überschüsse zerstören und die hiermit erzielten Erzeugungssteigerungen in Frage stellen. Daneben ergäben sich Bedenken wegen der Verknüpfung der Kontingenterhöhung mit der Freizügigkeit der Kontingentüberschüsse. Die Grundlage für die Einführung der Freizügigkeit sei ebenfalls nicht vorhanden. Eine Lockerung sei nur möglich, wenn durch Sicherstellung

einer ausreichenden Ernährung der einheimischen Bevölkerung der freie Markt als zusätzlicher Ernährungsfaktor zurücktrete. Diese Voraussetzung sei nicht vorhanden. So würde dann auch die Lohnfrage sofort praktisch, wenn durch die Freigabe des amtlichen Marktes zugelassene Kaufsmöglichkeiten bestänben. Der Arbeiter verlange dann, in die Lage versetzt zu werden, hiervon Gebrauch zu machen. Für eine Neuregelung sei auch der gegenwärtige Zeitpunkt denkbar ungeeignet. Die Verschlechterung der Ernährungslage der einheimischen Bevölkerung und die stonstige kriegsmässige Belastung erforderten ein sehr vorsichtiges Vorgehen und eine Forsetzung der bisherigen im allgemeinen durch die Entwicklung bestätigten Maßnahmen. Eine derartige grundsätzliche Umstellung gegenüber dem Schwarzen Markt könne das Generalgouvernement als eine der wichtigsten wirtschaftlichen Hilfskräfte des Reiches nur im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsstellen durchführen. Sie werde nicht zu erreichen sein, weil sich bei den wirtschaftlichen Reichsressorts immer mehr das Bestreben festige, in den besetzten Gebieten die Schwarzen Märkte zurückzudrängen.

Im Ergebnis sei festzustellen, daß Präsident Dr. Emmerich mit seinen Vorschlägen die von ihm angestrebte Zielsetzung z.Zt. nicht erreichen könne. Die angeführte Einfangung und Zurückdrängung des Schwarzen Marktes werde in das Gegenteil verkehrt. Die weiter erstrebte Anerkennung beim Reiche, daß die Befugnisse des Generalgouvernements vorweg zu befriedigen seien, sei gleichfalls nicht zu erhoffen.

Die Schleichhandelbekämpfung erhalte schon immer eine besondere Note dadurch, daß die Verwaltung die einheimische Bevölkerung nicht richtig ernähre, ihr Bestreben aber, sich die benötigten Waren zusätzlich zu beschaffen, mit Mitteln der Verwaltung bekämpfe. Dieses Vorgehen werde naturgemäß in der Bevölkerung nicht verstanden und belaste das Ansehen der Verwaltung, habe aber seine Wurzel in der Notwendigkeit, gegenüber den Reichsstellen den Schwarzen Markt zu bekämpfen.

10.5.1944

Angesichts der Einschränkungen auf dem Gebiet der Fettversorgung sei die gegenwärtige Regelung der lückenlosen Schleichhandelbekämpfung nicht mehr aufrecht zu erhalten. Er bitte daher, durch Abänderung der Richtlinien eine Freigrenze zum Transport von etwa 3 kg Getreide und Getreideerzeugnisse und ½ kg Butter vorzusehen.

Da gegen diese Forderung kein Einspruch erhoben wird, wird sie vom Herrn Generalgouverneur als neue Richtlinie akzeptiert.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff spricht sich ebenfalls gegen eine Änderung des jetzigen Systems aus. Die Vorschläge des Präsidenten Dr. Emmerich seien in der Theorie vollkommen richtig, würden sich aber in der Praxis nicht so auswirken wie er glaube: Man würde nicht zu einer Erhöhung der Produktion und der Erfassung kommen, sondern zu einer unvorstellbaren Ausweitung der illegalen Produktion. Beim Reich müsse man eine Reduzierung der Lieferungen des Generalgouvernements erreichen, um der polnischen Bevölkerung auf dem Fleisch- und Fettsektor ein Existenzminimum geben zu können. Die Erfassung auf dem Fettsektor bereite im Distrikt einige Schwierigkeiten.

Präsident Dr. von Craushaar schließt sich den Ausführungen des Bankdirigenten Dr. Paersch an. Die Frage der Mindestgrenze müsse einmal genau geprüft werden. Wenn erklärt werde, daß Getreide, Kartoffeln und Fleisch im ganzen reichen würden, sei damit noch nicht gesagt, daß sie verteilungsmässig am Ort reichten. Grosse Bevölkerungsteile hätten die ihnen zustehenden Mengen nicht bekommen, und das wirke sich politisch ungünstig aus. Man müsse eine Neuverteilung auf die Distrikte vornehmen und dazu probeweise die im Reich gelagerten Getreidemengen heranziehen, um festzustellen, ob das Reich dem Abtransport dieser Mengen keine Schwierigkeiten bereite. Die Ernährung der rückgeführten Flüchtlinge stosse auf grosse Schwierigkeiten.

SS-Oberführer Bierkamp erklärt, daß er nur ein Interesse an der Hebung der staatlichen Autorität habe. Diese Autorität leide durch den Schleichhandel. Man müsse

daher dahin kommen, daß der Schleichhandel soweit zugelassen werde, wie er zur unbedingten Ernährung der Bevölkerung notwendig sei. In die neuen Richtlinien zur Bekämpfung des Schleichhandels müsse auch die Berücksichtigung der Tatsache hineingearbeitet werden, daß eine Bauersfrau, wenn sie Lebensmittel in die Stadt bringe, nicht nur 1 Pfund mitnehme. Weiterhin habe er auch starke Bedenken gegen die Erfassung von Arbeitern für das Reich, da dadurch in die Bevölkerung grosse Unruhe hineingetragen werde.

Staatssekretär Dr. Bühler regt eine Revidierung der Polizeivorschriften für die Bekämpfung des Schleichhandels an, damit die unteren Polizeiorgane Anhaltspunkte dafür in die Hand bekämen, was beschlagnahmt werden könne und dürfe. Darüber hinaus bitte er, Schleichhandelsbekämpfung, die zur Befriedigung eines momentanen Schnapsbedarfes durchgeführt werde, zu unterbinden.

SS-Obergruppenführer Koppe erwidert darauf, daß er durch eine Anordnung ein solches Vorgehen der Polizei unter strenge Bestrafung gestellt habe. Die Polizei dürfe auch nicht als Käufer solcher beschlagnahmten Waren auftreten.

Staatssekretär Dr. Bühler beleuchtet dann kurz das Verhältnis des Generalgouvernements zum Reich. Das Reich könne nicht alle Erzeugnisse dieses Raumes beanspruchen. Man höre jetzt schon Stimmen aus dem Reich, die besagten, daß das Generalgouvernement infolge des Wegfalles von Galizien und Lublin weniger Benzin benötige.

Eine Legalisierung des Schleichhandels halte er politisch und praktisch für unmöglich; schon der Verkauf von Wodka im Schleichhandel habe genug Staub aufgewirbelt.

Präsident Dr. Senkowsky führt dazu aus, daß in Krakau vom 27. März bis Ende April 11 000 Liter zu je 170,-- Zloty, in Warschau 24 467 Liter zu je 220 bezw. 210,-- Zloty verkauft worden seien . Der dabei erzielte

10.5.1944

Überpreis betrage 4.113 000 Zloty.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er diesen Verkauf nur unter Zurückstellung schwerster Bedenken für die Dauer eines Viertel Jahres genehmigt habe. Seine Entscheidung über einen weiteren Verkauf nach diesem Zeitpunkt behalte er sich nach Vorlage eines genauen Berichtes vor.

Präsident Dr. Emmerich faßt in seinen Schlußwort zusammen, daß nach übereinstimmender Ansicht die Kriegsproduktion des Generalgouvernements unter allen Umständen gehalten werden müsse. Voraussetzung für die wirkungsvolle Durchhaltung der bisherigen Kriegsleistung sei die Aufrechterhaltung der Ernährungssicherung, für die sogar noch ein Ausbau sich als notwendig erweise. Man müsse sich auf alle Eventualitäten einstellen und das Reich jetzt schon auf derartige Möglichkeiten der Entwicklung vorbereiten. Es gehe nicht an, daß die Ablieferungen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen an das Reich als erste Hypothek vollständig ausser Diskussion blieben. In Besprechungen mit dem Reich müsse darauf hingewiesen werden, daß diese erste Hypothek umgebucht werden müsse. Auf bestimmte Mengen dieser abgelieferten Kontingente müsse eine Rückgriffmöglichkeit des Generalgouvernements gesichert bleiben. Wenn das Reich z.B. auf dem Gebiet des Fetts nicht durch direkte Lieferungen helfen könne, müsse vielleicht auf dem Wege der vorhandenen Vorräte versucht werden, durch Freilassung von Getreidelieferungen diese Getreidemengen auf dem Wege der Schweinezucht in Fett zu verwandeln. Man müsse Maßnahmen treffen, die eine noch ungünstigere Entwicklung der Dinge als heute berücksichtigten.

Seine Vorschläge auf Umstellung der Erfassung sei eine Anregung gewesen und diese Anregung sollte sich in erster Linie auf die Fetterfassung beziehen. Gerade die Landbutter spiele im Schwarzhandel eine sehr grosse Rolle. Die Elastizität in der Erfassungsmethode halte er für durchaus richtig. Im Schleichhandel weise

die Optik des Verkaufs von Wodka durch den Staat im Schwarzhandel darauf hin, daß der Staat ohne Schleichhandel nicht auskommen könne. In seiner Bekämpfung müsse man auf die Quellen des illegalen Handels kommen. Man dürfe daher die wenigen Exekutivkräfte nicht auf kleine Dinge ansetzen, sondern müsse vielleicht in Zusammenarbeit mit den Preisüberwachungsämtern die Quellen der illegalen Erzeugung zu erfassen suchen. Wenn z.B. auf dem Schwarzen Markt ein bestimmter Hemdenstoff auftauche, dann müsse man an Hand eines Musters dieses Stoffes festzustellen suchen, aus welcher Fabrik diese Schleichhandelsware stamme.

Der Herr Generalgouverneur stellt dann fest, daß die Anträge des Präsidenten Dr. Emmerich auf Grund der Ergebnisse dieser Sitzung abgelehnt werden müßten, daß er trotzdem aber für diese Initiative des Präsidenten dankbar sei. Man sei sich darüber klar, daß man sich angesichts der schwierigen Lage des Reiches sowohl in wirtschaftlicher als auch in ernährungswirtschaftlicher Beziehung ausser Stande sehe, eine wirksame Schleichhandelsbekämpfung durchzuführen. Auf der anderen Seite sei es aber auch unmöglich, zu einer Legalisierung des Schleichhandels zu kommen. Man müsse also einen Mittelweg wählen: auf der einen Seite die Augen zudrücken, da der Schleichhandel zur Versorgung der Bevölkerung lebenswichtig sei, auf der anderen Seite den Anschein erwecken, daß er verboten sei.

Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe mögen in Verbindung mit den zuständigen Stellen und unter Berücksichtigung der hier vorgetragenen Gesichtspunkte das Schleichhandelshandbuch für die Polizei einer Korrektur unterziehen. Bei derartigen legalen Festlegungen sei aber äusserste Vorsicht zu empfehlen.

Wegen des Prämienlieferungskontingentes des Reiches an das Generalgouvernement müßten umgehend Verhandlungen aufgenommen werden, und er wäre Dr. Emmerich und General

10.5.1944

Schindler besonders dankbar, wenn sie sich dafür einschalteten.

Das allgemeine Verteilungssystem habe Anlaß zu manchen Beschwerden gegeben. Es werde zweckmässig sein, wenn ~~sich~~ die beteiligten Stellen auf Grund ihrer Erfahrungen eine bis unten praktisch gewährleistete Versorgung ausarbeiteten. Auch ein Plan für die Ernährung der rückgeführten Flüchtlinge müsse gemacht werden .

Eine Verminderung der Lieferungen des Reiches auf den Gebieten, auf denen das Generalgouvernement vom Reich abhängig sei, im Hinblick auf den Umstand, daß das Generalgouvernement kleiner geworden sei, könne er nicht dulden. Präsident Dr. Emmerich möge ~~das~~ in einer Sitzung amtlich feststellen lassen, dass eine Minderung des Bedarfes des Generalgouvernements infolge der Intensivierung der Arbeit im übrigen Generalgouvernement nicht eintrete.

[Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Struve zum Schluß darauf hin, daß der Befehlshaber der Sicherheitspolizei geradezu den Antrag gestellt habe, die weitere Versendung von polnischen Arbeitskräften ins Reich abzustoppen. Er wäre dankbar, wenn diese Frage eingehenden Besprechungen unterzogen würde und ihm unter Beiziehung aller zuständigen Stellen ein Bericht gegeben würde.]

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, mit Staatssekretär Dr. Bühler das Vertreterverhältnis klar-zulegen. Es gehe nicht an, daß im Regierungsgebäude kein Staatssekretär anwesend sei, wenn auf der Burg längere Sitzungen stattfänden.

10.5.1944

16[05] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner, Oberregierungsrat Dr. Arnold und Sendeleiter Bosch.

Thema der Besprechung sind Rundfunkangelegenheiten und die Intensivierung des Rundfunknachrichtendienstes.

Präsident Ohlenbusch berichtet von einer Entscheidung des Staatssekretärs, wonach auch weiterhin rundfunkmässig die Nachrichtenschöpfung des Generalgouvernements wie bisher in den Händen des Pressechefs der Regierung liege.

Sendeleiter Bosch weist darauf hin, daß diese Einigung ohne Beteiligung des Reichsrundfunks, der seit ungefähr drei Viertel Jahren gerade für diese Zwecke einen eigenen drahtlosen Dienst einzurichten bemüht sei, geschehen sei.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß kraft Führerverordnung vom Oktober 1939 alle Verwaltungen beim Generalgouverneur zusammengefaßt seien. Der von Sendeleiter Bosch gebrauchte Briefkopf "Reichsrundfunk, die Sender des Generalgouvernements" könne nicht als endgültige Lösung angesehen werden. Er wolle aber den jetzigen Zustand dulden, solange seine führenden Männer keinen Anlaß zu Klagen hätten. Das ändere aber nichts an der Tatsache, daß der jetzige Zustand eine illegale Lösung darstelle. Der technische Aufbau der Sender im Generalgouvernement sei Eigentum des Generalgouvernements.

Eine gesetzmässige Regelung dieses Zustandes sei vorerst nicht brennend, es könne jedoch der Augenblick kommen, in dem er über die Sender verfügen müsse; dann werde er sich um die jetzige Regelung nicht kümmern können. Sendeleiter Bosch täte taktischer Weise gut daran, sich mit der Hauptabteilung Propaganda in einen gewissen organisatorischen Zusammenhang zu bringen. Für ihn sei im Rundfunkwesen nur die Hauptabteilung Propaganda zuständig. Vielleicht könne Sendeleiter Bosch im inneren Dienst des Generalgouvernements einen anderen Briefkopf verwenden.

10.5.1944

Sendeleiter Bosch erwidert, daß das eine Revolutionierung des bisherigen Zustandes bedeute. Seine Instruktionen gingen dahin, daß der Betrieb des Rundfunks im deutschen Machtbereich ein Regal des Reiches sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß sich die jetzige Entwicklung auf dem Gebiete des Rundfunks im allgemeinen bewährt habe, sodaß er rein technisch keinen Anlaß zur Herbeiführung einer Änderung habe. Ebenso klar sei, daß er im äussersten Notfall ohne Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse vom Rundfunk Gebrauch machen müsse. Die Sender des Generalgouvernements hätten in erster Linie seiner Politik zur Verfügung zu stehen. Die jetzige Organisation sei völlig gegen die Struktur des Generalgouvernements. Sie widerspreche auch der grundlegenden Verordnung des Führers, daß alle Zuständigkeiten beim Generalgouverneur liegen.

Für jetzt verlange er, daß die deutschen Nachrichten des Generalgouvernements ausser über die drei Sender Krakau, Warschau und Lemberg auch über den Weichsel-Sender gingen. Die ersteren drei Sender seien zu schwach, um von allen Deutschen des Generalgouvernements, vor allem in den Distrikten Galizien und Lublin gehört zu werden. Es genüge täglich eine Viertel Stunde. Auf eigene Unterhaltungsprogramme lege er im jetzigen Augenblick kein Gewicht.

Sendeleiter Bosch weist darauf hin, daß die heute gesendeten deutschen Nachrichten die Inanspruchnahme des Senders Weichsel nicht rechtfertigten.

Im Anschluß daran werden eingehend Fragen der Nachrichtengewinnung und eine Intensivierung des deutschen Rundfunknachrichtendienstes besprochen. Staatssekretär Dr. Boepple soll eine Sitzung der führenden Männer der verschiedenen Hauptabteilungen und Ämter abhalten, in der Regierungsdirektor Albert, der auf diesem Gebiet besonders intensiv arbeite, seine bisherigen Erfahrungen und die Methode seiner Arbeit be-

10.5.1944

kannt gebe. Gleichzeitig sollten auch Präsident Ohlenbusch Pressechef Gassner und Sendeleiter Bosch sprechen und Wege der Nachrichtengewinnung aufzeigen. Dann soll ein Schulungskurs dafür geeigneter Männer in Zakopane abgehalten werden.

Wenn man auf diesem Wege eine Intensivierung der amtlichen Nachrichten in Presse und Rundfunk erreicht habe, müsse auch der Sender Weichsel eingeschaltet werden. Er selbst sei bereit, jeden ersten Monat des Monats um 19.3o Uhr über alle 4 Sender zu sprechen und stelle sich damit als Mitarbeiter zur Verfügung.

Zum Schluß spricht der Herr Generalgouverneur den Wunsch aus, die Aufführung des"Figaro" im Staatstheater über alle Sender gehen zu lassen.

17[45] Besprechung mit Generalarbeitsführer Hinkel in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Generalarbeitsführer Hinkel berichtet über den polnischen Baudienst. Die aus den geräumten Gebieten zurückgezogenen Kräfte seien z.T. in den Distrikten Krakau und Radom eingesetzt, eine grosse Anzahl sei mit dem Ausbau der Befestigungen beschäftigt. Leider mangele es an Reichsarbeitsdienstführern; Eingaben um Freistellung von Führern an das OKW habe sowohl der Reichsverkehrsminister wie jetzt auch die Luftwaffe gemacht.

Die Abteilungen habe er z.Z. zum Schutze vor Überfällen mit Wehrmachtswachen eingesetzt. Da diese Wachen zumeist aber aus Hilfswilligen bestünden, sei dieser Zustand nicht das ideale. Die eigne Bewaffnung habe sich bewährt und man habe bereits eine Anzahl von Überfällen abschlagen können. 60 Gewehre seien bis jetzt bei solchen Überfällen dem Baudienst abgenommen worden und die Polizei habe den Vorwurf erhoben, daß der Baudienst den Banditen dadurch Waffen liefere. Eine klare Entscheidung, ob die Polizei den Schutz der Baudienstabteilungen übernehmen könne, oder ab die Abteilungen ohne Schutz arbeiten sollten, sei noch nicht gefallen. Er vertrete die Auffassung, es beim bisherigen Zustand zu belassen.

10.5.1944

Für die vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums geplanten landwirtschaftlichen deutschen Siedlungen habe er dem Reichsführer SS Himmler die Namen derjenigen deutschen Führer zugesandt, die nach einigen Jahren Führerdienst im Baudienst hier siedeln wollten.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich bei ihm schon eine ganze Reihe Siedlungswilliger gemeldet habe, und ersucht Generalarbeitsführer Hinkel um Aushändigung einer Liste der Siedlungswilligen aus seinen Reihen.

Generalarbeitsführer Hinkel führt weiter aus, daß seit Errichtung des Baudienstes am 22. Mai 1940 28 Millionen Tagewerk abgeleistet worden seien.

Der Herr Generalgouverneur bringt den letzten Artikel des Generalarbeitsführers in der Krakauer Zeitung zur Sprache, in dem das als ein Verdienst des Reichsarbeitsdienstes dargestellt sei. Demgegenüber sei festzustellen, daß der Baudienst ein Aufbauwerk des Generalgouvernements sei, das gegen den geschlossenen Widerstand der zuständigen Reichsstellen vollführt worden sei. Selbstverständlich hätte man dieses Aufbauwerk ohne die Erfahrungen des Reichsarbeitsdienstes und gute Arbeitsdienstführer nicht bewerkstelligen können.

Auf den Hinweis des Präsidenten Dr. von Craushaar, daß die Führerschaft des Reichsarbeitsdienstes keine Möglichkeit besitze, auf die Baudienstangehörigen einzuwirken, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß man dazu die Hauptabteilung Propaganda einschalten könne. In der sogenannten Freizeit könne Unterricht von Kräften der Regierung erteilt werden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob für die Zukunft der Baudienstangehörigen nach ihrer Entlassung gesorgt sei und ob während der Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Baudienst für ihre Familien gesorgt sei, erwidert Generalarbeitsführer Hinkel, daß dafür momentan die allerdings nicht sehr leistungsfähige Sozialversicherung eintreten müsse.

10.5.1944

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß die Rechtsgrundlage für den Baudienst zusammen mit dem Inspekteur des Sonderdienstes für den ~~Bau~~Sonder-dienst gemeinsam geregelt werden müßten. Vielleicht könne man einen besonderen Fond schaffen. Er habe das größte Interesse an der Aufrechterhaltung des Baudienstes. Er könne sich auch die bisherigen Leistungen des Baudienstes ohne die Verdienste des Generalarbeitsführers Hinkel nicht vorstellen. Die beim Baudienst entstandenen Schwierigkeiten seien nicht von der Baudienstführung verschuldet, sondern lägen in der gegenwärtigen Notzeit.

Generalarbeitsführer Hinkel berichtet, daß der Baudienst eine Einsatzstärke von 45 Tausend Mann gehabt habe. Die Zahl von 60 Tausend hätte man erreicht, wenn nicht im Osten des Generalgouvernements der Frontein-bruch gekommen wäre. Gegenwärtig seien es 33 Tausend.

An Hand einer Karte erklärt er dann dem Herrn Generalgouverneur die gegenwärtigen Einsatzpunkte.

Mit 5 Tausend um Krakau liegenden Baudienstmännern wolle er am 21. Mai einen Propagandamarsch durch Krakau machen und er bitte den Herrn Generalgouverneur, eine Besichtigung dieser Leute vorzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit und beauftragt Generalarbeitsführer Hinkel, dazu auch den polnischen Hilfsausschuss einzuladen. An die daran teilnehmenden Männer solle auch ein Ehrengeschenk verteilt werden. Anschliessend werde er Generalarbeitsführer Hinkel und führende Mitarbeiter des Baudienstes zur Mittagstafel einladen und dabei seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit zum Ausdruck bringen.

18[15] Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz und Ministerialrat Dr. Weh über die Veranstaltung von Vorträgen in der Gesellschaft der Wissenschaften und der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/8 Krakau

Donnerstag, den 11. Mai 1944

12[10] Im Königssaal der Burg zu Krakau empfängt der Herr Generalgouverneur die Häupter der Autokephalen Orthodoxen und Autonomen Kirche der Ukraine und die Würdenträger der Orthodoxen Kirche im Generalgouvernement.

Die geistlichen Würdenträger werden dem Herrn Generalgouverneur von Landgerichtsdirektor Wilden vorgestellt.

Dann ergreift Metropolit Dionysius das Wort zu folgender Ansprache: Euer Exzellenz! Herr Generalgouverneur! Ich möchte die heutige Gelegenheit wahrnehmen, um Ihnen meinen aufrichtigsten Dank für Ihre wohlwollende Einstellung der Orthodoxen Autokephalen Kirche des Generalgouvernements gegenüber und für die verständnisvolle Erfüllung aller religiösen Bedürfnisse und Belange der orthodoxen Bevölkerung des Generalgouvernements auszusprechen. In den Kirchen können frei Gottesdienste zelebriert werden; wir können von der Kanzel aus frei das Wort Gottes und die hohe evangelische Moral predigen. Die heranwachsende Jugend hat die Möglichkeit, in den Schulen Regilionsunterricht zu erhalten. Wir haben im Generalgouvernement eine normale Organisation der Kirche, die dem kirchlichen Recht der Ökumenischen Orthodoxen Weltkirche entspricht. Wir stehen in enger Verbindung mit allen autokephalen orthodoxen Kirchen der Welt. Wir haben auch der Regierung des Generalgouvernements dafür zu danken, daß in Warschau und Cholm 2 theologische Lehranstalten bestehen, in denen der orthodoxe priesterliche Nachwuchs ausgebildet werden kann. Diese Leistungen wird die Kulturgeschichte der Menschheit niemals vergessen; diese hohe kulturelle Tat wird für immer mit Ihrer Person, Herr Generalgouverneur, und Ihrer Regierung verbunden sein.

2

11.5.1944

Metropolit Dionysius verliest sodann eine Protesterklärung gegen die Ermordung des Metropoliten Sergius, des Exarchen von Wilna und Oberhauptes der orthodoxen Kirche in Litauen, durch bolschewistische Agenten.

Als Vertreter der Autokephalen Orthodoxen Kirche der Ukraine richtet Metropolit Polykarp folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur: Ich begrüsse Euer Exzellenz und die hohen Vertreter der Regierung. In meinem und im Namen des Episkopats der Ukrainischen Autonomen Orthodoxen Kirche spreche ich Ihnen meinen Dank für die Gastfreundschaft aus. Ich bete zu dem barmherzigen Gott, er möge dem deutschen Volke und allen, die am Kampf in diesem Kriege teilnehmen, den Sieg über alle Feinde, insbesondere über die jüdischen Kommunisten geben, damit wir Sie in unserem Vaterlande begrüssen können. Ich darf Sie und auch die Regierung des Deutschen Reiches versichern, daß das ukrainische Volk in seinem Vaterlande eine eigene Kirche haben und sehen will, an deren Spitze ein Episkopat und ein Klerus stehen sollen, die mit dem Volke luft- und geistesverwandt und völlig unabhängig vom roten und auch vom weissen Moskau sind.

Auch Metropolit Polykarp verliest dann eine Protesterklärung des heiligen Konzils der Bischöfe der Ukrainischen Autonomen Orthodoxen Kirche gegen die von kommunistischen Emissären verübte Ermordung des Metropoliten Sergius.

Erzbischof Pentelejmon der Autonomen Orthodoxen Kirche in Kiew richtet dann folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur: Im Namen der Bischöfe der Autonomen Orthodoxen Kirche der Ukraine spreche ich Ihnen, Euer Exzellenz, meinen herzlichen Dank für die Gastfreundschaft und die Heimstätte aus, die wir als flüchtige Bischöfe hier im Gebiete des Generalgouvernements gefunden haben, an dessen Spitze Euer Exzellenz stehen. In Ihre Hände legen wir unseren aufrichtigsten Dank gegenüber der deutschen Regierung für die Fürsorge, die wir bei unserer Flucht gefunden haben und die uns die Möglichkeit gibt,

zum Wohl unserer Kirche normal zu leben und zu arbeiten. Ich war der erste Bischof, dem es gelungen ist,nach Kiew zu kommen, als diese Stadt durch die deutsche Wehrmacht vom bolschewistischen gottlosen Regime befreit wurde. Ich betone, daß ich während meines Aufenthalts in Kiew vollste Unterstützung und vollstes Verständnis in allen meinen Arbeiten, insbesondere was den Wiederaufbau der Kirche betraf, bei den deutschen Behörden, sowohl den militärischen wie auch den zivilen, gefunden habe. Das vorübergehende Verlassen unserer Diözesen beraubt uns nicht des vollen und unbeugsamen Glaubens, daß wir bald wieder in unsere Diözesen zurückkehren werden, um die für kurze Zeit unterbrochene Arbeit zum Wohl der ukrainischen orthodoxen Kirche und zum Wohl des deutschen und des ukrainischen Volkes fortsetzen. Wir glauben fest, daß schon bald die Stunde schlagen wird, da die deutsche Wehrmacht mit Hilfe Gottes den Weltfeind der Kirche und menschlichen Kultur, den jüdischen Kommunismus und Bolschewismus, vernichten wird, daß wir wieder im freien Geiste an unsere kirchlichen und auch bürgerlichen Pflichten herantreten können. Es lebe der grosse Führer Adolf Hitler, der Genius des deutschen Volkes! Es lebe sein würdiger Mitarbeiter, Seine Exzellenz der Herr Generalgouverneur und die unbesiegbare deutsche Wehrmacht!

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache: Meine Herren Bischöfe! Meine Herren Prälaten! Meine Herren Würdenträger der orthodoxen Kirche! In einer schönen festlichen Stunde habe ich die Ehre, Ihren Besuch in einem der stolzesten Säle ~~der~~ Burg ~~zu~~ Krakau entgegenzunehmen. In Ihren ehrwürdigen Persönlichkeiten tritt mir die ganze grosse feierliche Kultur der orthodoxen Kirche entgegen, dieser Kirche, die durch viele, viele Jahrhunderte hindurch eine Blüte menschlicher Kulturentwicklung im gesamten Ostbereich Europas verbreitet hat. Wenn man Ihre Kirchen, die seelenrhythmen Ihrer Gottesdienste, wenn man Ihre hervorragende kirchlich- theologische Literatur nur einigermassen kennt, ist man von der Grösse dieses Werkes er-

zum Wohl unserer Kirche normal zu leben und zu arbeiten. Ich war der erste Bischof, dem es gelungen ist,nach Kiew zu kommen, als diese Stadt durch die deutsche Wehrmacht vom bolschewistischen gottlosen Regime befreit wurde. Ich betone, daß ich während meines Aufenthalts in Kiew vollste Unterstützung und vollstes Verständnis in allen meinen Arbeiten, insbesondere was den Wiederaufbau der Kirche betraf, bei den deutschen Behörden, sowohl den militärischen wie auch den zivilen, gefunden habe. Das vorübergehende Verlassen unserer Diözesen beraubt uns nicht des vollen und unbeugsamen Glaubens, daß wir bald wieder in unsere Diözesen zurückkehren werden, um die für kurze Zeit unterbrochene Arbeit zum Wohl der ukrainischen orthodoxen Kirche und zum Wohl des deutschen und des ukrainischen Volkes fortsetzen. Wir glauben fest, daß schon bald die Stunde schlagen wird, da die deutsche Wehrmacht mit Hilfe Gottes den Weltfeind der Kirche und menschlichen Kultur, den jüdischen Kommunismus und Bolschewismus, vernichten wird, daß wir wieder im freien Geiste an unsere kirchlichen und auch bürgerlichen Pflichten herantreten können. Es lebe der grosse Führer Adolf Hitler, der Genius des deutschen Volkes! Es lebe sein würdiger Mitarbeiter, Seine Exzellenz der Herr Generalgouverneur und die unbesiegbare deutsche Wehrmacht!

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache: Meine Herren Bischöfe! Meine Herren Prälaten! Meine Herren Würdenträger der orthodoxen Kirche! In einer schönen festlichen Stunde habe ich die Ehre, Ihren Besuch in einem der stolzesten Säle ~~der~~ Burg ~~zu~~ Krakau entgegenzunehmen. In Ihren ehrwürdigen Persönlichkeiten tritt mir die ganze grosse feierliche Kultur der orthodoxen Kirche entgegen, dieser Kirche, die durch viele, viele Jahrhunderte hindurch eine Blüte menschlicher Kulturentwicklung im gesamten Ostbereich Europas verbreitet hat. Wenn man Ihre Kirchen, die seelenrhythmen Ihrer Gottesdienste, wenn man Ihre hervorragende kirchlich- theologische Literatur nur einigermassen kennt, ist man von der Grösse dieses Werkes er-

schüttert. Daher ist es für micht eine besondere Freude, Sie hier begrüssen zu können.

Sie stehen im Generalgouvernement auf einem festen Boden, und feierlich habe ich im Namen des Führers des Großdeutschen Reiches die Orthodoxe Kirche in den Schutz des Reiches übernommen. Ich habe eben mit tiefer Erschütterung von Ihren Ausführungen Kenntnis genommen. Es ist die völlige Umkehr aller staatlichen und Gesellschaftsordnung, daß die Vertreter einer heiligen Institution bei dem Staat nicht mehr Schutz finden sollten. Wo gibt es eine Anklage wie die Ihrige gegen irgendein Staatssystem, daß Sie, die Sie nichts anderes wollen als den Seelen Ihres Volkes dienen, aus Ihrer eigenen Heimat flüchten mußten. Ich kann hier nur die eine Versicherung abgeben: ich habe Ihre Worte treuer Verbundenheit im Glauben an den Sieg der deutschen Wehrmacht entgegengenommen.

Die deutsche Armee Adolf Hitlers wird diesen Krieg gegen den Bolschewismus gewinnen. In diesem Kampf gegen das Weltjudentum wird die Nation der Deutschen bestehen. Dieselben Prüfungen, die jeder, der etwas Grosses oder Herrliches im Leben vollbringen will, jemals zu bestehen hat, hat auch Adolf Hitler zu bestehen. Nicht darauf kommt es an, daß man kämpfen muß; es kommt darauf an, daß man den Glauben an seine heilige Berufung niemals verliert. Und in diesem ehernen Geist des inneren Siegglaubens ist die Deutsche Nation entschlossener denn je.

Sie werden in Ihre Kirchen zurückkehren; Sie werden Ihren Gläubigen wieder vorstehen; Sie werden Ihre heiligen Gesetze in Ihrer Heimat wieder erfüllen können. Stalin ist die Verkörperung der Verneinung Gottes auf der Erde, Adolf Hitler die Bejahung Gottes. Und so wie Licht und Schatten verhalten sich Adolf Hitler und Stalin Es gab zu allen Zeiten in allen europäischen und sonstigen Kulturvölkern konfessionelle Streitigkeiten. Es ist zu bedauern, daß es diese konfessionellen Streitigkeiten

gibt; aber vielleicht ist das die den Kirchen auferlegte göttliche Prüfung. Eines steht jedoch fest: eine Gottlosenbewegung gab es nur einmal, nämlich im Bolschewismus. Und dies ist das Entscheidende aus dieser Zeit. Wer im Namen Gottes auf dieser Erde weilt, muß gegen den jüdischen Bolschewismus sein. Sie haben mit tiefem Schmerze von der neuen Schandtat des Bolschewismus, von der Ermordung eines Ihrer würdigsten Mitglieder mir berichtet. Auch ich und mit mir alle verbeugen sich vor der ehrwürdigen Leiche dieses Märtyrers Ihrer Kirche. Unser aller Leben liegt in Gottes Hand. Heute ist der Kampf des Geistes und der Kampf des Eisens nur in einer Linie möglich: anständig lebt nur, wer einen anständigen Kampf gegen den Bolschewismus führt.

Ich kann Sie nur meines Dankes und meiner Anerkennung versichern und der frohen Zuversicht Ausdruck geben, daß es gemeinsamer Anstrengung gelingen wird, Sie, meine Herren Bischöfe, wieder in Ihre Rechte einzusetzen. Meine besten Wünsche begleiten Sie für Ihr heiliges Amt und für die Ihnen anvertrauten Völker.

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt den geschäftsführenden Präsidenten der Landesgruppe Ungarn der Internationalen Rechtskammer Oberregierungsrat Dr. Bogsch-Budapest. Bei diesem Empfang sind zugegen Regierungskommissar Dr.Heuber, Botschaftsrat Dr. Schumburg, Generaldirektor Dr.Ulrich, Geheimer Finanzrat Vocke, Direktor Jannot, Generalsekretär Dr. Pfeiffer und Hauptsturmführer Amtor.

Oberregierungsrat Dr. Bogsch überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung für eine Tagung der Internationalen Rechtskammer in Budapest.

Anschliessend findet ein Teeempfang statt.

19[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause Urania.

Richard Wagner-Abend der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Kapellmeisters Swarowsky.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/8 Krakau

Freitag, den 12. Mai 1944

11^{15} Gouverneur-Sitzung.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Präsident Dr. von Craushaar
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Dr. Wendler.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß er Gelegenheit habe, alle schwebenden Fragen mit den Gouverneuren zu besprechen. Über die Lage selbst sei kein Wort zu verlieren. Die Meldungen, die von allen Seiten kämen, seien alles andere als beruhigend. Andererseits bestehe kein Zweifel, daß man die Haltung bewahren werde. Wie allen andern Instanzen spreche er auch den Gouverneuren seinen Dank und seine Anerkennung für ihre hervorragende Bewährung in dieser Schicksalszeit aus. Auch die Gouverneure könnten auf die Anerkennung des Führers stolz sein. Nach wie vor komme es darauf an, das Prinzip der Einheit der Verwaltung und Führung in der Linie Generalgouverneur, Gouverneur, Kreis- und Stadthauptmann als das Rückgrat des Aufbaues des Generalgouvernements aufrecht zu erhalten.

Gouverneur Kundt berichtet dann über die Sicherheitslage im Distrikt Radom. Die normale Gestaltung der Sicherheitslage sei unabhängig von psychologischen und sonstigen Fragen, die mit der Invasion zusammenhängen. Die Bandentätigkeit habe sich gesteigert. Die Zahl der Überfälle auf Deutsche und der Morde an ihnen nehme in den letzten Wochen erheblich zu. Starke Ver-

luste habe auch die Gendarmerie und ein Sonderdienst-kommando erlitten.

In Kielce sei von der Wehrmacht dem Stabe des Ministeriums Rosenberg zur Unterbringung von verletzten Russen ein Lager zur Verfügung gestellt worden, das auch von nichtdeutschen Mannschaften bewacht wird, woraus sich mancherlei Unzuträglichkeiten ergäben. Weiter befinde sich bei Konskie ein Barackenlager, in welchem 1500 Ostlegionäre untergebracht seien. Ein grosser Teil dieser Legionäre sei an Tuberkulose erkrankt und werde von nichtdeutschen Ärzten betreut, denen nur 1 deutscher Chefarzt übergeordnet sei. Auch hier hätten sich sehr unliebsame Verhältnisse herausgestellt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die Frage dieser beiden Läger einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, und bezüglich des Lagers in Konskie den Präsidenten Professor Dr. Teitge von den dort herrschenden Verhältnissen in Kenntnis zu setzen.

Gouverneur Kundt geht sodann auf die Gesamtlage im Distrikt Radom ein. Wie ihm der SS- und Polizeiführer mitgeteilt habe, seien Pläne aufgefunden worden, aus denen sich ergäbe, daß um die Mitte des Monats Mai herum im Zusammenhang mit der Invasion eventuell eine Aufstandsbewegung zu gewärtigen sei, auf die man sich selbstverständlich in irgend einer Form vorbereiten müsse. Man werde kaum in der Lage sein, sich angesichts der geringen Zahl von Kräften der Polizei und Wehrmacht der Partisanen zu erwähren.-Im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen und der Sicherheitslage sei die Arbeitererfassung trotz größter Anstregung äusserst schwierig. Die Zahl von 15 000 Mann, die der Distrikt Radom stellen solle, werde nur zu 46% erreicht werden können. Das Sonderdienstkommando sei fast aktionsunfähig geworden. Im übrigen könne ja auch das Ergebnis der Arbeitererfassung angesichts der Anforderungen der Rüstungsindustrie nicht befriedigend sein. Von einer

12.5.1944

freiwilligen Meldung könne kaum noch gesprochen werden, was aber auch zu verstehen sei, da die Arbeiter ihre Familien bei den jetzt herrschenden unsicheren Verhältnissen nicht im Stiche lassen wollten.

Der Sonderbeauftragte für die Leistungssteigerung im Generalgouvernement Bodo Stahr berufe sich auf eine Verfügung des Generalgouverneurs, nach welcher er berechtigt sei, im Rahmen dieser Leistungssteigerung auch die polnische Arbeiterschaft zu schulen. Damit greife er doch wohl in eine Aufgabe hinein, die anderen Instanzen zustehe. Der Sonderbeauftragte habe im Distrikt Radom den Parteigenossen Schöne neben der Staatsapparatur mit dieser Aufgabe betraut, und Pg. Schöne setze nun wieder innerhalb der Kreishauptmannschaften und der Betriebe polnische Beauftragte ein. Er habe dem Pg.Schöne die ihm vom Bereichsleiter Stahr übergebene Urkunde abgenommen. Der Distriktsverwaltung sei jedenfalls amtlich darüber nichts mitgeteilt worden, welche Rechte und Zuständigkeiten Bereichsleiter Stahr habe. Ihm habe Pg. Stahr lediglich mitgeteilt, daß über die Errichtung neuer Werkküchen zentrale Weisungen ergehen sollten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, diese Frage einer Prüfung zu unterziehen, und wendet sich in diesem Zusammenhang gegen neuerdings in der Krakauer Zeitung erscheinende Verlautbarungen des Bereichsleiters Stahr, wenngleich er andererseits die guten Leistungen des Pg. Stahr durchaus anerkennen wolle. Er ersucht Gouverneur Kundt, ihm einen schriftlichen Bericht darüber zu erstatten.

Gouverneur Kundt wendet sich weiter gegen einen von Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann herausgegebenen Erlaß, nach welchem die polnischen Bürgermeister mit einem Strafrecht bis zu 3000 Zloty und gegebenenfalls mit der Befugnis zur Verhängung von Haftstrafen ausgestattet werden sollen. Es gehe nicht an, einem polnischen Bürgermeister staatliche Hoheitsrechte zu übertragen, die grundsätzlich beim Kreishauptmann liegen müssen. Auch könne s.E. eine solche Regelung überhaupt

12.5.1944

nur auf Grund der geltenden Verwaltungsanordnung durch den Staatssekretär erfolgen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann in diesem Erlaß vom 28. Januar 1944 auf die Zustimmung der Hauptabteilung Innere Verwaltung berufe. Wenn auch gegen eine Übertragung von Strafrechtsbefugnissen auf polnische Bürgermeister an sich nichts zu sagen sei, so dürften doch die fremdvölkischen Bürgermeister keine Strafbefugnisse erhalten, die weit über das Niveau derjenigen des Kreishauptmanns hinaus gingen. Jedenfalls müsse diese Frage von Staatssekretär Dr. Bühler genau überprüft werden.

Gouverneur Kundt weist ferner darauf hin, daß die Frage der Beitragsleistung der Kommunen zu den Kriegslasten noch ungeklärt sei. Gegen einen in dieser Beziehung vorliegenden Verordnungsentwurf müßte er gegebenenfalls in-sofern Stellung nehmen, als sich darin die Hauptabteilung Innere Verwaltung die Entscheidung vorbehalte, der Gouverneur aber überhaupt nicht in diese Regelung eingeschaltet werde.

Den dauernden Bestrebungen der Hauptabteilung Gesundheitswesen, die Gesundheitsämter bezw. den Amtsarzt bei der Kreishauptmannschaft zu einer selbständigen Behörde neben dem Kreishauptmann zu machen, müssen entgegengewirkt werden. Als Begründung werde wohl angeführt, man könne keine Ärzte für diese Tätigkeit finden, weil sie sich dem Kreishauptmann nicht unterstellen wollten. Dagegen, daß der Amtsarzt in fachmedizinischen Angelegenheiten einen unmittelbaren Schriftverkehr mit der Hauptabteilung Gesundheitswesen führen könne, sei wohl nichts einzuwenden, und er habe auch einen entsprechenden Erlaß ausgearbeitet, durch den eine kleine Lockerung in praktischer Hinsicht herbeigeführt werde. Gleichwohl halte er eine Kontrolle der Amtsärzte durch die Kreishauptmänner für durchaus geboten.

5

12.5.1944

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß bisher die Amtsärzte dem Amt Innere Verwaltung beim Kreishauptmann unterstelit gewesen seien. Dieses Amt werde in der Regel von einem Inspektor, einem Sekretär oder auch einem Laienangestellten verwaltet. Das Bestreben der Ärzte, die eine Spezialausbildung genossen hätten, aus dieser Stellung herauszukommen, sei verständlich. An dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung könne nicht gerüttelt werden. Zweckmässig wäre es wohl, beim Kreishauptmann ein eigenes Amt für Gesundheit einzurichten, das der Amtsarzt übernähme.

Der Herr Generalgouverneur wünscht Vortrag über diese Angelegenheit in Gegenwart des Präsidenten Professor Dr. Teitge.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet zunächst ebenfalls kurz über die Sicherheitslage im Distrikt und in der Stadt Warschau. Während die Lage auf dem flachen Lande im allgemeinen noch einigermassen zufriedenstellend sei, sei sie nach wie vor in der Stadt Warschau sehr besorgniserregend. Die Masse der Warschauer Bevölkerung sei jedoch durchaus loayal, und Sabotageakte von seiten der Arbeiterschaft kämen kaum vor.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Warschau schon in ruhigen Zeiten eine Verbrecherzentrale gewesen sei. Das liege eben im Charakter einer Millionenstadt. Vor allem müsse auch ein Weg gefunden werde, um die völlig überflüssigen unkontrollierten Deutschen aus der Stadt herauszubringen.

Gouverneur Dr. Fischer gibt zu bedenken, daß der SD. in Warschau keine Möglichkeit habe, eine Wirtschaftspolizei aufzustellen, um in Lokalen und anderswo Kontrolle durchzuführen. Gleichwohl sei man bestrebt, in Hotels usw. scharfe Kontrollen zu machen. Jeder Deutsche, der sich schlecht benehme, werde ausgewiesen, korrupte Elemente würden gegebenenfalls mit Zuchthausstrafen belegt. Aber alles das bringe keinen rechten Erfolg, da

keine Exekutive zur Verfügung stehe. Die Preisüberwachungsstelle sei auch nicht in der Lage, Wandel zu schaffen. Die Staatsanwaltschaft greife wohl einige Fälle auf, bereite sie aber nicht genügend vor, und so daure es Monate, bis die Gerichte einschreiten können. Es fehle vor allem ein Stab erfahrener Kriminalisten, der sich ausschließlich mit diesen Wirtschaftsvergehen befasse.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet dann von 2 Skandalfällen, bei denen ein Reichsbahnrat und ein Angehöriger der O.T. eine Rolle gespielt hätten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Gouverneur Dr. Fischer, ihm einen schriftlichen Bericht über diese beiden Fälle zu übersenden.

Gouverneur Dr. Fischer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Tätigkeit der Preisüberwachungsbehörde bisher wenig erspriesslich ausgewirkt habe. Sie habe versucht, Geld beizutreiben, habe aber die Betreffenden nur im Unterwerfungsverfahren belangt, und diese Elemente arbeiteten dann ruhig weiter. Er sei übrigens als Zeuge in einem Prozeß geladen und solle darüber aussagen, daß die Generaldirektion der Monopole seit längerer Zeit ihre eigenen Erzeugnisse durch Agenten vertreiben lasse. In diesem Prozeß werden dem Angeklagten vorgeworfen, 5000 Zigaretten zu Schleichhandelspreisen erworben zu haben.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt dazu, daß Wodka von seiten der Monopolverwaltung zu erhöhten Preisen frei verkauft werde und darin eine Art der Steuereinhebung liege. Der Wodka, der ursprünglich mit 220 Zloty verkauft worden sei, habe jetzt wohl einen Preis von 170 Zloty.

Der Herr Generalgouverneur nimmt das Vorbringen des Gouverneurs Dr. Fischer amtlich zur Kenntnis und beraumt für die nächste Woche eine Sitzung an, in der diese Frage in Gegenwart des Präsidenten Dr. Senkowsky und unter Zuziehung des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff

besprochen werden soll. Die von Gouverneur Dr. Fischer geltend gemachten Bedenken teile auch er. Leider stehe man aber auf dem Währungsgebiet beinahe vor einer Katastrophe, und er habe sich seinerzeit, nur einem starken Zwange folgend, für diese Regelung erklärt, zunächst allerdings nur für die Dauer eines Viertel Jahres. Eine amtliche Legalisierung des Schleichhandels dürfe aber darin nicht liegen.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß der zu diesen hohen Preisen verkaufte Wodka besonders gekennzeichnet und das Gericht jeder Zeit in der Lage sei, zu prüfen, ob es sich um Wodka handle, der auf diesem immerhin rechtmässigen Wege in den Verkehr gelangt sei.

Gouverneur Dr. Fischer fährt in seinem Bericht fort und weist darauf hin, daß die Wirtschaft, soweit es sich um die Rüstungsbetriebe handele, vollauf beschäftigt sei. Leider seien jedoch Hunderte von sogenannten Zubringerbetrieben, die sich in Händen von Polen befänden, sehr schlecht mit Aufträgen versorgt und könnten nur unter größten Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. Im übrigen arbeiteten diese Betriebe vielfach schwarz. Er habe deshalb vorgeschlagen, alle nicht lebensfähigen Betriebe zu schliessen, damit die Arbeiter für das Reich freigemacht werden könnten. Die Hauptabteilung Wirtschaft wolle diese Betriebe allerdings halten, weil es die einzigen seien, auf die sie noch Einfluß habe.-Auch er halte es nicht für notwendig, daß Bereichsleiter Bodo Stahr sich Dienststellen aufziehe, sondern er solle sich der dafür vorhandenen Instanzen, vor allem der Abteilung Wirtschaft bedienen.

Für den Luftschutz seien alle nur denkbaren Vorbereitungen getroffen worden.

Was die Frage der Unterstellung des Gesundheitswesens unter die Kreishauptmannschaft angehe, so habe diese Frage im Distrikt Warschau bisher zu keinen Schwierigkeiten geführt. Man habe vielmehr auch hinsichtlich der Seuchenbekämpfung sehr gute Erfolge gehabt, und zwar auch mit Hilfe von polnischen Kreisärzten.

Die übrigen Verwaltungszweige arbeiteten durchaus normal. Die Arbeitererfassung werde allerdings immer

schwieriger. Auch die Vieherfassung im Distrikt betrage z.Zt. nur 74%, und trotz der Zusammenarbeit mit der Polizei seien die Viehlieferungen von ausserhalb beinahe völlig eingestellt: aus dem Distrikt Radom kämen nur noch 20%, aus den Distrikten Lublin und Galizien überhaupt nichts mehr. - Zu begrüssen sei die enge Zusammenarbeit der Distriktsverwaltung mit allen Hauptabteilungen.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet über die Sicherheitslage im Distrikt Lublin, die z.Zt. äusserst angespannt ist. Insbesondere im Südteil des Kreises Hrubieszow herrsche infolge des Volkstumskampfes zwischen Polen und Ukrainern eine ausgesprochene Aufstandsbewegung. Die unruhigen Verjältnisse wirkten sich naturgemäß auch auf die Leistungen der Landwirtschaft aus. Besonders ungünstig lägen die Verhältnisse im Kreise Zamosz, da der Volkstumskampf aus dem Südteil des Distrikts in diesen Kreis übergegriffen habe. Hier würden polnische Arbeiter am hellichten Tage von den Ukrainern ermordet. Die Deutschen dieses Kreises seien angesichts ihrer Inanspruchnahme für die Landwirtschaft nicht in der Lage, Polizeidienst zu machen. Er habe einen Bericht über die Dinge an den Reichsführer SS gesandt und ihn um Schutz für dieses Gebiet gebeten. Ob mit einer Einrichtung von 25 Stützpunkten zu je 100 Mann im Distrikt Lublin grundlegend geholfen werden könne, stehe noch dahin. Trotz der höchst angespannten Lage im Distrikt Lublin sei das Land doch im wesentlichen bestellt worden. Bei der Erfassung von Vieh habe sich der Sonderdienst sehr gut bewährt, er müßte aber um mindestens 150 Mann verstärkt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Wendler, daß die Zahl der Stützpunkte auf mindestens 120 erhöht werden müsse.

Unbeschadet des Rechts übergeordneter Instanzen, Ausweisungen aus dem Generalgouvernement aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu verfügen, müßten auch die Gouverneure zu dieser Frage eine Zuständigkeit erhalten.

12.5.1944

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf die neue Disziplinarstrafordnung hin, in der auch als Strafe die Ausweisung vorgesehen ist. Danach kann die Regierung den Antrag auf Ausweisung einer Person an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei weiterleiten, der dann darüber entscheidet. Es sei vorgesehen, daß die Ausweisung im Einvernehmen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer erfolge.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, die Regelung würde bedeuten, daß er dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei unterstellt sei. Er halte das selbstverständlich für völlig ausgeschlossen. - Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Dr. Wendler, über einen von ihm erwähnten Fall der Nichtausweisung einer Person trotz Vorliegen bestimmter Verfehlungen Bericht zu erstatten. Er werde gegebenenfalls die Ausweisung sofort verfügen.

Staatssekretär Koppe ist schon aus rein ordnungspolitischen Tendenzen dafür, daß jeder streng vorbestrafte Deutsche das Generalgouvernement zu verlassen hat. Er übernehme die Gewähr dafür, daß die Sache bei ihm absolut korrekt gehandhabt würde. Man müsse allerdings bedenken, daß die Sicherheitspolizei durchaus überlastet sei. Er halte es nicht für richtig, daß der Generalgouverneur selber darüber entscheide.

Der Herr Generalgouverneur bittet Staatssekretär Dr. Bühler und Gouverneur Dr. Wendler, sich in der Frage der Ausweisung an Staatssekretär Koppe zu wenden. Gegebenenfalls würde er sich die Entscheidung selber vorbehalten. Diese Regelung solle für alle Gouverneure Geltung haben.

Gouverneur Dr. Wendler teilt dann mit, daß gegen im Polizeihilfsdienst eingesetzte Beamte und Angestellte der Distriktsverwaltung von seiten der Hauptabteilung Finanzen Rückforderungsansprüche wegen zu viel gezahlter Tagegelder gestellt würden. In einem Falle handle es sich um eine Summe von 2 360 Zloty. Er bitte, dafür zu sorgen,

daß diese Rückzahlungsansprüche nicht aufrecht erhalten würden. - In diesem Zusammenhang bemerkt Gouverneur Dr. Wendler, daß 86 Gefolgschaftsmitglieder der Distriktsverwaltung in der Zeit vom 1. Juli 1943 bis 15. April 1944 5124 Tage Polizeidienst verrichtet hätten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, die Frage der Polizeihilfsdienstpflicht und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Zurückzahlung von Tagegeldern einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Gouverneur Dr. Wendler geht dann auf die Frage des Gesundheitswesens ein und gibt der Ansicht Ausdruck, wenn der von Präsident Professor Dr. Teitge in der Frage der Amtsärzte vertrete Standpunkt richtig wäre, dann könnte weder der Kreishauptmann noch der Gouverneur irgendeine Anordnung treffen. Schließlich würden diese Instanzen auch nicht so ungeschickt sein, in medizinischen Dingen Anordnungen zu geben. Offenbar gehe man im Reichsministerium des Innern nur von der Ansicht aus, daß es sich hier lediglich um fachärztliche Angelegenheiten handelt.

Abschliessend berichtet Gouverneur Dr. Wendler von Massnahmen, die auf dem Gebiet der Räumung und des Abtransports von Gütern getroffen worden sind.

(Die Sitzung wird hierauf unterbrochen)

15[15] Fortsetzung der Gouverneur-Sitzung.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die Lage im Distrikt Galizien. Es zeige sich eine langsame Konsolidierung der Verhältnisse. Die Erfassungssituation habe sich in den letzten Tagen etwas gebessert, da die Wehrmacht für die Erfassung im Interesse der rückwärtigen Dienststellen und damit auch der zivilen Versorgungsbetriebe 2 Bataillone zur Verfügung gestellt habe. Die Buttererfassung sei auf 2 000 kg wöchentlich zurückgegangen. Die Wehrmacht erhalte zwar alles von der Bevölkerung, jedoch auf Kosten des Generalsektors der Verwaltung. Wenn die Front stabil bleibe, würden sich aber wohl die Verhältnis-

se bessern. Die Disziplin der Truppe sei ebenfalls besser geworden, nach-dem Generalfeldmarschall Model einen Befehl erlassen habe, in welchem unter Androhung von Kriegsrecht darauf hingewiesen werde, daß sich die Truppe im Heimatgebiet befinde und sich keinesfalls auf direktem Wege versorgen dürfe. Die Zusammenarbeit von Verwaltung und Wehrmacht sei vorzüglich.

Die größte Sorge bereite ihm z.Zt. der Umstand, daß die Wehrmacht auf dem Standpunkt stehe, Lemberg müsse geräumt werden, was eine Bewegung von etwa 200 000 Menschen zur Folge haben würde. Man befürchte, daß dann nur die schlchtesten Elemente in der Stadt blieben und dort plünderten, daß sich weiter in den Ruinen solche Elemente sehr gut verbergen könnten.

Der Initiative des Präsidenten Dr. von Craushaar sei es zu danken, daß zwei Drittel des Personals der Distriktsverwaltung wieder sich an den Dienststellen befinden. Die Einheit der Verwaltung habe sich absolut bewährt. Leider habe man mit dem technischen Amt und der Forstverwaltung keine guten Erfahrungen gemacht; diese Dienststellen seien als erste abgerückt.

Die Bandenlage zeige gegenüber dem März im April eine Verschärfung, während im Monat Mai wieder ein gewisses Zurückgehen der Überfälle zu beobachten sei. Ein grosser Truppenübungsplatz, der habe geräumt werden müssen, stehe jetzt leer und stelle einen idealen Versammlungsplatz für Banden sowie ein Gelände für Luftlandungen dar. Dieses Gelände könnte nutzbar gemacht werden, wenn Baracken zur Verfügung gestellt würden. Die Delta-Werke verfügten über eine grosse Anzahl solcher Baracken.

Gouverneur Dr. Wendler gibt dann einen Überblick über die Bandentätigkeit. Ein besonderes Problem stelle die Bandera-Bewegung dar, deren Angehörige im letzten halben Jahr 6000 Polen umgebracht sowie Gehöfte und Liegenschaften niedergebrannt hätten. Die Distriktsverwaltung habe frühzeitig darauf hingewiesen, daß man sich nicht gegen den fanatischen Haß einer liegenschaftsfeindlichen Bevölkerung durchsetzen könne. Man habe seinerzeit auf diesen Liegenschaften polnische Betriebsleiter eingesetzt, die aber kein Interesse an den Tag gelegt

12.5.1944

hätten und frühzeitig die Betriebe verlassen hätten.

Die Gefährlichkeit der Banden werde von der Wehrmacht vielfach unterschätzt. Er habe sich bemüht, den übergeordneten Stellen die Gefahr der Banden klar zu machen; das sei ihm auch bis zu einem gewissen Grade gelungen, aber die Führer der kleineren militärischen Einheiten brächten nach wie vor wenig Verständnis für die Gefährlichkeit der Banden auf.

Die SS-Schützendivision sei überhaupt noch nicht zum Einsatz gekommen, sondern stehe zumeist noch in der Ausbildung. Der Kommandeur sei mit den Mannschaften durchaus zufrieden. Hier liege offenbar der Ansatzpunkt für eine positive Potitik. In den jungen Leuten wachse erstmals so etwas wie ein europäisches Bewußtsein. Deshalb sei er trotz mancher Rückschläge doch optimistisch.

Gouverneur Dr. Wächter geht dann auf die Luftlage ein und teilt mit, daß neben den 4 Großangriffen auf Lemberg dauernd Angriffe gegen kleine Städte und Dörfer mit Bomben und Bordwaffen berichtet würden. Die Bevölkerung verhalte sich tadellos und setze sich auch im Luftschutzhilfsdienst vorbildlich ein.

Er könne zu seiner Genugtuung feststellen, daß die Erdölindustrie weitgehend wieder in Gang gesetzt werde, so vor allem in Drohobycz. Er bitte, der Distriktsverwaltung mit einer Konservenreserve für die Ernährung der Arbeiter zu helfen.

Staatssekretär Koppe hält es für zweckmässig, überhaupt in den Distriktsstädten eine gewisse eiserne Ration vorzusehen und vielleicht auch in den deutschen Vierteln gewisse Reserven zu schaffen.

Gouverneur Dr. Wächter teilt weiter mit, daß die Bevölkerung in grossem Umfange für Schanzarbeiten eingesetzt sei. Auch der Baudienst sei für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. - Erfreulich sei die Tatsache, daß 10 000 Arbeiter erfaßt worden seien. Das sei darauf zurückzuführen, daß angesichts der Bedrückung durch die Ukrainer in der polnischen Bevölkerung eine starke Neigung entstanden sei, ins Reich zu gehen. Gleichwohl habe Präsident Struve gewisse Vorwürfe gegen ihn, Gouverneur

12.5.1944

Dr. Wächter, gerichtet und erklärt, die Verwaltung habe in jeder Weise versagt.

Mit der Freiwilligenwerbung für die galizischen Verbände habe man recht gute Erfolge. Am ersten Tage der Aktion hätten sich von 1400 Personen 760 zur Waffen-SS gemeldet, die einen recht guten Eindruck machten. Offiziere der Wehrmacht, der Waffen-SS, der Luftwaffe und Unterführer der galizischen SS-Division seien gebeten worden, sich in den Dienst dieser Sache zu stellen. Man hoffe auch in so weit auf ein günstiges Ergebnis. Leider habe sich gezeigt, daß hinsichtlich dieser Frage innerhalb der Wehrmacht eine grosse Gegensätzlichkeit herrsche. Von der Distriktsverwaltung seien deshalb zwei Mal Weisungen hinausgegangen, von denen die zweite die erste etwas abändere. Jedenfalls müsse jetzt eine Klärung herbeigeführt werden. Denn wenn im Verlauf von 4 Wochen 10 000 Menschen herausgeholt würden und man sie nicht abtransportieren könne, dann entstehe ein grosses Durcheinander.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Dr. Wächter, zusammen mit ihm und Staatssekretär Dr. Bühler ein in dieser Frage an ihn gerichtetes Schreiben zu beantworten. Auch Staatssekretär Koppe und Präsident Dr. von Craushaar müßten dazu gehört werden.

Abschliessned glaubt Gouverneur Dr. Wächter feststellen zu können, daß im Moment der Höhepunkt der Krisis überwunden sei und man wieder zu einem kleinen Aufbau kommen könne, wenn nicht neue Rückschläge einträten. Zu bedauern sei allerdings, daß die Bevölkerung den Glauben an die Stärke der deutschen Führung verloren habe.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff berichtet, daß sich die Sicherheitslage im Distrikt Krakau gegenüber dem früheren Zustand verschlechtert habe, aber immerhin noch befriedigend sei. Auch in den Ostkreisen bestänben nach wie vor hinsichtlich der Erfassung keinerlei Schwierigkeiten. Allerdings seien neuerdings Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß ukrainische Banden aus Galizien

über die Grenze gekommen seien und begonnen hätten, die polnische Bevölkerung zu überfallen. Dabei seien u.a. einige Liegenschaftsleiter ermordet worden. Er habe Bedenken, die polnischen Liegenschaftsleiter durch Ukrainer zu ersetzen, weil das den Anschein erwecken würde, als gäbe er den Mördern nach. Er habe vielmehr den Versuch gemacht, diese Liegenschaftsleiter durch Deutsche oder andere Polen zu ersetzen, es frage sich jedoch, ob das auf die Dauer möglich sei.

Festgestellt werden muß, daß die Arbeitsämter und ihre Nebenstellen hinsichtlich der Arbeitererfassung völlig hilflos geworden seien. Erfolge seien höchstens noch der Arbeit der Kreishauptleute mit Unterstützung durch die Polizei zu danken. Aus den Ostkreisen könne er überhaupt keine Arbeiter mehr schicken, weil sie dort vor allem für den Ausbau der Sanstellung, den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke und die Wiederherstellung der Wege gebraucht würden.

Das Verhalten der Wehrmacht sei im allgemeinen gut, Verwaltung und Wehrmacht arbeiteten ausgezeichnet zusammen. Die grosse Aufgabe, in Wieliczka für 250 Wehrmachtsarbeiter, die in den unterirdischen Werkstätten tätig werden sollten, Unterkommen zu finden, sei nicht leicht zu erfüllen gewesen. Auch sei es nicht gelungen, genügend Lebensmittel bereit zu stellen. Gleichwohl könne die Jägerfertigung am 1. Juni beginnen.

Die Raum- und Wohnungsfrage bringe für den Distrikt Krakau grosse Schwierigkeiten, da 30 000 Menschen aus Lemberg aufgenommen werden müssen.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt dazu, daß für die Aufnahme die Umgegend von Tarnow geräumt werde.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff weist ferner darauf hin, daß sich in der Gegend von Neumarkt Fremdvölkische plünderndenderweise herumtrieben. Sie sollten von der Wehrmacht wieder eingefangen und zu Arbeiten an der Front eingesetzt werden. - Was die Wohnlage in der Stadt Krakau angehe, so habe Stadthauptmann Dr. Krämer ihn

gebeten, eine genaue Wohnungsstatistik auf Grund der Besichtigung aller Wohnungen von Deutschen aufstellen zu lassen. Er werde diesem Ersuchen in den nächsten Tagen nachkommen.

Was die Frage der Gesundheitsämter und des technischen Hauptamtes angehe, so sei er selbstverständlich als alter Verwaltungsbeamter ein Anhänger der Einheit der Verwaltung. Eine Auflockerung der Einheit der Verwaltung sei bereits nach 1918 erfolgt. Es müsse anerkannt werden, daß viele junge Kreishauptmänner auch menschlich noch nicht ganz fähig seien, wirklich eine Einheitsbehörde zu führen. Er bitte deshalb, auch die anderen Gouverneure, ihre Kreishauptmänner unbedingt dazu zu erziehen, daß sie ihren Mitarbeitern, namentlich den Leitern von Fachabteilungen die nötige Bewegungsfreiheit gäben. Über die technische Verwaltung werde er dem Präsidenten Dr. von Craushaar Bericht erstatten. Leider müsse festgestellt werden, daß die technischen Ämter vielfach von einer vorbildlichen Sturheit seien. So habe er z.B. bis zum gewissen Grade die Verantwortung dafür übernommen, daß die Gemüseversorgung von Krakau im kommenden Sommer besser werde. Der dafür notwendige Bau einer Baracke sei ihm immer vom Technischen Zentralamt abgelehnt worden, bis endlich nach wiederholter Rücksprache mit Staatssekretär Dr. Bühler die Genehmigung erteilt worden sei. Ebenso haben sich erst nach langen Besprechungen das Technische Zentralamt bereit gefunden, die Distriktsstrasse bei Miechow zu bauen, die für die Gemüseanfuhr von größter Wichtigkeit sei.

Neue Seite

Staatssekretär Koppe nimmt nunmehr in eingehenden Ausführungen zur Sicherheitslage Stellung. Die Sicherheitslage sei nicht zuletzt mit dem Geschehen an der Ostfront, mit den hohen politischen Zielen und den militärischen Vorhaben der Westmächte verbunden. In allen Sparten der Widerstandbewegung und auch bei den Banden sei eine absolute Aktivität größten Umfanges festzustellen. Man werde eigentlich von 2 Seiten angegriffen: ein-

12.5.1944

mal seien es die Sowjetrussen, die sich nicht nur damit begnügten, neue Banden ins Generalgouvernement zu schikken, sondern die auch durch Fallschirmspringer, durch Abwurf von Waffen, Munition, Sprengstoff usw. auch die kommunistische Widerstandsbewegung besonders im Distrikt Lublin erheblich zu mobilisieren versuchten. Auf der andern Seite versuche die Emigrantenregierung in London immer wieder, für die Geldwerte, die sie von Churchill oder Roosevelt erhalte, etwas auf den Plan zu legen. In den Reihen der nationalen Widerstandbewegung und auch der nationalen Banden mit Ausnahme der ukrainischen sei keine klare Zielsetzung der Auffassungen festzustellen. Der nationale Pole, der Angehörige der Intelligenz, der frühere Offizier, tendiere nicht nach Moskau, er warte darauf, bis ihm der Einsatz vom Westen blühe. Aber die hohen politischen Linien, die in London gegeben würden, seien andere. Es sei auch zu verwundern, daß ein Mann wie Churchill oder Roosevelt Befehle herausgegeben hätten, die sich im Augenblick gegen die Interessensphäre der Sowjets richteten. Man müsse damit rechnen, dass sich die verschiedenen Arten der Widerstandsbewegung im Aufstandsfall auf einer gemeinsamen Linie träfen. Einige würden vielleicht nicht mitziehen, aber das Gros werde praktisch gegen die deutsche Führung stehen. Die Vorbereitungen der Gegner zum Aufstand hätten in den letzten Wochen Formen angenommen, die klar erkennen liessen, daß man nunmehr gewillt sei, zu handeln. Heute ständen ja anders als in den Jahren 1914 - 1918 den Bewohnern eines besetzten Gebietes alle mordernen Nachrichtenmittel zur Verfügung.

Die Polizei habe in den letzten Wochen grosse Erfolge hinsichtlich der Auffindung von Waffen, Sprengstoff, Munition usw. gehabt. Seit der Regierungssitzung seien mindestens 10, 12 oder 14 Herstellungsbetriebe aller Art, insbesondere Sprengstoffherstellungsbetriebe meist nach schwerstem Kampf ausgehoben worden. Und das sei gewiss nicht alles, was auf diesem Gebiete vorhanden sei. Die Materialien seien vielfach dezentralisiert gelagert und befänden sich in der Hand derjenigen, die gegen die deutsche Führung arbeiten sollten.

12.5.1944

Ob es wirklich zum Aufstand komme, wisse er nicht; mit grosser Wahrscheinlichkeit aber sei anzunehmen, daß etwas geschehen werde. Der Zeitpunkt stehe auch nicht fest. In den Meldungen der Vertrauensmänner werde immer von den Tagen des 15. Mai bis spätestens 20. Mai gesprochen. Hier könnten 3 Faktoren von massgebender Bedeutung sein: die Invasion, eine russische Großoffensive, ein gleichzeitig in allen besetzten Ländern ausbrechender Aufstand.

Die Polizei habe es sich zum Prinzip gemacht, gerade jetzt umfassende Vorbeugungsmassnahmen durchzuführen, um dem Gegner rechtzeitig zuvorzukommen. Er habe seine Befehlshaber wie die SS- und Polizeiführer darauf hingewiesen, daß im Falle eines Aufstandes, die Gegner ihre Waffenläger noch weiter dezentralisieren, daß sie die Waffen an die Alarmplätze ~~su~~ befördern und Waffen, Munition wie Sprengstoff an den Mann bringen müßten. Deshalb müsse durch intensivste Kontrolle versucht werden, den Gegner mindestens zunächst zu hämmen. Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande müsse jede verdächtige Person sofort von der Polizeistreife gestellt werden. Auch den Frauen sei dabei eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Auch eine ausgedehnte Fahrzeugkontrolle aller Arten von Wagen müsse durchgeführt werden. Diese Kontrolle müsse sich vor allem auch auf Radfahrer erstrecken; denn das Rad habe in allen polnischen Aufständen eine grosse Rolle gespielt. Eine Kontrolle dürfe höchsten eine halbe bis eineinhalb Stunden Dauern. Er lege den allergrößten Wert darauf, dass jetzt der letzte Mann eingesetzt werde. Erhöhte Aufmerksamkeit sei auch den Flugplätzen zu widmen, da die Aufständischen bestrebt sein würden, sie in ihren Besitz zu bringen.

Die Zahl der russischen Banden habe in den letzten 4 Wochen im Generalgouvernement erheblich zugenommen. Diese Banden seien eigentlich rein militärische Formationen, ihre Angehörigen, seien grosse Idealisten. Die Offiziere und Unteroffiziere seien lang gediente Männer,

taktisch geschult und strategisch ausserordentlich beschlagen. Es sei sehr schwierig, eine solche Bande völlig zu vernichten. Auch herrsche in den Banden offenbar eine starke Disziplin, und die Bandenchefs scheuten nicht davor zurück, die eigenen Leute zu erschiessen, wenn sie sich eines Partisanen als unwürdig erwiesen hätten. Eigentlich seien die Banden ein Bestandteil der regulären Armee und hätten Aufgaben ähnlich denjenigen der Kavallerie zu erfüllen. Jeder Bandenführer habe einen strikten militärischen Auftrag, den er so oder so durchführen müsse.

Staatssekretär Koppe gibt dann an Hand von Karten einen Überblick über die Bandenlage in den Distrikten des Generalgouvernements.

Abschliessend führt Staatssekretär Koppe aus: z.Zt. bestehe für den Distrikt Lublin ein Notstand in so fern, als man die Aufgaben der Verwaltungspolizei und die allgemeinen Aufgaben der Polizei trennen könne. Die Begriffe, die im Frieden gebräuchig gewesen seien, seien völlig verwischt. Aus diesem Grunde sei es auch unbedingt notwendig, daß sich jeder Deutsche im Generalgouvernement als Kämpfer betätige. Hinzu komme noch, daß der Sonderdienst jetzt schon eine Elite darstelle. Eigentlich wäre es der höhere Sinn des Sonderdienstes, vor allem im Distrikt Lublin zu kämpfen, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Wenn es vorgekommen sei, daß sich Angehörige des Sonderdienstes hätten überfallen lassen, so habe es sich um Männer gehandelt, die bisher dem Kampf entfremdet und auch geländemässig nicht genügend ausgebildet gewesen seien. Sein Wunsch sei es, die Angehörigen des Sonderdienstes nunmehr ausschließlich für den Kampf vorzubereiten, statt sie im Wachtdienst oder auf den Stützpunkten militärisch verkommen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für unrichtig, jetzt schon den Sonderdienst ausschließlich im Bilgorajer Wald oder zur reinen Bandenbekämpfung anzusetzen. Es frage sich auch, ob sich in dem erwähnten Fall die Sonder-

dienstmänner anders verhalten hätten, wenn sie eine polizeiliche Führung gehabt hätten.

Staatssekretär Koppe ist gleichwohl der Auffassung, daß die Angehörigen des Sonderdienstes mehr als bisher im Kampfe eingesetzt werden müßten, wie überhaupt jeder deutsche Mensch im Generalgouvernement die Verpflichtung habe, mitzukämpfen, wenn in Krakau oder in den anderen Distriktsstädten ein offener Aufstand ausbricht. Jeder Deutsche habe gegebenenfalls zu beweisen, wo er gekämpft habe, um nicht zur Verantwortung gezogen werden zu müssen.

Abschliessend legt Staatssekretär Koppe dar, welche Vorkehrungen im einzelnen für den Fall eines Aufstandes getroffen werden müßten.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß offensichtlich nur 50% der Volksdeutschen eingebürgert werden sollten. Bei den Nichteingebürgerten handle es sich teilweise um politische Leiter, die sich mit ihren Familien von Anfang an bewährt hätten. Vielfach würden gegen eine Einbürgerung rassenpolitische Gesichtspunkte geltend gemacht.

Präsident Dr. von Craushaar teilt mit, daß darüber demnächst bei ihm eine Besprechung stattfinden werde. - Die Arbeiterwerbung auf kaltem Wege werde man wohl bis auf weiteres wenigstens in den Gebieten einstellen müssen, in denen wie im Ostteil des Distrikts Krakau militärische Stellungen ausgehoben würden. Wenn die Bewohnerschaft ganzer Dörfer für den Stellungsbau eingesetzt würde, könnten nicht gleichzeitig Menschen abtransportiert werden; sonst höre die Arbeitswilligkeit völlig auf. - Was die Tätigkeit des Inspekteurs für die Leistungssteigerung angehe, so sei er daran interessiert, daß diese Angelegenheit in der Zentrale in Ordnung gebracht werde, weil die Betreuung von Fremdstämmigen eine Sache der Volkstumsabteilung sei. Ausserhalb der allgemeinen Volkstumsarbeit werde offenbar noch eine andere

12.5.1944

Volkstumspolitik getrieben. - In den Räumungsdistrikten müsse darauf gesehen werden, daß die Angehörigen von hochgestellten Beamten der Verwaltungen aller Art nicht mit schlechtem Beispiel vorangingen. Der Herr Generalgouverneur habe darüber sehr scharfe Weisungen gegeben und angeordnet, daß die Angehörigen unverzüglich nach Deutschland gebracht werden müssen. - Für die Räumung von Lemberg und ihre Durchführung sei vor kurzem eine Regelung getroffen worden. - Was die Frage der Gesundheitsämter angehe, so schliesse er sich den Ausführungen des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff an. Es handle sich darum, durch eine gewisse Erziehung der Kreishauptmänner die Mängel zu beheben und so eine Organisationsänderung zu vermeiden. Was auf diesem Gebiete geschehe, diene dem Gedanken der Einheit der Verwaltung. Es sei wohl Aufgabe der Abteilungen Innere Verwaltung bei den Distrikten, die in der Frage der Erhaltung der gesamten Organisation über ihren eigenen Bereich hinausgreifen müßten, dafür zu sorgen, daß die Kreishauptmänner auf diesem Gebiet vernünftig handelten. Er habe auch bisher in jedem Falle volles Verständnis für seine Auffassung gefunden. - Er werde dem Generalgouverneur eine Vorlage über die Massnahmen machen, die im Zuge der Polenpolitik zu treffen seien, und zwar in Auswirkung der Erklärung des Generalgouverneurs vor der Auslandspresse im Januar 1944. Er könne das Problem nicht vertiefen, auch nicht das der Heranziehung der Polen zur Verwaltung. In den Distrikten Krakau und Galizien seien damit Versuche gemacht worden, und er würde es begrüssen, wenn auch in Radom und Warschau gegebenenfalls ein solcher Versuch gemacht werden würde. Ein unverbindlicher Versuch mit der Schaffung eines Gemeindeverbandsausschusses könnte positive Unterlagen für eine generelle Reglung geben.

Präsident Dr. von Craushaar geht dann auf die Frage des Verwaltungsalarmes ein. Wo planmässige Alarmordnungen bestänben, unterschieden sie sich vom Luftalarm, ferner seien sie auch vom sogenannten Sicherheitsalarm zu unter-

scheiden, der im ganzen vorbereitet sei und mit dem für die Sicherheit des Gebietes gesorgt werde. Der Gouverneur werde sich über die Übereinstimmung der Pläne von Wehrmacht und Polizei zu unterrichten haben. Der Verwaltungsalarm sei dazu bestimmt, im Unruhefall die notwendige Verwaltungstätigkeit zu sichern. In Krisenzeiten zeige sich fast immer, daß die ersten Alarmstufen angesichts der Nervosität bereits in Tagen ausgesprochen würden, denen der Aufstand praktisch noch nicht folge. Hier sei also die Verwaltung in die Lage versetzt, die besondere Situation schon zu berücksichtigen in einer Zeit, in der die Verwaltung praktisch draussen noch nicht entbehrt werden könne. Die Distrikte würden ebenso wie Regierung und Kreishauptmannschaft die Verwaltung weiter zu führen haben. Sie hätten Berichte und Befehle entgegenzunehmen. Ferner habe die Distriktsverwaltung in ihrem Ort entsprechende Vereinbarungen mit Polizei und Wehrmacht zu treffen, der Regierung darüber zu berichten und Weisungen der Regierung entgegenzunehmen. In den Führungsstab dürften möglichst ausschließlich nur solche Disziplinen hineingenommen werden, wie Innere Verwaltung mit Strassenverkehr und Volkstumswesen.

Die Gouverneurbesprechung wird hierauf unterbrochen, da Generalmajor Bork, der Generalstabschef des Wehrkreiskommandos, erschienen ist.

Staatssekretär Dr. Bühler, der in Vertretung des Herrn Generalgouverneurs die Leitung der Beratungen übernommen hat, begrüßt Generalmajor Bork und bittet ihn, den Gouverneuren einige Aufschlüsse über den Stand der Militärverwaltung, über die gegenwärtige militärische Lage und sonstige Einzelfragen zu geben.

Generalmajor Bork gibt einen kurzen Bericht über die Frontlage. Es ergäbe sich ein Bild der Unsicherheit in dem Ansatz der Kräfte einerseits und dem Zeitpunkt des Losschlages andererseits, nicht unwesentlich unter-

12.5.1944

stützt durch die fortgeschrittene Konsolidierung der deutschen Front. Diese Frontlage habe sich auch in gewissem Sinne auf die Bandenlage so ausgewirkt, daß es zu befürchteten starken Bandenangriffen noch nicht gekommen sei. Sie habe auch noch nicht zu empfindlichen Störungen des militärischen Apparats geführt, wohl aber zu starken Störungen des gesamten Regierungsapparats. Das Wehrkreiskommando habe in Verbindung mit der Bandenbekämpfung die notwendigen Schritte eingeleitet, die fortgesetzt werden würden, damit, wenn die Frontlage beständig bleibe oder sich nur auf Teilgebiete kampftechnisch auswirken sollte, die notwendigen Kräfte zur Verfügung gestellt würden, um im grösseren Umfange gegen die Banden etwas zu unternehmen. Generalfeldmarschall Model habe Kräfte von einer bis zwei Divisionen zugesagt; der Zeitpunkt ihres Eintreffens stehe noch nicht fest. Auch seien jetzt Vorbereitungen getroffen worden, die vorhandenen Kräfte zur Aufrechterhaltung ihrer Schutzaufgaben so zu mobilisieren, daß sie in weiterem Umfange auch zu solchen Aufgaben herangezogen werden können. Die Vorbereitungen bezw. die Aussichten in dieser Richtung seien nicht ungünstig. Man könne annehmen, daß etwa um den 1. Juni herum mit einer nennenswerten Aktion begonnen werden könne. Das erste Unternehmen würde sich je nach der Frontlage gegen den Bilgorajer Wald richten.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erwidert Generalmajor Bork, daß die truppendienstliche Unterstellung im gesamten Gebiet unverändert sei. Das Landesschützenbataillon, das bis vor Brody stehe, unterstehe dem Wehrkreiskommando wie alle Kräfte in den Westbezirken. Nur sei die taktische Unterstellung in diesen Bereichen halbwegs bis zum San und bis zur Weichsel dem Chef des Generalstabs des Heeres übertragen und unterläge damit der Befehlsgewalt der betreffenden Heeresgruppe. Wenn die Heeresgruppe beispielsweise eingesetzte Sicherungsbataillone verlegen wolle, so könne sie es

tun. Die truppendienstliche Unterstellung wie die Unterstellung aller Verwaltungseinrichtungen unter den Wehrkreisbefehlshaber blieben nach wie vor bestehen. - Die Befestigungslinie San-Weichsel werde vom Wehrkreiskommando gebaut, die Arbeit gehe bis jetzt auch hinsichtlich der Arbeitskräfte reibungslos von statten. Man werde aber bald mit neuen Vorschlägen an die Regierung hinsichtlich der Aufstellung von Arbeitsbataillonen herantreten müssen, die man dann auch aus den anderen Gebieten verziehen müsse, weil auf Grund einer noch nicht bestätigten Weisung die Arbeiten am ganzen San, die z.Zt. völlig bedeutungslos seien, aktiviert werden müßten. Auch da seien die Vorbereitungen durch ihn, Generalmajor Bork, eingeleitet, und er werde rechtzeitig an die Regierung herantreten, da sie Arbeitsbataillone werde stellen müssen. Den Arbeitskräften müsse von vornherein gesagt werden, daß sie zu dieser bestimmten Arbeit einberufen würden, eine bestimmte Entlohnung erhielten, daß Verpflegung und Unterkunft sichergestellt würden und ihnen, falls sie gut arbeiteten, Prämien gezahlt werden würden.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß für den Schutz der grossen Rüstungswerke in Ostrowiez und der Hasag-Werke nur schwache Polizeikräfte zur Verfügung ständen. In der Nähe dieser Werke lägen keine militärischen Kräfte, die vielleicht für den Schutz herangezogen werden könnten, weil von seiten der Wehrmacht der Standpunkt vertreten werde, militärische Kräfte könnten nur für die Bekämpfung grosser Banden eingesetzt werden. Es müßte doch möglich sein, Ausbildungsabteilungen in die Nähe dieser Werke zu legen.

Generalmajor Bork bemerkt, daß über diese Frage bereits gesprochen worden sei. Die zur Verfügung stehenden Kräfte seien sämtlich für Schutzaufgaben eingesetzt, abgesehen von den reinen Ausbildungsabteilungen, die alle 14 Tage neu rekrutiert würden und nur jeweils für eine besondere Aufgabe zusammengezogen werden könnten. Die Landesschützenbataillone seien für zusätzliche Aufgaben z.Zt. nicht heranzuziehen.

12.5.1944

Staatssekretär Koppe hält es auch für angebracht, daß die Rüstungswerke unter einen bestimmten Schutz gestellt werden müssen. Andererseits sei es vom Standpunkt des Truppenführers aus zu verstehen, daß er seine Kräfte nicht verzetteln und eine kleine taktische Reserve in der Hand behalten wolle, um für den Fall des Aufstandes vorbereitet zu sein.

Generalmajor Bork betont, daß selbstverständlich alles getan sei, damit zusätzliche Kräfte herangebracht werden könnten. Aber sie seien zunächst einmal in den besonders gefährdeten Gebieten angesetzt und reichten für die Erfüllung sämtlicher Aufgaben nicht aus. Die Lage werde sich kaum ändern, bevor nicht grössere Verbände hereinkämen.

Staatssekretär Koppe teilt mit, daß der Reichsführer SS für alle Fälle ein Korps an die Westgrenze des Generalgouvernements im Warthegau, bestehend aus Polizei und Waffen-SS, legen wolle. Vielleicht könnte man diese Truppenteile etwas vorziehen; denn sie würden schon durch ihre blosse Anwesenheit in Petrikau und Tomaschow wirken.

Präsident Dr. von Craushaar geht dann nochmals auf die Frage der Arbeiterwerbung ein und will dabei die Freiwilligkeit besonders gefördert wissen. Ein Weg zu dieser Freiwilligkeit könne vielleicht darin gesehen werden, daß diejenigen, die sich zu dieser Arbeit meldeten, vom Arbeitseinsatz für Deutschland freigestellt würden.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erwidert Generalmajor Bork, daß er die genaue Kopfzahl der benötigten Arbeiter nicht angeben könne. Man wolle diese Arbeit auch so organisieren, daß den Einheimischen einheimische Führer gegeben würden.

Gouverneur Kundt kommt noch einmal auf die Frage der beiden Läger in Kielce und Konskie zu sprechen.

25

12.5.1944

Präsident Dr. von Craushaar fügt ergänzend hinzu, daß er sich bei den Insassen des Lagers Kielce um Kriegsversehrte russischer Herkunft handle, die unter Verantwortung des Ostministeriums ausgeheilt und umgeschult würden. Wenn möglich, müsse dieses Lager an eine andere Stelle verlegt oder für das Lager eine dem Wehrkreiskommando unterstellte militärische Führung gegeben werden.

Staatssekretär Dr. Bühler ist der Auffassung, daß abgesehen von den politisch ungünstigen Ausstrahlungen das Vorhandensein dieser Läger im Generalgouvernement angesichts der Raumnot einfach nicht mehr zu verantworten sei. Die Läger müßten frei gemacht werden, und er bitte Präsident Dr. von Craushaar, diese Frage im Benehmen mit Generalmajor Bork zu klären. - Ein zweiter Punkt sei das Vorhandensein mehrerer Truppenübungsplätze der Wehrmacht, die auf dringendes Verlangen evakuiert, niemals in Anspruch genommen worden seien und jetzt den Banditen dienten.

Gouverneur Dr. Wächter weist darauf hin, daß trotz Protest der Verwaltung seinerzeit auf Betreiben der Wehrmacht diese Truppenübungsplätze in Galizien hätten geräumt werden müssen. Dort versammelten sich jetzt die Sowjetbanden, auch sei ein solcher Truppenübungsplatz der beste Luftlandeplatz.

Generalmajor Bork bemerkt, daß die Plätze aufgelassen worden seien und sich infolgedessen niemand finde, der sich dafür interessiere.

Gouverneur Kundt bemerkt, man mache sehr häufig die Beobachtung, daß Wehrmachtsteile, die vom Osten kämen, oder in rückwärtige Stellungen gebracht würden, eine grosse Zahl von nichtdeutschem Wehrmachtsgefolge samt Familien mitbrächten. Es wäre zweckmässig, wenn man aus diesen Menschen Arbeitsbataillone aufstellte.

Generalmajor Bork gibt zu bedenken, daß eine Anzahl von Werkstätten auf diese Kräfte angewiesen sei. Alle diese Elemente liefen nun unkontrolliert und ohne Auf-

12.5.1944

sicht herum. Weiter handle es sich sehr oft um die Angehörigen von früheren Trecks, die aus Rußland zurückgezogen worden seien und die jetzt abgefangen würden.

Präsident Dr. von Craushaar ist der Meinung, daß es sich hier um Wehrmachtsangehörige handle, die einfach am Ort bleiben müßten, weil die von der Wehrmacht eingesetzten Männer wegblieben.

Gouverneur Kundt verweist dann auf eine zwischen dem Distrikt Radom und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums im Einvernehmen mit dem Wehrkreisbefehlshaber getroffe Vereinbarung des Inhalts, daß die deutschen Schulen von der Quartierleistung unberührt blieben, solange nicht das rückwärtige Gebiet zum Operationsgebiet werde. Sollte jetzt diese Regelung geändert werden, so würde damit das ganze Erziehungsaufbauwerk zerstört werden. Es sei aber leider so, daß gewisse Wehrmachtskreise unbedingt auf die zur Verfügungstellung deutscher Gebäude Wert legten.

Generalmajor Bork verläßt hierauf das Beratungszimmer.

In der fortgesetzten Gouverneur-Besprechung teilt Gouverneur Kundt mit, daß er seinen Erlaß zur Frage der Sicherungs- und Alarmstufe der Regierung zur Kenntnisnahme geschickt habe.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt, daß in der Frage der Räumung ein kurzer Erlaß von ihm erscheinen werde, der im wesentlichen das legalisiere, was praktisch schon geschehen sei.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt dann das Wort zu einer Richtigstellung. Daß der Reichsführer SS in Breslau bezüglich der Gesundheitsverwaltung eine Sonderverwaltung als notwendig anerkennt habe, sei nicht richtig. Der Reichsführer sei lediglich auf die Gesundheitsverwaltung zu sprechen gekommen, als er für die Einheit der Verwaltung plädiert habe. Er habe gesagt: wenn ein Landrat die Anzeige über einen Sterbefall unbedingt durch seine

12.5.1944

Post gehen lassen wolle, so solle er lieber Landbriefträger sein als Landrat. Die Einheit der Verwaltung könne nicht ohne weiteres geschaffen werden, sondern dazu bedürfe es einer Führerpersönlichkeit. Auch ein ausgegliedertes Gesundheitsamt müsse sich in die Einheit der Verwaltung einfügen, wie andererseits bei der Eingliederung ebenso eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich sei. Es komme eben auf die Erziehung an. Bedauerlich sei, daß die Ärzte angesichts der Aufklärung durch Präsident Dr. Teitge etwas unruhig geworden seien. Andererseits wäre er dafür, den jetzigen Zustand bestehen zu lassen.

Den Wodkaverkauf dürfe man nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Verkaufes von Ware ansehen. Wodka sei im Generalgouvernement ein Monopolprodukt und ein Mittel für die Einhebung von Steuern, wie jede andere indirekte Steuer. Wenn sich die Kreise, die über grosse Geldmittel verfügten, an dem Absatz von Wodka dadurch beteiligten, daß sie statt 8,-- Zloty 170,-- Zloty bezahlten, so stelle das eine ideale Einhebung von Steuern dar.

Gouverneur Dr. Wächter gibt zu bedenken, daß dieser Wodkaverkauf bisher kaum 3 Millionen Zloty erbracht habe und es sich deswegen kaum lohne, eine so grundlegende Änderung in dem Absatz des Wodka herbeizuführen.

Gouverneur Kundt betont, daß durch diesen freien Wodkaverkauf die ganze Prämienerfassung gefährdet werde.-

Staatssekretär Dr. Bühler kündigt an, daß diese Frage Gegenstand einer Sonderbesprechung sein werde. - Was die Strafanordnungen der polnischen Verwaltungsbehörden angehe, so halte er die Entwicklung an sich für ganz richtig; nur sei die Frage noch nicht richtig durchgedacht, vielleicht sei auch diese Anweisung zu früh herausgegangen. - Vor wenigen Tagen sei vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei der Antrag gestellt worden, die Arbeiterwerbung für das Reich aus sicherheitspolizeilichen Gründen generell einzustellen. Er glaube nicht,

12.5.1944

daß ein solcher Beschluß von seiner Seite aus publiziert werden könne. Er habe die Absicht, folgendermassen zu verfahren: man bemühe sich, Arbeitskräfte zu bekommen; gelinge es, dann habe man seine Pflicht getan. Aber er wolle den zuständigen Instanzen auch sagen, welche Zwangsmittel sie anwenden dürften und welche verboten seien.

Was die Tätigkeit des Beauftragten für die Werkküchenverpflegung und die Leistungssteigerung angehe, so sei es Sache des Präsidenten Struve, ihn gegebenenfalls in seine Grenzen zurückzuweisen. Im übrigen liege in dem dem Bereichsleiter Bodo Stahr gewordenen Auftrag wohl auch etwas Gutes; denn bisher sei eigentlich jede Werkküche nach anderen Grundsätzen geführt worden. Auch sei nicht einzusehen, weshalb nicht eine Leistungssteigerung für Fremdvölkische angestrebt werden sollte. Sie werde schon durch eine zufriedenstellende Werkküchenverpflegung erreicht. Die Schulung dürfe selbstverständlich unter keinen Umständen ohne Mitwirkung der allgemeinen staatlichen Instanzen stattfinden.-Er habe bereits darauf hingewiesen, daß der Ausfall an Wirtschaftsgütern, der jetzt in den Distrikten Lublin und Lemberg eintrete, durch um so intensivere Anstrengungen in den drei unberührten Distrikten wettgemacht werden müsse. Er bitte die Gouverneure, nicht zu warten, bis die Hauptabteilungen ihnen das, was sie eigentlich einsparen müßten, gäben, sondern sich selbst aktiv zu betätigen, um im Interesse ihrer Distrikte Rohstoffe und Produktionsmittel in die Hand zu bekommen.

18^{50} Schluß der Gouverneur-Sitzung.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IX/8

Krakau

Sonnabend, den 13. Mai 1944

9[30] Arbeitsbesprechung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg.

Anwesend sind: Oberdienstleiter Tießler, Gouverneur Dr. Wächter, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Gouverneur Kundt, Oberbereichsleiter Kobusch, Schulungsburgleiter Bühler, Organisationsleiter Lapp, Personalamtsleiter Joduleit, Propagandaamtsleiter Ohlenbusch, Fraueneinsatzleiterin Aldinger, Hauptbereichsleiter Brodmann, Bereichsleiter Stahr, Oberabschnittsleiter Straßmayer, Hauptbannführer Schimmelpfeng, Abschnittsleiter Albert, Brigadeführer Peltz, Brigadeführer Künemund, Sturmbannführer Ribbert, Oberführer Przalla, SS-Sturmbannführer Weibgen.

Der Herr Generalgouverneur gibt eingangs seiner Freude darüber Ausdruck, daß er einmal wieder Gelegenheit habe, sich eingehend über die Partei und ihre Arbeit im Generalgouvernement zu unterhalten. Er habe einige Zeit verstreichen lassen, um Pg. Tießler eine Anlaufszeit zu geben.

Über die gemeinsam in der Partei geleistete Arbeit könnten alle stolz sein. Im jetzigen Augenblick habe das Generalgouvernement zum ersten Mal eine grosse geschichtliche Probezeit zu bestehen, und er glaube, daß es diese Probe bestehen werde, wenn die Wehrmacht helfe, die Front nicht weiter ins Generalgouvernement rücken zu lassen. Die Stimmung der Deutschen im Lande bezeichne er mit 1 bis 2. Besonders aus den Berichten aus Galizien könne man ein ausserordentlich erfreuliches Verhalten der Deutschen im Raume entnehmen. Das sei zum entscheidenden Teil auf die nationalsozialistische Führung und Erziehung zurückzuführen. Partei und Staat seien bei der Durchhaltung ihrer Aufgaben aufeinander angewiesen.

13.5.1944

Er sei der Überzeugung, daß sich die Organisation der Partei in diesem Raume aufs beste bewährt habe, und er müsse jedem Versuch, diese Organisation zu ändern, Bedenken entgegensetzen. Er halte es für vollkommen unmöglich, jetzt mitten in den ungeheuersten Anspannungen eine grundlegende Änderung der Parteiorganisation herbeizuführen.

Parteigenosse Tießler habe mit Frische und Kraft die Parteiarbeit übernommen, und er freue sich, daß er in ihm einen berufenen Mann habe. Er beginne diese Sitzung mit dem Wunsch an ihn und seine Mitarbeiter, daß die Parteiarbeit auch in Zukunft tapfer, sachlich und treu erfüllt werde.

Oberdienstleiter Tießler dankt zunächst dem Herrn Heneralgouverneur dafür, daß er der Partei Gelegenheit gegeben habe, ein klares Bild über die Lage innerhalb der Arbeit zu zeigen.

In seiner Arbeit sehe er es als das wichtigste an, zunächst mit allen, in der praktischen Arbeit stehenden Parteigenossen Fuhlung zu nehmen. Eine besondere Brücke hierzu sei ihm die Schulungsbrücke, wo er Gelegenheit habe, mit allen zu sprechen und sich ein klares Bild über die wirkliche Lage der Dinge zu machen. Bei den verschhiedenen Gesprächen sei ihm die verschiedene Entwicklung der Reichsdeutschen und Volksdeutschen auf dem Gebiete der Parteigeschichte in der Partei aufgefallen, sodaß er dem Herrn Generalgouverneur grossen Dank für sein Einverständnis schulde, daß die Partei in Zakopane eine Schulungsstätte erhalten habe, in der diese Überbrückung geschehen solle.

Er habe überall den gleichen Willen vorgefunden, die Partei so stark wie möglich zu machen. Allerdings gingen die Auffassungen über die Mittel dieser Parteiarbeit auseinander. So habe er sich entschieden dagegen stellen müssen, daß der Herr Generalgouverneur diese oder jene Parteiarbeit in den Vordergrund rücken solle. Er habe sich auch dagegen gestemmt, die Menschen zur

13.5.1944

Mitarbeit in der Partei durch die Androhung des Entzugs der Lebensmittelkarten zu gewinnen. Für die Parteiarbeit sei innere Überzeugung notwendig.

Auch auf dem Gebiet der Kleinarbeit habe er versucht, sich in dieser kurzen Zeit ein möglichst objektives Bild zu machen. Dabei habe er feststellen müssen, daß man sich um die Kleinarbeit mehr kümmern müsse. In Tagungen habe er weiter versucht, die Aktivierung seiner Mitarbeiter vorwärts zu treiben. Dabei habe er besonders darauf hingewiesen, daß er grossen Wert auf eine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen lege. Zu betonen sei dabei, daß Kameradschaft nicht eine Unterstellung der Belange, sondern eine loyale und offene Zusammenarbeit gleichwertiger Faktoren bedeute.

Dem Herrn Generalgouverneur danke er für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er versichere auch bei dieser Gelegenheit, daß er dieses Vertrauen damit beantworten wolle, sich unter rücksichtsloser Offenheit restlos einzusetzen. In diesem Sinne versichere er den Herrn Generalgouverneur der Treue und Gefolgschaft aller Amtsleiter des Arbeitsbereiches. Treue heisse nicht Schönrederei, sondern Treue sei Arbeit und Offenheit.

Stabsamtsleiter Kobusch referiert über den vielseitigen Aufgabenbereich des Stabsamtes unter besonderer Berücksichtigung der kriegsnotwendigen Aufgaben.

Die Partei habe durch die besonderen Verordnungen im Generalgouvernement noch sehr grosse Menschensorgen. Es sei klar, daß die Exekutive alle wehrfähigen Menschen brauche, aber ebenso wichtig sei es für die Partei, für den Schutz von Gut und Blut der Deutschen diejenigen Kräfte zu haben, die sie unbedingt benötige. Die vom Polizeihilfsdienst bisher freigestellten Kräfte reichten für die Parteiarbeit in den grossen Städten bei weitem nicht aus. Freistellungsanträge beanspruchten bis zur Genehmigung eine zu lange Zeit, da bei den nachgeordneten Stellen der Exekutive wenig Verständnis bestehe.

Besondere Schwierigkeiten bereite auch die Schaffung von Notquartieren. Man habe verhältnismässig wenig je-

13.5.1944

derzeit bezugsfähige Quartiere. In diesem Zusammenhang sei die Kennzifferfrage von Bedeutung. Wenn die Partei die benötigten Thermophore kaufen könne und es sich nur darum handle, die notwendige Anzahl der Kennziffern zu erhalten, so habe er kein Verständnis dafür, daß man hinter dieser Kennziffer monatelang herbetteln müsse. Er habe daher zur Beschaffung aller notwendigen Luftschutzgeräte und -einrichtungen einen Verordnungsentwurf eingereicht.

Organisationsleiter Lapp bezeichnet die Bildung eines geordneten Zellen- und Blocksystems als seine wesentlichste Aufgabe, um so die Heranführung der einzelnen Menschen an diese Einrichtungen zu ermöglichen und den letzten Deutschen zu erfassen. Nachteilig wirke sich der starke Personalwechsel in diesem Raume aus. Am 1. Juli 1943 habe die Partei auch die sogenannte Haushaltskartei im Generalgouvernement eingeführt. Von allen polizeilichen An- und Abmeldungen ginge ein Exemplar den Standorten zu. Durch die Praxis sei bewiesen, daß man einen aus dem Reich kommenden Deutschen für die Parteiarbeit leichter gewinnen könne, wenn man sofort nach seiner Ankunft im Generalgouvernement an ihn herantrete. In sehr vielen Fällen seiendie Standorte der NSDAP trotz Haushaltskartei und polizeilicher An- und Abmeldung noch nicht über die vorhandenen Deutschen unterrichtet. Erhebungen hätten gezeigt, daß die Mitarbeit der Parteigenossen in der politischen Arbeit zahlenmässig sehr gering sei; die Parteiarbeit liege praktisch zu einem grossen Teil in den Händen von Nichtparteigenossen. Die Zellen- und Blockeinteilung als Grundlage der Parteiarbeit reiche noch nicht aus, und es müßten weitere Unterteilungen vorgenommen werden. Da für die Tätigkeit als Block- oder Zellenleiter wenig Mitarbeiter zu bekommen seien, könne man auf die Auswahl des Materials nicht den nötigen Nachdruck legen. Die Leute brächten z.T. den guten Willen mit, seien aber nicht genügend geschult. In personeller Hinsicht sei die Partei-

13.5.1944

organisation ungünstig aufgebaut, da in ihr fast nur kleine Männer mitarbeiteten. Weiter habe er versucht, das gesamte Veranstaltungswesen zu ordnen; dabei sei es ihm darauf angekommen, vor allem die Zusammenkünfte in den Zellen und Blocks zu aktivieren. Als wichtig zähle auch die politische Leiterschulung und die Wochenendschulung.

Sechzig bis Achtzig Prozent der auf dem Terminkalender angesetzten Veranstaltungen würden draussen nicht durchgeführt. Der Kleinarbeit müsse grössere Beachtung geschenkt werden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Aufstellung der Haushaltskartei als besonders wichtig. Vielleicht könne die Partei auch eine technische Schulung ihrer ehrenamtlichen Kräfte durchführen. In der Schulungsburg lasse sich das machen.

Organisationsleiter Lapp erklärt noch, daß die Auswahl der Männer für die ehrenamtliche Parteiarbeit und deren Einführung in diese Arbeit enorm wichtig seien. Ausserdem brauche man einige Männer, die ständig und ausschließlich für die Partei tätig seien. Die Frage der Uniformierung, Verleihung von Rangabzeichen sei draussen im Lande von grosser Wichtigkeit.

Personalamtsleiter Joduleit bezeichnet die politische Arbeit in der Ortsgruppe als die Basis für erfolgreiche Parteiarbeit überhaupt. Er habe sich in den letzten Wochen Standortführer kommen lassen, um die Menschen kennen zu lernen. In den letzten Jahren seien in diesen Raum Deutsche hereingekommen, die nicht die notwendige moralische Festigkeit in ihrer Haltung besässen. Es sei dringend notwendig, daß im Generalgouvernement die Parteiorganisation soweit wie möglich ausgestaltet werde.

Pg. Joduleit äussert sein Bedauern darüber, daß bei Verfehlungen von Parteigenossen, die das deutsche und das Ansehen der Partei schädigten, verschiedene Auffassungen seitens der Partei und der staatlichen Stellen herrschten. Mit der Ausweisung aus dem General-

gouvernement werde oft zulange gezögert. Viele Deutsche in diesem Raum machten in der Trunkenheit oft von ihrer Schußwaffe Gebrauch und gefährdeten dabei das Leben anderer.

Bei seinen Fahrten durch das Land habe er bei den Standortführern, den Block- und Zellenleitern meist guten Willen, aber ausserordentlich geringe Erfahrung feststellen müssen. Das liege daran, daß für die Parteiarbeit sehr viele Volksdeutsche herangezogen werden müßten und daß auch Parteigenossen aus dem Reich hier Parteistellungen einnehmen müßten, zu denen man sie im Reich nie herangezogen hätte. Darum sei die Beachtung der Kleinarbeit in der Partei ungeheuer wichtig.

Bei Beurteilungen werde das Personalamt herangezogen. Im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs werde gerade dieses Problem mit besonderer Verantwortlichkeit durchgeführt. Er sehe es als seine höchste Pflicht an, sich schützend über die Parteigenossen zu stellen, deren weitere Zukunft von der Partei abhänge. In jedem einzelnen Fall höre er vor Abgabe der Beurteilung die betreffenden Dienstleiter, und er führe die Beurteilung mit der notwendigen Objektivität herbei.

Distriktstandortführer Kundt führt aus, daß der Aufbau der Partei in seinem Distriktstandort im grossen Rahmen als vollzogen angesehen werden könne. Bei den Kreisstandorttagungen, die er jedes Wochenende durchführe, habe sich ein Mitarbeiter des Arbeitsbereiches persönlich davon überzeugen können, daß eine den Verhältnissen entsprechende Amtswalterschaft aufgezogen sei. Die Schwierigkeiten der Ausbildung der Amtswalter liege im wesentlichen in den Verhältnissen begründet, da z.B. ein Standort mit Siedlungsdeutschen, der von jeder deutschen Siedlung entfernt liege, von vornherein niemand gehabt habe, der die Parteiarbeit gemacht hätte, da es dort noch niemals eine Partei hätte geben dürfen. Man habe also erst einen Mann suchen müssen, der die Möglichkeit besitze, sehr häufig dort hin zu kommen, und die Organisation und die damit verbundenen Arbeiten aufzuziehen. Bei der Auswahl eines solchen Mannes konnte man

nicht immer vom Standpunkt ausgehen, ob er hundertprozentig die Voraussetzungen besitze, wie man das von einem Ortsgruppenleiter im Reich verlangen könnte, sondern es sei dabei nötig gewesen, einen Mann zu finden, dem die technischen Mittel zur Verfügung stünden, um die Entfernung in diesem Standort zurückzulegen. Bei anderen Standorten, in denen die Zellen- und Blockleiter selbst untereinander 20 bis 30 km entfernt seien, sei es schon als eine Leistung anzusehen, wenn da ein Mann mehrmals im Jahre durchkomme. Wenn man sich das alles vor Augen halte, so müsse man feststellen, daß das bisher Entwickelte eine ungeheure Leistung darstelle, die allerdings nach Reichsmaßstäben durchaus noch nicht als vollwertig anerkannt werden könne, da das, was von Parteigenossen verlangt werden könne, noch nicht erfüllt sei. Dazu komme noch, daß man auf dem Gebiete der Schulung und Anlernung zu technischen Notwendigkeiten sehr wenig geeignete Menschen zur Verfügung habe. Man habe sich daher zunächst darauf beschränkt, in politischen Leiter-Tagungen diesen die Grundlagen und die Pflichten eines Nationalsozialisten und eines Amtswalters beizubringen. Das sei natürlich leichter in den Städten, da dort die Parteigenossen in stärkerer Zahl versammelt seien; dabei habe man die Beobachtung gemacht, daß ein grosser Teil von Parteigenossen glaubten, jeder, auch der primitivsten Pflicht eines Parteigenossen entledigt zu sein, wenn sie ins Generalgouvernement kämen. Es sei nötig, diesen Parteigenossen Mann für Mann beizubringen, was sie hier für Pflichten hätten. Er habe daher diemal bei den Kreisstandorttagungen die Losung ausgegeben: "Kampf gegen die Parteigenossen, die nichts tun". Ein Parteigenosse, der für die Partei nichts tue, dürfe nicht in Ruhe gelassen werden. Er habe auch erklärt, daß gegen solche Parteigenossen zwecks Statuierung von Exempeln notfalls mit dem Parteigericht vorgegangen werde, daß Parteigenossen auch wegen Interesselosigkeit bestraft werden könnten. Die faulen reichsdeutschen Parteigenossen gäben auch den an sich eifrigen Siedlungs-

deutschen ein schlechtes Beispiel.

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Organisationsleiters Lapp müsse er feststellen, daß draussen mehr getan werde, als die Berichte besagten. Gerade in den Standorten seien die Standortmitarbeiter vielfach garnicht so wendig, einen Bericht schreiben zu können. Sie arbeiteten sehr viel, berichteten aber fast nichts. Stelle aber der Arbeitsbereich fest, daß ihm lügnerische Berichte zugestellt würden, dann müßten diese Berichter vor das Parteigericht gestellt werden. Erste Voraussetzung in der Parteiarbeit seien Offenheit und Ehrlichkeit. Auf der anderen Seite müßten die Leute, die sich einen Arbeitsplan aufstellten, zur Einhaltung desselben erzogen werden.

In der Frage der Einstufung der Parteigenossen, die Amtswaltertätigkeit ausübten, habe er dem Drängen des Amtsvorgängers des Pg. Tießler nach Einreichung zur Einstufung nicht entsprochen. Ein Amtswalter müsse sich seiner Meinung nach erst 2 oder 3 Jahre bewähren, und es könne nur jemand zur Einstufung eingereicht werden, der eine Leistung vollbracht habe. Auf der andern Seite habe er schon vor 2 Jahren wirklich verdiente Parteigenossen zur Einstufung eingereicht; diese Anträge seien aber bis heute noch nicht erledigt worden. Vielleicht wolle die Parteikanzlei erst eine Klarheit über verschiedene Organisationsfragen haben. Das könne aber auch nicht ganz stimmen, da einige Leute bereits eingestuft worden seien. Es werde Aufgabe des Personalamtes sein, die von den Distriktstandorten gestellten Anträge nach Einstufung, die ja der Arbeitsbereich vorher nachprüfen könne, nach München weiter zu geben und ihre Einstufung zu erreichen. Er habe in seinem Distriktstandort Leute, die seit 1939 unermüdlich Parteiarbeit leisten, und daher eine Einstufung verdienten.

Für bestimmte Arbeiten der Distriktstandortführung und verschiedener Kreisstandorte müßten hauptamtliche Kräfte gestellt werden. Sein Distriktstandort müsse

mindestens einen hauptamtlichen Kassenleiter, Personalamtsleiter und nach Möglichkeit einen hauptamtlichen Organisationsleiter und Schulungsleiter haben. Er habe bis jetzt für seinen grossen Distriktstandort nur 2 Mann zur Verfügung, die aber nicht von München gestellt worden seien, sondern die er sich aus dem Staatssektor herausorganisiert habe. Wenn man Kreisleitungen schaffen wolle, dann solle man erst einmal für diese Geschäfte verantwortliche Mitarbeiter schicken. Es gehe nicht an, zu beanstanden, daß die Kasse nicht nach den geltenden Bestimmungen geführt werde, wenn diese Geschäfte ein Mann neben seiner Berufsarbeit abends machen müsse. Wenn man von seiten der Parteikanzlei Wert darauf lege, daß hier eine Parteiorganisation mit allen Feinheiten laufe, dann müsse man auch die paar Menschen schicken, die diese Arbeit machten. Er brauche zu mindest einen hauptamtlichen Kassen- und Personalamtsleiter. Der Bewertungen der verschiedenen Beamten eines ganzen Distrikts müßten liegen bleiben, wenn diese Aufgabe ehrenamtlich gemacht werden solle. Er brauche auch noch hauptamtliche Kreisgeschäftsführer zu mindest für die Kreisstandorte Radomsko, Petrikau und Radom, da dort die meisten Siedlungsdeutschen ansässig seien. Erst dann könne man den Feinheiten der Parteiarbeit entsprechen. Es sei ein Wunder, daß heute alles noch so laufe. Man dürfe nicht unterschätzen, daß eine Anzahl von Menschen in den wenigen Stunden ihrer Freizeit eine ungeheuere Arbeit leisteten.

Notwendig sei es, mit größter Schärfe gegen diejenigen Deutschen vorzugehen, die mit ihren Pistolen unsinnig herumschiessen. Abends wisse man kaum mehr, werde geschossen, weil Feinde da seien, oder werde geschossen, weil die Reichsdeutschen aus dem Wirtshaus nach Hause gingen. Auf diesem Gebiet müßten Partei, Staat und Polizei energisch zusammenarbeiten. Deutsche, die die Waffe mißbrauchten, gehörten rücksichtslos vor ein Parteigericht.

Die Partei habe sich in diesem Raum immer stärker zur Geltung gebracht und durchgesetzt. Er müsse aber da-

13.5.1944

bei darauf aufmerksam machen, daß z.B. bei einem General, der ihn besuche, eine falsche Vorstellung entstehe, wenn er ihn in seiner Eigenschaft als Distriktstandortführer nicht einladen könne, da er von der Partei nur 500,-- Zloty für Repräsentationszwecke zur Verfügung habe. In diesem Falle sei er gezwungen, ihn in seiner Eigenschaft als Gouverneur einzuladen. Hier müsse der Partei grössere Bewegungsfreiheit gegeben werden, die Wehrmacht beobachte dies sehr genau. Die NSV werde oft als nicht zur Partei gehörig betrachtet.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt hierzu, daß diese Erfahrung seinen Standpunkt, daß die Einheit der Partei genau so gewahrt werden müsse wie die Einheit des Staates, rechtfertige. Es gebe keine Gliederungen, sondern nur die NSDAP. Auf jede Karte und jeden Briefbogen gehöre daher die NSDAP an erste Stelle. Bedauerlich sei es, daß die Wehrmacht im Gegensatz zur Tatsache heute über mangelnde Betreuung der Tscherkassy-Kämpfer seitens der Partei klage.

Distriktstandortführer Kundt bittet dann, daß sich der Arbeitsbereich, vor allem das Hauptarbeitsgebiet Sozialpolitik, ~~sich~~ wieder stärker mit den Einkommensverhältnissen der Volksdeutschen beschäftige. Die Verhältnisse seien heute so, daß ein Teil der Siedlungsdeutschen zur Fristung seines Lebensunterhaltes auf den Schleichhandel angewiesen sei, daß z.B. die Frage der Arbeitserziehung nicht geklärt sei, daß die verschiedenstene Stellen die jungen Mädchen nach Vollendung des 14. Lebensjahres in ihre Büros lockten. Dadurch würden sie dem Lande entfremdet. Auch die Unterschiede in der Bezahlung seien sehr groß. Dieses deutsche Blut müsse als wertvoller Faktor der deutschen Gemeinschaft behütet werden. Daher sei es nicht ganz richtig, daß auf Antrag des Bereichsleiters Stahr Amtsleiter eingesetzt würden, um sich mit der Schulung der polnischen Arbeiter zu beschäftigen. Er vertrete die Auffassung, daß sich die Partei nur mit der Erziehung der deutschen Menschen zu

beschäftigen habe, während die Schulung der polnischen Arbeiter Aufgabe der staatlichen Stellen sei. Die wenigen Parteigenossen seien für die Fülle der Schulungsaufgaben für die Deutschen unbedingt nötig. Für die Schulung der polnischen Arbeitskräfte könne der Gouverneur Leute aus seinen Beamten abstellen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß ihm gegen die Tätigkeit des Bereichsleiters Stahr in diesem Sektor manche Klagen vorlägen. Es bilde sich hier eine Gefahr für die Parteiorganisation heraus,und er werde dieses Problem einer kommenden Sitzung vorbehalten.

Distriktstandortführer Kundt erklärt zum Schluß, daß die Mitarbeiter des Arbeitsbereiches nicht verkennen dürften, daß auf jeder Sparte der Partei eine ungeheuere Leistung vollführt worden sei, die man nicht mit dem Maßstab des Funktionierens der Ortsgruppen im Reich vergleichen dürfe. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, es müßte hier auch alles so funktionieren, und weil das nicht der Fall sei, sei nichts geleistet worden. Es komme nur darauf an, die Parteiarbeit in diesem Raum immer mehr zu verbessern und immer mehr Menschen in diese Dinge hineinzuerziehen. Der Arbeitsbereich dürfe auch nicht die politischen Leiter nach denen beurteilen, die von den Distriktstandortführern zur Schulung nach Zakopane geschickt würden. Die guten Männer könne man nicht hinschicken, da sie unentbehrlich sein. Er schicke bewußt nur die, die unbedingt eine Schulung nötig hätten.

Distriktstandortführer Dr. Wächter führt aus, daß die Lage der Partei in Galizien durch die Kriegsereignisse schwer betroffen worden seien. Drei Standorte seien bereits ausgefallen, 7 weitere der insgesamt 12 Standorte seien Kriegsgebiet. Das wenige Deutschtum habe durch die Auflockerungsmassnahmen abgenommen, ebenso sei der Stand der Volksdeutschen sehr erheblich gelichtet worden.

13.5.1944

Die Organisation der Partei sei naturgemäß durch diese Unbeständigkeit in ihrer Entwicklung erheblich getroffen, vor allem im Hinblick darauf, daß die Aufbauarbeit in Galizien erst 2 Jahre später eingesetzt habe. Feststellen müsse er aber, daß fast im gleichen Ausmaß, in dem die Organisation schlechter, die nationalsozialistische Haltung besser geworden sei. Die Spreu habe sich vom Weizen getrennt und in Galizien seien nur Männer der Kameradschaft zurückgeblieben. Ein Zusammenwachsen der Deutschen habe sich vollzogen, die Disziplin habe sich gebessert, er könne daher sagen, daß er den Erklärungen, die Partei sei in Galizien tot, nicht zustimme. Die Partei in Galizien sei lebendig und sie wirke sich in einer grossen erzieherischen Aufgabe aus. Der Schrei nach Kompetenzen der verschiedensten Stellen in den vergangenen friedlichen Monaten sei verstummt. Er könne also in dieser Richtung positiv berichten. Die politische Ausrichtung, die man für die grossen Probleme dieses Raumes bemüht gewesen sei zu geben, habe sich gut ausgewirkt. Man sei den grossen Problemen der Aufrechterhaltung der deutschen Autorität und der Meisterung der nichtdeutschen Fragen allein mit der gewachsenen Autorität der wenigen Deutschen in diesem Gebiet gegenübergestanden. Dort, wo ein gewachsener Nationalsozialist als Standortführer tätig sei, habe sich der Erfolg durchgesetzt. Er bitte, dem Distrikt auch weiterhin mit Menschen zu helfen. Neben dem Stabsamtsleiter brauche er einen Kassenleiter und auch einen Persoanlamtsleiter.

Die einzelnen Parteiorganisationen in Galizien seien trotz ihrer Verkleinerung noch bemüht zu arbeiten. Er danke insbesondere der Frauenschaft dafür, daß sie trotz der sehr starken Verkleinerung ihrer Arbeitsmöglichkeiten doch noch mit den wenigen vorhandenen Frauen eine ausserordentlich glückliche Betreuung in den Lazaretten durchführe. Bezüglich der Schiessereien sei in seinem Distrikt ein Befehl des Kampfkommandos Lemberg herausgekommen, der im günstigen Sinne gewirkt habe.

13.5.1944

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß im Distrikt Galizien die Parteiorganisation unmittelbar in Verbindung mit dem Schützengraben komme. Es sei ein Versuch, den der Führer sehr zu Ehren des Generalgouvernements mit seinem Befehl vom 22. Februar 1944 gemacht habe, und in dem er abweichend von allen bisherigen Regelungen verfügt habe, daß im Generalgouvernement die Verwaltung intakt bleibe bis zur Front. Das gelte auch für die Partei.

Hauptbannführer Schimmelpfeng berichtet, daß die Arbeit in der H.J. im Generalgouvernement naturgemäß auch unter den Einflüssen gestanden habe, die die Verschiebung der Front ins Generalgouvernement mit sich bringe. Organisationsmässig habe man von den 7 offenen Stellen im Lande 5 besetzten können. Die Arbeit habe er in 2 Gruppen eingeteilt, das eine sei ein innerer Zusammenklang mit der Partei, der unter dem Motto "ohne Parteiabzeichen kein Ritterkreuz" anlaufe und das zweite sei, eine stärkere Verbindung mit diesem Raum zu schaffen. Sehr stark müsse auch die Frage eines intensiven Osteinsatzes forciert werden. Bisher habe man auch eine grosse Anzahl von jungen aktiven Jugendführern bekommen, die sich sehr bewährt hätten. Man bemühe sich jetzt, ein stärkeres Kommando für Evakuierungsangelegenheiten zu bekommen. Z.Zt. stehe im Vordergrund der vom Reichsjugendführer unter dem Motto "deutsche Heimat und Kultur" gestartete musische und technische Wettbewerb. Bei der Wehrertüchtigung der Jugendlichen werde darauf geachtet, eine Überbelastung der Jugendlichen einzuschränken. Die Ausbildung in Wehrertüchtigungslagern gelte auf Grund eines Abkommens mit der Polizei auch als Ausbildung für den Polizeihilfsdienst. Im vergangenen Winter seien 1500 Jugendliche in 2 Lagern in Zakopane einer militärischen Winterausbildung mit Skiern und Waffen zugeführt worden. Zum ersten Man habe die Hitlerjugend des Generalgouvernements auch 11 Teilnehmer für die Reichswettkämpfe nach Garmisch entsenden können. Festgestellt habe man, daß sich 70% der Jugendlichen frei

13.5.1944

willig für den Wehrdienst meldeten.

Die Führung der Jugend in diesem Raume sei optimistisch, und das übertrage sich auch auf die Jungen. Ihre Zahl betrage heute 25 Tausend. Pfingsten werde ein grosses Lager durchgeführt.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden, daß er am Pfingstmontag in diesem Lager spricht und dabei an den besten Bann ein Schwert als Wanderpreis überreicht. Er erwarte von der Hitlerjugend starkes in Erscheinung treten beim Parteitag. In ihren Reihen müsse besonders das Prinzip der Freiwilligkeit betont werden. Dieses sei ja auch das Rückgrat für die deutsche Wehrmacht.

Parteirichter Brodmann führt aus, daß die Arbeit des Parteigerichtes des Arbeitsbereiches und der Distriktsparteigerichte in den letzten dreiviertel Jahren gestiegen sei. Eine grosse Anzahl der hier tätigen Parteigenossen habe ~~hier~~ verhältnismässig versagt. Diese Fälle müßten vom Standpunkt der Menschenführung unter die Lupe genommen und aus ihnen die politischen Folgerungen gezogen werden. Die häufigsten Verfehlungen seien alkoholische Exzesse, Erscheinungen zwar, die im Osten bei den Ostvölkern landesüblichen Charakter trügen. Sehr häufig seien auch die Schießexzesse. Ein häufiges Delikt sei auch die Mißachtung des Verbotes des Verkehrs mit Polinnen. Parteigenossen, die wegen dieser Delikte belangt würden, verteidigten sich sehr oft damit, daß sie nicht gewußt hätten, daß gesellschaftlicher Verkehr mit Polinnen verboten sei. Der gesellschaftliche Verkehr gebe meistens den Anlaß zum Geschlechtsverkehr. Aus dem Verkehr mit Polinnen resultierten sehr oft auch strafrechtliche Verfehlungen, meistens auf dem Korruptionssektor. Bei Ausweisungen solcher Parteigenossen werde sehr oft die kriegswirtschaftliche Notwendigkeit des Verbleibens dieses Mannes im Generalgouvernement angeführt. Vom Standpunkt der Menschenführung wäre es aber richtiger, solche Leute rechtzeitig auszuweisen.

13.5.1944

Die Partei müsse daher eine gesteigerte Aktivität zu ~~er~~haltungsmässigen Erziehung der Deutschen entfalten. Auch auf dem Gebiete der Korruption und der Kriegswirtschaftsverbrechen hätten zahlreich durchgeführte Verfahren gezeigt, daß die Moral der Parteigenossen angekränkelt sei. Ein besonders trauriges Kapitel sei die Nichteinhaltung der Kriegswirtschaftsbestimmungen, wobei leider führende Parteigenossen vorangegangen seien. Auch hier müsse die Partei eingehende Aufklärungsarbeit leisten.

Neben diesen schwerwiegenden Tatbeständen seien auch noch zahlreiche einfachere Verfahren durchgeführt worden, die die mangelnde Bereitschaft der Parteigenossen für die Partei zeigten.

Der Herr Generalgouverneur faßt zusammen, daß man am besten daran tue, ein Merkbüchlein für die Parteigenossen im Generalgouvernement herauszugeben, in dem die Pflichten eines Parteigenossen im Generalgouvernement genau formuliert seien. Dieses Heftchen müßte jedem Parteigenossen, der aus dem Reich ins Generalgouvernement komme, gegen Quittung ausgehändigt werden. Pg. Tießler möge sich mit den massgebenden Stellen besprechen und einen Entwurf für eine kommende Sitzung ausarbeiten.

13^{00} Mittagessen.

15^{30} Besprechung mit SS-Obergruppenführer Koppe in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Gouverneurs Dr. Wächter.

SS-Obergruppenführer Koppe stellt dem Herrn Generalgouverneur Frau Kruse, Posen, Ahornstrasse 4, Fräulein Elsas und Studienrat Wilhelm Seelig, Hall, Tirol, Salzburgerstrasse 30 vor.

Frau Kruse besitzt in Posen eine Teppichweberei und -knüpferei. In ihrem Betrieb wird die Binse zu Matten, Markttaschen, Schuhen usw. verarbeitet. Sie soll im

13.5.1944

Generalgouvernement eine Schulung der volksdeutschen Frauen für eine kunstgewerbliche Heimarbeit mit diesem Rohstoff der Binse durchführen. In Hausabenden, wie sie dazu nötig sind, wird dadurch der Gemeinschaftssinn der Volksdeutschen gepflegt.

Frau Kruse zeigt dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Muster ihrer Arbeit.

Fräulein Elsas hat im Auftrag des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums das Heimwerk im Warthegau aufgezogen. Ein gleiches soll sie bei den Siedlungsdeutschen im Generalgouvernement tun.

Studienrat Seelig will in Rabka eine Schnittschule aufmachen, um auf dem Markt deutsches Spielzeug zu bringen. Schnittschulen sollen später auch in der Distrikten aufgemacht werden.

Der Herr Generalgouverneur äussert seine Freude über diese Pläne und ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, für die Verwirklichung derselben die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Vor allem müsse Studienrat Seelig durch einen entsprechenden Antrag für diese Zwecke von der Wehrmacht freigestellt werden.

20^{30} Besuch des Herrn Generalgouverneurs im Regierungsheim.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/8 Krakau

Sonntag, den 14. Mai 1944

10^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

Tagung aus Anlaß des Treffens der Blutordensträger und Träger des Ehrenzeichens der NSDAP des Generalgouvernements.

Oberdienstleiter Tießler eröffnet die Veranstaltung mit Begrüssungsworten für Generalgouverneur Dr. Frank.

Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank überreicht 3 Parteigenossen den Blutorden und ergreift dann das Wort zu folgender Rede:

An einem Tage, der vielleicht weltgeschichtlich von grosser Bedeutung werden wird, da wir doch damit rechnen, daß wir unmittelbar vor der lange berufenen britisch-amerikanischen Invasion stehen, freut es mich ganz besonders, daß ich die alten Vorkämpfer der NSDAP des Generalgouvernements versammelt weiss. Allein schon der Umstand, daß wir uns in Krakau im Hause der Partei im 5. Kriegsjahr treffen, bedeutet ein stolzes Zeichen der unsterblichen Stärke unserer Partei. Wir wären heute nicht in Krakau, wenn nicht vor 25 Jahren Adolf Hitler in München gewesen wäre. Wir wären heute hier nicht an der Front gegen den Bolschewismus, wenn damals nicht die NSDAP begonnen hätte, den Kampf gegen den Bolschewismus auf ihre Fahne zu schreiben. Und wir könnten gar nicht eindrucksvoller irgendwo im Deutschen Reich heute zusammenkommen als in dem Raum, in dem heute die Hauptstadt des östlichsten Bollwerks des Deutschen Reiches liegt.

Wir sind hier auf absolut eigenartigstem Boden; denn wir sind nicht aus dynastischen oder sonstigen historischen Gründen, aus denen im Laufe der Jahrhunderte Landstücke zum Reichs gekommen waren, dem Reich angefügt, sondern wir sind ausschließlich deshalb Reichsterritorium, weil die NSDAP, geführt durch Adolf Hitler und durch ihn begründet, in eine kriegerische Auseinandersetzung um die Durchsetzung ihrer Ideale kam und im Laufe dieser

14.5.1944

Auseinandersetzung auch dieser Raum dem Deutschen Reich angefügt wurde.

Das sind alles Überlegungen, die wir schon haben müssen, wenn wir hier überhaupt zusammen sind. Wir können das auch gar nicht oft genug wiederholen. Denn es könnte eine Art bequemer oder selbstsicherer Anschauung werden, etwas, was man vergißt, was so irgendwie leise im Kampf des Tages und bei den Mühen und Sorgen der Stunden verschwindet, die man durchlebt. Man könnte vergessen, daß wir eigentlich in einem an sich erst ganz jung beim Reich befindlichen, völlig von einem fremden deutschfeindlichem Stamm bewohnten Gebiet unsere Arbeit durchzuführen haben. Wir könnten das als etwas Selbstverständliches ansehen und vielleicht in dem einen oder andern Punkt gegenüber den Schwierigkeiten der uns gestellten Aufgaben kurzsichtig werden. Deshalb muß als Betrachtung in diesem Raum und von diesem Raum uns innerhalb der Partei ununterbrochen die Erkenntnis vorangehen, daß dieser Raum deutsch wurde, weil es die NSDAP gibt, und daß er deutsche bleiben wird, solange es die NSDAP gibt. Denn wehe uns, wenn wir jemals von dem Ideal, das uns auf diese höhe des Weltreiches geführt hat, abgehen würden!

Man kann daher alle diese Überlegungen gar nicht ernst genug nehmen und über die Einstellung gewisser Menschen nicht genug verwundert sein, die der NSDAP, sagen wir einmal, so ein gewisses historisches Verdienst nicht ganz bestreiten, die aber für die Zukunft der NSDAP gewisse wohlmeinende Besorgnisse äussern, indem sie sagen: Ja, die NSDAP, fabelhaft, grossartig, wie sie mit den Marxisten, Kommunisten fertig geworden ist, sie hat alles wunderbar durchgeführt, das kann man nicht bestreiten; aber ob die Partei in Zukunft sich das alles weiter so wird erlauben können, ob sie bestehen und das bleiben wird, was sie bisher gewesen ist, das weiss ich nicht. Demgegenüber können wir nur betonen: die Zukunft des Deutschen Volkes würde, wenn sie von irgendeiner Macht, die wir innenpolitisch überwunden haben, wieder

geleitet würde, genau so in den Abgrund sinken, wie sie 1918 in den Abgrund gesunken ist. Daher müssen wir Nationalsozialisten sagen: wenn die ehernste Garde, gerade die Garde, die weit zurückliegend die Wurzeln ihrer Zugehörigkeit zur Bewegung besitzt, die nicht 150-prozentig ist, weil sie es nicht nötig hat, sich eine späte Legitimation für die Parteizugehörigkeit zu erschleichen, die aber auch niemals müde wird, das Glühen der flammenden Begeisterung in sich zu verspüren, - wenn diese gesunde, kräftige, geistig klare, entscheidende Schicht der durchgestählten Parteigenossenschaft, die gewohnt ist, in ehernem Schritt diese Bewegung vorwärts zu führen und zu halten, wenn sie zusammen kommt, dann sammelt sich die Substanz deutscher Kraft und deutscher Klarheit. Gerade wir haben daher in diesem Raum immer wieder zu erkennen und zu sagen, daß man mit der Partei in keiner Betrachtung fertig wird, daß wir niemals den Platz verlassen werden, auf den uns das Schicksal gestellt hat, daß wir nur eine Aufgabe haben, das höchste Ideengut der Bewegung rein und unverfälscht für die Zukunft unseres Volkes sicher zu stellen.

Zwei Momente möchte ich heute mit Ihnen, meine Parteigenossen, erörtern. Das eine ist der Sinn dieses Krieges, das zweite ist die Bedeutung der Persönlichkeit des Führers.

Der Sinn dieses Krieges ist für unsere Partei von ausschlaggebender Bedeutung; denn zweifellos sind wir diejenigen, die mit am Beginn dieses Krieges stehen. Wenn Sie sich an die Zeit des Weltkrieges von 1914 bis 1918 erinnern, so war dies die immer noch damals in Form staatlicher Auseinandersetzungen ohne jeden geistigen Inhalt tatsächlich vor sich gehende Kampfhandlung von Großmächten. Dort waren die Engländer, die Franzosen, Russen, Amerikaner, Japaner, Italiener gegen uns; hier war lediglich das Deutsche Reich Wilhelminischer Prägung mit einigen ganz schwachen staatlichen Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei. In diesem Kriege von 1914 bis 1918 war es das am meisten auffallende, daß sich weder auf der Seite unserer Feinde noch auf

der unsren eine entscheidende politische oder sozial führende Weltanschauung befand. Der Krieg wurde von den Engländern gegen uns nicht im Sinne irgendeiner höheren Idee geführt; denn die Behauptung, die sie propagandistisch aufstellten, sie müßten in Deutschland den Kaiser beseitigen, sie müßten die Demokratie und den Parlamentarismus nach Deutschland bringen, war lediglich eine Taktik. Die innere politische Situation des Deutschen Reiches war angesichts der Unfähigkeit des Wilhelminischen Systems kriegspropagandamässig zur Schwächung durch den Gegner gegen uns auszuwerten. Wir hatten ja auch keine andere Idee, als die, unser Reich zu verteidigen, irgendwie aus dem Kriege siegreich hervorzugehen. Sie wissen ja selber, daß nicht das schlechteste Argument gegen die Führung dieses Krieges von damals das ist, daß die entsetzlich schwächlichen sogenannten Staatsmänner des Deutschen Reiches, diese kläglichen Weihnachtsmännergestalten, die die Entscheidungen von 1914 bis 1918 als Reichskanzler, als Kaiser, als Fürsten und Könige geführt haben, - daß diese kläglichen Figuren schon der Ausdruck für die jämmerliche Geistesverfassung waren, in der sich damals die allgemeinen Zustände in Deutschland befanden. Deutschland in seiner besten Substanz war aber auch schon damals vorhanden. Das deutsche Volk stand genau so wie heute an der Front nicht weniger als in der Heimat, es war ein tapferes, klares, gläubiges, sauberes Volk. Es war nur hundsmiserabel geführt, es war katastrophal verführt, zerissen und absolut nicht staatlich, sozial, weltanschaulich den damaligen Weltauseinandersetzungen gewachsen.

Es ist nun sehr interessant, wenn man in die Geschichte der damaligen Jahre schaut, sich zu fragen: welchen Sinn hatte denn eigentlich dieser Vorweltkrieg von 1914 bis 1918? Er hatte den Sinn, von unserm deutschen Standpunkt aus gesehen, uns von denen zu befreien, die, hätten sie Deutschland weiter geführt, für die deutsche Rasse und das deutsche Volk das Ende bedeutet hätten. Wenn das RegimeWilhelms II., das Regim unserer Fürsten, das Regimeder Juden, an deren Spitze ein Mann

wie Ballin stand, wenn diese rassische Versauung, die damals allgemein gesetzmässig war, wenn die Parteizerspaltung, die kommerzielle Verziehung unseres Volkes, die Verproletarisierung, die Entidealisierung sich hätten fortsetzen können, dann würde Deutschland heute im Jahre 1944 ein völlig verbrauchtes, vermodertes Gebilde sein, vergleichbar etwa dem Frankreich von 1940.

Der Sinn liegt also, von heute in die Geschichte zurückschauend, darin, daß dieser Krieg von 1914 bis 1918 die Auseinandersetzung einer an sich schon fertigen Staatenwelt war, und das Glück für uns war, daß sie in diesem Krieg besiegt wurde, daß diese Staatenwelt durch unsere Niederlage von uns genommen und damit von uns genommen wurde eine Staats- und Sozialführungsmethode, die uns in den Abgrund gerissen hätte, während sie mit dem Pseudosieg der Gegner in Frankreich und England weiter am Leben geblieben ist.

Es ist hoch interessant, wenn Sie sich einmal dieser Idee ganz hingeben, dann werden Sie als ein ganz grosses, herrlich Beglückendes Empfinden, daß wir uns auf diesem schmerzlichen und sehr verlustreichen Wege, der schreckliche Opfer von Deutschland verlangte, aber doch vor einer an sich vermodernden Welt retten konnte. Bei den Andern jedoch sind die gleichen Ideen geblieben, weil sie ja vor diesen Völkern durch einen sogenannten Sieg legitimiert wurden und man dort sagen konnte: "Was habt ihr gegen den Parlamentarismus, gegen die Juden, gegen den Kapitalismus, gegen die Kolonialpolitik und gegen den Imperialismus der Börsen? - Ihr habt ja gesiegt, infolgedessen sind wir legitimiert, und es kann alles so bleiben". Es ist auch so geblieben.

Und nun ist eine Feststellung sehr interessant: zwei Völker, die aus der Großmachtserie von 1914 bis 1918 ausgetreten sind, haben eine merkwürdige Revolution durchgemacht. Bei den Russen wurde die Staatsform mit dem damaligen Krieg zerschmettert; der Zar und sein ganzes Gelichter verschwanden. Und aus diesem damaligen Zusammenbruch des Zarismus hatte sich die jüdische Zer-

setzung den Bolschewismus geschaffen. Der Kalmücke Lenin, eine Figur des Weltjudentums, schuf den Bolschewismus, den bolschewistischen Staat.

In Deutschland ging die Entwicklung anders vor sich. Die Juden brachten es wohl fertig, daß sie als Repräsentanten eines grossen die ganze Welt überziehenden Planes das Deutsche Reich zum Zusammenbruch brachten. Aber es war zu spät, nämlich zu spät für die Juden;denn das deutsche Volk war immerhin durch die vier Jahre Leiden und Opfer und die Heranziehung eines Heldengeschlechtes sondergleichen ein anderes geworden, als es 1914 war. Die Männer von der Front, die 1918 zurückkamen, trugen in sich das Bewußtsein des unzerstörbaren Deutschlands. Hätten die Juden damals den Kalmücken Lenin auch in Deutschland sich durchsetzen lassen können, dann wäre es für uns furchtbar geworden. Das haben sie versäumt. Das ist das Verdienst der deutschen Waffen trotz der militärischen Niederlage Deutschlands, die doch so weit führte, daß dieser Bolschewismus angesichts der inneren Kämpfe in seinem Reich lange Jahre brauchte, bis er so weit war, sich über seine Grenzen hinaus ausdehnen zu können, daß aber im gleichen Augenblick bereits in Deutschland die NSDAP stand. Wenn die NSDAP statt im Jahre 1920 erst im Jahre 1930 gegründet worden wäre, dann hätten wir es vielleicht nicht mehr geschafft; denn dann wäre mittlerweile das bolschewistische Reich schon so stark gewesen, gestützt auf die innere kommunistische Bewegung im deutschen Volk,der ja dann diese brachial starke, machtvolle Bewegung der NSDAP nicht gegenüber gestanden hätte, daß wir damals den ungeheueren Schlußkampf gegen den Bolschewismus kaum mehr hätten führen können. Das müssen Sie sich immer vor Augen halten Sie können daraus ersehen, daß wir heute und 1933 und 1939, als der Krieg begann, eben unter ganz anderen Voraussetzungen an den Krieg heran gingen.

14.5.1944

Der Sinn dieses Krieges ist wie bei allen weltgeschichtlichen Prozessen im Grunde genommen die Fortsetzung dieses ersten Vorkrieges nur mit anderen Vorzeichen. Jetzt rüstet sich die soziale Ordnung der damaligen Siegermächte zum Zusammenbruch, und wir stehen heute als die absolut klaren zukunftssicheren Repräsentanten der Staats- und Sozialform des kommenden Jahrtausends der Welt gegenüber. Die Anderen sind müde, verbraucht, innerlich verlogen, heuchlerisch, von sozialen Spannungen durchzogen, unklar hin und her debattierend, verjudet, vom Kapitalismus zerfressen, vom Egoismus befallen und angekränkelt, müde Restbestände einer Welt, die verschwinden wird.

Deshalb ist der Sinn dieses Krieges monumental weltrevolutionär. Und deshalb allein erkennen wir, daß das einzige, was aus dem Weltkriege übrig geblieben ist, der Nationalsozialismus und der Bolschewismus die einzig wirklichen Gegner sind, die es auf der Erde gibt. Alles andere tritt dem gegenüber zurück. Freilich dieser Gegner des Bolschewismus ist geblieben. Wir spüren alle, daß die Auseinandersetzung dieses Krieges jenseits der völlig zusammenbrechenden Modrigkeit des britischen Empire die absolut klare Sendung dieses Reinigungsprozesses gegen den Bolschewismus ist. Es hätte keinen Sinn, zu glauben, der Krieg wäre in seinem weltgeschichtlichen Sinn entschieden, wenn England als Staat verschwunden, der Bolschewismus aber geblieben wäre. Denn damit würde für England höchstens der Ausgangspunkt geschaffen, von dem aus England, uns später nachhinkend, nun mit den letzten Resten seiner angelsächsischen rassischen Bewußtheit, die vorhanden ist, die heute nur schläft und unterdrückt wird, - auch in England gibt es absolut germanisch bewusste Menschen zu Hunderttausenden, die unter dem heutigen Wahnsinn verschwommener und unlogischer Fronten schwerst leiden, - von dem aus England, uns nacheifernd, diese Entwicklung sehr spät würde beginnen müssen. Denn eine andere Methode als den Nationalsozia-

lismus gibt es nicht. Es gibt heute keinen Ausweg mehr, den Millionenmassen eines Volkes das Leben, die Hoffnung, den Glauben, die Gesundheit, die Arbeitsstärke und -freude zu vermitteln, als unser Programm der Volksgemeinschaft, der Volkskameradschaft und des heldischen Einsatzes aller für einen und des einen für den anderen. Ein anderes Programm gibt es nicht; denn das bolschewistische ist kein Programm. Das bolschewistische System hätte längst versagt, wenn es sich nach europäischem Masse verantworten müßte. Das bolschewistische System, übertragen auf einen europäischen Staat, würde in einem halben Jahr erledigt sein. Der Bolschewismus hat sich nicht gehalten, weil seine Idee irgendwie richtig wäre; er hat sich gehalten aus der unangreifbaren geographischen, gigantischen Art seiner Rohstoffbasis, die viele Millionen von Quadratkilometern umfaßt. Er hat sich gehalten aus der Übernahme von technischen Erfahrungen technisch höchst potentiierter Länder wie Deutschland und Amerika. Er hat sich nicht gehalten, weil sein Prinzip irgendwie von innen heraus richtig wäre. Und Stalin kann auch nicht in dem Sinne als ein Fortsetzer Lenins angesehen werden, daß er den Bolschewismus predigt: Stalin ist längst ein georgischer Zar aller Reussen, der nichts anderes betreibt, als auf irgendeinem Weg, und sei es auf dem Wege des Bolschewismus, das Weltreich des Russentums vorwärts zu führen. Der Bolschewismus, wo er heute auftaucht, zeigt sich imperialistisch; er ist nicht dazu da, soziale Spannungen zu lösen- denn das ist dem Juden fremd - , er hat nur zu einer völligen Versklavung geführt. Er taucht nicht auf mit der Fahne der Freiheit für die Arbeiter, nicht mit der Erklärung, er wolle den sozialen Frieden bringen; den will er garnicht, er lebt ja von der Spannung. Er taucht auch nicht auf mit Beispielen aus seiner eigenen Entwicklung: er wird sich hüten, die Elendsbilder des russischen Arbeiterdaseins den anderen Völkern zu zeigen. Nein, er tritt rein imperialistisch auf. Genau so, wie England einmal in Indien einmarschierte, nur gestützt auf seine Waffen, genau so marschiert Stalin dorthin, wo ihm kein Widerstand wird, und marschiert dann immer weiter. Das ist

wichtig für uns zu wissen. Er ist der entscheidende Gegner in diesem Krieg; er und sein bolschewistisches Reich sind die Gegner des Reiches der Deutschen, er und seine bolschewistischen Ideen die Gegner der NSDAP. Diese beiden Gegner zu besiegen ist der Sinn des Krieges.

Die anderen, England und Amerika, leisten die übliche jüdisch bedingte Schutzstellung, die diesem Zerstörungsunternehmen gegenüber Europa notwendig ist. Die grauenhafte Schmach, daß englische Bomber die Schönheit unsrer europäischen Städte systematisch zerstören und damit versuchen, das charakteristische Herzstück der Welt zu vernichten, ist in Kauf zu nehmen.

Meine lieben Parteigenossen, lassen Sie mich dazu ganz ernst etwas sagen. Diese Städte sind zwar jetzt im Kriege das Opfer der Terrorangriffe unserer Feinde geworden. Sie wären aber so oder so wahrscheinlich im Laufe der Zeit zerstört worden, wenn Adolf Hitler nicht gekommen wäre. Nicht darum handelt es sich, daß diese Städte zerstört sind - entscheidend ist, daß wir aus der Geschichte erkennen, daß eine so gigantische Umformung der Staats- und Gesellschaftsformen, wie wir sie heute erleben, ohne den, sagen wir, fast kalten und unbewegten Charakterzug der Zerstörung des bisher Gebauten nicht denkbar ist. Wir Nationalsozialisten müssen uns angewöhnen, nicht in Gemüts- und Gefühlsduseleien zu verfallen. Ich weiss,wie schwer das ist. Ich weiss auch, daß wir dazu eine Erziehungsarbeit brauchen. Aber wir haben es eben auf dieser Welt mit dem eiskältesten Gegner zu tun. Daher ist es nicht gut, wenn wir auf dem Umwege der Trauer über die zerstörten Kulturdokumente unseres Volkes nun etwa müde würden. Man muß immer wieder sagen: so sehr auch die Städte zerstört sind, das deutsche seelische Bild ist durch diese Zerstorungen um so reiner im Aufstieg begriffen. Was hülfen uns die schönsten Städte, wenn darin ein müdes, krankes, zukunftsunfrohes Volk verfaulen würde. Lieber in Ruinen ein sonnenfrohes Volk - das muß das Kennzeichen der Einstellung der Nationalsizialisten zum Bombenterror sein.

14.5.1944

Im Übrigen ist die Haltung unseres Volkes gerade in diesen Zusammenhängen eines der stolzesten Kapitel. Ich muß wirklich sagen: wenn man so etwas erlebt, wie wir das immer wieder erleben, wenn man vor seinem eigenen Hause steht, das eine Ruine ist, - wer es noch nicht erlebt hat, kann es heute oder morgen erleben , - dann ist es heute so, daß aus diesen zerstörten Städten gerade das aufsteigt, was uns vielleicht aus dem Jahre 1918 noch gefehlt hat, die völlige Durchführung eines Gemeinschafts- und sozialistischen Empfindens. Gewiss, das ist ein ungeheurer harter Gedanke. Ich weiss, daß Sie sich vielleicht in dem einen oder anderen Punkt denken werden: kann man das wirklich so sagen, kann man wirklich über Gemütswerte so einfach hinweggehen? Ich antworte Ihnen: Ja, man kann es; denn das Symbol unserer Zeit ist nicht die Kathedrale des Mittelalters, nicht die Residenz der Fürsten von früher, das Symbol unserer Zeit ist überhaupt kein Steingebäude, - das Symbol unserer Zeit ist die wieder gerettete deutsche Seele, und die ist unsterblich.

Wir sind ein Volk geworden, ein Volk in dem Sinne einer totalen gegenseitigen Sicksalsbezogenheit des einen zum andern. Vergleichen Sie mit diesem geradezu einzigartigen Bilde nun andere Völker auf der Welt! Schauen Sie sich einmal das englische Volk an, schauen Sie sich das an, was in den Vereinigten Staaten als Volk herumläuft, schauen Sie sich die Franzosen, die Italiener an, schauen Sie sich das Elend einer entseelten Massentyrannei an, genannt bolschewistisches Reich, und vergleichen Sie damit die hell leuchtende ungeheure Gemeinsamkeit einer herrlichen Front und einer herrlichen Heimat, wie wir sie heute haben. Das ist ein Gewinn, der alles aufwiegt, was wir an äusseren Werten verloren haben. Freilich, als Kulturmensch ist man erschüttert und hat in sich das Gefühl von etwas Grauenhaftem.

Aber die Zeit endet ja nicht. Wenn es richtig wäre, daß man über den Schmerz der Zerstörung nicht mehr weiter

gehen kann, dann hätte die Weltgeschichte schon vor Zehntausend Jahren aufhören müssen. Denn immer wurde ja eine Epoche wieder durch völlige Wegräumung alles dessen, was früher wert war, geschaffen. Nehmen Sie die Stadt Rom: sie war einmal die Hauptstadt der Welt, sie war das Zentrum eines gewaltigen Weltreiches mit riesigen Bauten, grossen Türmen, Tempeln, Basiliken, Richter- und Senatsgebäuden usw. - heute stehen die Dinge im Baedeker. Man nimmt es als selbstverständlich hin, daß da nur noch eine Säule steht; niemand weiss etwas Weiteres davon. Man sagt: es muß eine grosse Zeit gewesen sein, und das war es ja auch. Solche grossen Zeiten hat es gegeben, das Mittelalter war auch eine grosse deutsche Zeit. Aber ich behaupte, wenn wir diesen Krieg gewonnen haben - und wir werden ihn gewinnen -, dann wird aus dem, was jetzt deutsches Volk ist, aus diesem gehämmerten, seelisch-geistig ungeheuer verjüngten und verstärkten Einklang einer wahrhaft göttlichen Sendung auf dieser Erde ein gewaltiger neuer Lebensstil und Baustil, ein gewaltiges Kunstformat aufsteigen. Und daß wir das schaffen, darüber kann kein Zweifel sein.

Es zeugt von der ganzen Armseeligkeit unserer Gegner, daß sie der Meinung sind, wenn sie uns die Repräsentanten unserer Vergangenheit zerstören, dann würden wir den Glauben an die Zukunft verlieren. Das ist der Irrtum, darin liegt die geradezu verächtliche Leere einer solchen Figur, wie sie Churchill darstellt, der nichts weiter ist als ein um 41 Jahre verspäteter Clémenceau. Wir können nur sagen: aus der Not unseres Volkes in diesen zerstörten Städten, aus diesen völlig der eigentlichen Armut preisgegebenen Millionenmassen unseres Volkes, unseres leidenden Volkes ersteht über die NSDAP diese sozialistische Gemeinschaft unserer Nation. Alle miteinander haben dann keine materiellen Werte mehr, sie haben aber alle eine Mutter, ein Reich, eine Zukunft: Deutschland. Und das ist ein grosses. Das müssen wir auf uns nehmen. Es gibt nichts grosses in der Welt ohne Opfer und ohne Hin-

gabe des Besten, was man hatte. Wenn wir sagen: ja, wichtiger als die Zukunft ist uns doch die Erhaltung unserer Städte,- dann sind wir leergebrannt. Nein, wir müssen sagen: Schicksal, auch dieses darfst du dir noch nehmen; denn lieber würden wir auch das noch opfern als unsere Freiheit als Volk, die uns um nichts in der Welt preis ist.

Diese Ruinen sind die stumme Anklage gegen die Unmenschlichkeit des Kampfes, der gegen das deutsche Volk geführt wird. Sie sind die jüdische Haßantwort darauf, daß das deutsche Volk den Kopf hochgehoben hält und unter Adolf Hitler den Stolz seiner Rasse wieder aufsteigen spürt. Und so werden wir auch nichts schuldig bleiben. Was man von uns verlangt, werden wir auch von den andern verlangen; denn die Vergeltung kommt.

Zusammenfassend darf ich also sagen: der Sinn dieses Krieges ist demnach die Verwirklichung des allein in die Zukunft weisenden nationalsizialistischen weltrevolutionären Programms. Dabei spielen Fragen wie die der europäischen Neuordnung oder Einzelfragen unserer inneren Ordnung usw. zunächst keine entscheidende Rolle. Entscheidend ist, daß wir stur, hart und entschlossen die Fahne des Nationalsozialismus hoch halten.

Das zweite Moment, über das ich kurz mit Ihnen sprechen wollte, das mir aber sehr am Herzen liegt, weil wir als alte Parteigenossen hier beieinander sind, ist doch wieder die Figur unseres Führers. Alles das, was wir eben gemeinsam besprochen haben, wird nur von einem einzigen Mann getragen. Er schuf die Bewegung, er schuf diese Weltrevolution. Er gab der Welt diese neue Entwicklung. Es gibt heute mehr Hitleranhänger in unseren Feindstaaten, als das zu Beginn unseres Krieges der Fall war. Die Synagogen von Nordamerika werden Tag um Tag von geheimen Freunden Adolf Hitlers angestrichen, wo es geschrieben steht. Wenn irgendwo in der Welt, dann gilt es für Amerika. Wenn in England Streiks ausbrechen, und es möglich ist, daß die Führer dieser Streiks erklären: wir zahlen den jüdischen Kapetalisten nicht mehr unser Blut,- dann kämpfen sie auch für Adolf Hitler. Und wenn in diesen Tagen vor englischen Kriegsgerichten Prozesse gegen polnisch-jüdische Soldaten stattfinden müssen, weil sie aus der englischen Armee desertierten und diese Deser-

tierung damit begründen, daß sie als Juden von ihren Soldatenkameraden aufs schwerste misshandelt würden, so ist das ein Zeichen, daß der Antisemitismus d.h. also die Hitlersche Idee in diesen Ländern aufsteigt. Das ist ja auch kein Wunder; es war immer so. Wer die Revolution mit echter Notwendigkeit als Idee in die Welt schleudert, braucht sich nicht mehr zu sorgen: sie geht bis ans Ende der Welt, überall dahin, wo die gleiche Not ist. Da dieser Krieg vom Juden in der Welt gegen Adolf Hitler veranlaßt ist, wird jeder, der den Wahnsinn dieses Krieges erkennt, Antisemit und Hitlerfreund. Dieser Entwicklung sehen wir mit grossem Interesse zu. Wir können sie presse- und rundfunkmässig nicht behandeln, weil alle diese Bewegungen in diesen Ländern sonst sofort dadurch aufs schwerste angegriffen und geschädigt werden könnten. Tatsächlich ist die Kriegsmüdigkeit im englischen Weltreich und in Amerika stets ansteigend.

Und die Kriegsstärke der Sowjets! Meine lieben Parteigenossen, glauben Sie mir, dieses ganze strategisch einmalige gigantische Manöver des Rückzuges, den der Führer befohlen und sehr bewußt durchgeführt hat, hat zum mindesten die innere Lage Englands so verschlechtert wie unsere Propaganda. Den Bolschewismus unmittelbar in Europa sehen, kann nicht einmal der fanatischste Engländer. Churchill steht gerade im Gefolge dieses Rückzuges vor derartigen inneren Unmöglichkeiten, daß man sagen muß: es war mit diesem Rückzug sowohl die Verstärkung der deutschen Invasionsfront im Westen erreicht, wie aber auch eine völlige Zertrümmerung der politischen Grundhaltung Englands. Churchill mußte die Polen, die Finnen, die Letten, die Litauer, die Esten und Ukrainer an die Sowjetrussen ausliefern. Das kann er nicht verstecken und kann es auch nicht irgendwie ungeschehen machen. Es ist so, dass die Bolschewiken heute nur die Meinung haben, Churchill müsse es gewähren. Dieser Zustand ist nicht geeignet, einen englischen Premierminister in die Reihe grosser schöpferischer Staatsmänner einzureihen.

14.5.1944

Wenn wir mit diesem Gelichter unseren Führer vergleichen, der mit einer ungeheueren Überlegenheit geistig-seelischer Art als die reinste Inkarnation bester deutscher Eigenschaften diesen Kampf führt, den eine ganze Weltjudenclique unter Einsatz von Weltreichen gegen ihn allein richtet, so muß es uns als alte Parteigenossen mit einer wahrhaften Glückeshochgehobenheit bewegen, daß wir berufen waren, diesem Mann erste Wegbereiter zu sein.

Wir stehen zu dem Führer anders als alle anderen. Wir haben zu dem Reich, auch meinetwegen sogar zu der Partei gänzlich andere Beziehungen als die normalen Parteigenossen, die normalen Reichsangehörigen. Für uns ist auch diese jetzigen Auseinandersetzung die Bewährung eines Kameradschaftsbundes eines Mannes mit seiner treuesten engsten Gefolgschaft. Wir sind in diesen Krieg hineingestellt, nicht, weil wir die oder jene Position in Staat oder Partei haben, - lächerlich, welchen Rang einer in Staat oder Partei hat, ist völlig gleichgültig gegenüber dem Rang, der den ältesten Gardisten Adolf Hitlers zugehört.

(Lebhafter Beifall)

Es ist die Stunde, aus der man spürt, daß es weltgeschichtliche Beziehungen gibt, die um deswillen den Menschen adeln, weil sie ihm das Charakteristische seines Lebens geben. Das gilt für uns. Wenn wir einmal am Ende unseres Lebens stehen, dann werden wir sagen: „Was war in diesem Leben schön? Wir haben das und das gemacht, wir haben das erreicht, wir haben das Positive und Negative im Leben gehabt, das können wir uns absolut als unsere Fehler ansehen, die und die Sünden haben wir im Leben begangen, der Teufel wird seine Freude haben, wenn er uns erwischt, - wir haben die und die Leistungen vollführt". Und dann wird vielleicht jemand aus dem Himmel kommen und sagen: laßt den doch noch heraufkommen. Das alles gilt uns nichts. Und wenn ein Pfarrer kommen sollte und uns den letzten Segen geben wollte, dann werden wir sagen: lieber Freund, laß deine Jesusgeschichte; wir

haben ja unmittelbar den Träger eines Glaubens erlebt.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Und wenn ein anderer kommt und sagt: ja, das Deutsche Reich ist eben doch der Staat, der alles andere überstrahlt, - dann können wir sagen: schön, Deutsches Reich hin und her, mag es werden, wie es will, mögen es nie der Bewegung und Deutschlands Feinde gefährden, - aber wir haben unser ewiges Reich in uns gehabt. Wir haben dieses Reich aus dem Nichts gehoben. Wir sind in einer verräucherten Versammlungsstätte gestanden. Da ist Adolf Hitler hereingekommen. Niemand kannte ihn, einen blassen, kranken Soldaten. Er stellt sich in unsern Kreis und sprach von Deutschland so, wie ein anderer von den Sternen spricht. Draussen war der Verfall, kein Volk, kein Staat, keine Wehrmacht, keine Wirtschaft, kein Glück, keine Ehre, aber der Jude triumphierte über uns, der Bolschewik war da, der Bürgerkrieg und Streiks sausten im Lande herum. Die Franzosen besetzten das Rheinland, die Italiener besetzten Südtirol. Und in einer Ecke dieses Vaterlandes sassen wir. Da kam dieser blasse Mann herein und sprach von Deutschland, wie man von den Sternen spricht. Das haben wir erlebt. Was weißt du vom Reich? Heute sind die Symbole da, heute flattern die Fahnen. Aber heute sind auch schon wieder die alten Kritikaster am Werke, die von uns geschonten schmerbauchträchtigen Gestalten, die schon wieder Morgenluft wittern. Wir haben sie für den Verrat an Deutschland nicht bestraft, wir haben sie nicht für diese ihre himmelschreiende Schwäche zur Rechenschaft gezogen. Wir haben keine Revolutionstribunale errichtet, weil wir gläubig waren. Was wißt ihr vom Reich? Mit euch redet man vom Reich wie von einer Angelegenheit der Bücher, der Weisheit der Geschichte. Für uns ist das Reich Adolf Hitlers ein Stück unseres persönlichen Lebens geworden; das ist etwas anderes.

Das alte Kämpfertum der Partei ist die Glaubenskohorte der Unsterblichkeit. Und wenn man uns aus dem Himmel oder aus der Hölle aufruft, dann ist es uns ganz gleichgültig, wohin wir kommen. Man wird dann sagen:

14.5.1944

Herrgott, du bist gross und mächtig, aber für uns war das auf der Welt Adolf Hitler.

(Lebhafter Beifall)

Und wenn einer fragt: wozu der Krieg, wozu das alles, was wollt ihr eigentlich noch? - Ist die Partei mit ihren Aufgaben noch nicht fertig? - dann können wir nur lächelnd sagen, ihr wißt, welche Gefahren diesem Reich drohen: Dünkelsucht, Egoismus, der berühmte Kampf des einen gegen den andern, diese lächerliche Verblendung in Zuständigkeitsfragen, wo einer glaubt, er habe einen Vorteil, wenn er einen höheren Staats- oder Parteirang hat. Auf all das müssen wir alten Parteigenossen sagen: wir müssen unsre ernste Stimme erheben und immer wieder mahnen, daß diese erste Stunde einer Bewußtheit der Unsterblichkeit der Bewegung, die nicht nach Titel und Rang, sondern nach dem Glaubensgefäß "Mensch" rief, ewig sein wird.

Deshalb sollte man die Partei nicht verbürokratisieren und die Kritik nicht überspitzen, sondern man soll die Partei als etwas Lebendes und Heiliges in der Mitte unseres Volkes halten. Das Reich soll man nicht formulieren wollen. Es ist die stete von einer Handvoll verantwortungsberufener Männer getragene entscheidende Schicksalsform für 80 Millionen Menschen. Wir müssen diese Auflockerung haben, auf daß nichts erstarrt. Selbst der Begriff des alten Kämpfertums darf nicht erstarren. Der alte Kämpfer darf sich nicht einfach auf seinen Lorbeeren ausruhen und sagen: ich war einmal dabei. Das geht nicht. Wer einmal diese Flamme in sich aufgenommen hat, muß sie unausgesetzt aus sich herausschlagen lassen; dann leistet er wahrhaft Dienst als Parteigenosse.

Wir als diese alte Kämpferschar haben daher eine stolze,hohe Aufgabe, mit dem Glauben an den Führer und dem Glauben an die Ewigkeit unseres Volkes verbunden. Jeder, der von uns in die Ewigkeit geht, hat drüben nichts anderes zu tun,als diesen Kampf für Deutschland fortzusetzen. Wir sind nur zu diesem Beruf auf der Erde,und ausser diesem Glauben haben wir keinen,-dem Glauber, daß Gott das deutsche Volk berufen hat, unter Führung Adolf-Hitlers die entscheidende Lebensaufgabe im Nationalsozia-

lismus zu sehen.

Nur wenn wir diese totale Besessenheit besitzen, nur wenn wir über Ruinen hinweg die Zukunft unseres Volkes spüren, nur wenn wir in Adolf Hitler diese einzigartig geschichtlich einmalige Figur sehen, werden wir auch die Kraft haben, durch dieses Meer von Verleumdungen, von Tränen und von Leid vorwärts zu schreiten, das im Gefolge dieser Auseinandersetzung über unser Volk gekommen ist. Dann haben wir aber auch die Rechtfertigung, daß wir als Nationalsozialisten das Leste an den Sieg Deutschlands wenden wollen.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Oberdienstleiter Tießler schließt die Veranstaltung mit folgenden Worten:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Für mich ist es ein besonders stolzes und schönes Gefühl, in Euer aller Namen dem Leiter des Arbeitsbereiches, und nicht nur ihm, sondern vor allem dem Menschen, dem alten Kämpfer Dr. Hans Frank herzlich für die einzigartige und grosse Stunde danken zu können, die wir soeben erleben durften. Ich weiss, daß die Worte, die Ihr hier gehört habt, in Euch nicht verklingen werden, daß Ihr sie in den Kampf des Alltages hineintragen und bereit sein werdet zu jedem Einsatz, daß es Euer höchster Wille ist, so, wie es Euch hier gesagt wurde, nicht nur zu sprechen von dieser Schönheit der Vergangenheit, sondern von den Pflichten des alten Kämpfers in Gegenwart und Zukunft. Ihr alle seit Garanten dafür, daß die Partei in diesem Raum ihre grosse und schwere Aufgabe auch mit Verantwortung übernehmen kann. Ihr alle habt den gleichen Willen, daß hinter der Arbeit nicht nur des Tages, des Arbeitsbereiches, nein, auch des Generalgouverneurs in seiner gesamten Aufgabe eine Partei stark und innerlich gefestigt steht. So erfüllen wir gemeinschaftlich unsere Pflicht als Kämpfer des Führers. Der

14.5.1944

Führer hat uns diesen Raum geschenkt. Wir danken ihm in restlosem und unermüdlichem Einsatz. Als alte Kämpfer wollen auch wir Vorkämpfer sein.

Mit der Führer-Ehrung und den Liedern der Nation findet die Veranstaltung ihren Abschluß.

11^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IX/8 Krakau

Montag, den 15. Mai 1944

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Fortsetzung der Arbeitsbesprechung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg.

Anwesend sind: Oberdienstleiter Tießler, Schulungsleiter Bühler, Oberabschnittsleiter Straßmayer, Propagandaamtsleiter Ohlenbusch, Schulungsleiter Holweger, Bereichsleiter Stahr, Abschnittsleiter Albert, SS-Sturmbannführer Weibgen, Fraueneinsatzleiterin Aldinger, Brigadeführer Peltz, Sturmbannführer Ribbert, Oberführer Przalla, Presseleiter Gassner, Brigadeführer Künemund, Distriktstandortführer Dr. von Burgsdorff, Oberbereichsleiter Kobusch, Organisationsleiter Lapp und Personalamtsleiter Joduleit.

Schulungsleiter Bühler berichtet, daß seit Eröffnung der Schulungsburg 34 Lehrgänge mit rd. 1300 Teilnehmern durchgeführt worden seien. Auch Lehrgänge für Wehrmachtsangehörige habe man abgehalten. Als Schulungsthemen gelten die Reichsthemen, nämlich Aufklärung über den Bolschewismus, die kämpfende Heimat und als drittes neues Thema die Aufgaben der Partei in diesem Raum. Zweitwichtigste Aufgabe sei die fremdvölkische Politik.

Bei den Schulungen stelle sich heraus, daß die volksdeutschen Männer, mit denen man draussen im Lande die Parteiarbeit durchführen müsse, davon keine Ahnung hätten. Sie hätten grosses Vertrauen zum Führer und vor allem zur Macht des Reiches, und es sei die eigentliche Aufgabe der Schulung, ihnen den Führer nahezubringen, ihnen zu zeigen, daß der Führer ohne sie seine gewaltigen Leistungen nicht vollbringen könne. In der Parteiarbeit glaubten die volksdeutschen politischen Leiter nur die Durchführung von Kundgebungen, Versammlungen usw. zu sehen. Aufgaben der eigentlichen Menschenführung seien ihnen noch unbekannt. Eine zweite Erfahrung sei

die, daß die Struktur der Partei so sei, daß das Rückgrat der Parteiarbeit die reichsdeutschen Parteigenossen darstellten, die Breitenarbeit aber von den Volksdeutschen getragen werde. Es stehe fest, daß man sich auf diese völksdeutschen Kameraden verlassen könne, daß sie beharrlich und zäh seien, daß es nichts gebe, was sie aus den Fugen reissen könne. Diese Volksdeutschen müßten mit den reichsdeutschen Kameraden zusammengeschweißt werden. Die volksdeutschen politischen Leiter seien charakter- und haltungsmässig in Ordnung, die Partei müsse an ihnen nur jahrelang fleissig arbeiten. In 2 Jahren werde man an ihnen die besten Führungskräfte haben.

In Zakopane laufe der 3. Lehrgang mit 11 politischen Leitern. In Zakopane werde eine Spitzenschulung und in Krakau die Breitenschulung durchgeführt. Die Schulung der Wehrmacht werde fortgesetzt; bei der Polizei klappe sie noch nicht. Mit den staatlichen Dienststellen werde auf diesem Gebiet eng zusammengearbeitet.

Schulungsleiter Holweger erklärt, daß sich die Erfolge der Schulung nicht durch Statistiken, sondern nur im praktischen Leben feststellen liessen. In der Schulung habe man festgestellt, daß alle Deutschen im Generalgouvernement an einer bestimmten geistigen Trägheit litten. Die Leute kämen sehr ungern oder sehr selten. Ein zweites, das grosse Schwierigkeiten bereite, sei eine bestimmte Unwissenheit über den Nationalsozialismus. Auf Grund ihrer Schulbildung glaubten sie, schon alles zu wissen. Sie verlangten bei der Schulung ein hohes Niveau und dabei kämen dann die Redner nicht mit. Hier gebe es viele deutsche Menschen, die man als ausgesprochene Reaktionäre ansprechen müsse, und solche, die man als Wanderer zwischen zwei Welten bezeichnen könne.

Er glaube, daß man in der Partei allgemein zu viel verwalte und zu viel betreue, auf die Charakterschulung und Erziehung aber zu wenig Wert lege. Darum trete man jetzt an die Menschen nicht nur in der offenen Schulung heran, sondern man wende sich an einen kleinen Teil.

15.5.1944

Zu diesem Zweck würde die nationalsozialistische Familienschulung mehr in den Vordergrund gerückt. Die Fest- und Feiergestaltung biete auch Gelegenheit, Verbindung mit dem Einzelnen zu bekommen. Unter aktiver Schulung verstehe man nicht so sehr das viele Vorträgehalten, sondern es müsse dabei gelingen, den Menschen innerlich wieder die Kraft und den Schwung zu geben, daß sie wieder in der Partei arbeiteten. Es sei erschreckend, wie ablehnend sich die Parteigenossen verhielten, wenn sie aufgefordert würden, in der Partei aktiv mitzuarbeiten. Bedauerlich sei dabei, daß, je höher die Würdenträger ständen, sie desto weniger von einer Parteiarbeit etwas wissen wollen. Als Schulungsmaterial fänden die grossen Reichsthemen von Reichsleiter Rosenberg und die Sammelsendungen des Hauptschulungsamtes Verwendung. Ein weiteres Kapitel sei die Betonung der Volksbildungsarbeit. Das Vorfeld habe sich zu einem Führungsorgan entwickelt, aber der ewige Streit habe zu verschiedenen Mißständen Anlaß gegeben. Jetzt werde es zu einem parteieigenen Instrument ausgebaut. Es gebe heute über 160 Standorte, und viele dieser Standorte hätten keinen Schulungsleiter. Für seine Arbeit sei die Bildung von Kreisen absolut notwendig. Kreisschulungsleiter würden sich um die Schulung der Standortführer kümmern können, was für ihn unmöglich sei. Die Zusammenarbeit mit den Instanzen, die sich in diesem Raum mit der Schulung befaßten, sei denkbar ausgezeichnet; auch mit der Volksdeutschen Mittelstelle arbeite man sehr gut zusammen.

Propagandaleiter Ohlenbusch gibt einen Bericht über die im letzten Jahr geleistete Arbeit und nennt u.a. die Zahl der durchgeführten Versammlungen, die Gesamtauflage der Flugblätter und Broschüren, der Filmveranstaltungen, Veranstaltungen in der Truppen-und Lazarettbetreuung, Rundfunkreportagen, Bastelstunden, Sprachschulungsabende, deutsche Volksliedabende, Zahl der ausgegebenen Rundfunkgeräte und anderes mehr. Er berichtet dabei von den grossen Schwierigkeiten, die bei diesen Sachen die Kleinarbeit verursache. Für diese Arbeit müsse ein aktiver

Propagandist, ein Kultur- und Filmmann sowie ein Volkstumsredner verantwortlich tätig sein, ausserdem bei jedem Kreishauptmann ein Kreispropagandist.

Auch er spreche sich dafür aus, daß man rücksichtslos gegen diejenigen vorgehe, die in der nationalsozialistischen Grundhaltung versagten. Viel Klein- und Erziehungsarbeit sei nötig. Gerade die Kleinarbeit müsse von guten Parteigenossen gemacht werden. Es sei deshalb ein frevelhafter Leichtsinn, wenn auch heute noch im Reich der Osten als Schuttabladeplatz für verkrachte Existenzen angesehen werde. Dazu sei grosse Aufklärungsarbeit nötig.

Oberabschnittsleiter Straßmayer berichtet über seine Arbeit in der Partei- und Finanzverwaltung. Die Verwaltung der NSDAP in diesem Raum bringe Verständnis für die gesamte politische Arbeit der Partei auf und sei allen Anforderungen der politischen Führung gerecht geworden. Der Arbeitsbereich habe zu Beginn des Jahres 1944 14 800 Parteigenossen gezählt. Der Prozentsatz der Reichsdeutschen gegenüber den Parteigenossen sei hier nicht höher als im Reich. In seiner Kartei führe er etwa 5 000 Parteigenossen, die sich im Reich zwar abgemeldet, aber bei den hiesigen Standorten nicht angemeldet hätten. In einem Rundschreiben an die Standorte habe er Auftrage gegeben, die Parteigenossen, die schon zum Teil durch die Haushaltskartei erfaßt seien, zur Anmeldung zu bringen. Auch in einer Folge des Ostrufes, der allen Amtsträgern zugehe, sei auf diese Erfassungsaktion der NSDA P hingewiesen worden. Später würden die Ummeldebestimmungen auch in der Presse veröffentlicht. Parteigenossen, die sich nach diesen Aktionen nicht angemeldet hätten, würden dem Parteigericht übergeben. Z.Zt. laufe eine Aktion, die die Berufung der verdienstvollen Deutschen in diesem Raum zum Zwecke habe; Voraussetzung dafür sei eine mindestens 3-jährige aktive Tätigkeit in der Bewegung. Interessant sei, daß von den 14 800 Parteigenossen 8 500 in den Städten Krakau,

15.5.1944

Warschau, Lublin, Radom und Lemberg wohnten. Die Deutsche Gemeinschaft zähle 47 100 Mitglieder. Im Generalgouvernement seien rd. 62 000 Deutsche von der Bewegung erfaßt, statistisch sei aber nachgewiesen, daß es ungefähr 150 Tausend gebe.

Der Redner berichtet dann über das Beitragswesen, das Liegenschaftswesen, das Bauwesen, die Finanzverwaltung und die Personalverwaltung. Bei letzterer stellt er fest, daß es nicht an Planstellen fehle.

Der vom Reichsschatzmeister genehmigte Etat werde der Regierung bekannt-gegeben, und diese stelle die Mittel zur Verfügung. Nicht finanziert würden von der Regierung die angeschlossenen Verbände, KLV und Landdienst. Der Etat werde zu 2/5 aus Mitgliedsbeiträgen gedeckt; die Regierung stelle 38 Millionen Zloty zur Verfügung.

Für die Verwaltung sei der Erfolg da, wenn alles lautlos und reibungslos klappe. Die Bewegung brauche eine gesunde Verwaltung, und eine gesunde Verwaltung gäbe es nur dann, wenn der innere Verwaltungsbetrieb 100%ig in Ordnung sei. Im Arbeitsbereich herrsche ein Mangel an geeigneten Kassenleitern, es fehle an geeigneter Schulung und es fehlten die täglichen Kontrollen. Auf die Tätigkeit der Kassenverwaltung wirke sich der häufige Wechsel in den Leitern negativ aus. Fachlich schwach seien die Kassenleiter aus den volksdeutschen Gebieten. Sie brauchten eine intensive Schulung. Man müsse auf jeden Fall eine gewisse Anzahl von hauptberuflichen Kassenleitern noch zusätzlich bekommen, und da wäre die Organisation von Kreisleitungen sehr erwünscht.

Bereichsleiter Stahr berichtet, daß man hier in der Sozialpolitik einen neuen Weg gegangen sei. Seine sozialpolitische Arbeit sehe er in erster Linie als eine Führungsaufgabe an, und es sei richtig, daß die Partei mehr führen und weniger betreuen müsse. Der Deutsche müß hier in erster Linie so weit erzogen werden, daß er ruhig eine Führungsfunktion einnehme. Erste Aufgabe sei es, nicht eine Massenorganisation aufzubauen, sondern klar in der Organisation zu bleiben, jedoch durch Er-

15.5.1944

tüchtigung eine höhere Leistung herauszuholen. Daher sei es notwendig, in den Betrieben kein übersetztes Organisationsgebilde zu schaffen, sondern nur einen Mann in den Betrieb zustellen, der der verantwortliche Mann in der Partei ist, und das sei der Betriebsobmann der NSDAP. Er sei verantwortlich für die Weltanschauung.

In der Berufserziehungsarbeit stehe heute im Generalgouvernement das deutsche Berufserziehungswesen als Gemeinschaftsarbeit von Partei und Staat. Z.Zt. gebe es 800 Lehrgemeinschaften mit 17 000 Teilnehmern für die deutsche Sprache.

Ein besonderes Problem spiele in diesem Raum die Lohnfrage, um deren Regelung man sich seit über 1½ Jahren gemeinsam mit der Hauptabteilung Arbeit bemühe. Es gebe hier deutsche Reichsangehörige, entsandte Reichsangehörige, neuangestellte Reichsangehörige, bodenständige Volksdeutsche, Umsiedler, Deutschstämmige und Angehörige der Volksliste 3 und 4; für jede dieser Kategorien gebe es einen Tarif. Seine Hauptaufgabe bestehe darin, in dieses Durcheinander Ordnung zu bringen. Wenn man hier eine ordentliche Ostpolitik treiben wolle, sei es notwendig, daß die Tarife in Warschau oder Lublin höher lägen als in Posen. Der Deutsche, der in diesem Raum eingesetzt werden solle, müsse mehr verdienen, da er im anderen Falle nicht hereinkomme. Die Reichsstellen hätten dafür vorläufig kein Verständnis. Man müsse für die Tarifgestaltung der nach hier abkommandierten Leute - das seien ungefähr 40- bis 50 000 - in Verhandlungen mit dem Reich eine Vereinbarung treffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß das Generalgouvernement von sich aus eine solche Tariford-nung einführen könne, und er sei jederzeit bereit, zu diesem Zweck eine Verordnung zu unterzeichnen.

Bereichsleiter Stahr bezeichnet als Voraussetzung dafür das Vorhandensein eines Gesetzes über die Ordnung der nationalen Arbeit. Man habe jetzt bereits eine Disziplinar- und Strafverordnung bekommen.

15.5.1944

Ein besonderes Kapitel sei die Frage der Löhne für die Volksdeutschen. Angestrebt werde eine einheitliche Gestaltung der Löhne, wobei als Basis die Berliner Sätze genommen werden sollten. Darüber hinaus löse man das Lohnproblem bei den Volksdeutschen nicht durch eine Tariforndnung, sondern durch eine höhere Leistung. Mit den Volksdeutschen müsse man sich im starken Masse rein leistungsmässig beschäftigen. Zu diesem Zweck sei eine andere Parteiorganisation nötig, da die Standortführer meist ehrenamtliche Kräfte und zu viel beschäfitgt seien. Auch die stille Rechtsberatung könne draussen im Kreis leichter durchgeführt werden.

Neben dieser sachlichen Arbeit sei es notwendig, die deutschen Kräfte in den Betrieben auszurichten, und da habe sich der Leistungskampf der Betriebe besonders bewährt. Im grossen und ganzen könne man hier auf einen sehr ordentlichen Betriebsführerstand zurückgreifen. Er glaube, daß die Erfassung der deutschen Menschen für die Partei über den Betrieb gerade jetzt von ausschlaggebender Bedeutung sei. Das Ansprechen im Betrieb bei der Arbeit sei viel besser, als wenn die Leute nach der Arbeit zu Kundgebungen zusammengeholt würden.

Zusammenfassend könne er sagen, daß die betriebliche Arbeit im Generalgouvernement hier seit 3 Jahren stehe, und daß die deutschen Menschen in den Betrieben des Generalgouvernements sich der Partei verpflichtet fühlen, zusammengeführt und ausgerichtet würden. Notwendig sei es auch in Zukunft, den Tarif- und Lohnverhältnissen besonderes Augenmerk zu widmen. Notwendig sei es auch, daß die Partei in den sozialpolitischen Dingen eine einheitliche Meinung habe. Daher wiederhole er seinen Vorschlag zur Errichtung einer Arbeitskammer im Generalgouvernement. Er werde über Parteigenosse Tießler dem Herrn Generalgouverneur in den nächsten Tagen einen entsprechenden Entwurf vorlegen.

Abschnittsleiter Albert berichtet über das Hauptarbeitsgebiet Amt für Landvolk. Der im Generalgouvernement jährlich zur Verteilung gelangende Leistungspreis der deutschen Dorfgemeinschaft sei im Reich mit grossem

Interesse zur Kenntnis genommen worden. Sein besonderer Wert liege darin, daß durch ihn eine Dorfgemeinschaft ausgezeichnet werde. Die Vorarbeiten für die diesjährige Verleihung seien im Gange.

Bei Besuchen in den deutschen Dorfgemeinschaften des Generalgouvernements habe man als grossen Mangel feststellen müssen, daß die Leute über 2 oder 3 zurückliegende Generationen nicht mehr Bescheid wüßten. Sie seien wenig aufgeschlossen für die Geschichte ihres Dorfes, für die deutsche Geschichte. Er könne sich nicht denken, daß man bei diesen Siedlungsdeutschen den Reichsgedanken durch Propaganda einbürgern könne. Darum werde eine Forcierung der Sippenforschung der deutschen Landbevölkerung im Generalgouvernement nötig sein. Am besten sei die in Zusammenarbeit mit Pg.Weibgen durchzuführende Gründung eines Sippenamtes. Dann erst werde man in der Lage sein, die Grundlagen für schulungs- und propagandistische Arbeiten zu schaffen.

Eine grosse aber sehr schwierige Aufgabe werde in Angriff genommen mit der nun durch personelle Besetzung möglich gewordenen Arbeit der Erhaltung, Mehrung und Aufartung des Blutes der deutschen Landbevölkerung. Man könne immer wieder feststellen, daß von mangelnder Leistungskraft und mangelndem Leistungswillen der Siedlungsdeutschen keine Rede sein könne. Daß diese Menschen nicht gut deutsch sprechen könnten, dafür könnten sie nichts. Diese Aufartung werde durch Schulung der Landfrauen ihren Anfang nehmen müssen. Ein weiteres wichtiges Gebiet sei die Pflege des Gemeinschaftsgedankens auf dem Lande überhaupt. Die Heranbildung einer Landvolkführung sei mit einem Lehrgang in der Schulungsburg begonnen worden. Die Einrichtung einer Landvolkführerschule im Generalgouvernement, vielleicht in Verbindung mit einem landwirtschaftlichen Musterbetrieb sei in Aussicht genommen. Zum diesjährigen Erntefest werde ein Jugendwettbewerb durchgeführt, den das Arbeitsgebiet Landvolk mit der H.J. und der Hauptabteilung Wissenschaft und

15.5.1944

Unterricht trage und bei dem für die beiden oberen Klassen der Volkschule, der Hauptschule und der höheren Schulen besondere Themen über das Landvolk, über die Vergangenheit des Landvolks usw. gestellt würden. Dadurch solle Interesse für das Land erweckt werden.

SS-Sturmbannführer Weibgen führt aus, daß das Hauptarbeitsgebiet Volkstumsfragen das jüngste Kind des Arbeitsbereichts sei, und er nur von dem berichten könne, was er sich in seinem Hauptarbeitsgebiet vorgenommen habe. Das Hauptarbeitsgebiet sei als eine Zentrale der volkspolitischen Lenkung und Steuerung gedacht, also Einhaltung einer einheitlichen volkspolitischen Haltung der Partei und 2. Ausrichtung der Leute. Wenn das Generalgouvernement seiner Aufgaben als Bastion Europas gegen den asiatischen Osten erfüllen solle, dann könne man nur bestes deutsches Menschenblut für diesen lebenden Wall brauchen. Das bedeute folgende Aufgaben: 1.Überstellung der volkspolitisch untragbaren Deutschen ins Reich; 2. aus verschiedenen Berichten habe er entnehmen können, daß ein Rückgang der Kinderzahl bei den Volksdeutschen festzustellen sei. Schuld daran sei z.T. eine negative Beeinflussung durch die Reichsdeutschen. Hier müsse eine Aufklärungsarbeit bei den Volksdeutschen einsetzen. Ein Austausch ungeeigneter Beamter müsse stattfinden, denn man könne nicht dulden, daß die Festigung des Deutschtums durch einen kleinen Kreis von Reichsdeutschen gefährdet werde. Gleichzeitig mit den Räumungsmaßnahmen solle eine volkspolitische Bereinigung durchgeführt werden; das besonders schwache Volkstum und Deutschstämmige sollten ins Reich gebracht werden. Man werde sich zum Ziel machen müssen, nach Abschluß der Räumungsmaßnahmen in den Distrikten Lublin und Galizien nur ein gutes Deutschtum überzubehalten. In den übrigen Distrikten werde man besonders schwache Volksdeutsche oder Deutschstämmige etwa in Form des Arbeitseinsatzes ins Reich bringen müssen; 3. hier zu einem geringen Prozensatz vorhandene assoziale und schwachsinnige volksdeutsche Elemente müßten ebenfalls ins Reich überstellt werden, denn sie seien in diesem

15.5.1944

Raum, in dem jeder Deutsche dem Führungsanspruch genügen müsse, nicht tragbar. Weiter müsse man bemüht sein, die heute auf dem Lande verstreut wohnenden Deutschen nach und nach in geschlossene deutsche Dörfer zusammenzufassen. Heute seien 40% der Volksdeutschen und Deutschstämmigen im Lande verstreut, d.h. weniger als 10 deutsche Familien in einem polnischen Dorf. Auch die volksdeutschen Arbeiter und Angestellten, die heute über sehr viele Betriebe zerstreut seien, müßten mehr und mehr in einem Betrieb zusammengefaßt werden.

Eine besonders wichtige Aufgabe werde die Schaffung eines einheitlichen Deutschtums im Generalgouvernement sein. Hier werde es sich zunächst darum handeln, daß man überhaupt die Bezeichnung Volksdeutsche mehr und mehr zurückstelle, damit sie wieder zu Ehren kommen können. In den nächsten Tagen werde eine Verlautbarung ergehen, daß man nur noch von Deutschen spreche, und nur, wenn nicht anders möglich, eine andere Bezeichnung wählen solle. Es sei etwas merkwürdig, wenn man z.B. in Krakau ein Schild" Reichsdeutsches Wurstwarengeschäft" oder "Volksdeutsches Kaffeehaus" sehe. Grundsatz müsse sein, daß die Einheit des Deutschtums überall in Erscheinung trete. Dazu gehöre, daß keine unterschiedliche Behandlung der Deutschen eintreten dürfe. Weiter gehöre dazu eine einheitlich gestaltete Tarifordnung. Grundsatz müsse dabei sein, daß alle Deutschen gleiche Löhne, Tarife und Zulagen erhielten, unterschiedlich nur nach Leistung und Sonderauslagen.

Untragbar sei auch, daß Fremdvölkische über Deutsche entschieden, daß z.B. eine Polin darüber befinden könne, ob ein Deutscher einen Bezugschein erhalte oder nicht.

Für die Erziehung der Volksdeutschen und Deutschstämmigen sei es notwendig, daß der Trennungsstrich zwischen ihnen und den Fremdvölkischen immer schärfer gezogen werde. Darum müsse auch aus volkspolitischen Gründen gefordert werden, daß jeder das Parteiabzeichen trage; Sicherheitsgründe könne man hier nicht geltend

machen. Vielleicht müsse man sogar fordern, daß jeder Deutsche, der nicht durch ein Abzeichen als solcher zu erkennen sei, als Pole behandelt werde, wie das im Warthegau der Fall sei.

Mit Regierungsdirektor Albert stehe man bereits in Verhandlung darüber, dem volksdeutschen Bauern bei der Prämienzuteilung an Stelle von Wodka mehr Spinnstoff- und Schuhwaren zuzuteilen. Die starke Wodkazuteilung berge die Gefahr in sich, daß diese Bauern allmählich zum Trinken kämen. Ein erheblicher Teil von Deutschen habe seinen Grund und Boden auf schlechtem Sand, könne infolgedessen nichts abliefern und keine Prämienzuteilung erhalten. Für die Volksdeutschen müsse es auch gewisse Grundpflichten geben; sie müßten erfüllt werden und darum dürfe man dem Prinzip der Freiwilligkeit nicht zu grosses Gewicht beimessen. So erscheine z.B. ein Teil der volksdeutschen arbeitspflichtigen Jugendlichen bei einer Aufforderung zur Arbeit nicht. Hier müsse die Polizei eingreifen und diese Jugendlichen herausholen, um sie in geeignete Arbeitsstellen und vor allem in Berufsausbildung zu bringen. Auch müßten die Volksdeutschen noch mehr als bisher freiwillig sich zum Wehrdienst melden. Viele von ihnen, die sich vor 1939 nicht zum Deutschtum bekannt hätten, weigerten sich. Ein Hinderungsgrund liege vor allem auch darin, daß sie noch nicht eingebürgert seien. Er habe mit Präsident Dr. von Craushaar jetzt eine Beschleunigung dieses Verfahrens abgesprochen.

Man habe die Deutschen bisher viel zu sehr zu passiver Teilnahme erzogen; das genüge nicht, sie in der Partei zu erfassen und zu einer Versammlung zu bringen. Man müsse mehr Wert auf eine aktive Teilnahme legen. Nur wenn der Einzelne oder die Gemeinschaft sich nicht selbst helfen können, wie z.B. beim Bau einer Strasse, dann dürften erst Partei und Staat von aussen eingreifen. Ein politischer Leiter, der die Menschen zu aktiver Selbst-

hilfe bringe, habe grosse Verdienste. Vielleicht wäre es gut, wenn man eine Großaktion der Selbsthilfe durchführte, daß sich die Deutschen ihrer Kräfte bewußt würden. Zur Aktivierung jedes einzelnen werde gerade die kulturelle Arbeit dienen müssen, z.B. Schaffung von Singgruppen, Dorfkapellen, Spinnstubenabenden, Sportvereinen usw. Gerade die Sportvereine müßten als Träger des aktiven Volkstumskampfes ausgebaut werden.

Eine besondere Rolle in der ganzen Erziehung werde die Erziehung in der Gemeinschaft spielen müssen, und hier seien Schülerheime und Kindergärten von besonderer Bedeutung. Über die Erziehung der Kinder könne man nämlich auch eine Erziehung der Erwachsenen herbeiführen. Besonders eingebaut in diese Erziehungsarbeit müßten der Dorfschullehrer und der Landarzt werden. Dazu gehöre noch der Pfarrer. Ohne die Arbeit völkisch guter Pfarrer komme man vorläufig nicht aus. Dabei müsse aber darauf geachtet werden, daß jeder Pfarrer einen grossen Bezirk zugewiesen erhalte, um nicht in allzu engen Kontakt mit den Menschen zu kommen.

Für die Erziehung der Volksdeutschen müßten 2 Gesichtspunkte Geltung haben, Erziehung zu Stolz und Selbstbewußtsein, Herausstellung der bisherigen Leistungen des Volksdeutschtums in diesem Raum und überhaupt in Europa. Daneben müsse selbstverständlich immer wieder der Reichsgedanke in aller Grösse vor Augen geführt werden. Hierfür wäre die Kinderlandverschickung ein besonders wertvolles Mittel. Auch die Verbindung mit dem Reich über den Sippengedanken oder durch Hitlerjugendfahrten in die Heimat seien besonders wertvoll.

Eine rückläufige Entwicklung sei beim Einsatz der volkspolitischen Kräfte aus dem Reich festzustellen. Die etwa 100 bis 120 BDM-Führerinnen hätten im Generalgouvernement grosse Dienste geleistet. Man müsse über den Sonderbeauftragten für den Arbeitseinsatz versuchen, mindestens 150 bis 200 solcher Kräfte wieder zur Verfügung gestellt zu erhalten.

Um den Stolz der Volksdeutschen zu heben, bitte er den Herrn Generalgouverneur, monatlich vielleicht 4 ver-

diente Volksdeutsche nach Krakau oder nach Zakopane als seine persönlichen Gäste einzuladen.

Um die Vielfalt der volkspolitischen Aufgaben im Generalgouvernement zu bewältigen, habe er mit Oberdienstleiter Tießler abgesprochen, daß immer ein Gebiet durch eine besondere Aktion in den Vordergrund gestellt werde. In diesem Jahr gebe es z.B. einen Monat des deutschen Sports, der deutschen Sprache, der deutschen Kultur, der deutschen Familie usw. Für ein solches in den Vordergrund gerücktes Thema müßten dann während dieses Monats alle Kräfte von Partei und Staat eingesetzt werden. Er hoffe, in einiger Zeit dem Herrn Generalgouverneur melden zu können, daß man auch volkspolitisch einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen sei.

Fraueneinsatzleiterin Aldinger muß leider von einem Rückgang infolge der Rückführung der Frauen aus Galizien und Lublin berichten. Infolge des Fehlens einiger Tausend Frauen, die z.T. ins Reich bezw. nach Danzig Westpreussen gebracht worden seien, könne die Lazarettbetreuung nicht mehr in der bisherigen Form durchgehalten werden; sie werde heute nur noch in den Abendstunden, Samstag- und Sonntagnachmittag durchgeführt. Ausserdem gehe auch die materielle Betreuung zurück, sodaß man jetzt die ideelle Betreuung in den Vordergrund rücken müsse. Eine besondere Gefahr für die eingesetzten Frauen bestehe auch darin, daß die Verwundeten zum größten Teil nicht entlaust in die Lazarette kämen.

Die negative Einstellung sehr vieler Männer gegenüber dem Parteidienst wirke sich auch im Einsatz der Frauen aus. Man suche deshalb über dem Polizeihilfsdienst Frauen für den Lazaretteinsatz zu gewinnen. Bedenken müsse man, daß die Lazarettwäsche aus Galizien und Lublin von den übrigen Distrikten übernommen werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich dagegen aus, daß der ausserordentlich prekäre Begriff des Polizeihilfsdienstes beim Fraueneinsatz in den Lazaretten Anwendung finde. Hier müsse eine Art Sonderdienst geschaffen

werden, vielleicht könne man einen Arbeitsdienst einführen

Fräulein Aldinger erklärt hierzu, daß man einen Versuch zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht bereits gemacht habe, der aber gescheitert sei. Nicht Eingebürgerte könnten nämlich zum Arbeitsdienst nicht eingezogen werden. Jetzt sei man daran, ähnlich dem Polizeihilfsdienst eine weibliche Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Man habe eine Vereinbarung getroffen, wonach eine Berufsausbildung nur angenommen werden dürfe, wenn die hauswirtschaftliche Lehre abgeleistet sei. Im Siedlungsgebiet Zamosz seien nach Rückführung der Frauen die Dorfberaterinnen weiter tätig, um die Haushalte einigermassen in Ordnung zu halten. Diese Mädel habe sie wegen ihrer grossen Verdienste zur Verleihung der Kriegsverdienstmedaille vorgeschlagen.

Zum Muttertag werde in Radom die 2. Mütterschulde eröffnet.In Lublin und in Zakopane seien ebenfalls Mütterschulen im Entstehen.

Schwierig sei es, noch irgendwelche Kräfte aus dem Reich zu bekommen, da dort die Meinung herrsche, im Generalgouvernement werde nicht mehr gearbeitet. Grosses Gewicht lege man auf die intensive Schulung des weiblichen Wehrmachtsgefolges und der berufstätigen Frau über die Betriebe.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die Durchführung von Spezialschulungen. Die allgemeine Grundlage der Schulung müsse einheitlich sein.

Schulungsleiter Holweger erklärt, daß dies der Fall sei. Die Lehrpläne würden mit dem Schulungsamt abgestimmt, und erst nach Genehmigung durch das Schulungsamt durchgeführt.

SA-Brigadeführer Peltz bezeichnet die Organisation der SA im Generalgouvernement als im grundsätzlichen abgeschlossen. Die Ausbildung gehe im ganzen gesehen weiter, wenn man auch hier eine Ausbildung, wie sie im Reich durchgeführt werde, nicht betreiben könne. Die SA im Genearalgouvernement habe die vordringliche Aufgabe, die Menschen deutschen Blutes dem Deutschtum zurückzugewinnen. Der deutsche Mann dieses Raumes sei keineswegs in seiner Gesamthaltung als klarer Träger der deutschen Blutwerte

zu bezeichnen.Man habe besonderen Wert darauf legen müssen, jeden einzelnen Mann ständig in seiner Gesamthaltung zu überwachen, zu kontrollieren und zu leiten. Gerade die SA habe die Möglichkeit, den einzelnen nicht nur wöchentlich einmal zu sehen. Leider habe sie bei der Durchführung ihrer Erziehungsaufgabe auf Unterführer dieses Raumes zurückgreifen müssen, die genau so wenig die Geschichtsentwicklung der letzten 30 Jahre des Deutschtums erlebt hätten. Es sei erforderlich, daß seitens der Partei verfügt werde, daß alle in diesem Raum lebenden männlichen Parteigenossen, soweit sie nicht führungsmässig für die Partei gebraucht würden, ohne Ausnahme Dienst in den Gliederungen zu versehen hätten. Das Gros der hiesigen Träger des Parteiabzeichens komme nicht einmal zu einer Versammlung. Parteigenosse sein, heisse aber Kämpfer des Führers und der nationalsozialistischen Weltanschauung sein. Mit aller Schärfe müsse dagegen Front gemacht werden, daß im Generalgouvernement der sogenannte passive Parteigenosse in Erscheinung trete.

Zur Behebung des Unterführer- und Führermangels würden besondere Lehrgänge durchgeführt. Die Gesamterfolge seien gut, und diese Arbeit müßte auch in den Einheiten forgesetzt werden. Als einzigen Bewährungsfaktor habe man die Einstellung zur Wehrbereitschaft herausgestellt. Mit Brigadeführer Künemund habe er nun abgesprochen, daß bei hartnäckiger Weigerung auch ein Ausschluß aus den Reihen der SA erfolgen solle.

Im übrigen sei die SA im Generalgouvernement weitgehend umgesetzt und habe sich insgesamt gesehen, beim Objektschutz, bei der Bandenbekämpfung, im Landschutz usw. gut bewährt. Die Zahl der innerhalbd der SA verteilten Verwundetenabzeichen biete hier einen guten Aufschluß. Festgestellt könne werden, daß es sich dabei um einzelne Persönlichkeiten gehandelt habe, die durch ihr Beispiel die anderen mitgerissen hätten. Daher müßten sich sämtliche Parteigenossen aus dem Reich, die

nicht anderweitig eingesetzt seien und führungsmässig wesentliche Voraussetzungen besässen, der SA zur Verfügung stellen.

NSFK-Strumbannführer Ribbert bezeichnet als Hauptaufgabe des NS-Fliegerkorps, der Luftwaffe zuverlässigen und persönlichkeitsmässig anständigen Nachwuchs zu schaffen. Oberführer Wolf habe dafür im Generalgouvernement die nötige Organisation auf die Beine gestellt, also das nötige Personal, die notwendigen Werkstätten und das notwendige Gerät. Es gebe z.Zt. 18 Stürme mit einem kleinen Stamm von Ausbildern, auch Räume für die Ausbildung seien vorhanden. Der Flugmodellbau werde als Mittel, die breite Masse der Jugendlichen zu gewinnen, überall gepflegt. Auch Gelände für den Flugbetrieb sei vorhanden. Der Ausbildungsbetrieb auf ihnen leide in letzter Zeit stark durch die in diesen Raum zusammendrängende Luftwaffe. Momentan stehe dem NSFK im Generalgouvernement kein Flugplatz zur Verfügung; für diesen Sommer sei ihm allerdings ein Platz zugesagt worden. Ein grosser Teil der Jungen könne auch ausserhalb des Generalgouvernements ausgebildet werden. Auch die Banden verhinderten eine geregelte Ausbildung. Industrie und teilweise auch die Luftwaffe forderten von ihm für die Verlagerung von Werkstätten die des NSFK. Eine weitere Schwierigkeit liege darin, daß in der letzten Zeit viele Ausbilder zur Wehrmacht eingezogen worden seien. SA, NSKK oder HJ weigerten sich, Angehörige aus ihren Reihen, die von Beruf Schweisser oder Techniker seien, an das NSFK abzugeben. Eine weitere Schwierigkeit liege darin, daß das NSFK im Generalgouvernement nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt sei, wie das im Reich der Fall sei. Wenn nun das NSFK im Generalgouvernement irgendetwas bauen wolle, sei es in der Materialfrage auf die Liebenswürdigkeit der Regierungsstellen angewiesen. Das NSFK müsse ein Kontingent in Rahmen des Parteikontingents erhalten.

Oberführer Przalla berichtet über das NSKK im Generalgouvernement. Das NSKK habe durch die Ereignisse in

17

15.5.1944

Galizien einen schweren Rückschlag erlitten, doch könne er die erfreuliche Mitteilung machen, daß beispielsweise in Stanislau seit 8 Tagen ein Sturm seinen Dienst wieder aufgenommen habe. Bezüglich der Erfassung der Reichsdeutschen vertrete er den gleichen Standpunkt wie Brigadeführer Peltz. Leider meldete sich eine grosse Anzahl von Reichsdeutschen nicht zum Dienst. Infolge Kräftemangels sei die von Präsident Dr. von Craushaar dem NSKK übertragene Durchführung von Kontrollmaßnahmen innerhalb der Stadt Krakau nur beschränkt möglich.

Bei seinen Bestrebungen einer verstärkten Werbung stosse er überall auf grosse Schwierigkeiten, besonders innerhalb der Angehörigen der SA sei sie fast unmöglich. Dem NSKK müßten wenigstens die Männer zur Verfügung gestellt werden, die im Besitze eines Führerscheins seien, und zweitens müßte ihm die Möglichkeit gegeben werden, aus der SA diejenigen zu werben, die sich fachlich für das NSKK eigneten. Das Verhältnis zwischen SA und NSKK sei im Generalgouvernement 1 zu 12, im Reich 1 zu 3. Er würde in diesem Raum mit einer Sollstärke von 3 500 Mann (jetzt 1660) auskommen können, um die dem NSKK gestellten Aufgaben zu erfüllen. Bezüglich der motorisierten Soforthilfe fehle heute ein entsprechender Erlaß. Wegen der geringen Zahl von 260 in Krakau befindlichen NSKK-Männern sei das NSKK dort im Ernstfalle nicht in der Lage, die Kraftfahrzeuge mit einem Beifahrer zu besetzten. Eine grosse Sorge sei für ihn auch, daß die NSKK-Einheiten nicht restlos eingekleidet werden könnten. NSKK-Männer könnten ohne Uniform keinen Dienst auf der Strasse machen. Er brauche mindestens 900 bis 1 000 Blusen und die entsprechende Anzahl Hosen.

Der Herr Generalgouverneur verspricht dem SA-Oberführer seine Hilfe in der Beschaffung der notwendigen Kräfte und Kleidungsstücke.

Im Anschluß daran verabschiedet er SA-Brigadeführer Peltz, der zur Wehrmacht einrückt. SA-Brigadeführer Künemund übernimmt während der Abwesenheit des SA-Brigade-

führers Peltz die Dienstgeschäfte des Aufbaustabs der SA im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur wünscht SA-Brigadeführer Peltz alles Gute für den kommenden Ehrendienst in der Wehrmacht.

14^{00} Mittagessen.

16^{35} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.in einer privaten Angelegenheit.

16^{45} Besprechung mit Oberst Fischer.

17^{00} Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Anwesend sind: General Haenicke, General Unger, Generalmajor Bork, Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Präsident Gerteis, Oberst Fischer und Hauptmann Zisenis.

General Haenicke berichtet, daß in die Nähe des Bilgerajer Waldes ein neues Regiment gelegt wird.

SS-Obergruppenführer Koppe führt aus, daß in den letzten 48 Stunden keine alarmierenden Meldungen eingetroffen seien. Trotzdem scheine der Gegner aber allgemein vorzubereiten. Er habe den Eindruck, daß der Gegner etwas Gegendampf gebe; vielleicht solle dadurch aber die deutsche Führung in Sicherheit gewiegt werden.

Der Obergruppenführer macht dann Ausführungen über die Bandenlage und über Erfolge der Bandenbekämpfung.

Präsident Gerteis gibt einen Überblick über die Betriebslage der Ostbahn und über die Vorbereitungen zu dem geplanten zwangsweisen Abtransport von 150 Tausend Menschen aus Lemberg.

Eingehend wird dann der Ausbau eines Meldenetzes zwecks Beobachtung der allnächtlich einfliegenden Flugzeuge und der aus ihnen abspringenden Fallschirmagenten besprochen.

19

15.5.1944

SS-Obergruppenführer Koppe gibt Kenntnis von einer Geheimen Reichssache: die polnische nationale Widerstandbewegung plane, gegen die Deutschen im Generalgouvernement mit Vergiftungen vorzugehen. In Hotels und Großküchen sollten den Speisen Bakterien beigegeben werden. Man müsse also dieser Sache besondere Aufmerksamkeit widmen. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die Hauptabteilung Gesundheitswesen genügend Gegengifte zur Verfügung habe. Jede ärztlich festgestellte Vergiftung müsse sofort gemeldet werden.

17^{40} Besprechung mit Staatssekretär Koppe.

18^{30} Besprechung mit Kapellmeister Swarowsky und Musikreferent Bader.

19^{30} Besuch eines Konzerts im Rathaus.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneur auf der Burg)

IX/8 Krakau

Dienstag, den 16. Mai 1944

10[00] Forsetzung der Arbeitsbesprechung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg.

Anwesend sind: Oberdienstleiter Tießler, Distriktstandortführer Dr. von Burgsdorff, Pg. Albert, Pg. Ribbert, Pg. Przalla, Pg. Blarek, Pg. Gassner, Pg. Weibgen, Pg. Aldinger, Pg. Straßmayer, Pg. Stahr, Pg. Ohlenbusch, Pg. Joduleit, Pg. Holweger, Pg. Lapp, Pg. Kobusch.

Distriktstandortführer Dr. von Burgsdorff greift in seinen Ausführungen Einzelheiten aus den vorhergegangenen Referaten auf. Die Befreiung vom Polizeihilfsdienst für politische Leiter bereite heute keine Schwierigkeiten mehr. Beschwerden auf diesem Gebiet sollten ihm übergeben werden, und er werde ihnen in seiner Eigenschaft als Gouverneur nachgehen. Schwierigkeiten seien in der letzten Zeit nur bei den Einberufungen zum Flakdienst eingetreten. Hier zeige sich, daß eben die Dekce der Deutschen in diesem Raum für solche Dienste zu dünn sei. Er hoffe, auch hier mit der Polizei und Flak zu einer Übereinkunft zu kommen.

Die in den letzten Tagen zum Ausdruck gebrachte Kritik an der Arbeit der Distriktstandortführung Krakau wegen mancherlei Versäumnisse müsse er als richtig bezeichnen. Dies liege aber zum grossen Teil daran, daß der Distriktstandort Krakau personell gesehen, ausserordentlich stiefmütterlich behandelt worden sei: an der Spitze habe ein ewiger Wechsel der Distriktstandortführer stattgefunden, und kein Stabsamtsleiter habe bisher einen normalen Abgang gehabt. Ein Grund sei auch das Nichtvorhandensein einer richtigen Registratur. Seit 2 Jahren seien keine Vorgänge richtig abgelegt worden; Durch solche Mängel werden naturgemäß eine sachliche Arbeit sehr behindert.

16.5.1944

Die Propaganda bei der Distriktstandortführung habe überhaupt bis vor wenigen Monaten völlig brach gelegen, ausser der Spitze sei kein Mitarbeiter vorhanden gewesen. Nun sei es Pg. Dresler-Andres gelungen, einen Hauptstellenleiter zu gewinnen, ein zweiter werde noch kommen. Es sei äusserst schwer, aus dem ehrenamtlichen Reservoir die richtigen Kräfte zu finden. Für die Distriktstandortführung brauche er unbedingt einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Das Berechnungsgeld für die Bedürfnisse der Geschäftsführung in Höhe von 5.000 Zloty sei zu gering, und er wäre dankbar, wenn man einen eigenen Finanzetat bekommen könnte.

Auch er müsse feststellen, daß gewisse Intelligenzschichten an der Parteiarbeit nicht genügend Anteil nähmen. Draussen sei es vielleicht nicht ganz so, da dort die Kreishauptleute die Beamten unter einen gewissen Druck zur Mitarbeit brächten. Schlimm sehe es aus mit der Mitwirkung der Angehörigen der freien Wirtschaft.

In Krakau hätten sich die Verhältnisse durch eine Reduzierung der 10 Standorte auf 6 gebessert; 2 Standorte würden von Männern aus der Intelligenzschicht geführt. Mit diesen beiden Männern beabsichtige er, in den Sektor der freien Wirtschaft und in den Sektor des Beamtentums vorzustossen, um aus diesen Kreisen mehr Mitarbeiter für die Parteiarbeit zu gewinnen.

Auf dem Lande sei die Parteiarbeit im allgemeinen nicht unbefriedigend. Die Männer draussen würden sich alle Mühe geben, seien aber in der Parteiarbeit etwas unerfahren. Gerade die Volksdeutschen gingen mit grosser Begeisterung an die Arbeit. In allen seinen Reden draussen habe er darauf hingewiesen, daß das schlechte Verhältnis zwischen Reichs- und Volksdeutschen verschwinden müsse. Was die Volksdeutschen sprachlich oder haltungsmässig noch nicht könnten, müsse ihnen liebevoll nahegebracht werden.

Mit den Alkoholexzessen und den Verfehlungen mit Polinnen sei es seit einiger Zeit infolge Anwendung einer scharfen Ahndung besser geworden. Er bitte, zwi-

schen Polinnen und Ukrainerinnen keinen Unterschied zu machen. Der Trennungsstrich zwischen deutsch und fremdvölkisch müsse scharf gezogen werden. Gesellschaftlicher Verkehr mit den Fremdvölkischen müsse grundsätzlich abgelehnt werden, doch müsse man ihn im Zusammenhang mit einer dienstlichen Handlung in gewissem Umfange zulassen.

Presseamtsleiter Gassner bezeichnet auf Befragen des Herrn Generalgouverneurs als Presseorgane der Partei die Krakauer Zeitung, die Wochenschrift "Deutsche Wacht", der Ostruf (für die Bedürfnisse der Ausrichtung der politischen Leiter) und das Schulungsblatt Vorfeld.

Zum Schluß der Arbeitsbesprechung führt der Herr Generalgouverneur zusammenfassend aus, daß ihm diese Zusammenkünfte ausserordentlich wichtig und erwünscht seien. Jeder der Anwesenden fühle in sich das Bedürfnis, einmal im Kreise seiner Mitarbeiter zu Worte zu kommen. Die Berichterstattung der einzelnen Vortragenden sei sehr lebendig gewesen und habe ihn restlos überzeugt, daß jeder eine unmittelbare Verbindung mit dem Leben der Partei draussen habe und einen frischen Angriffs - geist gegenüber den Schwierigkeiten der Zeit. Er wolle daher Pg. Tießler und allen Mitarbeitern des Arbeitsbereiches seinennDank aussprechen. Der Eindruck sei für ihn, der gerade jetzt mit ungeheueren Sorgen belastet sei, ausserordentlich erfrischend, und die Arbeitsbesprechung habe ihm gezeigt, daß die Partei mit ihrer besten Energie versuche, in diesem von grossen Sorgen umtobten Raum das zu erfüllen, was ihr der Führer aufgegeben habe.

Im Generalgouvernement habe man es mit einer stündlich sich verschlechternden sogenannten Sicherheitslage zu tun. Es sei klar, daß nun der Rückschlag dessen komme, was man in den vergangenen Jahren psychologisch erreicht habe. Durch die blitzartigen Siege des Reiches

16.5.1944

Adolf Hitlers in den ersten Kriegsjahren sei die deutsche Autorität so gehoben worden, daß es sozusagen nur des Erscheinens des Deutschen bedurfte, um weithin einen Aktionsradius einer restlosen deutschen Autorität zu schaffen. Es komme nun darauf an, diese Autorität zu halten. Auf Grund der Rückschläge an den Fronten habe man bereits Schritt um Schritt zurückweichen müssen. Die unmittelbare psychologische Wirkung dieser Rückschläge auf die Welt sei gewesen, daß der Autoritätsglaube an den Deutschen ins Wanken gekommen sei, und daß insbesondere in diesem Raum mit einer ungeheueren Versteifung der Sicherheitssituation gerechnet werden müsse. Diese Sachlage benütze die Feindpropaganda zu einer ganz ungewöhnlichen Steigerung. Diese Propaganda werde vom Rundfunk getragen, von den Fallschirmspringern ins Volks gebracht; gerade diese Fallschirmspringer, die nächtlich bis zu 120 über dem Generalgouvernement abgesetzt würden, stellten Formationen dar, die im Verein mit den Banditen die Sicherheit aufs äusserste gefährdeten. Dieses Problem wäre an sich noch erträglich, wenn man sich sagen könnte, daß diese Leute in den Wäldern blieben. Nun sei es aber so, daß der Distrikt Lublin praktisch zu einem Drittel bereits nicht mehr in den Händen der deutschen Verwaltung sei. Dort funktionierten die Verwaltung, der Erfassungsapparat nicht mehr; der Transportapparat kaum mehr. In dieser Gebiet könne die deutsche Polizei nur noch in Regimentsstärke antreten. Man lebe inmitten einer zunehmenden Autoritätsminderung der deutschen Führung im Generalgouvernement. Diese Sachlage würde sich noch katastrophaler auswirken, wenn nicht die Polen gleich den Deutschen das Interesse hätten, das Land nicht dem Bolschewismus auszuliefern.

Diese Entwicklung der Lage müsse eben angesichts der kommenden Entscheidung im Westen in Kauf genommen werden. Auf die Invasion sei man bis ins letzte vorbereitet. Freilich werde diese Invasion auch für die Deutschen unendlich schwierig sein.

Deutsche, die aus dem Reich nach dem Generalgouvernement kämen, trügen nicht dazu bei, die Stim-

16.5.1944

im Sinne des deutschen Siegglaubens zu fördern. Auch die aus dem Osten kommenden deutschen Soldaten trügen durch ihr Verhalten zu einer deutschen Autoritätsminderung bei.

Das Generalgouvernement sei heute wieder die wirkliche Ostbastion geworden. Von hier aus strahle auf Grund des Verhaltens der Deutschen im Lande und auf Grund der staatlich und weltanschaulich aufgestellten Prinzipien das Bild nach dem Osten aus. Das polnische Volkstum spiele praktisch in der Weltpolitik keine Rolle mehr. Praktisch werde um Polen nur zwischen Deutschland und Rußland gekämpft, England habe sich bereits zurückgezogen. Die deutsche Autorität als Ausgangspunkt der Führung dieses Raumes müsse wieder hergestellt werden, solle letzten Endes die deutsche Führung in diesem Raum wieder jenen sieghaften Zug annehmen, den sie im Jahre 1939 besessen hätte. Das Substanzproblem der Führung dieses Raumes könne nicht aus diesem Raum allein erwartet werden, sondern, da das Generalgouvernement eben ein Teil der großdeutschen Machtssphäre sei, sei die deutsche Autorität im Generalgouvernement ein Spiegelbild der Weltposition des Reiches.

Die deutsche Führung in diesem Raum habe nur die eine Pflicht, mit aller Energie der kämpfenden Front zu helfen und die Heimat zu überzeugen, daß hier trotz allem die Position gegenüber den Polen gehalten werde.

Seit 7. Februar seien auch die Grundsätze der deutschen Polenpolitik geklärt; der Führer habe den von ihm vertretenen Stanspunkt gebilligt. Die Situation zwischen Deutschland und Polen im Generalgouvernement sei scharf nach 3 Gesichtspunkten zu trennen. 1. Die Situation zwischen Deutschen und Polen vor diesem Krieg dürfe in keiner Weise ein Richtpfeiler für das Verhalten jetzt oder in Zukunft sein. Das ewige Argument, die Polen seien Feinde Deutschlands, könne nicht mehr Grundlage einer künftigen Politik sein, sonst würde man selbst einer Entwicklung zu einer europäischen Konsolidierung im Weg stehen. Das ewige Rachemoment könne nicht

durchgehalten werden. Alle Argumente aus der Vorkriegszeit für die Betrachtung der deutsch-polnischen Situation seien grundsätzlich abwegig. Polen liege eben Deutschland im Wege nach dem Osten, und so sei eben ein Konflikt unvermeidbar gewesen. 2. Sicherung der Arbeitskraft der polnischen Bevölkerung für die Dauer des Krieges und 3. endgültige Lösung dieses Problems nach dem Kriege.

Augenblicklich stehe man bei Punkt 2. Für ihn gelte die Nichtmehrbeachtung der Vorkriegssituation zwischen Deutschland und Polen, denn wenn man jetzt im Kriege nur der Rache leben würde, würde man dem Siege schaden. Jetzt müsse die polnische Bevölkerung bei der Arbeit gehalten werden, denn im Kriege solle man nur den Sieg wollen. Wer im Kriege nicht eiskalt diese höchste Sachlichkeit vor sich selbst besitze, sei unehrlich dem Siege gegenüber. Wenn also heute jemand sage, jetzt sei die Zeit zur Lösung des Polenproblems gekommen, dann müsse man erwidern, jetzt sei die Zeit gekommen, die Polen bei der Arbeit für Deutschland zu halten. Und wenn einer sagen würde, jetzt sei die Zeit, die Deutschen in diesem Raume anzusiedeln, dann müsse man erwidern, solche Unruhe könne man jetzt nicht brauchen. Nunmehr komme es darauf an, daß die Polen, die hier siedelten, ruhig die Ernte einbrächten. Jetzt sei auch keine Zeit zur Bekämpfung des Katholizismus oder der Ausrottung der polnischen Intelligenz. Es sei albern, wenn man glaube, daß man eine Intelligenz durch Verweigerung von Universitätszeugnissen treffen könne. Jeder Bauer trage in sich die Intelligenzquelle seines Volkes.

Diese zweite Periode, in der man jetzt stehe, müsse auch dem deutschen Volk nahe gebracht werden. Es dürfe im Reich die frühere Diskriminierung der Polen nicht mehr länger geduldet werden. Drei Jahre habe es gedauert, bis ihm die Abstellung dieses Unfuges gelungen sei. Es sei auch wichtig, in dieser Beziehung eine gewisse Erziehungsarbeit auch in der Partei zu leisten.

16.5.1944

Ihm komme es darauf an, das Verhältnis von Deutschen und Polen in diese monumentale Sachlichkeit zurückzuführen. Die Energie des deutschen Menschen dürfe nicht mit einem völlig abwegigem Lösungsversuch, der nach dem Kriege in Angriff genommen werden könne, verplempert werden. Auf Befehl des Führers wolle er für die Partei amtlich feststellen, daß eine irgendwie geartete Einsiedlungspolitik im Generalgouvernement vom Führer in keiner Weise gebilligt werde. Das Verfahren Globozniks, mit Zwang im Distrikt Lublin Deutsche einzusiedeln, sei gegen den Willen des Führers geschehen. An eine Ausrottung der Polen könne nicht gedacht werden. Man müsse immer bedenken, daß 15 Millionen Polen nur 180- bis 200 000 Deutsche gegenüber ständen. Die so oft kritisierte Frank-Tour gegen die Polen, deretwegen er von vielen unberufenen Menschen manches habe aushalten müssen, werde heute nicht mehr angegriffen. Die Partei sei also auf diesem Gebiete verpflichtet, diesen Kurs mitzumachen. Er habe sich gefreut, aus den Ausführungen der Parteigenossen dafür restloses Verständnis herauslesen zu können.

Er wisse selbst, daß die katholische Kirche und die Schullehrer im Lande Todfeinde alles Deutschen seien. Zugleich wisse er aber auch, daß diese Kräfte im Moment gegen das Deutsche nichts unternehmen könnten, auf der anderen Seite aber auch er ohnmächtig sei, gegen sie vorzugehen.

Die kommende Entwicklung nach dem Kriege stehe noch dahin. Im Laufe der kommenden Jahrzehnte werde sicherlich eine Intensivierung der deutschen Siedlungen stattfinden. Es sei sonnenklar, daß das Weichselland genau so deutsch werde wie das Rheinland.

Die Partei repräsentiere aus der Zone 1 der deutsch-polnischen Entwicklung die Aufrechterhaltung der absolut deutschen, rassischen Grundhaltung und des deutschen Führungsanspruches in diesem Raum. Die Existenz der Partei in diesem Raum sei für ihn die Garantie dafür, daß alle Konzessionen, die er jetzt machen müsse, nichts endgültiges seien, sondern daß darüber die Vollendung

des nationalsozialistischen Programms stehe. Man sei gezwungen, zweideutig zu sein: auf der einen Seite müsse man 16 Millionen bei der Arbeit halten, und auf der anderen Seite müsse man als Nationalsozialist sagen, wie wäre das schön, wenn man restlos alles anders machen könnte. Die Partei brauche sich um diese politischen Notwendigkeiten nicht kümmern. Sie könne sagen, schön, das sei alles politisch notwendig, aber in der Schublade sei das Programm.

Die Schulung und Erziehung, die Durchsetzung der Grundhaltung der Deutschen in diesem Raum sei bei der geringen Anzahl von größter Bedeutung. Parteifaulheit, wie man sie verspüre, sei für ihn der Ausdruck dafür, daß diese faulen Parteigenossen innerlich auch garnicht berufen seien. Planungen zur Beseitigung dieser Faulheit brächten wohl keinen grossen Nutzen. Wenn jemand keine Lust habe, werde nie etwas drauß. Er sei nicht geeignet als Führer oder Unterführer. Die Parteifaulheit durch Zwang in Parteiarbeit umzuwandeln, sei an sich verkehrt. Er sei nicht darüber traurig, daß die Parteiarbeit im Generalgouvernement von einer geringen Anzahl von Leuten gemacht werde. Die Partei werde immer eine Auslese sein.

Das Schwierigste in der Schulung sei, das größte Denken so einfach wiederzugeben, daß es der Einfachste verstehe. Das wahre Niveau liege darin, daß eine innere anerzogene geistig-seelische Überlegenheit gespürt werde. Niveau dürfe man nicht mit Hochgeistigkeit des Inhalts verwechseln; entscheidend sei, das man letzte Erkenntnisse volksverständlich darstelle. Das beste Beispiel dafür gebe Adolf Hitler.

Von ungeheurer Wichtigkeit in diesem Raum sei die Erziehung und Schulung der Jugend als der Trägerin der Zukunft. Endgültig entscheidend, ob Deutschland diesen Raum behalte, sei nicht unsre Generation, sondern die, die von uns erzogen werde. Erschütternd sei für ihn, daß man die volksdeutschen Jugendlichen nicht zum SA-Dienst bewegen könne. Das sei ein wunder Punkt,

und den zu beseitigen sei wichtiger, als ein paar alte Bonzen jetzt wieder aus ihrer Parteifaulheit aufzurütteln. Die alte Methode, daß alles zur Partei müsse, sei eine Belastung für die Partei. Sie müsse den Mut zum Prinzip der Auslese haben. Wirkungsvoller als grosse Schulungen seien solche im kleinen Rahmen, bei denen es darauf ankomme, die Elite herauszuholen. Es gäbe ja auch Nationalsozialisten der Haltung nach, die nicht einmal Mitglieder der Partei seien, und es gäbe viele Parteimitglieder, die nicht Nationalsozialisten seien. Es genüge nicht dazu, Nationalsozialist zu sein, wenn man Formen der Partei erfülle. Gerade unter den Offizieren gebe es viele Nationalsozialisten, die niemals Parteigenossen gewesen seien. Auf der andern Seite gebe es in der Partei Leute, die den ganzen Tag von Nationalsozialismus redeten und ganz zänkische und neidische Leute seien.

Als Chef des Staates des Generalgouvernements verlange er, daß ein Beamter, ganz gleich in welcher Staatsstellung er hier tätig sei, sich für die Parteiarbeit einige Stunden zur Verfügung stelle. Pg. Tießler möge darüber mit Staatssekretär Dr. Bühler sprechen. Am Schluß eines Jahres müsse jeder Beamte im Parteidienst eine vernünftige Stundenzahl abgeleistet haben, das verlange er als Gegenleistung für die Leistung der Partei in diesem Raum. Auch Nichtparteigenossen müßten dazu herangezogen werden. Vielleicht könne man pro Woche 2 Stunden nehmen.

Der Menschenmangel in diesem Raum sei groß. Es könne daher auf keinen Fall ertragen werden, daß heute an das Generalgouvernement letzte Wertungsmaßstäbe angelegt würden. Man dürfe das Generalgouvernement nicht nach dem Maßstab messen, der in einer normalen Zeit Gültigkeit habe. Heute stünden die tüchtigsten Leute an der Front, und man müsse sich zu Hause mit viel Lumpenzeug aushelfen. Es sei aber besser, daß die Arbeit geschehe, als wenn überhaupt nichts getan werde. Es müsse dafür gesorgt werden, daß endlich einmal die ewige

1o

Kritik verstumme. Man könne eben nicht 2 Herren auf einmal dienen.

Die Organisation der Partei im Generalgouvernement sei heute im wesentlichen so, wie er sie sich zu Beginn vorgestellt habe. Aus den Berichten der Parteigenossen habe er viel über die Notwendigkeit einer Kreiseinteilung vernommen. Er bitte daher Pg. Tießler, diese Organisationsfrage und die Überführung von Standorten in Ortsgruppen noch einmal abschliessend zu erörtern, und ihm dann ein diesbezügliches Schreiben an Reichsleiter Bormann oder Pg. Friedrichs vorzulegen. Bezüglich der Ablösung der Distriktstandortführer müsse er seinen bisherigen Standpunkt aufrecht erhalten. Wenn man so eine Art Gauinspekteur einrichten wolle, dann müsse er auch seine eigene Stellung umgebaut sehen. Er könne in diesem Augenblick eine Minderung der Stellung seiner Mitarbeiter nicht hinnehmen.

In diesem Lande gäbe es nichts endgültiges. Man wisse nicht, welche endgültige Form das Generalgouvernement nach diesem Krieg erhalten werde. Die einen behaupteten, es werde 3 Reichsgaue geben, andere erklärten, das Generalgouvernement werde noch lange bestehen bleiben, wieder andere sagten, es müßten im Osten des Generalgouvernements Erweiterungen vorgenommen werden. Hier gebe es also ein wildes Durcheinander. Wenn man nun jetzt ohne die äusserste zwingende Notwendigkeit organisatorische Veränderungen vornehme, müsse man sie vornehmen in einem noch nicht fertigen, sondern nur Kriegsaufgaben erfüllenden organisatorischen Etwas. Damit wolle er auch nicht sagen, daß die Einrichtung der Distriktstandortführer und der Gouverneure eine endgültige Form darstelle.

Für den Aufbau dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches beherrschten ihn von Anfang an 2 Prinzipien, nämlich Einheit der Verwaltung und das Führerprinzip. Wenn er nun den Gouverneuren die Führung in der Partei nehme, dann bestehe die Gefahr, eines dauernden inneren sich zuspitzenden Zwanges. Er könne auch nicht hinnehmen, daß

vor den Deutschen die Position einer so wichtige Einheitsrepräsentation wie die der Gouverneure gemindert werde. Er erfülle seine Position in diesem Lande nicht Kraft seiner Neigung, sondern er sei hierher gestellt worden. Er habe nicht den Ehrgeiz, nach dem Kriege in diesem Lande zu bleiben, seine Bestrebungen gingen in ganz andere Richtung. Jeder, der die Idee dieses Raumes begreife, müsse Verständnis dafür haben, daß man in die von ihm in diesem Raum geschaffene Notfachorganisation nicht hineinrede. Er sehe ein, daß die Kreisleitungen äusserst erwünscht seien, und er glaube, daß man auf diesem Gebiet eine Einigung erzielen werde. Auf dem Gebiete der Distriktstandortführer sei er vorerst aus politischen und taktischen Gründen völlig abgeneigt, eine Änderung durchzuführen. Er müsse mit wenigen Leuten aufbauen, und das Aufgebaute durchhalten, deshalb sei es sinnlos, von einem Problem Partei und Staat zu reden, wie man das im Reich getan habe. Im Reich sei der Staat ein gewachsenes Wesen gewesen. In diesem Raum jedoch seien der Staat 1800 Beamte, um die sich eine Reihe von Angestellten und einige Tausend deutsche Polizisten gruppierten. Der Staat besitze hier keine Tradition, mit ihm verbinde sich nichts anderes als eine Kriegsverwaltung. Daher könne man höchstens hier vom Staat als einem Kriterium reden.

Er wünsche für diesen Raum eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Partei und Staat. Hier könne man die Zonen Partei und Staat nicht trennen, weil es zu wenig Deutsche im Lande gebe. Ein Kreishauptmann sei gleichzeitig im Staat und in der Partei tätig. Würde er vor den Fremdvölkischen einen Konflikt Partei und Staat austragen, würde er dem Deutschen Reich schweren Schaden zufügen. Nichts wäre also sinnloser, in diesen Raum in seiner furchtbaren Kriegssorgendurchzugenheit ein solches Programm hineinzutragen. Man könne also seinen Standpunkt verstehen, daß er, was die Organisation der Partei anlange, voll grosser Sorgen sei, wenn hier das wohlgefügte Ganze der deutschen und fremdvölkischen Führung an markanten Punkten aufgespalten werden solle. Man kön-

16.5.1944

ne nicht einfach darauf hinweisen, weil es im Reich so sei, müsse es hier auch so sein. Das Reich sei seit dem Jahre 1939 gewachsen, und man müsse in den neuen Räumen auch neue Methoden einführen. Jede Änderung müsse und werde eingehend geprüft werden und bis zur Einführung einer Änderung gelte die jetzige Regelung.

Zwei Ereignisse rückten in der nächsten Zeit in den Vordergrund: er brauche aus Stimmungs- und aus Führungsgründen den Parteitag im Generalgouvernement, nicht so sehr des so oft angewandten Wortes der sogenannten Optik wegen, sondern vor allem der inneren Aufrüttelung der Menschen wegen. Es müsse daher ohne Rücksicht auf irgendwelche Schwierigkeiten versucht werden, den kommenden Parteitag im Generalgouvernement im größtmöglichen Stil durchzuführen, und er wäre dankbar, wenn dafür möglichst bald ein Organisationsstab aufgestellt werde. Eine grosse Freude stehe dem Arbeitsbereich insofern bevor, daß ein grosser antijüdischer Kongress wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres in Krakau stattfinden werde. Die Durchführung dieses Kongresses in Krakau könne als die Bestätigung der erfolgreichen Parteiarbeit im Generalgouvernement angesehen werden.

Die Partei müsse in ihren Reihen unausgesetzt darauf sehen, daß der Unterschied zwischen reichs- und volksdeutschen Menschen überwunden werde. Die wichtigste Parteiarbeit bestehe darin, die Volksdeutschen auf den deutschen Weg zu bringen. Entscheidend in diesem Raum seien die Volksdeutschen, und er bitte, daß die sehr beachtlichen Ausführungen des Pg. Weibgen zur Richtschnur genommen werden. Dankbar wäre er, wenn das Heftchen für den Nationalsozialisten im Generalgouvernement vielleicht schon zum Parteitag herausgebracht werden könne.

Er danke allen Teilnehmern an dieser Arbeitstagung von Herzen und hoffe, etwa in einem Viertel Jahr eine solche Arbeitsbesprechung wiederholen zu können.

16.5.1944

13^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kapellmeister Swarowsky in Gegenwart des Musikreferenten Bader.

Gegenstand der Besprechung ist die A-ufführung der Oper "Ariadne" von Richard Strauß und anderer Werke dieses Komponisten. Weiter wird über eine eventuelle Verwendung des Kapellmeisters Swarowsky als Generalreferent für Musik im Staatssekretariat der Regierung gesprochen.

16^{30} Tee im Kasino.

16^{45} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

16^{50} Besprechung mit Generalarbeitsführer Hinkel in Gegenwart der Präsidenten Dr. von Craushaar und Ohlenbusch sowie des Pressechefs Gassner.

17^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

17^{05} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Regierungsrat Dr. Arnold und Regierungsrat Frhr. von Medem.

17^{10} Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich und Dr. Bergmann (Vierjahresplan).

17^{30} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky, Oberregierungsrat Beaucort und Direktor Harlas (staatliche Brauerei Lemberg).

18^{00} Besprechung mit Landgerichtsrat Taschner.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

554

IV/8 Kressendorf

Mittwoch, den 17. Mai 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in

Kressendorf.

IV/8 Krakau

Donnerstag, den 18. Mai 1944

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{10} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Regierungsrat Schulz, Polizeihauptmann Klinder und Referent von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung sind Fragen der Sicherung des Burgbereiches.

14^{05} Besprechung mit Bankdirigent Präsident Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß die Widerstandsbewegung offenbar gefälschte Hundert-Zloty-Scheine, die in ausländischen Druckereien hergestellt worden seien, in einem Betrage von 8 Millionen Zloty in den Verkehr gebracht habe. Darüber hinaus sei eine Summe von 16,5 Millionen Zloty verschiedener Werte, die offensichtlich gestohlen oder geraubt worden seien, von der Widerstandsbewegung in Verkehr gebracht worden. Was die gefälschten Scheine angehe, so sei ihre Verwendung angesichts der sorgfältigen Prüfung bei jedem Kreditinstitut wie der vorbildlichen Arbeit der Polizei äusserst schwierig.

Präsident Dr. Paersch berichtet weiter, daß er mit Staatssekretär Koppe die Frage der Sicherung der Bankanstalten besprochen und ihn gebeten habe, wenigstens in Krakau einen besseren Schutz zu geben. Er habe einen erheblichen Teil der Geldreserven der Emissionsbank im Betrage von 1,7 Milliarden in Krakau untergebracht, weil sie dort besser aufgehoben seien als in Warschau.

Er habe mit Staatssekretär Dr. Bühler die Herausgabe eines Erlasses vorbereitet, nach welchem ein Teil der Belegschaft der Emissionsbank vom Polizeihilfs- und Flakdienst und anderen Verpflichtungen befreit werden solle. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, diesem Er-

laß seine Zustimmung zu geben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Einverständnis.

Abschliessend geht Präsident Dr. Paersch kurz auf die Währungslage ein, und bemerkt, daß sie zu Besorgnissen keinen Anlaß gebe.

Der Herr Generalgouverneur spricht den Wunsch aus, die verdienten Mitarbeiter der Emissionsbank bei sich zu empfangen, und ersucht Präsident Dr. Paersch, sich dieserhalb mit Sturmbannführer Pfaffenroth in Verbindung zu setzen.

14^2o Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

Dr. Hammerle teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß von seiten der Wehrmacht eine weitgehende Unterstützung des Sonderdienstes zugesagt worden sei. Am 1. Juni 1944 sollten 15 vomOKW zur Verfügung gestellte Offiziere ihren Dienst als Sonderdienstführer antreten. Die Offiziere würden dann der Führerreserve des Wehrkreiskommandos zugeteilt werden und der Wehrmacht disziplinarisch unterstehen. Ein entsprechendes Abkommen mit dem Wehrkreisbefehlshaber solle noch getroffen werden.

Die Ausbildung der Sonderdienstmänner werde jetzt hauptsächlich auf militärischer Grundlage erfolgen. Es sei dafür Sorge getragen, daß eine strenge Sonderung von der Polizei und SS stattfindet. Das Offizierkorps des Sonderdienstes, zu dem auch die Verwaltung gehöre, sei von der Wehrmacht entlassen worden und nunmehr dem Sonderdienst zur Verfügung gestellt. Die Frage der Ausrüstung des Sonderdienstes mit Waffen und Fahrzeugen sei ebenfalls geregelt.

Der Herr Generalgouverneur hält einen weiteren Ausbau des Sonderdienstes nach jeder Richtung hin für unbedingt notwendig. Jedem Distrikt müsse ein besonderer Sonderdienstkommandeur zur Verfügung gestellt werden.

18.5.1944

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß ihm zur Entlastung des Sturmbannführers Pfaffenroth ein Offizier des Sonderdienstes als Adjutant zugeteilt werde. Weiter halte er es für wünschenswert, daß für die Burg eine Kraftfahrstaffel, aus Sonderdienstmännern bestehend, bereitgestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Weisungen für den Ausbau des Sonderdienstes. So müsse z.B. eine Art Geheimsonderdienst für bestimmte Aufgaben geschaffen werden. Immer müsse davon ausgegangen werden, daß jetzt der Sonderdienst die einzige wirklich in der Hand des Generalgouverneurs befindliche Exekutivtruppe sei. Für die Angehörigen des Sonderdienstes müsse entsprechend dem Vorbild in Preussen und Bayern nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst ein bevorzugtes Unterkommen im Staatsdienst gewährleistet werden, wie es bei den Militäranwärtern der Fall gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur trifft dann die Verfügung, daß das Sicherungsbataillon als Burgbataillon ihm persönlich unterstellt werde und nur mit seiner Genehmigung zum Einsatz kommen dürfe.

Dr. Hammerle gibt dann einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Lage des Sonderdienstes. Z.Zt. gehörten 2 960 Männer dem Sonderdienst an, zu denen am 1o. Juni wieder 400 Mann hinzukommen würden. Im vergangenen Jahre hätten 16 Überfälle auf Sonderdienstkommandos stattgefunden. Dabei seien 20 Männer getötet, 5 schwer verletzt worden, 5 würden vermißt.

Abschliessend spricht der Herr Generalgouverneur dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus und erklärt sich bereit, für die Angehörigen des Sonderdienstes Sonderveranstaltungen im Staatstheater bezw.in der Philharmonie des Generalgouvernement zu stiften.

18.5.1944

15[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsrundfunk-Intendanten Fricke-Breslau in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist die Frage des Verhältnisses der Sender des Generalgouvernements zur Reichsrundfunkgesellschaft.

Der Herr Generalgouverneur führt zu diesem Thema aus, daß ihm seinerzeit die gesamte Organisation des Rundfunks im Generalgouvernement gewissermassen aus den Händen geglitten sei. Der Reichsrundfunk habe sich, ohne dafür eine Grundlage zu besitzen, einfach die Sender des Generalgouvernements angeeignet, und die Reichsrundfunkgesellschaft habe dann erklärt, daß diese Sender ihr unterständen. Er habe sich damals damit abgefunden, da die Sender des Generalgouvernements kein eigenes Programm hätten geben können. Allerdings würden die Sender des Generalgouvernements als eine Einheit angekündigt, sodaß immerhin das Gesicht gewahrt sei. Intern seien zwar diese Sender nicht von überwältigender Bedeutung, es gehe aber auf die Dauer nicht an, daß die Sender des Nebenlandes des Deutschen Reiches lediglich als Reichssender angesehen würden. Von dem Sender Weichsel habe man einfach die Behauptung aufgestellt, er sei ein sogenannter Fremdsprachensender und habe mit dem Generalgouvernement nichts zu tun. Gewiss sei zuzugeben, daß das Generalgouvernement die Sender nicht aus Eigenem durchhalten könne. Er, der Generalgouverneur, sei aber in den kommenden Wochen und Monaten in steigendem Masse darauf angewiesen, über diese Sender unmittelbar mit der Bevölkerung in Verbindung zu kommen. Diese Verbindung könne aber nur über den Sender Weichsel hergestellt werden. Seine letzte Rede sei z.B. in weiten Teilen des Ostens überhaupt nicht gehört worden. Er verlange nunmehr, in jedem Monat einmal eine Viertel-Stunde über den Sender Weichsel sprechen zu können, um eine Art Monatsparole zu geben, ausserdem auch bei besonderen

5

18.5.1944

Anlässen höchstens alle Vierteljahre einmal, z.B. aus Anlaß des Parteitages, des Staatsfeiertages im Oktober usw. Darüber hinaus könne es aber auch möglich sein, daß von ihm z.B. hinsichtlich der Frontlage ein bestimmter dienstlicher Befehl für alle Distrikte ausgegeben werden müsse. Angesichts der Tatsache, daß der Sender Weichsel zu verschiedenen Tageszeiten sogar Jazz-Musik bringe, sei das Argument, daß man für das Generalgouvernement keine Sendezeiten frei habe, abwegig.

Intendant Fricke weist darauf hin, daß sich, was die rechtliche Struktur der Dinge angehe, die Reichsrundfunkgesellschaft leider überall als Monopol des Reiches festgesetzt habe und daher der gesamte Betrieb zentral gesteuert sei. Er sei aber gern bereit, dafür zu sorgen, daß die Rundfunksendungen der Sender des Generalgouvernements noch mehr aktiviert würden, wie man ja auch in letzter Zeit schon bemüht gewesen sei, Übertragungen vom Staatstheater und von der Philharmonie des Generalgouvernements ins Werk zu setzen. Er habe über diese Frage wiederholt mit Präsident Ohlenbusch gesprochen. Die Sendungen für das Generalgouvernement habe er teilweise unter grossen Schwierigkeiten durchsetzen müssen. - Selbstverständlich könne sich der Herr Generalgouverneur des Rundfunks als politischen Führungsinstrumentes bedienen, wann und wo er immer wolle, und er bitte den Herrn Generalgouverneur, seine diesbezüglichen Wünsche zu äussern.

15^{25} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Ohlenbusch, in einer Sondersitzung, zu der Pressechef Gassner, Oberdienstleiter Tießler, Verlagsleiter Strozyk und Schriftleiter Styra hinzugezogen werden sollen, die Frage des nationalsozialistischen Zeitschriftenwesens, insbesondere des Schulungsblattes "Das Vorfeld" auch vom Standpunkt der Propaganda einer endgültigen Lösung zuzuführen. Es gehe nicht an, daß in einer Parteiführer-

sitzung dem Parteigenossen Styra einfach die Berechtigung abgesprochen werde, sich "Schriftleiter" zu nennen. Andrerseits müsse allerdings etwas für eine andere Gestaltung des Zeitschrift "Das Vorfeld" geschehen. Man könne es vielleicht zu einer "Parteiillustrierten ", zu einem Bilderpropagandadienst der NSDAP des Generalgouvernements machen, und zwar unter Vereinfachung des Textes und einer Reduzierung des Gesamtumfanges. - Die "Deutsche Wacht" könnte zu einem grossen Volksorgan ausgestaltet werden, in das auch kleine örtliche Notizen aufzunehmen wären.

Weiter wird kurz zur Angelegenheit Haslinde Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur ist mit Präsident Ohlenbusch der Auffassung, daß das Verbleiben des bisherigen Intendanten Haslinde in der Intendanz der Philharmonie nicht möglich sei. Präsident Ohlenbusch schlägt dem Herrn Generalgouverneur jedoch vor, Haslinde für den Fall, daß das gegen ihn eingeleitete Verfahren positiv ausgehe, eine andere Beschäftigung im Generalgouvernement zu geben. - Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

16^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

17^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

18^{10} Ankunft des Reichsführers SS, Reichsministers des Innern Himmler auf der Burg.

Dort wird Reichsführer SS Himmler von dem Herrn Generalgouverneur empfangen.

19^{00} Besprechung mit Reichsführer SS Himmler in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe, des SS Obergruppenführers von dem Bach-Zelewski, des SS Gruppenführers Johst und des Staatssekretärs Dr. Bühler. +)

20^{00} Abendessen.

21^{15} Fortsetzung der Besprechung. +)

+) s.Seite

Freitag, den 19. Mai 1944

10^{00} Fortsetzung der Besprechung mit Reichsführer SS Himmler. +)

11^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

13^{00} Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler.

14^{30} Erneute Besprechung mit Reichsführer SS Himmler.+)

15^{45} In Begleitung des Herrn Generalgouverneurs fährt Reichsführer SS Himmler zum Flugplatz Rakowice.

17^{10} Teeempfang.

Als Gäste nehmen an diesem Teeempfang teil: die Schauspielerin Fräulein Janka-Halka, die Opernsängerin Fräulein Mott und die Operettensängerin Fräulein Ferschinger, sämtlich vom Staatstheater, Präsident Ohlenbusch, Musikreferent Bader, Stabsarzt Dr. Mikorey, Kapellmeister Kuchenmeister vom Staatstheater.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Ohlenbusch, mit Generalintendant Stampe wegen einer Rückgängigmachung der gegen Kapellmeister Kuchenmeister ausgesprochenen Kündigung Rücksprache zu nehmen und eine weitere Verlängerung seines Vertrages zu befürworten. Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß Kapellmeister Kuchenmeister im Gotischen Hof des Ostinstituts eine Serenade dirigieren soll.

18^{00} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet ein ihm von Dr. Hammerle vorgelegtes Schreiben an den Gesandten

---

+) s. Seite

8

19.5.1944

Dr. Veesenmeier, betreffend die Rekrutierung von Volksdeutschen aus Ungarn für den Sonderdienst.

Auf eine Bitte des Inspekteurs Dr. Hammerle erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, sich dafür einzusetzen, daß Offizieren des Sonderdienstes im Benehmen mit Generalintendant Stampe eine Loge des Staatstheaters zur Verfügung gestellt wird.

18^{1o} Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

Dr. Dresler überbringt dem Herrn Generalgouverneur 2 Mappen, die er aus dem durch Brand zerstörten Gebäude des Reichsrechtsamts in München geborgen hat. Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß diese beiden Mappen dem Tagebuch als Anlage beigefügt werden.

18^{2o} Besprechung mit SS-Sturmmann Schamper in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/8

S.1

583

18./19.5.1944

Bericht des Herrn Generalgouverneurs über seine Besprechungen mit Reichsführer SS, Reichsminister des Innern Himmler.

Am Donnerstag, dem 18. Mai 1944, wurde die ganze Lage des Generalgouvernements und des Reiches unter vier Augen besprochen. Im Anschluß an das Abendessen am 18.Mai fand ebenfalls eine eingehende Aussprache über die gesamte Situation statt, an der Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski teilnahmen.

Am Freitag Morgen um 10 Uhr frühstückte der Herr Generalgouverneur allein mit dem Reichsführer SS Himmler, und dabei wurde erneut über verschiedene Fragen gesprochen.

Im Anschluß an das Mittagessen am 19.Mai war nochmals Gelegenheit zu einer eingehenden persönlichen Aussprache über alle wichtigen Probleme.

Bei diesen Besprechungen wurden im wesentlichen folgende Themen behandelt:

1. Verstärkung der Sicherungskräfte des Generalgouvernements sowohl durch Heranziehung neuer Polizeikräfte wie durch Ausbau der fremdvölkischen Polizei, insbesondere der ukrainischen Polizei, aber auch durch Errichtung einer sogenannten Landwacht, in die allenfalls die bisherigen hilfspolizeilichen Alarmkräfte überzuführen wären.

2. Die Sicherheitslage des Reiches wird vom Reichsführer SS Himmler als nur noch mit etwa 45% des normalen Friedensstandes gesichert erklärt. Daher ist es z.Zt. völlig unmöglich, frische Polizeikräfte aus dem Reiche zu erhalten.

3. Deshalb ergibt sich auch die Notwendigkeit des landeseigenen Ausbaues des Sonderdienstes.

18./19.5.1944

4. Für die Dauer der Ernte soll durch eine ausserordentlich starke Belegung des Distrikts Lublin mit starken Kräften der Waffen-SS wenigstens in den entscheidenden Einbringungswochen für den ungestörten Erfolg der Erntebergung gesorgt werden. Zu diesem Zweck werden sich schon demnächst SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski und SS-Gruppenführer Fegelein wiederum beim Generalgouverneur melden, um die Verwirklichung dieser Pläne vorwärts zu treiben.

5. Wegen der allgemeinen politischen Gesichtspunkte der Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Auch Reichführer SS Himmler gab unumwunden zu, daß allein die Methoden, wie sie der Generalgouverneur herausgearbeitet hat, im gegenwärtigen Augenblick die richtigen seien, wenn es auch notwendig sei, bis aufs äusserste gerüstet den allfallsigen Aufstandsbestrebungen seitens der Widerstandsbewegung zu begegnen.Einigkeit besteht darüber, daß ein solcher Aufstandsversuch, ganz gleich,wann, wie und wo er ausbreche, mit allen Mitteln schärfster sofortiger Gewaltkonzentration ohne jedes Ansehen der Opfer niederzuschlagen ist.

6. Der Generalgouverneur regte an, daß den im Reich beschäftigten polnischen Arbeitern statt des von ihnen immer als entehrend empfundenen Abzeichens des Buchstabens "P" ein landeswappenartiges Abzeichen in ähnlicher Weise gegeben werden soll, wie das nunmehr bei den Arbeitern der übrigen Ostvölker im Reich geschieht. Der Reichsführer SS ist gern mit diesem Plan einverstanden und will ihn in die Tat umsetzen.

7. Der Generalgouverneur und der Reichsführer SS sind sich darüber einig, daß nur die beste Qualität deutschen Beamtentums im Generalgouvernement verbleiben kann bezw. sich auch in Zukunft soll betätigen dürfen. Reichsführer SS Himmler verspricht in seiner Eigenschaft als Reichsminister des Innern, daß künftig nur hochqualifizierte, wirklich für den Dienst im Generalgouvernement

brauchbare Beamte abgestellt werden. Er sagt im übrigen jede Hilfe für das Generalgouvernement zu, dessen Bedeutung für das Reich und für den Endsieg ja überhaupt in keiner Weise abgeschätzt werden könnte.

8. Der Reichsführer SS Himmler berichtete dem Generalgouverneur, wie sehr der Führer die Verwaltungsarbeit des Generalgouvernements schätze und daß der Führer erst unlängst einen Antrag der Wehrmacht - der allerdings noch vor der Abberufung des Generalfeldmarschalls von Man-stein gestellt worden war - , einen Teil des Generalgouvernements, der frontnähst ist, in Militärverwaltung zu übernehmen, mit schärfster Betonung der hervorragenden Bewährung der Verwaltung des Generalgouvernements ohne jede Debatte abgelehnt habe.

9. Reichsführer SS Himmler ist jetzt gegen jede organisatorische Neuänderung; insbesondere ist er sehr skeptisch gegen eine neuorganisatorische Regelung der Partei. Er wurde deshalb auch vom Generalgouverneur ersucht, nachdem er selber von sich aus diese Meinung geäussert hatte, sie doch auch dem Reichsleiter Bormann mitzuteilen. Der Generalgouverneur erklärte die Neuorganisation der Partei in der Distriktsebene für völlig unmöglich, in der Kreisebene für ausserordentlich bedenklich und vor allem für das Ansehen der Partei nicht förderlich.

10. Reichsführer SS Himmler bittet dringend, angesichts der Metallage des Reiches die Metallvorkommen im Generalgouvernement in jedem Hinblick erforschen zu lasen und ihre Förderung sicherzustellen. Er wirft die Frage auf, ob man nicht an die Stelle des aus dem Stabe Keppler seinerzeit für das Generalgouvernement abgestellten, seiner Meinung nach nicht gerade sehr aktiven Professors Dr. Brinkmann einen jungen aufgeschlossenen, aktiven Geologen namens Jordan als Landesgeologen einsetzen solle. Der Generalgouverneur ist mit diesem Plan völlig einverstanden und betont, daß er von Jordan einen

ausgezeichneten Eindruck gehabt habe, als dieser sich vorgestellt habe, daß er auch glaube, daß die Zentralisierung der Metellforschung in einem Berliner Stabe für die praktische Wirklichkeit vollkommen nachteilig sei. Wie auf allen Gebieten ist der Zentralismus jetzt zu einem Übel geworden, das absolut beseitigt werden muß, zumindest dort, wo der Zentralismus die Energien von Teilbereichen der Machtssphäre des Großdeutschen Reiches lahmzulegen droht. Die völlig verzögerliche Art der Behandlung der Metallerforschung ist nicht die Schuld der Regierung des Generalgouvernements oder irgendeiner ihrer Dienststellen, sondern ausschließlich auf das völlige Versagen der zentralistischen Positionen im Reiche zurückzuführen. Der Reichsführer SS stimmt dem Generalgouverneur in diesem Hinblick völlig zu.

11. Der Reichsführer SS gab seiner Freude Ausdruck, auch dem Generalgouverneur einmal einen Dienst erweisen zu können, als dieser ihn bat, seinen jahrelang persönlichen Fahrer, den zur Zeit bei der Waffen-SS eingezogenen SS-Panzergrenadier Schamper, ihm sofort wieder als Fahrer zur Verfügung zu stellen, und erklärte sich bereit, dieser Bitte unverzüglich zu entsprechen. Er gab sofort Weisung, daß Schamper dem Generalgouverneur zur Dienstleistung zurückgegeben wird. Schamper, der zur Zeit ohnedies auf Urlaub in Krakau ist, wurde daraufhin sofort ermächtigt, in Krakau zu bleiben, und wird unverzüglich seinen Dienst beim Generalgouverneur aufnehmen.

12. Der Reichsführer SS wünschte eine Untersuchung der Frage, ob es nicht möglich wäre, ohne Rücksicht auf den etwas schwerfälligen Apparat des Reichsministeriums Speer die Produktion an Waffen und Munition noch direkt zu fördern. Er erklärte sich zu jeder Hilfe auf diesem Gebiet bereit. Der Generalgouverneur sagte dies zu und warf dabei die Frage auf, ob es möglich wäre, eine spezielle Infanteriegeschützfabrik irgendwo in einem Gebirgstal zu errichten: er würde dann Auftrag geben, die Angelegenheit so rasch wie möglich zu betreiben. Auch bezüglich des Metallvorkommens würde jeder Schritt unter-

nommen werden, der geeignet wäre, der Metallnot des Reiches soweit es irgend gehe, abzuhelfen.

Am Schluß der Besprechungen gab der Reichsführer SS Himmler für sich und seine Begleiter seiner grossen Befriedigung über die so schöne Aufnahme im Generalgouvernement Ausdruck. Er dankte auch dem Generalgouverneur aufs herzlichste für die kameradschaftliche Aufgeschlossenheit, in der nunmehr eine völlig befriedete Führungssituation des Generalgouvernements, vorbildlich für das ganze Reich, vorhanden sei. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Reichsführer SS, er möchte für den Fall, daß schon demnächst wieder Gebiete im Osten von den deutschen Truppen zurückerobert würden, beim Führer beantragen, daß dem Generalgouvernement die gesamten Gebiete von Wolhynien, Podolien usw. zugeschlagen würden.

Der Besuch des Reichsführers SS Himmler vollzog sich in der Atmosphäre herzlicher Kameradschaft und war auch nach aussen hin ein deutlich sichtbares Zeichen dafür, daß die Ära Krüger zweifellos nicht nur überwunden, sondern vergessen, ja in ihren Folgen schon zum größten Teil wieder ausgeglichen ist. Des zum Zeichen begleitete der Generalgouverneur den Reichsführer SS Himmler zum Flughafen und verabschiedete ihn dort persönlich.

Krakau, den 2o. Mai 1944.

Krakau

Sonnabend, den 20. Mai 1944

10^{30} Besprechung mit Oberst Fischer.

Gegenstand der Besprechung sind Fragen des Sonderdienstes, so die der Zurverfügungstellung von Offizieren und gegebenenfalls auch Unteroffizieren von seiten der Wehrmacht, der Rekrutierung von Volksdeutschen aus Ungarn für den Sonderdienst und der Schaffung eines Burgbataillons des Sonderdienstes, das dem Generalgouverneur unmittelbar unterstehen soll.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberst Fischer, daß von dem Empfang von Tscherkassy-Kämpfern durch Reichsminister Dr. Goebbels auch dem Wehrkreiskommando vorher nichts bekannt geworden sei.

10^{40} Besprechung mit SS-Sturmmann Schamper in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger und des Abteilungspräsidenten Gutbrod.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Wiederbeschäftigung des Schamper im Dienste des Generalgouverneurs.

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Deutschen Kampfbahn.

Dortselbst findet ein Appell von Baudienstmännern statt. Nachdem der Herr Generalgouverneur die Front der in Stärke von etwa 3 000 Mann angetretenen Formationen abgeschritten hat, richtet Generalarbeitsführer Hinkel folgende Begrüssungsworte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Aus Anlaß des vierjährigen Bestehens des Baudienstes im Generalgouvernement habe ich für heute einen Propagandamarsch der Baudienstmänner durch die Stadt und diesen Appell befohlen. Namens der Führer und Männer des Baudienstes darf ich Ihnen meinen tief empfundenen Dank dafür aussprechen, daß Sie zu diesem Appell erschienen sind und zu den Männern des

10

Baudienstes sprechen wollen. Ich danke gleichzeitig den führenden Männern aus Wehrmacht, Partei und Staat des Generalgouvernements, an ihrer Spitze den Herren Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe wie einigen Hauptabteilungspräsidenten, die durch ihre Anwesenheit als Ehrengäste bei diesem Appell ihr Interesse für die Aufgaben des Baudienstes bekunden.

Herr Generalgouverneur, in den ersten Maitagen des Jahres 1940 haben Sie mir den Auftrag erteilt, den Baudienst im Generalgouvernement versuchsweise auf freiwilliger Grundlage zu organisieren. Heute vor 4 Jahren, am 2o. Mai 1940, stand die erste Abteilung in Krakau-Plaszow und hat den ersten Spatenstich vollzogen. Nach Ablauf von 6 Monaten haben Sie dann im Dezember 1940 die allgemeine Baudienstpflicht für die männliche Bevölkerung des Generalgouvernements verkündet. Seit dieser Zeit ist der Baudienst trotz aller kriegsbedingten Schwierigkeiten in stetem Anwachsen. Die zur Arbeit einberufenen Jahrgänge stehen heute in loyaler Pflichterfüllung und haben mit 22 Millionen Tagewerken zum Wohle und Schutze des Landes erfolgreiche Arbeit geleistet. Die Führer und Männer, die heute zum Appell angetreten sind, sind voller Erwartung. Ich darf Sie bitten, Herr Generalgouverneur, zu den Männern des Baudienstes, zur Bautruppe des Generalgouvernements zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache, die von Hauptschriftleiter Fenske in die polnische Sprache übersetzt wird:

Männer des Baudienstes! Schon viele Male habe ich mich, wenn ich diese oder jene Gegend des Generalgouvernements besuchte, immer wieder gefreut, wenn ich auf meine Frage, wer diese oder jene neue Straße, diese oder jene Brücke, diesen oder jenen Damm gebaut hat, die Antwort erhielt: die Männer des Baudienstes. Heute nun, wo Ihr hier auf dem weiten Felde angetreten seid, um des vierten Jahrestages des Bestehens des Baudienstes

im Generalgouvernement in feierlicher Form zu gedenken, habe ich micht entschlossen, persönlich zu Euch zu kommen, um Euch in Gegenwart meiner Mitarbeiter herzlich zu begrüssen. Ich bin erfüllt von dem Gefühl der Genugtuung und der Freude, wenn ich Euch so frisch, gesund und braun gebrannt vor uns sehe. Eure brave Haltung und die mustergültige Erfüllung der von Euch übernommenen Pflichten beweisen mir, daß der Baudienst im Generalgouvernement im Laufe der vergangenen schweren Kriegsjahre eine unentbehrliche Institution geworden ist, für deren Schaffung, Förderung und mustergültige Leistung insbesondere dem verdienten Generalarbeitsführer Hinkel und den ihm unterstellten Führern des Baudienstes der aufrichtigste Dank gebührt.

Als dieser Krieg, der heute als eine gemeinsame verbrecherische Intrige der Bolschewisten in Moskau und der Juden in England und Amerika die ganze Welt erschüttert, mit dem unnötigen Konflikt zwischen Deutschland und Polen begann, den England leichtfertig zum Schaden des polnischen Volkes provozierte, waren die meisten von Euch noch Kinder. Die schweren Jahre des Krieges, deren Belastungen heute von allen europäischen Völkern gemeinsam getragen werden, haben die gesamte Jugend unseres Erdteils und damit auch Euch hart angepackt, härter vielleicht als je eine Generation zuvor. Es ist deshalb kein Wunder, wenn in solchen schweren Jahren der Mensch schneller heranreift und die Realitäten und Notwendigkeiten eher begreift, als das unter normalen Friedensbedingungen der Fall zu sein pflegt. Daß Ihr trotz Eurer Jugend die grosse Verantwortung begriffen habt, die Ihr nicht nur für Euch und Eure Familien, sondern auch in gewissenhafter Erfüllung für die Zukunft Eures Volkes zu tragen habt, beweisen Eure Leistungen, die inzwischen an zahllosen Stellen dieses Landes sichtbare Gestalt angenommen haben. Niemand ist imstande zu erklären, daß das, was Ihr im Laufe der vergangenen Jahre zum Schutz der Äcker und Hütten Eures Landes gegen die zerstörenden Ge-

20.5.1944

walten des Wassers, des Sturmes, des Feuers und auch des Krieges aufgebaut habt, je hätte vollendet werden können ohne Eure innere Bereitschaft, grösseren Interessen zu dienen, als Eurem persönlichen Wohlergehen. Ich weiß, daß jeder junge Mensch seine Fehler hat, das liegt daran, daß ihm die geringe Zahl seiner Jahre nicht erlaubte, die Lebenserfahrungen zu sammeln, die notwendig sind, um weise Anschauungen zu besitzen. Aber die Jugend hat gegenüber den meisten älteren Menschen den Vorteil, daß sie ein natürliches und unverdorbenes Empfinden hat, das wohl zu entscheiden weiß, was gut ist, was schlecht, was unwahr und was aufrichtig. Und so bin ich sicher, daß die grossen Arbeiten, auf die das Generalgouvernement stolz ist und von denen die gesamte Bevölkerung dieses Landes einen grossen Nutzen hat, deswegen so mustergültig vollbracht wurden, weil Ihr fühlt, daß die Zugehörigkeit zum Baudienst eine gute Lebensschule ist. Die strenge Disziplin bildet Euren Charakter und stärkt Eure Energie. Die gesunden Verhältnisse, unter denen Ihr arbeitet, kräftigen Eure Gesundheit. Die gemeinsame Arbeit und das gemeinsame Leben in Euren Unterkünften gleicht die sozialen Spannungen aus, die auch heute noch zwischen den einzelnen Schichten Eures Volkes bestehen. Diejenigen unter Euch, die vom Lande stammen, lernen die Vorzüge, aber auch die Nachteile des Lebens in der Stadt kennen, und diejenigen, die der städtischen Bevölkerung entstammen, erhalten durch den persönlichen Kontakt mit den Bauernsöhnen einen guten Einblick in die ländlichen Verhältnisse und in die Welt des Arbeiters. Gerade dieser Umstand scheint mir besonders bedeutsam, weil es wohl kaum in Europa ein Land gegeben hat, in dem die im besten Sinne produktiven Kräfte der breiten Masse der Bauern und Arbeiter von der Intelligenz so ungerecht behandelt wurden, wie hier an der Weichsel, am Bug und am San.

Ihr wißt, daß genau so wie im Generalgouvernement auch in allen anderen Ländern Europas, dessen Zukunft es heute mit allen Mitteln zu sichern gilt, die Jugend mit dem Werkzeug oder mit der Waffe in der Hand angetreten

ist, um der Zukunft und dem Frieden einen sicheren Weg zu ebnen. Die Aufgaben, die alle Völker heute gemeinsam zu tragen haben, sind so groß und so schwer, daß niemand beiseite stehen darf. Die Gegner eines neuen Europa, der Eintracht unter den Völkern, der Arbeit und des sozialen Wohlstandes, insbesondere aber der Bolschewismus, sind unerbittlich. Und wenn Ihr als junge Menschen auch noch keine Berührung zur Politik habt, so ahnt Ihr doch instinktiv, daß alles für Euch zu Ende ist, wenn der Bolschewismus und seine Verbündeten im Westen siegen. Dieses Land, in dem die Polen wohnen, wäre das erste Opfer, wenn es den Bolschewisten gelänge, noch weiter nach Westen vorzudringen. Denkt daran an jedem Tag, in jeder Stunde, denkt daran bei jedem Spatenstich! Denkt an Eure Eltern und Geschwister, denkt an die Zukunft Eures Volkes, dem Ihr mit Eurer Disziplin und Eurer inneren Bereitschaft, an einem grossen Werk mitzuarbeiten, einen Dienst erweist, dessen eigentlicher Wert erst später einmal von der Geschichte gewürdigt werden wird.

Wenn Ihr nach diesem schönen Tag, der für Euch und Eure Arbeit ein Ehrentag ist, wieder hinausgeht an die Stätten Eures Werkes, so sagt es Euren Kameraden, als deren Vertreter Ihr heute vor mir steht: Ihr dient einer grossen Sache. Ihr marschiert in der großen Front der europäischen Jugend, die heute mit Schweiß und Blut das künftige Schicksal aller Völker unseres Erdteils formen hilft. Wir Deutschen haben ein gutes Verständnis dafür, wer unser Freund und wer unser Feind ist. Ihr könnt sicher sein, daß Eure Disziplin und Eure loyale Leistung im Dienste Eurer Heimat und darüberhinaus ganz Europas Euch nicht nur eine gerechte Behandlung durch uns, sondern auch eine offene Anerkennung sichern wird, die in dieser oder jener Form allen Euren Landsleuten zugute kommen wird.

Ich wünsche jedem von Euch, der seine Pflicht tut, daß er ein anständiger Kerl werde, der ein reines Ge-

wissen hat und immer wieder in seinem ganzen Leben mit Stolz sagen darf: Auch ich habe im Baudienst gedient. Lernt, was Ihr lernen könnt, denn Ihr habt gute Lehrer und Führer. Sie gehören zu einem Volk, das auf der ganzen Welt, ja selbst von vielen seiner heutigen Feinde, anerkannt wird als ein Volk des Anstandes, der Sauberkeit und der besten technischen und organisatorischen Leistungen der Welt. Gewöhnt Euch an Ordnung und Sauberkeit, dann werdet Ihr gesund bleiben und froh Eure Arbeit tun. Von unserer Seite aus wird alles getan werden, so weit das die gegenwärtigen Kriegsverhältnisse gestatten, Eure Ernährung und Bekleidung so gut zu gestalten, wie es irgend geht, und die Unterkünfte, in denen Ihr wohnt, zu Räumen zu machen, in denen Ihr gern lebt und Eure Lieder singt, und auch sonst Eure Freizeit so gestalten könnt, wie Ihr es von Herzen begehrt.

Es ist sicher, daß eines Tages der Friede kommt, der jedem von Euch erlauben wird, seinen eigenen Weg zu gehen, um ein glücklicheres Leben zu führen. Bereitet Euch jetzt im Krieg schon darauf vor, indem Ihr die durch Euch übernommenen Pflichten gewissenhaft und mustergültig erfüllt. Eure Vorgesetzten werden Euch mit ihrem ganzen Wissen dabei unterstützen und Euch aufrichtige und gerechte Helfer sein. Heil Eurer Arbeit!

20.5.1944

Generalarbeitsführer Hinkel schließt den Appell mit folgenden Worten: Herr Generalgouverneur! Sie haben den Einsatz der Führer und Männer des Baudienstes wie die Leistungen dieser Bautruppe des Generalgouvernements in ganz besonderer Weise geehrt. Ich bitte Sie, dafür meinen und den Dank aller Angehörigen des Baudienstes entgegennehmen zu wollen. Ich darf Ihnen heute versprechen, daß die Führer des Baudienstes wie seither nach bestem Können und bestem Wissen jederzeit ihre Pflicht erfüllen werden. Ich glaube auch der Auffassung Ausdruck geben zu können, daß die Männer des Baudienstes wie bisher so auch in Zukunft loayal ihre Pflicht erfüllen werden. - Männer des Baudienstes, Ihr habt die ehrenden Worte des Herrn Generalgouverneurs vernommen. Der Herr Generalgouverneur macht jedem der angetretenen Männer heute als sichtbares Zeichen seiner Anerkennung für Eure Leistung ein Ehrengeschenk: jeder erhält 20 Zloty und 20 Zigaretten. Ihr sollte heute und morgen einen Feiertag haben und sollt Euch freuen!

(Stürmischer Beifall bei den Baudienstmännern)

Die Baudienstmänner stimmen, begleitet von der Kapelle des Bergwerkes Wieliczka, hierauf das Baudienstlied an.

11^{40} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneur zur Burg.

13^{00} Vorstellung der Baudienstführer, die unter Führung des Baudienstoberstabsführers Krach im Adjutantenzimmer der Burg angetreten sind.

13^{10} Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit der Baudienstführer.

14^{45} Im Anschluß an eine kurze Besprechung mit den Präsidenten Dr. Senkowsky und Ohlenbusch richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Oberdienstleiter Tießler:

20.5.1944

Sehr geehrter Parteigenosse Tießler!
Ich bitte Sie, von folgender Weisung Kenntnis zu nehmen, die ich Ihnen als Leiter des Arbeitsbereichs übermittle:

1. Bis zum endgültigen völlig und restlos hergestellten Einvernehmen zwischen Reichsleiter Bormann und mir bleibt die bisherige Organisation der gesamten Bewegung im Generalgouvernement ohne jede Ausnahme total in Kraft.
2. Dies gilt sowohl für die Organisations der Leitung des Arbeitsbereiches an sich wie für die Distrikts- und Kreishauptmannschaftsebene. Insbesondere bleibt die Personalunion zwischen Generalgouverneur und Leiter des Arbeitsbereiches und bleiben die Personalunionen einiger Präsidenten von Hauptabteilungen der Regierung des Generalgouvernements wie Leitern von Ämtern und dem Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP bestehen.
3. Nach meinen gestrigen Besprechungen mit dem Reichsführer SS Himmler äusserte dieser übrigens sein ernstlichstes Bedenken gegen irgend eine Änderung der Parteiorganisation des Generalgouvernements in diesem höchstkritischen Zeitpunkt der Entwicklung.Reichsführer SS Himmler war offenbar auch sehr gegen eine Änderung in der Kreisinstanz und wollte darüber mit Reichsleiter Bormann persönlich sprechen.

Sie wollen daraus entnehmen, daß Ihre Absicht, die organisatorischen Änderungen im Arbeitsbereich mit aller Beschleunigung und Macht durchzuführen, zu einem solchen Maß von Unruhe, Debatten, Sitzungen, Besprechungen, Auseinandersetzungen, Reisen, Briefwechseln usw. geführt hat, daß ich Sie ernstlichst bitten möchte, nunmehr auf diesem Gebiet sofort Ruhe eintreten zu lassen. Wir wollen jetzt arbeiten und nicht dauernd nur organisieren.

15[20] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21[26] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

IV/8

Sonntag, den 21. Mai 1944

bis

Sonntag, den 28. Mai 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneur im Reich.

Montag, den 29. Mai 1944

7^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia. Anschliessend Fahrt nach Kressendorf.

13^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Deutschen Kampfbahn.

15^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in der Freilichtbühne der Deutschen Kampfbahn.

Dortselbst findet die Verleihung des Schwertes für die Siegermannschaft statt, eines Wanderpreises des Generalgouverneurs für die sportlichen Leistungen der Hitler-Jugend.

Der feierliche Akt wird durch Fanfaren des Jungvolks und durch das Lied "Die junge Nation" eingeleitet.

Nach einem Vorspruch eröffnet Hauptbannführer Schimmelpfeng die Veranstaltung mit Worten der Begrüssung für den Herrn Generalgouverneur und die Ehrengäste. Er meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß die beste Bannmannschaft der Bann Radom gestellt habe und daß diese als erster Sieger in den Wettkämpfen mit dem Wanderpreis in Gestalt eines Schwertes ausgezeichnet werde solle. Der Bann Krakau habe die beste Einzelmannschaft gestellt, die beste Jungvolk-Führerschaft sei diejenige des Bannes Warschau.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache: Kamerad Schimmelpfeng, ich habe Ihre Meldung im Namen der Deutschen des Generalgouvernements zu unser aller Freude entgegengenommen. Ich möchte Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern in der Führung der

29.5.1944

Hitler-Jugend des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der N.S.D.A.P. meinen Dank und meine Anerkennung für die unter schwierigsten Verhältnissen durchgeführte erstklassige Sportarbeit zum Ausdruck bringen. Mein besonderes Lob und meine besondere Dankbarkeit gelten aber Euch allen, Ihr jungen Kameraden und Kameradinnen der Bewegung des Führers in diesem Raum, daß Ihr Euch aufgemacht habt, um mitten in schwerster sturmdurchtobter Zeit unserem Vaterlande Eure sportlichen Leistungen zu zeigen. Daß Ihr Euch mit dem ganzen Einsatz Eurer jugendgeübten Kräfte schwersten Übungen und schwersten wirklich aufs höchste erprobten Leistungen unterzogen habt, das verpflichtet mich persönlich Euch allen. Denn was wäre all unser Werk in diesem Raum, was wäre die Fronttapferkeit unserer herrlichen Wehrmacht, die diesen Raum uns mit dem Einsatz ihrer Besten erobert hat, wenn nicht Ihr, meine jungen Kameraden und Kameradinnen, all' das, was der Führer in diesem Raum dem deutschen Volk gegeben hat, nun in die Zukunft weiter tragen würdet.

Ihr wißt, daß die Zukunft unseres Vaterlandes ernsteste Haltung, zielsicherste Disziplin und einen durch nichts, aber auch durch gar nichts zu erschütternden Siegglauben verlangt. Wir sind das Volk, das scheinbar von dem allmächtigen Herrgott deshalb den schwersten Prüfungen unterzogen wird, weil wir als Volk zu den größten Leistungen vorbestimmt sind. Und wie der Soldat an der Front, wie jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau in der Heimat sich unausgesetzt mühen, schaffen und arbeiten, wie sie all' ihr letztes einsetzen, so habt auch Ihr, meine jungen Kameraden und Kameradinnen, nunmehr Eure blühende Jugend, Euer gläubiges Vertrauen, Euer ganzes Lebenshoffen in die stolze Front der deutschen Zukunft des Generalgouvernements eingereiht, das jetzt die Bastion des Ostens geworden ist.

In den gussersten Raum dieses Landes ist der Feind eingebrochen. Aber nichts konnte die Haltung der Deutschen dieses Raumes noch mehr zusammenschweissen, sie

noch näher dem Führer bringen als gerade das. Wie wir wissen, daß unsere Wehrmacht dieses Land künftig vom Feind freihalten wird, wie wir wissen, daß im Zusammenhang mit den grossen kriegerischen Auseinandersetzungen der nächsten Wochen,die die entscheidendsten der deutschen Geschichte sein werden, uns auch unsere Gebiete wiedergegeben werden, so werden wir uns angesichts der ewigen Sonne gerade hier in dem deutschen Krakau, in dem stolzen Nebenland des Großdeutschen Reiches, im Generalgouvernement, immer stärker, immer härter, immer mutiger, immer noch flammender im Dienste des Führers bewähren.

Meine jungen Kameraden und Kameradinnen, Ihr seid mir bei diesem Werk die wichtigsten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Auf Euch vertraue ich. Aus Euren leuchtenden Augen muß die Zukunft Deutschlands strahlen. Der Hitler-Jugend dieses Raumes gilt meine ganze Liebe und Fürsorge. Ihr habt mir und allen Deutschen des Generalgouvernements mit diesen Euren Leistungen eine grosse Freude bereitet. Ich bin stolz auf Euch.

Ich habe dem Sieger in diesem edlen Wettstreit ein Symbol zu geben - keinen Becher, keine grosse Figur, keine irgendwie an den Frieden gemahnende künstlerische Plastik. Ich übergebe der sieghaften Mannschaft den Wanderpreis der Hitler-Jugend des Generalgouvernements in Gestalt eines Schwertes. Dieses Schwert soll in den jungen Händen glühen als Symbol unserer todentschlossenen Sieggläubigkeit. Hocherhoben in den jungen Händen möge es dem Sieg Großdeutschlands vorangetragen werden.

Ich übergebe dem Bann Radom als dem ersten Sieger zum ersten Male in seiner Geschichte den Wanderpreis der Hitler-Jugend des Generalgouvernements.

(Stürmischer Beifall)

Der Herr Generalgouverneur begibt sich darauf zu der Siegermannschaft und beglückwünscht sie zu ihrem Erfolge.

600

29.5.44

Im Anschluß an die Worte des Herrn Generalgouverneurs überbringt Leutnant Riecke als Führer einer Frontabordnung der 1. ostpreußischen Infanteriedivision die Grüße des Generalfeldmarschalls Model. Er fährt dann fort:

Als ich gestern zum ersten Male nach 4 Jahren wieder an einem Wettkampf der Hitler-Jugend teilgenommen habe, war ich über Eure Leistungen erstaunt, die Ihr, meine Kameradinnen und Kameraden, bei diesen Wettkämpfen vollbracht habt. Diese Leistungen, das habe ich auch Eurem Hauptbannführer wiederholt gesagt, waren gewaltig, und ich war wirklich erstaunt über das, was die Hitler-Jugend hier im Generalgouvernement leistet. Solange Ihr mit einem solchen Eifer, mit solcher Frische und Lust Euch für den Wehrdienst vorbereitet, kann und wird es uns nicht schlecht gehen.

Im Auftrage des Herrn Generalfeldmarschalls Model lade ich die beste Mannschaft zu einem Frontbesuch ein."

Mit dem Lied der Hitler-Jugend, den Liedern der Nation und der Führerehrung findet die Veranstaltung ihren Abschluß.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16^{25} Besprechung mit Fahrdienstleiter Schulze und SS-Untersturmführer Schamper in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger, des Regierungsrats Dr. Jänsch und des Adjutanten SS-Sturmbannführers Pfaffenroth.

Gegenstand der Besprechung ist die Eingliederung des von der Waffen-SS zum Dienst beim Generalgouverneur beurlaubten SS-Untersturmführers Schamper. Nach eingehender Besprechung ordnet der Herr Generalgouverneur folgende Regelung an:

SS-Untersturmführer Schamper wird erster Fahrer des Generalgouverneurs. In dieser Eigenschaft obliegt ihm zusammen mit Fahrdienstleiter Schulze insbesondere die Betreuung der Kraftwagen des Generalgouverneurs. Im Falle

29.5.1944

der Behinderung des Fahrdienstleiters Schulze ist Unter-
sturmführer Schamper stellvertretender Fahrdienstleiter.

IV/8 Krakau

Dienstag, den 30. Mai 1944

10[40] Besprechung mit Gouverneur Kundt.

Gouverneur Kundt berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Besprechung, die er in München am 19. Mai 1944 mit Oberbefehlsleiter Friedrichs in Gegenwart des Oberbereichsleiters Kobusch wie der Parteigenossen Walkenhorst, Hunt und Jodeleit gehabt hat. Gegenstand der Besprechung sei die Frage der Neuorganisation der Partei im Generalgouvernement gewesen. Er, Gouverneur Kundt, habe in längeren Ausführungen seinen grundsätzlichen Standpunkt vertreten und vor allem darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Generalgouvernement eine eigene Struktur der Parteiorganisation vonnöten sei. Dabei habe er vor allem geltend gemacht, daß eine Teilung der Reichsautorität, die sich in Staat und Partei auswirke, gerade für das Generalgouvernement von grossem Nachteil sein würde. Er habe weiter darauf aufmerksam gemacht, daß man das, was man im Generalgouvernement auf dem Parteisektor aufgebaut habe, nicht plötzlich zerreißen könne. Oberbefehlsleiter Friedrichs habe dem gegenüber an seinem bisher eingenommenen Standpunkt festgehalten und vor allem die Beibehaltung der Personalunion für unmöglich erklärt. Auch habe er das Argument ins Feld geführt, daß sich die Gouverneure ja vornehmlich mit ihren Staatsaufgaben zu beschäftigen hätten und sich deshalb in ihrer Eigenschaft als Distriktstandortführer kaum um die Partei kümmern könnten. Oberbefehlsleiter Friedrichs habe dann als Ergebnis seiner Einstellung die Erklärung abgegeben: wenn man die Arbeitsbereiche, die errichtet worden seien, hinsichtlich der Leistungen in der Parteiarbeit, der Erziehung der Menschen, der Menschenführung beurteile, dann sei der Arbeitsbereich Generalgouvernement der N.S.D.A.P. der schlechteste Arbeitsbereich. Er, Gouver-

neur Kundt, habe darauf Oberbefehlsleiter Friedrichs erklärt, daß die von ihm vorgebrachten Argumente ihn nicht überzeugen könnten, und habe sich dann auf weitere Auseinandersetzungen über die Organisationsfrage nicht eingelassen. Er sei ebenso wie Oberbereichsleiter Kobusch erschüttert gewesen über den absolut engen bürokratischen Horizont einer massgebenden Parteidienststelle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Kundt, allen anderen Gouverneuren mitzuteilen, daß er, der Generalgouverneur, absolut an seiner bisherigen Stellungnahme festhalte und daß von ihm irgendwelche organisatorischen Änderungen betr. die Stellung der Distriktstandortführer abgelehnt würden. Wenn die Neuorganisation der Kreisleiter wirklich kommen sollte, dann müßten die Kreisleiter dem Distriktstandortführer unterstehen.

Im Anschluß an diese Besprechung richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Oberdienstleiter Tießler:

> Soeben erstattete mir Pg. Kundt Bericht über die Besprechung, die er in der Angelegenheit der Organisation in München hatte. Pg. Friedrichs hat demnach in Anwesenheit der Parteigenossen Walkenhorst, Kobusch und Jodeleit gegenüber dem Gouverneur Kundt erklärt, daß der Arbeitsbereich Generalgouvernement der N.S.D.A.P. der arbeitsmässig schlechteste Arbeitsbereich der Partei sei.
> Ich betrachte diese Erklärung als eine meine Aufbauleistung hier im Osten schwerst schädigende Bemerkung und ersuche Sie, den Pg. Friedrichs zu veranlassen, mir die eingehende Begründung dieser seiner Behauptung zukommen zu lassen. Solange ich nicht in den Besitz dieser Begründung komme, werde ich jede weitere Beziehung zum Pg. Friedrichs ablehnen.
> Ich ersuche Sie, sofort das Geeignete zu veranlassen.

30.5.1944

11[05] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

12[15] Besprechung mit Präsident Dr. Senkowski.

14[00] Baubesprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Referent von Palézieux und Architekt Korinthenberg.

16[35] Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Verhandlungen, die er mit dem Deutschen Gesandten in Budapest Dr. Veesenmeyer über die Frage der Rekrutierung von Volksdeutschen aus Ungarn für den Sonderdienst geführt hat. Gesandter Dr. Veesenmeyer habe ihm erklärt, daß z.Zt. eine solche Rekrutierung angesichts der in Ungarn herrschenden Verhältnisse nicht möglich sei.

Weiter teilt Rechtsrat Dr. Hammerle dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er dem geschäftsführenden Präsidenten der Landesgruppe Ungarn der Internationalen Rechtskammer Dr. Arpad Bogsch in Budapest einen Besuch abgestattet und bei dieser Gelegenheit mit ihm über die beabsichtigte Tagung der Internationalen Rechtskammer in Budapest gesprochen habe.

16[45] Besprechung mit Oberst Fischer in Gegenwart des Rechtsrats Dr. Hammerle.

Oberst Fischer gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Fernschreiben, nach welchem die Freistellung einer Anzahl von Wehrmachtsoffizieren für den Sonderdienst vom OKW genehmigt worden sei.

In diesem Zusammenhang teilt Rechtsrat Dr. Hammerle noch mit, daß sich SS-Obergruppenführer Koppe damit einverstanden erklärt habe, daß nunmehr die Ausbildung der

30.5.1944

Angehörigen des Sonderdienstes ausschließlich in die Hand der Wehrmacht gelegt werde.

Der Herr Generalgouverneur trifft danach die Feststellung, daß sich nunmehr die Polizei völlig vom Sonderdienst als einer Einrichtung des Generalgouvernements zurückziehe.

16[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Ministerialdirigenten im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Brauweiler in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

Pressechef Gassner hat darauf eine kurze Besprechung mit dem Herrn Generalgouverneur. Der Herr Generalgouverneur richtet im Anschluß an diese Besprechung folgendes Schreiben an den Pressechef der Regierung des Generalgouvernements Gassner.

Aus einem sehr interessanten und für mich sehr eindrucksvollen Schreiben unseres Gesandten in der Schweiz Herrn Dr. Köcher habe ich entnommen, daß in der deutschen Gesandtschaft zu Bern keinerlei Gegenpropagandamaterial gegenüber der dauernden jahrelangen wüsten Hetze gegen das deutsche Regime in Polen verhanden ist. Daher erscheint es mir unerlässlich notwendig, daß Sie sich einmal an Ort und Stelle begeben, um mit dem Herrn Gesandten bzw. seinem Pressereferenten unmittelbar die Verbindung aufzunehmen. Ich halte diese Ihre Reise für unbedingt erforderlich, da über solche weitreichenden, schwerwiegenden und delikaten Angelegenheiten ein Briefwechsel inopportun ist. Ich ersuche Sie, sich alsbald in die Schweiz zu Herrn Gesandten Dr. Köcher nach Bern zu begeben, um mit ihm dort alle Maßnahmen zu besprechen und die Frage zu prüfen, wie am wirkungsvollsten in der Schweiz und von der Schweiz aus der dauern-

30.5.1944

den interalliierten Arbeit gegen das Generalgouvernement entgegengetreten werden kann.

17^{00} Teeempfang.

IV/8 Krakau

Mittwoch, den 31. Mai 1944

10^{30} Besprechung mit Präsident Wille.

Präsident Wille überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Stellung der Rechtsanwälte im Generalgouvernement. Er weist darauf hin, daß die Rechtsanwälte ihren heimatlichen Anwaltkammern angehörten und dort auch ihre normalen Beiträge zahlten. Hinsichtlich des Kriegsausgleichsstocks sei durch eine besondere Verordnung eine vom Reich unabhängige Regelung getroffen worden.

Der Herr Generalgouverneur nimmt in längeren Ausführungen zu der Frage Stellung, wie im Generalgouvernement die Unabhängigkeit der Richter gewahrt werden kann. Jeder deutsche Bürger müsse in der Lage sein, sich eines Verteidigers zu bedienen und sich mit ihm häufiger zu besprechen. Im Generalgouvernement solle das Rechtsleben eine gewisse Unabhängigkeit geniessen, und Aufgabe des Leiters der Hauptabteilung Justiz sei es, die Richtlinien, die er, der Generalgouverneur, stets vertreten habe, jedem gegenüber zu vertreten. Sein Bestreben sei es, daß das Ansehen der Justiz im Generalgouvernement völlig aufrechterhalten bleibe. Was er persönlich dazu tun könne, um den Leiter der Hauptabteilung Justiz dabei autoritär zu fördern, werde geschehen. Das klare Bild der Rechtspflege im Generalgouvernement müsse sein: der Staatsanwalt sei der Vertreter der Staatsautorität und der Gemeinschaft, der Rechtsanwalt sein Gegenspieler, der Vertreter der Interessen des Individuums innerhalb der Gemeinschaft, und der Richter stelle den ausgleichenden Faktor dar. Es sei auch sein Wunsch, daß die Richter des Generalgouvernements mehr als bisher öffentlich in Erscheinung träten, daß ferner die äussere Erscheinung der Richter in den Gerichtsverhandlungen etwas feierlicher werde. Auch in der Presse müsse in irgendeiner Weise darauf hingewiesen werden, daß sich die Rechtspflege des

31.5.1944

Generalgouvernements in einer Domäne der Unabhängigkeit bewege.

Präsident Wille weist dann darauf hin, daß in der neuen, kürzlich vom Reich erlassenen Gebührenordnung eine Anzahl Änderungen enthalten sei. Er habe in einer Besprechung den Vertretern der Anwaltschaft des Generalgouvernements erklärt, daß die in dieser Verordnung vorgesehenen Sätze für die Anwälte des Generalgouvernements zunächst nicht verbindlich seien. Neu sei in dieser Verordnung, daß der Anwalt in Zukunft seine Gebühren festsetzen lassen könne. Verboten sei eine Vereinbarung über die Anwaltsgebühr. Zu dieser Verordnung würden noch Ausführungsbestimmungen ergehen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, daß hinsichtlich der Gebührensätze der Anwaltschaft für das Generalgouvernement irgendeine Bestimmung getroffen werde, da sonst ohne weiteres die Vorschriften der deutschen Gebührenordnung auf die Anwaltschaft des Generalgouvernements Anwendung finden würden.

Präsident Wille gibt zu bedenken, daß nach einer Verordnung des Generalgouvernements die verfahrensrechtlichen Vorschriften des Reiches sinngemäß Anwendung fänden. Hier ergebe sich zunächst die Frage, ob die Gebührenordnung Verfahrensrecht sei. Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, daß sie kein Verfahrensrecht darstelle. Wenn man davon ausgehe, daß es sich um deutsche Anwälte handle, die den Gebührenbestimmungen unterlägen, dann müsse man ihnen nahe legen, daß sie die Bestimmungen mit den Zusätzen nicht als verbindlich anzusehen brauchten. Er wolle noch die Ergänzungsbestimmungen abwarten, um dann den Justizabteilungen bei den Distrikten eine entsprechende Mitteilung zu machen. Im übrigen bleibe das Verbot der Gebührenvereinbarung nach dem bisherigen Zustande auch in Strafsachen bestehen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, daß das, was für das Generalgouvernement zweckmässig sei,

31.5.1944

durch Sonderregelung eingeführt und allen interessierten Stellen bekanntgegeben werde. Gegebenenfalls müsse auch eine entsprechende Verlautbarung in der Krakauer Zeitung erscheinen.

Auf eine Frage des Präsidenten Wille erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er gern bereit sei, Vertreter der Anwaltschaft zu empfangen. Er hält es auch für wünschenswert, einen kleinen Deutschen Rechtstag in Krakau zu halten, auf dem auch Polen und Ukrainer über ihr Recht sprechen könnten.

Präsident Wille teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß zu der im vorigen Jahr ergangenen Patentverordnung eine kleine Ergänzung angeregt worden sei, die an sich keine grosse Bedeutung habe. Die Regelung eines Patentes, welches das Reichspatentamt vor dem 1. August 1943 erteilt habe, gelte auch für das Generalgouvernement, es sei denn, daß ältere Prioritäten entgegen stünden. Für die vor dem 1. August erteilten Patente sei eine entsprechende Regelung nur für die Geheimpatente, die kriegswichtige Dinge betrüfen, vorgesehen. Es handle sich jetzt darum, daß diejenigen Patentinhaber, die trotz des ursprünglich geheimen Charakters ihres Patentes doch ein offenes Patent erhalten hätten, auch noch nachträglich ihr Patent durch eine Erklärung gegenüber dem Reichspatentamt in Generalgouvernement verwerten könnten, weil angesichts des Zeitablaufs ein Geheimhaltungsbedürfnis nicht mehr vorhanden sei.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich nach dem Verfahren Baier und bittet Präsident Wille, dafür zu sorgen, daß er, der Generalgouverneur, die Akten des Verfahrens zur Einsichtnahme erhalte.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Wille, daß die Arbeit der Gnadenkommission zufriedenstellend laufe.

Der Herr Generalgouverneur äussert in diesem Zusammenhang seine starken Bedenken gegen ausserordentliche

31.5.1944

Exekutionen, wie z.B. die Verschleppung von Personen in Konzentrationslager. Im Hinblick auf die bisherigen Erfahrungen, die man mit der Sabotageverordnung gemacht habe, müsse man vielleicht dazu übergehen, die Bestimmungen dieser Verordnung ausser Kraft zu setzen.

Präsident Wille rät davon ab, z.Zt. wenigstens eine solche Änderung durchzuführen, vor allem angesichts der Tatsache, daß die Sicherheitslage im Generalgouvernement wesentlich ungünstiger geworden sei. Vor die Gnadenkommission sei in letzter Zeit eine Reihe von Todesurteilen der Standgerichte zur Entscheidung gekommen, von denen man nicht wisse, ob hier Gnadenerweise am Platze wären, da es sich zum Teil um Fälle handle, in denen früher immer vollstreckt worden sei.

Präsident Wille bringt dann einige Fälle zur Sprache, die von der Gnadenkommission entschieden worden sind.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Wille, ihm über die Ergebnisse der nächsten Sitzung der Gnadenkommission Vortrag zu halten, und erklärt sich bereit, die dort gefällten Urteile selber zu unterzeichnen.

11[05] Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Kobusch und Hauptabschnittsleiter Jodeleit.

Der Herr Generalgouverneur verfügt zunächst, daß das bisher vom Arbeitsbereich herausgegebene Verordnungsblatt die Bezeichnung "Befehlsblatt" erhalten soll. Weiter gibt er Oberdienstleiter Tießler den Auftrag, das Befehlsblatt des Arbeitsbereichs jeweils auf seinen Inhalt einer genauen Prüfung zu unterziehen. In diesem Befehlsblatt dürften nur Verlautbarungen erscheinen, die von jedem polnischen Drucker gesetzt werden könnten. Nach aussen hin habe sich das Befehlsblatt nur mit Dingen zu beschäftigen, die Sache des Arbeitsbereichs seien. Dadurch werde also der Abdruck von Reichsverfügungen nunmehr unterbunden.

Mit dem Vorschlag des Oberdienstleiters Tießler, die Mitglieder der "Deutschen Gemeinschaft" als einer Zwangsorganisation nicht zur Zahlung von Beiträgen heranzuzie-

31.5.1944

hen, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Gegenstand der Besprechung sind dann weiter die Vorbereitungen der Tagung des antijüdischen Kongresses und des diesjährigen Parteitages.

Im Mittelpunkt der Besprechung steht dann die Frage einer eventuellen Neuorganisation der Partei im Generalgouvernement.

Oberbereichsleiter Kobusch berichtet eingehend über die Besprechungen, die in München zwischen den Gouverneuren Kundt und Dr. Wächter und Oberbefehlsleiter Friedrichs in seiner und in Anwesenheit der Parteigenossen Walkenhorst, Jodeleit und Hunt stattgefunden haben. Bei diesen Besprechungen sei von Oberbefehlsleiter Friedrichs vor allem darauf hingewiesen worden, daß sich, wie die Erfahrungen im Reich zeigten, die Personalunion immer negativ für die Belange der Partei ausgewirkt habe. Weiter sei das Bedenken geäussert worden, daß sich keine Kreisleiter finden würden, die unter den bisher im Generalgouvernement gegebenen Voraussetzungen diese verantwortungsvolle Aufgabe im Arbeitsbereich übernähmen. Zur Überprüfung der Parteiorganisation im Generalgouvernement solle Pg. Hunt von der Parteikanzlei, der für die Arbeitsbereiche zuständig sei, in die Distrikte fahren, sich ein Bild von den besonderen politischen Verhältnissen machen und dann der Parteikanzlei Bericht erstatten. Sein Eindruck sei es gewesen, daß Pg. Hunt einen rein technischen Auftrag zu erfüllen, sich insbesondere darüber zu informieren habe, in wie weit eine etwaige Errichtung der Kreise technisch irgendwelche Schwierigkeiten auslöse. Dann habe Oberbefehlsleiter Friedrichs auf Bemerkungen, die Gouverneur Kundt an den weiteren organisatorischen Ausbau des Arbeitsbereiches geknüpft habe, erklärt, daß der Arbeitsbereich Generalgouvernement im Gegensatz zu den anderen Arbeitsbereichen nicht diejenigen Leistungen aufzuweisen in der Lage sei, wie das auf Grund der Dauer seines bisherigen Bestehens hätte unter Beweis gestellt werden müssen.

31.5.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt darauf folgende Erklärung ab:

Ich kann auf keinen Fall einsehen, daß der Arbeitsbereich Generalgouvernement der N.S.D.A.P. irgendwie versagt hätte. Ich lasse mir von Pg. Friedrichs in keiner Weise den Vorwurf machen, daß die Arbeit der Partei in dem mir unterstehenden Bereich irgendwie schlechter wäre als die Arbeit in anderen Bereichen.

Ich beauftrage daher den Pg. Tießler, sich mit Pg. Friedrichs in Verbindung zu setzen und ihm mitzuteilen, daß ich ihn ersuche, im einzelnen darzulegen, was ihn zu diesem Urteil berechtigt. Ich wünsche, einen Überblick über die Entwicklung der Arbeit der Partei in anderen Arbeitsbereichen zu erhalten, und wünsche eine Darstellung dessen, was Pg. Friedrichs meint, daß hätte erreicht werden müssen, damit auch die Arbeit der N.S.D.A.P. im Generalgouvernement seinen Vorstellungen entspricht.

Demnach teile ich Ihnen mit, daß ich es bis zur Aufklärung dieser Frage ablehne, irgendwie eine organisatorische Änderung oder auch nur die Erörterung einer solchen Änderung eintreten zu lassen. Damit ist für mich das organisatorische Problem auf der Grundlage abgeschlossen, auf der ich es in diesem Augenblick festgestellt habe. Ich werde künftig über Organisation überhaupt erst sprechen, nachdem diese Punkte vorher geklärt sind. Die Parteiarbeit wird sich in Anwendung der jetzt vorhandenen Organisation auf das großartigste entwickeln können; denn die Entwicklung hängt nicht vor organisatorischen Zufälligkeiten ab. Es gibt nur den einen Weg, daß Pg. Friedrichs sein geradezu ungeheures Wort irgendwie rechtfertigt. Wenn er das nicht kann, wird mich niemand daran hindern, mich an den Führer zu wenden.

11^{30} Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung über die Feststellung des Haushaltsplanes des Generalgouvernements

31.5.1944

für das Rechnungsjahr 1944

2) einer Verordnung über die Erhebung eines Beitrags der Gemeinden und Gemeindeverbände zu den Lasten des Generalgouvernements
3) einer Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Preisbildungsverordnung
4) einer Verordnung über Kennkarten für deutsche Staatsangehörige im Generalgouvernement
5) einer Verordnung über Sprengstoffe
6) einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Verhalten im Strassenverkehr
7) einer Verordnung über die Meldepflicht und den Einsatz von Tierärzten

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

Ministerialrat Dr. Weh überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Ausarbeitung über das staatliche Eigentum des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur spricht Ministerialrat Dr. Weh seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus und ersucht ihn, für den umstrittenen Bereich der Ostbahn und der technischen Verwaltung ein ähnliches Gutachten zu erstatten.

11^{40} Besprechung mit Oberst Fischer und dem Inspekteur des Sonderdienstes, Rechtsrat Dr. Hammerle.

Oberst Fischer gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis, daß Oberst Meinhardus (IIa beim Wehrkreisbefehlshaber) Bedenken dagegen erhoben habe, daß Wehrmachtsoffiziere neben der Ausbildung auch gleichzeitig führende Stellungen im Sonderdienst übernähmen.

Rechtsrat Dr. Hammerle weist demgegenüber darauf hin, daß diese Frage bereits durch Vereinbarung mit dem OKW geregelt sei.

31.5.1944

11[50] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß er sich wegen der Besoldung der fremdvölkischen Beamten und Angestellten mit den Präsidenten Dr. Senkowski, Dr. von Craushaar und Dr. Lauxmann ins Benehmen gesetzt habe. Was Dr. Senkowski für den staatlichen Bereich unschwer durchführen könne, da es nur eine Belastung von 12 Millionen Zloty darstelle, das bedeute für die Deutsche Post Osten eine Mehraufwendung von 70 Millionen Zloty, weil die Angestellten der Post zum überwiegenden Teil den unteren Gehaltsklassen angehörten, deren Bezüge bis zu 90% erhöht werden sollten. Von der Deutschen Post Osten könne diese Belastung nur auf dem Wege einer Tariferhöhung übernommen werden, was aber gegenüber dem Reich die Einführung von Sondertarifen bedeuten würde.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß im Vergleich zu dem, was die Deutsche Post Osten leiste, die Tarife viel zu niedrig seien und eine Tariferhöhung deshalb durchaus berechtigt erscheine.

Staatssekretär Koppe ist auch dieser Auffassung und hält z.B. eine Erhöhung der Telefongebühren für polnische Fernsprechteilnehmer für möglich.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann kurz zur Frage der Parteiorganisation Stellung und teilt den Staatssekretären mit, daß er auf Grund der von den Gouverneuren Kundt und Wächter mit Oberbefehlsleiter Friedrichs geführten Besprechungen es Oberdienstleiter Tießler gegenüber abgelehnt habe, über organisatorische Änderungen in der Partei bis auf weiteres noch zu sprechen.

Staatssekretär Koppe berichtet dann von Überfällen auf das Erdölgebiet von Drohobycz, die durch eine Bande von 300 Mann ausgeführt worden sind und einen Tagesausfall von 9 bezw. 15 to Erdölförderung zur Folge gehabt haben. Es sei jedoch zu hoffen, daß diese Bande vernichtet oder wenigstens gehindert werde, weitere Überfälle

zu verüben.

Weiter teilt Staatssekretär Koppe mit, daß demnächst ein Großunternehmen gegen die Banden im Bilgorajer Wald in Angriff genommen werde. Insgesamt würden an Militär- und sonstigen Kräften etwa 6 000 Mann zum Einsatz gelangen.

12^{05} Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg. An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant der Polizei Höring
Präsident Gerteis
Präsident Dr. Lauxmann
Präsident Bauder
Oberst Fischer
Regierungsdirektor Albert
Regierungsdirektor Schmid
SS-Oberführer Bierkamp.

Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke berichtet, daß z.Zt. die Lage zu keinen besonderen Besorgnissen Anlaß gebe. Man darf annehmen, daß in den nächsten Tagen bestimmt nichts geschehe. Man wolle daher die Zeit benutzen, um eine Großbandenunternehmung bei Bilgoraj durchzuführen. Bereitgestellt seien eine starke Division für den Angriff und eine schwache für die Verteidigung. Angesichts der Grösse des Gebietes sei es aber zweifelhaft, ob diese Kräfte allein ausreichten.

Staatssekretär Koppe gibt Kenntnis davon, welche Kräfte für ein Großunternehmen im Bilgorajer Wald zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Zahl dieser Kräfte belaufe sich etwa auf 6 000 Mann, und er nehme an, daß mit ihnen schon in der allernächsten Zeit werde opperiert werden können. Mit einer starken und einer schwachen Division könne man nicht das ganze Gebiet des Bilgorajer Waldes durchkämmen. Deshalb sei es vorteilhaft, massiert

da anzugreifen, wo sich feindliche Kräfte zeigten, und sich zunächst auch mit kleineren oder mittleren Erfolgen zufrieden zu geben.

Präsident Gerteis gibt einen Überblick über die derzeitige Lage der Ostbahn. Die Lage habe sich nicht wesentlich verändert: die Spitzen seien noch die gleichen, auch die Bandeneinwirkungen seien noch ebenso groß wie vordem, sowohl was die Zahl der Überfälle und Sprengungen, wie auch die Intensität und Wirksamkeit dieser Überfälle angehe. Im Raum von Lublin könne der Betrieb nur mit grossen Störungen durchgeführt werden, und die von der Wehrmacht geforderte Leistung sei unter keinen Umständen zu erfüllen. Die Strecke von Zamosz nach Lemberg sei seit über 3 Monaten gestört. Dazu kämen täglich neue Sprengungen, und das nötige dazu, Transporte von Lemberg auf Umwegen durchzuführen, was sich für Wehrmachtbewegungen sehr störend bemerkbar macht. Die Tatsache, daß jetzt im Reich starke Fliegerangriffe auf die Transportwege stattfinden, daß auch Ausbesserungswerke angegriffen würden, könne in sofern schwere Folgen haben, als Ausweichmöglichkeiten kaum bestünden. Im Generalgouvernement sei man mit dem Neuausbau der Reparaturwerkstätten von Tarnow und Radom sehr gut vorwärts gekommen. Die Leistung allgemein sei zwar etwas zurückgegangen, aber im Herbst werde man in der Lage sein, weit über die eigene Kapazität hinaus dem Reich zu helfen. - Im Zusammenhang mit dem Bau der Aufnahmestellung an San und Weichsel werde auch von der Räumung gewisser Gebiete um Warschau gesprochen. Tatsache sei, daß der Wall durch die Eisenbahnanlage östlich der Weichsel mitten durch das grosse Betriebswerk in Warschau-Ost geführt werde, was grosse Unruhe bei der polnischen Belegschaft wie auch bei den Deutschen ausgelöst habe. - Für die allgemeine Betriebslage sei eine verhältnismässig geringe Beanspruchung der Ostbahn charakteristisch. Was an Transporten durchgeführt werden könne, reiche eigentlich vollkommen aus. Auch die Wagengestellung sei befriedigend. Für die Ostbahn sei der Umstand

von Bedeutung, daß sich in letzter Zeit an der Südstrecke zwischen Reichshof und Krakau Läger aller Art, Depots, Pionierparks usw. aufgemacht hätten, deren Vorhandensein einen geordneten Eisenbahnbetrieb fast unmöglich machten. Man sei deshalb in Verhandlungen mit dem Stabe des Generalfeldmarschalls Model eingetreten. Man habe schon einige von diesen Lägern in den Bezirk Oppeln/Oberschlesien abdrängen wollen, aber keine der Militärstellen wolle die Grenze des Generalgouvernements überschreiten.

Staatssekretär Bühler bemerkt, daß in der letzten Zeit Ruhe auf diesem Gebiet eingetreten sei.

Präsident Dr. Lauxmann berichtet, daß in letzter Zeit Kabelstörungen nicht mehr vorgekommen seien. Für die Wiederherstellung des Kabels bei Bilgoraj seien 2 Kompanien eingesetzt. Leider komme es aber immer wieder zu neuen Störungen. Auch die Freileitungen seien vielfach Angriffen ausgesetzt. Im Distrikt Lublin hätten sich die Verhältnisse in letzter Zeit noch mehr verschlechtert. Die Banditen griffen jetzt vielfach deutsche Bautrupps an, fast jeden Tag komme es zu kleinen Gefechten. Die Postzustellung sei deshalb nicht sehr regelmässig und sicher, doch könne jede Kreishauptmannschaft innerhalb von 2 Tagen beliefert werden. In Galizien seien Sabotageakte an Posteinrichtungen wesentlich zurückgegangen.

Präsident Bauder führt aus, dass im allgemeinen die Situation auf dem Gebiete des Strassen- und Brückenbaus sich in den letzten Wochen etwas gebessert habe. Eine Schwierigkeit ergebe sich allerdings für den Distrikt Lublin, wo es z.Zt. nicht möglich sei, wieder aufzubauen, weil über Nacht das Baugerät entwendet werde. Für den Fall, daß die geplante Großaktion zufriedenstellend durchgeführt werde, sei vom Technischen Zentralamt alles für die Wiederaufnahme der Arbeit vorbereitet. - Das restlos zusammengefahrene Strassennetz in Galizien soll nach einer Vereinbarung der Heeresgruppe und der O.T. ab 15. Juni wieder in grossem Umfange in Stand gesetzt werden.

31.5.1944

Im übrigen Generalgouvernement seien die Instandsetzungsarbeiten vollkommen im Gange. Wenn die Verhältnisse so blieben wie zur Zeit, dann sei zu erwarten, daß man im Laufe des Sommers sämtliche Schäden wieder ersetzt haben werde.

Regierungsdirektor Schmid weist darauf hin, daß neuerdings die Vögte und Schulzen ihre Amtsenthebung beantragten. Sie würden immer mehr bedrängt, und ihre Nervenkraft lasse deshalb nach. Gleichwohl könne gesagt werden, daß die Mehrzahl der fremdvölkischen Bürgermeister, Vögte und Schulzen eine bewundernswerte Haltung an den Tag legten. Daher müsse ein Weg gefunden werden, auf dem diese Männer wirtschafltich gegen Schäden gesichert werden könnten. In der Hauptabteilung Innere Verwaltung sei dafür bereits ein Verordnungsentwurf aufgestellt worden, nach welchem ~~diese~~ fremdvölkische Mitarbeiter der Verwaltung eine Rente erhalten sollten, wenn sie durch Bandeneinwirkung an Leib und Leben geschädigt würden. - Was die Räumung von Lemberg angehe, so seien 45 000 Polen freiwillig abgewandert.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß hinter der Front die Verwaltung wieder im Aufbau begriffen sei. Der Distrikt Lublin stehe aber allerdings immer noch im Zeichen der Banden - tätigkeit; es komme praktisch kein wirtschaftlicher Nutzen aus diesem Distrikt. Gleichwohl funktioniere die Verwaltung.

Staatssekretär Koppe berichtet über die allgemeine Sicherheitslage. Er führt aus:

In den letzten Tagen seien die Gerüchte von einem beabsichtigten Aufstand un den dafür getroffenen Vorbereitungen doch erheblich verstummt, vielleicht angesichts des Ausbleibens der Invasion, die im Generalgouvernement für die Zeit vom 15. bis 20. Mai vorausgesagt worden sei. Im gegnerischen Lager schienen auch die Vorbereitungen für den Aufstand nicht mehr so intensiv getroffen zu wer-

den. Man könne eine gewisse Schwerpunktverlegung feststellen, und zwar insofern, als verschiedene russische Großbanden zunächst in das Gebiet des Bilgorajer Waldes eingezogen seien und nun diese Banden bezw. neue Banden den Auftrag erhalten hätten, sich zunächst ostwärts der Weichsel aufzuhalten, um die Weichselübergänge zu kontrollieren.

Die Bandenlage im Distrikt Lublin sei immerhin einigermassen ernst. Es handle sich um sehr gutes Menschenmaterial, daß seitens der obersten Bandenführung in Moskau herübergeschickt worden sei, um Leute mit langjährigen Erfahrungen, die kämpfen wollten und auch kämpfen könnten. Deshalb sei es zu begrüssen, daß die Wehrmacht zunächst für das Bilgorajer Unternehmen Kräfte zur Verfügung stelle. Ob die totale Vernichtung mit den zur Verfügung gestellten 6 000 Mann gelingen werde, bleibe dahingestellt. Es sei bekannt geworden, daß sich die Banden auch für die Verteidigung eingerichtet hätten. Auffallend sei, daß die Bandengruppe im Bilgorajer Wald mit 3- bis 4 000 Mann sich relativ ruhig verhalte; sie scheine noch weiter zu rekrutieren oder unternehme nur einige Beutezüge, um Proviant sicherzustellen. Im übrigen habe sie wohl das Ziel, erst dann mit dem Einsatz zu beginnen, wenn die bolschewistische Offensive irgendwie gestartet sei. Man habe auch in Galizien einen neuen Bandenplatz südlich Drohobycz-Boryslaw festgestellt. Dort hätten Banden einige Bohrtürme vernichtet und einige Motorenhäuser gesprengt. Er nehme aber an, daß mit den dagegen eingesetzten Polizeikräften grösseres Unheil vom Erdölgebiet zunächst ferngehalten werde. Im Westen Galiziens scheine sich ein neues Bandenzentrum zu bilden. Auch besagten Funkmeldungen, daß Banden auf dem Marsch von Südwesten her seien und die Weisung hätten, die Bahnlinie zu zerstören.-Was die Bande im Bilgorajer Wald angehe, so erhalte sie täglich Zuzug, werde aus der Luft versorgt, Fallschirmspringer sorgten für Ersatz, bzw. für Aktivisten, die die schwierigsten Aufgaben lösten. In der Nähe von Paczew gebe es noch eine Bandengruppe

von etwa 800 bis 1 000 Mann, zu der auch Bauernbataillone polnischer Prägung gestossen seien. Die weiteren Bandengruppen seien bis auf diejenigen im Gebiet südlich von Hrubieszow nicht so gefährlich, obgleich dort der Volkstumskampf tobe und die Polen eine Gruppe dagegen eingesetzt hätten.

Die Polizei liege mit ihren Kräften Tag für Tag im Angriff, es sei aber nicht möglich, diese Kräfte in Stärke von 3 000 Mann zusammenzuziehen, weil dann die anderen Gebiete angesichts der Aktivität der Banden schutzlos würden. Man habe vor etwa 10 Tagen westlich von Lublin etwa 1 500 Mann gegen eine Bande angesetzt, man habe diese Kräfte aber wieder in ihre Standorte zurückziehen müssen, weil es nicht verantwortet werden könne, die Polizei derartig zu konzentrieren.

Die neu errichteten Stützpunkte der Wehrmacht schienen sich gut auszuwirken. Im Raum Lublin-Pulawy bis Zamosc-Tomaszow noch mehr Wehrmachtsstützpunkte zu errichten, würde wenig Zweck haben, weil man heute im Distrikt Lublin jeweils mindestens eine Kompanie einsetzen müsse.

Die Bandenlage im Distrikt Radom werde sich bessern, wenn nach dem Unternehmen im Bilgorajer Wald Kräfte frei würden. Die Banden bei Hrubieszow störten im Augenblick noch nicht sehr, weil sie deutsche Menschen nicht angriffen. Sie bewachten sogar die Bahnlinie sehr gut. In der Nähe von Dęblin habe sich eine polnisch kommunistische Bande in Stärke von etwa 200 Mann aufgetan, die recht aktiv sei und wahrscheinlich mit den sowjetrussischen Banden in Verbindung stände. Die Meldungen, die man aus Radom habe, seien abgesehen von einigen Sabotageakten an Telegraphenleitungen usw. nicht besorgniserregend. Die dort befindlichen Polizeikräfte würden Tag für Tag eingesetzt.

Jede polnische Aufstandsbewegung ziele darauf ab, zunächst einmal die Verkehrswege, die Strassen und Brücken lahmzulegen. Deshalb müßte eine Vereinbarung getroffen werden, daß nach Möglichkeit in jeder Kreis-

stadt bestimmte Reservebrücken bzw. Brückenteile aufbewahrt würden, damit im Falle eines Aufstandes gegebenenfalls sofort die Brücken wiederhergestellt werden könnten. Selbstverständlich müßten diese Reservebrücken und Geräte von der Polizei bewacht bzw. in der Nähe der Polizei untergebracht werden.

Regierungsdirektor Albert berichtet, daß die Frühjahrsbestellung nunmehr endgültig beendet sei; es sei restlos bestellt worden, mit Ausnahme der Gebiete, in denen die Sicherheitslage die Bestellung unmöglich gemacht habe. Die Bestellung auf den Liegenschaften insbesondere in Galizien sei vielfach durch die umliegenden Bauern übernommen worden. Im grossen und ganzen sei man doch erzeugungsmässig ein ganz wesentliches Stück vorangekommen. Wenn man die Saaten draussen sehe, dann zeige es sich, wie notwendig gerade die Sicherung durch Stützpunkte sei. Man müsse jetzt aber den Widerstand gewisser Reichsstellen überwinden, Produktionsmittel in grösserem Umfange als bisher ins Generalgouvernement zu geben. In Berlin habe es einen besonders guten Eindruck gemacht, daß es dem Generalgouvernement gelungen sei, die Stickstoffproduktion in Moscice und auch die Düngekalkproduktion im vergangenen Jahr wesentlich zu steigern. Die Getreideerfassung sei praktisch beendet. Angesichts der Lage im Osten seien etwa 211- bis 215 000 to Getreide verlorengegangen, und zwar einmal durch Nichterfassung, zum andern durch Wegnahme seitens der Sowjets und endlich auch durch Inanspruchnahme des Getreides seitens der Truppe. In der Kartoffelerfassung sei man mit 300 000 to zurückgeblieben. Das wirke sich jetzt besonders hinsichtlich der Lieferung der restlichen 100 000 hl Sprit an das Reich aus. Das Reich müsse auf diese Restlieferung verzichten und Reichsminister Backe habe sich auch damit einverstanden erklärt. Auch im Distrikt Lublin seien die Felder bestellt, soweit die Bauern dazu imstande gewesen seien. Die Bauern bestellten ja in jeder Situation, und daher wehre sich auch die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft dagegen, daß bei

31.5.1944

Räumungsmassnahmen Bauern weggenommen würden, wenn man ein solches Gebiet nicht endgültig abgeben wolle. Im übrigen gehe die Bitte der Hauptabteilung dahin, daß die Wehrmachts- und sonstigen Stützpunkte auf den Liegenschaftsgütern auch im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Autorität erhalten blieben.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

13[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Präsidenten Gerteis den ins Reichsverkehrsministerium berufenen und aus dem Dienst der Ostbahn scheidenden Bezirkswerkstättenleiter Vizepräsidenten Kaißling.

Der Herr Generalgouverneur spricht Vizepräsident Kaißling für die von ihm in über 4½-jähriger Tätigkeit beim Aufbau der Ostbahnwerkstätten geleistete vorbildliche Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus.

18[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19[00] Aufführung der Oper "Ein Maskenball" von Verdi.

22[00] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

END OF

VOL. # 35

R 11

END OF

VOL. # 35

R 11

END OF

VOL. # 35

R 11